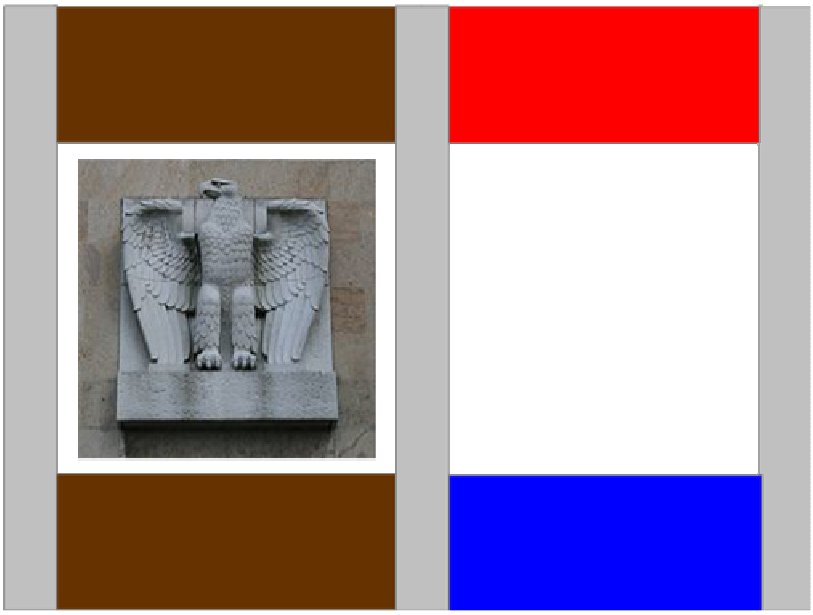
# Willy Klages

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1945 in zwei Bänden Band 3/2

## Kriegsende ohne Frieden



# Glanz und Elend der deutschen Geschichte
# vom 1.06.1945 bis zum 31.12.1945
# Band 3/2

# Kriegsende ohne Frieden


| **Inhaltsverzeichnis Band 3/2** | **Seite** |
|---|---|
| Glanz und Elend der deutschen Geschichte vom 1. Juni 1945 bis zum 31. Dezember 1945 | 2-361 |
| Hinweise für den Leser<br>Quellen- und Literaturnachweis<br>Bildnachweis | 362-369 |


## Glanz und Elend der deutschen Geschichte vom 1. Juni 1945 bis zum 31. Dezember 1945

**01.06.1945**

**Deutsches Reich:** Die Sowjets gründen am 1. Juni 1945 eine deutsche Grenz- und Schutzpolizei ("Volkspolizei").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die deutsche "Volkspolizei" in der SBZ (x009/467-468): >>Die Volkspolizei besteht seit 1.6.1945 und wurde schon Mitte 1946, obwohl bis 1949 nominell Sache der Länder, zonal zentralisiert. Das für die Volkspolizei zuständige Ministerium des Innern (MdI) war von 1949 bis Juni 1955 vorwiegend ein Wehrministerium. Ihm war und ist die Volkspolizei, auch territoriale Volkspolizei genannt, als Hauptverwaltung (HV) eingegliedert.

Die Volkspolizei umfaßt Schutz-, Kriminal-, Verwaltungs-, Verkehrs- und Wasserschutzpolizei und erfüllt einerseits normale Polizeiaufgaben. Andererseits ist sie ein politisch geschultes und überwachtes Werkzeug der SED und Hilfsorgan des SSD. ...

Die Volkspolizei hatte 1953 bis 1957 kasernierte militärähnliche motorisierte Bereitschaften, zuletzt rund 13.500 Mann stark. Bis auf 3.000 Mann in Berlin wurden Mitte 1957 die Polizeitruppen-Bereitschaften der Volkspolizei in die Bereitschaftspolizei übergeführt. - Die Bereitschaftspolizei und die Deutsche Grenzpolizei unterstehen zwar seit Februar 1957 dem MdI, haben aber als Polizeitruppen eigene Kommandos und hängen nicht von der Volkspolizei ab. ...<<

**Österreich:** Die Briten liefern 3.161 Kosaken (Kriegsgefangene, Frauen und Kinder) an die Sowjets aus.

Die Ausgelieferten werden am 31. Mai und 1. Juni 1945 in Güterwagen nach Judenburg in ein Stahlwerk transportiert. Dort wird wahrscheinlich ein großer Teil der ausgelieferten Kosaken sofort durch sowjetische Hinrichtungskommandos erschossen (x133/259,282).

Britische Offiziere berichten später über das Schicksal der ausgelieferten Kosaken (x130/267): >>... Ich fürchte einige von Ihnen gingen nicht allzuweit. Einige Minuten später hörten wir Schußsalven, und ich bin sicher, eine ganze Menge von ihnen wurde an Ort und Stelle erschossen – nicht gleich auf dem Bahnsteig selbst, aber um die Ecke hinter dem Wald. Zwar bin ich nicht absolut sicher, daß die von uns gehörten Salven den Gefangenen galten, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß zu diesem Zeitpunkt aus irgendeinem anderen Grunde geschossen wurde. ...

Man brauchte nicht viel Phantasie, um zu wissen, was mit diesen Leuten geschehen sollte.<<

Lord Nicholas W. Bethell (1938-2007) schreibt später in seinem Buch "Das letzte Geheimnis" (x130/267-268): >>... Viele britische Soldaten, die dort waren, bezeugten, daß sie kurz nach der Abführung der Gefangenen in der Nähe das Rattern von Maschinengewehren hörten.
Kein Soldat hat tatsächlich gesehen, wie ein Gefangener erschossen wurde. Man kann also nicht mit Sicherheit schließen, das dies geschah; aber - wie einer der Fahrer ... sagte: "Wir meinten, die MG-Salven, mußten ihr Ende sein. Wir dachten, sie wurden einfach nach hinten gebracht und abgeschlachtet. Das war unsere allgemeine Ansicht."<<
Die Londoner Tageszeitung "The Times" berichtet später (am 20. Februar 1978) über "die Verratenen von Jalta" (x133/605): >>... Britische Beamte und Politiker werden angeklagt, falschen Rat gegeben, eine falsche Politik gefördert und den Tod vieler Unschuldiger verursacht zu haben. Sie sollten ... dem Parlament und der Öffentlichkeit ihre Version der Zwangsrepatriierung vermitteln. ...
Mr. Harold Macmillan sollte, als Staatsminister für den Mittelmeerbereich in den Jahren 1944-45 angesichts dieser Enthüllungen sein großes Ansehen in die Arena bringen und alles berichten, was er darüber weiß. ...
Die Verteidigung, falls es eine gibt, steht noch aus.<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet später (am 13. April 1979) über das Buch "Die Verratenen von Jalta" des britischen Historikers Nikolai Tolstoy: >>Millionen Menschen waren unter das Rad der Geschichte geraten. Was scherte es die Welt da schon, welches Schicksal den Soldaten und Zivilisten aus der Sowjetunion bevorstand, die in deutschen Dienst getreten oder gepreßt waren?
Als die Briten im Mai 1945 die Kosakenregimenter der Wehrmacht an die Sowjetunion auslieferten, wurde das als Episode empfunden, für die Historie allenfalls eine Fußnote. Heute begreift man jene Auslieferung als den Katastrophenakt in einer "Tragödie, die in den Annalen des 20. Jahrhunderts ihresgleichen sucht".
Solches Urteil, korrigiert selbstverständlich durch den Hinweis auf die Vernichtung des europäischen Judentums, trifft Heinz Höhne in seinem positionsbestimmenden Vorwort zu einem Buch, das ein verwirrendes Geschehen detailgenau entwirrt:
Nikolai Tolstoy: "Die Verratenen von Jalta"...
Der Untertitel klagt an: "Englands Schuld vor der Geschichte."
Die Widmung lautet: "Den Opfern zum Gedenken." Der Autor verbirgt in keinem Kapitel, keinem Absatz, keinem Satz nahezu, daß er mit mehr als nur mit Forschungseifer bei der Sache ist.
Nikolai Tolstoy, 43 Jahre alt, ist Historiker. Als britischer Staatsbürger macht er keinen Hehl daraus, wie sehr er, dessen Vater von den Oktoberrevolutionären vertrieben war, sich dem Russischen noch verbunden fühlt. Seine Kinder heißen Alexandra und Anastasia, wie die Frau und die jüngste Tochter des letzten Zaren. Mit Lew Nikolajewitsch Tolstoi, dem Dichter, ist er entfernt verwandt. Sein Ahne, der erste Graf Tolstoi, war der Geheimkanzlist Peters des Großen.
Zu seinen Recherchen wurde Nikolai Tolstoy auch durch den Zufall angeregt, daß sein Familienname mit jener Konferenz verknüpft war, auf der britische Diplomaten den Sowjets die Zwangsrepatriierung der Russen im deutschen Machtbereich zusagten; das Treffen, im Oktober 1944 in Moskau, hatte die Codebezeichnung "Tolstoi".
Alles Engagement, das in diesem Buch steckt, und der verhaltene Zorn, der besonders in der Schilderung entsetzlicher Auslieferungsszenen spürbar ist, beeinträchtigen aber keineswegs die streng wissenschaftliche Methode des Autors. Die Quellennachweise und quellenkritischen Anmerkungen füllen allein 54 Seiten. In seiner Akribie ist das Buch keine leichte Lektüre; doch in vielen Passagen erfüllt es die Forderung, die Alexander Solschenizyn in einem Kapitel des "Archipel Gulag" stellt: welcher Tolstoi dieses Borodino beschreiben werde, die-

ses grausame Geschehen bei der Auslieferung von Russen an Russen.
In Jalta, im Februar 1945, waren Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Überläufer nur ein Randthema der Konferenz. Man schloß ein besonderes Abkommen. Es enthielt keine Verfügung über Bürger der Sowjetunion, die sich ihrer Repatriierung widersetzten. Der amtierende amerikanische Außenminister Grew hatte zwar eine Schutzklausel einbringen wollen; aber die Briten, die sich in der Tolstoi-Konferenz schon ziemlich festgelegt hatten, redeten es ihm aus. Der "Uncle-Joe-Kult", dem westliche Diplomaten sich nicht immer entzogen, mag eine Rolle gespielt haben, Stalin als Onkel, den man nicht zu ärgern habe. Jalta jedenfalls konnte die Tragödie der "patriotischen Verräter" Rußlands nicht wenden, eine Tragödie freilich, die schon mit dem ersten Schuß des Krieges im Osten begonnen hatte. Ihr Ausmaß lassen einige Zahlen ahnen:
Im Ersten Weltkrieg hatten die Mittelmächte von 1914 bis 1917 rund 2,4 Millionen russische Kriegsgefangene; von ihnen starben siebzigtausend. Im Zweiten Weltkrieg wurden von 1941 bis 1945 rund (genau weiß es offenbar niemand) 5,1 bis 5,7 Millionen sowjetische Soldaten gefangengenommen; von ihnen überlebten 1,15 Millionen das Kriegsende (und niemand weiß auch, wie viele von ihnen nach der Rückkehr in sowjetischen Straflagern umkamen). Ins deutsche Herrschaftsgebiet wurden zudem 2,8 Millionen russische Arbeiter verschleppt, mehr oder minder freiwillige und Zwangsarbeiter; von ihnen fanden 800.000 den Tod.
Aber rund eine Million Sowjetbürger, Überläufer und Kriegsgefangene, die nun die Chance nutzen wollten, gingen in den Dienst der Wehrmacht. Der im Sommer 1942 in Gefangenschaft geratene General Wlassow wurde der Führer der ROA, der "Russischen Befreiungsarmee", die als Armee allerdings nur durch die deutsche Propaganda geisterte.
Ihre Mitglieder waren in Arbeitskolonnen der Organisation Todt, in einigen militärischen Hilfseinheiten und als "Hiwis", als Hilfswillige in regulären deutschen Truppenteilen, eingegliedert. Sie wurden oft brutal behandelt. Nach der Invasion schlossen sich achttausend Russen den französischen Widerstandskämpfern an. Hilfseinheiten in deutscher Uniform waren aber auch an Greueltaten beteiligt. General Wlassow erhielt erst 1945 Befehlsgewalt.
Das Drama von Mißtrauen, Verrat und Hoffnung erreichte seinen Höhepunkt im südöstlichen Österreich, wo die nach Westen verschlagenen Kosaken ein letztes Asyl hatten und wohin bei Kriegsende einer der seltsamsten Truppenteile des deutschen Heeres sich zurückgezogen hatte - das vom deutschen General von Pannwitz und von deutschen Stabsoffizieren geführte 15. Kosaken-Kavallerie-Korps. Hitler hatte es 1943 von der Ostfront, wo es entstanden war, zum Kampf gegen die Partisanen nach Jugoslawien verlegen lassen.
Zuletzt geriet es auch in Kampf mit Sowjettruppen. In diesem Korps wurde ein letztes Mal das Zarenreich beschworen.
Weißrussische Generalsveteranen machten Besuch in den Lagern der Kosaken. Zaristische Offiziere, die einst emigriert waren, taten Dolmetscherdienst oder wurden in diesem Korps reaktiviert. Die Kapelle spielte "Gott schütze den Zaren"; die alten Ränge und Uniformen tauchten wieder auf.
Die teils mit List, teils mit Gewalt betriebene Auslieferung der Kosaken durch das britische Militär ist von Nikolai Tolstoy bis in alle Einzelheiten recherchiert. Was er schildert, ist nach dem Urteil des britischen Ostexperten Edward Crankshaw "eines der schändlichsten Kapitel in unserer Geschichte". Anders als die Amerikaner und Franzosen, hatten die britischen Diplomaten und (wenigen) hohen Militärs, die damals die Verantwortung für das Geschehen hatten, sich bluffen lassen; sie hatten geglaubt, sie müßten den Forderungen der Sowjets rigoros entgegenkommen, um Repressalien an Engländern in sowjetischer Hand, rund 20.000, zu verhindern.
Die Sowjets verlangten die Zwangsrepatriierung aller, auch der Russen, die nie in der Sowjetunion gelebt hatten. Und damit nutzten sie die Gelegenheit, eine allerletzte Rache an ihren

Feinden im Bürgerkrieg zu nehmen und die allerletzte Regung weißrussischer Aktivität zu ersticken. Man darf sagen: Jetzt erst war die Oktoberrevolution ganz und gar zu Ende.
Als das Buch, Originaltitel "The Victims of Yalta", vor einem Jahr in England erschienen war, griff die Times das Thema in einem Leitartikel auf: "Britische Beamte und Politiker werden angeklagt, falschen Rat gegeben, eine falsche Politik gefördert und den Tod vieler Unschuldiger verursacht zu haben. Sie sollten (nun endlich) dem Parlament und der Öffentlichkeit ihre Version der Zwangsrepatriierung vermitteln ... Die Verteidigung, falls es eine gibt, steht noch aus."
Weil es Geschehen gibt, das man nicht verteidigen kann, wird sie weiterhin ausbleiben. Bestehen aber bleibt die Warnung dieses Buches, das Exempel, was dem Menschen droht, wenn eine sogenannte Realpolitik das Menschenrecht vom Konferenztisch wischt.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Auslieferung von Kosaken und Angehörigen der Wlassow-Armee an die Sowjetunion (x024/196): >>... Es ist eines der traurigsten Kapitel der westlichen Geschichte, daß sie diese Menschen größtenteils der Rache Stalins auslieferten. Die Angehörigen der Wlassow-Armee und die Kosaken mit ihren Familien wurden meist sofort erschossen oder zu langjähriger Haft in sibirische Lager eingewiesen. Ganze Kosakenfamilien verübten lieber gemeinsam Selbstmord, als dem Schicksal ausgeliefert zu sein, das in der Sowjetunion auf sie wartete.
Während also Millionen deutscher Vertriebener gewaltsam ihre Heimat hatten verlassen müssen, sträubten sich umgekehrt ... Ausländer dagegen, wieder in ihre Heimat zurückgebracht zu werden, weil sie wußten, daß es ihr Todesurteil bedeutete. ...<<
**Großbritannien:** In London beginnt am 1. Juni 1945 eine internationale Konferenz (Teilnehmer aus 16 Nationen), um eine Kriegsverbrecherliste zu erstellen.

**02.06.1945**

**UdSSR:** Stalin fordert die schwedische Regierung am 2. Juni 1945 auf, alle baltischen und deutschen Soldaten an die Sowjetunion auszuliefern, die an der Ostfront gekämpft hatten und anschließend nach Schweden geflohen waren (x130/193).
**Jugoslawien:** In den Wäldern der Gottschee liquidieren Titos Partisaneneinheiten am 2. Juni 1945 ca. 11.000 ausgelieferte Gefangene der slowenischen Hilfsverbände und 3 Regimenter der serbischen Staatswache (x040/286).

**04.06.1945**

**Großbritannien:** Churchill warnt die US-Regierung am 4. Juni 1945 vor Stalins Einflußnahme in Westeuropa und lehnt die Übergabe Mitteldeutschlands ab (x118/29): >>... Ich sehe dem im Mittelabschnitt unserer Front beabsichtigten Rückzug der amerikanischen Armee auf unsere Zonengrenzen mit größtem Unbehagen entgegen, ist doch der Vormarsch der Sowjetmacht ins Herz Westeuropas und die Senkung eines eisernen Vorhangs zwischen uns und dem ganzen Osten verbunden.
Ich hatte gehofft, dieser Rückzug würde, falls er überhaupt erfolgen muß, von der Regelung vieler wesentlicher Dinge begleitet sein, die allein eine echte Grundlage des Weltfriedens darstellen könnten. Noch ist nichts von Bedeutung geregelt.<<

**05.06.1945**

**Berlin:** Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wird die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.
Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgt nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wird in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übt ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernimmt (Übernahme

der "absoluten Autorität").
In der Erklärung (Berliner Deklaration) der Siegermächte vom 5. Juni 1945 heißt es (x101/185-188): >>***Erklärung***
*in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik*
Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.
Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.
Unter diesen Umständen ist es notwendig, unbeschadet späterer Beschlüsse, die hinsichtlich Deutschlands getroffen werden mögen, Vorkehrungen für die Einstellung weiterer Feindseligkeiten seitens der deutschen Streitkräfte, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Verwaltung des Landes zu treffen und die sofortigen Forderungen zu verkünden, denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist.
Die Vertreter der obersten Kommandobehörden des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und der Französischen Republik, im folgenden "Alliierte Vertreter" genannt, die mit der Vollmacht ihrer betreffenden Regierungen und im Interesse der Vereinten Nationen handeln, geben dementsprechend die folgende Erklärung ab:
Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.
Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik werden später die Grenzen Deutschlands oder irgendeines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil deutschen Gebietes bildet, festlegen.
Kraft der obersten Regierungsgewalt und Befugnisse, die die vier Regierungen auf die Weise übernommen haben, verkünden die Alliierten Vertreter die folgenden Forderungen, die sich aus der vollständigen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ergeben und denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist:
Artikel 1
Deutschland und alle deutschen Behörden des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe und alle Streitkräfte unter deutschem Befehl stellen sofort auf allen Kriegsschauplätzen die Feindseligkeiten gegen die Streitkräfte der Vereinten Nationen zu Lande, zu Wasser und in der Luft ein.
Artikel 2
a) Sämtliche deutschen oder von Deutschland kontrollierten Streitkräfte, einschließlich Land-, Luft-, Flugabwehr- und Seestreitkräfte, die Schutzstaffeln, die Sturmabteilungen, die Geheime

Staatspolizei und alle sonstigen mit Waffen ausgerüsteten Verbände und Hilfsorganisationen, wo sie sich auch immer befinden mögen, werden restlos entwaffnet, indem sie Waffen und Gerät an die örtlichen Alliierten Befehlshaber bzw. an die von den Alliierten Vertretern namhaft zu machenden Offiziere abliefern.
b) Nach dem Ermessen des Obersten Befehlshabers der Streitkräfte des betreffenden Alliierten Staates wird, bis weitere Entscheidungen getroffen werden, das Personal der Verbände und Einheiten sämtlicher im Absatz a) bezeichneten Streitkräfte für Kriegsgefangene erklärt und unterliegt den von den betreffenden Alliierten Vertretern festzulegenden Bestimmungen und Weisungen.
c) Sämtliche im Absatz a) bezeichneten Streitkräfte, wo sie sich auch immer befinden mögen, verbleiben bis zur Erteilung von Anweisungen der Alliierten Vertreter an ihren jeweiligen Stellen.
d) Gemäß den von den Alliierten Vertretern zu erteilenden Anweisungen räumen die genannten Streitkräfte sämtliche außerhalb der deutschen Grenzen (nach dem Stande vom 31. Dezember 1937) liegenden Gebiete.
t) Zivile Polizeiabteilungen, die zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und der Leistung des Wachdienstes nur mit Handwaffen auszurüsten sind, werden von den Alliierten Vertretern bestimmt.
Artikel 3
a) Alle Militär-, Marine- und Zivilflugzeuge jeder Art und jeder Nationalität, die sich in Deutschland und in von Deutschland besetzten oder beherrschten Gebieten und Gewässern befinden, verbleiben bis zur Erteilung von weiteren Anweisungen auf dem Boden bzw. auf dem Wasser oder an Bord Schiff. Ausgenommen sind die in Alliierten Diensten stehenden Flugzeuge.
b) Alle deutschen oder von Deutschland beherrschten Flugzeuge, die sich auf oder über Gebieten und Gewässern außerhalb des deutschen Machtgebietes befinden, haben sich sofort nach Deutschland oder an irgendeinen anderen von den Alliierten Vertretern zu bestimmenden Ort zu begeben.
Artikel 4
a) Alle deutschen und von Deutschland beherrschten Über- und Unterwasserkriegsschiffe, Marinehilfsfahrzeuge, Handelsschiffe und sonstigen Wasserfahrzeuge, wo sie sich zur Zeit der Abgabe dieser Erklärung auch immer befinden mögen, sowie alle anderen in deutschen Häfen befindlichen Handelsschiffe jeder Nationalität haben in den von den Alliierten Vertretern zu bestimmenden Häfen oder Stützpunkten zu verbleiben bzw. sich sofort dorthin zu begeben. Die Besatzungen der genannten Fahrzeuge bleiben bis zur Erteilung weiterer Anweisungen an Bord.
b) Alle Schiffe und sonstigen Wasserfahrzeuge der Vereinten Nationen, die zur Zeit der Abgabe dieser Erklärung zur Verfügung Deutschlands stehen oder von Deutschland beherrscht sind, begeben sich an die von den Alliierten Vertretern zu bestimmenden Häfen oder Stützpunkte, und zwar zu den Zeiten, die ebenfalls von den Alliierten Vertretern bestimmt werden. Es ist unerheblich, ob der Rechtstitel nach prisengerichtlichen oder sonstigen Verfahren übertragen worden ist.
Artikel 5
a) Alle oder jeder einzelne der folgenden Gegenstände im Besitz der deutschen Streitkräfte oder unter deutschem Befehl oder zur deutschen Verfügung sind unversehrt und in gutem Zustand zur Verfügung der Alliierten Vertreter zu halten für die Zwecke, zu den Zeiten und an den Orten, die von letzteren bestimmt werden:
I. alle Waffen, Munition, Sprengstoffe, Kriegsgerät, Kriegsvorräte und alle anderen Kriegsmittel sowie sonstiges Kriegsmaterial jeder Art;

II. alle Über- und Unterwasserkriegsschiffe jeder Kategorie, Marinehilfsfahrzeuge und Handelsschiffe, ob schwimmend, zur Reparatur aufgelegt oder im Bau befindlich;
III. alle Flugzeuge jeder Art sowie alle Geräte und Vorrichtungen, die der Luftfahrt und der Flugabwehr dienen;
IV. alle Einrichtungen und Gegenstände des Verkehrs und des Nachrichtenwesens, zu Lande, zu Wasser und in der Luft;
V. alle militärischen Einrichtungen und Anlagen, einschließlich Flugplätze, Wasserflugzeughäfen, See- und Kriegshäfen, Lagerplätze, ständige und vorläufige Land- und Küstenbefestigungen, Festungen und sonstige befestigte Gebiete sowie Pläne und Zeichnungen aller derartigen Befestigungen, Einrichtungen und Anlagen;
VI. alle Fabriken, Industrieanlagen, Betriebe, Forschungsinstitute, Laboratorien, Prüfstellen, technischen Unterlagen, Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen, die bestimmt oder geeignet sind, die unter I., II., III., IV. und V. oben bezeichneten Gegenstände und Einrichtungen zu erzeugen bzw. deren Erzeugung oder Gebrauch zu fördern oder überhaupt die Kriegsführung zu unterstützen.
b) Auf Verlangen sind den Alliierten Vertretern zur Verfügung zu stellen:
I. die Arbeitskräfte, Versorgungsmittel und Betriebsanlagen, die zur Erhaltung oder zum Betrieb jeder der sechs unter a) oben bezeichneten Kategorien erforderlich sind; und
II. alle Auskünfte und Unterlagen, die in diesem Zusammenhang von den Alliierten Vertretern verlangt werden können.
c) Auf Verlangen der Alliierten Vertreter sind alle Mittel und Einrichtungen für die Beförderung alliierter Truppen und Dienststellen mit deren Ausrüstung und Vorräten, auf Eisenbahnen, Straßen und sonstigen Landverkehrswegen oder zur See, auf Wasserstraßen und in der Luft zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Verkehrsmittel sind in gutem Zustand zu erhalten und die hierzu notwendigen Arbeitskräfte, Versorgungsmittel und Betriebsanlagen müssen zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 6

a) Die deutschen Behörden übergeben den Alliierten Vertretern nach einem von letzteren vorzuschreibenden Verfahren sämtliche zur Zeit in ihrer Gewalt befindlichen kriegsgefangenen Angehörigen der Streitkräfte der Vereinten Nationen und liefern vollständige Namenslisten dieser Personen unter Angabe der Orte ihrer Gefangenhaltung in Deutschland bzw. in von Deutschland besetzten Gebieten. Bis zur Freilassung solcher Kriegsgefangenen haben die deutschen Behörden und das deutsche Volk ihre Person und ihren Besitz zu schützen und sie ausreichend mit Lebensmitteln, Bekleidung, Unterkunft, ärztlicher Betreuung und Geld gemäß ihrem Dienstrang oder ihrer amtlichen Stellung zu versorgen.
b) Die deutschen Behörden und das deutsche Volk haben auf gleiche Weise alle anderen Angehörigen der Vereinten Nationen zu versorgen und freizulassen, die eingesperrt, interniert oder irgendwelchen anderen Einschränkungen ausgesetzt sind, sowie alle sonstigen Personen, die aus politischen Gründen oder infolge nationalsozialistischer Handlungen, Gesetze oder Anordnungen, die hinsichtlich der Rasse, der Farbe, des Glaubensbekenntnisses oder der politischen Einstellung diskriminiert, eingesperrt, interniert oder irgendwelchen anderen Einschränkungen ausgesetzt sind.
c) Die deutschen Behörden haben auf Verlangen der Alliierten Vertreter die Befehlsgewalt über Orte der Gefangenhaltung den von den Alliierten Vertretern zu diesem Zweck namhaft zu machenden Offizieren zu übergeben.

Artikel 7

Die zuständigen deutschen Behörden geben den Alliierten Vertretern:
a) alle Auskünfte über die im Artikel 2, Absatz a), bezeichneten Streitkräfte; insbesondere liefern sie sofort sämtliche von den Alliierten Vertretern verlangten Informationen über die

Anzahl, Stellung und Disposition dieser Streitkräfte sowohl innerhalb wie auch außerhalb Deutschlands;
b) vollständige und ausführliche Auskünfte über Minen, Minenfelder und sonstige Hindernisse gegen Bewegungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie über die damit verbundenen sicheren Durchlässe.
Alle solche Durchlässe werden offengehalten und deutlich gekennzeichnet; alle Minen, Minenfelder und sonstigen gefährlichen Hindernisse werden soweit wie möglich unschädlich gemacht und alle Hilfsmittel für die Navigation werden wieder in Betrieb genommen. Unbewaffnetes deutsches Militär- und Zivilpersonal mit der notwendigen Ausrüstung wird zur Verfügung gestellt und zu obigen Zwecken sowie zum Entfernen von Minen, Minenfeldern und sonstigen Hindernissen nach den Weisungen der Alliierten Vertreter eingesetzt.

Artikel 8

Die Vernichtung, Entfernung, Verbergung, Übertragung, Versenkung oder Beschädigung von Militär-, Marine-, Luftfahrt-, Schiffs-, Hafen-, Industrie- und ähnlichem Eigentum und Einrichtungen aller Art sowie von allen Akten und Archiven, wo sie sich auch immer befinden mögen, ist verboten; Ausnahmen können nur von den Alliierten Vertretern angeordnet werden.

Artikel 9

Bis zur Herbeiführung einer Aufsicht über alle Nachrichtenverkehrsmittel durch die Alliierten Vertreter hören alle von Deutschland beherrschten Funk- und Fernnachrichtenverkehrseinrichtungen und sonstigen Draht- und drahtlosen Nachrichtenmittel auf dem Lande oder auf dem Wasser zu senden auf; Ausnahmen können nur von den Alliierten Vertretern angeordnet werden.

Artikel 10

Die in Deutschland befindlichen, von Deutschland beherrschten und in deutschem Dienst oder zu deutscher Verfügung stehenden Streitkräfte, Angehörigen, Schiffe und Flugzeuge sowie das Militärgerät und sonstige Eigentum eines jeden anderen mit irgendeinem der Alliierten im Kriegszustand befindlichen Staates unterliegen den Bestimmungen dieser Erklärung und aller etwaigen kraft derselben erlassenen Proklamationen, Befehle, Anordnungen oder Anweisungen.

Artikel 11

a) Die hauptsächlichen Naziführer, die von den Alliierten Vertretern namhaft gemacht werden, und alle Personen, die von Zeit zu Zeit von den Alliierten Vertretern genannt oder nach Dienstgrad, Amt oder Stellung beschrieben werden, weil sie im Verdacht stehen, Kriegs- oder ähnliche Verbrechen begangen, befohlen oder ihnen Vorschub geleistet zu haben, sind festzunehmen und den Alliierten Vertretern zu übergeben.
b) Dasselbe trifft zu für alle die Angehörigen irgendeiner der Vereinten Nationen, von denen behauptet wird, daß sie sich gegen die Gesetze ihres Landes vergangen haben, und die jederzeit von den Alliierten Vertretern namhaft gemacht oder nach Dienstgrad, Amt oder Stellung beschrieben werden können.
c) Allen Anweisungen der Alliierten Vertreter, die zur Ergreifung und Übergabe solcher Personen zweckdienlich sind, ist von den deutschen Behörden und dem deutschen Volke nachzukommen.

Artikel 12

Die Alliierten Vertreter werden nach eigenem Ermessen Streitkräfte und zivile Dienststellen in jedem beliebigen Teil oder auch in allen Teilen Deutschlands stationieren.

Artikel 13

a) In Ausübung der obersten Regierungsgewalt in Deutschland, die von den Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialisti-

schen Sowjet-Republiken sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik übernommen wird, werden die vier Alliierten Regierungen diejenigen Maßnahmen treffen, die sie zum künftigen Frieden und zur künftigen Sicherheit für erforderlich halten, darunter auch die vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands.
b) Die Alliierten Vertreter werden Deutschland zusätzliche politische, verwaltungsmäßige, wirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Forderungen auferlegen, die sich aus der vollständigen Niederlage Deutschlands ergeben. Die Alliierten Vertreter bzw. die ordnungsmäßig dazu ermächtigten Personen oder Dienststellen werden Proklamationen, Befehle, Verordnungen und Anweisungen ergehen lassen, um solche zusätzlichen Forderungen festzulegen und die übrigen Bestimmungen dieser Erklärung auszuführen. Alle deutschen Behörden und das deutsche Volk haben den Forderungen der Alliierten Vertreter bedingungslos nachzukommen und alle solche Proklamationen, Befehle, Anordnungen und Anweisungen uneingeschränkt zu befolgen.
Artikel 14
Diese Erklärung tritt in Kraft und Wirkung an dem Tage und zu der Stunde, die nachstehend angegeben werden. Im Fall einer Versäumnis seitens der deutschen Behörden oder des deutschen Volkes, ihre hierdurch oder hiernach auferlegten Verpflichtungen pünktlich und vollständig zu erfüllen, werden die Alliierten Vertreter die Maßnahmen treffen, die sie unter den Umständen für zweckmäßig halten.
Artikel 15
Diese Erklärung ist in englischer, russischer, französischer und deutscher Sprache ausgefertigt. Die englischen, russischen und französischen Fassungen sind allein maßgebend.
Berlin, den 5. Juni 1945.
18:00 Uhr mitteleuropäischer Zeit.
(Die in den drei maßgebenden Sprachen abgefaßten Texte dieser Erklärung sind von Dwight D. Eisenhower, General der Armee, G. Shukow, Marschall der Sowjetunion, B. L. Montgomery, Feldmarschall, und T. de Lattre-Tassigny, Armeegeneral, unterzeichnet.)<<

**Die Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945**

Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betrafen, sollten gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats entschieden werden.
Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67). Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde nachweislich durch die Siegermächte nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605).
Es sind noch immer ungelöste staatsrechtliche Fragen, ob die Alliierten nach der "militärischen Kapitulation" überhaupt berechtigt waren, die Regierungsgewalt in Deutschland zu übernehmen.
Prof. Rudolf Laun (deutscher Staats- und Völkerrechtler) schrieb später über den Fortbestand des Deutschen Reiches, daß die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verpflichtet gewesen wären, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden (x063/604).
Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>Viertes Kapitel: Kapitulation
Artikel 35 Die zwischen den abschließenden Parteien vereinbarten Kapitulationen sollen den Forderungen der militärischen Ehre Rechnung tragen. Einmal abgeschlossen, sollen sie von

beiden Parteien gewissenhaft beobachtet werden. ...
Dritter Abschnitt: Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet
Artikel 42 Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.
Artikel 43 Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.
Artikel 44 Einem Kriegführenden ist es untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, Auskünfte über das Heer des anderen Kriegführenden oder über dessen Verteidigungsmittel zu geben.
Artikel 45 Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten.
Artikel 46 Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.
Artikel 47 Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.
Artikel 48 Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiete die zugunsten des Staates bestehenden Abgaben, Zölle und Gebühren, so soll er es möglichst nach Maßgabe der für die Ansetzung und Verteilung geltenden Vorschriften tun; es erwächst damit für ihn die Verpflichtung, die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebietes in dem Umfange zu tragen, wie die gesetzmäßige Regierung hierzu verpflichtet war.
Artikel 49 Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiet außer den im vorstehenden Artikel bezeichneten Abgaben andere Auflagen in Geld, so darf dies nur zur Deckung der Bedürfnisse des Heeres oder der Verwaltung dieses Gebiets geschehen.
Artikel 50 Keine Strafe in Geld oder anderer Art darf über eine ganze Bevölkerung wegen der Handlungen einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angesehen werden kann.
Artikel 51 Zwangsauflagen können nur auf Grund eines schriftlichen Befehls und unter Verantwortlichkeit eines selbständig kommandierenden Generals erhoben werden. Die Erhebung soll so viel wie möglich nach den Vorschriften über die Ansetzung und Verteilung der bestehenden Abgaben erfolgen. Über jede auferlegte Leistung wird den Leistungspflichtigen eine Empfangsbestätigung erteilt.
Artikel 52 Naturalleistungen und Dienstleistungen können von Gemeinden oder Einwohnern nur für die Bedürfnisse des Besetzungsheeres gefordert werden. Sie müssen im Verhältnisse zu den Hilfsquellen des Landes stehen und solcher Art sein, daß sie nicht für die Bevölkerung die Verpflichtung enthalten, an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen. Derartige Natural- und Dienstleistungen können nur mit Ermächtigung des Befehlshabers der besetzten Örtlichkeit gefordert werden. Die Naturalleistungen sind so viel wie möglich bar zu bezahlen. Andernfalls sind dafür Empfangsbestätigungen auszustellen; die Zahlung der geschuldeten Summen soll möglichst bald bewirkt werden.
Artikel 53 Das ein Gebiet besetzende Heer kann nur mit Beschlag belegen: das bare Geld und die Wertbestände des Staates sowie die dem Staate zustehenden eintreibbaren Forderungen, die Waffenniederlagen, Beförderungsmittel, Vorratshäuser und Lebensmittelvorräte sowie überhaupt alles bewegliche Eigentum des Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen. Alle Mittel, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Weitergabe von Nachrichten und zur Beförderung von Personen oder Sachen dienen, mit Ausnahme der durch das

Seerecht geregelten Fälle, sowie die Waffenniederlagen und überhaupt jede Art von Kriegsvorräten können, selbst wenn sie Privatpersonen gehören, mit Beschlag belegt werden. Beim Friedensschlusse müssen sie aber zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden.
Artikel 54 Die unterseeischen Kabeln, die ein besetztes Gebiet mit einem neutralen Gebiete verbinden dürfen nur im Falle unbedingter Notwendigkeit mit Beschlag belegt oder zerstört werden. Beim Friedensschlusse müssen sie gleichfalls zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden.
Artikel 55 Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.
Artikel 56 Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf. Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...
Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.
Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...
Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Junideklaration" (x051/-295): >>Junideklaration, vier am 5.6.45 herausgegebene Erklärungen der Vier Mächte, Großbritannien, Frankreich, USA und UdSSR, zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland:
1. "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands", aus der die Übernahme sämtlicher Regierungsbefugnisse, einschließlich OKW, und aller Behörden durch die Siegermächte folgte;
2. Errichtung eines Systems der Viermächtekontrolle über Gesamtdeutschland durch den Alliierten Kontrollrat sowie selbständige Verwaltung der jeweiligen Besatzungszonen;
3. endgültige Abgrenzung dieser Zonen;
4. Erklärung der Diskussionsbereitschaft mit allen UN-Staaten hinsichtlich der Deutschen Frage.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Folgen der Berliner Deklaration (x024/193-194): >>... Die Direktive

JCS/1067, die Berliner Deklaration und die Potsdamer Beschlüsse bildeten ... die politische Grundlage für das Leben der Menschen im Nachkriegsdeutschland.
Der Alltag war vor allem durch die Sorge ums bloße Überleben geprägt – um die Beschaffung von Nahrung, warmer Kleidung und Brennmaterial in den kalten Monaten.
Die Deutschen hatten aufgehört, sich selbst zu bestimmen. Die genaue Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt war auf die Organe der vier Militärregierungen übertragen worden. All ihre Maßnahmen zielten auf die Durchführung der vier großen "D", die fortan das Leben der Deutschen bestimmen sollten: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung.
Da anfangs eine allgemeine Informationssperre herrschte – es gab für Deutsche keinen Rundfunk und keine Zeitungen -, hielten viele Bürger die sofortigen strengen Maßnahmen für Willkürakte und Schikanen der Besatzer.
Bis zum 11. Juli 1945 bestand außerdem das Fraternisierungsverbot, das den Amerikanern verbot, mit deutschen Erwachsenen zu sprechen.
Bis zur Regelung der deutschen Verwaltungen in den einzelnen Ländern, die im Frühjahr 1947 langsam einsetzte, war der deutsche Landrat Partner und Gegenspieler der allmächtigen Kreismilitärregierung. Seine Aufgaben waren wesentlich unfassender, als bisher üblich.
Unter der Aufsicht und Weisung der Militärergierung war der Landrat verantwortlich für alle Dienststellen, die im Kreis arbeiteten. Außerdem für die Gerichte, die Banken, die Sparkassen, die Reichsbank, die Eisenbahn, das Zuchthaus, die Zollverwaltung, das Finanzamt das Bauamt, das Forstamt, die gesamte Wirtschaft und schließlich auch für die Vertriebenen. Eine wahre Flut von Gesetzen und Verordnungen der Militärregierung und Proklamationen des Alliierten Kontrollrates ging auf den Landrat nieder.
Zu den Landräten wurden von den Alliierten meist Personen ernannt, die im jeweiligen Gebiet bereits länger ansässig und als Gegner des Nationalsozialismus bekannt waren. Den Landräten wiederum oblag es, die bisherigen Bürgermeister abzusetzen und neue, für den Demokratisierungsprozeß geeignete Amtspersonen in den Gemeinden zu bestimmen.<<

**07.06.1945**

**WBZ:** Oskar Dirlewanger (1895 in Würzburg geboren, SS-Oberführer eines SS-Sonderbataillons, später SS-Sturmbrigade D) stirbt am 7. Juni 1945 angeblich nach schweren Mißhandlungen in französischer Gefangenschaft (x030/68).

**08.06.1945**

**Berlin:** Wilhelm Pieck und weitere kommunistische Emigranten treffen am 8. Juni 1945 aus Moskau ein, um Stalins Pläne zu realisieren.

**Großbritannien:** Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtet am 8. Juni 1945 über das besetzte Deutschland (x043/75): >>Von einem Gebiet innerhalb der Grenzen von 1937 mit 471.000 qkm werden die Russen 221.000 qkm oder 47 % besetzen. ...
In der russischen Zone befinden sich 9 von 27 deutschen Städten mit einer Einwohnerzahl von mehr als 200.000. Bemerkenswert ist, daß die Russen in ihrer Zone die intakt gebliebene Großindustrie des Reiches haben werden und daß Bombenschäden in den von den Russen besetzten Provinzen am geringsten sind. Neben einer wesentlich höheren Industriekapazität liegt auch die Nahrungsmittelerzeugung in der russischen Zone wesentlich günstiger.<<

**09.06.1945**

**SBZ:** Die sowjetische Besatzungsmacht übernimmt am 9. Juni 1945 in der SBZ sämtliche Verwaltungsaufgaben. Marschall Shukow, Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen, läßt am 9. Juni 1945 die "Sowjetische Administration für Deutschland" (SMAD) errichten. Dieser Apparat stellt eine zentrale sowjetische Regierung dar (x009/358).
Die SMAD setzt danach lokale und regionale deutsche Verwaltungen ein und befiehlt die Errichtung von "Deutschen Zentralverwaltungen".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "SBZ" (x009/-378-379): >>(SBZ ist die) Abkürzung für sowjetische Besatzungszone. Teil Deutschlands, der auf Grund der Vereinbarungen unter den Alliierten nach der Kapitulation von sowjetischen Truppen besetzt wurde. Das Gebiet der SBZ ist nicht identisch mit dem durch die Sowjets militärisch eroberten Gebiet. Ein großer Teil des von Engländern und Amerikanern eroberten Raumes wurde im Sommer 1945 der Sowjetunion abgetreten.
Der sowjetische Sektor von Berlin gehört weder rechtlich noch verwaltungsmäßig zur SBZ, wird aber als Hauptstadt der DDR beansprucht. Die vielgebrauchte Bezeichnung "Ostzone" für die SBZ ist irreführend. Die SBZ hat als Mittelzone zu gelten, da sie mitten zwischen der Bundesrepublik und den zur Zeit von Polen und der Sowjetunion verwalteten Ostgebieten liegt.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Sowjetische Besatzungszone" (x051/544-545): >>Sowjetische Besatzungszone (SBZ, Sowjetzone), eine der vier Besatzungszonen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, 107.862 qkm mit 18,3 Millionen Einwohnern (1946).
Die Sowjetische Besatzungszone umfaßte das Gebiet des Deutschen Reiches zwischen Oder-Neiße-Linie im Osten und der Linie Lübeck-Helmstedt-Hof im Westen (ausgenommen West-Berlin). Die zunächst von amerikanischen und britischen Truppen besetzten Teile Mecklenburgs, Sachsens und Thüringens wurden am 1.7.45 von diesen geräumt und ebenfalls sowjetisch besetzt.
Die oberste militärische und politische Gewalt übernahm in der Sowjetischen Besatzungszone am 9.6.45 die Sowjetische Militäradministration (SMAD). Unter ihrer Regie wurde die Sowjetische Besatzungszone systematisch wirtschaftlich ausgebeutet und eine kommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgebaut: Schul- und Justizreform; Enteignung des Großgrundbesitzes sowie des Besitzes von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" und dessen Verteilung an Bauern, Landarbeiter und Vertriebene; Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrie; Vereinigung von SPD und KPD zur SED u.a. Aus der Sowjetischen Besatzungszone entstand 1949 die Deutsche Demokratische Republik (DDR).<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "SMAD" (x009/-358): Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Mai 1945 übernahm die sowjetische Besatzungsmacht alle Verwaltungsaufgaben in der SBZ. Sie errichtete im Juni 1945 die "Sowjetische Administration für Deutschland" (SMAD), die zu ihrer Unterstützung lokale und regionale deutsche Verwaltungen einsetzte.
Im Gegensatz zur Entwicklung in der heutigen Bundesrepublik Deutschland wurden in der SBZ jedoch bald die Befugnisse der Kommunal- und Länderbehörden eingeschränkt. Bereits im Juli befahl die SMAD die Errichtung von "Deutschen Zentralverwaltungen". Ihre Zahl betrug zunächst 11, stieg aber bis Mitte 1947 auf 16. De facto (tatsächlich) stellte dieser Apparat bereits eine zentrale sowjetische Regierung dar. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Einsetzung der Sowjetischen Militäradministration in Mitteldeutschland (x046/222-223): >>... Durch Befehl Nr. 1 wurde zum Stellvertreter des Generaldirektors der Sowjetischen Militäradministration (SMA) und Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Marschall der Sowjetunion Shukow, der Generaloberst des NKVD Serov ernannt, nach dem Urteil von Generaloberst Professor Volkogonov "eine der übelsten Gestalten in Berijas Umgebung".
Serov, zugleich Bevollmächtigter des NKVD der UdSSR bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, hatte seit Beginn des Krieges als Hauptwerkzeug Stalins bei der technischen Durchführung von Massendeportationen and anderen Gewalttaten fungiert, die alle unter den Begriff des Völkermordes und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit fallen.

Er war es, der einst 1939/1940 1-2 Millionen Polen, Ukrainer, Weißrussen und Juden aus dem annektierten polnischen Staatsgebiet und 1940/1941 Zehntausende von Esten, Letten und Litauern aus den annektierten baltischen Republiken in die unwirtlichen Gebiete der Sowjetunion deportierte, wie üblich unter Zerreißung der Familienbande und, wie im Baltikum, oft nach Liquidierung der Familienväter. ...
Aufgrund des Befehls Nr. 00315 des Volkskommissars Berija vom 18. April 1945 nahm Serov nun auch in okkupierten Teilen Deutschlands umgehend Massenverhaftungen unter der Zivilbevölkerung durch die von ihm geleiteten Operativgruppen des NKVD/NKGB vor. Die Verhafteten, darunter Frauen und Jugendliche, wurden als sogenanntes "Spezialkontingent" in die übernommenen oder sofort eingerichteten Konzentrationslager (Special'nye lageri NKVD SSSR) überführt, wo Zehntausende von ihnen an den unmenschlichen Lebensbedingungen zugrunde gingen.
Die Ernennung Serovs zu der politisch ausschlaggebenden Figur des sowjetischen Besatzungsgebietes und die sofort durchgeführte brutale Ausschaltung aller, die irgendwie als oppositionell eingeschätzt wurden, ließ jedenfalls keinen Zweifel daran, welche Art von Politik die Sowjetunion in Deutschland künftig zu betreiben gedachte. ...<<

**10.06.1945**

**SBZ:** Durch SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 erfolgt die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften (x111/33): >>1. Auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland wird die Bildung und Betätigung aller antifaschistischen Parteien gestattet, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste der faschistischen Elemente, die Festigung der demokratischen Grundlagen und die Entwicklung der Initiative der breiten Bevölkerung zum Ziele setzen.
2. Der werktätigen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland wird das Recht zur Bildung von Gewerkschaftsorganisationen gegeben.<<
Die kommunistische Partei (KPD) schaltet danach bis April 1946 jegliche Opposition konsequent aus.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteien" in der SBZ (x009/319): >>Die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften erfolgte durch den SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10.6.1945. ...
Am 19./20.4.1946 Zwangszusammenschluß der SPD und KPD zur SED. ...
Insbesondere im Zeitraum von 1948/1949 bis 1952 gelang es der SED mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht und einzelner Funktionäre in den anderen Parteien, alle Ausführungsorgane ihrer eigenen Politik zu degradieren. Die Aufstellung eigener Wahllisten wurde unterbunden.
Das formale Mehrparteiensystem der SBZ stellt sich in Wirklichkeit dar als Einparteienherrschaft der SED. Nach außen haben die übrigen Parteien die Funktion, die demokratische Fassade des SBZ-Staates zu bilden; nach innen ist ihnen hauptsächlich die Aufgabe zugewiesen, den Mittelstand und die christliche Bevölkerung für den Aufbau des Sozialismus zu gewinnen.<<

**WBZ:** Feldmarschall Bernhard L. Montgomery (1887-1976, Befehlshaber der britischen Besatzungstruppen und Mitglied des Alliierten Kontrollrats) läßt am 10. Juni 1945 folgende Mitteilung in der britischen Besatzungszone veröffentlichen (x105/287-288): >>Ihr habt Euch oft gewundert, warum unsere Soldaten Euch gar nicht beachten, wenn Ihr ihnen zuwinkt oder auf der Straße guten Morgen wünscht und warum sie nicht mit Euren Kindern spielen.
Unsere Soldaten handeln gemäß ihren Befehlen. Ihr habt dieses Verhalten nicht gerne. Auch unsere Soldaten nicht, da wir von Natur aus ein freundliches und entgegenkommendes Volk sind. Aber der Befehl war notwendig, und ich will Euch erklären, warum.
Im Weltkrieg 1914, der durch Eure Führer begonnen wurde, wurden Eure Armeen im Felde

geschlagen. Eure Generale ergaben sich, und Eure Führer gestanden im Vertrag von Versailles zu, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich war.
Die Kapitulation fand jedoch in Frankreich statt. Es kam zu keinen Kampfhandlungen auf deutschem Boden. Dies veranlaßte Eure Führer, das Märchen zu verbreiten, daß Eure Wehrmacht niemals geschlagen wurde; in der Folge lehnten Eure Führer auch den Paragraphen über die Kriegsschuld des Vertrages von Versailles ab. Sie versicherten Euch, daß Deutschland weder für den Krieg verantwortlich war noch besiegt wurde. Dies glaubten viele von Euch, weil Ihr niemals Kriegshandlungen in Eurem Lande erlebt hattet.
Als Eure Führer abermals diesen Krieg mutwillig auslösten, habt Ihr ihnen Beifall gezollt. Abermals wurden Eure Armeen nach Jahren von Zerstörung und Elend geschlagen. Dieses Mal sind die Alliierten entschlossen, daß Ihr Eure Lektion lernen sollt, und zwar nicht nur, daß Ihr geschlagen wurdet, was Ihr jetzt wohl wissen müßt, sondern auch, daß Ihr als Nation schuld am Beginn des Krieges wart. Denn wenn dies Euch und Euren Kindern nicht klargemacht wird, mögt Ihr Euch noch einmal durch Eure Beherrscher dazu verleiten lassen, einen neuen Krieg zu führen.
Unsere Soldaten haben schreckliche Dinge in vielen Ländern gesehen, wo Eure Beherrscher Krieg führten. Ihr denkt, daß nicht Ihr, sondern Eure Führer für diese Dinge verantwortlich sind. Aber diese Führer sind aus dem deutschen Volk gewachsen. Die Nation ist verantwortlich für ihre Führer. Solange sie erfolgreich waren, habt ihr frohlockt, gefeiert und gelacht.
Das ist der Grund, weshalb unsere Soldaten sich Euch gegenüber nicht freundlich verhalten. Wir haben dies befohlen, um Euch, Eure Kinder und die ganze Welt vor einem neuen Krieg zu bewahren. Dies wird nicht stets so bleiben, denn wir sind ein christliches Volk, das gerne vergibt. Wir schätzen es, zu lachen und freundlich zu sein. Aber es ist unser Ziel, das Übel des nationalsozialistischen Systems zu zerstören. Es ist noch zu früh, um gewiß zu sein, daß wir dieses Ziel erreicht haben. Ihr sollt dieses Euren Kindern vorlesen, wenn sie alt genug sind, und dazu sehen, daß sie es verstehen.<<

**11.06.1945**

**Berlin:** Walter Ulbricht tritt in Ost-Berlin mit einem völlig neuen Parteiprogramm vor die Öffentlichkeit und gründet am 11. Juni 1945 die KPD.
Walter Ulbricht erklärt am 11. Juni 1945 vor den KPD-Delegierten (x111/34-35): >>... Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen. ...
Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrüstung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.<<
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014), der damals ein Mitglied der "Gruppe Ulbricht" ist, berichtet später über die Neugründung der KPD in Berlin (x111/35): >>Ein Genosse aus dem roten Wedding fragt: "Genosse Ulbricht, so richtig und notwendig dieses Programm ist ... so ist doch eines unklar: Worin unterscheidet es sich von dem Programm irgendeiner beliebigen demokratischen Partei?"
Ulbricht erwidert darauf (nun selber augenzwinkernd): "Das wirst Du schon bald merken, Genosse! Wart nur mal ein bißchen ab." ...<<

**WBZ:** General Eisenhower meldet am 11. Juni 1945, daß die nordamerikanischen Streitkräfte insgesamt 5.224.310 Kriegsgefangene eingebracht haben (x131/219).

**Großbritannien:** Die Londoner Zeitung "Daily Mirror" berichtet am 11. Juni 1945 (x044/-219): >>... Wenn man aus Deutschland kommt, so verblüfft einen als erstes, daß die Leute Geld als Bezahlung erwarten, kabelt David Walker aus Paris: Es kommt ein wenig wie ein Schock.
Die derzeitige Grundwährung in Deutschland – oder, auf jeden Fall die vertrauenswürdigste – ist eine gewöhnliche Zigarette. Für ein paar Zigaretten kann man einen ausführlichen Rundgang durch Buchenwald unternehmen; für sechs bekam ich einen sorgfältigen Haarschnitt von einem uniformierten deutschen Polizisten.
Ein Päckchen Zigaretten hat die Kaufkraft von mindestens einem Pfund Sterling. Kaffee, Tee, Kaugummi oder Seife sind Ersatzwährungen, die alle auf dem offenen Markt gelten. Ich habe gesehen, wie eine Flasche Brandy für 40 englische Zigaretten den Besitzer wechselte.
Wer in England Freunde oder Verwandte hat, die dazu verdammt sind, eine Weile auf deutschem Territorium zu bleiben, möge dies im Auge behalten.<<
**USA:** US-Botschafter William A. Harriman (1891-19869 berichtet am 11. Juni 1945 über das Schicksal der heimgekehrten sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter (x133/449-450): >>... Obwohl keine Beweise vorliegen, die die Berichte über die strenge Behandlung der aus den alliierten Gebieten repatriierten Sowjetbürger bestätigen, wäre es jedoch unklug, die Prämissen dieser Berichte in Frage zu stellen.
Die sowjetische Regierung und die Militärs haben aus ihrer Verachtung für die in Kriegsgefangenschaft geratenen sowjetischen Truppen nie ein Hehl gemacht. Die Sowjetregierung hat die Genfer Konvention nicht unterzeichnet und während des ganzen Krieges alle Annäherungen der Feindmächte zurückgewiesen, eine Vereinbarung über die Behandlung der Kriegsgefangenen zu erreichen, die auch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der sowjetischen Gefangenen in Deutschland bedeutet hätte.
Obwohl die Repatriierung bereits seit Monaten stattfindet, ist der Botschaft nur ein einziger Fall eines Gefangenen bekannt, der zu seiner Familie nach Moskau heimgekehrt ist und seiner Vorkriegsbeschäftigung wieder nachgeht. Dieser Mann litt unter Tuberkulose und wurde nach viermonatiger Haft in einem Lager bei Moskau entlassen.
Es ist bekannt, daß die Repatriierten an den Ankunftshäfen von Polizeiwachen in Empfang genommen werden. Ganze Eisenbahntransporte mit Rückkehrern kommen durch Moskau und fahren weiter nach Osten. Während sie auf Moskauer Güterbahnhöfen halten, wird den Passagieren keinerlei Verbindung mit der Außenwelt erlaubt. Obgleich es nur wenige Informationen hierüber gibt, wird jedoch angenommen, daß die Repatriierten zunächst einer intensiven polizeilichen Überprüfung unterzogen werden. ...
Es ist durchaus möglich, daß Leute, die der vorsätzlichen Desertion oder staatsfeindlicher Akte angeklagt sind, erschossen werden, während einige, die sich im Krieg gut geführt haben und entweder als Verwundete oder unter ähnlichen Umständen in Gefangenschaft gerieten und sich geweigert haben, für die Deutschen zu arbeiten, nach Hause entlassen werden. Es ist jedoch zu vermuten, daß die Mehrzahl der Repatriierten in Zwangsarbeiter-Bataillone kommt und unter polizeilicher Aufsicht zu Umbauprojekten im Ural, Innerasien, Sibirien und im hohen Norden herangezogen wird.<<
Mehrere Naturwissenschaftler schreiben am 11. Juni 1945 an den US-Kriegsminister, um den Einsatz von Atombomben zu verhindern (x191/109): >>Wir meinen, daß die Überlegungen nicht dafür sprechen, nukleare Bomben in einem baldigen, unvorhergesehenen Angriff gegen Japan einzusetzen. Wenn die Vereinigten Staaten das erste Land wären, welches die neuen Mittel zur rücksichtslosen Zerstörung der Menschheit anwendete, würden sie auf die Unterstützung aller Welt verzichten, den Aufrüstungswettlauf beschleunigen und die Chancen für ein zukünftiges internationales Abkommen zur Kontrolle derartiger Waffen zunichte machen. ...<<

**12.06.1945**

**UdSSR:** Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldet am 12. Juni 1945 (x043/32): >>Radio Moskau gab Kenntnis von einer Botschaft, die Marschall Stalin anläßlich des 3. Jahrestages des sowjetisch-amerikanischen Paktes an Präsident Truman gesandt hat. In der Botschaft heißt es:

Dieses Abkommen, auf dessen Grundlage die Vereinigten Staaten der Sowjetunion während des Krieges in Europa Leih- und Pachtrüstungen, strategisches Material und Lebensmittel geliefert haben, war von großer Bedeutung und trug in beträchtlichem Ausmaß zur erfolgreichen Beendigung des Krieges gegen Hitler-Deutschland bei.<<

**Großbritannien:** US-General Eisenhower erklärt während der Verleihung der Londoner Ehrenbürgerrechte am 12. Juni 1945 (x114/1.43): >>... Viele Wochen eingehender Studien in dem verfallenen Deutschen Reich haben in mir die Überzeugung reifen lassen, daß Deutschland nie wieder zu einem Zustand zurückkehren wird, den die Deutschen selbst als "normal" empfinden. Die Deutschen verstehen unter dem Begriff "normal" die Vorstellung, daß Deutschland imstande ist, mit jeder anderen hochzivilisierten und stark industrialisierten Nation der Welt konkurrieren zu können.

Dieses Ziel wird Deutschland, obgleich es heute Millionen Reichsangehörigen vorschwebt, nie wieder erreichen, das heißt, wenn die Anregungen befolgt werden, die von mir und meinem Stab ausgehen. Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind zweifellos entschlossen, es Deutschland für alle Zeiten unmöglich zu machen, wieder einen Krieg zu führen, und damit ergeben sich zwangsläufig Vorsichtsmaßregeln, die Deutschland aus der Reihe der großen Industriestaaten ausschalten.<<

Die "Yorkshire Post" berichtet am 12. Juni 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x111/35): >>... Zehntausende strömen in hilflosen Gruppen durch die Berge zurück in das zerfallene Reich. Sie ziehen zu Fuß oder auf Ochsenkarren, in die sie ihr spärliches Hab und Gut und ihre zerlumpten Kinder hineingepfercht haben. Sie werden vom Hunger gepeinigt und von der Furcht gejagt und sind ohne Hoffnung.

Zuerst mußten die Sudetendeutschen gehen, die offen ihre Sympathie für Hitler bekundet hatten, dann folgten auch die, die 20 und 30 Jahre lang im Land einen festen Wohnsitz gehabt hatten, und schließlich selbst die zweite Generation.<<

**14.06.1945**

**Berlin:** Die "Tägliche Rundschau" veröffentlicht am 14. Juni 945 zehn wesentliche Forderungen der Kommunistischen Partei Deutschlands (x111/36): >>1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitler-Regimes und der Hitler- Partei.

2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit.

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes.

4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Länderverwaltungen und der entsprechenden Landtage.

5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung.

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinzialen Selbstverwaltungsorgane.

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltung zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen, sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungs-

organe der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.
9. Friedliches und gut nachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern.
10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitler-Aggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien dienen kann.<<

**CSR:** Die tschechoslowakische Regierung fordert von Polen am 14. Juni 1945 die Abtretung der Gebiete um Glatz, Ratibor und das Hultschiner Ländchen (x111/36).
Tschechische Militärkommandanten ordnen am 14. Juni 1945 "wilde Ausweisungen" von Sudetendeutschen an.
Am 14. Juni 1945 wird z.B. folgender Ausweisungsbefehl für Böhmisch Leipa/Sudetenland erteilt (x004/325-327): >>Befehl des Militärortskommandanten.
Die Einwohner deutscher Volkszugehörigkeit, ... ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes, verlassen am 15. Juni 1945, um 5 Uhr früh, ihre Wohnungen und marschieren ... auf den Sammelplatz beim Bräuhaus in Ceske Lipe. ...
Die Anordnung betrifft nicht die nachstehend angeführten Personen und die Familien derselben:
1. Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Pflegepersonal und Feuerwehr. ...
5. Angestellte der Eisenbahn, der Post sowie der Verkehrsunternehmen. ...
Jeder Einzelperson, auf die sich die Ausweisung bezieht, ist es gestattet mitzunehmen:
a) Lebensmittel auf 7 Tage und
b) die allernotwendigsten Sachen für ihren persönlichen Bedarf in einer Menge, die sie selbst tragen kann; ...
Wertsachen: Gold, Silber und alle aus diesen Metallen hergestellten Gegenstände (Ringe, Broschen usw.), ... Einlagebücher, Versicherungen, Bargeld, mit Ausnahme von 100 RM pro Kopf sowie Photoapparate sind in ein Säckchen einzulegen oder in verschnürte Papierpäckchen einzupacken. ... Diese Wertsachen ... werden an der Versammlungsstelle abgegeben.
Ich mache darauf aufmerksam, daß jede Einzelperson einer strengen Leibesvisite unterzogen wird. Auch der Inhalt der Gepäckstücke wird genau überprüft werden. Es ist daher jede Verheimlichung der angeführten Gegenstände ... zwecklos und wird bestraft werden.
Haustiere bleiben an Ort und Stelle, das Verzeichnis der Tiere ist unter Angabe der Hausnummer und der Straße gleichzeitig mit den Schlüsseln an der Versammlungsstelle abzugeben.
Unbewegliches Eigentum und Einrichtung, wie ... Maschinen und Geräte, ist an Ort und Stelle zu belassen, jede absichtliche Beschädigung dieses Eigentums oder Einrichtung wird streng bestraft werden. Desgleichen wird die Übergabe ... an andere Personen, zwecks Aufbewahrung, bestraft werden. ...
Beim Abgang sind alle Haus- und Wohnzimmereingänge ... zu verschließen. ... Vor dem Verlassen ... der Gebäude muß jede Eingangstür verschlossen und mit einem Streifen Papier so verklebt werden, daß dieser beide Türflügel verbindet und das Schlüsselloch überdeckt. ...
Nach Übernahme der Schlüssel werden alle Gebäude sofort von Militär- und Gendarmerieorganen durchsucht werden. Personen, welche unberechtigt und absichtlich die Gebäude nicht verlassen haben, haben eine strenge Strafe zu erwarten. ...<<

**15.06.1945**

**CSR:** Staatspräsident Benesch erklärt am 15. Juni 1945 in Pilsen (x004/114): >>... Die Regierung ist sich der Bedeutung des Verrats der Deutschen und Ungarn im Jahre 1938 wohl bewußt, und sie hat deshalb mit Recht den Beschluß gefaßt, die Republik von diesen verräteri-

schen Elementen zu säubern. ...
Es ist uns bekannt, daß die Deutschen viele Gebiete unseres Landes aus eigenem Antrieb und im Bewußtsein ihrer Schuld verlassen haben, aber in einer Reihe von Fällen hat man auch unsererseits nicht korrekt gehandelt. Ich habe deshalb angeordnet, daß diese Mißstände abgestellt werden. ...
Ich kann euch zusichern, daß dieses große (sudetendeutsche) Problem eine befriedigende Erledigung finden wird.<<
Ausweisungsbefehl vom 15. Juni 1945 für die Einwohner von Ebersdorf/Sudetenland (x004/-325): >>... Es wird Ihnen aufgetragen, sich mit der ganzen Familie bis zum 18.6.1945, 10 Uhr, zwecks Abreise aus dem Gebiete der CSR vorzubereiten.
Jede Person kann höchstens 30 kg Gepäck mitnehmen. Die Aufforderung zum Abgang wird noch am morgigen Tage erfolgen, vor der Aufforderung dürfen Sie die Wohnung nicht verlassen.
Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß jedwede Beschädigung, Vernichtung u.ä. des Eigentums und der Einrichtung des Haushalts sogar mit dem Tode bestraft wird.
Diese Auswanderung erfolgt in voller Übereinstimmung mit dem Kommando der Russischen Armee. Die bestimmten Personen sammeln sich ... vor dem Gasthaus K. um 11 Uhr. ...<<

**16.06.1945**

**Berlin:** Die alliierten Militärbehörden veröffentlichen am 16. Juni 1945 eine Vielzahl von Bestimmungen (x111/38): >>Die Flaggen der Alliierten sind von deutschen Männern mit Abnehmen der Kopfbedeckung zu grüßen.
Englisch ist Amtssprache. Sämtliche amtlichen Bekanntmachungen und alle Dokumente der alliierten Behörden müssen auf Englisch abgefaßt sein, bei der Übersetzung ins Deutsche hat der englische Text Gesetzeskraft; alle an die Militärregierung gerichteten Briefe und Schriftstücke müssen auf Englisch abgefaßt sein. ...<<
**WBZ:** Die US-Militärregierung entläßt am 16. Juni 1945 alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Verwaltung, die vor dem 30. Januar 1933 der NSDAP beigetreten sind (x111/38).
In der "Münchener Zeitung" schreibt der Historiker Friedrich Meinecke (1862-1954) am 16. Juni 1945 über das NS-Regime (x111/38): >>Es war doch ein in der Geschichte niemals vorher so ingeniös (erfinderisch) geübter und unentrinnbarer Terror, der uns überwältigte. ...<<
**Schweden:** Die schwedische Regierung erklärt sich am 16. Juni 1945 bereit, alle deutschen und baltischen Kriegsgefangenen an die UdSSR auszuliefern.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später (x130/194): >>Sehr bald wurde erschreckend klar, daß der Auslieferungsbeschluß der (schwedischen) Regierung in eklatantem Widerspruch zu den laut verkündeten Grundsätzen von Humanität und Neutralität stehe, ganz zu schweigen von der Tatsache, hierbei von völkerrechtlichen Normen abgewichen zu sein.
Die am 31. Juli 1945 angetretene rein sozialdemokratische Regierung (Schwedens), die behauptete, betreffend der Auslieferung nur einen Beschluß der von ihr abgelösten Koalitionsregierung zu erfüllen, war angelegentlich darum bemüht, mit der Sowjetunion einen Handelsvertrag abzuschließen. Das ganz öffentlich ventilierte Gerücht, die Regierung hätte deswegen an der Auslieferung festgehalten, um Rußland in jeder Weise günstig zu stimmen, dürfte vieles für sich haben.
Zwei Umstände sind da beachtenswert: daß erstens Schweden mehr Soldaten auslieferte, als Rußland für billig erachtete, und daß zweitens Rußland in keiner Weise übermäßig an der Übernahme der Soldaten interessiert war. ...<<
**UdSSR:** Stalin telegrafiert am 16. Juni 1945 an US-Präsident Truman und fordert, die US-Truppen ab 1. Juli 1945 aus den westlichen Gebieten der sowjetischen Besatzungszone (Mit-

teldeutschland) abzuziehen (x116/58).
**USA:** Das Statut der Vereinten Nationen wird am 16. Juni 1945 veröffentlicht (x058/377-378): >>Kapitel I: Ziele und Grundsätze.
Artikel 1: Die Ziele der Vereinten Nationen sind:
1. Internationalen Frieden und internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zwecke: wirksame gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Bedrohungen des Friedens und zur Unterdrückung von Angriffshandlungen oder anderen Friedensbrüchen zu treffen und auf friedlichem Wege und gemäß den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts für die Schlichtung oder Entscheidung zwischenstaatlicher Streitfragen oder Regelung möglicherweise zu einem Friedensbruch führender Situationen zu sorgen;
2. freundschaftliches, auf Achtung für den Grundsatz gleicher Rechte und der Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen Nationen herbeizuführen und zu pflegen und andere geeignete Maßnahmen zur Stärkung allgemeinen Friedens zu treffen;
3. Zusammenarbeit der Nationen zu erzielen in der Lösung internationaler, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme und bei der Förderung und Unterstützung des Respekts für die Grund- und Freiheitsrechte des Menschen für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion; und
4. ein Mittelpunkt zu sein, von dem aus die Handlungen der Nationen zur Erreichung dieser gemeinsamen Ziele in Einklang gebracht werden.
Artikel 2: Die Organisation und ihre Mitglieder sollen entsprechend den in Artikel 1 festgestellten Zielen in ihren Handlungen folgende Grundsätze beobachten:
1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz gleicher Souveränität aller ihrer Mitglieder.
2. Um die aus der Mitgliedschaft sich ergebenen Rechte und Rechtsvorteile für alle Mitglieder zu sichern, sollen alle Mitglieder die von ihnen gemäß dem gegenwärtigen Pakt übernommenen Verpflichtungen in Treu und Glauben erfüllen.
3. Alle Mitglieder sollen ihre zwischenstaatlichen Streitigkeiten auf friedlichem Wege auf eine solche Weise schlichten, daß internationaler Friede und internationale Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder sollen in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die Unversehrtheit des Gebietes oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates oder sonst irgendeine andere mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Handlungsweise unterlassen. ...
Artikel 4:
1. Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, welche die in dem gegenwärtigen Pakte enthaltenen Verpflichtungen übernehmen und nach Ansicht der Organisation fähig und willig sind, diese Verpflichtungen zu erfüllen. ...<<

**17.06.1945**

**Großbritannien:** Die britische Regierung fordert die Tschechen am 17. Juni 1945 auf, alle Austreibungsaktionen zu beenden und erklärt (x004/113): >>1. ... (daß Großbritannien) nicht seine Zustimmung zu einer Massendeportation der deutschen Minderheit gebe.
2. Auf alle Fälle der Ansicht sei, daß die Regelung dieser Frage nicht die Tschechoslowakei allein betreffe, sondern auch in den Wirkungsbereich der Kontrollmächte falle.<<

**18.06.1945**

**USA:** Das State Department legt US-Präsident Truman am 18. Juni 1945 ein Memorandum über die "Umsiedlung" der Sudetendeutschen vor (x028/111): >>... Eines der schwierigsten Probleme wird aus der bereits ausgesprochenen Absicht der tschechischen Regierung entstehen, Deutsche in großer Anzahl zu vertreiben.
In diesem Punkt können die Interessen der Tschechoslowakei und die der Besatzungsmächte aufeinanderstoßen. Die Tschechen sind daran interessiert, die Vertreibung möglichst zu be-

schleunigen, das entspräche dem Volksempfinden den Deutschen gegenüber und würde die Besatzungsmächte vor vollendete Tatsachen stellen. Andererseits könnte es das Interesse der Besatzungsmächte fordern, solche Umsiedlungen in großem Maßstab zu vermeiden oder hinauszuschieben, um nicht mit dieser zusätzlichen Verantwortung belastet zu werden.<<

**19.06.1945**

**Berlin:** Die von der SPD unterbreiteten Vorschläge für eine gemeinsame Zusammenarbeit mit der KPD werden von den Vertretern des Zentralkomitees der KPD am 19. Juni 1945 abgelehnt.

Walter Ulbricht (KPD) erklärt am 19. Juni 1945 (x111/39): >>Die Zeit für eine organisatorische Vereinigung ist noch nicht gekommen. Eine verfrühte Vereinigung trägt den Keim neuer Zersplitterung in sich und diskreditiert dadurch den Gedanken der Einheit. ...<<

**CSR:** Der Präsident der Republik erläßt am 19. Juni 1945 ein Dekret über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die willkürlichen Strafverfahren und Verfolgung der Deutschen in der CSR (x004/78-83): >>... Gegen Ende der organisierten Ausweisungsaktion wurde ein großer Teil der bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe Verurteilten und Untersuchungshäftlinge, die keine höhere Strafe zu erwarten hatten, in die Ausweisungstransporte eingewiesen.

Gewiß mußten alle diejenigen, die wirklicher Verbrechen überführt waren, bestraft werden, aber die politischen und rechtlichen Hypothesen, auf denen das Retributionsdekret beruhte, ebenso wie die Verfahrenspraxis schufen statt Recht in vielen Fällen neues Unrecht.

So gerieten auch eine Reihe der großen Prozesse gegen Repräsentanten des deutschen Regimes in das Zwielicht politischer Vergeltungsmaßnahmen. Das gilt z.B. für die Verhandlung, die vom 10. Dezember 1946 bis 15. Februar 1947 im Kreisgericht Prag-Süd in Pankrác gegen 16 Abgeordnete und Senatoren der Sudetendeutschen Partei geführt wurde, den sogenannten "Abgeordnetenprozeß".

Das Retributionsdekret, das zur Bestrafung und Ausschaltung vorwiegend der Deutschen und ihrer tschechischen Kollaborateure erlassen worden war, wurde nach dem kommunistischen Umsturz erneuert und als Instrument der neuen Machthaber diesmal fast ausschließlich gegen ihre tschechischen politischen Gegner angewandt. Wie eine Reihe weiterer gegen die Deutschen gerichteten Dekrete und Gesetze erwies es sich als Hilfsmittel der Kommunisten zur Verwirklichung ihrer politischen und Sozialrevolutionären Ziele.

Von der Idee kollektiver Schuld und Verantwortung gingen auch eine Reihe weiterer gegen die Deutschen (und Madjaren) insgesamt gerichteter demütigender und diskriminierender Maßnahmen aus, die zum großen Teil der nationalsozialistischen Judenpolitik nachgeahmt waren und mit ihr gerechtfertigt wurden.

Dazu gehörte die befohlene Kennzeichnung der Deutschen durch besondere weiße oder gelbe Armbinden oder weiße Stofflecken mit einem aufgezeichneten N (Nemec = Deutscher), das Verbot der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Einrichtungen, die Behinderung der Bewegungsfreiheit durch Sperrstunden mit der Anordnung, den Wohnort über einen Umkreis von 7 km hinaus nicht zu verlassen, und weitere Beschränkungen der persönlichen Freiheit und Existenz.

Auch die Festsetzung der Verpflegungssätze nach den im Dritten Reich für die Juden festgesetzten Rationen ist hier zu nennen, ebenso die Einschränkung der Einkaufszeiten für Deutsche auf so knapp bemessene Fristen, daß oft die zum Arbeitseinsatz herangezogenen Frauen sie gar nicht wahrnehmen konnten.

Eine weitere Maßnahme, die über den durch das Dekret vom 19. Juni betroffenen Personenkreis weit hinausging, war die systematische Internierung der Deutschen.

Vom innertschechischen Gebiet ausgehend, wo der größte Teil der deutschen Bevölkerung bereits während des Aufstandes oder in den Tagen und Wochen danach interniert worden war, griff sie mit dem Erscheinen größerer Partisaneneinheiten und Formationen der Svoboda-Armee auf die sudetendeutschen Gebiete über.
In einzelnen Gegenden, vor allem im Ostsudetenland und in dem Gebiet von Saaz - Brüx - Komotau, wurden davon die Bewohner ganzer Dörfer und Städte erfaßt. In vielen Fällen bildete sie im innertschechischen Gebiet wie im Sudetenland den Auftakt zur Austreibung in die sowjetischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs oder zum Zwangsarbeitseinsatz im innertschechischen Gebiet.
So wurden auch durchweg die bald nach Kriegsende und später aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Sudetendeutschen, ohne Rücksicht darauf, daß sie von den alliierten Gewahrsamsmächten und auch von den Sowjets einzeln oder in geschlossenen Transporten in ihre Heimat entlassen worden waren, gleich nach ihrer Ankunft in der CSR wieder gefangengesetzt und in die zahlreichen Lager geschafft, wo sie dann oft ein härteres Los zu erleiden hatten als das ihrer bisherigen Kriegsgefangenschaft.
Das Schicksal der in den Lagern Zusammengetriebenen unterschied sich vor allem in den ersten Monaten kaum von dem derjenigen Deutschen, die auf Grund der neuen politischen Strafgesetzgebung oder unter willkürlichen Vorwänden verhaftet worden waren und z.T. in denselben Lagern wie die Internierten, meist allerdings von ihnen getrennt, untergebracht worden waren.
In einigen dieser Lager, wie vor allem in Theresienstadt, wechselten nur die Opfer:
wo vorher jüdische Gefangene unter dem nationalsozialistischen Zwangssystem litten, wurden jetzt Deutsche gequält und mißhandelt.
"Bestimmt gab es unter ihnen welche", so lesen wir in dem erschütternden Bericht eines jüdischen Mitgefangenen über das Lager Theresienstadt, "die sich während der Besetzungsjahre manches haben zuschulden kommen lassen, aber die Mehrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurden bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren. Nur weil sie Deutsche waren ...?
Der Satz klingt erschreckend bekannt; man hatte bloß das Wort "Juden" mit "Deutsche" vertauscht. Die Fetzen, in die man die Deutschen hüllte, waren mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war. Der Unterschied bestand lediglich darin, daß der herzlosen Rache, die hier am Werke war, das von der SS zugrunde gelegte großzügige Vernichtungssystem fehlte".
Nachdem in der angelsächsischen Presse kritische Berichte über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei erschienen waren, mehrten sich in den westlichen Ländern Stimmen, die die grausame Behandlung der Sudetendeutschen verurteilten.
Wie weit solche Vorhaltungen die Bemühungen tschechischer Regierungsstellen um eine Beseitigung der ärgsten und offenkundigsten Mißstände in den Lagern und Gefängnissen beeinflußt haben, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen.
Zweifellos waren seit dem Sommer 1945 vor allem bürgerliche Kräfte auch aus innerpolitischen Gründen bestrebt, der seit den Revolutionstagen in den Sudetenländern herrschenden chaotischen Zustände Herr zu werden und die Kontrolle über die neuerrichteten Verwaltungs- und Sicherheitsorgane zu gewinnen; sie suchten die radikalen und für ihre Posten unqualifizierten Elemente, die meist für die fortdauernden Ausschreitungen verantwortlich waren, nun möglichst rasch auszuschalten, zumal auch in der tschechischen Öffentlichkeit vereinzelt Kritik an den Methoden der Behandlung der Sudetendeutschen laut wurde.
Als einige der ärgsten Schinder wegen Unterschlagung und persönlicher Bereicherung verhaftet worden waren, besserten sich seit Ende des Jahres dann auch die Zustände in einzelnen

Lagern. Die Änderung der anfänglichen Bezeichnung Konzentrationslager in Internierungs-, Arbeits- und schließlich Sammellager scheint aus Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit vorgenommen worden zu sein, da man mit dem Begriff des Konzentrationslagers zwangsläufig die Vorstellung von Massengrausamkeiten verband.
Die Änderung der Lager-Bezeichnung bedeutete aber keineswegs eine gleichzeitige Änderung der geübten Praktiken; denn die Bewachungsmannschaften setzten sich hier wie in den Gefängnissen in der ersten Zeit nach der Wiedererrichtung des Staates aus Angehörigen der Revolutionsgarde und später der Stráz (Sbor) Národni Bezpecnosti (SNB, Wache der nationalen Sicherheit) zusammen.
Die SNB, die die Funktionen des Staatssicherheitsdienstes und zugleich der Gendarmerie und Polizei ausübte, war genauso gefürchtet wie die Revolutionsgarde. Bei ihrer überstürzten Aufstellung waren zweifelhafte Elemente in ihre Reihen eingeströmt. Offenbar wurden auch ganze Gruppen von Revolutionsgardisten, die in einzelnen Orten stationiert waren, in die SNB übernommen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Methoden der Revolutionsgarde in den meisten Lagern weiter praktiziert wurden. Andererseits bemühten sich freilich auch einzelne SNB-Männer, wenn sie sich vor einer Denunzierung durch ihre Landsleute sicher fühlten, das Los der Häftlinge und Internierten zu erleichtern.<<

**22.06.1945**

**Berlin:** Am 4. Jahrestag des deutschen Überfalls enthüllen die Sowjets am 22. Juni 1945 in Frohnau ein Ehrenmal für Gefallene der Roten Armee.

**WBZ:** 80 deutsche Ingenieure und Techniker der Zeiss-Werke werden am 22. Juni 1945 nach Nordamerika deportiert (x111/40).

Konrad Adenauer kritisiert am 22. Juni 1945 die unmenschlichen Zustände in den nordamerikanischen Kriegsgefangenenlagern am Rhein (x131/217-218): >>Einige deutsche Kriegsgefangene werden in Lagern unter Bedingungen gehalten, die allen humanitären Prinzipien und eindeutig den Bestimmungen der Haager und Genfer Konvention widersprechen.
Den ganzen Rhein entlang, von Remagen-Sinzig bis nach Ludwigshafen, wurden die deutschen Kriegsgefangenen eingepfercht, hatten wochenlang keinerlei Schutz vor der Witterung, kein Trinkwasser, keine medizinische Versorgung und nur ein paar Scheiben Brot zu essen. Sie konnten sich nicht einmal auf den Erdboden legen. Vielen Hunderttausenden ging es so. ... Diese Menschen starben zu Tausenden. Sie standen Tag und Nacht bis zu den Knöcheln im nassen Schlamm!
Die Zustände sind in den letzten Wochen besser geworden. Natürlich ist die enorme Zahl der Gefangennahmen einer der Gründe für diese Zustände, aber es ist bemerkenswert, daß es meines Wissens doch viele Wochen dauerte, bis zumindest die schlimmsten Zustände etwas besser wurden. Der Eindruck, den die Veröffentlichung der Tatsachen über die Konzentrationslager auf die Deutschen gemacht hatte, wurde durch diese Tatsache gewaltig geschwächt.
Natürlich gab es keine tatsächlichen Grausamkeiten in den Kriegsgefangenenlagern, aber die Leute sagen "Jeder, der die Kriegsgefangenen so behandelt, ist nicht besser als die Nazis".
Ich weiß, daß die russischen Gefangenen im Winter 1941/42 sehr schlecht von den Deutschen behandelt wurden, und wir sollten uns dieser Tatsache schämen, aber ich denke, daß sie nicht in gleicher Weise verfahren sollten. Deutsche Gefangene aßen in den Lagern auch Gras und pflückten die Blätter von den Bäumen, weil sie Hunger hatten, genauso, wie es leider die Russen taten. ...
Bitte erlauben Sie mir, offen zu sagen, in dringender Angelegenheit, ... die Alliierten haben dieselben Methoden wie leider auch die Deutschen benutzt. Es ist wahr, daß sie beim Gebrauch dieser Methoden nicht genauso weit gegangen sind, aber die Methoden sind dieselben.<<

**Großbritannien:** Der britische Außenminister warnt am 22. Juni 1945 vor überhasteten Um-

siedlungen der Deutschen (x150/10): >>... Nach unserer Meinung müssen wir den Tschechen klarmachen, daß es Sache des Alliierten Kontrollrats in Deutschland sein wird, nachdem die prinzipiellen Hauptfragen von den Regierungen geklärt sind, darüber zu entscheiden, wann und in welchen Etappen deutsche Minderheiten von außerhalb der Grenzen Deutschlands in dieses Land hereingenommen werden können. ...
Es scheint uns, daß ein umfassender Meinungsaustausch mit den Amerikanern über die gesamte Frage der Umsiedlung von ethnischen Minderheitengruppen in Europa wünschenswert ist.<<
**USA:** Das US-Kriegsministerium berichtet am 22. Juni 1945, daß man rund 11.094.000 Soldaten und sonstige Angehörige der deutschen Wehrmacht in den Kriegsgefangenenlagern der Siegermächte interniert hat (x106/440).

**23.06.1945**

**WBZ:** Der österreichische Schriftsteller Isaac Deutscher (1907-1967) schreibt am 23. Juni 1945 über seine persönlichen Eindrücke in Bayern (x111/21): >>Wenn die Straßen Bayerns von dem sprechen könnten, was sie in den letzten Monaten und Wochen gesehen haben, dann würden sie eine Geschichte erzählen, die ebenso umfassend, einfach und bewegend wäre wie die Tolstois "Krieg und Frieden", furchtbarer als Dantes Inferno oder die Erscheinungen Edgar Allen Poes und gelegentlich so tragikomisch wie Haseks "Der brave Soldat Schwejk". ...<<

**26.06.1945**

**Berlin:** In Berlin erfolgt am 26. Juni 1945 die Gründung der Ost-CDU.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Opposition" in der SBZ (x009/316): >>Eine legale Opposition, die als Kontrollinstanz für die Regierungsgewalt ein Kernstück der westlichen Demokratie bildet, existiert in der SBZ wie auch in allen anderen kommunistischen Staaten nicht, obwohl die Verfassung der DDR ... verschiedenartige politische Parteien und Organisationen zuläßt.
Doch widerspricht das Vorhandensein einer legalen parlamentarischen Opposition dem Anspruch der bolschewistischen Partei auf alleinige Führung. Alle anderen Parteien wurden gezwungen, sich dem Führungsanspruch der SED zu unterwerfen (Diktatur des Proletariats) und unterstützen heute nicht nur die Regierungsbeschlüsse, sondern auch die Beschlüsse des ZK der SED.
Die 1961 neu gefaßte Ordnung der örtlichen Staatsorgane verpflichtet demgemäß ausdrücklich nicht nur die Staatsfunktionäre aller Ebenen, sondern auch sämtliche Volksvertretungen auf den Willen der SED. Bei Wahlen werden die Kandidaten aller Parteien in einer Einheitsliste der Nationalen Front aufgeführt, über die nur geschlossen abgestimmt werden darf. Aus dieser erzwungenen Einheit leitet das Regime das Recht ab, jede Opposition in der Bevölkerung gegen das System oder gegen Maßnahmen der Partei und Regierung für illegal und dem Willen der "Mehrheit des Volkes" zuwiderlaufend zu erklären und zu verfolgen. ...
Einer seit 1946 schwelenden innerparteilichen Opposition versuchte die SED-Führung durch wiederholte Säuberungen in der Mitgliedschaft und unter den Funktionären Herr zu werden.<<
**Polen:** Die polnische Regierung (Minister Ochab) erklärt am 26. Juni 1945, daß sich östlich der Oder-Neiße-Linie nur noch rund 2,5 Millionen Deutsche aufhalten, die ausgewiesen werden sollen (x111/40).
**USA:** In San Francisco unterzeichnen 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wird von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und muß am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).

*Abb. 70 (x297/203): Sonderbriefmarke mit dem Gebäude der UNO.*

Die UN-Satzung beginnt mit folgenden Worten (x069/202): >>Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Elend über die Menschen gebracht hat, und den Glauben an die fundamentalen Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die gleichen Rechte von Männern und Frauen und der großen wie der kleinen Völker erneut zu bekräftigen und Verhältnisse herzustellen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen aufrechterhalten werden können, die sich aus den Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts ergeben.<<

Bei dieser Konferenz wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta

der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/344).
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Vereinten Nationen (x051/599-600): >>Vereinte Nationen, englisch United Nations (UN) oder United Nations Organization (UNO), Organisation fast aller Staaten der Erde mit Sitz in New York, gegründet am 26.6.45 durch die Unterzeichnung der - am 24.10.45 in Kraft getretenen - "Charta der Vereinten Nationen" durch 50 Staaten (alle Gegner des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg) zum Abschluß einer Konferenz in San Francisco (25.4.-26.6.).
Initiator der Gründung der Vereinten Nationen war US-Präsident Roosevelt; ihm wird auch die Prägung des Begriffs "Vereinte Nationen" zugeschrieben, der erstmals als Bezeichnung für die Gegner der Achsenmächte in der im Anschluß an die Atlantik-Charta abgegebenen "Erklärung der Vereinten Nationen" vom 1.1.42 auftauchte.
Die Charta nennt als Zweck der Vereinten Nationen die Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern, ihre Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme sowie die Förderung der Achtung der Menschenrechte. Grundsätze der Vereinten Nationen sind:
Gleichberechtigung aller Mitgliedsstaaten; ihre Verpflichtung, Streitigkeiten friedlich beizulegen, sich gegeneinander jeder Gewaltanwendung und -drohung zu enthalten und die Maßnahmen der Vereinten Nationen zu unterstützen; die Nichteinmischung der Vereinten Nationen in die inneren Angelegenheiten eines Staates; das Recht aller Staaten, die die Charta der Vereinten Nationen anerkennen, auf Aufnahme in die Organisation.
Die ursprünglich antideutsche Absicht der Vereinten Nationen, ausgedrückt in den sogenannten Feindstaatenklauseln, ist spätestens seit Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR 1972 überwunden.<<

**28.06.1945**

**Polen:** In Warschau wird am 28. Juni 1945 die kommunistische Regierung der Nationalen Einheit gebildet.
Die Anerkennung der alleinigen polnischen Regierung durch die UdSSR und Frankreich erfolgt am 29.06.1945. Die USA und Großbritannien erkennen diese Regierung erst am 5. Juli 1945 an (x040/289).
**UdSSR:** Marschall Stalin ernennt sich am 28. Juni 1945 selbst zum Generalissimus.

**29.06.1945**

**Berlin:** Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschließen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhalten die Nordamerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschieren vom 1. bis 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.
Im Verlauf der Konferenz vom 29. Juni 1945 geben die Vertreter des Alliierten Oberkommandos folgende Stellungnahmen über die Verkehrswege nach Berlin ab (x058/396-397): >>... Der britische Vertreter: Eine lebhafte Auseinandersetzung gab es über die Verkehrswege von der englischen und amerikanischen Zone zu den entsprechenden Sektoren in Berlin. Von anglo-amerikanischer Seite wurde die absolute Notwendigkeit eines freien, ungehinderten Zugangs unterstrichen; daraufhin erklärten sich die Russen bereit, eine Straße und eine Eisenbahnlinie zuzuteilen, auf denen Engländer und Amerikaner das uneingeschränkte Verkehrsrecht haben sollten; die Verantwortung für die Instandhaltung und Kontrolle behielten dagegen die Russen. ...
Der sowjetische Vertreter: Es wird notwendig sein, daß die Fahrzeuge die russischen Verkehrszeichen beachten, den Anordnungen der Militärpolizei Folge leisten und sich einer Ausweiskontrolle unterziehen, jedoch keiner Prüfung der Ladung. ... Die Sowjets interessieren

sich nicht dafür, was oder welche Menschen transportiert werden oder wie viele Lastkraftwagen unterwegs sind. ...
Der amerikanische Vertreter: Es ist aufschlußreich festzustellen, daß in allen diesen Dokumenten die gemeinsame Besetzung Berlins stand, daß aber in keinem der Zugang garantiert oder besondere Rechte zum Verkehr auf den Straßen, Schienen oder dem Luftweg festgelegt wurden. ...
Wir hatten unsere Absicht dargetan, in Berlin unter Benutzung von 3 Eisenbahnlinien, 2 Landstraßen und dem erforderlichen Luftraum einzuziehen. Schukow wollte nicht anerkennen, daß diese Routen notwendig seien. Er wies darauf hin, daß die Demobilisierung der sowjetischen Streitkräfte die verfügbaren Verkehrswege beanspruche. Ich entgegnete, daß wir ja nicht die ausschließliche Benutzung dieser Strecken verlangten, sondern nur den Mitgebrauch ... General Weeks unterstützte mich kräftig. ...
Wir hatten selbst schon gemerkt, daß das Transportproblem ein Engpaß bei der Truppenverlagerung war. Darum waren Weeks und ich damit einverstanden, vorläufig eine Fernverkehrsstraße, eine Eisenbahnstrecke und 2 Luftkorridore angewiesen zu bekommen; wir behielten uns vor, die Frage im Alliierten Kontrollrat wieder aufzurollen.
Da von diesem Treffen kein Protokoll aufgenommen wurde, diktierte ich abends meine Notizen. Darin stand: "Es wurde vereinbart, daß aller Verkehr – Luft, Straße, Schiene ... frei sein soll von Grenzkontrollen oder der Kontrolle durch Zollbeamte oder militärische Behörden."<<

**UdSSR:** Nach schwierigen sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen übernimmt die Sowjetunion am 29. Juni 1945 die Karpato-Ukraine.

**30.06.1945**

**SBZ:** Vor der Räumung bzw. Übergabe Mitteldeutschlands beschlagnahmen die Nordamerikaner am 30. Juni 1945 u.a. alle Konstruktionspläne der "Junkers-Flugzeugwerke" (Gernrode/Harz) und transportieren das Fachpersonal in den Westen (x111/42).

**Juni 1945**

**Ostdeutschland:** Tausende von Ostdeutschen, die etwa 100-200 km von der Oder und Neiße entfernt leben, werden Ende Juni 1945 ohne vorherige Ankündigung durch polnische Miliz in "wilden Ausweisungen" nach Westen getrieben (x039/228).
Der Woiwode (Chef der polnischen Verwaltung) in Schlesien ordnet im Juni 1945 die Entdeutschung der "wiedergewonnenen Gebiete" an (x294/97): >>... Bis zum 15. Juli 1945 (sind) sämtliche Spuren des Deutschtums in diesen Gebieten zu tilgen. Insbesondere sind deutsche Aufschriften an Häusern, Geschäften, Lokalen, deutscher Wegweiser, Luftschutzschilder sowie sämtliche von der Besatzungsmacht hinterlassenen Bekanntmachungen zu entfernen.<<

**WBZ:** Die US-Soldatenzeitung "Stars und Stripes" warnt im Juni 1945 nordamerikanische Soldaten vor "Nazi-Deutschland" (x114/2.94): >>... Die Amerikaner sind nicht nach Deutschland gekommen, um Kindermördern die Köpfe zu streicheln und SS-Verbrecher zu päppeln, die Amerikaner sind in dieses Land von Gangstern gekommen, um hier Ordnung zu schaffen und die Verbrecher der Justiz zu überantworten.<<
Eine US-Informationsschrift berichtet im Juni 1945 über "Deutschland heute" (x114/2.93): >>Nach sechs Jahren der Propaganda wirst du überrascht sein, wenn du zum erstenmal Deutsche siehst. Man hat so viel über sie gesprochen und gelesen, hat sie so sehr gehaßt, daß man geneigt ist zu glauben, sie seien anders als andere Menschen. Dies stimmt zwar, aber auf eine schwer erkennbare Weise.
So wie die deutschen Städte euch an Amerika erinnern mögen, so können euch auch die Menschen an Amerikaner denken lassen. Oberflächlich gesehen, können sich Deutsche und Amerikaner ähnlicher sehen, als etwa Franzosen oder Russen und Amerikaner.
Deutsche Tatkraft und deutscher Fleiß, deutscher Erfindergeist, deutsche Rohranlagen und

Zentralheizungen ist für Deutschland typisch, aber Buchenwald war es auch. Deutsche Reinlichkeit ist typisch so sehr, daß man Seife aus menschlichen Körpern verfertigt hat. Deutsche Medizin ist so hoch entwickelt, daß sie Menschen als Experimentierobjekte zu verwenden lernte. Die Nazikunst schenkte der Welt Lampenschirme aus menschlicher Haut. So sind Amerikaner nicht!
Halte dein Mitleid zurück. Eine der wenigen Waffen, die den "kleinen" Deutschen geblieben ist, ist diejenige zu erreichen, daß sie uns leid tun. Da sind Kinder, die von einem Fuß auf den andern trippeln, wenn sie in der Kälte vor eurem Speisesaal herumstehen, zu höflich oder ängstlich, um zu betteln, aber in ihren Augen kann man den Hunger lesen. Da sind alte Männer und Frauen mit Handwägelchen, junge Mädchen in fadenscheinigen Kleidern. Das sind keine Nazis, wirst du sagen.
Es wird dir schwerfallen zu gestehen, daß diese Leute, so elend sie aussehen, viel besser dran sind als Tausende der Griechen, Polen und Holländer, die von ihnen versklavt worden sind. Diese "kleinen" Deutschen sind die gleichen Menschen, die sich Sklavenarbeit gefallen ließen und froh darüber waren.
Noch leben viele Opfer der Nazi-Brutalität in Deutschland. Sprich mit einem Polen oder Franzosen oder Holländer, den man zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt hat, und er wird dir erzählen, wie ihn die "kleinen" Deutschen behandelt haben.
... Wir dürfen den Deutschen keineswegs glauben. Sie sind Meister in der Propaganda geworden. Nach 12 Jahren in Goebbels Lügenfabrik ist jeder Deutsche, dem du begegnest, ein Experte in all den Lügen, Halbwahrheiten und gemeinen Andeutungen, die er dir aufbindet, um dich alles glauben zu machen, was er will. Der Deutsche kennt seine Lügen auswendig. Seine Kanonen und seine Panzer kann man ihm wegnehmen, aber diese nicht. Die Denkfehler, die den Durchschnittsmenschen dazu geführt haben, die Heuchelei und Brutalität der Nazis anzunehmen, sind heute noch so stark wie vor der Niederlage. Dies ist eine der Waffen, die ihnen geblieben ist und gewissermaßen ist es auch die gefährlichste Waffe. ...
Vergiß nicht, Deutschland ist noch immer Feindesland.<<

**USA:** Infolge der Entscheidung der US-Regierung, die jüdischen Asylanten als Einwanderer anzuerkennen, veröffentlichen die Tageszeitungen im Sommer 1945 zahlreiche Leserbriefe, die sich mit der Eingliederung der jüdischen Flüchtlinge beschäftigen (x042/315): >>Ihr Versuch, diese Flüchtlingsbande aus dem Fort Oswego (US-Kleinstadt) in unser Land einbürgern zu lassen, ist bloß ein Fuß in der Tür, mit dem Sie den Weg für mehr von diesem "Abschaum" aus Europa freimachen wollen. Die Folge werden antijüdische Rassenunruhen sein.
Wir haben jetzt schon zuviel von diesem Gesindel hier. Ich frage mich, warum kein Land der Welt sie haben will? ...
Diese Horden Fluchtjuden ("refujews") hier im Land zu belassen ... war der Dreh, auf den Mister F. D. Rosenblatt es von Anfang an abgesehen hatte; zum Glück ist er gestorben, bevor sein schäbiger Plan von Ihnen und Ihresgleichen ausgeführt werden konnte. ... Wir sind nicht gewillt, tatenlos zuzusehen, wie man uns diese Bande von Schmarotzern hier aufhalst. Wir haben dafür gekämpft, Amerika den Amerikanern und unseren Kindern zu bewahren, und nicht für eine Horde Fluchtjuden.
Sie hergelaufener Drecksjude, was wollen Sie damit bezwecken, daß sie dieses Pack in unserem Land halten wollen. ...<<

**01.07.1945**

**SBZ:** Aufgrund der endgültigen Festlegung der Besatzungszonen räumen die nordamerikanischen und britischen Truppen vom 1. Juli bis zum 4. Juli 1945 sämtliche eroberten Gebiete in Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und das gesamte Land Thüringen (x111/41).
Der Weimarer Oberbürgermeister Fritz Behr begrüßt am 1. Juli 1945 die sowjetischen Truppen der Roten Armee (111/42): >>Wir empfangen die Soldaten der Roten Armee in Weimar,

der Stadt Goethes und Schillers, voll Vertrauen und Hoffnung. ...<<
Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008) kritisiert später den völlig unerwarteten Rückzug der Nordamerikaner und Briten (x111/42): >>Wie konnten sie wegen des lächerlichen Kinderspiels um das vierzonale Berlin (ihre künftige Achillesferse zudem) die riesigen Gebiete von Sachsen und Thüringen hergeben? ...<<
Diese Aufteilung in Besatzungszonen und Abmachungen der Besatzungsmächte verhindern zunächst weitere größere Wanderungsbewegungen in den Westen.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Besatzungszonen" (x051/-73): >>Besatzungszonen, die nach der Kapitulation des Deutschen Reiches (8.5.45) aufgrund der Junideklaration vom 5.6.45 gebildeten vier, jeweils von den Truppen Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA besetzten Zonen.
Im Protokoll der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) vom 12.9.44 waren noch drei Besatzungszonen vorgesehen, eine vierte, französische, wurde erst in Jalta (11.2.45) vereinbart. Endgültige Festlegung der Zonengrenzen im 3. Zonenprotokoll der EAC (26.7.45). Ihm zufolge umfaßte die sowjetische Besatzungszone die Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die amerikanische Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und (als Exklave) Bremen, die britische Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die französische Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und Baden.
Formelle Aufhebung der Besatzungszonen mit der Gründung der BRD (September 49) und der DDR (Oktober 49). Ähnlich wie Deutschland wurde auch Österreich am 4.7.45 in vier Besatzungszonen aufgeteilt.<<

**Die Nachkriegsziele der Siegermächte**

Die Westmächte entschieden den Zweiten Weltkrieg zwar militärisch, aber bei den Konferenzen in Teheran und Jalta verloren sie schon vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin. Die Anglo-Amerikaner beendeten damals Hitlers größenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch indirekt Stalins Terrorregime und ermöglichten die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche sowie die kommunistische Machtergreifung in den baltischen Staaten, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und in Bulgarien.
Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" übernahm der Alliierte Kontrollrat (bestehend aus den Hauptsiegermächten bzw. den 4 Oberbefehlshabern der Besatzungszonen) die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.
Das Deutsche Reich sollte ursprünglich nicht langfristig aufgeteilt oder vollständig besetzt werden, sondern die Deutschen sollten lediglich bedingungslos kapitulieren.
Gemäß den Vereinbarungen der Atlantik-Charta wollte man nach dem Kriegsende eigentlich wieder einen "Status quo ante" (den Zustand, wie er vorher war) herstellen, denn die westlichen Alliierten hatten den Krieg nicht zu Eroberungszwecken, sondern nur zur Verteidigung geführt.
Angesichts der grauenhaften Verhältnisse, die man in den befreiten NS-Vernichtungs- und Konzentrationslagern erlebt hatte, reagierten vor allem die westlichen Siegermächte und die Weltöffentlichkeit schockiert und entrüstet, so daß die Deutschen zunächst keine Gnade erwarten konnten.
In der berüchtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es damals z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte. Die nordamerikanischen Befehlshaber hätten nur einzugreifen, wenn Hungersnöte, Seuchen oder Revolten die Besatzungstruppen direkt gefährdeten. Kontakte mit deutschen Zivilisten und deutschen Beschäftig-

ten sollten auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die Nordamerikaner verlangten keine Gebiete und verzichteten zunächst auf materielle Entschädigungen. In erster Linie sollten alle schuldigen Deutschen für die NS-Massenverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Nach der Entnazifizierung plante man, in Deutschland eine liberale Demokratie und privatkapitalistische Wirtschaftsformen zu errichten.
Die Briten wollten den wirtschaftlichen Machtfaktor Deutschland zwar ausschalten, aber Churchill war frühzeitig daran interessiert, die Deutschen wieder "auf die eigenen Füße" zu stellen, um die sowjetische Expansionsgefahr einzudämmen. Im Juli 1945 wurde die britische Außen- bzw. Deutschlandpolitik jedoch durch einen Regierungswechsel regelrecht gelähmt, weil die unerfahrenen Außenpolitiker der siegreichen Labour-Party den erfahrenen Churchill nicht ersetzen konnten. Die Briten unterstützten später vor allem die nordamerikanische Zentralisierungspolitik, da sie finanzielle US-Hilfen für die britische Besatzungszone benötigten (x148/14).
Die Franzosen forderten hartnäckig die Aufteilung des Deutschen Reiches, annektierten später das Saarland, schlugen die Bildung eines autonomen Rheinstaates (Ruhrgebiet) vor und widersetzten sich energisch allen Versuchen, die westdeutschen Zonen zu vereinigen, weil sie das Deutsche Reich langfristig schwächen wollten.
Stalin hatte die Prinzipien der Atlantik-Charta ("Verteidigung des Weltfriedens und der Freiheit") ebenfalls formell akzeptiert. Diese Zusage hinderte den sowjetischen Diktator in den letzten Kriegsjahren jedoch nicht, die anglo-amerikanischen Verbündeten unentwegt zu hintergehen und schließlich vor vollendete Tatsachen zu stellen.
Stalin, der bis zur deutschen Kapitulation fast alle angestrebten Expansionsziele verwirklicht hatte, war nicht bereit, besetzte Gebiete preiszugeben. Die argwöhnischen Stalinisten unterstellten den Kapitalisten naturgemäß Weltherrschaftspläne und setzten in den "befreiten Ländern" ihre bewährte gewaltsame Unterdrückungspolitik und aggressive Gleichschaltungsmaßnahmen durch.
Churchill warnte die Nordamerikaner zwar eindringlich davor, die besetzten mitteldeutschen Gebiete an die Sowjets abzutreten, aber US-Präsident Truman ließ die nordamerikanischen und britischen Truppen trotzdem aus Mitteldeutschland abziehen, weil er die vertraglichen Vereinbarungen unter allen Umständen erfüllen wollte.
Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschlossen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhielten die Amerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschierten vom 1. bis zum 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.
Teile der mitteldeutschen Gebiete (ca. 7,0 Millionen Einwohner) wurden bereits seit dem 21. Juni 1945 von der sowjetischen Militäradministration (SMAD) verwaltet. Während die Berliner in den Westsektoren aufatmen konnten, begann nach dem Einzug der Roten Armee für die Mitteldeutschen ein endloser Leidensweg. Nach der Besetzung Mitteldeutschlands führte die Sowjetunion umgehend rücksichtslos den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus ("Diktatur der Arbeiter und Bauern") ein.
Mit der Auslieferung Mitteldeutschlands gab US-Präsident Truman vor den Potsdamer Verhandlungen eine äußerst wichtige Trumpfkarte aus der Hand, obgleich die westlichen Alliierten völlig unbedrängt waren (x114/2.102). Für Stalin, der bisher fast alle Zusagen mißachtet hatte, kam der freiwillige Abzug der Amerikaner und Briten jedenfalls völlig überraschend, denn die Sowjets waren damals überhaupt nicht in der Lage, militärische oder politische Druckmittel einzusetzen.
Nach dem Rückzug der westlichen Alliierten besaßen die Sowjets nicht nur Ostdeutschland, sondern sie kontrollierten auch alle mitteldeutschen Gebiete und standen sprungbereit an der Elbe. Infolge der Zerschlagung des Deutschen Reiches fehlte eine westeuropäische Pufferzone

gegenüber der UdSSR, denn Polen konnte die ursprünglich geplante Nachfolge der Deutschen nicht übernehmen. Ein bis dahin unvorstellbarer europäischer Alptraum war plötzlich Wirklichkeit geworden.
Sir Brian Robertson (1896-1974, Militärgouverneur der britischen Besatzungszone und Hoher Kommissar in der Bundesrepublik) kritisiert später die nordamerikanische Außenpolitik (x128/193): >>... Von allen falschen Vorstellungen hatten die, denen sich Präsident Roosevelt hingab, die schwerwiegendsten Folgen, denn sie beherrschten das amerikanische Denken und Handeln in den ersten 2 sehr wichtigen Jahren nach dem deutschen Zusammenbruch. ... Präsident Roosevelts "Großer Plan" für den künftigen Frieden der Welt beruhte auf einer die Vereinten Nationen beherrschenden russisch-amerikanischen Partnerschaft. ...
Hand in Hand mit dieser Konzeption ging eine harte Deutschlandpolitik. Die grausame Unmenschlichkeit des Morgenthau-Plans, Deutschland seine gesamte Industrie zu nehmen, ging Roosevelt zu weit, aber der Plan wurde eigentlich nur aufgeschoben und nicht fallengelassen. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Auslieferung Mitteldeutschlands an die Sowjets (x068/283-287): >>... "Im Herzen Europas", jammerte Churchill. Aber schließlich hatten die Amerikaner den Sowjets 1945 noch Gebiete überlassen, die sie selber schon besaßen, große Gebiete und ganz kleine Plätze, wie im Harz, als sie allzu generös die Voraussetzungen dafür schufen, daß die Russen mit dem Sputnikstart die technische Führung der USA in Frage stellten, überrundeten.
Damals hatten Teile der 3. US-Panzerdivision am 11. April 1945 bei Nordhausen die "Mittelwerke" erreicht, das Herz der deutschen V2-Fabrikation. Sie fanden nicht nur riesige Raketen, die deutsche "Wunderwaffe", abschußbereit vor, sondern auch sonst alles unversehrt in gigantischen, peinlich sauberen Anlagen der größten unterirdischen deutschen Waffenfabrik.
In einem ersten Sonderbefehl zwar sollte dies offenbar viele Milliarden Dollar schwere Beutegut natürlich sichergestellt werden. Doch ein zweiter, von einer "sehr hohen Dienststelle" ausgehender Befehl instruierte den technischen Experten Major Hamille, "daß Nordhausen zur russischen Zone gehören würde und daß alle Dokumente und Gegenstände für die Sowjets an Ort und Stelle gelassen werden sollten".
In einem weiteren Befehl verfügte der Oberkommandierende Eisenhower: "Alle Fabriken, Anlagen, Werkhallen, Forschungsinstitute, Laboratorien, Versuchsanstalten, Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen müssen intakt und in gutem Zustand für die alliierten Vertreter zur Verfügung gehalten werden".
Einiges requirierte Major Hamille nun zwar auf eigene Faust. Doch staunten die Russen Stein und Bein über die Großzügigkeit ihrer Verbündeten, als sie das Erbe von Nordhausen unversehrt antraten. Ein Sowjetoberst lachte schließlich laut und meinte: "Das alles haben uns die Amerikanski geschenkt! Aber in zehn Jahren werden sie weinen!" Und der Oberstleutnant Taranakov rief: "Was für Idioten diese Amerikaner sind!"
Die Amerikaner hielten damals ihre Heere von Berlin ab, von Prag, von Wien, um den Russen den Vortritt zulassen. Sie wichen 250 Kilometer auf einer Breite von 650 Kilometern zurück. Und so saßen die Sowjets zuletzt von Bulgarien und Rumänien über Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen bis hinauf ins Baltikum. Natürlich hatte Stalin dort überall Regierungen nach seinem Gutdünken eingesetzt und ohne Amerika zu fragen - das sich im Übrigen im Westen nicht anders verhielt und, wo immer es Macht hatte, nur Regierungen seines Vertrauens zuließ. Doch waren all die von den Russen kontrollierten Länder nicht vielmehr Schutzwall für sie als Aufmarschbasis?
Die Russen haben nie einen Ausfall gemacht. Und ein russisches Geheimdokument, das dem englischen Intelligence Service im Herbst 1947, ein halbes Jahr also etwa nach der Truman-Rede vom 6. März in Texas, in die Hände fiel, nannte als das "wichtigste Aktionsfeld der rus-

sischen Politik" den Vorderen Orient. Man erkannte die Ölfelder in Persien, Arabien, im Irak als Schwachstelle der USA und wollte hier den Kalten Krieg aufnehmen.
Gewiß verweigerten die USA nun schon eine von den Sowjets angestrebte Anleihe von mindestens 10 Milliarden Dollar, hatten zunächst aber weder etwas gegen die Demontage deutscher Industrieanlagen noch gegen den völkerrechtswidrigen Einsatz deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR, noch gegen eine Entschädigung Polens für die Abtretung Ostpolens an die Sowjetunion, noch gegen die Austreibung von immerhin 6,5 Millionen Deutschen aus Osteuropa, erfolge sie nur "in ordnungsgemäßer und humaner Weise".
In Kürze freilich waren nicht mehr die Braunen die Bösen, sondern die Roten. Dabei wußte die amerikanische Führung aber immer, daß die Sowjetrussen keinen Krieg mit ihr wollten. Nie sah sie sich in all diesen Jahren auch nur irgendwie ernsthaft bedroht.
Nicht als ihr Generalstab, bereits im Frühjahr 1944, den Dritten Weltkrieg erwog, einen Kampf auf Leben und Tod "zwischen Gut und Böse". Nicht 1945, als sie, im Alleinbesitz der Atombombe, diesen weiteren Weltkrieg schon vorbereitet hat. Nicht in den folgenden Jahren. Im Gegenteil. Man gab durchaus zu, daß die UdSSR "keine unmittelbare Gefahr" bedeute, daß ihre Wirtschaft, ihr Arbeitskräftepotential, "vom Krieg ausgelaugt" sei, weshalb sie sich "in den nächsten Jahren auf den inneren Wiederaufbau und begrenzte diplomatische Zielsetzungen konzentrieren" werde.
Amerikanische Regierungsdokumente bekunden solche Überzeugungen und die Memoiren bekannter Politiker. Wie Churchill 1946 sagte: "Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg wünscht", so telegraphierte im selben Jahr einer der besten amerikanischen Diplomaten, der Historiker George F. Kennan, aus Moskau (wo er ab 1952 Botschafter war), die Sowjetmacht gehe, im Gegensatz zu Hitlerdeutschland, "keine unnötigen Risiken" ein; sie sei nicht "auf Abenteuer" aus und "gemessen an der westlichen Welt insgesamt ... bei weitem schwächer".
Noch 1949, als die Amerikaner bereits 400 Flotten- und Luftstützpunkte in aller Welt errichtet hatten und die Vereinigten Stabschefs in ihrem Kriegsplan "Dropshot" vom 19. Dezember schon damit rechneten oder wenigstens vorgaben, damit zu rechnen, daß im "Laufe der Zeit" das steigende Militärpotential der Sowjets "den Krieg von ihrem Standpunkt aus als weniger gewagt erscheinen lasse", meinten sie: "Ein dritter Weltkrieg wird vom Kreml wahrscheinlich als die aufwendigste und am wenigsten wünschbare Methode zur Erreichung des grundlegenden Ziels angesehen".
Viele erkannten dies, aber wollten oder konnten, durften es nicht sagen, je höher sie standen, desto weniger. Und doch hatte 1947 Handelsminister Henry A. Wallace, von 1941 bis 1945 Vizepräsident der Vereinigten Staaten, den Mut, den antisowjetischen Kurs zu kritisieren, hatte er die Redlichkeit zu bekennen: "Für mich liegt die Kriegsgefahr viel weniger im Kommunismus als im Imperialismus". Ein einziger Entrüstungssturm fegte ihn beiseite. (Ehrlichkeit zahlt sich in der Politik nur in jenen seltenen Fällen aus, wo sich Unehrlichkeit nicht auszahlen würde.)
Die Zeitschrift Newsweek schrieb 1948, es sei das Ziel der amerikanischen Strategen, "den Ring der Luftstützpunkte um Rußland zu schließen und ihn dabei so lange immer kleiner und enger zu machen, bis die Russen ersticken". Doch die US-Nachkriegspolitik hat immer und unentwegt die Russen der Aggressivität beschuldigt und sich als "defensiv" bezeichnet. In Wirklichkeit war es (aus vielen Gründen) eher umgekehrt.
Ein erst Jahre später, 1964, bekannt gewordenes Dokument ist hier erhellend. Im Januar 1950 nämlich beauftragte Präsident Truman den Außen- und Verteidigungsminister, "eine erneute Überprüfung unserer Ziele in Frieden und Krieg und der Auswirkung dieser Ziele auf unsere strategischen Pläne vorzunehmen ..." Das Ergebnis dieser Zwischenbilanz verschiedener Stellungnahmen, enthalten in der Dokumentenreihe Nr. 68 des Nationalen Sicherheitsrates (Na-

tional Security Council 68 Series: NSC-68) - nach Außenminister Dean Acheson "eines der großen Dokumente in unserer Geschichte" -, prägte maßgeblich den Kalten Krieg.
Es weist einmal mehr die USA als seine Initiatoren aus und macht sie verantwortlich für die Geschichte der fünfziger Jahre. Fordert es doch gegenüber der Sowjetunion weiterhin "kühne Angriffsfreudigkeit" (hold aggressiveness) - übrigens zwei Monate vor Beginn des Korea-Kriegs. Ja, das NSC 68 fordert nicht nur "kühne Angriffsfreudigkeit", sondern erkennt auch die militärische Überlegenheit der Russen in sämtlichen Waffen, außer Atomwaffen, an.
Warum aber, wenn sie aggressiv waren, nützten das die Russen nicht aus? Wegen der atomaren Überlegenheit der Amerikaner? Doch die Amerikaner besaßen nach dem Krieg gar keine Atombomben mehr, wenn auch offizielle Persönlichkeiten mit "Dutzenden und Dutzenden" von solchen Bomben Rußland und die Welt blufften, so daß nicht wenige Nationen angesichts dieser Macht und der Legende von der "russischen Gefahr" das atlantische Bündnis mit den USA eingingen. Dabei pfiffen es dort bald die Spatzen von den Dächern, und natürlich wußten dies auch die Russen:
Amerika hatte nur drei Atombomben besessen, zwei wurden über Japan abgeworfen, das größte Kriegsverbrechen der bisherigen Geschichte, die dritte verschwand spurlos mit einem Kriegsschiff auf der Fahrt nach der Insel Tinian (an Westrand des Marianengrabens) im Pazifik. Erst im Lauf des Jahres 1948 kamen die Amerikaner in den Besitz weiterer Nuklearwaffen.
Doch zu ihrer Bestürzung zündeten die Russen 1949, fünf Monate nach Gründung der NATO, ebenfalls eine (selbst von US- Experten noch nicht erwartete) Atombombe, worauf ein gesteigertes Wettrüsten begann, das der Korea-Krieg noch angefacht hat.<<
Der jugoslawische General Milovan Djilas kommentierte bereits im April 1945 Stalins Nachkriegsziele wie folgt (x149/114): >>... Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.<<
Andrej A. Shdanow (1896-1948, sowjetischer Spitzenfunktionär), der ursprünglich Stalins Nachfolger werden sollte, betrachtet die sowjetische Besatzungszone damals als ein "Sprungbrett", um die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach Westeuropas zu realisieren (x128/195).
Der deutsche Journalist Michael Klonovsky und der deutsche Historiker Jan von Flocken berichten später in ihrem Buch "Stalins Lager in Deutschland 1945-1950 " über "die Austreibung des Faschismus mit dem Stalinismus" (x126/11-15): >>Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde im Osten Deutschlands der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben.
Besiegt und zerstört, ausgeblutet und blutbesudelt, moralisch auf unabsehbare Zeit diskreditiert und auf Gnade und Ungnade den Siegern ausgeliefert – das war die Lage des Deutschen Reiches im Frühling des Jahres 1945. Aufgebrochen, um die Welt zu beherrschen, war es nun selbst ein beherrschtes Land, ein Fremdkörper in der europäischen Zivilisation, der fortan unter strenger Kontrolle gehalten werden mußte.
Nach der totalen militärischen Niederlage lag das Geschick des Landes ausschließlich in den Händen der Alliierten. Die Greueltaten des Nationalsozialismus hatten den Abscheu der gesamten zivilisierten Welt auf Deutschland gerichtet. Die an der Zerschlagung des Hitlerregimes beteiligten Staaten konnten somit von vornherein den Befreierstatus für sich in Anspruch nehmen. Sämtliche Maßnahmen der Besatzungsmächte waren legitimiert, sofern sie nur unter dem Vorzeichen des Antifaschismus standen.
Auch der Stalinschen Sowjetunion fiel infolge ihrer antifaschistischen Orientierung automatisch eine historisch progressive Rolle zu. Dieses verhängnisvolle Zusammenfallen von Antifaschismus und Stalinismus wurde der entscheidende Faktor bei der Installierung eines neuen

Unrechtssystems im Ostteil Deutschlands. Während sich in den westlichen Besatzungsmächten nach Kriegsende allmählich demokratische Verhältnisse durchzusetzen begannen, geriet der Osten in das importierte Räderwerk einer quasikommunistischen Diktatur. Von einer selbständigen oder gar demokratischen Entwicklung konnte keine Rede sein.
Was zwischen 1945 und 1949 wirklich stattfand, war die Annexion Ostdeutschlands mit dem Ziel, den sowjetkommunistischen Machtbereich bis an die Elbe auszudehnen und die eroberten deutschen Gebiete entweder zu "slawisieren" (Schlesien, Pommern, Posen, Ostpreußen) oder zu kolonisieren (Mitteldeutschland). Bei dieser Eroberung Ostdeutschlands durch die Stalinsche UdSSR und die von dort zurückkehrenden domestizierten deutschen Exilkommunisten diente der Antifaschismus als Vorwand für eine Welle politischer Repressionen.
Unter dem Deckmantel der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" wurde dem Land ein Regime oktroyiert, welches zwar durchaus antifaschistisch, nichtsdestoweniger aber ein undemokratisches Regime war.
Um diese gewaltsame "Revolution von oben" als historisch notwendig zu begründen, verbreiteten die neuen Machthaber die These, der Faschismus sei ein gesetzmäßiges Resultat der kapitalistischen Entwicklung, der Parlamentarismus habe versagt, und jeder bürgerliche Staat trage den Keim einer neuerlichen faschistischen Variante gleichsam in sich.
Demgegenüber verkörpere der Sozialismus, wie sich der Stalinismus nannte, eine höhere Stufe der Menschheitsentwicklung und die einzige Alternative zu einem Rückfall in die faschistische Barbarei.
Nach dem Schrecken des Krieges waren viele Menschen geneigt, solchen Darstellungen Glauben zu schenken. Doch im Ostteil Deutschlands sollten sie schnell am eigenen Leibe spüren, mit welcher Rigorosität und Menschenverachtung die "Sieger der Geschichte" ihre Herrschaftsansprüche durchzusetzen gedachten. Noch vor der ideologischen Rechtfertigung hatte bereits deren praktische Realisierung begonnen.
Millionen Deutsche wurden – mit Billigung der Westalliierten – aus ihren angestammten Heimatgebieten westlich der Oder vertrieben. In der sowjetischen Besatzungszone, die sich selbst gern als demokratischer Teil Deutschlands titulierte, erstickten die Eroberer Hand in Hand mit den deutschen Kommunisten aller ihrer Gleichschaltungspolitik zuwiderlaufenden Bestrebungen im Keime. Eine Hauptrolle in diesem Prozeß spielten die Internierungspraktiken des sowjetischen Geheimdienstes NKWD/MWD.
Als Resultat des Zweiten Weltkrieges war ganz Osteuropa unter die Herrschaft des Stalinschen Machapparates geraten. Der Stalinismus hatte sich somit von einer spezifisch russischen zu einer internationalen Erscheinung ausgeweitet, die sich unabhängig von nationalen Besonderheiten quer durch alle Staaten Osteuropas zog. Die anfängliche Freude dieser Völker über die Befreiung vom Hitlerjoch währte nur kurz. Stalins Repressionsapparat folgte der Roten Armee auf dem Fuße. In den besetzten Ländern wurden moskauhörige Satellitendiktaturen installiert.
Den eroberten Gebieten auf dem Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches widmeten die Sowjets besonderes Augenmerk. ...
... Es wäre verfehlt, in der sowjetischen Besatzungspolitik lediglich eine Reaktion auf die deutschen Kriegsverbrechen in der UdSSR zu sehen. Im Mittelpunkt dieser Politik stand vielmehr die Herrschaftssicherung in einem okkupierten Gebiet, was sich mit wachsender zeitlicher Distanz immer deutlicher zeigte.
So schloß die Verfolgung ehemaliger Nazis zugleich die Verfolgung von mutmaßlichen oder tatsächlichen Gegnern der kommunistischen Umwälzung ein. Typisch für diese Parallelität war die Instrumentalisierung des Antifaschismus gegen Nichtfaschisten. Da sich nach 1945 Menschen am besten diskreditieren ließen, indem man Nazis aus ihnen machte, wurden Tausende Gegner der stalinistischen Neuordnung zu Hitleranhängern erklärt und verschleppt.

Dieser Aspekt spielte auch bei den sowjetischen Internierungspraktiken in Deutschland eine zentrale Rolle. Alle politisch motivierten Säuberungen geschahen unter dem Deckmantel der Entnazifizierung.
Die Errichtung der NKWD/MWD-Lager läßt sich also keinesfalls nur auf die Existenz der Nazi-Konzentrationslager zurückführen. Vielmehr war mit der Roten Armee auch das Stalinsche Lagersystem nach Deutschland gelangt. Die sibirischen GULAGs, in denen der Sowjetdiktator ganze Bevölkerungsgruppen verschwinden ließ, existierten bereits zu einer Zeit, als an die Machtergreifung Hitlers noch gar nicht zu denken war.
Nichtsdestoweniger war die Internierung zunächst tatsächlich ein Mittel der Entnazifizierung das alliierten Regelungen entsprach. In einer nach der deutschen Kapitulation von Präsident Roosevelt erlassenen Weisung an den Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Deutschland heißt es unter anderem:
"Personen werden mehr als nominelle Parteimitglieder ... betrachtet, wenn sie ein Amt oder irgendeine Aktivität auf irgendeiner Ebene ausgeübt haben. Alle Personen ... werden ... verhaftet und bis zu einem Gerichtsverfahren vor einem entsprechenden, von Ihnen zu errichtenden halbjuristischen Forum in Haft gehalten."
Ähnliches besagt das am 1. August 1945 unterzeichnete Protokoll der Berliner Dreimächte-Konferenz, wo unter Punkt 5 des Abschnitts über politische Grundsätze für die Behandlung Deutschlands folgendes festgelegt wird:
"Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung und Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greueltaten oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen, die für ihre Besetzung und Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren."
Auch in den Westzonen wurden Internierungslager in Betrieb genommen. Formell entsprachen sowohl die Lager im Osten als auch die im Westen der Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats vom 12. Oktober 1946 über die "Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen".
An der Interpretation freilich schieden sich die Geister. Da die neuen Machthaber in der Sowjetischen Besatzungszone die selbsternannten "eigentlichen" Antifaschisten waren, galt quasi jeder ihrer Gegner als potentieller Faschist. Interniert wurden keineswegs nur Anhänger und Kriegsverbrecher. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet später (im Oktober 2019) über die Internierung von Mitteldeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone (x358/67-70): >>**Das stille Sterben unter dem Roten Stern**
_ *von Gero Bernhardt*
Nicht nur in Polen, auch in der Tschechoslowakei und sogar in der Sowjetischen Besatzungszone wurden nach dem Krieg KZs weiter genutzt. Die Opfer gehen in die Hunderttausende.
… **Buchenwald und Sachsenhausen**
Sogar auf weiterhin deutschem Boden, in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), wurden NS-Konzentrationslager weiter genutzt, so Buchenwald und Sachsenhausen. Wie der Historiker Jan von Flocken und der Publizist Michael Klonovsky in ihrem Buch *Stalins Lager in Deutschland 1945-1950* anmerken, hatte dort "nur ein relativ geringer Prozentsatz der Internierten eine aktive nazistische Vergangenheit". Weiter schreiben sie: "Tausende Jugendliche wurden unschuldig in die NKWD-Lager gebracht, wo viele von ihnen elend umkamen. ...
Unter den Gefangenen befanden sich Kinder im Alter von zwölf bis vierzehn Jahren, die als "Wehrwolf-Verdächtige" galten. ... Auch Schwangere wurden in die Lager eingeliefert und brachten dort ihre Kinder zur Welt."

Von Flocken und Klonovsky fahren fort: "Das Unrechtssystem verselbständigte sich so sehr, daß sich sogar Widerstandskämpfer gegen die Nazi-Diktatur unversehens in sowjetischen Lagern wiederfanden. Zu ihnen gehörten Männer des 20. Juli 1944 wie Justus Delbrück und Ulrich Freiherr von Sell, die in Jamlitz starben. (Das Lager Jamlitz bei Lieberose war ursprünglich ein SS-Straflager.) Horst von Einsiedel, Angehöriger des Kreisauer Kreises, kam 1946 in Sachsenhausen ums Leben. Herzog Joachim Ernst von Anhalt, den die Nazis im KZ Dachau gefangen hielten, starb 1947 im NKWD-Lager Buchenwald. ...
Zu den Insassen des Lagers Fünfeichen gehörte auch der schon von den Nazis verfolgte Schriftsteller und Schliemann-Forscher Heinrich Alexander Stoll aus Potsdam."
Viele entschlossene Hitler-Gegner waren allerdings schon beim Einmarsch der Roten Armee ermordet worden. Der britische Militärhistoriker Antony Beevor nennt in seinem Werk Berlin 1945 das Beispiel des Widerständlers Eberhard von Braunschweig:
"Er nahm an, daß er wenig zu befürchten hatte, erwartete mit seiner Familie die Ankunft der Roten Armee in ihrem Gutshaus in Lübzow bei Karzin. Aber sein Ruf und seine zahlreichen Verhaftungen durch die Gestapo nutzten ihm wenig. Die ganze Familie wurde hinausgeführt und erschossen."

**Sozialisten hinter Stacheldraht**

In seinem Buch *Lager des Grauens. Sowjetische KZs in der DDR nach 1945* schreibt der Publizist und frühere schleswig-holsteinische CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Greve: "Den schärfsten Terror richteten die Sowjets und ihre kommunistischen Handlanger in der Sowjetzone gegen die Sozialdemokratie, ihre Funktionäre und Mitglieder. Widerstandskämpfer gegen Hitler, die erst im Mai 1945 aus dem KZ befreit worden waren, wurden bereits im gleichen Jahre wieder in die gleichen Lager und Zuchthäuser zurückgebracht. ...
Selbst vor den schon unter Zwang gewählten sozialdemokratischen Delegierten zum "Vereinigungsparteitag" (von KPD und SPD zur SED) machte dieser Terror nicht Halt; einige von ihnen wurden vor der Abreise, andere im Zug oder sogar noch kurz vor Erreichen des Parteitages festgenommen."
Helmut Herles bemerkte 1987 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: "Es leben Sozialdemokraten, die in Buchenwald gefangen waren, weil sie Sozialdemokraten waren, und die in der Sowjetischen Besatzungszone wieder im gleichen Lager eingekerkert wurden, weil sie sich nicht in die SED pressen lassen, sondern Sozialdemokraten bleiben wollten. ... Es ist eine Schizophrenie der Geschichte, daß in Buchenwald auch Kommunisten saßen, die dort schon vor 1945 waren und nun wieder dort eingesperrt wurden."
Darüber schreiben auch von Flocken und Klonovsky: "Selbst Kommunisten, die sich unter ihrem Gesellschaftsideal etwas anderes vorgestellt hatten als das, was die Sowjets und ihre deutschen Helfershelfer praktizierten oder zumindest stillschweigend duldeten, gehörten zu den Lagerhäftlingen."
Dazu zitieren sie aus einem Bericht von Hans-Peter Range über Fünfeichen: "Ein Barackenältester im Nordlager war Bürgermeister einer Stadt in Vorpommern geworden, weil die Russen ihn als Mitglied der KPD einsetzten; sie vergaßen nur, daß der Mann zwar überzeugter Kommunist, nicht aber Verteidiger russischer krimineller Übergriffe auf seine Landsleute war; so kam er als Häftling nach Fünfeichen.
Und auch ein Stadtrat aus Ost-Berlin, der als uralter Kommunist beim russischen Stadtkommandanten gegen die zahllosen Vergewaltigungen deutscher Frauen durch russische Soldaten protestiert hatte, erschien eines Tages im KZ Fünfeichen als Häftling des NKWD." Es handelte sich dabei um Ewald Pieck, Bruder des späteren DDR-Staatspräsidenten Wilhelm Pieck. Bezeichnend ist auch folgendes Schicksal:
Am 16. September 1949 kam im Sowjet-Lager Sachsenhausen Emil Unfried ums Leben. Er gehörte zu den Gründervätern der KPD und galt in Weimarer Zeit als rechte Hand des kom-

munistischen Medienchefs Willi Münzenberg, der ihm die Leitung der Filmabteilung seines Propaganda-Apparates übertrug. Die NS-Jahre überstand Unfried unbeschadet als Filmkaufmann. 1945 schloß er sich wieder der KPD an. Noch Ende jenes Jahres aber erfolgte seine Verhaftung durch die sowjetische Besatzungsmacht.
Doch nicht nur Verfolgte des Nazi-Regimes wurden von den Sowjets in weiterbetriebenen KZs eingesperrt. In den Internierungslagern des NKWD befanden sich auch Personen, die unter Hitler aus "rassischen" Gründen um ihr Leben fürchten mußten.
"Einige von ihnen überlebten den nationalsozialistischen Terror, nicht aber die kommunistische Verfolgung", schrieb Karl Wilhelm Fricke 1979 in der Deutschen Zeitung. Ein Beispiel ist Georg Krausz, einst roter Räterepublikaner in Ungarn, dann Redakteur des KPD-Zentralorgans Rote Fahne. Unter Hitler saß er im KZ Buchenwald, in der SBZ kam er ins KZ Mühlberg. Im Gegensatz zu anderen Betroffenen jüdischer Herkunft hatte er jedoch Glück: 1948 erfolgte seine Freilassung; später wurde er Chef des DDR-Journalistenverbandes.

**Eine Viertelmillion Opfer**

Über das Sowjet-Lager Sachsenhausen, wo die Gefangenen immer noch - wie unter den Nationalsozialisten - bei ihrer Einlieferung das Tor mit der Losung "Arbeit macht frei" passieren mußten, heißt es bei von Flocken und Klonovsky: "Das ehemalige Nazi-Konzentrationslager bei Oranienburg wurde am 10. August 1945 von einem 150 Mann zählenden Vorkommando aus Weesow wiederhergerichtet und sechs Tage später mit 2.000 Häftlingen aus Berlin-Hohenschönhausen und Weesow als Speziallager Nr. 7 in Betrieb genommen. ...
Als zentral gelegenes KZ hatte Sachsenhausen die größte Durchgangszahl von Strafgefangenen und Internierten: Insgesamt saßen etwa 50.000 Männer und Frauen im Lager, die Belegung schwankte zwischen 12.000 und 16.000. Die Zahl der von hier aus in die Sowjetunion deportierten Männer und Frauen wird auf 5.000 bis 7.000 geschätzt. Vom Herbst 1945 bis 1947 gehörte zu Sachsenhausen auch ein Offizierslager, in dem ehemalige Wehrmachtsoffiziere gesammelt und in den Osten deportiert wurden."
Sachsenhausen, aufgelöst am 10. März 1950, habe die größte Zahl an Opfern in den SBZ-Lagern gefordert: "Zwischen 15.000 und 20.000 fanden hier den Tod", schreiben die Autoren.
Zum Sowjet-KZ Buchenwald heißt es in *Stalins Lager in Deutschland 1945-1950*:
"Das im Juli 1937 von der SS am Nordhang des Ettersberges bei Weimar errichtete Konzentrationslager bestand aus fünfzehn doppelgeschossigen Steinbaracken und 32 eingeschossigen Holzbaracken. Am 12. August 1945 wurde es als Speziallager Nr. 2 vom NKWD wieder in Betrieb genommen. ... Im Durchschnitt befanden sich danach 10.000 bis 12.000 Häftlinge in Buchenwald, etwa 32.000 Internierte durchliefen insgesamt das Sowjet-Lager. Die Haft in Buchenwald überlebten mehr als 12.000 Häftlinge nicht."
Überdies wurden auch aus Buchenwald tausende Insassen in den Archipel Gulag deportiert.
Alfred M. de Zayas und Franz W. Seidler beziffern in ihrem Buch *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert* die Internierten- und Todesopferzahlen der übrigen Sowjet-Lager auf deutschem Boden wie folgt:
Bautzen (28.000 Durchgänge, 12.000 Todesopfer), Mühlberg (22.000/7.000), Fünfeichen (20.000/6.000), Ketschendorf (18.000/6.000), Jamlitz (12.000/5.000), Hohenschönhausen (10.000/3.000), Weesow (14.000/1.500).
Abschließend heißt es in dem Lexikon: "In den noch nicht vollständig erschlossenen sowjetischen Archivmaterialien sind bisher die Namenslisten von 122.671 Inhaftierten und 42.889 in den Lagern umgekommenen Häftlingen gefunden worden." Bei der russischen Quelle, auf die hier Bezug genommen wird, handelt es sich um eine interne Ausarbeitung des Moskauer Innenministeriums vom Juli 1990.
Der frühere Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und spätere Bundespräsident Joachim Gauck schrieb dazu in seinem Aufsatz "Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR" im

Schwarzbuch des Kommunismus von Stephane Courtois, daß es sich bei den russischen Angaben "um Mindestzahlen handelt, die inzwischen korrigiert werden mußten".
Gauck weiter: "1993 wurden als Höchstzahlen 234.300 Gefangene angegeben, von denen 105.500 ums Leben kamen. In diesen Zahlen sind nicht die Menschen erfaßt, die unmittelbar nach ihrer Entlassung an den Folgen der Haft starben oder nach ihrer Verschleppung in die UdSSR dort ums Leben kamen."
Die sowjetische Besatzungsmacht in Deutschland habe "circa 128.000 Zivilisten unmittelbar nach Kriegsende in sowjetische Arbeitslager verschleppt", wobei es "bei diesen Menschen oft überhaupt keinen NS-Bezug gegeben" habe. Der spätere Bundespräsident fährt fort: "Überwiegend Frauen und Jugendliche wurden häufig … aufgegriffen und sofort deportiert. Von ihnen sollen über 47.000 umgekommen sein."
Demzufolge muß insgesamt wohl von rund einer Viertelmillion deutscher Zivilpersonen aus der SBZ ausgegangen werden, die nach der sogenannten Befreiung im Mai 1945 in Lagern starben.

**Der Tod des großen Mimen**

Das wohl bekannteste Opfer des KZ-Terrors in Sachsenhausen nach 1945 ist der große deutsche Schauspieler Heinrich George, Vater von Götz George. Der 1893 in Stettin geborene Mime, der in 35 Filmen wie Der Blaue Engel, Friedrich Schiller, Der Postmeister, Der Biberpelz, aber auch in Veit Harlans antisemitischem Propagandastreifen Jud Süß Hauptrollen spielte, wurde nach Kriegsende in der SBZ verhaftet und kam am 26. September 1946 im Lager Sachsenhausen um.
Jan von Flocken und Michael Klonovsky zitieren in ihrem Buch *Stalins Lager in Deutschland 1945-1950* den Zeitzeugen Peter Schumann aus Dresden:
"Meinem Vater, dem praktischen Arzt Dr. Erich Schumann, wurde eines Tages der Leichnam Heinrich Georges vorgeführt und von ihm verlangt, einen Totenschein auszufüllen - mit der Todesursache "an den Folgen einer Blinddarmoperation". Mein Vater hat das abgelehnt. George war keinesfalls operiert worden. Die totale Entkräftung des ehemals massigen Mannes ließ als Todesursache offenbar ein Hungerödem vermuten."<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Dwight D. Eisenhower (x364/184-185): >>… Um den Erfolg ihres infamen Unternehmens zu garantieren, mußten die Verschwörer einen ihnen ergebenen Diener auf den Posten des Oberbefehlshabers über die gesamten alliierten Streitkräfte in Europa heben. Die für diesen Job ausgesuchte Person war ein Oberstleutnant Namens Dwight D. Eisenhower.
Was war das "Geheimnis" hinter der Tatsache, daß Eisenhower über die Köpfe von wenigstens 50 seiner Dienstältesten hinweggeschoben und auf das oberste Kommando der alliierten Streitkräfte in Europa gestellt wurde, insbesondere angesichts der Tatsache, daß er keine Kampferfahrung beziehungsweise keine Erfahrung im Umgang mit einer großen Truppenzahl im Feld hatte?
Diese Frage wurde einige Jahre später beantwortet, als Eisenhower Präsident geworden war. Zu dieser Zeit unterbrach er einen seiner zahlreichen Urlaube, um einen Park in New York einzuweihen, den Bernard Baruch zu Ehren seines Vaters angelegt hatte. In seiner Rede machte Eisenhower ein beachtenswertes Geständnis:
"Vor 25 Jahren, als ein junger und unbekannter Major, habe ich den klügsten Schritt meines Lebens getan - ich habe Mr. Baruch konsultiert."
Ohne jeden Zweifel verdankte Eisenhower seinen kometenhaften Aufstieg zu Rang und "Namen" Herrn Bernard Baruch und seinen "Freunden".

**Blick hinter die Kulisse**
Die Männer, die die USA nach außen hin "führten" - Roosevelt, Marshall und Eisenhower -, hatten strikte Befehle von ihren unsichtbaren Gebietern, die Schlußphase auf dem europäischen Kriegsschauplatz" so zu führen, daß sie den Zielen der Illuminaten förderlich sein würde.
Es macht den internationalen Händlern der Macht nicht das geringste aus, daß die Verzögerung des Kriegsendes den unnötigen Tod von Hunderttausenden von Menschen bedeuten würde und den unnötigen Aufwand von vielen Milliarden Dollars.
Sie sehen die Menschen nur als Kanonenfutter, das sie für die Verwirklichung ihrer satanischen Ziele brauchen. …<<
**Berlin:** Die Sowjets transportieren vom 2. Mai bis zum 1. Juli 1945 rund 85 % aller unbeschädigten Fabrikeinrichtungen aus dem nordamerikanischen Sektor Berlins und 23.647 Maschinen aus dem britischen Sektor Berlins in die Sowjetunion (x111/42).
**WBZ:** Bischof Clemens August Graf von Galen (1878-1946, im Dezember 1945 vom Papst zum Kardinal ernannt, Beiname: "Löwe von Münster") erklärt am 1. Juli 1945 vor katholischen Pilgern (x268/44-45): >>... Es ist eine Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen, für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt.
Die unvermeidlichen Kriegsfolgen, das Leid um unsere Toten, um unsere zerstörten Städte, Wohnungen und Kirchen wollen wir annehmen und mit Gottes Hilfe geduldig tragen. Nicht aber ungerechte Beschuldigung und Bestrafung für Geschehnisse, unter deren Willkür, Ungerechtigkeit und Grausamkeit wir selbst durch lange Jahre geseufzt und schwer gelitten haben.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 11.06.2005) über den deutschen Bischof Clemens August Graf von Galen (x887/...): >>**"Es ist Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe"**
Vehement wandte sich der "Löwe von Münster" gegen die Kollektivschuldthese
Wenn man heute es so darstellt, als ob das ganze deutsche Volk und jeder von uns sich schuldig gemacht habe durch die Greueltaten, die von Mitgliedern unseres Volkes im Kriege begangen sind, dann ist das ungerecht. Wenn man sagt, das ganze deutsche Volk und jeder von uns sei mitschuldig an den Verbrechen, die in fremden Ländern und im deutschen Land, die vor allem in den Konzentrationslagern begangen sind, so ist das gegen viele von uns eine unwahre und ungerechte Beschuldigung ...
Es ist Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen, für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt ... Drum fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortlich für die Greueltaten in den Konzentrationslagern!"
Solche Worte, heute gesprochen, würden dem Verfasser den Ruf eintragen, er gehöre in die rechte Ecke und damit zu den Unanständigen. Dabei steht der Kardinal Clemens August Graf von Galen heute in hohem Ansehen - weniger wegen der Ansichten, die er am 1. Juli 1945 in Telgte vertreten hat und nicht nur hier, sondern in den darauf folgenden Monaten immer wieder, als wegen seines in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland mit Nachdruck in aller Öffentlichkeit erhobenen Protestes gegen Maßnahmen der damaligen Staatsführung.
Daß er genau so mannhaft und ohne Rücksicht auf sein persönliches Schicksal Ungerechtigkeiten, Grausamkeiten, Verbrechen der Sieger angeprangert hat, das ist heute weithin unbekannt. Und gerade im Zusammenhang mit den von offiziellen Stellen anläßlich des 60. Jahrestages der Kapitulation der deutschen Wehrmacht veranstalteten Jubelfeiern tut es gut, daran

zu erinnern, wie eine charakterstarke, fest im Glauben verwurzelte Persönlichkeit die Lage im damaligen Deutschland einschätzte.
Vor der deutschen Niederlage erhob der damalige Bischof von Münster seine Stimme gegen die "Anbetung der Rasse", wie er sie im Nationalsozialismus erlebte. 1934 schrieb er das Vorwort zu einem Buch zweier katholischer Theologieprofessoren, in dem sie gegen den von Reichsminister Alfred Rosenberg verfaßten "Mythos des 20. Jahrhunderts" zu Felde zogen. Als 1941 die Gestapo zahlreiche Gebäude katholischer Orden ohne Rechtsgrundlage beschlagnahmte, predigte er gegen solche Willkürmaßnahmen. Telegrafisch beschwerte er sich beim preußischen Ministerpräsidenten Göring und prangerte gegenüber dem Reichsinnenminister Frick den Rechtsbruch an.
Als immer häufiger Gerüchte in die Öffentlichkeit drangen, daß Insassen von Heilstätten, die als unheilbar galten, auf Anordnung staatlicher Stellen als lebensunwert getötet wurden, da erstattete er im August 1941 bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Münster Anzeige wegen Mordes und protestierte in Predigten unverblümt gegen die Tötungen. Tatsächlich wurde die Euthanasieaktion daraufhin eingestellt.
Zwar lehnte der Bischof die Ideologie des Nationalsozialismus ab - weil dazu die Verfolgung der Kirche und die Rechtlosigkeit gehörte, vor allem aber, weil sie den Menschen zum Maß aller Dinge machte -, doch bedeutete das nicht, daß er den Sieg der Alliierten über Deutschland herbeigesehnt hätte.
Nachdem Ende März 1945 britische Truppen den kleinen Ort in der Nähe von Münster besetzt hatten, in dem er leben mußte, weil ihm das durch britische Bomben zerstörte Münster keine Unterkunft mehr bieten konnte, drückte er durch eine öffentliche Erklärung sein Empfinden aus. Die Besetzung sei für ihn, "wie für jeden Deutschen, ein erschütterndes Erlebnis gewesen". "Unsere Herzen bluten bei der Not unseres Volkes."
Am 6. April 1945 interviewte ihn ein amerikanischer Journalist namens Hans Fleischer und faßte das Gespräch in einem Artikel zusammen: "Der Prälat, der Hitler kritisierte, betrachtet die Alliierten als Feinde." Er habe gesagt: "Ich bin und bleibe Deutscher ... Der Bischof machte klar, daß, obwohl er und andere gebildete Deutsche Antinazis sein könnten, sie trotzdem treu gesinnt sein müßten gegenüber dem Vaterland und sie daher die Alliierten als Feinde betrachten müßten."
Daraufhin kritisierte ihn der im US-amerikanischen Exil lebende Thomas Mann als "unbelehrbaren Geistlichen", die in New York erscheinende Emigrantenzeitschrift Aufbau bezeichnete ihn als "antihitlerischen Hitlerianer", was einige US-Besatzungsoffiziere dazu veranlaßte, Galen zu besuchen und ihm nahezulegen, Thomas Mann, "der all die Jahre weit vom Schuß seines Daseins sich habe freuen können, die passende Antwort zu geben." (Portmann, "Kardinal v. Galen").
Als die Plünderungen durch marodierende Fremdarbeiterbanden immer mehr zunehmen, mahnt von Galen den Chef der Militärregierung in Westfalen, daß die Sieger mit der Macht auch die Pflicht übernommen hätten, für die öffentliche Ordnung zu sorgen sowie Leben und Eigentum vor unnötiger Gewalttat, Zerstörung und Plünderung zu schützen. Er verlangt, die britische Besatzungsmacht solle nicht länger die Vergewaltigungen und Plünderungen der Fremdarbeiter dulden, und er kritisiert, daß auch amerikanische Soldaten "aus Übermut" plündern.
Einen Monat später schreibt er an den britischen Kommandanten: "Der Befehl Generals Eisenhowers, sich der Gewalttaten und Plünderungen zu enthalten, wird vielfach nicht beachtet. Fast täglich kommen an mich bittere Klagen aus verschiedenen Teilen des Bistums Münster über neue Gewalttaten, Morde, Ausschreitungen der freigelassenen Kriegsgefangenen und der Fremdarbeiter."
Am 1. Juli 1945 predigt der Bischof bei der Wallfahrt der Katholiken von Münster nach Telg-

te. Dabei beläßt er es nicht bei geistlichen Ermahnungen, sondern er beschäftigt sich wieder mit den Kollektivschuldvorwürfen gegen das deutsche Volk und mit den Gewalttaten umherziehender Banden von Fremdarbeitern. "Darum fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortliche für die Greueltaten in den Konzentrationslagern.
Fort mit solch unwahrer und ungerechter Untermauerung einer Haltung, die es zuläßt, daß der Rest unserer Habe aus den durch Bomben zerstörten Wohnungen weggeschleppt, daß Häuser und Höfe auf dem Lande von bewaffneten Räuberbanden geplündert und verwüstet, daß wehrlose Männer ermordet, daß Frauen und Mädchen von vertierten Wüstlingen vergewaltigt werden."
Daraufhin wird er zur britischen Militärregierung zitiert. Der britische Oberst wirft ihm vor, er habe mit solchen Sätzen die Militärregierung vor dem deutschen Volke herabgesetzt und das Vertrauen zu ihr untergraben. Dadurch sei die angestrebte Erziehung des deutschen Volkes in Frage gestellt. Bischof von Galen bleibt bei seiner Haltung, erklärt vier Tage später lediglich, daß ihm die englische Militärregierung erklärt habe, sie sei "weit davon entfernt, sich in ihren Maßnahmen von Haß oder Rachsucht leiten zu lassen".
Im August 1945 schreibt der Bischof an Papst Pius XII. und schildert ihm die verzweifelte Lage Deutschlands - von den Kollektivbeschuldigungen über den Bruch der Genfer Konvention gegenüber den deutschen kriegsgefangenen Soldaten, über "rücksichtslose Vertreibung der Deutschen Bevölkerung aus Heimat und Besitz", über die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland. Und er warnt, daß dadurch der Boden bereitet werde für die "Siegeszukunft der bolschewistischen Ideen weit über die Grenzen der russischen Besatzungszone hinaus".
Als Weihnachten 1945 bekannt wird, daß der Papst drei deutsche Bischöfe zu Kardinälen ernannt hat, darunter auch Bischof von Galen, deutet dieser das in einer Predigt in Rom wenig später als einen Ausdruck der "Liebe des Papstes für unser armes deutsches Volk. Vor aller Welt hat er als übernationaler und unparteiischer Beobachter das deutsche Volk als gleichberechtigt in der Gemeinschaft der Nationen anerkannt."
Als er im Februar nach Rom fährt, um vom Papst empfangen zu werden, nutzt er die Gelegenheit, mehrere deutsche Kriegsgefangenenlager in Italien zu besuchen. Er spricht den deutschen Soldaten Mut zu, nimmt sie in Schutz vor kollektiven Beschuldigungen und versichert sie des Beistands seiner Kirche.
Daß das keine leeren Worte waren, zeigt das Eintreten von Galens für den von einem alliierten Gericht zum Tode verurteilten ehemaligen Kommandeur der 12. SS-Panzerdivision "Hitlerjugend", General Kurt Meyer ("Panzermeyer"). Nachdem er von Meyers Verteidiger über die Umstände der Verurteilung unterrichtet worden ist, schreibt er:
"Nach den mir gemachten Mitteilungen ist der General Kurt Meyer zum Tode verurteilt worden, weil ihm unterstellte Männer Verbrechen begangen haben, die er nicht veranlaßt noch gebilligt hat. Als Vertreter christlicher Rechtsauffassung, nach der jeder Mensch nur für seine eigenen Taten verantwortlich und gegebenenfalls bestrafbar ist, unterstütze ich deshalb das Gnadengesuch für den Generalmajor Meyer und bitte um Erlaß der zuerkannten Strafe. Gez. Clemens August Graf Galen".
Am 16. März 1946 spricht er zum letzten Mal öffentlich in Münster. Die Ansprache wird vom Westdeutschen Rundfunk übertragen. Er sagte unter anderem: "Trotz der heldenmütigen Tapferkeit unserer Soldaten" sei "unser deutsches Vaterland" zusammengebrochen. "Trotzdem steht das, was unsere Soldaten in treuer Pflichterfüllung getan haben, immer und wird für alle Zeiten vor uns stehen, als ein Heldentum, als eine Treue und Gewissenhaftigkeit, die wir rühmen, die wir anerkennen. Das möchte ich vor allem den Soldaten sagen, die hier sind, und denen sagen, die noch nicht hier bei uns sind ..."
Am 22. März 1946 stirbt der Kardinal, nicht nur von den deutschen Katholiken betrauert. Er

wird im Hohen Dom zu Münster beigesetzt.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 - 2005 über die Rede des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, vom 1. Juli 1945 (x853/...): >>... Hatte Bischof Clemens August Graf Galen mit seinen mutigen Predigten gegen die NS-Machthaber in besonders gefährlicher Zeit seine Furchtlosigkeit unter Beweis gestellt und damit in eindrucksvoller Weise Zeugnis für Glauben und Menschenrecht abgelegt, zeigte er nach dem Krieg, daß er sich auch durch mögliche Lobsprüche für sein beispielhaft tapferes Verhalten gegenüber dem braunen Regime nicht von gebotener Kritik an den Siegern abhalten ließ.

Das erfuhren die Besatzungsherren schon knapp zwei Monate nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 1. Juli 1945. Da hielt Bischof Graf Galen anläßlich einer Diözesanwallfahrt nach Teltge eine Ansprache, die an Mut und Furchtlosigkeit seinen Predigten während der Kriegszeit kaum nachstand. Thema seiner ersten Wallfahrtspredigt nach dem Kriege war neben dem "Gott sei Dank dafür, daß die Kriegshandlungen aufgehört haben und auch die Bedrückungen und Einengungen der religiösen Freiheit beendet sind", die Zurückweisung des von den Siegern erhobenen Vorwurfs der Kollektivschuld. Von Galen dazu wörtlich:

"Fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortlich für die Greueltaten in den Konzentrationslagern. Fort mit solch unwahrer und ungerechter Untermauerung einer Haltung, die es zuläßt, daß der Rest unserer Habe aus den durch Bomben zerstörten Wohnungen weggeschleppt, daß Häuser und Höfe auf dem Lande von bewaffneten Räuberbanden geplündert und verwüstet, daß wehrlose Männer ermordet, daß Frauen und Mädchen von vertierten Wüstlingen vergewaltigt werden."

Und als ob der "Löwe von Münster" die von den Nachgeborenen immer wieder erhobenen Vorwürfe gegen das vermeintliche Versagen der Väter-Generation voraus geahnt hätte, stellte er bei gleicher Gelegenheit am 1. Juli 1945 in Teltge klar:

"Gerade die Konzentrationslager mit ihren zahlreichen deutschen Insassen und Opfern zeigen doch, mit welchen Mitteln jeder Widerstand gegen die Gewaltmaßnahmen der Machthaber, ja sogar jede freie Meinungsäußerung unterdrückt, bestraft und eigentlich fast ganz unmöglich gemacht worden ist." ...<<

**Ungarn:** Die Nationalregierung erläßt am 1. Juli 1945 eine Verordnung über die Feststellung der politischen Belastung und Befugnisse des Volksbetreuungsamtes (x008/83E-90E): >>**Die Feststellung der politischen Belastung - Kategorisierung.**

Verordnung Nr. 3820/1945 ... über Maßnahmen bezüglich der unter § 2 Absatz 5 der Verordnung Nr. 1710/1945 ... fallenden Personen und über die Erweiterung der Befugnisse des Volksbetreuungsamtes.

§ l

Das Volksbetreuungsamt ist für die entsprechende Unterbringung, Betreuung und Ansiedlung der Flüchtlinge, die eine dauernde Ansiedlung beanspruchen, zuständig. Das Volksbetreuungsamt siedelt sie auf dem Grundbesitz der unter § 2 Absatz 5 der Verordnung 1710/1945 ... fallenden Personen an.

§ 2

1) In Bezirken, in deren Gemeinden ein erheblicher Teil der Bevölkerung in den vergangenen Jahren eine hitlerische (volksbundfreundliche, faschistische, pfeilkreuzlerische usw.) Haltung gezeigt hat, sind zur Überprüfung der nationalen Zuverlässigkeit der unter § 2 Absatz 5 der Verordnung Nr. 1710/1945 ... fallenden Bevölkerung, ein oder mehrere Bezirkskommissionen zu bilden.

2) Die Bezirkskommission setzt sich aus dem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern zusammen.

3) Der Innenminister ernennt den Vorsitzenden aus der Mitte der mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten, womöglich zum Richteramt, jedenfalls aber juristisch befähigten Personen und bezeichnet in der Ernennungsurkunde die Gemeinden, auf die sich die Zuständigkeit der Kommission erstreckt.
Ein Mitglied und ein Ersatzmitglied entsendet das Nationalkomitee des Kreises aus den Reihen der ansässigen, demokratisch fühlenden ungarischen Bevölkerung. Der Innenminister kann jedoch in begründeten Fällen die Befugnis des Nationalkomitees des Kreises, Mitglieder zu entsenden, aufheben und zur Entsendung des Mitgliedes und des Ersatzmitgliedes eine Landes- oder örtliche Bewegung bestimmen, die mit Erfolg das Vordringen des Hitlertums (Volksbund, Faschismus, Pfeilkreuzlerpartei usw.) bekämpft hat.
Das zweite Mitglied und das zweite Ersatzmitglied entsendet eine Landes- oder örtliche Bewegung, die das Vordringen des Hitlertums (Volksbund, Faschismus, Pfeilkreuzlerpartei usw.) mit Erfolg bekämpft hat, aus der Mitte der ansässigen demokratisch gesinnten deutschen Bevölkerung.
4) Der Vorsitzende der Kommission verwendet bei den Rechtfertigungsausschüssen zur Führung des Protokolls eine über ausreichende Erfahrung in Kanzleiarbeiten verfügende, möglichst im öffentlichen Dienst stehende Person.
5) Der Vorsitzende des Rechtfertigungsausschusses, seine Mitglieder und der Protokollführer haben Anspruch auf das für Mitglieder der Rechtfertigungsausschüsse allgemein festgelegte Tagegeld. Sie haben außerdem nach jedem außerhalb ihres Wohnsitzes abgehaltenen Sitzungstag Anspruch auf ein Abordnungsgeld von 200 Pengö.
§ 3
Die Kreiskommission ist verpflichtet, die zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörenden Gemeinden aufzusuchen. Die Untersuchung der nationalen Zuverlässigkeit erstreckt sich auf jeden über 16 Jahre alten unter § 2 Absatz 5 der Verordnung Nr. 1710/1945 ... fallenden Bewohner dieser Gemeinden, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Beruf und Alter. Frauen, die im Haushalt ihrer Ehemänner leben und kein selbständiges Einkommen haben und minderjährige Kinder unterliegen jedoch nur dann einer besonderen Untersuchung, wenn irgend jemand besondere Mitteilungen macht, die sich auf sie beziehen.
§ 4
Die Kommission kann unter Berücksichtigung der örtlichen Umstände und auf Grund einer eingehenden und gewissenhaften Würdigung der Gesamthaltung der der Untersuchung unterzogenen Person, ihrer persönlichen Lage und sämtlicher zur Verfügung stehender Unterlagen folgende Feststellung treffen:
1) Sie stellt fest und beurkundet, falls erforderlich, daß die der Untersuchung unterzogene Person in einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation eine führende Rolle gespielt hat. Eine derartige Feststellung muß sie auch dann treffen, wenn die der Untersuchung unterzogene Person freiwillig in einen Verband der Waffen-SS eingetreten ist. In einem begründeten Falle kann in der Entscheidung zum Ausdruck gebracht werden, daß die Familienangehörigen der der Untersuchung unterzogenen Person (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder) von den Auswirkungen des Beschlusses befreit sind.
2) Sie stellt fest und beurkundet, falls erforderlich, daß die der Untersuchung unterzogene Person Mitglied einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation war. Eine derartige Feststellung muß sie auch von dem treffen, der seinen deutsch klingenden Familiennamen wieder angenommen hat.
In einem begründeten Falle kann zum Ausdruck gebracht werden, daß die Familienangehörigen der der Untersuchung unterzogenen Person (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder) von den Auswirkungen des Beschlusses befreit sind.

In einem begründeten Falle schlägt die Kommission in diesem Beschluß gleichzeitig vor, daß gemäß § 7 Absatz (2) der Verordnung 600/1945 ... das Wohnhaus und ein Grundstück, welches nicht größer als 600 Quadratklafter ist, der zurückbleibenden Familie zu belassen ist.
3) Sie stellt fest und beurkundet, falls erforderlich, daß die der Untersuchung unterzogene Person, obwohl sie nachweislich kein Mitglied der hitleristischen Organisation war, deren Zielsetzungen unterstützt hat. In dem Beschluß muß zum Ausdruck gebracht werden, ob diese Feststellung sich auf die Familienangehörigen (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder) der der Untersuchung unterzogenen Person erstreckt oder nicht.
4) Sie stellt fest und beurkundet, falls erforderlich, daß die der Untersuchung unterzogene Person kein Führer, Mitglied, Förderer einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation war.

§ 5

1) Die Führer, Mitglieder und Förderer der Organisation der sogenannten Hitlerjugend sind ebenso zu beurteilen wie die Führer, Mitglieder und Förderer hitleristischer Organisationen (Volksbund, faschistisch, Pfeilkreuzler usw.) mit dem Unterschied, daß diejenigen Führer, die zur Zeit ihrer Tätigkeit ihr 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, als Mitglieder hitleristischer Organisationen (§ 4 Absatz 2) zu erklären und dementsprechend zu behandeln sind.
2) Das Kommissionsverfahren und die dort getroffenen Feststellungen berühren nicht die Wirkung eines etwaigen Verfahrens zur Entziehung der Staatsangehörigkeit oder eines vor dem Volksgerichtshof anhängigen oder möglicherweise einzuleitenden Verfahrens.

§ 6

Die Kommission kann auf Antrag auch feststellen, daß einzelne volksdeutsche Personen trotz des Hitlerterrors ihre Treue zur Nation und ihre demokratische Gesinnung unter Beweis gestellt haben.

§ 7

1) Die Kommission beschließt im allgemeinen nur nach Anhören des Betroffenen.
2) Ein Beschluß kann auch in Abwesenheit des Betroffenen gefaßt werden; dann kann aber nur festgestellt werden, daß die der Untersuchung unterzogene Person Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglied (§ 4 Absatz 2) einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation gewesen ist.
Zu Lasten der Familienangehörigen solcher Personen (ihrer in häuslicher Gemeinschaft lebende, Ehefrau und ihrer minderjährigen Kinder) können nur grundbesitzpolitische, Maßnahmen zur wohnungsmäßigen Zusammenlegung und Umsiedlungsmaßnahmen, jedoch keine polizeilichen Maßnahmen durchgeführt werden. In der Verfügungsgewalt über ihr bewegliches Eigentum können sie nicht beschränkt werden, sofern dieses nicht zur wirtschaftlichen Ausrüstung gehört.
3) Der Betroffene kann innerhalb von 30 Tagen nach seiner Rückkehr ein neues Verfahren beantragen (§ 14). Stellt er keinen Antrag, so sind nach Ablauf von 30 Tagen die allgemeinen Bestimmungen über Vollziehung von Beschlüssen anzuwenden.

§ 8

Die Kommission ist dann beschlußfähig, wenn alle ihre drei Mitglieder an der Beschlußfassung teilnehmen.
2) Die Kommission verkündet ihren Beschluß mündlich dem Betroffenen, im Falle eines Abwesenheitsverfahrens nach Möglichkeit seinen Angehörigen. Über die durchgeführte Beweisaufnahme, über die Verhandlung und über den Beschluß ist ein kurzes Protokoll in dreifacher Ausfertigung aufzunehmen, das von allen drei Mitgliedern der Kommission unterschrieben wird.
3) Wenn die Kommission in einer, von den obigen Bestimmungen abweichenden Weise be-

schließt, kann der Innenminister oder ein für diesen Zweck durch ihn bestimmtes Organ auf Antrag des Betroffenen oder eines Mitgliedes der Kommission ein neues Verfahren anordnen. Der Antrag ist beim Vorsitzenden der Kommission einzureichen, der ihn zusammen mit den Akten vorlegt. Wenn die Akten sich schon beim Volksbetreuungsamt befinden, erfolgt die Vorlage über dieses.

§ 9

1) Alle Personen, von denen auf Grund obiger Bestimmungen festgestellt wird, daß sie in einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation eine führende Rolle gespielt haben (§ 4 Absatz 1), sind über die Nachteile hinaus, die in den Rechtsvorschriften über die Bodenreform festgelegt sind, in Polizeigewahrsam zu nehmen (internieren). Ihre Familienangehörigen (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder) sind - wenn sie von den Auswirkungen des Beschlusses nicht befreit sind - an den Internierungsort zu verbringen, bis dahin können sie zwangsweise zusammen untergebracht werden.

Die Kommission legt eine Ausfertigung des aufgenommenen Protokolls zwecks Fassung des Internierungsbeschlusses der vom Innenminister hierfür bestimmten Polizeibehörde zweiter Instanz vor. Die zweite Ausfertigung des Protokolls ist dem Grundbesitzreglungsrat der Provinz, die dritte Ausfertigung dem Volksbetreuungsamt zu übersenden.

2) Die Internierung wird auf Grund des Internierungsbeschlusses von der Polizei im Einvernehmen mit dem Volksbetreuungsamt an Orten durchgeführt, die durch das Volksbetreuungsamt hierfür bestimmt werden. Die Umsiedlung der Angehörigen erfolgt ausschließlich durch das Volksbetreuungsamt.

Die Internierten und ihre evakuierten Familienangehörigen können 200 kg ihres beweglichen Eigentums - soweit dieses nicht zur wirtschaftlichen Ausrüstung gehört und wegen bestehender öffentlicher Schulden nicht der Pfändung unterliegt - mit sich nehmen. Ihr übriges bewegliches und unbewegliches Vermögen wird beschlagnahmt mit Ausnahme der zurückgelassenen Lebensmittelvorräte und der wirtschaftlichen Ausrüstung, die gemäß Verfügung des Amtes für Volkswohlfahrt Neusiedlern zugeteilt werden. Der Gemeindevorstand hat unter Aufsicht des Volksbetreuungsamtes für die Beschlagnahme und Pflege der sequestrierten Vermögensgegenstände zu sorgen.

3) Falls die Polizeibehörde zweiter Instanz von der Anordnung der Internierung absieht, finden auf die fraglichen Personen, die für Mitglieder hitleristischer (Volksbund-, Pfeilkreuzler-, faschistischer usw.) Organisation (§ 4 Absatz 2) geltenden Bestimmungen (§ 10) Anwendung.

§ 10

1) Alle Personen, von denen festgestellt wird, daß sie Mitglieder einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation waren (§ 4 Absatz 2), werden, außer von den Nachteilen, die in den gesetzlichen Bestimmungen über die Bodenreform vorgesehen sind, auch von einer besonderen Arbeitsdienstpflicht betroffen, die sie gemäß den Verfügungen des Ministers für Wiederaufbau abzuleisten haben.

Die Vorschriften über die Altersgrenze, die Befreiung und die Dauer des Arbeitsdienstes sind die gleichen wie die allgemeinen Bestimmungen der Verordnung über öffentliche Arbeit, die die öffentliche Arbeitsdienstpflicht von Pfeilkreuzlern u.a. regelt. Überdies können sie zwangsweise zusammen untergebracht werden und sind verpflichtet, ihren Lebensmittelvorrat, der den für sie und ihre Familie notwendigen dreimonatigen Lebensmittelbedarf überschreitet, nach Anweisung des Volkswohlfahrtsamtes, den Siedlern zu überlassen.

Der Arbeitsdienst ist gegen die amtlich festgelegten örtlichen Arbeitslöhne, am Wohnort oder an dem vom Volkswohlfahrtsamt bestimmten Umsiedlungsort einzeln oder gruppenweise zu leisten. Umgesiedelt werden auch die Familienmitglieder (ihre in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehefrau und ihre minderjährigen Kinder), wenn sie nicht von den Auswirkungen des

Beschlusses befreit sind.
Die Umsiedler können über ihr bewegliches Vermögen - wenn dieses nicht zu der wirtschaftlichen Ausrüstung gehört und nicht wegen bestehender öffentlicher Schulden der Pfändung unterliegt - frei verfügen. Eine Ausfertigung des von der Verhandlung aufgenommenen Protokolls ist dem Grundbesitzreglungsrat der Provinz, zwei Ausfertigungen sind dem Volkswohlfahrtsamt zu übersenden.
2) Falls diesen Personen ihr Hofraum (Wohnhaus und 600 Quadratklafter) gemäß § 7 Absatz 2 der Verordnung Nr. 600/1945 ... aus Billigkeitsgründen belassen wurde, kann dieser vom Volkswohlfahrtsamt für die zwangsweise Unterbringung anderer, sich in der gleichen Lage befindlichen Personen in Anspruch genommen werden.
§ 11
1) Wenn die Kommission solche Personen als Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglieder (§ 4 Absatz 2) einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation bezeichnet, bezüglich derer die Bodenbeschaffungskommission der Gemeinde keinen Vorschlag auf Beschlagnahme gemacht hat, so hat der Beschluß der Kommission die gleiche Wirkung wie der Vorschlag auf Beschlagnahme der Landbeschaffungskommission der Gemeinde; über die Beschlagnahme entscheidet in solchen Fällen der Grundbesitzreglungsrat der Provinz, gegen dessen Beschlüsse auf Grund der allgemeinen Bestimmungen beim Landesrat für Grundbesitzregelung Beschwerde eingelegt werden kann.
2) Trifft der Grundbesitzreglungsrat der Provinz keine Beschlagnahmeverfügung, so haben auf die fragliche Person diejenigen Bestimmungen (§ 12) Anwendung zu finden, die sich auf Personen beziehen, welche die Zielsetzungen der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisationen (§ 4 Absatz 3) unterstützt haben.
§ 12
1) Alle Personen, von denen festgestellt wird, daß sie die Zielsetzungen der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisationen unterstützt haben (§ 4 Absatz 3), sind verpflichtet, mit ihrem unbeweglichen Vermögen der staatlichen Siedlungsaktion zur Verfügung zu stehen. Dies bedeutet, daß sie gemäß der Verfügung des Volkswohlfahrtsamtes dulden müssen, daß ihr Grundbesitz vom Volkswohlfahrtsamt gegen Grundstükke, die in einem anderen Teile des Landes gelegen sind, ausgetauscht wird.
Bis dahin sind sie verpflichtet, in ihren Häusern die Familienmitglieder der Führer (§ 4 Absatz 1) der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Bewegungen und die Mitglieder (§ 4 Absatz 2) dieser Bewegungen aufzunehmen. Sie sind auch verpflichtet, ihren Lebensmittelvorrat, der den für sie und ihre Familie notwendigen dreimonatigen Lebensmittelbedarf übersteigt, auf Weisung des Volkswohlfahrtsamtes den Neusiedlern zu überlassen. Über ihr bewegliches Vermögen können sie, falls dieses nicht zu der wirtschaftlichen Ausrüstung gehört, frei verfügen.
Ihr zu der wirtschaftlichen Ausrüstung gehörendes bewegliches Vermögen müssen sie im Bedarfsfalle nach Weisung des Volkswohlfahrtsamtes mit den Siedlern, die auf ihrem früheren Grundbesitz angesiedelt werden, teilen. Das über die Verhandlung aufgenommene Protokoll ist dem Volksbetreuungsamt einzureichen.
2) Die finanzielle Abwicklung des Grundstücksaustausches wird durch eine besondere Rechtsvorschrift geregelt.
§ 13
Diejenigen, von denen die Kommission feststellt, daß sie keine Mitglieder, Führer oder Förderer der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisationen waren (§ 4 Absatz 4), die jedoch ihre Vaterlandstreue und demokratische Gesinnung nicht unter Beweis gestellt haben (§ 6), sind, falls erforderlich, gleichfalls verpflichtet, die zwangsweise Evakuierten oder zusammen Unterzubringenden in ihre Häuser aufzunehmen. In solchen Fäl-

len ist die Familienzusammengehörigkeit entsprechend zu berücksichtigen.

§ 14

1) Die Bezirkskommission regelt ihr Verfahren nach Möglichkeit so, daß sie zuerst die Führer (§ 4 Absatz 1) der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisationen, dann ihre Mitglieder (§ 4 Absatz 2) und schließlich ihre Förderer (§ 4 Absatz 3) an die Reihe nimmt.

Das Volksbetreuungsamt ruft vor Beginn und während des Verfahrens die Bevölkerung unter Benennung des Umsiedlungsortes mehrfach zur freiwilligen Umsiedlung auf. Von den sich freiwillig meldenden fertigt die Kommission ein Verzeichnis in zwei Exemplaren, deren zweites dem Volksbetreuungsamt übersandt wird. Die freiwilligen Umsiedler haben das Recht, die Tauschgrundstücke zu besichtigen und in dem vom Volksbetreuungsamt bezeichneten Rahmen zwischen den Grundstücken zu wählen.

2) Gegen die freiwilligen Umsiedler ist das in den §§ 2-8 geregelte Kommissionsverfahren in einem späteren Zeitpunkt an ihrem neuen Wohnort durchzuführen, sie können jedoch nur mit der Feststellung belastet werden, daß sie Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglied (§ 4 Absatz 2) einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation waren. Diejenigen, gegen die an ihrem neuen Wohnort eine solche Feststellung nicht getroffen wird, können keiner weiteren Umsiedlung oder Evakuierung unterworfen werden.

3) Falls die Kommission auf Grund der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen zu der Erkenntnis gelangt, daß ein sich freiwillig Meldender ein allgemein bekannter und tätiger Hitleranhänger (Volksbund, Faschist, Pfeilkreuzler usw.) gewesen ist, so kann sie bis zum Zeitpunkt der Beendigung ihres Verfahrens in der Gemeinde anordnen, daß auch gegen ihn an seinem Wohnort zu verhandeln ist.

Wenn sie als Ergebnis des Verfahrens feststellt, daß die der Untersuchung unterzogene Person Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglied (§ 4 Absatz 2) einer hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation war, dann ist der Betreffende aus dem Verzeichnis der sich freiwillig Meldenden zu streichen.

Wenn sie feststellt, daß er ein Förderer (§ 4 Absatz 3) der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation war, dann bleiben die Bestimmungen über die freiwilligen Meldungen auf ihn anwendbar, und er wird in dem Verzeichnis der sich freiwillig Meldenden belassen.

§ 15

Diejenigen, von denen die Kommission in gewöhnlichem Verfahren oder in einem neuen Verfahren (§ 7 Absatz 3), (§ 8 Absatz 3) feststellt, daß sie keine Führer (§ 4 Absatz 1) oder Mitglieder (§ 4 Absatz 2) der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation waren, deren Grundstücke aber trotzdem auf Grund eines in ihrer Abwesenheit durchgeführten Verfahrens oder auf andere Weise beschlagnahmt oder eingezogen wurden, können von dem Volksbetreuungsamt ein Tauschgrundstück beanspruchen.

Auf diejenigen, von denen die Kommission festgestellt hat, daß sie die Zielsetzungen der hitleristischen (Volksbund-, faschistischen, Pfeilkreuzler- usw.) Organisation unterstützt haben (§ 4 Absatz 3), sind die Bestimmungen über den zwangsweisen Besitztausch (§ 12), auf diejenigen, von denen die Kommission eine derartige Feststellung nicht getroffen hat, die Bestimmungen über den freiwilligen Besitztausch (§ 13) anzuwenden.

§ 16

1) Aus den Siedlern, die durch das Volkswohlfahrtsamt in irgendeiner Gemeinde angesiedelt werden sollen, sind gemeindeweise Bodenbeschaffungskommissionen zu bilden, die über Grundstücke, die in der Gemeinde auf Grund des oben beschriebenen Kommissionsverfahrens beschlagnahmt oder vertauscht wurden, die in den Ziffern b, d, e, f und h des § 8 der Verordnung Nr. 33000/1945 F. M. festgelegten Zuständigkeiten ausüben.

2) Der Grundbesitzreglungsrat der Provinz wird durch zwei Vertreter des Volkswohlfahrtsamtes ergänzt, wenn er bei einer Beschlagnahme, einem Grundstückstausch oder einer Ansiedlung tätig wird, die im Rahmen des Volkswohlfahrtsamtes abzuwickeln ist.
3) Für Angelegenheiten, die durch das Volksbetreuungsamt abgewickelt werden, wird bei dem Landesrat für die Bodenbesitzregelung ein besonders tagender Rat gebildet, in dem auch zwei Vertreter des Volksbetreuungsamtes Sitz und Stimme haben.
§ 17
Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Mit ihrem Inkrafttreten verlieren sämtliche allgemeinen Verfügungen, Richtlinien usw., die vorher über diesen Gegenstand von irgendeiner Behörde erlassen wurden, ihre Gültigkeit. Für die Durchführung dieser Verordnung sorgen der Innenminister auf dem Wege über das Volksbetreuungsamt und der Landwirtschaftsminister über den Landesrat für Grundbesitzregelung.
Veröffentlicht in "Magyar Közlöny" vom 1. Juli 1945 …<<
**Großbritannien:** Churchill kritisiert am 1. Juli 1945 den Rückzug der Nordamerikaner und Briten aus Mitteldeutschland (x111/42): >>... Sowjetrußland setzte sich im Herzen Europas fest. Es war für die Menschheit ein verhängnisvoller Tag.<<
**03.07.1945**
**Berlin:** Die Nordamerikaner und Briten besetzen am 3. Juli 1945 die Westsektoren Berlins.
**04.07.1945**
**WBZ:** Die westlichen Alliierten berichten am 4. Juli 1945, daß sie den Sowjets bereits rund 1,5 Millionen russische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene übergeben haben (x133/427).
**Österreich:** Die Alliierten kündigen am 4. Juli 1945 an, daß Österreich in den Grenzen von 1937 bestehen bleiben soll und in 4 Besatzungszonen sowie Wien (Sonderstatus) eingeteilt wird (x040/290).
**"Befreites Österreich"**
Österreich wurde nach dem Kriegsende nicht wie ein besiegtes, sondern wie ein befreites Land behandelt. Da Österreich von den Siegermächten offiziell als "Hitler-Opfer" eingestuft wurde, mußte es auch keine Verantwortung für die NS-Verbrechen übernehmen.
Die angeblich "von Hitler gewaltsam unterdrückten Österreicher" sahen diese Befreiungstheorie selbstverständlich genauso. Obwohl fast alle Österreicher den freiwilligen Anschluß begrüßten und "ihren Hitler" jubelnd empfangen hatten, wollten die anpassungsfähigen und "vergeßlichen" Österreicher nach der Niederlage natürlich nichts mehr von den deutschen Verlierern wissen.
Die sowjetischen Befreier wurden damals zwar nicht mit dem donnernden Beifall der deutsch-österreichischen Anschlußfeiern von 1938 begrüßt, aber von Wien bis Graz standen die "befreiten Österreicher" an den Straßen und jubelten den Rotarmisten zu. Die Österreicher, seit jeher der "charmanteste und glücklichste" deutsche Volksstamm, überwanden auch den Zweiten Weltkrieg fast mühelos.
Die wendigen Österreicher rückten sofort von den zertrümmerten deutschen Nachbarn ab und leugneten alle bisherigen freundschaftlichen Beziehungen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren die ehemals sieg- und erfolgreichen Deutschen plötzlich nur noch die "ewigen Verlierer" und Unpersonen.
Auch die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen erlebten in Österreich fast überall bittere Erfahrungen, denn viele "befreite" Österreicher wollten mit den "besiegten" Deutschen nichts mehr zu tun haben. Wohin die deutschen Heimatlosen auch kamen, in Österreich waren sie fast nirgends willkommen und vielerorts kam es zu offenen Feindseligkeiten. Nur wenn die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen genügend Vermögenswerte besaßen, verhielten sich die einheimischen Österreicher wesentlich "freundlicher".
Fast kein Österreicher erinnerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg mehr daran, daß der radika-

le Nationalsozialismus gerade vor und nach dem Ersten Weltkrieg in der ehemaligen Donaumonarchie besonders erfolgreich gewesen war. Die Österreicher verdrängten auch die Tatsache, daß der ehemalige Österreicher Adolf Hitler in erster Linie durch die österreichischen Nationalisten bzw. Judenhasser Georg von Schönerer, Karl Lueger und Adolf Lanz geprägt worden war und daß seit Ende des 19. Jahrhunderts vor allem in Österreich ein ausgeprägter Judenhaß existierte.
Die österreichischen "Judenjäger" mußten jedenfalls nachweislich nicht von den deutschen Nationalsozialisten zur Judenjagd gezwungen werden. Zu den "berüchtigsten Österreichern" jener Zeit zählten z.B. Adolf Hitler, Odilo Globocnik, Ernst Kaltenbrunner, Arthur Seyß-Inquart, Franz Stangl und Gustav Wagner.
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (3/1962) berichtet am 17. Januar 1962 über den im österreichischen Fernsehen gesendeten Monolog des "Herrn Karl": >>**Mieslinge überall**
Und dann ist der Hitler kummen", plauderte der feiste Mann auf dem Bildschirm. "Na ja, des war eine Begeisterung ... ein Jubel ... Endlich amal hat der Wiener a Freid ghabt ..."
Bevor noch der Mann mit dem schwitzenden Rundgesicht, laut Programmankündigung "Der Herr Karl", seinen erinnerungstrunkenen TV-Monolog beendet hatte, waren die Telephonleitungen zum Wiener Sender blockiert. Österreichs Fernsehzuschauer, verärgert wie noch nie zuvor, protestierten en masse.
"Der Herr Karl", notierte der Wiener Kritiker Hans Weigel, "wollte einem bestimmten Typus auf die Zehen treten, und ein ganzes Volk schreit 'Au'."
"Der Herr Karl", der den Österreichern im November auf die Zehen trat, wiegt über zwei Zentner: Wiens Star-Kabarettist Helmut Qualtinger. Als Mitautor und Allein-Interpret des Einakters "Der Herr Karl" demonstrierte das 33jährige Schwergewicht "komödiantische Kraft" in solchem Ausmaß, daß sich seine Landsleute pauschal verunglimpft fühlten:
In echtem Wiener Beißerdialekt sagte Qualtinger den Österreichern - wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" aus Wien berichtete - "mehr Wahrheiten ins Gesicht, als sie während der letzten 16 Jahre ... zu hören bekamen".
Der Durchschnitts-Österreicher Karl, den Qualtinger zusammen mit dem Autor Carl Merz modelliert hat, entspricht in keiner Weise dem Klischee des betulichen, liebenswerten Donau-Anrainers: Er ist ein unsympathischer Dickwanst mit talmigoldenem Wiener-Herzen auf dem unrechten Fleck; er geht mit biedermännischem Charme über Leichen, stets bereit zum Mitlaufen ("Mir warn ja immer unpolitisch").
Meditiert Qualtinger-Karl: "Andere, mein Lieber; die habn sich gsund gestessn ... I war ein Idealist ... Was war i? Bei der NSV ... a nationalsozialistische Volkswohlfahrt ... Da hat si kaner was denkt, wann er dazu gangen is ... Heut ist man ja aa überall ... bei der Gewerkschaft und 50 ..."
Bosheit an Bosheit fügend, läßt Qualtinger den Österreicher Karl mal beim Schutzbund, mal bei der Heimwehr, mal bei der SS schmarotzen, einen Juden zum "Gehsteigfegen" führen ("Irgendwer hätts ja wegwischen müssn") und vor den Amerikanern liebedienern. Die Erinnerung an die Anschlußepoche mag Karl "nicht missen".
Besonders diese Schilderung der Anschlußfreuden war es, die Österreichs Neupatrioten dem Kabarettisten Qualtinger übelnahmen. "Kaum ist Gras über die Sache gewachsen", dolmetschte ein Funktionär der österreichischen Fluggesellschaft "Austrian Airlines" nationale Bedenken, "da kommt so ein Kamel und frißt es wieder ab."
Vergebens bemühte sich der österreichische Rundfunk-Programmbeirat, das rechte Maß für die Beurteilung des Qualtinger-Stücks zu finden. Vorsitzender Professor Rudolf Henz:
"Viele haben viel gelacht, einige Mitglieder des Beirates waren ganz dafür, andere wieder halb dagegen, dann gab's welche, die waren halb dafür, und andere wiederum ganz dagegen."
In ähnliche Verlegenheit hatte Qualtinger, der fette Großmeister Wiener Kleinkunst, Öster-

reichs Prominentenschar schon des öfteren gebracht. Als der Unterrichtsminister Hurdes einst zu einem Kampf gegen "Schmutz und Schund" aufrief, ließ Qualtinger von einer Hausfassade ein großes "U" abmontieren und schickte es Hurdes mit gebührender Empfehlung: Der Vokal "U" solle aus dem Alphabet gestrichen werden, da er doch in allen unsittlichen, unseriösen und unschönen Wörtern vorkomme.
Zu seinem jüngsten Streich äußerte sich Qualtinger unschuldsvoll. "Wer sagt denn", sprach er, "daß der Herr Karl ein typischer Österreicher ist?" Sein Stück sei den Karl-Typen schlechthin gewidmet, weil es "in dieser Zeit der Vertuschung und Beschwichtigung nicht schaden kann, den Kleinen vorzuspielen, wie klein sie sind".
Dennoch schlug die nationale Empörung in Österreich erneut empor, als Anfang dieses Jahres bekannt wurde, daß Qualtingers Monodrama demnächst auch vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlt werden soll (14. März, Zweites Programm). Wieder fluteten Beschwerden in das Wiener Funkhaus. Tenor der Protestbriefe:
Derartiger Kultur-Export sei Verrat an Österreich. "Die Äußerung eines Politikers", berichtete der Wiener Fernsehdirektor Gerhard Freund, "daß ich dafür nach Sibirien gehöre, will ich vernachlässigen."
Immerhin trug Qualtinger dem nationalen Sentiment Rechnung: Eine Bühnenfassung des "Herrn Karl", mit der er im April in den Münchner Kammerspielen gastieren wird, weist Veränderungen auf. Da sich "die Münchner nicht ungetrübt darüber freuen sollen, wie mies die Österreicher sind", will der Kabarettist auch über den "Hilfszug Bayern" meditieren, dessen Gulaschkanonen beim Anschluß 1938 Hitlers Politik propagieren halfen.
Qualtinger, im Stile des Herrn Karl: "Mieslinge gibt es überall." ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (47/1962) berichtet am 21. November 1962 über das "befreite" Österreich: >>**50 Jahre fehlen**
Die Bürgerschaft eines demokratischen Staates wächst hier mit derselben Vorbildung heran", grollte der Wiener "Express", "die ein Buschneger beim ersten Betreten einer europäischen Großstadt besitzt."
Dieses harte Urteil galt der Art, in der die Schulen der neutralen Alpenrepublik der unbewältigten Vergangenheit ihres Staates ausweichen: Die letzten 50 Jahre österreichischer Geschichte werden schamhaft totgeschwiegen.
Für mindestens 70 von 100 Abiturienten, die beim Eintritt ins österreichische Bundesheer den Eid auf die Republik schwören, endet - trotz der jüngst beschlossenen Schulreform - das historische Wissen mit dem Sturz der Habsburger Monarchie.
Über die nachfolgenden Ereignisse, die politischen Leidenschaften, die Österreich nach 1918 zu einem Staat wider Willen machten und in die Kettenreaktion Bürgerkrieg-Faschismus-Nationalsozialismus stießen, breiten die Lehrkräfte mildes Schweigen.
Ergebnis solcher Behutsamkeit ist eine nationale Unbildung, deren erschreckendes Ausmaß eine Umfrage des Wiener "Kurier" enthüllte: Die Zeitung befragte 30 Realgymnasiasten einer Wiener Abiturklasse nach dem "bedeutendsten Ereignis aus der österreichischen Geschichte des Jahres 1934".
Sieben der Befragten nannten richtig die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß durch nationalsozialistische Putschisten, einer entsann sich des Bürgerkrieges zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen.
Die übrigen 22 Primaner tappten hilflos durch das Quiz. Einer schlug den Brand des Justizpalastes vor (1927), ein anderer wähnte, die Uno sei damals in den Völkerbund aufgenommen worden, neun hatten keinerlei Ahnung, ließen sich aber leicht überreden, 1934 als das Jahr der Abtrennung Südtirols (1919) zu betrachten.
So viel Unwissen veranlaßte Österreichs Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel, "energisch an die Einhaltung des Lehrplanes zu erinnern, der einen gegenwartsbezogenen Über-

blick über den Verlauf der allgemeinen Geschichte vorschreibt".
Das Ministerium mahnte die säumigen Lehrer, künftig den korrekten Abschluß des historischen Unterrichts anzustreben.
Dem Einwand der Lehrkräfte, der aktuelle Geschichtsunterricht scheitere an "zuviel Stoff für zuwenig Zeit", begegnete der Minister mit der Parole "'Habt Mut zu Lücken". Er nehme, meinte Drimmel, kleinere Wissensmängel bei den Punischen Kriegen gerne in Kauf, wenn statt dessen das Wissen über die Ereignisse des 20. Jahrhunderts vermehrt werde.
Doch Drimmels Ermunterungen nutzten wenig. Wiens Landesschulinspektor Dr. Ernst Mayer, der - selbst Historiker - die Durchführung des Erlasses kontrollieren sollte, resigniert achselzuckend: "Ich habe auch seither keine höhere Jahreszahl als 1918 gehört."
Das ist freilich nicht allein die Schuld der Lehrkräfte an Österreichs höheren Schulen. Das Dilemma beginnt bereits mit der fragmentarischen Ausbildung der Pädagogen. Ahnungslos betraten sie einst als Abiturienten die Universität, und ahnungslos passierten sie Jahre später auch die Lehramtsprüfung.
Denn: Erst seit 1957 kann der angehende Historiker an der Wiener Hochschule - freiwillig - die Zeitgeschichte ab 1918 studieren. Vorher gab es dafür keinen Lehrstuhl.
Dazu Landesschulinspektor Mayer:
"In Wien hinken die Vorlesungen der Historischen Fakultät traditionsgemäß 30 Jahre hinter ihrer Zeit zurück. Wenn dann noch 20 Jahre seit dem Ende seines Studiums vergangen sind, hat der Geschichtslehrer ein Wissensvakuum von 50 Jahren."
Den Schulmännern macht obendrein die mangelnde innere Distanz zu den (selbst erlebten) Ereignissen der Zeitgeschichte zu schaffen. "Man muß verstehen", erläuterte Minister Drimmel, "daß jeder Historiker selbst am eigenen Leib die Narben der Vergangenheit trägt und fürchtet, sie aufzureißen."
An diese kaum vernarbten Wunden wagt auch kein österreichisches Geschichtslehrbuch zu rühren. Der offizielle historische Lehrbehelf für die Abschlußklasse hat zwar sechs Autoren, aber keine Meinung. Das Büchlein entstand während der Besatzungszeit, als jedes Schulbuch einer Kommission der Besatzer vorzulegen war.
Nach Abzug der Besatzungsmächte 1955 unterblieb eine Neufassung, da man sich bis heute nicht auf ein proporzgerechtes schwarz-rotes Autoren-Duo einigen konnte. So wird weiterhin nach einem Provisorium gelehrt und gelernt, das die Ereignisse der letzten 50 Jahre in wenigen unverbindlichen Sätzen zusammenfaßt, so etwa
- die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen von 1927: "Trotz dem Eingreifen besonnener Arbeiterführer konnten Übergriffe nicht verhindert werden. (Brand des Justizpalastes, 15. Juli 1927). Die Regierung Seipel ließ unter Opfern die Ruhe durch den Einsatz bewaffneter Polizeikräfte wiederherstellen."
- Juliputsch von 1934: "Bei einem gewaltsamen Versuch der Nationalsozialisten, die Macht an sich zu reißen, wurde Bundeskanzler Dollfuß in seinem Amt ermordet."
- Österreichs Anschluß an das Deutsche Reich im März 1938: "Obwohl Bundespräsident Miklas nach längerer Weigerung den Nationalsozialisten Dr. Seyß-Inquart zum Kanzler ernannte, besetzten dennoch die deutschen Truppen das ganze Land (Okkupation)."
Mit solch dürftigen Formulierungen werden die Unglücksjahre der Ersten Republik beschrieben. Der junge Österreicher erfährt aus seinem Geschichtsbuch nichts über die schwerbewaffneten Parteigarden, mit denen sich in den Jahren von 1927 bis 1934 die christlichsoziale Regierung und die sozialdemokratische Opposition zeitweise in offenem Bürgerkrieg bekämpften.
Über die Entwicklung, die zu dem dramatischen Versuch der österreichischen Gefolgsleute Hitlers führte, schon im Juli 1934 mit Gewalt die Angliederung an das Reich zu erzwingen, hört er ebensowenig wie über die Ereignisse des Anschluß-Jahres 1938.

Die jubelnden Menschenmassen beim Einzug Hitlers in Wien werden in Österreichs Lehrplänen nicht erwähnt. Der Anschluß, den damals fast alle Kräfte des abgewirtschafteten Staates, vom Sozialisten Renner bis zum Kardinal Innitzer, bejahten, gilt heute schlicht als militärische Okkupation. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die fehlende Solidarität der "befreiten österreichischen Nation" (x024/-235-236): >>... Das "befreite Österreich", das sich aus der gesamtdeutschen Verantwortung stehlen und den von den meisten Österreichern lebhaft begrüßten Anschluß an Deutschland vergessen machen wollte, war bestrebt, die lästigen Vertriebenen so bald wie möglich nach "Deutschland", also in die westlichen 3 Besatzungszonen, abzuschieben. Eine Eingliederung der Flüchtlinge sollte verhindert werden. Dazu mußten fragwürdige Mittel herhalten.

"Volksdeutsche" durften nur in untergeordneten Tätigkeiten beschäftigt werden, die Kinder von Vertriebenen wurden vom Schulunterricht ausgeschlossen. Sie durften bestenfalls nachmittags die Räume der österreichischen Schulen benutzen. Die Vertriebenen waren größtenteils in Lagern untergebracht. Wenn dort Plätze frei wurden, weil Flüchtlinge nach Westdeutschland übersiedelten, wurden andere aus mühselig beschafften Privatwohnungen in die Lager eingewiesen.

Angesichts dieser diskriminierenden Maßnahmen zogen es tatsächlich die meisten Vertriebenen vor, nach Westdeutschland zu gehen. Von den 1,4 Millionen Vertriebenen. die nach Österreich kamen, blieben nur 350.000. Für den Erhalt der österreichischen Staatsangehörigkeit mußten sie noch kräftig bezahlen und ausdrücklich auf alle Entschädigungsansprüche an den österreichischen Staat für ihre durch die Vertreibung erlittenen Verluste verzichten.

Der österreichische Nationalismus bot, wie Prof. Wilfried Schlau schrieb, "ein makabres Beispiel moralischer Fragwürdigkeit und das Fehlen jeglicher sozialer Solidarität: Helmut Qualtinger hat dieser Geisteshaltung der 'befreiten österreichischen Nation' in seinem 'Herrn Karl' ein literarisches Denkmal gesetzt." ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" (x075/34): >>... Häufiger kommt es ... vor, daß eine Gruppe, z.B. ein nationaler Verband, danach trachtet, die Verbrechen oder die Beihilfe dazu in Schweigen zu hüllen, weil die Erinnerung daran das gute Gewissen belasten würde.

Österreich pflegte nach 1945 die Erinnerung an das Verbrechen des Anschlusses, die Annexion durch Deutschland 1938; auf diese Weise konnte man sich als Opfer empfinden. Unterschlagen wurden dabei allerdings die massenhafte und weitgehend begeisterte Zustimmung zu dieser Vergewaltigung, sowie die verbrecherischen Handlungen, an denen viele Österreicher nach dem Anschluß beteiligt waren.

Da sie sich in die Opferrolle begeben und dadurch eine Beschuldigung von außen verhindert hatten, wurde das öffentliche Bewußtsein nicht durch die Erinnerung an eine Beteiligung gestört. ...<<

**05.07.1945**

**WBZ:** Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer schreibt am 5. Juli 1945 (x095/18-20): >>Ich sehe die Entwicklung in Deutschland mit steigender Sorge. Rußland läßt einen eisernen Vorhang herunter. Ich glaube nicht, daß es sich bei der Verwaltung der Hälfte Deutschlands, die ihm überantwortet ist, von der Zentralen Kontrollkommission irgendwie beeinflussen lassen wird. Die weiterblickenden englischen und amerikanischen Stellen teilen wohl diesen Standpunkt, denn sie haben keine Hoffnung, in Zukunft aus diesem Teil Deutschlands noch Zufuhren an Lebensmitteln zu erhalten.

Hinsichtlich der Verwaltung der britischen, der amerikanischen und der ... französischen Zone herrscht ein verhängnisvolles Durcheinander. Ich glaube wohl, daß die Mehrzahl der militärischen Stellen, die sich zur Zeit mit der Verwaltung dieser Gebiete befaßt, nicht schlechten

Willen hat, aber es geht ihnen völlig ab die Kenntnis Deutschlands, Verwaltungserfahrung, namentlich die Einsicht dafür, was auch dieses Restdeutschland für Europa, insbesondere für Mitteleuropa und dafür für England und Frankreich und letzten Endes auch für Amerika bedeutet.
In wirtschaftlicher Hinsicht ist man über die allerkümmerlichsten Anfänge noch nicht hinausgekommen. So wird es sie interessieren, daß die Förderung im Industriegebiet 10 % normal beträgt und daß von diesen 10 % 7 % nach Frankreich gehen. Daß mit dem Verbleib der 3 % die Wirtschaft nicht angekurbelt werden kann, auch nicht der Eisenbahnverkehr, daß kein Hausbrand zur Verfügung stehen wird, brauche ich nicht zu sagen.
Ich befürchte, daß diesen Winter in Deutschland Millionen Menschen an Hunger und Kälte sterben werden. Hungerödeme als Todesursache sind schon jetzt nicht selten. ...<<

**07.07.1945**

**Berlin:** Die Alliierten unterzeichnen am 7. Juli 1945 ein Abkommen über die Viermächteverwaltung Berlins.
Die Vertreter der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion vereinbaren am 7. Juli 1945 freie Verkehrsverbindungen zwischen allen vier Berliner Sektoren (x111/45).
**WBZ:** Die US-Militärverwaltung tritt am 7. Juli 1945 das Saarland an Frankreich ab.

**09.07.1945**

**Ostdeutschland:** Die SMAD stellt Stettin am 9. Juli 1945 unter polnische Verwaltung (x111/46).

**10.07.1945**

**Polen:** Polens Ministerpräsident Osobka-Morawski kündigt am 10. Juli 1945 öffentlich an, daß man alle Deutschen, die sich noch in Polen und in den "polnisch verwalteten Gebieten" aufhalten, ausweisen wird (x040/290).

**11.07.1945**

**Berlin:** Die 4 Siegermächte übernehmen am 11. Juli 1945 die Berliner Verwaltung.

**12.07.1945**

**Berlin:** Shukow fordert die Westmächte am 12. Juli 1945 auf, die drei Berliner Westsektoren selbst zu versorgen (x111/47).
**UdSSR:** Ilja Ehrenburg schreibt am 12. Juli 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/162): >>Die Sowjetunion hat die Völker Europas gerettet. Stalin rüttelte jedermanns Gewissen wach ... Wir lieben Stalin.<<
Erich Weinert (Präsident des Nationalkomitees "Freies Deutschland") berichtet am 12. Juli 1945 im Radio Moskau über den "freiwilligen Arbeitseinsatz" der Deutschen in der UdSSR (x111/47-48): >>Hunderttausende von Deutschen haben sich davon Rechenschaft gegeben, daß die Wiedergutmachung in Sachwerten in den verwüsteten Gebieten Rußlands die Priorität gegenüber dem Wiederaufbau in Deutschland haben müsse.
Diese Männer haben sich in freier Weise für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. Sie wissen, daß sie mit dem Wiederaufbau der von ihnen zerstörten russischen Städte den Grundstein für die Wiederaufrichtung unserer nationalen Ehre legen. ...<<

**14.07.1945**

**Berlin:** Vertreter der KPD, SPD, CDU und LDP beschließen am 14. Juli 1945 die Bildung eines "Antifaschisten-Blocks" (x116/14): >>... Hitler hat Deutschland in die tiefste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt. Die Kriegsschuld Hitler-Deutschlands ist offenkundig. Weite Kreise des deutschen Volkes waren dem Hitlerismus und seiner Ideologie verfallen und haben seinen Eroberungskrieg bis zum furchtbaren Ende unterstützt. Groß war die Zahl jener Deutschen, die willenlos der Hitlerpolitik folgten und sich damit mitschuldig gemacht haben.
So hat Hitler unser ganzes Volk in ein Chaos von Schuld und Schande gestürzt. Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch

Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten.<<
Der "Antifaschisten-Block" kündigt am 14. Juli 1945 folgende Hauptziele an (x111/48-49): >>1. Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Kampf gegen das Gift der Naziideologie wie gegen alle imperialistisch-militaristischen Gedankengänge.
2. Gemeinsame Anstrengungen zu möglichst raschem Wiederaufbau der Wirtschaft, um Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung zu schaffen.
3. Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates.
4. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie der Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung.
5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern. Unterbindung jeder Völkerverhetzung. Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Blockpolitik" in der SBZ (x009/78-79): >>Taktische Methode zur Durchführung einer "Revolution von oben", Form der interfraktionellen Zusammenarbeit in den Volksvertretungen der SBZ im Gegensatz zur Koalitionspolitik in parlamentarischen Demokratien.
Von kommunistischer Seite als "neue Art der Zusammenarbeit" bezeichnet. Innerhalb des "Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien (gegründet am 14.7.1945, kurz: Antifa-Block) sind Koalitionen einzelner Blockpartner nicht erlaubt. Beschlüsse werden nur durch Zustimmung aller Fraktionen gefaßt. Mittels der Blockpolitik machte die SED die von ihr in freier parlamentarischer Abstimmung nicht erreichbaren Mehrheitsbeschlüsse überflüssig. Unter Bemäntelung durch parlamentarisch-demokratische Formen erhält der Block die Funktion einer einzigen Partei; Blockpolitik wird zum Einparteiensystem.
Die Blockpolitik diente u.a. auch als Begründung für die Einheitsliste bei den Volkskammerwahlen im Oktober 1950.
Seit durch Zulassung der kommunistisch beherrschten NDPD, DBD und der Massenorganisationen zu den Volksvertretungen die Herrschaft der SED gesichert ist, hat die Blockpolitik stark an Bedeutung verloren und ist mehr und mehr durch das Operieren mit der noch stärker SED kontrollierten Nationalen Front ersetzt worden.<<
**WBZ:** Montgomery lockert am 14. Juli 1945 das Fraternisierungsverbot für die britischen Truppen in Westdeutschland (x111/49): >>... Ihr könnte Euch jetzt mit den Deutschen in den Straßen und in öffentlichen Lokalen in Gespräche einlassen; dagegen dürft Ihr sie nicht in ihren Häusern besuchen und auch nicht zulassen, daß sie die von Euch benutzten Räume betreten, ausgenommen in dienstlichen Angelegenheiten.<<

**15.07.1945**

**WBZ:** Das südliche Rheinland wird von der US-Militärregierung am 15. Juli 1945 unter französische Verwaltung gestellt.
Die Zeitung "Süddeutsche Mitteilungen" berichtet am 15. Juli 1945 über die "Säuberung" in der US-Besatzungszone (x114/2.135): >>Ausmerzung nationalsozialistischer Elemente geht weiter.
Frankfurt. – Die Säuberungsaktion des deutschen öffentlichen und Wirtschaftslebens in der von den Amerikanern besetzten Zone Deutschlands geht weiter. Die deutschen Zivilbehörden und die amerikanische Militärregierung arbeiten harmonisch zusammen, um diese Aktion durchzuführen.
Außer den höheren Beamten, Gauleitern und Kreisleitern der NSDAP, außer den Funktionä-

ren der SS und anderen Parteimitgliedern, die selbstverständlich hinter Schloß und Riegel sitzen, ist in der letzten Zeit der Entfernung von Nationalsozialisten aus dem Wirtschaftsleben und aus höheren und niederen Regierungsstellen mit Energie angegangen worden.
Bremen. – Bisher wurden in Bremen-Stadt 1.831 Beamte wegen nationalsozialistischer Betätigung entlassen; Bremen-Land ist zu 85 Prozent von Nationalsozialisten in Verwaltungsämtern gereinigt worden. Stadtkreis Wesermünde zu 94 Prozent, Landkreis Wesermünde zu 90 Prozent, Kreis Osterholz zu 91 Prozent und Kreis Wesermarsch zu 85 Prozent. ...<<

**16.07.1945**

**Berlin:** Die nordamerikanische "Information Control Division" berichtet am 16. Juli 1945 (x116/10): >>... Die Russen gingen viel schneller als wir an die Wiedererrichtung der Informationsmedien, und versuchten es viel schneller als wir, eine Politik zu praktizieren, die den Wünschen und Empfindungen des deutschen Volkes Rechnung trug.<<

**USA:** In Los Alamos (New Mexico) gelingt den Nordamerikanern am 16. Juli 1945 der 1. "erfolgreiche Atombombenversuch".

Der US-Physiker Philipp Morrison (1915-2005) berichtet später über die Zündung der ersten Atombombe (x165/469): >>... Ich hatte ein Kurzwellenradio und mußte den Funkverkehr der Leute abhören, die die eigentliche Zündung vornehmen würden. ... Ich hatte ein Mikrophon und ich übermittelte den Countdown. Ich sagte an: 30 Sekunden, 20 Sekunden, 10 Sekunden, 9, 8, 7, 6 ...
Aus zehn Meilen Entfernung sahen wir den unglaublich strahlenden Blitz. Das war aber nicht das Eindrucksvollste. Wir wußten, daß es blendend hell werden würde, und deshalb trugen wir Schweißerbrillen.
Was mich packte, war nicht der Blitz, sondern die gleißende Hitze eines strahlenden Tages auf unseren Gesichtern an jenem kalten Morgen in der Wüste. Es war, als öffne man einen glühenden Backofen, aus dem die aufgehende Sonne strahlte. Es war ein Gefühl von Ehrfurcht und Staunen und Bestürzung und Angst und Triumph zusammen. Das Geräusch kam eine Minute später. Die Explosion in der Totenstille, und dann ein mächtiger Donner. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Atombombe" (x051/42): >>Atombombe, Waffe, die die bei der Atomkernspaltung frei werdende Energie nutzt und damit eine allen traditionellen Sprengstoffen weit überlegene Kraft entwickelt.
Eine Atombombe wurde möglich nach Entdeckung der Urankernspaltung durch den deutschen Chemiker Otto Hahn (1879-1968) und sein Team im Dezember 38. Die für einen Bau der Atombombe erforderliche Industriekapazität war in Deutschland aber nicht vorhanden, zudem standen Vorurteile gegen die "jüdische Atomphysik" im Wege, so daß die Atombombenentwicklung nicht über Ansätze hinauskam.
Die Sorge davor jedoch veranlaßte Einstein am 2.8.39 zu einem warnenden Brief an US-Präsident Roosevelt, der die Entwicklung der Atombombe, das sogenannte Manhattan Project, in Auftrag gab. Sie wurde durch deutsche Ankündigungen von Wunderwaffen forciert; die Atombombe aber war erst nach Kriegsende in Europa einsatzbereit, so daß Japan Opfer der ersten Atombombenabwürfe wurde: 6.8.45 Hiroshima, 9.8.45 Nagasaki.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den 1. "erfolgreichen Atombombenversuch" (x068/257): >>Am 16. Juli 1945 ... wurde in New Mexiko das erste Ungeheuer gezündet, wobei die beteiligten Wissenschaftler mit dem Rücken zur Explosion gewandt, einen kurzen Freudentanz aufführten.
Nur J. Robert Oppenheimer kam in diesem Augenblick "plötzlich eine Stelle aus der 'Bhagavadgita' (religiös-philosophisches Gedicht) in den Sinn: Ich bin zum Tod geworden, dem Zerstörer der Welten". ...<<

**17.07.1945**

**SBZ:** Am 17. Juli 1945 beginnt die Konferenz von Potsdam.

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfindet, verhandeln Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Josef Stalin (x051/558): >>Stalin, Josef, ursprünglich J. Dschugaschwili, geboren in Gori (Georgien) 21.12.1879, gestorben in Kunzewo (heute Moskau) 5. März 1953, sowjetischer Politiker; Sohn eines Schuhmachers, Ausbildung im Priesterseminar in Tiflis (1894-98) und Entlassung wegen marxistischer Agitation, 1898 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (ab 1904 der Mehrheitsfraktion der Bolschewiki), mehrfach verhaftet und nach Sibirien verbannt, 1912 Mitglied des Zentralkomitees, Annahme des Beinamens Stalin (= der Stählerne) und Mitbegründer der Parteizeitung "Prawda", 1913-17 erneut Verbannung.
Stalin kehrte erst nach der Februarrevolution im März 17 nach Petrograd zurück, setzte sich zunächst für einen gemäßigten Kurs ein, übernahm dann aber Lenins Forderung nach gewaltsamer Machteroberung, wie sie in der Oktoberrevolution 1917 gelang. Stalin stieg 1922 vom Volkskommissar für Nationalitätenfragen (1917-23) zum Generalsekretär des Zentralkomitees auf und hielt diese Machtposition trotz der Warnungen des sterbenden Lenin. Bis 1929 hatte Stalin alle Rivalen, insbesondere Trotzki überspielt und errichtete in den 30er Jahren eine persönliche Diktatur auf der Basis polizeistaatlichen Terrors.
Mit Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und einem aufwendigen Industrialisierungsprogramm versuchte er zugleich, die außenpolitische Unabhängigkeit durch wirtschaftliche Gesundung und Aufrüstung zu sichern.
Der Spanische Bürgerkrieg und das Münchener Abkommen machten ... die Gefährdung der jungen Sowjetunion deutlich: Zum einen war die Rüstungslücke zu den faschistischen Staaten weiterhin erheblich, zum anderen zeichnete sich bedrohlich eine Koalition der Westmächte mit Hitler ab.
Stalin ersetzte daher 1939 seinen prowestlichen Außenminister Litwinow durch Molotow und erreichte trotz der ideologischen Gegensätze mit dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vorn 23.8.39 erheblichen Zeitgewinn und konnte mit Hitlers Billigung seine territoriale Basis durch Annexionen (Ostpolen, Bessarabien, Baltische Staaten u.a.) und den Winterkrieg gegen Finnland ausbauen.
Zwar geriet die Sowjetunion durch den von Stalin noch nicht vermuteten deutschen Angriff (22.6.41) im Rußlandfeldzug dennoch an den Rand des Zusammenbruchs, doch Stalins Nichtangriffspakt mit Japan (April 41) hielt, ein Bündnis mit England (und damit den USA) half und der Appell an den russischen Patriotismus brachte schließlich die Wende.
Dachte Stalin, ab 1941 auch Ministerpräsident und 1943 Marschall, zunächst noch an einen möglichen Sonderfrieden mit dem Deutschen Reich, so setzte er schon bald, wie seine Alliierten, auf die Bedingungslose Kapitulation und lehnte sogar deutsche Austauschangebote für seinen gefangenen Sohn Jakow ab, der in deutscher Haft 1943 umkam.
Auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam erwies sich Stalin als der geschickteste Verhandler und sicherte seine gewonnenen Positionen durch eine Politik der vollendeten Tatsachen (u.a. Vertreibung). Zu Hilfe dabei kamen ihm die Wechsel in der politischen Führung der USA und Englands 1945 sowie das im Krieg gewaltig angewachsene Potential der Roten Armee. Es erlaubte ihm einen Konfliktkurs, der zum erwünschten Kalten Krieg mit seinen einstigen Verbündeten und zur Abschottung durch einen Eisernen Vorhang führte, hinter dem Stalin das Programm der Bolschewisierung Ost- und Südosteuropas ungestört vorantreiben konnte.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Harry S. Truman (x051/587): >>Truman, Harry S(pencer), geboren in Lamar (Missouri) 8.5.1884, gestorben in Kansas City

26.12.1972, 33. Präsident der USA; im Ersten Weltkrieg als Offizier in Frankreich, 1921 Konkurs als Textilhändler, danach Richter.
Truman wurde 1935 demokratischer Senator seines Heimatstaates (1940 wiedergewählt) und leitete ab 1941 das Truman-Komitee zur Kontrolle der amerikanischen Kriegsausgaben. Am 7.11.44 nominierten die Demokraten Truman zum Vizepräsidenten, als der er nach dem Tod Roosevelts am 12.4.45 dessen Nachfolge antrat (1948 wiedergewählt). Das schwächte die Position der USA beim Potsdamer Abkommen trotz der gelungenen Premiere der Atombombe, deren Abwurf auf Hiroshima und Nagasaki Truman im August 45 anordnete.
Im anschließenden Kalten Krieg verfolgte Truman einen Kurs des Containment (Eindämmung) des sowjetischen Expansionismus, stärkte durch Wirtschaftshilfe (Marshall-Plan) und NATO-Gründung (1949) die westeuropäischen Staaten und griff schließlich im Koreakrieg zur militärischen Abwehr des Kommunismus.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Winston Churchill (x051/102):
>>Churchill, Winston, geboren in Blenheim Palace (Oxfordshire) 30.11.1874, gestorben in London 24.1.1965, britischer Politiker; als Sproß der Familie der Herzöge von Marlborough Ausbildung an Eliteschulen wie Harrow und Kadettenanstalt Sandhurst; Offizier in mehreren Feldzügen; 1899/1900 Kriegsberichterstatter im Burenkrieg.
Durch abenteuerliche Flucht aus burischer Gefangenschaft populär geworden, gelangte Churchill 1900 als konservativer Abgeordneter ins Unterhaus, wechselte 1906 zu den Liberalen und war mehrfach Minister, u.a. 1. Lord der Admiralität (Marineminister, 1911-15). Zwischenzeitlich Frontoffizier in Frankreich, bekleidete Churchill seit 1917 erneut verschiedene Ministerposten (u.a. 1924-29 Schatzkanzler) und kehrte zu den Konservativen zurück.
Als energischer Vertreter einer britischen Politik der Stärke gegen das aufrüstende nationalsozialistische Deutschland geriet Churchill zunehmend in Gegensatz zur konservativen Appeasement-Linie; 1929 bis 39 blieb er ohne Regierungsbeteiligung. Seine Warnungen vor nationalsozialistischem Rassismus und Imperialismus fanden wenig Gehör und wurden in Berlin als Angriffe eines "nicht ganz ernst zu nehmenden Außenseiters" registriert.
Erst als die britische Beschwichtigungspolitik an Hitlers ungebremst expansivem Kurs gescheitert war, führte öffentlicher Druck im September 39 zur Aufnahme Churchills ins Kriegskabinett N. Chamberlains als Marineminister. Zu spät aber wurden seine Forderungen nach Besetzung des norwegischen Erzhafens Narvik beherzigt, so daß Hitler Großbritannien zuvorkommen konnte. Churchill löste daher am Tag des deutschen Angriffs im Westen (10.5.40) Chamberlain als Regierungschef ab.
Er bildete ein "Kabinett der nationalen Konzentration" mit Beteiligung der Labour Party und kündigte unbeugsamen Widerstand gegen die deutschen Eroberer an ("Blut, Mühsal, Tränen, Schweiß").
Als Churchill im Sommer 40 Hitlers Friedensangebote zurückwies, konnte er bereits auf amerikanische Hilfe hoffen, wie sie dann das Leih- und Pachtgesetz gewährte. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion schloß Churchill am 12.7.41 ein Bündnis mit Stalin und war maßgeblicher Initiator der Allianz der "Großen Drei", USA, UdSSR und Großbritannien.
Konnte er noch in Casablanca (Januar 43) seine Strategie zur Niederwerfung Deutschlands durch Angriff auf den "weichen Bauch Europas" von Süden her durchsetzen, so sank sein Einfluß auf den Konferenzen von Teheran (Ende 43) und Jalta (Februar 45). Sein Plan, die Rote Armee von Mitteleuropa fernzuhalten, scheiterte letztlich an Roosevelt, der Stalin zum Kriegseintritt gegen Japan umwarb.
Auch die europäische Nachkriegsordnung konnte Churchill nur noch in Ansätzen mitgestalten, da ihn eine Wahlniederlage im Juli 45 um weitere Mitwirkung am Potsdamer Abkommen brachte. Eine neue Amtszeit als Premierminister (1951-55) änderte nichts daran, daß Großbritannien im Krieg seine Großmachtstellung an die USA und die UdSSR verloren hatte. Chur-

chill erkannte das klar in seinen Erinnerungen ("Der Zweite Weltkrieg", 1948-54), die ihm neben anderen Arbeiten den Literatur-Nobelpreis für 1953 einbrachten, und setzte sich nun erfolgreich für eine westliche Allianz (NATO) ein.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Clement Attlee (x051/42):

>>Attlee, Clement, geboren in London 3.1.1883, gestorben in London 8.10.1967, britischer Politiker; ursprünglich Anwalt, seit 1907 Mitglied der Labour Party, 1922-25 im Unterhaus, 1924 Unterstaatssekretär.

Attlee wurde 1935 Parteiführer und lehnte die Appeasement-Politik Chamberlains scharf ab, was ihn 1940 für das Kriegskabinett Churchills empfahl, dessen Stellvertreter er 1942 bis Kriegsende war und den er am 28.7.45 als Premierminister bei den schwierigen Verhandlungen für das Potsdamer Abkommen ablöste. Viele Zugeständnisse an die Sowjetunion wurden ihm später angelastet.

Attlee entließ Indien in die Unabhängigkeit (1947), gab das britische Palästina-Mandat auf und beteiligte sich am Koreakrieg. 1951-55 führte er die Opposition gegen Churchill und saß danach im Oberhaus.<<

Um 17 Uhr beginnt die erste Plenarsitzung der "Großen Drei": Josef Stalin (UdSSR, 1878-1953), Harry Truman (USA, 1884-1972) und Winston Churchill (Großbritannien, 1874-1965).

Erste Plenarsitzung vom 17. Juli 1945 (x867/...):

>>**Churchill:** Wer soll auf unserer Konferenz den Vorsitz führen?

**Stalin:** Ich schlage den Präsidenten der USA, Truman, vor.

**Churchill:** Die englische Delegation unterstützt diesen Vorschlag.

**Truman:** Ich übernehme den Vorsitz dieser Konferenz. Ich gestatte mir, mehrere Fragen aufzuwerfen, die sich vor unserer Begegnung angesammelt haben und dringend einer Erörterung bedürfen. Dann wollen wir die Tagesordnung selbst beraten.

**Churchill:** Wir werden die Möglichkeit haben, Ergänzungen zur Tagesordnung einzubringen.

**Truman:** Eine der brennendsten Aufgaben ist gegenwärtig die Schaffung irgendeines Mechanismus zur Regelung des Problems der Friedensverträge, sonst wird sich die Wirtschaft in Europa in Zukunft zum Schaden der Sache der Alliierten und der ganzen Welt entwickeln.

Die Erfahrung der Versailler Konferenz nach dem ersten Weltkrieg lehrt, daß eine Friedenskonferenz, wenn sie nicht vorher von den Siegermächten vorbereitet wird, mit sehr viel Mängeln behaftet sein kann. Eine Friedenskonferenz ohne vorherige Vorbereitung tagt in der gespannten Atmosphäre miteinander im Streit liegender Parteien, was sich zwangsläufig auf die Ausarbeitung der Konferenzbeschlüsse auswirkt.

Ich schlage deshalb, ausgehend von den Erfahrungen der Versailler Konferenz, vor, gleich jetzt einen Rat der Außenminister zu bilden, dem die Minister Großbritanniens, der UdSSR, der USA, Frankreichs, Chinas angehören, das heißt die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der auf der Konferenz in San Francisco gebildet wurde. Dieser Ministerrat zur Vorbereitung der Friedenskonferenz muß so bald als möglich nach unserem Treffen zusammentreten. In diesem Geiste und auf dieser Linie habe ich den Entwurf über die Bildung des Rates der Außenminister zur Vorbereitung der Friedenskonferenz abgefaßt, der Ihnen zur Prüfung überreicht wurde.

**Churchill:** Ich schlage vor, diese Frage unseren Außenministern zu übergeben, die darüber beraten und uns auf der nächsten Sitzung Bericht erstatten werden.

**Stalin:** Einverstanden. Mir ist nur die Teilnahme des Außenministers Chinas in diesem Rat unklar. Es geht doch wohl um europäische Probleme? Inwiefern ist da die Teilnahme eines Vertreters Chinas angebracht?

**Truman:** Diese Frage können wir nach dem Bericht der Außenminister erörtern.

**Stalin:** Gut.

**Truman:** Über den Kontrollrat für Deutschland. Dieser Rat soll seine Arbeit so schnell als

möglich, entsprechend dem bereits geschlossenen Abkommen, aufnehmen. Zu diesem Zweck lege ich Ihnen einen Entwurf zur Erörterung vor, der Grundsätze enthält, die unserer Meinung nach richtungweisend für die Arbeit dieses Kontrollrates sein sollen.
**Churchill:** Ich hatte keine Möglichkeit, dieses Dokument zu lesen, aber ich werde es mit großer Aufmerksamkeit und Wertschätzung lesen, und dann könnte das Dokument beraten werden. Diese Frage ist so umfassend, daß sie nicht an die Außenminister zur Erörterung überwiesen werden sollte, vielmehr müssen wir selbst sie prüfen und beraten und sie dann im Bedarfsfalle an die Minister übergeben.
**Truman:** Wir könnten diese Frage morgen beraten.
**Stalin:** Wir können diese Frage auch morgen beraten. Die Minister könnten sich damit schon vorher vertraut machen, was nicht stört, da wir selbst uns parallel mit dieser Frage vertraut machen werden.
**Churchill:** Für unsere Minister reichen bereits die Aufgaben aus dem ersten Dokument. Vielleicht könnte man ihnen dann morgen auch diese Frage übergeben?
**Stalin:** Gut, übergeben wir sie also morgen.
*(Truman verliest den Inhalt eines Memorandums, in dem es heißt, daß die drei Mächte mit den Beschlüssen in der Erklärung von Jalta über das befreite Europa eine Reihe von Verpflichtungen gegenüber den befreiten Völkern Europas und den ehemaligen Vasallen Deutschlands übernommen haben. Diese Beschlüsse sehen bei der Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme im befreiten Europa eine abgestimmte Politik der drei Mächte und ihr gemeinsames Vorgehen auf demokratischer Grundlage vor.)*
**Truman:** Nach der Konferenz von Jalta wurden Verpflichtungen, die wir in der Erklärung über das befreite Europa übernommen haben, nicht erfüllt. Nach Ansicht der Regierung der USA wird eine weitere Nichterfüllung dieser Verpflichtungen in der ganzen Welt als Zeichen für die fehlende Einheit unter den drei Großmächten gewertet werden und das Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Einheitlichkeit der Ziele der Vereinten Nationen erschüttern. Daher schlägt die Regierung der USA vor, auf dieser Konferenz die Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung lückenlos zu vereinbaren.
Die drei großen alliierten Staaten müssen sich unbedingt für eine sofortige Umbildung der gegenwärtigen Regierungen Rumäniens und Bulgariens im völligen Einklang mit Punkt c) im dritten Absatz der Erklärung über das befreite Europa aussprechen. Es müssen unverzüglich Konsultationen erfolgen zur Ausarbeitung eines entsprechenden Verfahrens, das für die Umbildung dieser Regierungen unerläßlich ist und die Teilnahme von Vertretern aller namhaften demokratischen Gruppen gewährleistet. Nachdem die Umbildung dieser Regierungen erfolgt ist, können die diplomatische Anerkennung durch die alliierten Mächte und der Abschluß der entsprechenden Verträge erfolgen.
Entsprechend den im dritten Absatz Punkt d) der Erklärung über das befreite Europa dargelegten Verpflichtungen der drei Mächte müssen die Regierungen der drei Mächte beraten, wie man die provisorischen Regierungen am besten bei ihrer Arbeit zur Durchführung freier Wahlen ohne Beeinflussung unterstützen könnte.
Eine der wichtigsten Aufgaben, die vor uns stehen, ist die Festlegung unserer Haltung gegenüber Italien. Ich hoffe, daß die Konferenz, angesichts der Tatsache, daß Italien kürzlich Japan den Krieg erklärt hat, es für möglich halten wird, sich damit einverstanden zu erklären, Italien in der Frage der Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen. Die Außenminister könnten dazu eine entsprechende Erklärung im Namen der Regierungen der Vereinten Nationen ausarbeiten.
Ist es notwendig, dieses Dokument vollständig vorzulesen? Haben Sie Zeit?
**Churchill:** Herr Präsident, das sind sehr wichtige Fragen, und wir benötigen Zeit, um sie zu beraten. Es geht darum, daß wir in diesen Fragen eine unterschiedliche Haltung haben. Italien

hat uns im schwersten Augenblick überfallen, als es Frankreich hinterrücks angriff. Wir haben in Afrika zwei Jahre gegen Italien gekämpft, bevor Amerika in den Krieg eintrat, und wir hatten schwere Verluste.
Wir mußten sogar Kräfte des Vereinigten Königreichs aufs Spiel setzen, mußten unsere Verteidigung im Vereinigten Königreich schwächen, um Truppen nach Afrika zu entsenden. Wir hatten schwere Seegefechte im Mittelmeer. Wir hegen die besten Absichten gegenüber Italien und haben dies unter Beweis gestellt, indem wir ihm seine Schiffe beließen.
**Stalin:** Das ist sehr gut, aber wir sollten uns heute auf die Aufstellung der Tagesordnung samt Zusatzpunkten beschränken. Nachdem die Tagesordnung festgelegt ist, kann man zur substantiellen Erörterung jeder beliebigen Frage übergehen.
**Truman:** Ich bin völlig einverstanden.
**Churchill:** Ich bin dem Präsidenten sehr dankbar, daß er diese Diskussion eröffnet und damit einen großen Beitrag zu unserer Arbeit geleistet hat, aber ich meine, daß wir zur Beratung dieser Fragen Zeit benötigen. Ich sehe sie zum erstenmal. Ich will nicht sagen, daß ich diesen Vorschlägen nicht zustimmen kann, aber man muß die Zeit haben, sie zu erörtern. Ich schlage vor, daß der Präsident seine Vorschläge, die er noch hat, vorbringt und wir dann die Tagesordnung festsetzen.
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Ziel der drei Regierungen im Hinblick auf Italien ist die Entwicklung zur politischen Selbständigkeit, zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Gewährleistung des Rechtes für das italienische Volk, seine Regierungsform selbst zu wählen.
Die gegenwärtige Lage Italiens, einerseits als mitkämpfende Seite und andererseits als Macht, die bedingungslos kapituliert hat, ist anormal und behindert jeden Versuch sowohl von seiten der Alliierten als auch seitens Italiens selbst, seine wirtschaftliche und politische Lage zu verbessern. Diese ungewöhnliche Lage kann nur durch Abschluß eines Friedensvertrages mit Italien endgültig geändert werden. Die Vorbereitung des Entwurfs eines solchen Vertrages muß eine der ersten Aufgaben sein, die dem Rat der Außenminister übertragen wird.
Gleichzeitig kann eine Verbesserung der inneren Situation Italiens herbeigeführt werden, indem man Italiens Beitrag zur Niederschlagung Deutschlands anerkennt. Deshalb empfiehlt es sich, die kurzen Kapitulationsbedingungen Italiens und die ausführlichen Kapitulationsbedingungen Italiens außer Kraft zu setzen und sie durch Verpflichtungen der italienischen Regierung, wie sie sich aus der neuen Situation in Italien ergeben, zu ersetzen.
Diese Verpflichtungen sollten vorsehen: Die italienische Regierung enthält sich jeglicher feindlicher Handlungen gegen Mitglieder der Vereinten Nationen; die italienische Regierung darf keine Seekriegs- und Luftstreitkräfte und -anlagen haben, außer den von den Alliierten genehmigten, und wird alle Instruktionen der Alliierten befolgen; bis zum Abschluß des Friedensvertrages soll Italien entsprechend der Notwendigkeit einer Kontrolle unterstehen; gleichzeitig soll die Frage entschieden werden, wie lange Streitkräfte der Alliierten auf dem Territorium Italiens verbleiben; schließlich ist eine gerechte Lösung der strittigen territorialen Fragen zu gewährleisten.
Da ich überraschend zum Vorsitzenden dieser Konferenz gewählt wurde, war es mir nicht möglich, sofort meinen Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Ich freue mich sehr, Sie, Generalissimus, und auch Sie, Herr Premierminister, kennenzulernen. Ich weiß sehr wohl, daß ich hier den Platz eines Menschen einnehme, der unersetzlich ist, des früheren Präsidenten Roosevelt. Ich würde mich freuen, wenigstens teilweise dem zu entsprechen, wie Sie Präsident Roosevelt in Ihrer Erinnerung bewahren. Ich möchte die Freundschaft bewahren, die zwischen ihm und Ihnen bestand.
Die Fragen, die ich Ihnen unterbreite, sind natürlich sehr wichtig. Das schließt allerdings nicht aus, daß weitere Fragen auf die Tagesordnung gesetzt werden

**Churchill:** Generalissimus, wollen Sie dem Herrn Präsidenten etwas antworten, oder lassen Sie mich das tun?
**Stalin:** Ich überlasse das Ihnen.
**Churchill:** Ich möchte dem Präsidenten der USA im Namen der britischen Delegation aufrichtig dafür danken, daß er den Vorsitz dieser Konferenz übernommen hat, ich bin ihm zu Dank verbunden, daß er die Ansichten der großen Republik, die er repräsentiert, dargelegt hat, und möchte ihm sagen - ich bin überzeugt, der Generalissimus wird sich mir anschließen, - daß wir ihn herzlichst begrüßen und daß wir in diesem wichtigen Augenblick den Wunsch haben, ihm zu sagen, daß wir die innigen Gefühle, die uns mit Präsident Roosevelt verbanden, auch ihm entgegenbringen werden.
Der neue Präsident übernahm sein Amt in einem historischen Augenblick. Es ist unser Wunsch, daß die Ziele, für die wir gekämpft haben, heute im Frieden erfüllt werden. Wir empfinden Achtung nicht nur vor dem amerikanischen Volk, sondern auch vor dem Präsidenten persönlich, und ich hoffe, daß diese Gefühle der Achtung allezeit erstarken und der Verbesserung unserer Beziehungen dienen werden.
**Stalin:** Im Namen der russischen Delegation kann ich erklären, daß wir die Gefühle, denen Herr Churchill Ausdruck verliehen hat, voll und ganz teilen.
**Churchill:** Es scheint mir, wir sollten jetzt zu den einfachen Fragen der Tagesordnung übergehen und ein vorläufiges Programm unserer Arbeit aufstellen, um zu sehen, ob wir selbst in der Lage sind, diese Tagesordnung zu bewältigen, oder ob ein Teil der Fragen den Außenministern zu übertragen ist. Mir scheint, wir brauchen nicht sofort die gesamte Tagesordnung festzulegen, wir könnten uns auf eine Tagesordnung für jeweils einen Tag beschränken. Wir möchten beispielsweise die polnische Frage hinzufügen.
**Stalin:** Es wäre dennoch gut, wenn alle drei Delegationen alle Fragen vortragen würden, von denen sie meinen, daß sie auf die Tagesordnung zu setzen sind. Die Russen haben Fragen zur Aufteilung der deutschen Flotte und andere. Zur Frage der Flotte gab es einen Briefwechsel zwischen mir und dem Präsidenten, bei dem eine Einigung erzielt wurde.
Die zweite Frage - das ist die Frage der Reparationen.
Dann ist die Frage der Treuhandschaftsgebiete zu erörtern.
**Churchill:** Meinen Sie dabei Gebiete in Europa oder in der ganzen Welt?
**Stalin:** Das werden wir besprechen. Ich weiß noch nicht genau, was das für Gebiete sind, aber die Russen wünschen, an der Verwaltung der Treuhandschaftsgebiete teilzunehmen.
Gesondert wollten wir die Frage nach der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu den ehemaligen Vasallen Deutschlands stellen.
Es ist auch notwendig, sich mit der Frage des Regimes in Spanien zu befassen. Wir Russen sind der Ansicht, daß dem spanischen Volk das gegenwärtige Franco-Regime von außen, durch Deutschland und Italien, aufgezwungen wurde. Es birgt eine große Gefahr für die freiheitsliebenden Vereinten Nationen in sich. Wir meinen, daß es gut wäre, dem spanischen Volk Bedingungen zu schaffen, damit es ein Regime errichten kann, das ihm zusagt.
**Churchill:** Wir beraten zunächst noch, was auf die Tagesordnung zu setzen ist. Ich bin einverstanden, daß Spanien als eine Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden muß.
**Stalin:** Ich führe nur den Gedanken aus, was unter der Frage zu verstehen ist.
Dann sollte die Tanger-Frage behandelt werden.
**Churchill:** Herr Eden hat mir gesagt, falls wir zur Tanger-Frage kommen, so könnten wir infolge der Abwesenheit der Franzosen nur eine Interimsvereinbarung treffen.
**Stalin:** Dennoch ist es interessant, die Meinung der drei Großmächte zu dieser Frage zu erfahren.
Dann ist die Frage Syrien und Libanon zu erörtern. Auch die polnische Frage ist zu erörtern, und zwar unter dem Aspekt jener Fragen, die sich aus der Tatsache ergeben, daß in Polen die

Regierung der Nationalen Einheit gebildet wurde, und im Zusammenhang damit die Notwendigkeit, die polnische Emigrantenregierung zu liquidieren.
**Churchill:** Ich halte es für notwendig, die polnische Frage zu erörtern. Die nach der Krim-Konferenz stattgefundene Erörterung dieser Frage hat wohl eine befriedigende Lösung der polnischen Frage angebahnt. Ich bin durchaus einverstanden, daß diese Frage und auch die sich daraus ergebende Frage nach der Liquidierung der polnischen Regierung in London erörtert wird.
**Stalin:** Richtig, richtig.
**Churchill:** Ich hoffe, daß sich der Generalissimus und der Präsident darüber im klaren sind, daß wir die polnische Regierung bei uns haben, die die Basis für die Existenz der polnischen Armee bildete, die gegen Deutschland gekämpft hat. Daraus ergibt sich eine Reihe zweitrangiger Fragen, die mit der Liquidierung der polnischen Regierung in London verbunden sind. Wie mir scheint, verfolgen wir die gleichen Ziele, aber wir haben ohne Zweifel eine schwierigere Aufgabe als die beiden anderen Mächte.
In Verbindung mit der Liquidierung der polnischen Regierung kommen wir nicht umhin, für die Soldaten zu sorgen. Aber wir müssen diese Frage im Geiste und im Lichte der Konferenz von Jalta lösen. Im Zusammenhang mit der polnischen Frage sind wir der Ansicht, daß für Polen die Frage der Wahlen eine große Bedeutung hat und daß diese Wahlen auch Ausdruck der ureigenen Wünsche des polnischen Volkes sind.
**Stalin:** Die russische Delegation hat zunächst keine weiteren Fragen mehr für die Tagesordnung.
**Churchill:** Wir haben Ihnen bereits unsere Tagesordnung vorgestellt. Wenn Sie gestatten, Herr Präsident, möchte ich einen Vorschlag zur Verfahrensweise in der Arbeit dieser Konferenz machen. Ich schlage vor, daß die drei Außenminister heute oder morgen zusammentreten und jene Fragen auswählen, die am zweckmäßigsten von uns hier morgen erörtert werden könnten. Dieses Verfahren können wir auch bei den kommenden Sitzungstagen anwenden. Die Minister können besser die Tagesordnung zusammenstellen, indem sie drei, vier oder fünf Fragen auswählen. Sie könnten morgen früh zusammenkommen und die Tagesordnung für uns zusammenstellen.
**Stalin:** Ich habe keine Einwände.
**Truman:** Einverstanden.
**Churchill:** Ich meine, daß wir uns in groben Zügen bereits eine Vorstellung von unseren Aufgaben gebildet haben und uns der Umfang unserer Arbeit klargeworden ist. Mir scheint, jetzt müssen die Außenminister auswählen und uns unterbreiten, und dann können wir mit der Arbeit beginnen.
**Stalin:** Einverstanden. Womit wollen wir uns heute befassen? Wollen wir unsere Sitzung fortsetzen, ohne abzuwarten, bis die Minister uns fünf bis sechs Fragen vorgelegt haben? Ich denke, wir könnten die Frage der Bildung des Rates der Außenminister als Institution zur Vorbereitung der künftigen Friedenskonferenz erörtern.
**Truman:** Einverstanden.
**Churchill:** Einverstanden.
**Stalin:** Zu besprechen ist die Frage der Zugehörigkeit eines Vertreters Chinas zum Ministerrat angesichts dessen, daß der Rat sich mit Europa betreffenden Fragen befassen wird.
**Truman:** China wird eines der ständigen Mitglieder des in San Francisco gebildeten Sicherheitsrates sein.
**Stalin:** Entfällt also der Beschluß der Krim-Konferenz, demzufolge sich die Außenminister periodisch zur Beratung verschiedener Fragen treffen sollen?
**Truman:** Wir schlagen vor, einen Rat der Minister zu einem bestimmten Zweck zu schaffen - zur Ausarbeitung der Bedingungen des Friedensvertrages und zur Vorbereitung der Friedens-

konferenz.
**Stalin:** Auf der Krim-Konferenz wurde festgelegt, daß die Außenminister alle drei bis vier Monate zusammenkommen und einzelne Fragen besprechen. Anscheinend entfällt das jetzt? Damit entfällt anscheinend auch die Europäische Konsultativkommission? Ich verstehe das so und bitte um Aufklärung: Ist es richtig, wenn ich es so verstehe, oder falsch?
**Truman:** Der Rat der Minister wird nur zu einem bestimmten Zweck gebildet - zur Ausarbeitung der Bedingungen des Friedensvertrages.
**Stalin:** Ich habe keine Einwände gegen die Bildung des Ministerrates, aber damit werden die Ministerberatungen, die durch Beschluß der Krim-Konferenz festgelegt wurden, offensichtlich aufgehoben, und man muß annehmen, daß auch die Europäische Konsultativkommission entfällt. Diese beiden Einrichtungen werden durch den Rat der Außenminister ersetzt.
**Churchill:** Die drei Außenminister sollten sich, wie auf der Krim-Konferenz vereinbart wurde, alle drei bis vier Monate treffen, um uns in einer ganzen Reihe wichtiger Fragen, Europa betreffend, zu beraten. Ich denke, wenn wir den Ministerrat der drei Großmächte noch um den Vertreter Chinas erweitern, so wird dies die Sache nur komplizieren, da der Ministerrat Fragen behandeln wird, die europäische Länder betreffen. Wenn wir den Friedensvertrag behandeln werden, der sich auf die ganze Welt und nicht nur auf Europa erstreckt, so wird man den Vertreter Chinas einladen können.
Unsere drei Minister können ihre Arbeit weitaus leichter und fruchtbarer erledigen. Die Teilnahme eines Vertreters Chinas an der laufenden Arbeit des Ministerrates kompliziert nur die Arbeit. Es ist sehr leicht, auf dem Papier Organisationen zu gründen, wenn sie aber praktisch nichts leisten, so sind sie nach meinem Dafürhalten überflüssig. Kann denn die Frage der künftigen Verwaltung Deutschlands nicht von uns ohne die Teilnahme Chinas entschieden werden? Beschränken wir uns doch im Ministerrat auf drei Minister.
**Truman:** Ich schlage vor, die Erörterung der Frage der Einstellung der periodischen Treffen der Minister, die durch Beschluß der Konferenz von Jalta festgelegt wurden, zu vertagen. Jetzt beraten wir die Frage der Bildung des Ministerrates zur Vorbereitung eines Friedensvertragsentwurfs, und das ist eine ganz andere Frage.
Ich möchte Ihnen den Entwurf der USA über den Ministerrat vorlegen, in dem die Grundsätze der Organisation dieses Rates dargelegt sind.
Nach unserem Entwurf wird ein Rat der Außenminister eingerichtet, der sich aus den Außenministern der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Chinas und Frankreichs zusammensetzt. Der Rat versammelt sich periodisch zu Beratungen, und seine erste Zusammenkunft findet am Soundsovielten statt.
Jeder Außenminister wird von einem ranghohen Stellvertreter begleitet, der mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet und in der Lage ist, die Arbeit in Abwesenheit des Außenministers selbständig durchzuführen. Auch er wird von einem begrenzten Stab technischer Berater begleitet. Es ist die Einrichtung eines gemeinsamen Sekretariats vorgesehen.
Der Ministerrat wird bevollmächtigt, die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zwecks Übergabe an die Regierungen der Vereinten Nationen vorzubereiten. Der Ministerrat empfiehlt auch Wege zur Lösung territorialer Fragen, die nach Kriegsende in Europa offengeblieben sind. Der Rat soll bis ins einzelne die Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland vorbereiten, die von der künftigen Regierung Deutschlands angenommen werden, nachdem eine geeignete deutsche Regierung gebildet worden ist.
Befaßt sich der Ministerrat mit der Erörterung einer Frage, die unmittelbar einen nicht im Rat vertretenen Staat betrifft, so wird dieser Staat zur Sitzung des Rats eingeladen, um an der Erörterung der gegebenen Frage teilzunehmen. Das bedeutet jedoch nicht, daß starre Regeln für die Arbeit des Rates festgelegt werden. Der Rat legt die Verfahrensweise entsprechend dem gestellten Problem fest. In bestimmten Fällen kann der Rat zur Vorberatung einberufen wer-

den unter Beteiligung anderer interessierter Staaten, in anderen Fällen wäre es wünschenswert, den Rat vor Einladung der interessierten Seiten einzuberufen.
**Stalin:** Wird das ein Rat sein, der die Fragen der künftigen internationalen Friedenskonferenz vorbereitet?
**Truman:** Ja.
**Churchill:** Die Friedenskonferenz, die den Krieg beendet.
**Stalin:** In Europa ist der Krieg zu Ende. Der Rat bestimmt und empfiehlt den Termin für die Einberufung der Friedenskonferenz.
**Truman:** Wir meinen, daß die Konferenz so lange nicht einberufen werden soll, bis wir uns entsprechend auf sie vorbereitet haben.
**Churchill:** Mir scheint, daß es keine Schwierigkeiten bereitet, uns über das Ziel zu einigen, nach dem wir streben. Wir müssen einen Ministerrat zur Vorbereitung des Friedensvertragsentwurfs bilden. Aber dieser Rat darf nicht an die Stelle der Organisationen treten, die bereits bestehen und die sich mit laufenden Fragen befassen - die periodischen Beratungen der drei Minister und die Europäische Konsultativkommission, an der auch Frankreich teilnimmt. Der Ministerrat ist eine breitere Organisation. Die Herren dort können festlegen, wieweit sich die Europäische Konsultativkommission und die periodischen Beratungen der Minister mit Fragen des Friedensvertrages befassen können.
**Stalin:** Wer wird wem untergeordnet sein?
**Churchill:** Der Ministerrat besteht parallel zum Sicherheitsrat, in dem auch China vertreten ist, und parallel zu den periodischen Beratungen der Minister und zur Europäischen Konsultativkommission. Bis zum Sieg über Japan wird es China schwerfallen, an der Erörterung europäischer Fragen teilzunehmen. Für uns bringt es keinen Vorteil, wenn China jetzt an der Erörterung europäischer Fragen teilnehmen würde. Europa war immer ein großer Vulkan, und seine Probleme müssen sehr ernst genommen werden. Möglicherweise werden wir zum Zeitpunkt der Einberufung der Friedenskonferenz bessere Nachrichten aus dem Fernen Osten haben, und man wird auch China einladen können.
Ich schlage im Prinzip vor, daß der Friedensvertrag von den fünf Hauptmächten vorbereitet wird; was jedoch Europa betrifft, so sollten die europäischen Probleme nur von den vier Mächten beraten werden, die unmittelbar an diesen Problemen interessiert sind. Dadurch werden wir die Arbeit der Europäischen Konsultativkommission und der periodischen Ministerberatungen nicht stören. Diese beiden Organisationen können ihre Arbeit gleichzeitig fortsetzen.
**Stalin:** Vielleicht übergeben wir diese Frage den Ministern zur Beratung?
**Truman:** Ich bin einverstanden und habe keine Einwände gegen den Ausschluß Chinas aus dem Ministerrat.
**Churchill:** Ich meine, daß man die Sache so organisieren könnte, daß einige Mitglieder nicht ständig an den Sitzungen teilnehmen, obgleich sie die vollen Rechte wie alle anderen Mitglieder besitzen, aber nur dann an den Sitzungen teilnehmen, wenn Fragen behandelt werden, die sie interessieren.
**Truman:** Ich verstehe die Sache so, daß diese Frage den Außenministern zur Beratung zu übergeben ist.
**Stalin:** Ja, richtig.
**Truman:** Können wir heute noch irgend etwas besprechen?
**Stalin:** Da alle Fragen von den Ministern beraten werden, bleibt uns heute nichts mehr zu tun.
**Churchill:** Ich schlage vor, daß die Außerminister die Frage behandeln sollen, ob es vier oder fünf Mitglieder geben soll, und daß sich dieser Ministerrat ausschließlich mit der Vorbereitung des Friedensvertrages zunächst für Europa und dann für die ganze Welt befassen soll.
**Stalin:** Des Friedensvertrages oder der Friedenskonferenz?

**Churchill:** Der Ministerrat bereitet den Plan vor, den er den Regierungschefs zur Prüfung vorlegt.
**Stalin:** Mögen die Außenminister die Frage beraten, ob es notwendig ist, die Europäische Konsultativkommission in Europa am Leben zu erhalten, und ob es notwendig ist, die periodischen Beratungen der drei Minister, die entsprechend den Beschlüssen von Jalta eingerichtet wurden, weiterhin beizubehalten. Sollen doch die Minister auch diese Fragen beraten.
**Churchill:** Das hängt von der Lage in Europa und davon ab, wie die Arbeit dieser Organisationen vorankommt. Ich schlage vor, daß die drei Minister ihre periodischen Beratungen fortsetzen und daß die Europäische Konsultativkommission ebenso ihre Arbeit fortsetzt.
**Truman:** Wir müssen konkrete Fragen für die Beratung auf der morgigen Sitzung festlegen.
**Churchill:** Ich hätte es gern, wenn wir jeden Abend, bei der Rückkehr nach Hause, irgend etwas Konkretes in der Tasche hätten.
**Truman:** Ich möchte, daß die Außenminister uns jeden Tag etwas Konkretes zur Beratung vorlegen.
**Stalin:** Ich bin einverstanden.
**Truman:** Ich schlage vor, unsere Sitzungen um vier Uhr statt um fünf zu beginnen.
**Stalin:** Um vier? Nun gut.
**Churchill:** Wir fügen uns dem Vorsitzenden.
**Truman:** Wenn dies angenommen ist, vertagen wir die Behandlung der Fragen bis morgen vier Uhr nachmittags.
**Stalin:** Vertagen wir. Nur eine Frage: Warum verweigert Herr Churchill den Russen ihren Anteil an der deutschen Flotte?
**Churchill:** Ich bin nicht dagegen. Aber wenn Sie mir schon die Frage stellen, hier meine Antwort: Diese Flotte ist zu versenken oder aufzuteilen.
**Stalin:** Sie sind für Versenken oder für Aufteilen?
**Churchill:** Alle Mittel des Krieges sind schreckliche Dinge.
**Stalin:** Die Flotte muß aufgeteilt werden. Wenn Herr Churchill es vorzieht, die Flotte zu versenken, so kann er seinen Anteil versenken. Ich beabsichtige nicht, meinen Anteil zu versenken.
**Churchill:** Gegenwärtig befindet sich fast die gesamte deutsche Flotte in unserer Hand.
**Stalin:** Das ist es ja, das ist es ja. Und darum müssen wir diese Frage entscheiden.
**Truman:** Die morgige Sitzung beginnt um vier Uhr.<<

**18.07.1945**

**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Zweite Plenarsitzung vom 18. Juli 1945 (x867/...): >>*(Truman eröffnet die Sitzung.)*
**Churchill:** Ich möchte mich außerhalb der Tagesordnung zu einer Frage äußern, die vom Standpunkt der internationalen Beziehungen nicht besonders wichtig ist und nur aktuelle Bedeutung besitzt. Während unseres Treffens in Teheran war es für die Pressevertreter sehr schwer, irgendwelche Informationen über die Arbeit der Konferenz zu bekommen, und während der Konferenz von Jalta war dies völlig unmöglich. Nach Berlin sind etwa hundertachtzig Korrespondenten gekommen, die hier in der Nähe wütend und entrüstet umherstreichen.
**Stalin:** Das ist eine ganze Kompanie. Wer hat ihnen Zutritt gewährt?
**Churchill:** Sie befinden sich natürlich nicht hier, innerhalb dieser Zone, sondern in Berlin. Natürlich können wir nur dann in Ruhe arbeiten, wenn die Geheimhaltung gewahrt wird, und diese Geheimhaltung müssen wir gewährleisten. Wenn meine beiden Kollegen mir darin zustimmen, so könnte ich, als alter Journalist, mit ihnen sprechen, ihnen die Notwendigkeit der Geheimhaltung unseres Treffens erklären und ihnen sagen, daß wir ihnen zwar gewogen sind, aber nicht erzählen können, was geschieht. Ich meine, daß man sie etwas streicheln sollte, um sie zu beruhigen.

**Stalin:** Was wollen sie, was sind ihre Forderungen?
**Truman:** Jede Delegation hat eigene Vertreter für Pressefragen, und es ist ihre Sache, uns gegen Vorwürfe der Korrespondenten in Schutz zu nehmen. Dafür sind sie da. Man könnte sie beauftragen, mit den Journalisten zu sprechen.
**Churchill:** Ich möchte natürlich nicht das Opferlamm abgeben. Ich kann mit ihnen sprechen, wenn der Generalissimus garantiert, mich notfalls durch Truppeneinsatz freizukämpfen.
**Truman:** Heute haben unsere Außenminister eine Tagesordnung vorbereitet und empfehlen sie uns zur Behandlung. Nach Absprache der Minister fungiert Byrnes als Berichterstatter zur Tagesordnung.
**Byrnes:** Die Beratung der Außenminister beschloß, die Aufnahme folgender Fragen in die Tagesordnung vorzuschlagen:
1. Frage der Verfahrensweise und des Mechanismus bei Friedensverhandlungen und territorialen Forderungen.
2. Frage der Vollmachten des Kontrollrats in Deutschland auf politischem Gebiet.
3. Die polnische Frage - im Besonderen die Frage der Liquidierung der polnischen Emigrantenregierung in London.
Was die erste Frage nach der Verfahrensweise und dem Mechanismus bei Friedensverhandlungen und territorialen Forderungen betrifft (Bildung des Außenministerrates), so wurde der von der USA-Delegation auf der Beratung der Außenminister vorgelegte Entwurf im Prinzip gebilligt. Die Beratung nahm den Punkt 3 des Entwurfs über die Gründung des Rates der Außenminister in einer neuen Fassung an. Die vordringlichste und wichtigste Aufgabe des Ministerrates wird die Ausarbeitung der Entwürfe der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland sowie die Vorbereitung des Friedensvertrages für Deutschland sein.
Eine nicht minder wichtige Aufgabe des Ministerrates wird darin bestehen, im Detail die Bedingungen für die Organisation und Durchführung der Friedenskonferenz vorzubereiten und das Ergebnis den Regierungen der Vereinten Nationen vorzulegen. Der Ministerrat soll auch zur Vorbereitung von Fragen im Zusammenhang mit der friedlichen Regelung territorialer Streitfälle genutzt werden. Zur Erfüllung all dieser Aufgaben setzt sich der Rat der Außenminister aus den gleichen Mitgliedern zusammen, die auch ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind.
Bei der Behandlung von Fragen im Ministerrat, die direkt Interessen von Staaten berühren, die nicht im Rat vertreten sind, werden diese Staaten eingeladen, Vertreter zur Teilnahme an der Beratung der Frage zu entsenden. In gewissen Fällen kann der Rat die Frage zunächst in seiner Zusammensetzung vorberaten, ehe Vertreter der interessierten Staaten eingeladen werden.
Die sowjetische Delegation behält sich das Recht vor, einen Änderungsantrag einzubringen und Bemerkungen zum Punkt 1 des Entwurfs der USA-Delegation über die Errichtung des Rates der Außenminister zu machen.
In der Beratung wurde vereinbart, daß die auf Beschluß der Krim-Konferenz eingerichteten periodischen Beratungen der drei Minister durch die Arbeit des Ministerrates nicht berührt werden.
Im Hinblick auf die Vollmachten der Europäischen Konsultativkommission kam man in der Beratung der Minister überein, diese Vollmachten dem Alliierten Kontrollrat für Deutschland und dem für Österreich zu übertragen. Somit wurde der von der amerikanischen Delegation vorgelegte Entwurf im Wesentlichen gebilligt, mit Ausnahme des Vorbehaltes der sowjetischen Delegation zu Punkt 1.
**Stalin:** Die sowjetische Delegation zieht ihren Vorbehalt zu Punkt 1 des Entwurfs zurück. Was alles Übrige betrifft, ist die sowjetische Delegation einverstanden und billigt den Entwurf.

**Truman:** Demnach wurde der Entwurf über die Errichtung des Ministerrates ohne Einwände angenommen.
**Stalin:** Man könnte diesen Text annehmen: Die drei Großmächte vertreten die Interessen aller Vereinten Nationen und können die Verantwortung übernehmen.
**Truman:** Wir gehen zur zweiten Frage über.
**Churchill:** Unsere Außenminister haben gut gearbeitet.
**Stalin:** Unbedingt, unbedingt.
**Truman:** Die nächste Frage - die politischen Kompetenzen des Kontrollrats in Deutschland.
**Byrnes:** Die Außenminister haben die Frage der politischen Befugnisse des Kontrollrats in Deutschland und dessen wirtschaftliche Befugnisse beraten. Jene Punkte, bei deren Beratung es zu Meinungsverschiedenheiten kam, wurden an die neugebildeten Ausschüsse überwiesen. Diese Ausschüsse haben ihre Arbeit bislang nicht abgeschlossen, aber die Minister einigten sich, daß es wünschenswert wäre, wenn die Regierungschefs auf der heutigen Sitzung die Frage der politischen Kompetenzen des Kontrollrats in Deutschland vorberaten würden.
Die Minister einigten sich auch darüber, daß die Deutschland betreffenden wirtschaftlichen Fragen sehr schwierig und kompliziert sind und daher an einen Expertenausschuß überwiesen werden sollten. Diese Ausschüsse werden den Ministern jene Fragen vortragen, über die keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Die Außenminister ihrerseits werden entscheiden, welche dieser Fragen den Regierungschefs zur Prüfung vorzulegen sind.
Die Außenminister kamen ebenfalls überein, daß sie zwar für heute die Beratung der Frage der deutschen Flotte, der Kriegs- und Handelsflotte, nicht empfehlen werden, diese Frage jedoch etwas später behandelt wird.
Ich möchte nur eine Frage stellen. Ich bemerke, daß hier das Wort "Deutschland" gebraucht wird. Was bedeutet jetzt "Deutschland"? Kann man es in dem Sinne auffassen, wie es vor dem Krieg war?
**Truman:** Wie faßt die sowjetische Delegation diese Frage auf?
**Stalin:** Deutschland ist das, was es nach dem Kriege geworden ist. Ein anderes Deutschland gibt es heute nicht. So verstehe ich diese Frage.
**Truman:** Kann man von Deutschland sprechen, wie es vor dem Kriege im Jahre 1937 war?
**Stalin:** Wie es im Jahre 1945 ist.
**Truman:** Es hat im Jahre 1945 alles verloren, Deutschland besteht heute faktisch nicht.
**Stalin:** Deutschland bedeutet, wie man bei uns sagt, einen geographischen Begriff. Wir werden es erst einmal so auffassen. Man kann nicht von den Ergebnissen des Krieges abstrahieren.
**Truman:** Ja, aber es muß irgendeine Bestimmung des Begriffs "Deutschland" gegeben werden. Ich meine, Deutschland von 1886 oder 1937, das ist nicht das Deutschland von heute, von 1945.
**Stalin:** Es hat sich im Ergebnis des Krieges verändert, und so fassen wir es auf.
**Truman:** Ich bin damit völlig einverstanden, aber dennoch muß irgendeine Bestimmung des Begriffs "Deutschland" gegeben werden.
**Stalin:** Würde man beispielsweise daran denken, eine deutsche Verwaltung im Sudetenteil der Tschechoslowakei zu errichten? Das ist das Gebiet, aus dem die Deutschen die Tschechen vertrieben haben.
**Truman:** Vielleicht wollen wir doch von Deutschland sprechen, wie es vor dem Kriege im Jahre 1937 war?
**Stalin:** Formal kann man es so auffassen, dem Wesen der Sache nach ist es nicht so. Sollte in Königsberg eine deutsche Verwaltung auftauchen, so werden wir sie davonjagen. Unbedingt davonjagen.
**Truman:** Auf der Krim-Konferenz wurde vereinbart, territoriale Fragen auf der Friedenskon-

ferenz zu lösen. Wie wollen wir nun den Begriff "Deutschland" bestimmen?
**Stalin:** Laßt uns die Westgrenzen Polens bestimmen, dann wird die Frage Deutschland klarer. Es fällt mir sehr schwer zu sagen, was jetzt Deutschland ist. Das ist ein Land, das keine Regierung hat, das keine bestimmten Grenzen hat, da die Grenzen nicht von unseren Truppen festgelegt werden. Deutschland hat keine Streitkräfte, auch keine Grenztruppen, es ist aufgeteilt in Besatzungszonen. Und nun bestimmen Sie, was Deutschland ist. Es ist ein aufgeteiltes Land.
**Truman:** Vielleicht nehmen wir als Ausgangspunkt die Grenzen Deutschlands von 1937?
**Stalin:** Ausgehen kann man von allem. Von irgend etwas muß man ausgehen. So kann man auch das Jahr 1937 nehmen.
**Truman:** Das war Deutschland nach dem Versailler Vertrag.
**Stalin:** Ja, man kann Deutschland von 1937 nehmen, aber nur als Ausgangspunkt. Das ist einfach eine Arbeitshypothese, um unsere Arbeit zu erleichtern.
**Churchill:** Nur als Ausgangspunkt. Das bedeutet nicht, daß wir uns darauf beschränken.
**Truman:** Wir sind einverstanden, Deutschland von 1937 als Ausgangspunkt zu nehmen.
Wir haben die zweite Frage noch nicht abgeschlossen, aber wir werden uns darüber verständigen.
**Stalin:** Ist die politische Seite vorbereitet?
**Byrnes:** Die politische Seite ist vorbereitet und kann erörtert werden.
**Stalin:** Die russische Delegation billigt grundsätzlich alle Punkte des politischen Abschnitts dieser Frage. Es gibt nur einen Abänderungsvorschlag zu Punkt 5: Es wäre gut, die letzten vier Zeilen zu streichen, da hier ein kleines Schlupfloch für die Nazis bleibt, das sie ausnutzen könnten.
**Truman:** Einverstanden, daß diese vier Zeilen zu streichen sind.
**Stalin:** Sehr gut. Mit allem übrigen sind wir einverstanden. Ich möchte, daß die Redaktionskommission diesen Text noch redigiert.
**Byrnes:** Zu diesem Zweck wurde auf der Beratung der Außenminister ein eigener Ausschuß gebildet.
**Stalin:** Gut, keine Einwände.
**Eden:** Es wäre gut, wenn die Minister auf ihrer Beratung morgen früh dieses Dokument, nachdem es die Redaktionskommission vorgelegt hat, nochmals durchsehen.
**Stalin:** Das wird natürlich besser sein.
**Churchill:** In diesem Entwurf ist in Punkt 2 Absatz 1 b von der Vernichtung von Waffen und anderen Kriegswerkzeugen die Rede sowie von allen spezialisierten Mitteln zu ihrer Produktion. Es gibt jedoch in Deutschland eine Reihe von Experimentalanlagen von großem Wert. Es wäre unerwünscht, diese Anlagen zu vernichten.
**Stalin:** Im Entwurf heißt es folgendermaßen: in Besitz nehmen oder vernichten.
**Churchill:** Wir können sie alle gemeinsam nutzen oder untereinander aufteilen.
**Stalin:** Das können wir.
Die sowjetische Delegation hat einen Entwurf zur polnischen Frage in russischer und englischer Sprache. Ich hätte die Bitte, daß Sie sich mit dem Entwurf bekannt machen.
**Truman:** Ich schlage vor, den Bericht Byrnes' über die Beratung der Minister abzuschließen und uns dann mit Ihrem Entwurf vertraut zu machen.
**Byrnes:** Die Außenminister sind übereingekommen, den Regierungschefs zu empfehlen, die polnische Frage unter zwei Aspekten zu behandeln: Liquidierung der polnischen Emigrantenregierung in London und Erfüllung der Beschlüsse der Krim-Konferenz über Polen hinsichtlich der Durchführung freier und unbehinderter Wahlen in Polen.
*(Dann wird der Wortlaut des Entwurfs der sowjetischen Delegation über Polen vorgelesen:*
*"Erklärung der drei Regierungschefs zur polnischen Frage*

*Angesichts der Bildung einer Provisorischen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit auf der Grundlage der Beschlüsse der Krim-Konferenz sowie angesichts der Aufnahme diplomatischer Beziehungen seitens der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens mit Polen - zwischen der Sowjetunion und Polen bestanden sie bereits -, vereinbaren wir, daß die Regierungen Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika jegliche Beziehungen mit der Regierung Arciszewski abbrechen und der Provisorischen Polnischen Regierung die erforderliche Unterstützung gewähren in Bezug auf die unverzügliche Übergabe aller Werte und jeglichen anderen Vermögens an sie, das Eigentum Polens ist und sich bislang in der Verfügung der Regierung Arciszewski und ihrer Organe befand, gleichgültig, welcher Art dieses Eigentum ist, wo und in wessen Verfügung es sich gegenwärtig befinden möge.*
*Wir haben es auch als notwendig erachtet, daß die polnischen Streitkräfte einschließlich der Seekriegsflotte sowie der Handelsflotte, die der Regierung Arciszewski unterstellt sind, der Provisorischen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit unterstellt werden, die weitere Maßnahmen in Bezug auf diese Streitkräfte, Kriegs- und Handelsschiffe trifft.")*
**Churchill:** Herr Präsident, ich möchte klarstellen, daß die ganze Last in dieser Frage der britischen Regierung auferlegt wird, da wir, als Hitler Polen überfiel, die Polen bei uns aufnahmen und ihnen Asyl boten. Die Londoner polnische Regierung verfügt über kein nennenswertes Vermögen, aber in London gibt es 20 Millionen Pfund in Gold, die wir gesperrt haben. Dieses Gold ist ein Guthaben der polnischen Zentralbank. Die Frage, wo man dieses Gold deponieren soll, seine Verlagerung in eine andere Zentralbank, muß auf normalem Wege entschieden werden. Aber dieses Gold gehört nicht der Londoner polnischen Regierung.
**Stalin:** 20 Millionen Pfund Sterling?
**Churchill:** Ungefähr. Es ist noch hinzuzufügen, daß die polnische Botschaft in London nunmehr geräumt ist und der polnische Botschafter sie nicht mehr bewohnt. Deshalb steht die Botschaft zur Verfügung und kann den Botschafter der Provisorischen Polnischen Regierung aufnehmen, und je schneller er ernannt wird, um so besser.
Es erhebt sich die Frage, auf welche Weise die polnische Regierung in London fünf Jahre lang finanziert wurde. Sie wurde von der britischen Regierung finanziert. Wir haben in dieser Zeit etwa 120 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Armee erhält, diplomatische Beziehungen unterhält und andere Funktionen ausübt sowie eine beträchtliche Zahl von Polen unterhalten kann, die auf unserer Insel Zuflucht vor den Deutschen gefunden haben, die einzige Zuflucht, die ihnen offenstand.
Als man sich von der Londoner polnischen Regierung distanzierte, beschloß man, allen Angestellten eine dreimonatige Vergütung auszuzahlen und sie dann zu entlassen. Wir hielten es für ungerecht, sie ohne jede Entschädigung zu entlassen.
Herr Präsident, das ist eine sehr wichtige Frage, und ich bitte um die Erlaubnis, darüber sprechen zu dürfen. Unsere Lage ist außergewöhnlich. Wir müssen uns jetzt mit der Auflösung oder Verlegung der polnischen Truppen befassen, die gemeinsam mit uns gegen die Deutschen gekämpft haben. Diese Truppen kamen 1940 aus Frankreich. Einige davon gelangten über die Schweiz nach Italien und kamen in mehreren kleinen Gruppen an. Wir evakuierten diese Polen, die in Frankreich festsaßen, als Frankreich kapitulierte. Es waren 40.000 oder 50.000 Mann.
So bauten wir eine polnische Armee auf, die aus fünf Divisionen bestand und ihre Basis in England hatte. Etwa 20.000 Polen befinden sich gegenwärtig in Deutschland und sind von großer Unruhe erfüllt. Es besteht ein polnisches Korps mit drei Divisionen in Italien, in dem ebenfalls große Bewegung herrscht.
Insgesamt besteht die polnische Armee aus 180.000 bis 200.000 Mann.
Unsere Politik zielt darauf, möglichst viele zur Rückkehr nach Polen zu bewegen. Deshalb war ich sehr erzürnt, als ich die Äußerungen von General Anders las, die der Generalissimus

kennt. Anders erklärte seinen Truppen in Italien, wenn sie nach Polen zurückkehrten, würde man sie nach Sibirien schaffen. Wir haben gegen diesen General Disziplinarmaßnahmen ergriffen, damit er in Zukunft derartige Äußerungen unterläßt.
Es erfordert Zeit, um mit allen diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Aber unsere Politik ist darauf gerichtet, eine möglichst große Zahl von Polen zur Rückkehr nach Polen zu bewegen. Das betrifft auch die Zivilarbeiter. Je besser natürlich die Lage in Polen sein wird, um so eher werden die Polen dorthin zurückkehren. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um zu sagen, wie sehr ich mich über die in Polen in den letzten beiden Monaten eingetretene Verbesserung der Lage freue.
Ich möchte der neuen polnischen Regierung, die ihre positive Rolle spielen wird, weitere Erfolge wünschen, und obwohl sie nicht alles gibt, was wir uns wünschten, bedeutet sie dennoch einen Fortschritt, dank der geduldigen Arbeit der Regierungen der drei Mächte. Bei der Verbesserung der Lage in Polen muß man auch die Rolle Mikolajczyks (1901-1966, ehemaliger Ministerpräsident der polnischen Exilregierung) würdigen.
Ich hoffe, daß ein Großteil der Polen, sowie sich die Lage in Polen verbessert, allmählich in die Heimat zurückkehren wird. Ich habe im Parlament das Versprechen abgegeben, daß diejenigen polnischen Soldaten, die nicht den Wunsch haben werden, nach Polen zurückzukehren, von uns in die britische Staatsbürgerschaft und in die Armee aufgenommen werden. Es wäre wünschenswert, wenn die neue polnische Regierung der Nationalen Einheit die Versicherung abgeben könnte, daß die nach Polen zurückkehrenden Polen die volle Freiheit und wirtschaftliche Sicherstellung genießen werden. Eine solche Versicherung der polnischen Regierung würde der Rückkehr der Polen in die Heimat, in ihr von der Roten Armee befreites Land sehr dienlich sein.
**Stalin:** Haben Sie den Entwurf der russischen Delegation über Polen gelesen?
**Churchill:** Das habe ich. Meine Ausführungen sind eine Antwort auf den Entwurf der russischen Delegation zum Beweis dessen, daß ich im Prinzip einverstanden bin, allerdings unter der Bedingung, daß das, was ich gesagt habe, Berücksichtigung findet.
**Stalin:** Ich verstehe die schwierige Lage der britischen Regierung. Ich weiß, daß sie sich sehr um die polnische Emigrantenregierung bemüht hat. Ich weiß, daß die ehemaligen polnischen Regierenden der Regierung Großbritanniens, dessen ungeachtet viele Unannehmlichkeiten bereitet haben. Ich verstehe die schwierige Lage der britischen Regierung. Ich bitte zu beachten, daß unser Entwurf nicht die Aufgabe hat, die Lage der britischen Regierung zu erschweren, und deren schwierige Lage berücksichtigt. Unser Entwurf dient nur einem Ziel - mit der unklaren Situation, die nach wie vor in dieser Frage herrscht, Schluß zu machen und den Punkt aufs i zu setzen.
Faktisch existiert die Regierung Arciszewski noch, sie hat ihre Minister, sie setzt ihre Tätigkeit fort, sie hat ihre Agentur, sie hat ihre Basis und ihre Presse. Das alles macht einen ungünstigen Eindruck. Unser Entwurf zielt darauf ab, mit dieser unklaren Situation Schluß zu machen. Wenn Herr Churchill die Punkte in diesem Entwurf nennt, die der Regierung Großbritanniens Schwierigkeiten bereiten, so bin ich bereit, sie zu streichen. Unser Entwurf verfolgt nicht das Ziel, der britischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten.
**Churchill:** Wir sind mit Ihnen völlig einverstanden. Wir wollen diese Frage aus der Welt schaffen, doch wenn eine Regierung nicht anerkannt wird und keine Beihilfe mehr erhält, besitzt sie keine Existenzmöglichkeit mehr. Gleichzeitig können sie Privatpersonen jedenfalls in England nicht daran hindern, daß sie weiterleben und Gespräche führen. Diese Menschen treffen sich mit Abgeordneten des Parlaments und haben im Parlament ihre Fürsprecher.
Wir als Regierung unterhalten jedoch keinerlei Beziehungen zu ihnen. Ich selbst und Herr Eden haben uns nie mit ihnen getroffen, und seit der Zeit, da Herr Mikolajczyk abgereist ist, weiß ich gar nicht, was ich mit ihnen tun soll; ich treffe sie nie. Ich weiß nicht, was man tun

soll, wenn Arciszewski in London spazierengeht und mit Journalisten schwatzt. Was aber uns betrifft, sind sie für uns in diplomatischer Hinsicht nicht existent, sondern liquidiert, und ich hoffe, daß sie bald jeden Einfluß verloren haben. Aber mit der Armee müssen wir natürlich vorsichtig sein.
Die Armee kann meutern, und wir tragen dann die Verluste. Wir haben eine beträchtliche polnische Armee in Schottland stehen. Aber wir und der Generalissimus und der Präsident verfolgen das gleiche Ziel. Wir bitten nur, uns zu vertrauen und Zeit zu lassen und auch zu helfen, daß in Polen solche Bedingungen geschaffen werden, die für möglichst viele Polen anziehend sind. Wir wären einverstanden, daß der Entwurf der sowjetischen Delegation den drei Außenministern zur Prüfung übergeben wird; ich meine die Diskussion, die heute stattfand, und ich meine das Dokument, das unseren Außenministern vorgelegt wurde. Aber es scheint mir, daß wir das gleiche Ziel haben, und je schneller wir mit dieser Frage fertig werden, um so besser.
**Truman:** Ich sehe keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalissimus und dem Premierminister. Herr Churchill bittet lediglich um Vertrauen und Zeit, um alle diese Schwierigkeiten zu beseitigen, von denen er hier sprach. Deshalb wird es, wie mir scheint, keine großen Schwierigkeiten bereiten, diese Frage zu regeln. Um so mehr, da Herr Stalin gesagt hat, er sei bereit, die strittigen Punkte zu streichen. Die Beschlüsse der Konferenz von Jalta sehen vor, daß nach der Bildung der neuen Regierung sobald als möglich allgemeine Wahlen auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts durchgeführt werden.
**Churchill:** Vielleicht prüfen die Außenminister die gesamte Frage einschließlich der Wahlen?
**Stalin:** Die Regierung Polens lehnt die Durchführung unbehinderter Wahlen nicht ab. Überweisen wir den Entwurf an die Außenminister.
**Truman:** Das wäre alles, was Herr Byrnes heute den Regierungschefs zur Beratung vorzulegen hatte. Soll ich die Außenminister beauftragen, für morgen eine Tagesordnung vorzubereiten?
**Stalin:** Es wäre gut.
**Churchill:** Ich verstehe, welche große Bedeutung die Frage der politischen Grundsätze hat, die gegenüber Deutschland anzuwenden sind. Ich verstehe, daß wir diese Frage heute nicht erörtern können, doch ich hoffe, daß wir sie morgen erörtern werden. Das Hauptproblem, das wir behandeln müssen, besteht darin, ob wir in allen vier Besatzungszonen Deutschlands das gleiche Kontrollsystem anwenden sollen oder ob in den verschiedenen Besatzungszonen unterschiedliche Grundsätze angewandt werden.
**Stalin:** Gerade diese Frage ist im politischen Teil des Entwurfs berücksichtigt. Ich habe es so aufgefaßt, daß wir für eine einheitliche Politik eintreten.
**Truman:** Völlig richtig.
**Churchill:** Ich wollte dies unterstreichen, da das von großer Bedeutung ist.
**Stalin:** Das ist richtig.
**Truman:** Wir versammeln uns morgen um vier Uhr.<<
**19.07.1945**
**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Dritte Plenarsitzung vom 19. Juli 1945 (x867/...): >>*(Truman eröffnet die Sitzung.)*
**Churchill:** Der Generalissimus hat gestern ganz am Anfang der Sitzung die Frage des Zwischenfalls an der griechisch-albanischen Grenze aufgeworfen. Wir haben entsprechende Ermittlungen angestellt, konnten aber nicht feststellen, daß dort Kämpfe stattgefunden hätten. Möglicherweise hat es unbedeutende Feuerwechsel gegeben. Die Völker sind dort einander nicht sehr gewogen.
In diesem Gebiet gibt es keine griechischen Felddivisionen. Wir wissen das, weil sich unsere Leute dort befinden. Es gibt dort 7.000 Mann Nationalgarde, die an der albanisch-

jugoslawischen Grenze stehen. Ihre Bewaffnung und Ausrüstung ist für den inneren Schutz vorgesehen. Jenseits der Grenze stehen 30.000 Mann albanische Truppen, 30.000 Mann jugoslawische und 24.000 Mann bulgarische Truppen.
Ich erwähne das deshalb, weil ich der Ansicht bin, daß die Konferenz der Großmächte darauf dringen muß, daß derartige Überfälle über die Grenze eines Staates unterbleiben. Die Grenzen werden auf der Friedenskonferenz festgelegt, und wir müssen sagen, daß jeder, der seine Grenzen bereits vorher festzulegen versucht, dadurch in eine ungünstige Lage geraten kann.
**Stalin:** Hier liegt offensichtlich ein Mißverständnis vor. Wir sollten diese Frage nicht hier auf der Konferenz erörtern. Ich hatte sie nicht auf der Konferenz gestellt, sondern habe mich dazu in einem Privatgespräch geäußert.
**Churchill:** Ich stimme dem Generalissimus zu, daß diese Frage nicht auf der Sitzung erörtert wurde. Wenn diese Frage jedoch auf die Tagesordnung gestellt wird, sind wir bereit, sie zu erörtern.
**Truman:** Wir werden diese Frage nicht erörtern, sondern werden zur Behandlung der Fragen übergehen, die uns im Auftrage der Außenminister unterbreitet werden.
*(Die englische Delegation berichtet, daß angesichts des von der amerikanische Delegation zu Punkt 3 des Entwurfs über den Rat der Außenminister eingebrachten Änderungsantrags die Minister übereinkamen, diesen Punkt an die Redaktionskommission zu überweisen.*
*Dann behandelten die Außenminister den politischen Teil des Abkommens über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze, derer man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß. Die englische Delegation erinnerte daran, daß die Regierungschefs sich gestern mit dem Entwurf befaßt haben und die Minister beauftragt sind, heute ihren Bericht zu erstatten.*
*Die Delegation teilt mit, daß die Außenminister den Entwurf durchgesehen, einige Ergänzungen gemacht haben und nunmehr den neuen Entwurf des politischen Teils des Abkommens den Regierungschefs zur Prüfung vorlegen. Sie weist darauf hin, daß die Außenminister der Meinung sind, daß es nach Abschluß der Beratung und Abstimmung des wirtschaftlichen Teils notwendig sein wird, auf der Konferenz die Frage der Veröffentlichung des Abkommens insgesamt zu behandeln.*
*Weiter teilt die englische Delegation mit, daß die Minister die polnische Frage behandelt haben; sie hatten eine sehr wichtige und nützliche Aussprache über diese Frage, die dann an die Redaktionskommission überwiesen wurde. Die Minister hoffen, daß es morgen möglich sein wird, der Konferenz den Bericht zu dieser Frage zu erstatten, wenn die Redaktionskommission ihre Arbeit abzuschließen vermag.*
*Die Minister kamen überein, der heutigen Plenarsitzung die Fragen: deutsche Kriegs- und Handelsflotte, Spanien, Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa, Jugoslawien und andere zur Behandlung vorzulegen.)*
**Truman:** Die erste Frage betrifft die deutsche Flotte. Mir scheint, daß man, bevor man diese Frage entscheidet, eine andere Frage entscheiden muß, und zwar, was ist Kriegsbeute und was sind Reparationen. Ist die Handelsflotte Gegenstand der Reparationen, so muß die Frage dann entschieden werden, wenn über die Reparationsfrage entschieden wird. Wir müssen die Reparationskommission beauftragen, den Kreis der Werte festzulegen, die zu den Reparationen gehören sollen. Ich hege deshalb ein besonderes Interesse für die Handelsflotte Deutschlands, weil sie vielleicht im Krieg gegen Japan ausgenutzt werden könnte.
**Stalin:** Die Kriegsflotte hat wie die gesamte übrige militärische Ausrüstung als Beute zu gelten. Die Truppen, die die Waffen gestreckt haben, übergeben ihre Waffen an die, vor denen sie kapituliert haben; das gleiche kann auch für die Kriegsflotte gelten. Die Vorschläge der militärischen Vertreter der drei Mächte besagen direkt, daß die Kriegsflotte zu entwaffnen und auszuliefern ist. Vielleicht könnte im Hinblick auf die Handelsflotte die Frage gestellt werden,

ob sie Beute ist oder zu den Reparationen zu zählen ist; was die Kriegsflotte betrifft, so ist sie Beutegut und unterliegt der Auslieferung. Wenn Sie sich an den Fall Italien erinnern, so sehen Sie, daß beide Flotten, die Seekriegs- und die Handelsflotte, zur Kategorie der Kriegsbeute zählten.

**Churchill:** Ich möchte nicht von einem rein juristischen Standpunkt an diese Frage herangehen und mit Fachtermini operieren. Aber ich möchte Gerechtigkeit und eine freundschaftliche Lösung dieser Frage erzielen, möchte ein Übereinkommen der drei Mächte erzielen, das als Teil in das gesamte Abkommen zu allen Fragen auf dieser Konferenz eingeht.

Ich möchte jetzt nur von der deutschen Kriegsflotte sprechen. In der Tat befinden sich alle verwendungsfähigen deutschen Schiffe in unserer Hand. Ich nehme an, daß insgesamt eine freundschaftliche Lösung der sich aus dieser Konferenz ergebenden Fragen erzielt werden wird, davon bin ich überzeugt, und deshalb haben wir im Prinzip keine Einwände gegen eine Aufteilung der deutschen Flotte

Ich spreche jetzt nicht von der italienischen Flotte. Mir scheint, daß diese Frage gesondert zu behandeln ist, in Verbindung mit unserer gemeinsamen Politik gegenüber Italien. Natürlich erhebt sich dabei auch die Frage nach der Entschädigung für Verluste. Was Großbritannien betrifft, so hatte es sehr schwere Verluste. Es hat etwa 10 große Schiffe verloren, das heißt Schlachtschiffe, schwere Kreuzer und Flugzeugträger, überdies mindestens 20 Kreuzer und mehrere hundert Zerstörer, U-Boote und kleine Schiffe.

Mir scheint, daß die U-Boote gegenüber der übrigen Seekriegsflotte eine andere Kategorie bilden sollten. Diese U-Boote spielen eine besondere Rolle; gemäß der Konvention, die auch Deutschland unterzeichnet hat, sollte deren Anwendung beschränkt werden. Aber Deutschland hat diese Konvention verletzt und die U-Boote sehr breit eingesetzt, das heißt, Deutschland hat sie widerrechtlich eingesetzt, und während des Krieges mußten wir von einem Einsatz gemäß dieser Konvention Abstand nehmen.

Meiner Meinung nach müssen diese U-Boote vernichtet oder versenkt werden.

Ich verstehe aber, daß die neuesten deutschen U-Boote, namentlich die besten davon, von bestimmtem wissenschaftlichem und technischem Interesse sind und man sie für eine Auswertung erhalten muß. Die Information über diese U-Boote muß allen drei Großmächten zur Verfügung gestellt werden. Ich sehe die Sache nicht ausschließlich von einem maritimen Standpunkt und erkenne voll und ganz die Verluste an, die die Rote Armee im Krieg erlitten hat. Meiner Ansicht nach sollten wir hier keine endgültige Entscheidung treffen, aber nach Abschluß der Konferenz sollte der Großteil der Schiffe vernichtet werden, und ein Teil kann exakt unter uns allen aufgeteilt werden.

Was die Überwasserschiffe betrifft, so sollten sie zu gleichen Teilen unter uns aufgeteilt werden unter der Bedingung, daß wir über alle anderen Fragen eine Übereinkunft erzielen und hier im besten Einvernehmen auseinandergehen. Ich habe nichts dagegen, daß Rußland ein Drittel der deutschen Flotte erhält, aber nur unter der Bedingung, die ich soeben nannte.

Ich gebe zu, daß ein so großes und mächtiges Volk wie das russische, das einen so großen Beitrag zur gemeinsamen Sache geleistet hat, herzlich auf den Weltmeeren empfangen werden muß. Wir werden das Erscheinen der russischen Flagge auf den Meeren begrüßen. Ich verstehe, daß es sehr schwer ist, in kurzer Zeit eine große Flotte zu bauen. Deshalb können diese deutschen Schiffe zu Studienzwecken und zum Aufbau der russischen Flotte dienen. Ich habe nichts weiter hinzuzufügen.

Wenn es erwünscht ist, über die Handelsflotte zu sprechen, so könnte ich auch dazu etwas sagen.

**Truman:** Bitte.

**Churchill:** Ich habe das Gefühl, daß die deutsche Handelsflotte, solange der Krieg mit Japan dauert, in diesem Krieg eine bedeutende Rolle spielen könnte. Die Möglichkeit einer mög-

lichst schnellen Beendigung des Krieges hängt in bedeutendem Maße von der Handelsflotte ab. Was die erforderliche Zahl von Menschen für die Truppe, für die Luftstreitkräfte und die Seekriegsflotte betrifft, so haben wir genügend davon. Aber es fehlen uns die Mittel zur Verlegung dieser Menschen und auch zum Transport von Material.
Außerdem wird die Handelsflotte gebraucht für die Heranschaffung von Lebensmitteln nach den britischen Inseln sowie zum Heranschaffen von Lebensmitteln für die befreiten Länder Europas, die ohnehin nicht ausreichend versorgt werden können. Hier stellt jede Tonne einen großen Wert dar. Wir und Amerika haben unsere gesamte Handelsflotte in den Dienst der gemeinsamen Sache gestellt. Ich würde es sehr bedauern, wenn die Handelsflotte Deutschlands mit ihren 1,2 Millionen Tonnen nicht in den Dienst dieser gemeinsamen Sache gestellt würde, damit der Krieg möglichst schnell beendet wird.
Ich möchte auch noch das Folgende erwähnen. Finnland besitzt eine Handelsflotte mit etwa 400.000 Tonnen. Diese Flotte ist in die Hände unseres russischen Verbündeten übergegangen. In die Hände des russischen Verbündeten sind auch rumänische Dampfer übergegangen, darunter zwei wichtige Transporter, die dringend für den Truppentransport benötigt werden. Wenn eine Aufteilung der Flotte zu drei gleichen Teilen unter unseren Mächten erfolgt, so müßte meines Erachtens die Handelsflotte Rumäniens und Finnlands zu den insgesamt zur Aufteilung kommenden Schiffen dazugeschlagen werden.
**Stalin:** Wir haben nichts von Finnlands Handelsflotte genommen, kein einziges Schiff, und von Rumänien haben wir ein Schiff genommen.
**Churchill:** Ich wollte nur von den Grundsätzen sprechen, nach denen wir die Aufteilung der Handelsflotte vornehmen könnten.
Schließlich ist zu bedenken, daß es außer den drei Mächten noch andere Länder gibt. Norwegen beispielsweise hat sehr schwere Verluste bei seiner Handelsflotte zu beklagen. Die norwegische Tonnage, insbesondere die norwegischen Tanker, stellte eine große Kraft dar. Sie haben uns ihre gesamte Flotte zur Verfügung gestellt, und diese Flotte hat schwere Verluste erlitten.
Andere Länder haben ebenfalls einen Großteil ihrer Flotte verloren. Meines Erachtens müßte die Frage gestellt werden, die Flotte nicht in drei, sondern in vier Teile aufzuteilen und den vierten Teil zur Befriedigung der Interessen einiger anderer Länder zu verwenden, die hier nicht vertreten sind. Ich möchte diese Frage nur zur Prüfung und Erörterung unterbreiten.
**Truman:** Ich möchte meinerseits eine Bemerkung zu dieser Frage machen. Ich würde die deutsche Seekriegsflotte sehr gern in drei Teile aufteilen, mit Ausnahme der U-Bootflotte. Aber ich möchte die Entscheidung über diese Frage im Interesse des Krieges gegen Japan aufschieben. Für uns wären alle diese Schiffe von großem Nutzen, da wir sie nicht nur zum Truppentransport, sondern auch für die Versorgung Europas nutzen könnten. Die Lage ist gegenwärtig so, daß es uns absolut an einsatzfähigen Schiffen fehlt. Deshalb möchte ich die gesamte deutsche Überwasserflotte zum Krieg gegen Japan erhalten.
Ich halte es für angebracht, hier hinzuzufügen, daß wir in den USA nach Beendigung des Krieges mit Japan eine große Zahl nicht nur von Schiffen der Kriegsflotte, sondern auch eine große Zahl von Handelsschiffen haben werden, die an interessierte Länder verkauft werden können. Ich wäre sehr froh, wenn die Schiffe der deutschen Flotte zur Kriegführung gegen Japan eingesetzt würden.
**Stalin:** Und wenn die Russen gegen Japan kämpfen werden?
**Truman:** Natürlich können die Russen Anspruch auf ein Drittel der Flotte erheben, das ihnen dann übergeben wird. Darüber kann man sich einigen.
**Stalin:** Für uns ist das Prinzip wichtig.
**Churchill:** Herr Präsident, ich nehme an, daß wir zu einer Vereinbarung gelangen können. Meines Erachtens könnten jetzt die Schiffe jedem Teilnehmer zugewiesen werden, und wenn

der Krieg mit Japan beendet ist, werden die Schiffe entsprechend übergeben.
**Stalin:** Welche Schiffe?
**Churchill:** Ich meine die Handelsschiffe. Aber meines Erachtens geht es hier um das Prinzip. Man muß bedenken, daß der Vormarsch der Roten Armee längs der Ostseeküste die Deutschen gezwungen hat, ihre Häfen zu räumen, und so wurde die deutsche Flotte aus der Ostsee vertrieben. Ich muß zugeben, daß ich für den Vorschlag von Generalissimus Stalin bin, wonach die Russen einen Teil der Seekriegs- und Handelsflotte Deutschlands wünschen, und ich meine, es gibt nur den einen anderen Ausweg - die gesamte Flotte zu versenken. Aber das wäre unvernünftig, da unser Verbündeter einen Teil dieser Flotte zu erhalten wünscht.
**Stalin:** Man kann die Russen nicht als Menschen hinstellen, die vorhaben, die erfolgreichen Handlungen der Flotte der Alliierten zu behindern. Aber man darf daraus auch nicht den Schluß ziehen, die Russen wünschten ein Geschenk von ihren Verbündeten. Wir wollen kein Geschenk, wir wollen nur wissen, ob dieses Prinzip anerkannt wird, ob der Anspruch der Russen auf einen Teil der deutschen Flotte als berechtigt eingeschätzt wird.
**Churchill:** Ich habe nicht von einem Geschenk gesprochen.
**Stalin:** Ich habe nicht gesagt, daß Sie davon gesprochen haben.
Ich möchte, daß Klarheit geschaffen wird in der Frage, ob die Russen ein Anrecht auf ein Drittel der Seekriegs- und der Handelsflotte Deutschlands haben. Meines Erachtens haben die Russen ein Anrecht darauf, und das, was sie bekommen, erhalten sie zu Recht. Ich trete nur für Klarheit in dieser Frage ein. Wenn meine Kollegen anders denken, so möchte ich deren jetzige Meinung wissen. Wenn im Prinzip anerkannt wird, daß die Russen ein Anrecht auf ein Drittel der Kriegs- und Handelsflotte Deutschlands haben, so sind wir zufrieden.
Was die Verwendung der Handelsflotte und insbesondere jenes Drittels, das Rußland rechtmäßig zugesprochen wird, betrifft, so werden wir natürlich nichts in den Weg legen, damit dieses Drittel von den Alliierten in ihrem Kampf gegen Japan maximal eingesetzt werden kann. Ich bin auch damit einverstanden, daß diese Frage am Ende der Konferenz entschieden wird.
Ich möchte noch bei einer Frage verweilen. Unseren Leuten ist der Zutritt zur Kriegs- und Handelsflotte verwehrt, man verwehrt ihnen die Besichtigung der Schiffe. Wie bekannt, befindet sich ein Großteil der Flotte in den Händen unseres Verbündeten, aber unseren Leuten wurde der Zutritt zu diesen Schiffen verwehrt, sie haben keine Möglichkeit, die Schiffe dieser Flotte zu besichtigen.
Wenn man uns wenigstens die Möglichkeit geben würde, in ein Verzeichnis dieser Schiffe einsehen zu können. Könnte dieses Verbot nicht aufgehoben werden, damit die Vertreter der russischen Flottenkommission die Möglichkeit zur Besichtigung der Schiffe dieser Flotte und zur Ermittlung der Anzahl der Schiffe bekommen?
**Churchill:** Auch bei uns gibt es solche Fälle, daß unsere Leute an der Besichtigung von Kriegsbeute in der Ostsee gehindert wurden.
**Stalin:** In der Ostsee wurden nur U-Boote erbeutet, aber das ist eine völlig unbrauchbare, zerschlagene Unterwasserflotte. Aber wenn der Wunsch besteht, sie zu besichtigen, so kann diese Möglichkeit zu jeder Zeit geschaffen werden.
**Churchill:** Unser Prinzip ist Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit. Deshalb halte ich Ihren Vorschlag für akzeptabel. Wir haben nur eine Bitte, ob die Sache nicht so organisiert werden kann, daß unsere Leute die Möglichkeit bekommen, die durchaus interessanten deutschen Vermögenswerte beispielsweise in der Ostsee, insbesondere einige U-Boote, zu besichtigen.
**Stalin:** Bitte.
**Truman:** Ich möchte hier im Namen der USA erklären, daß Sie zu allen unseren Zonen Zutritt haben und alles besichtigen können, was Sie zu sehen wünschen. Aber wir wollen unsererseits ebenfalls die Möglichkeit haben, das zu sehen, was für uns interessant ist.

**Churchill:** Ich habe in meinen Ausführungen einen Unterschied gemacht zwischen U-Booten und Überwasserschiffen. Generalissimus Stalin wird uns verstehen, wenn wir als Inselbewohner in dieser Frage sehr empfindlich sind. Unsere Insel erzeugt weniger als zwei Drittel der erforderlichen Lebensmittel. Während des Krieges hatten wir unter den U-Booten sehr zu leiden, mehr als jeder andere. Zweimal standen wir am Rande der Katastrophe. Daher ist das U-Boot in England kein populärer Kriegsschiffstyp. Ich bin dafür, den Großteil der U-Boote zu versenken.
**Stalin:** Ich bin ebenfalls dafür.
**Churchill:** Und daß der übrige Teil der U-Boote zu gleichen Teilen unter uns aufgeteilt wird zu Studien- und technischen Zwecken, da sie von beträchtlichem Interesse sind. Zweimal haben uns die Handlungen der U-Boote fast an den Rand der Katastrophe gebracht. Ich bin daher damit einverstanden, daß wir einen Großteil der U-Boote versenken und den Rest unter die drei Mächte aufteilen.
Ich bitte den Generalissimus und den Präsidenten um Verzeihung, aber wir befinden uns in dieser Hinsicht in einer besonderen Lage. Unsere militärische Macht hat unter diesen U-Booten sehr gelitten. Wenn ich mich mit diesem Prinzip einverstanden erkläre, so stelle ich nur die Bedingung, daß die Frage, wie viele U-Boote zu versenken und wie viele aufzuteilen sind, am Ende der Konferenz entschieden wird.
**Stalin:** Gut, ich bin einverstanden.
**Truman:** Wir haben diese Frage hinreichend erörtert und können zur nächsten Frage übergehen.
**Eden:** Die nächste Frage - Spanien.
**Truman:** Wünscht der Generalissimus, sich zu dieser Frage zu äußern?
**Stalin:** Die Vorschläge wurden verteilt. Zu dem dort Gesagten habe ich nichts hinzuzufügen.
**Churchill:** Herr Präsident, die britische Regierung - die gegenwärtige und die vorangegangene - haßt Franco und seine Regierung. Man hat mich mißverstanden und gesagt, ich wäre diesem Herrn freundschaftlich gesonnen.
Alles, was ich gesagt habe, war, daß Spanienpolitik mehr bedeutet als Karikaturen über Franco. Meines Erachtens sind die ständige Vernichtung von Menschen, die man in das Gefängnis geworfen hat für Dinge, die sechs Jahre zurückliegen, und verschiedene andere Umstände in Spanien nach unseren englischen Vorstellungen völlig undemokratisch.
Als Franco mir ein Schreiben schickte, in dem es hieß, daß er, ich und einige andere westliche Länder uns gegen die Bedrohung durch die Sowjetunion zusammenschließen müßten, sandte ich ihm, mit Einverständnis meines Kabinetts, eine recht kühle Antwort.
Die Sowjetregierung wird sich dessen wahrscheinlich erinnern, da ich ihr ebenso wie dem Präsidenten eine Kopie meines Schreibens zugeschickt habe. So daß es zwischen uns keinen nennenswerten Unterschied gibt hinsichtlich der Gefühle, die wir für das gegenwärtige Regime in Spanien hegen.
Schwierigkeiten für die Annahme des vom Generalissimus vorgelegten Entwurfs sehe ich beim ersten Punkt, wo vom Abbruch aller Beziehungen mit der Regierung Franco, der spanischen Regierung, die Rede ist. Meines Erachtens könnte ein solcher Schritt seinem Charakter nach angesichts des Stolzes und des Selbstbewußtseins der Spanier den Zusammenschluß der Spanier um Franco bewirken, statt ihnen den Anstoß zur Abkehr von Franco zu geben. Deshalb scheint mir der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der spanischen Regierung kein geeignetes Verfahren zur Lösung dieser Frage zu sein.
Das schafft uns zwar eine gewisse Genugtuung, doch dann werden wir keinen Kontakt mehr haben, der uns in schweren Zeiten nützlich sein könnte. Ich denke, daß ein solcher Schritt nur die Stellung Francos festigen könnte, und wenn wir seine Stellung festigen, werden wir von seiner Seite auf Schlimmes gefaßt sein oder Gewalt gegen ihn anwenden müssen. Ich bin ge-

gen Gewaltanwendung in ähnlichen Fällen. Ich meine, daß wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten eines Staates einmischen sollen, mit dem wir unterschiedlicher Auffassung sind, mit Ausnahme solcher Fälle, wo uns ein Staat angreift.
Was die Länder betrifft, die wir besiegt haben, dort müssen wir unsere Kontrolle errichten. Was die Länder betrifft, die im Krieg befreit wurden, so können wir dort die Errichtung eines faschistischen oder eines Franco-Regimes nicht dulden. Aber hier haben wir es mit einem Land zu tun, das am Krieg nicht teilgenommen hat, und deshalb bin ich gegen eine Einmischung in dessen innere Angelegenheiten. Die Regierung Ihrer Majestät benötigt langwierige Erörterungen dieser Frage, bevor sie die Beziehungen mit Spanien abbricht.
Mir scheint, daß die Macht Francos jetzt ohnehin gefährdet ist, und ich hoffe, daß es gelingt, seinen Sturz auf diplomatischem Wege zu beschleunigen. Der Abbruch der Beziehungen ist meines Erachtens eine sehr gefährliche Art der Lösung dieser Frage. Überdies ist zu beachten, daß stets Möglichkeiten eines Wiederaufloderns des Bürgerkrieges in Spanien bestehen, und dieser Krieg hat 2 Millionen von den insgesamt 17 oder 18 Millionen Bevölkerung gekostet. Und mir täte eine aktive Einmischung zum gegenwärtigen Zeitpunkt leid, da ich der Ansicht bin, daß dort Kräfte wirken, um die Lage zum Besseren zu wenden. Das ist meine Ansicht zu dieser Frage.
Die in San Francisco gegründete Weltorganisation lehnt Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ab. Deshalb wäre es ungerecht, wenn wir aktiv in die Lösung dieser Frage eingreifen würden. Das würde der in San Francisco beschlossenen Charta der internationalen Organisation widersprechen.
**Truman:** Ich hege keine Sympathien für das Franco-Regime, aber ich möchte nicht an einem spanischen Bürgerkrieg beteiligt sein. Mir reicht der Krieg in Europa. Wir würden gern eine andere Regierung in Spanien statt der Regierung Franco anerkennen, aber ich meine, daß dies eine Frage ist, die Spanien selbst entscheiden muß.
**Stalin:** Das heißt, in Spanien bleibt alles unverändert? Ich meine, daß das Franco-Regime sich festigt, und dieses Regime nährt halbfaschistische Regimes in einigen anderen Ländern Europas. Man darf nicht vergessen, daß das Franco-Regime dem spanischen Volk von außen aufgezwungen wurde und kein Regime ist, das sich aus den inneren Bedingungen ergeben hat.
Sie wissen sehr wohl, daß das Franco-Regime von Hitler und Mussolini aufgezwungen wurde und deren Hinterlassenschaft darstellt. Wenn wir das Franco-Regime vernichten, so vernichten wir das Erbe Hitlers und Mussolinis. Man darf auch nicht außer acht lassen, daß die demokratische Befreiung Europas Pflichten auferlegt.
Ich schlage keine militärische Einmischung vor, ich schlage nicht vor, dort einen Bürgerkrieg zu entfesseln. Ich möchte nur, daß das spanische Volk weiß, daß wir, die Führer des demokratischen Europa, das Franco-Regime ablehnen. Wenn wir dies nicht in irgendeiner Form erklären, wird das spanische Volk mit Recht annehmen, daß wir nicht gegen das Franco-Regime sind. Es kann sagen, daß wir, in dem wir das Franco-Regime nicht antasten, es unterstützen.
Welche Mittel gibt es auf diplomatischer Ebene, um dem spanischen Volk zu zeigen, daß wir nicht auf der Seite Francos sind, sondern auf der Seite der Demokratie? Nehmen wir an, ein Mittel wie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen wäre unangemessen, könnten wir dann nicht Überlegungen über andere, elastischere Mittel auf diplomatischer Ebene anstellen? Das muß geschehen, damit das spanische Volk weiß, daß wir mit ihm und nicht mit Franco sympathisieren.
Meines Erachtens wäre es gefährlich, das Franco-Regime so zu lassen, wie es jetzt besteht. Die öffentliche Meinung in den europäischen Ländern ist, wie man aus der Presse ersieht, ebenso wie die öffentliche Meinung in den USA, dem Franco-Regime nicht gewogen. Wenn wir diese Frage umgehen, könnte man meinen, daß wir das Franco-Regime in Spanien stillschweigend dulden, es sanktionieren. Das wäre ein schwerer Vorwurf gegen uns. Ich möchte

nicht als Angeklagter dastehen.
**Churchill:** Sie unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zu Spanien, und deshalb kann Ihnen niemand einen derartigen Vorwurf machen.
**Stalin:** Aber ich habe das Recht und die Möglichkeit, diese Frage zu stellen und zu lösen. Woher können die Menschen wissen, ob die Sowjetunion mit dem Franco-Regime sympathisiert oder nicht sympathisiert? Es ist wohltuend, wenn man bedenkt, daß "die großen Drei" solche Fragen zu lösen vermögen.
Ich gehöre zu den "großen Drei" genauso wie der Präsident und der Premierminister. Habe ich das Recht, über das zu schweigen, was in Spanien geschieht, über das Franco-Regime und über die große Gefahr, die dieses Regime für Europa bedeutet? Es wäre ein großer Fehler, wenn wir diese Frage unbeachtet ließen und nichts dazu sagen würden.
**Churchill:** Ihre Regierung hat die uneingeschränkte Freiheit, sich individuell zu äußern. Die gleiche Freiheit genießt auch die Presse, worauf Generalissimus Stalin hier hingewiesen hat. Die sowjetische und zum Teil auch die amerikanische Presse haben sich sehr freimütig über die Lage der Dinge in Spanien geäußert. Was die britische Regierung betrifft, so möchten wir, obgleich wir das Franco und seinem Botschafter sehr oft gesagt haben, die Beziehungen zur spanischen Regierung nicht abbrechen.
Bei uns bestehen seit langem Handelsbeziehungen mit Spanien. Sie liefern uns Apfelsinen, Wein und einige andere Produkte, wir unsererseits liefern ihnen unsere Erzeugnisse. Ich möchte diesen Handel, für den Fall, daß unsere Einmischung nicht zu den gewünschten Ergebnissen führt, nicht gefährden. Aber gleichzeitig verstehe ich vollauf den Standpunkt von Generalissimus Stalin. Franco erdreistet sich, die "Blaue Division" nach Rußland zu entsenden, deshalb verstehe ich die Ansicht der Russen.
Aber Spanien hat uns nicht im Geringsten gestört, selbst dann nicht, als es uns in der Bucht von Algeciras stören konnte. Niemand zweifelt daran, daß Generalissimus Stalin Franco haßt, und ich meine, daß die meisten Engländer seine Auffassung teilen. Ich möchte nur betonen, daß wir durch ihn nichts zu leiden hatten.
**Stalin:** Es geht hier nicht um irgendeine Kränkung. Ich meine, nebenbei gesagt, daß auch England durch das Franco-Regime gelitten hat. Spanien hat seine Küste lange Zeit Hitler für seine U-Boote zur Verfügung gestellt. Deshalb kann man annehmen, daß das Franco-Regime England doch irgendwie geschadet hat.
Ich möchte aber nicht, daß diese Frage vom Standpunkt einer Art Kränkung gewertet wird. Nicht um die "Blaue Division" geht es, sondern darum, daß das Franco-Regime eine ernste Gefahr für Europa darstellt. Deshalb bin ich der Ansicht, daß man irgend etwas gegen dieses Regime unternehmen muß. Wenn der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ungeeignet ist, bestehe ich nicht darauf. Man kann auch andere Mittel finden. Wir brauchen nur zu sagen, daß wir keine Sympathien für das Franco-Regime hegen und das Streben des spanischen Volkes nach Demokratie für gerecht halten - wir brauchen nur dies zu sagen, und vom Franco-Regime wird nichts übrigbleiben. Ich versichere Sie.
Ich schlage vor: Mögen die Außenminister darüber sprechen, ob man sich nicht eine andere, weichere und elastischere Form einfallen läßt, um zu verstehen zu geben, daß die Großmächte das Franco-Regime nicht unterstützen.
**Truman:** Das sagt mir zu, ich bin einverstanden, die Frage zur Behandlung an die Außenminister zu überweisen.
**Churchill:** Ich wäre dagegen. Mir scheint, daß dies eine solche Frage ist, die in diesem Saal entschieden werden muß.
**Stalin:** Natürlich werden wir hier entscheiden, aber die Minister sollen vorher beraten.
**Truman:** Ich habe ebenfalls keine Einwände dagegen, daß diese Frage zur vorherigen Behandlung an die Außenminister überwiesen wird.

**Churchill:** Ich halte dies für unerwünscht, weil es sich hier um eine Frage des Prinzips handelt, und zwar um Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder.
**Stalin:** Das ist keine innere Angelegenheit, das Franco-Regime bedeutet eine internationale Gefahr.
**Churchill:** Das kann jeder über das Regime eines beliebigen anderen Landes sagen.
**Stalin:** So ein Regime wie in Spanien besteht in keinem anderen Land. In keinem anderen Land Europas gibt es ein solches Regime.
**Churchill:** Man könnte Portugal vorwerfen, es habe ein diktatorisches Regime.
**Stalin:** Das Franco-Regime wurde von außen geschaffen, durch Einmischung Hitlers und Mussolinis. Franco verhält sich sehr herausfordernd, er verbirgt Nazis bei sich. Ich stelle nicht die Frage Portugal.
**Churchill:** Ich kann dem Parlament keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens empfehlen. Das wäre gegen eine Politik, die wir schon seit langem betreiben. Gleichzeitig wäre ich froh über eine Änderung des Regimes in Spanien, aber nur auf natürlichem Wege. Ich persönlich wäre sehr froh, wenn in Spanien eine Revolution erfolgte, wenn sich dort zum Beispiel eine konstitutionelle Monarchie etablieren und die politischen Häftlinge amnestieren würde.
Aber ich meine, wenn ich oder die britische Regierung in diesem Sinne unseren Einfluß in Spanien geltend machen, so würde das einen Gefühlswandel bei den Spaniern hervorrufen gegen uns, für Franco. Meines Erachtens rückt zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Sturz Francos näher.
Wenn wir hier vereinbarte Handlungen unternehmen, so werden wir dadurch nur seine Position festigen. Gleichzeitig wird die britische Regierung in keiner Weise Franco und die jetzige spanische Regierung unterstützen, mit Ausnahme der Weiterführung des Handels mit Spanien, worüber ich hier bereits gesprochen habe.
**Truman:** Ich wäre sehr froh, wenn wir uns einigten, daß diese Frage den Außenministern zur vorherigen Beratung übergeben wird, damit sie eine geeignete Formel zu diesem Zweck finden.
**Stalin:** Ich habe Verständnis für die Schwierigkeiten, die Herrn Churchill die Anfragen im Parlament bereiten. Aber diese Sache kann man erleichtern. Wie wäre es, wenn wir die Frage so lösen: die Frage des Franco-Regimes nicht gesondert stellen, übereinkommen, daß diese Frage nicht gesondert als Frage des Franco-Regimes stand und entschieden wurde.
Die drei Außenminister werden beauftragt, in Erwägung des Meinungsaustausches zur Frage des Franco-Regimes eine geeignete Formel für diese Frage zu suchen, dabei insbesondere die Formulierung von Herrn Churchill heranzuziehen, daß Franco seinem Ende zugeht und seinem Regime nicht die Sympathien der demokratischen Mächte gehören und daß dieses Regime in der Öffentlichkeit nicht geschätzt wird.
Eine solche Formulierung könnte man als Punkt in eine der Erklärungen über Europa aufnehmen. Wir werden irgendwelche allgemeinen Erklärungen haben, und dort könnte man eine solche von den Außenministern ausgearbeitete Formulierung aufnehmen.
Das wird der britischen Regierung keinerlei Verpflichtungen auferlegen, aber der Punkt wird eine kurze Einschätzung des Franco-Regimes enthalten, und die öffentliche Meinung wird wissen, daß wir nicht für das Franco-Regime sind. Meiner Ansicht nach müßten wir so einen Beschluß fassen. Mögen die Außenminister überlegen, in welche Form wir dies kleiden.
**Churchill:** Ich habe noch nicht prinzipiell zugestimmt, daß wir eine gemeinsame Erklärung zu dieser Frage abgeben.
**Stalin:** Nicht zu Spanien, sondern wir geben eine allgemeine Einschätzung über Europa, und dort könnte man das als einen Punkt einfügen. Was geschieht denn sonst: In allen unseren Dokumenten ist von allen Ländern die Rede, mit Ausnahme Spaniens.

**Churchill:** Die Linie, die ich verfolge, besteht in folgendem: Spanien ist ein Land, das nicht in den Krieg hineingezogen wurde, und kein Vasallenland; es wurde auch nicht von den Alliierten befreit, wir können uns deshalb nicht in seine inneren Angelegenheiten einmischen. Das ist eine prinzipielle Frage.
Was Jugoslawien, Belgien und andere Länder betrifft, so gibt es dort viele Fragen, die uns nicht gefallen und die wir kritisieren könnten. Aber diese Länder wurden in den Krieg hineingezogen und von den Alliierten befreit.
Wenn Sie wünschen, so könnte man eine Erklärung ausarbeiten über allgemeine Grundsätze, auf denen demokratische Regierungen beruhen. Darüber könnte man sprechen. Ich denke dabei beispielsweise an die amerikanische Verfassung: Franco ist jedenfalls weit entfernt von dieser Verfassung. Alle Länder sind untereinander verschieden, und wenn wir uns einmischen wollten, so bereitet uns das eine Menge Schwierigkeiten.
Ich weiß nicht, was die Spanier selbst denken, aber mir scheint, daß die einen so denken und die anderen anders, und ich bin überzeugt, daß viele Spanier die Befreiung Spaniens wünschen, aber ohne Druck von außen. Ich sehe nicht, was die Außenminister in dieser Frage tun könnten. Mir scheint, daß es ihnen viel schwere Arbeit bereiten und die Erörterung dieser Frage sich als nutzlos erweisen würde.
**Truman:** Ich sehe wenig Möglichkeiten für eine Einigung in dieser Frage auf der jetzigen Sitzung. Vielleicht wäre es besser, später zu ihr zurückzukehren?
**Stalin:** Und vielleicht übergibt man die Sache dennoch den Außenministern, damit sie versuchen, eine geeignete Formel zu finden?
**Churchill:** Gerade in diesem Punkt haben wir keine Einigung erzielt.
**Truman:** Ich denke, wir gehen jetzt besser zu einer anderen Frage über und kommen auf die Frage Spanien später zurück.
**Churchill:** Ich schlage keine ablehnende Entscheidung vor, sondern schlage nur vor, jetzt zur Behandlung anderer Fragen überzugehen und diese Frage später zu erörtern.
**Truman:** Gehen wir zu nächsten Frage über.
**Eden:** Erklärung über das befreite Europa.
**Truman:** Ein Dokument zu dieser Frage habe ich am 17. Juli vorgelegt.
**Stalin:** Ich schlage vor, diese Frage jetzt zu vertagen; es ist möglich, daß wir einen anderen Vorschlag zu dieser Frage unterbreiten.
**Truman:** Ich habe nichts dagegen, daß wir diese Frage jetzt vertagen.
Eden: Die nächste Frage - Jugoslawien. Wir haben zu dieser Frage bereits einen kleinen Entwurf überreicht.
**Stalin:** Ich meine, daß wir diese Frage nicht lösen können, ohne die Vertreter Jugoslawiens anzuhören.
**Eden:** Es ist zu beachten, daß wir auf der Krim-Konferenz eine Vereinbarung über Jugoslawien in Abwesenheit jugoslawischer Vertreter erzielt haben.
**Stalin:** Jetzt ist es ein verbündetes Land, in dem eine rechtmäßige Regierung gebildet wurde. Man kann die Frage jetzt nicht ohne Teilnahme jugoslawischer Vertreter entscheiden. Damals gab es zwei Regierungen, und eine Aussöhnung zwischen ihnen war unmöglich. Wir haben uns in diese Sache eingemischt. Und jetzt besteht dort eine rechtmäßige Regierung. Laden wir die Vertreter Jugoslawiens ein, hören wir sie an, und dann wollen wir beschließen.
**Churchill:** Subasic und Tito?
**Stalin:** Ja.
**Churchill:** Aber sie sind untereinander uneins, beide Seiten sind sehr gegeneinander eingestellt.
**Stalin:** Mir ist das nicht bekannt. Laßt uns diese Sache nachprüfen, laden wir sie hierher ein, sollen sie ihre Meinung hier vortragen.

**Truman:** Ist die Sache so wichtig, daß man sie hierher zitiert? Ich halte das für unangebracht.
**Churchill:** Wir haben unsere Unterschrift unter die Vereinbarung der Krim-Konferenz gesetzt und sehen nun, daß diese Erklärung in Jugoslawien nicht erfüllt wird: Es gibt kein Gesetz über die Wahlen, der Nationalrat wurde nicht erweitert, die Rechtsordnung ist nicht wiederhergestellt, die Regierung Tito wird durch die von ihm geschaffene Parteipolizei kontrolliert, die Presse wird genauso kontrolliert wie in einigen faschistischen Ländern.
Wir sehen, daß die Lage in Jugoslawien nicht den in der Erklärung der Krim-Konferenz ausgedrückten Hoffnungen entspricht. Wir haben Jugoslawien eine beträchtliche Menge Waffen geliefert, zu einer Zeit, da wir selber schwach waren, und deshalb sind wir enttäuscht und bedauern es, daß die Ereignisse dort eine solche Wendung genommen haben. Unser Vorschlag ist sehr bescheiden, er besteht darin, das zu erfüllen, was in der Erklärung von Jalta gesagt wurde.
**Stalin:** Herr Churchill ist gleich zur Erörterung übergegangen, statt auf die Frage des Präsidenten zu antworten, ob er die Frage für so ernst und wichtig hält, daß sie auf unserer Konferenz zu erörtern und dazu eine Vertretung Jugoslawiens einzuladen ist. Wenn der Präsident gestattet, kann ich Herrn Churchill folgen und ebenfalls zur Erörterung der Frage übergehen.
Sehen Sie, das, was uns Herr Churchill hier mitgeteilt hat über die Tatsache, daß die bekannten Beschlüsse der Krim-Konferenz verletzt werden, dergleichen ist uns aus unseren Quellen nicht bekannt. Ich würde es für richtig halten, daß wir die Jugoslawen selbst anhören, ihnen die Möglichkeit geben, diese Anklagen zu widerlegen oder sie zu bestätigen.
**Churchill:** Ich möchte, daß Sie das Wort "Anklage" durch das Wort "Beschwerde" ersetzen.
**Stalin:** Es geht nicht um Worte, und ich kann natürlich das Wort "Anklage" durch das Wort "Beschwerde" ersetzen. Aber man kann nicht über einen ganzen Staat urteilen, ohne seine Vertreter gehört zu haben.
**Churchill:** Wir hatten jetzt die Möglichkeit, die Frage zu durchdenken, und ich meine, daß es angebracht wäre, wenn beide Seiten, und zwar Tito und Subasic, die Möglichkeit hätten, sich hier zu treffen. Vielleicht werden diese Schwierigkeiten dann aus der Welt geschafft, und wir könnten zu einer abgestimmten Entscheidung kommen. Aber sind Sie der Meinung, daß Marschall Tito einverstanden sein wird hierherzukommen?
**Stalin:** Ich weiß nicht, man muß anfragen, ob sie kommen können.
**Truman:** Ich möchte, bevor wir zum Abschluß kommen, eine Erklärung abgeben. Ich bin als Vertreter der USA hierhergekommen und bin dazu hierhergekommen, um mit Ihnen Weltprobleme zu beraten. Aber ich bin nicht dazu hierhergekommen, um über jedes Land Europas Urteile abzugeben, Streitfragen zu prüfen, die von der in San Francisco gegründeten Organisation entschieden werden sollen.
Wenn wir politische Vorwürfe gegen irgendwen untersuchen, werden wir nur unnötig Zeit verlieren. Wenn wir Tito, Franco und andere Politiker hierher zitieren, so wird das zu nichts Gutem führen. Wir sind kein Gerichtsorgan zur Untersuchung von Klagen gegen einzelne Politiker. Wir sollten uns mit jenen Fragen befassen, über die wir Abkommen erzielen können.
**Stalin:** Das ist eine richtige Bemerkung.
**Truman:** Wir sollten jene Fragen erörtern, die für jeden von uns von Interesse sind.
**Churchill:** Das ist eine Frage, die auch die USA interessiert, Herr Präsident, denn es handelt sich hier um die Erfüllung der Beschlüsse, die auf der Krim-Konferenz gefaßt wurden. Das ist eine Frage des Prinzips. Es ist natürlich völlig klar, daß man die Lage in Jugoslawien, die Stellung Marschall Titos berücksichtigen muß. Es ist nicht viel Zeit vergangen, seit im Lande der Frieden eingezogen ist. Aber alles, was wir in unserem Entwurf im Auge hatten, war lediglich der Wunsch, daß das, was auf der Krim-Konferenz gesagt wurde, auch tatsächlich erfüllt wird.
**Stalin:** Meines Erachtens erfüllt Marschall Tito die Beschlüsse der Krim-Konferenz voll und

ganz.
**Truman:** Es stimmt, daß Jugoslawien nicht alle Beschlüsse der Krim-Konferenz erfüllt. Auch bei uns gibt es Beschwerden. Man muß die jugoslawische Regierung darauf hinweisen. Aber wir könnten diese Frage bis zur nächsten Sitzung vertagen.
**Churchill:** Ich möchte Generalissimus Stalin für seine Geduld bei der Erörterung dieser Frage danken. Wenn wir über die Meinungsverschiedenheiten, die mitunter zwischen uns auftauchen, nicht sprechen könnten, wenn wir sie nicht hier erörtern könnten, wo soll man denn dann diese Meinungsverschiedenheiten erörtern?
**Stalin:** Wir erörtern ja hier. Aber ohne den Angeklagten läßt sich die Frage nicht entscheiden. Sie erheben gegen den Chef der jugoslawischen Regierung Vorwürfe; ich bitte ihn anzuhören und dann einen Beschluß zu fassen. Aber erörtern kann man nach Belieben.
**Churchill:** Ich bin damit einverstanden, aber der Präsident ist dagegen, daß Tito hierhergebeten wird.
**Stalin:** Dann muß man die Frage absetzen. ...
**Truman:** Die heutige Tagesordnung ist erschöpft. Morgen ist die Sitzung um vier Uhr.<<
**20.07.1945**
**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Vierte Plenarsitzung vom 20. Juli 1945 (x867/...): >>*(Truman eröffnet die Sitzung.)*
*Die sowjetische Delegation berichtet, daß auf der heutigen Sitzung der drei Außenminister folgende Fragen standen:*
1. Wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands.
*Es wurde festgestellt, daß die mit der Vorbereitung dieser Frage beauftragte Kommission ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat, und deshalb wurde diese Frage nicht gesondert erörtert. Es wurde beschlossen, die Kommission zu bitten, daß sie ihre Arbeit bis zum 21. Juli abschließt.*
2. Polnische Frage.
*Es wurde berichtet, daß die Kommission, die sich mit dieser Frage befaßt, ihre Arbeit bis jetzt noch nicht abgeschlossen hat, und infolgedessen wurde diese Frage nicht gesondert erörtert. Es wurde beschlossen, die Kommission zu bitten, daß sie ihre Arbeit bis zum 21. Juli abschließt.*
3. Über die Friedensregelung.
*Da die Kommission, die mit der Vorbereitung des Textentwurfs zur Frage der Friedensregelung beauftragt war, diese Aufgabe nicht erfüllen konnte, weil Mitglieder dieser Kommission in anderen Kommissionen beschäftigt waren, wurde beschlossen, daß die Außenminister heute um 15.45 Uhr zusätzlich zusammenkommen, um diese Frage zum Vortrag auf der Sitzung der drei Regierungschefs vorzubereiten. Die Außenminister beschlossen dann auf ihrer Beratung eine Abänderung zu Punkt 3 des Entwurfs zu dieser Frage, so daß dieser Punkt nunmehr folgendermaßen lautet:*
*"3. Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.*
*Zwecks Lösung jeder dieser Aufgaben wird der Rat aus Mitgliedern bestehen, welche diejenigen Regierungen vertreten, die die Bedingungen in der Kapitulation unterschrieben haben, diktiert an den Feindstaat, den die gegebene Aufgabe betrifft. Bei der Betrachtung der Fragen der Friedensregelung mit Italien wird Frankreich als Unterschriftsleistender der Kapitulati-*

*onsbedingungen Italiens betrachtet werden.*
*Andere Mitglieder werden zur Teilnahme am Rat eingeladen werden, wenn Fragen erörtert werden, die sie direkt betreffen."*
4. Zur Erklärung von Jalta über das befreite Europa.
*Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR überreichte den Außenministern Großbritanniens und der USA den sowjetischen Entwurf der Vorschläge zu dieser Frage. Im Zusammenhang mit dem vorgelegten Entwurf wurden Fragen der Lage in Rumänien und Bulgarien einerseits und in Griechenland andererseits erörtert. Im Ergebnis der Erörterung wurde klar, daß die Außenminister die Lage in diesen Ländern unterschiedlich einschätzen.*
*So erklärten die Außenminister der USA und Großbritanniens unter anderem, daß in Rumänien und Bulgarien der Presse Beschränkungen auferlegt würden. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten wies darauf hin, daß unter Kriegsbedingungen natürlich gewisse unerläßliche Beschränkungen für die Presse bestanden. Gegenwärtig können angesichts der Beendigung des Krieges die Arbeitsmöglichkeiten für die Pressevertreter in diesen Ländern beträchtlich erweitert werden.*
*Der Außenminister der USA schlug vor, ein Abkommen der drei Mächte darüber abzuschließen, wie die Beobachtung des Wahlverlaufs in Italien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn durch die drei Mächte durchzuführen ist, ein Abkommen über die Gewährleistung des freien Zugangs für Pressevertreter der USA, der UdSSR und Großbritanniens zu diesen Ländern und über die Gewährung der Möglichkeiten für sie, sich frei zu bewegen und frei ihre Informationen zu übermitteln.*
*Der englische Minister schloß sich diesem Vorschlag an. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR erklärte, er sehe keine Notwendigkeit für die Entsendung von Sonderbeobachtern nach Rumänien und Bulgarien. Was Griechenland betrifft, so ist der Standpunkt der sowjetischen Regierung in den vorgelegten Dokumenten entsprechend erläutert.*
*Sollten die Außenminister Großbritanniens und der USA schriftliche Vorschläge zu dieser Frage unterbreiten, so können diese auf der Sitzung der drei Minister erörtert werden.*
5. Über Italien.
*Der Außenminister der USA legte den Entwurf eines Beschlusses der drei Regierungschefs vor, worin diese den Eintritt Italiens in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen, den Eintritt Spaniens in die Organisation der Vereinten Nationen jedoch so lange nicht unterstützen, solange Spanien von dem bis jetzt im Lande herrschenden Regime kontrolliert wird.*
*Der Außenminister Großbritanniens erklärte, daß er diesen Vorschlag unterstützt und daß er es, sollte eine Erklärung zu dieser Frage ausgearbeitet werden, für zweckmäßig hält, darin zu erwähnen, daß die drei Mächte auch die Aufnahme bestimmter neutraler Länder, beispielsweise Schwedens, der Schweiz und Portugals, in die Vereinten Nationen für zweckmäßig hielten.*
*Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR stellte die Frage, ob dieser Vorschlag auch auf andere Länder ausgedehnt werden kann, die sich aus feindlichen Ländern in gegen Deutschland mitkämpfende Länder verwandelt haben. Der Außenminister Großbritanniens erklärte, daß man diese Frage erörtern kann, er persönlich aber der Meinung ist, solche Länder könnten nach Unterzeichnung des Friedensvertrages mit ihnen in die Vereinten Nationen zugelassen werden. Zur Ausarbeitung dieser Frage wurde dann schließlich ein Ausschuß gebildet.*
*Im Zusammenhang damit wurde die Kommission, die sich mit Reparationsfragen befaßt, beauftragt, die Frage der Reparationen von Italien und Österreich zu untersuchen.*
6. Über die Westgrenze Polens.

*Den Außenministern der USA und Großbritanniens wurden die Vorschläge der sowjetischen Regierung über die Festlegung der Westgrenze Polens samt einer entsprechenden Karte überreicht. Es wurde beschlossen, diese Frage auf der Sitzung der drei Regierungschefs am 20. Juli auf die Tagesordnung zu setzen.*

7. Über Treuhandgebiete.

*Den Außenministern der USA und Großbritanniens wurden die Vorschläge der sowjetischen Regierung über Maßnahmen zur Errichtung einer territorialen Treuhandschaft überreicht. Es wurde beschlossen, diese Frage auf der Sitzung der drei Regierungschefs am 20. Juli auf die Tagesordnung zu setzen.*

8. Über die Tagesordnung der Sitzung der drei Regierungschefs am 20. Juli.

*Die Minister kamen überein, den Chefs der drei Regierungen folgende Tagesordnung zu empfehlen:*

*1. Über die Friedensregelung.*

*2. Memorandum des Präsidenten der USA vom 17. Juli über die Politik gegenüber Italien.*

*3. Die Lage in Österreich und insbesondere in Wien (Mitteilung des Premierministers Großbritanniens).*

*4. Über die Westgrenze Polens.*

*5. Über die Treuhandgebiete.*

**Churchill:** Gestatten Sie, Herr Präsident, eine kleine Frage, die das Verfahren unserer Arbeit betrifft und die ich zum Nutzen der Sache aufwerfe. Unsere Minister kommen täglich zusammen und bereiten ein umfangreiches Programm für unsere Abendsitzungen vor. Heute beispielsweise haben sie ihre Arbeit erst um zwei Uhr beendet. Uns bleibt dann nur wenig Zeit, um die von ihnen ausgearbeiteten Dokumente durchzusehen und zu prüfen. Wäre es nicht besser, unsere Abendsitzungen um fünf Uhr zu beginnen?

**Truman:** Ich habe keine Einwände.

Gehen wir zur Erörterung der Fragen auf der Tagesordnung über. Zur Erörterung steht die erste Frage.

**Churchill:** Ich hatte es so verstanden, daß die sowjetische Delegation eine Abänderung zum Entwurf über die Errichtung des Rates der Außenminister hat.

**Truman:** Die Abänderung wurde bekanntgegeben. Ich bin mit dieser Abänderung einverstanden.

**Churchill:** *(liest den Wortlaut der Abänderung durch)* Ich bin ebenfalls mit der Abänderung einverstanden.

**Truman:** Man muß festlegen, wann und an welchem Ort der Rat der Außenminister zusammentrifft. Ich bin bereit, die Entscheidung dieser Frage den Außenministern selbst zu überlassen.

**Churchill:** Ich bin völlig einverstanden, daß diese Frage erörtert werden soll, aber ich bin der Meinung, daß London dieser Ort sein sollte. Hier muß das ständige Sekretariat seinen Sitz haben, während die Sitzungen im Bedarfsfalle auch anderwärts stattfinden können. Zur Erhärtung meiner Ansicht möchte ich daran erinnern, daß London die Hauptstadt ist, die vor allen anderen im Krieg unter dem feindlichen Feuer stand. Soweit mir bekannt, ist es die größte Stadt der Welt und eine der ältesten Städte der Welt. Außerdem liegt es auf halbem Wege zwischen den USA und Rußland.

**Stalin:** Das ist das Entscheidende. *(Heiterkeit)*

**Churchill:** Und außerdem ist London jetzt an der Reihe.

**Stalin:** Richtig.

**Churchill:** Ich möchte nur hinzufügen, daß ich sechsmal über den Ozean geflogen bin, um die Ehre zu haben, mich mit dem Präsidenten der USA zu beraten, und zweimal Moskau besucht habe. London jedoch wird überhaupt nicht als Ort unserer Zusammenkünfte genutzt. In Eng-

land empfindet man das sehr stark, und ich denke, daß auch Herr Attlee etwas darüber sagen könnte.
**Attlee:** Ich stimme den Ausführungen des Premierministers hier völlig zu und möchte hinzufügen, daß unsere Menschen das Recht haben, diese hervorragenden Persönlichkeiten bei uns zu sehen. Sie würden sich sehr darüber freuen. Sie haben sehr viel durchgemacht. Außerdem meine ich, daß auch die geographische Lage Londons eine wichtige Rolle spielt. Ich unterstütze den Wunsch des Premierministers.
**Truman:** Ich stimme dem Vorschlag des Premierministers ebenfalls zu und bin der Meinung, daß die geographische Lage eine große Rolle spielt.
**Stalin:** Gut, ich habe keine Einwände.
**Truman:** Ich möchte mir das Recht vorbehalten, die Regierungschefs zu einem Besuch in den USA einzuladen.
**Churchill:** Gestatten Sie mir, dem Präsidenten und dem Generalissimus meinen Dank für die liebenswürdige Annahme unserer Einladung auszusprechen.
**Truman:** Ich denke, daß sich unseren drei Außenministern zu gegebener Zeit die Außenminister Chinas und Frankreichs zugesellen werden. Ich denke auch, daß man die Außenminister beauftragen kann, die Frage des Einberufungstermins für den Rat zu lösen.
*(Stalin und Churchill stimmen den Vorschlägen Trumans zu.)*
**Truman:** Die zweite Frage - über die Politik gegenüber Italien. Unsere Vorschläge für die Politik gegenüber Italien wurden auf der ersten Sitzung überreicht. Mein Vorschlag läuft im wesentlichen auf folgendes hinaus:
Meines Erachtens wird die Lage Italiens wesentlich gebessert, wenn wir seine Verdienste als Teilnehmer am Krieg gegen Deutschland anerkennen. Ich schlage vor, daß die Kapitulationsbedingungen durch folgende Verpflichtungen der italienischen Regierung ersetzt werden:
1) Die italienische Regierung enthält sich bis zum Friedensvertrag jeglicher feindlicher Handlungen gegen eine der Vereinten Nationen;
2) die italienische Regierung wird keinerlei Land-, See- und Luftstreitkräfte oder Ausrüstungen unterhalten mit Ausnahme dessen, wozu sie von den Alliierten ermächtigt wurde, und wird alle Weisungen im Hinblick auf derartige Kräfte und Ausrüstungen befolgen.
Für die Dauer der Gültigkeit dieses Abkommens soll die Kontrolle über Italien nur soweit aufrechterhalten bleiben, als dies notwendig ist:
a) zur Sicherstellung der alliierten militärischen Bedürfnisse, solange die alliierten Streitkräfte in Italien bleiben oder von dort aus operieren, und
b) zur Sicherstellung einer gerechten Lösung territorialer Streitfälle.
**Stalin:** Es wäre gut, wenn die Minister die Frage der Politik gegenüber Italien erörtern würden. Ich habe keine prinzipiellen Einwände, aber vielleicht werden sich einige Abänderungen redaktionellen Charakters ergeben. Es wäre gut, dieses Papier den drei Ministern zur abschließenden Durchsicht zu übergeben und sie gleichzeitig zu bitten, neben der Frage Italien die Frage Rumänien, Bulgarien und Finnland zu erörtern.
Für uns gibt es keinen Grund, die Frage Italien aus den Fragen bezüglich der anderen Länder auszugliedern. Italien hat natürlich als erstes Land kapituliert und dann im Krieg gegen Deutschland Beistand geleistet. Es waren zwar keine starken Kräfte, insgesamt drei Divisionen, aber es war immerhin eine Unterstützung. Es beabsichtigt, sich dem Krieg gegen Japan anzuschließen. Das ist ebenfalls ein Plus.
Aber das gleiche Plus haben auch andere Länder, wie Rumänien, Bulgarien und Ungarn, aufzuweisen. Sie, diese Länder, haben unverzüglich nach der Kapitulation ihre Truppen gegen Deutschland eingesetzt. Bulgarien hatte 8 bis 10 Divisionen gegen Deutschland eingesetzt, Rumänien etwa 9 Divisionen. Man sollte auch diesen Ländern Erleichterungen gewähren.
Was Finnland betrifft, so hat es keine nennenswerte Hilfe im Krieg geleistet, aber es verhält

sich gut und erfüllt gewissenhaft die übernommenen Verpflichtungen. Man könnte auch seine Lage erleichtern.
Deshalb wäre es gut, gleichzeitig mit den Erleichterungen für Italien auch diesen Ländern Erleichterungen zu gewähren und alle diese Fragen gemeinsam zu behandeln. Wenn die Kollegen mit meinem Vorschlag einverstanden sind, so könnten die drei Minister beauftragt werden, diese Frage als eine einzige Frage zu behandeln.
**Truman:** Italien war das erste Land, das kapituliert hat, und seine Kapitulationsbedingungen waren etwas härter als die Kapitulationsbedingungen der anderen Länder. Aber ich bin damit einverstanden, daß die Lage der anderen Vasallenstaaten überprüft wird. Ich stimme in dieser Frage völlig mit Generalissimus Stalin überein.
**Churchill:** In der Italienfrage ist unsere Position nicht ganz identisch mit der Position meiner beiden Kollegen. Uns hat Italien im Juni 1940 überfallen. Wir hatten schwere Verluste im Mittelmeer sowie während der Verteidigung Ägyptens, die wir zu einer Zeit organisieren mußten, da uns selbst die Invasion drohte. Wir haben viele Kriegsschiffe und Schiffe der Handelsflotte im Mittelmeer verloren.
Wir hatten schwere Verluste zu Lande, an der Küste Nordafrikas. Und die Zahl dieser Opfer hat sich erhöht, als Deutschland seine Truppen nach Afrika schickte. Ohne jede Unterstützung von irgendeiner Seite mußten wir den Feldzug in Abessinien durchführen, der damit endete, daß der Kaiser von Abessinien seinen Thron wiedererhielt. Sonderstaffeln der italienischen Luftstreitkräfte wurden zur Bombardierung Londons eingesetzt.
Man muß auch daran erinnern, daß Italien ohne jede Begründung Griechenland überfiel und kurz vor Kriegsausbruch ebenfalls ohne jede Begründung Albanien überfiel. Das alles erfolgte, als wir völlig allein auf uns gestellt waren.
Ich sage das alles deshalb, weil ich meine, daß man die Verluste nicht vergessen darf, die uns Italien zugefügt hat. Wir können das italienische Volk nicht freisprechen, ebensowenig, wie wir das deutsche Volk freisprechen, weil es unter das Joch Hitlers geraten war. Dessen ungeachtet waren wir bemüht, den Gedanken einer Wiederherstellung Italiens als einer wichtigen Macht in Europa und im Mittelmeer zu unterstützen. Als ich vor einem Jahr dort war, unterbreitete ich Präsident Roosevelt eine Reihe von Vorschlägen, und die meisten Vorschläge wurden in die dann veröffentlichte Erklärung aufgenommen.
Ich möchte nicht, daß man annimmt, ich hätte Rachegefühle gegenüber Italien. Ich habe mich gegen Veröffentlichungen in verschiedenen Zeitungen gewandt, die behaupteten, wir wären gegen Italien eingestellt. Im Namen der Regierung Ihrer Majestät habe ich erklärt, daß wir mit reinem Herzen und mit dem Wunsch an diese Frage herangehen, die besten Ergebnisse zu erzielen. Ich möchte, daß alle diese Überlegungen Beachtung finden.
Ich möchte mich dem Präsidenten und dem Generalissimus im Prinzip anschließen, daß wir eine Geste gegenüber dem italienischen Volk tun, das im Kriege viel gelitten und sich für die Vertreibung der Deutschen von seinem Territorium eingesetzt hat. Deshalb hat die britische Delegation im Prinzip keine Einwände dagegen, daß mit Italien Frieden geschlossen wird. Diese Arbeit wird zweifellos einige Monate erfordern, um die Friedensbedingungen vorzubereiten.
Ich stelle desgleichen fest, daß die gegenwärtige italienische Regierung keine demokratische Grundlage besitzt, die sich aus freien und unabhängigen Wahlen herleitet. Sie besteht einfach aus Politikern, die sich als Führer verschiedener politischer Parteien bezeichnen. Ich fasse es so auf, daß die italienische Regierung beabsichtigt, noch vor dem Winter Wahlen durchzuführen. Deshalb halte ich es, obgleich ich damit einverstanden bin, daß der Rat der Außenminister die Arbeit zur Vorbereitung des Friedensvertrages aufnimmt, nicht für wünschenswert, daß er diese Arbeit beendet, bevor die italienische Regierung auf demokratischen Grundsätzen beruht.

Indessen muß ich sagen, daß ich mit dem Memorandum der USA über die Interimsbedingungen, denen zufolge die jetzt bestehenden Waffenstillstandsbedingungen durch einige Verpflichtungen der gegenwärtigen italienischen Regierung ersetzt werden sollen, nicht ganz einverstanden bin.
Ich meine, daß keine italienische Regierung garantierte Verpflichtungen abgeben kann, wenn sie sich nicht auf das Volk stützt. Wenn die auf die Kapitulation gegründeten Rechte aufgehoben und durch Verpflichtungen der italienischen Regierung ersetzt werden - und bis zum Abschluß des Friedensvertrages vergeht noch eine beträchtliche Zeit -, so verlieren wir alle unsere Möglichkeiten mit Ausnahme der Gewaltanwendung, um Italien zur Erfüllung unserer Bedingungen zu veranlassen. Doch niemand von uns wünscht, zur Erreichung ähnlicher Ziele Gewalt anzuwenden.
Nimmt man Punkt 1 des amerikanischen Memorandums, so ist darin nichts über die Zukunft der italienischen Flotte, der italienischen Kolonien, über die Reparationen und andere sehr wichtige Fragen gesagt. So verlieren wir Rechte, die wir entsprechend dem Dokument über die Kapitulation besitzen.
Schließlich muß ich sagen, daß die Kapitulationsbedingungen nicht nur von Großbritannien, sondern auch von anderen Staaten des britischen Empires unterzeichnet wurden, sie wurden von den Dominions Australien, Neuseeland und anderen unterzeichnet, die während des Krieges Verluste erlitten haben. Man wird die Frage mit ihnen erörtern müssen. Außerdem war Griechenland Opfer des italienischen Überfalls. Ich möchte heute nicht weitergehen, als daß ich mich im Prinzip damit einverstanden erkläre, daß der Rat der Außenminister die Arbeit an der Vorbereitung der Friedensbedingungen aufnimmt.
Was die anderen Länder betrifft, von denen hier die Rede war, so muß ich sagen, daß Bulgarien nicht das Recht hat, irgend etwas von Großbritannien zu verlangen. Bulgarien hat uns einen schweren Schlag versetzt und alles getan, um uns auf dem Balkan zu schaden. Es ist natürlich nicht meine Sache, über die Undankbarkeit Bulgariens gegenüber Rußland zu sprechen. Die russische Armee hat Bulgarien seinerzeit vom türkischen Joch befreit, nach vielen Jahren grausamer Gewaltherrschaft.
In diesem Krieg hat Bulgarien fast nichts gelitten, es war Deutschlands Handlanger, und auf dessen Zeichen hin überfiel es Griechenland und Jugoslawien und fügte ihnen schweren Schaden zu. Aber es wird nichts über die Entwaffnung Bulgariens gesagt. Mir scheint, daß es genauso stark ist wie vorher, denn es besitzt 15 Divisionen. Es ist nichts über die Reparationen von Bulgarien gesagt. Ich muß gestehen, daß ich keine große Neigung zu einem baldigen Friedensschluß mit Bulgarien verspüre - jedenfalls weniger als zum Abschluß eines solchen Friedens mit Italien.
Ich bin meinen Kollegen dankbar, daß sie meine Überlegungen geduldig angehört haben. Abschließend muß ich sagen, daß ich in einigen Punkten mit der Meinung des Präsidenten und der Meinung des Generalissimus nicht übereinstimme.
**Stalin:** Mir scheint, daß die Italienfrage eine Frage der großen Politik ist. Die Aufgabe der "großen Drei" besteht darin, von Deutschland als der Hauptkraft der Aggression dessen Vasallen loszureißen. Dazu gibt es zwei Methoden. Erstens die Methode der Gewalt. Diese Methode haben wir mit Erfolg angewandt, und die Truppen der Alliierten stehen in Deutschland sowie auf dem Territorium anderer Länder. Aber diese Methode allein genügt nicht, um die Komplicen von Deutschland loszureißen.
Wenn wir uns auch in Zukunft nur auf die Methode der Gewaltanwendung gegen sie beschränken, dann besteht die Gefahr, daß wir den Boden für eine künftige Aggression Deutschlands vorbereiten. Daher ist es zweckmäßig, die Methode der Gewalt durch die Methode der Erleichterung der Lage dieser Länder zu ergänzen. Es ist meines Erachtens das einzige Mittel - wenn man die Frage perspektivisch anpackt -, daß man diese Länder um sich zusammen-

schließt und sie endgültig von Deutschland losreißt.
Das sind Erwägungen der großen Politik. Alle übrigen Erwägungen wie Rache, wie Kränkung scheiden aus.
Von diesem Standpunkt bewerte ich die Vorlage des Präsidenten der USA. Ich meine, daß diese Vorlage des Präsidenten einer solchen Politik, einer Politik des endgültigen Losreißens der Vasallen von Deutschland durch Erleichterung ihrer Lage, entspricht. Deshalb habe ich keine prinzipiellen Einwände gegen die Leitsätze, die in der Vorlage des Präsidenten aufgestellt werden. Es wird vielleicht einiger redaktioneller Verbesserungen bedürfen.
Jetzt die andere Seite der Frage. Ich meine die Ausführungen von Herrn Churchill. Natürlich hat Italien sich auch an Rußland schwer versündigt. Mit den italienischen Truppen sind wir nicht nur in der Ukraine, sondern auch am Don und an der Wolga zusammengestoßen, so weit sind sie in die Tiefe unseres Landes vorgedrungen.
Aber ich meine, daß es falsch wäre, sich von Erinnerungen an Kränkungen oder Gefühlen der Rache leiten zu lassen und darauf seine Politik aufzubauen. Gefühle der Rache oder des Hasses oder das Gefühl, für erlittene Kränkungen entschädigt werden zu müssen, sind sehr schlechte Ratgeber in der Politik. In der Politik muß man sich meines Erachtens von der Einschätzung der Kräfte leiten lassen.
Die Frage muß so gestellt werden: Wollen wir Italien auf unserer Seite haben, um es von den Kräften zu isolieren, die irgendwann in Deutschland gegen uns aufstehen könnten? Ich meine, daß wir das wollen, und davon müssen wir ausgehen. Wir müssen die ehemaligen Komplicen von Deutschland losreißen.
Viele Schwierigkeiten und Entbehrungen haben uns solche Länder wie Rumänien verursacht, das nicht wenige Divisionen gegen die sowjetischen Truppen eingesetzt hat, und wie Ungarn, das in der letzten Kriegsperiode 20 Divisionen gegen die Sowjettruppen eingesetzt hatte. Einen schweren Schaden hat uns Finnland zugefügt. Ohne Hilfe Finnlands hätte Deutschland die Blockade Leningrads natürlich nicht durchführen können. Finnland hat 24 Divisionen gegen uns eingesetzt.
Weniger Schwierigkeiten und Leid hat uns Bulgarien bereitet. Es half Deutschland beim Überfall und bei der Durchführung der Angriffsoperationen gegen Rußland, aber es ist nicht selbst in den Krieg gegen uns eingetreten und hat keine Truppen gegen die Sowjettruppen eingesetzt. Im Waffenstillstandsabkommen ist vorgesehen, daß Bulgarien seine Truppen für den Krieg gegen Deutschland zur Verfügung stellen muß.
Dieses Abkommen haben die Vertreter der drei Mächte - USA, Großbritannien und UdSSR - unterzeichnet. Im Abkommen heißt es, daß die bulgarische Armee nach der Beendigung des Krieges mit Deutschland zu demobilisieren und auf den Friedensstand zu reduzieren ist. Das müssen wir tun, und das wird geschehen. Bulgarien kann sich der Erfüllung des Abkommens nicht widersetzen und wird es durchführen müssen.
Die Vasallen haben sich an den Alliierten und im Besonderen an der Sowjetunion versündigt.
Wenn wir damit beginnen, uns an ihnen zu rächen, weil sie uns großen Schaden zugefügt haben, so ist das eine mögliche Politik. Ich bin kein Anhänger dieser Politik. Nachdem diese Länder besiegt sind und Kontrollkommissionen der drei Mächte sich dort befinden, damit die Waffenstillstandsbedingungen erfüllt werden, ist es an der Zeit, zu einer anderen Politik überzugehen, zur Politik der Erleichterung ihrer Lage. Und ihre Lage erleichtern heißt, diese Länder von Deutschland loszureißen.
Nun ein konkreter Vorschlag. Soweit ich verstanden habe, schlug Präsident Truman nicht die sofortige Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Italien vor. Präsident Truman schlägt lediglich vor, den Weg zum Abschluß eines solchen Vertrages in nächster Zeit zu erleichtern, und bis dahin schlägt er vor, eine gewisse Interimssituation zwischen den von Italien angenommenen Kapitulationsbedingungen und dem künftigen Friedensvertrag herbeizuführen.

Ich denke, daß es kaum Einwände gegen einen solchen Vorschlag geben kann. Er ist absolut praktikabel und zeitgemäß. Was die anderen Vasallen betrifft, so meine ich, daß es möglich wäre, mit der Herstellung der diplomatischen Beziehungen zu ihnen zu beginnen. Man könnte einwenden, daß es dort keine frei gewählten Regierungen gibt. Aber eine solche Regierung besteht auch in Italien nicht. Doch mit Italien wurden die diplomatischen Beziehungen hergestellt. Es bestehen keine solchen Regierungen in Frankreich und Belgien. Doch es gab keinerlei Bedenken in der Frage der diplomatischen Beziehungen mit diesen Ländern.

**Churchill:** Das waren Verbündete.

**Stalin:** Ich verstehe. Aber Demokratie ist überall Demokratie, ob bei Verbündeten oder bei Vasallen.

**Truman:** Soweit ich verstehe, ist die Lage so. Ich habe einen konkreten Vorschlag bezüglich Italien unterbreitet. Die Waffenstillstandsbedingungen sind von allen unseren drei Staaten unterzeichnet worden.

**Eden:** Wir haben nicht im Namen der Dominions unterzeichnet.

**Truman:** Bei den anderen Vasallen haben die Dominions ebenfalls nicht unterzeichnet. Aber kehren wir zur erörterten Frage zurück. Auf die Tagesordnung wurde die Frage über die Politik gegenüber Italien gesetzt. Die sowjetische Seite hat die Frage Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufgeworfen. Soweit ich verstanden habe, hat der Generalissimus vorgeschlagen, die Frage Italien und die der anderen Vasallenländer unseren Außenministern zur Behandlung zu übergeben.

Es handelt sich um die Ausarbeitung von Interimsbedingungen bis zum Abschluß des Friedensvertrages. Ich bin mit dem Generalissimus völlig einverstanden, daß diese Vorschläge nicht auf Gefühlen der Rache, des Hasses und der Kränkung beruhen dürfen, sondern auf dem Gefühl der Gerechtigkeit, um Möglichkeiten für die friedliche Existenz der gesamten Menschheit zu schaffen, und ich denke, daß wir das hier alles in allem erreichen können.

Ich muß hier einige Worte über die Reparationen von Italien sagen. Die Lage in Italien ist gegenwärtig derart, daß wir vor der Frage stehen, Italien eine Beihilfe in Höhe von 700 Millionen bis zu 1 Milliarde Dollar zu gewähren. Aber ich muß erklären, daß wir anderen Ländern nicht die gleiche Hilfe gewähren können, ohne etwas dafür zu erhalten. Ich meine, daß wir uns hier darum kümmern müssen, Bedingungen vorzubereiten, unter denen die Länder aus eigenen Mitteln leben können.

Ich meine, daß diese beiden Fragen den Außenministern zur Behandlung übergeben werden können, und sie werden die Grundlagen eines Abkommens zu finden verstehen, damit wir zu einer einhelligen Meinung gegenüber diesen Ländern kommen.

**Churchill:** Ich denke, wir alle sind einverstanden, daß die Frage Italien an die Außenminister übergeben werden soll. Ich habe lediglich Einwände gegen die Aufhebung wesentlicher Kapitulationsbedingungen, was uns nur wesentlicher Rechte berauben würde. Ich bin mit dem Präsidenten einverstanden, daß es notwendig ist, die Bedingungen zu erleichtern und gegenüber Italien eine entsprechende Geste zu machen. Ich habe keine Einwände, wenn hier die Erklärung abgegeben wird, daß für Italien ein Friedensvertrag vorbereitet wird.

Ich bin völlig einverstanden mit all dem, was der Generalissimus und der Präsident dazu gesagt haben, daß die Zukunft nicht im Geiste der Rache für erlittene Kränkungen entschieden werden darf. Ich habe mit großer Genugtuung diese Erklärung von den Führern der großen Völker gehört, die sie hier vertreten. Ich hege große Sympathie gegenüber Italien, und in diesem Geiste wird die Regierung Großbritanniens handeln. Ich habe in Bezug auf England das Wort "Reparationen" gebraucht, aber wir beanspruchen für uns natürlich keine Reparationen; wir hatten Griechenland im Auge.

**Truman:** Ich würde vorschlagen, daß die Frage Italien und die der anderen Länder den drei Außenministern überwiesen wird.

**Churchill:** Ich bin einverstanden, daß die vorbereitenden Arbeiten zur Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Italien dem Rat der Außenminister übergeben werden.
**Stalin:** Welchem Rat?
**Churchill:** Dem künftigen Rat der Außenminister. Ich hatte nur einen Vorbehalt bezüglich der Interimsmaßnahmen gemacht. Das kann auf den täglichen Sitzungen unserer Außenminister erörtert werden.
**Stalin:** Ich würde vorschlagen, daß die Außenminister auch die Frage der anderen Länder, die Komplicen Deutschlands waren, erörtern. Ich bitte Herrn Churchill, nichts dagegen einzuwenden. *(Allgemeine Heiterkeit)* Ich bitte, daß die drei Außenminister neben der Italienfrage auch die Frage der anderen Länder erörtern.
**Churchill:** Ich hatte nie Einwände. *(Heiterkeit.)*
**Truman:** Ich bin ebenfalls einverstanden.
Gehen wir zur nächsten Frage über. Die nächste Frage ist der Bericht des Premierministers über die Lage in Österreich und insbesondere in Wien.
**Churchill:** Ich bedauere es sehr, daß ich im Verlauf der heutigen Diskussion mehrere Male nicht die Meinung der sowjetischen Delegation teilen konnte. Aber ich bin der Ansicht, daß die Lage in Österreich und in Wien unbefriedigend ist. Es wurde die Einrichtung von Sektoren und Zonen in Österreich vereinbart. Diese Sache zieht sich schon lange hin.
Vor mehr als zwei Monaten bat ich darum, britischen Offizieren die Einreise nach Wien zu ermöglichen, um die Gebäude zu besichtigen, die wir brauchen werden, Flugplätze, Truppenunterkünfte. Alles das war vorher im Prinzip vereinbart. Unsere Offiziere waren in Wien, aber die Ergebnisse ihres Besuches konnten nicht zufriedenstellen, unsere Missionen mußten die Stadt verlassen und unverrichteter Dinge zurückkehren. Und jetzt wird uns nicht nur der Zugang nach Wien verwehrt, sondern auch der Einzug unserer Truppen in die Zone, auf die wir uns geeinigt haben.
Seit der Befreiung Österreichs durch die sowjetischen Truppen sind bereits drei bis vier Monate vergangen. Ich verstehe nicht, warum bei einer so einfachen Sache solche Schwierigkeiten bestehen, und dies, nachdem über diese Angelegenheit ein Abkommen geschlossen wurde. Mir gehen unbefriedigende Berichte von Feldmarschall Alexander zu. Ich meine, daß wir in Anbetracht des unterzeichneten Abkommens eine solche Genehmigung erteilen sollten.
Gestern bat man mich zu klären, ob eine russische Delegation die in englischer Hand befindlichen Schiffe besichtigen könnte. Auf diese Frage habe ich geantwortet: Aber auf der Basis der Gegenseitigkeit. Wenn deutsche Schiffe, die in England liegen, von russischen Vertretern besichtigt werden können, so muß, wie mir scheint, der Zutritt in feindliche Städte, die unter russischer Besatzung stehen, gewährt werden.
Wir haben unsere Truppen aus der russischen Besatzungszone im Norden Deutschlands abgezogen, die amerikanischen Truppen haben diese Zone ebenfalls geräumt; wir aber haben nicht das Recht, mit unseren Truppen in unsere Zone in Österreich einzuziehen.
**Stalin:** Es gibt ein Abkommen über die Zonen in Österreich, aber es gibt kein Abkommen über die Zonen in Wien. Verständlicherweise erforderte es einige Zeit, um zu einem Abkommen zu kommen. Dieses Abkommen ist jetzt erzielt worden, das war gestern. Man mußte sich über die Zuteilung der Flugplätze einigen. Das erfordert ebenfalls Zeit. Auch darüber wurde ein Abkommen erzielt. Die Antwort der Franzosen ist erst gestern eingetroffen. Jetzt wurde der Tag festgelegt, an dem Ihre Truppen in Wien einrücken und unsere Truppen abrücken sollen. Damit kann man heute oder morgen beginnen.
Herr Churchill ist sehr aufgebracht, aber mit der Angelegenheit hat es ein anderes Bewenden. Man kann nicht sagen: Man läßt uns nicht in unsere Zone. *(Heiterkeit)* So kann man nicht sagen. Uns hat man einen Monat lang nicht in unsere Zone in Deutschland gelassen. Wir haben uns nicht beschwert, wir wußten, wie kompliziert es ist, die Truppen abzuziehen und alles für

den Einmarsch der sowjetischen Truppen vorzubereiten. Die Sowjetregierung hat nicht die Absicht, das bestehende Abkommen zu verletzen. Wenn die Frage der Lage in Österreich und speziell in Wien nur darauf hinausläuft, dann ist sie bereits gelöst. Im Raum Berlin wurde bedeutend vernünftiger gehandelt, und dort wurde die Frage schneller erledigt.
Feldmarschall Alexander handelt weniger umsichtig, und das war ebenfalls einer der Faktoren, der die Angelegenheit verzögerte. Er verhält sich so, als würden ihm die russischen Truppen unterstehen. Das hat die Erledigung der Angelegenheit nur aufgehalten. Die englische und die amerikanische militärische Führung in der Zone in Deutschland haben sich nicht so verhalten. Gegenwärtig steht dem nichts mehr im Wege, daß jede Armee in ihre Zone einrückt, sei es in Wien oder in der Steiermark, und zwar deshalb, weil nunmehr ein Abkommen erzielt wurde.
**Churchill:** Ich bin sehr froh, daß die Angelegenheit schließlich beigelegt ist und uns der Zugang in unsere Zone gestattet wird. Was Feldmarschall Alexander betrifft, so gibt es meines Erachtens keinen Grund zur Klage.
**Stalin:** Über Eisenhower gab es keine Klagen, über Montgomery gab es keine Klagen, aber über Alexander wird geklagt.
**Churchill:** Wir bitten sehr darum, uns diese Klagen vorzulegen.
**Stalin:** Ich möchte nicht als Zeuge im Verfahren gegen Alexander gehört werden, ich habe kein Anklageplädoyer gehalten. *(Heiterkeit)*
**Churchill:** Ich fühle mich verpflichtet zu sagen, daß die Regierung Großbritanniens, da keine spezifischen Klagen gegen Alexander vorliegen, ihm weiterhin ihr volles Vertrauen schenkt. Wir werden alle von ihm unternommenen Schritte unterstützen.
**Stalin:** Ich persönlich habe keine Klagen, ich habe nur vorgetragen, was mir die Oberbefehlshaber mitgeteilt haben, und dies als eine der Ursachen für die Verzögerung bei der Lösung der Frage angeführt.
**Churchill:** An dieser Sache sind wir nicht allein interessiert. Auch die amerikanischen Kommandeure sind daran interessiert.
**Truman:** Ich denke, daß in dieser Frage völlige Übereinstimmung erzielt wurde.
Die nächste Frage - über die Westgrenze Polens. Meines Erachtens hat die sowjetische Delegation Vorstellungen zu dieser Frage.
**Stalin:** Wenn meine Kollegen zur Erörterung dieser Frage nicht vorbereitet sind, so könnten wir vielleicht zur nächsten Frage übergehen und diese Frage morgen erörtern?
**Truman:** Es ist besser, sie morgen zu erörtern. Diese Frage wird die erste auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung sein.
Die nächste Frage - über die territoriale Treuhandschaft.
**Stalin:** Vielleicht erörtern wir diese Frage auch morgen?
**Truman:** Ich bin einverstanden. Unsere Tagesordnung ist erschöpft. Morgen findet die Sitzung um fünf Uhr statt.<<
Die SMAD läßt am 20. Juli 1945 mehrere hundert Glocken zum Einschmelzen in die Sowjetunion transportieren (x111/51).
**WBZ:** Der katholische Kardinal Faulhaber und der evangelisch-lutherische Landesbischof Meiser kritisieren am 20. Juli 1945 die Entnazifizierungsmethoden der US-Militärregierung in Bayern (x111/51): >>... Die Vertreter der beiden christlichen Bekenntnisse in Bayern halten es für ihre Pflicht, bei der Besatzungsbehörde vorstellig zu werden mit der Bitte, in den Strafgerichten über das System des Unheils die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die Schuld der einzelnen durch persönliche Überprüfung, also nicht pauschal, zu bemessen.
Die geistige Umschulung unseres Volkes von den nationalsozialistischen Irrtümern zu den Grundsätzen der christlichen Moral, die Wiederaufrichtung der sozialen Ordnung im Geiste

des Christentums, der wirtschaftliche und kulturelle Aufbau, zu dem wir alle beitragen wollen, dürfen nicht durch vermeidbare Härten in der Rechtspflege gestört werden.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die "Entnazifizierung im Westen" (x026/64-65): >>... Auch in den drei Westzonen wurden insgesamt etwa 250.000 Menschen in Lagern interniert. Als Rechtsgrundlage fungierte die berühmt-berüchtigte Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis zum Sommer 1947 Grundlage der amerikanischen Besatzungspolitik war; danach waren nicht nur alle mutmaßlichen Kriegsverbrecher zu verhaften, sondern auch alle Personen, die die Durchführung der Ziele der Besatzungsmächte gefährden könnten.
Der parteilose Schriftsteller Ernst Salomon, der zusammen mit seiner jüdischen Frau verhaftet und so gründlich "verhört" worden war, daß er einige Zähne verlor, berichtet über seine Lagererfahrungen in der amerikanischen Besatzungszone:
"Geprügelt wurde so gut wie ausnahmslos jeder, der in das Lager eingeliefert wurde; die Amerikaner nannten das "overwork" ("überarbeiten"). Geprügelt wurden selbst diejenigen Internierten, die aus einem anderen Lager kamen, in welchem sie bereits ihren Tribut empfangen hatten, und auch die Generale, die aus dem Kriegsgefangenenlager kamen."
Während in einigen – nicht in allen – US-Lagern ehemalig "Kapos" aus den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten eingesetzt wurden und gewisse vorhersehbare Folgen eintraten, war auch die Behandlung der Gefängnisinsassen nicht immer rechtsstaatlich. Im Malmedy-Prozeß (es ging um den Tod amerikanischer Kriegsgefangener) z.B. mußte sich auf Veranlassung des Verteidigers eine Kommission aus zwei Richtern nachträglich mit den angewandten Verhörmethoden beschäftigen.
Das Ergebnis: Folter dritten Grades war angewendet worden, und "sämtliche Deutsche bis auf 2 in den 139 von uns untersuchten Fällen hatten durch Fußtritte in die Hoden unheilbare Schäden erlitten. Dies war die übliche Untersuchungsmethode unserer amerikanischen Untersuchungsbeamten".
In der britischen Besatzungszone ereigneten sich solche Vorfälle nur sehr selten. Unter französischer Regie allerdings waren Menschenrechtsverletzungen keine Seltenheit. Eine traurige Berühmtheit erreichte das ehemalige NS-KZ Schirmeck/Natzweiler im Elsaß, wo ab 1944 mutmaßliche französische Kollaborateure und Deutsche unter menschenunwürdigen Zuständen interniert waren. ...<<

**21.07.1945**

**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Fünfte Plenarsitzung vom 21. Juli 1945 (x867/...):
>>**Truman:** Über die heutige Sitzung der Außenminister wird Herr Byrnes berichten.
**Byrnes:** Die Außenminister haben die Frage erörtert, wann die Einberufung des Rates der Außenminister erfolgt, und kamen überein, daß der Rat bis spätestens 1. September konstituiert werden soll. Sie vereinbarten auch, daß an die Regierung Chinas und an die Provisorische Regierung Frankreichs Telegramme zu senden sind mit der Einladung zur Teilnahme an der Arbeit des Rates, bevor die Bildung des Rates der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird. Auf Bitte der britischen Delegation wurde die Redaktionskommission, die sich mit dieser Frage beschäftigt, beauftragt, einige geringfügige Abänderungen am Textentwurf vorzunehmen.
Die nächste Frage - wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands. Da der Bericht des Ausschusses über diese Frage eben erst vorgelegt wurde und unsere Delegationen nicht die Möglichkeit hatten, ihn gründlich zu studieren, kamen sie überein, die Erörterung dieser Frage bis auf morgen zu vertagen.
Die nächste war die polnische Frage - über die Liquidierung der Londoner Regierung und die Erfüllung der Erklärung von Jalta. Der Vorsitzende des Ausschusses, der sich mit dieser Frage befaßt, erstattete im Namen des Ausschusses Bericht. Angesichts dessen, daß der Ausschuß keine völlige Einigung erzielen konnte, wurden die Fragen, über die Meinungsverschiedenhei-

ten bestanden, eingehend von den Außenministern erörtert. Die Minister einigten sich über einige dieser Punkte, aber die folgenden Punkte werden den Regierungschefs zur endgültigen Entscheidung übergeben.
Ich denke, daß Ihnen die zur Entscheidung vorgelegten Meinungsverschiedenheiten klarer werden, wenn Sie den Bericht des Ausschußvorsitzenden vor sich haben. Folgende Fragen werden Ihnen zur Entscheidung vorgelegt:
a) der Punkt, der sich auf die Übergabe der Guthaben an die polnische Regierung und auf die Anerkennung der Verpflichtungen gegenüber den Regierungen Großbritanniens und der USA seitens der polnischen Regierung bezieht;
b) der Punkt, der sich auf die Durchführung von Wahlen und auf die Pressefreiheit bezieht.
Über den ersten Punkt der Meinungsverschiedenheiten, die sich auf die Übergabe der Guthaben an die polnische Regierung und die Anerkennung der Verpflichtungen gegenüber der englischen und amerikanischen Regierung durch Polen bezogen, berichtete der Ausschußvorsitzende das Folgende:
Die britische Regierung und die Regierung der USA haben bereits Maßnahmen getroffen, um die Übereignung polnischen Eigentums an Dritte zu verhindern, jenes Eigentums, das sich auf dem Territorium der USA und Großbritanniens befindet und unter der Kontrolle ihrer Regierungen steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.
Sie sind bereit, unverzüglich Maßnahmen zur Übergabe dieses Eigentums an die polnische nationale Regierung nach den gesetzlichen Vorschriften zu treffen. Und zu diesem Zweck sind sie bereit, mit den entsprechenden Vertretern der Provisorischen Polnischen Regierung die Art und Weise und die Termine der Übergabe dieses Eigentums zu erörtern.
Die Formulierung dieses Vorschlages wurde Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten. Die Position der USA-Regierung besteht darin, daß die Frage der Guthaben Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Regierung des polnischen Staates und der USA-Regierung sein soll. Gleichzeitig soll zwischen ihnen auch die Frage der Verpflichtungen der polnischen Regierung erörtert werden. Die Regierung der USA ist überzeugt, daß die Provisorische Polnische Regierung nicht an unserer Bereitschaft zweifelt, sämtliches Eigentum in ihre Verfügung zu übergeben, das ihr nach den bei uns bestehenden Gesetzen gehört.
Deshalb schlagen wir vor, den Punkt, der diese Frage betrifft, folgendermaßen zu formulieren: "Die britische Regierung und die Regierung der USA haben Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Provisorischen Polnischen Regierung als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staat gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.
Wir haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen. Der Provisorischen Polnischen Regierung werden alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden zur Herstellung eines beliebigen Eigentumsrechts des polnischen Staates, das ihm ungesetzlich entzogen worden sein sollte."
Werden wir diesen Punkt der Meinungsverschiedenheiten erörtern, oder kann der Bericht fortgesetzt werden?
**Stalin:** Hören wir zunächst den Bericht an und gehen dann zur Erörterung über.
**Byrnes:** Keine Meinungsverschiedenheiten gab es über den folgenden Punkt: "Die drei Mächte sind darum besorgt, der Provisorischen Polnischen Regierung in der Angelegenheit der Erleichterung der möglichst baldigen Rückkehr aller Polen im Ausland nach Polen behilflich zu sein, und zwar aller Polen im Ausland, die nach Polen zurückzukehren wünschen, einschließlich der Mitglieder der polnischen bewaffneten Streitkräfte und der polnischen Handelsmarine. Sie erwarten, daß den in die Heimat zurückkehrenden Polen die gleichen persönlichen und

eigentumsmäßigen Rechte zugebilligt werden wie allen übrigen polnischen Bürgern."
Meinungsverschiedenheiten gibt es über den folgenden Punkt: "Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die Provisorische Polnische Regierung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz der Abhaltung freier und unbehinderter Wahlen, die so bald wie möglich auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung durchgeführt werden sollen, zugestimmt hat, wobei alle demokratischen und antinazistischen Parteien das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben.
Die drei Mächte geben der ernsten Hoffnung Ausdruck, daß die Wahl so durchgeführt wird, daß aller Welt klar wird: Alle demokratischen und antinazistischen Kreise der polnischen Öffentlichkeit hatten die Möglichkeit, frei ihre Ansichten zu äußern und damit unbeschränkt teilzunehmen an der Wiederherstellung des politischen Lebens im Lande.
Des weiteren erwarten die drei Mächte, daß Vertreter der alliierten Presse die volle Freiheit genießen werden, der Welt über die Entwicklung der Ereignisse in Polen vor und während der Wahlen zu berichten."
Die Meinungsverschiedenheiten bestehen darin, daß die sowjetische Delegation vorschlägt, die beiden letzten Sätze dieses Punktes zu streichen. Herr Eden hat sich damit einverstanden erklärt, unter der Bedingung, daß der Satz über den freien Zugang der Vertreter der alliierten Presse nach Polen bleibt.
Somit ist der erste Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten der Punkt über die Übergabe der Guthaben ohne Erwähnung der Verschuldung.
**Truman:** Mit Rücksicht auf unsere Gesetze ist es unmöglich, von den Guthaben zu sprechen und kein Wort über die Verschuldung zu sagen. Ich hatte mich auch gestern bereits dazu geäußert. Die Vereinigten Staaten haben nicht die Absicht, sich eine derartige Belastung aufzubürden. Wir können nicht die Verpflichtung übernehmen, der polnischen Regierung alle Guthaben zu übergeben, ohne die Verpflichtungen zu erörtern, die sie ihrerseits übernimmt.
**Churchill:** Wir sind einverstanden mit dem Vorschlag des Präsidenten, wonach der polnischen Regierung die Guthaben nur unter der Bedingung übergeben werden, daß gleichzeitig die Verpflichtungen erwähnt werden, die die polnische Regierung übernimmt.
**Byrnes:** Unsere Fassung, die in der Hoffnung auf einen Kompromiß vorgelegt wurde, spricht weder von Guthaben noch von Schulden. Wir sagen, daß die britische Regierung und die Regierung der USA bereits Maßnahmen getroffen haben zum Schutz der Interessen der polnischen Regierung hinsichtlich des Eigentums, das in ihren Gebieten liegt, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.
In dem Entwurf heißt es ebenfalls, daß beide Regierungen bereits Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen haben. Weiterhin wird dort gesagt, daß der polnischen Regierung alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden zur Wiederherstellung eines beliebigen Eigentumsrechts, daß ungesetzlich entzogen worden sein sollte.
**Churchill:** Hier ist weder von Guthaben noch von Verpflichtungen die Rede.
**Byrnes:** Ich hatte bereits über die Momente gesprochen, die unser Entwurf enthält.
**Churchill:** Hier ist nichts gesagt über die Übertragung von Verpflichtungen gegenüber Großbritannien auf die Provisorische Polnische Regierung, und zwar die 120 Millionen Pfund Sterling, die wir der ehemaligen polnischen Regierung in London vorgeschossen haben. Mit anderen Worten, wir befinden uns in der gleichen Lage wie Sie.
**Byrnes:** Wenn die sowjetische Regierung ebenfalls über Eigentum verfügte, das der polnischen Regierung gehört, so könnte diese Frage auf diplomatischem Wege gelöst werden. Meines Erachtens besteht keine Notwendigkeit, öffentlich die Übergabe des der polnischen Regierung gehörenden Eigentums zu erwähnen, das der Regierung Polens nach der Anerkennung durch die Regierung der USA zu übergeben ist.

**Churchill:** Ich fasse es also so auf, daß wir jetzt den Gedanken von den Guthaben und den Verpflichtungen weglassen. Für uns ist diese Frage natürlich wichtiger als für die USA, auf Grund dessen, daß wir der ehemaligen polnischen Regierung in London große Vorschüsse gewährt haben.
**Truman:** Es gefällt mir nicht, wenn hier vorgeschlagen wird, eine öffentliche Erklärung über die Erfüllung dieser Verpflichtungen abzugeben.
**Churchill:** Ich bin mit ihnen einverstanden.
**Stalin:** Gedenkt die britische Regierung die Vorschüsse, die sie zur Erhaltung der polnischen Truppen gewährt hat, von Polen in vollem Umfang zurückzufordern?
**Churchill:** Nein. Das werden wir mit den Polen erörtern.
**Stalin:** Wir haben bestimmte Mittel für die Regierung Sikorski und auch für den Aufbau der Armee der provisorischen nationalen Regierung verwendet. Wir sind aber der Ansicht, daß das polnische Volk diese Schulden mit seinem Blute getilgt hat.
Ich halte den Kompromißvorschlag der amerikanischen Regierung für akzeptabel mit Ausnahme der Stelle, wo es heißt, daß der Provisorischen Polnischen Regierung alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden. Ich schlage vor, statt dessen zu sagen: Der Provisorischen Polnischen Regierung werden entsprechend den gesetzlichen Forderungen alle Möglichkeiten geboten. Mit dieser Abänderung könnte man den Kompromißvorschlag der amerikanischen Delegation annehmen.
**Churchill:** Und wo ist da ein Unterschied?
**Stalin:** Der Unterschied besteht darin, daß die Verzögerung entfällt, die es bei den "üblichen gesetzlichen Maßnahmen" gibt. Wenn man sagt, auf gesetzlicher Grundlage, wird es einfacher sein. Aber das ist letzten Endes eine Kleinigkeit, man kann den Vorschlag der amerikanischen Delegation auch in ihrer Formulierung akzeptieren.
**Byrnes:** Der nächste Punkt, über den es Meinungsverschiedenheiten gab, bezieht sich auf diese Formulierung: "Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die Provisorische Polnische Regierung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz zugestimmt hat ..." usw. Gegen diese Formulierung hatte Herr Eden Einwände.
**Eden:** Ich schlage eine Kompromißformel vor, gegen die seitens der sowjetischen Delegation Einwände erhoben wurden, und zwar: Von den Worten "die drei Mächte geben der ernsten Hoffnung Ausdruck" bis zu den Worten "ihre Ansichten" diese ganze Stelle zu streichen, aber den letzten Satz über die Zulassung von Vertretern der alliierten Presse zu belassen.
**Stalin:** Es ist gut, daß Herr Eden den Interessen und der Würde Polens entgegengekommen ist. Das ist zu begrüßen. Und wenn er noch einen weiteren Schritt in dieser Richtung tut, so werden wir meines Erachtens alle dem Vorschlag zustimmen können. *(Heiterkeit)* In den vorangehenden Zeilen heißt es, daß die polnische Regierung die Krim-Erklärung zu erfüllen hat. Warum soll man diesen Gedanken noch einmal wiederholen?
Ausländische Korrespondenten werden nach Polen kommen und nicht zur polnischen Regierung, sie werden volle Freiheit genießen, es wird von ihrer Seite keine Klagen über die polnische Regierung geben. Wozu ist es nötig, das noch ein weiteres Mal zu wiederholen? Die Polen werden sich dadurch gekränkt fühlen, sie werden darin einen Argwohn sehen, als wollten sie keine Korrespondenten zulassen. Lassen wir doch diesen Punkt enden mit den Worten "Alle demokratischen und antinazistischen Parteien werden das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben", und das übrige streichen wir.
**Churchill:** Das ist kein Kompromiß. *(Heiterkeit)*
**Stalin:** Das ist ein Kompromiß hinsichtlich der polnischen Regierung. *(Heiterkeit)*
**Churchill:** Und ich hatte eher daran gedacht, diese Formulierung zu verstärken als sie abzuschwächen.
**Stalin:** Wozu soll man das tun?

**Truman:** Wir interessieren uns sehr für die Frage der Wahlen in Polen, weil es bei uns sechs Millionen Bürger polnischer Abstammung gibt. Wenn die Wahlen in Polen in voller Freiheit durchgeführt werden und unsere Korrespondenten völlig frei ihre Informationen über die Durchführung und die Ergebnisse der Wahlen mitteilen können, so wird dies für mich als Präsident sehr wichtig sein.
Ich meine, daß die polnische Regierung, wenn sie von vornherein weiß, daß die drei Mächte seitens der polnischen Regierung die Durchführung freier Wahlen und freien Zugang für die Vertreter der Presse der alliierten Länder erwarten, die in den Beschlüssen der Krim-Konferenz enthaltenen Verpflichtungen äußerst sorgfältig erfüllen wird.
**Stalin:** Ich gedenke - sehen Sie, Herr Eden, ich bin zu einem Kompromiß bereit - folgenden Vorschlag einzubringen: nach den Worten "Aufstellung von Kandidaten" ein Komma zu setzen und weiter zu sagen, "und die Vertreter der alliierten Presse werden volle Freiheit genießen, der Welt über den Verlauf und die Ergebnisse der Wahlen zu berichten".
**Truman:** Das sagt mir zu.
**Churchill:** Eine Rolle spielen hier die Worte "nehmen zur Kenntnis" zu Beginn des Absatzes. Ich bin ebenfalls einverstanden.
**Byrnes:** Die nächste Frage - über die Erfüllung des Abkommens von Jalta über das befreite Europa und die Vasallenländer. Die Delegation der USA hat zwei Dokumente zu dieser Frage vorgelegt, aber auf der Sitzung der Außenminister wurde beschlossen, die Erörterung zu vertagen, um die Dokumente studieren zu können. Die Außenminister kamen überein, diese Dokumente der Redaktionskommission zu übergeben. Es entstanden jedoch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob sich die Kommission mit jedem Dokument einzeln befassen oder beide als ein Dokument werten soll.
Die sowjetische Delegation sprach sich für ein einheitliches Dokument aus, die amerikanische Delegation hingegen für zwei selbständige Dokumente. Sie einigten sich, angesichts dessen, daß die Frage der Politik gegenüber Italien und den anderen Vasallen von den Regierungschefs an die Außenminister überwiesen wurde, die Regierungschefs zu bitten, auf der heutigen Sitzung die Frage zu entscheiden, welche Weisung der Redaktionskommission zu geben ist: ein einheitliches Dokument über alle diese Länder vorzubereiten oder zwei Dokumente, ausgehend von den amerikanischen Entwürfen.
**Truman:** Auf der ersten Sitzung hat die amerikanische Delegation zwei Dokumente vorgelegt: das erste über die Politik gegenüber Italien (diese Frage wurde gestern und vorgestern lange erörtert) und das zweite Dokument über die Außenpolitik gegenüber Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland. Wir denken, daß man diese beiden Fragen gesondert behandeln muß, da Italien das erste Land war, das kapituliert und dann am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.
Außerdem bestehen zwischen der Regierung der USA und Italien diplomatische Beziehungen; die Regierung der USA unterhält keine solchen Beziehungen mit den Regierungen der genannten Länder. Doch das bedeutet nicht, daß wir der Meinung sind, die Frage Italien müßte früher als die Frage dieser Länder gelöst werden. Ich wiederhole, wir sind der Ansicht, daß es notwendig ist, diese beiden Fragen gesondert zu behandeln.
**Stalin:** Ich habe eine Abänderung zu den Vorschlägen der Amerikaner zur Frage der Politik gegenüber Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland. Im Prinzip habe ich keine Einwände gegen diese Vorschläge, aber zum zweiten Punkt möchte ich eine Ergänzung einbringen. Im zweiten Punkt heißt es: "Die drei Regierungen erklären" das und das und das, und danach schlage ich vor, die Worte hinzuzusetzen: "Und im gegenwärtigen Augenblick erklären sie, daß sie die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit ihnen für möglich halten."
**Truman:** Ich kann mich damit nicht einverstanden erklären.
**Stalin:** Dann wird man die Erörterung beider Entwürfe - sowohl über Italien als auch über

diese Länder - vertagen müssen.
**Truman:** Wir sind nicht bereit, mit den Regierungen dieser Länder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Außerdem befanden wir uns niemals im Kriegszustand mit Finnland. Doch, wie ich bereits gesagt habe, wenn die Regierungen dieser Länder auf der Grundlage freier Wahlen umgebildet wurden, sind wir bereit, mit ihnen diplomatische Beziehungen herzustellen.
**Stalin:** Ich kann ohne die von mir vorgeschlagene Ergänzung nicht zustimmen.
**Churchill:** Die Zeit geht dahin; wir sitzen hier bereits eine Woche, und wir stellen eine große Zahl von Fragen zurück.
Die Position der britischen Regierung ist in dieser Frage die gleiche wie die der USA.
**Byrnes:** Die folgende Frage - über die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Regierungschefs. Wir sind übereingekommen, daß die Außenminister den Regierungschefs empfehlen werden, die beiden erwähnten Fragen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen, die den Außenministern von den Regierungschefs vorher übergeben worden waren und zu denen die Außenminister weitere Weisungen erhalten möchten, sowie drei Fragen, die auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Regierungschefs unerledigt blieben. Es wird also die folgende Tagesordnung für die heutige Sitzung vorgeschlagen:
1. Die polnische Frage - die Liquidierung der Londoner Regierung und die Erfüllung des Abkommens von Jalta.
2. Die Frage, ob die Redaktionskommission bei der Ausarbeitung der Frage über die Politik gegenüber Italien und den anderen Vasallen eine gesonderte Empfehlung für Italien oder eine einheitliche Empfehlung für alle Länder, von denen hier die Rede ist, vorbereiten soll.
3. Die polnische Westgrenze. Die sowjetische Delegation hat gestern ein Dokument zu dieser Frage vorgelegt.
4. Treuhandschaft. Die sowjetische Delegation hat gestern auch zu dieser Frage ein Dokument vorgelegt.
5. Türkei. Man nimmt an, daß die britische Delegation den Wunsch hat, zu dieser Frage mündlich eine Stellungnahme vorzutragen.
**Truman:** Gestatten Sie mir, eine Erklärung zur Westgrenze Polens abzugeben. In dem Abkommen von Jalta wurde festgelegt, daß das Territorium Deutschlands von den Truppen der vier Mächte - Großbritannien, UdSSR, USA und Frankreich - besetzt wird, von denen jede ihre Besatzungszone erhält. Die Frage der Grenzen Polens wurde auf der Konferenz berührt, aber in dem Beschluß hieß es, daß diese Frage endgültig auf der Friedenskonferenz entschieden werden soll. Auf einer unserer ersten Sitzungen haben wir beschlossen, bei der Erörterung der künftigen Grenzen Deutschlands von den Grenzen Deutschlands im Dezember 1937 auszugehen.
Wir haben unsere Besatzungszonen und die Grenzen dieser Zonen festgelegt. Wir haben unsere Truppen in diese Zonen zurückgezogen, so wie es festgelegt war. Aber jetzt hat offensichtlich eine weitere Regierung eine Besatzungszone erhalten, und das geschah, ohne uns zu konsultieren.
Wenn man der Meinung war, daß Polen zu den Mächten gehören soll, denen eine eigene Besatzungszone zugewiesen wird, hätte man sich darüber früher verständigen müssen. Es ist für uns schwierig, einer solchen Lösung der Frage zuzustimmen, da es zu dieser Frage keinerlei Konsultationen mit uns gegeben hat. Ich bin Polen freundschaftlich gesonnen und werde den Vorschlägen der sowjetischen Regierung über die Westgrenze möglicherweise uneingeschränkt zustimmen, aber ich möchte das nicht jetzt tun, da es dafür einen anderen Ort geben wird, und zwar die Friedenskonferenz.
**Stalin:** In den Beschlüssen der Krim-Konferenz hieß es, nach der Ansicht der drei Regierungschefs soll die Ostgrenze Polens entlang der Curzonlinie verlaufen, womit also die Ost-

grenze Polens auf der Konferenz festgelegt wurde. Was die Westgrenze betrifft, so hieß es in den Beschlüssen der Konferenz, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß. Es hieß dort weiter: Sie, das heißt die drei Regierungen, sind der Ansicht, daß die Meinung der neuen polnischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieses Gebietszuwachses zu gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist.

**Truman:** Ich habe das auch so verstanden. Aber wir waren und sind nicht berechtigt, Polen eine Besatzungszone zuzuweisen.

**Stalin:** Die polnische Regierung der Nationalen Einheit hat bereits ihre Ansicht über die Westgrenze geäußert. Ihre Ansicht ist uns in allem bekannt.

**Truman:** Über diese Westgrenze hat es bislang keine offizielle Erklärung gegeben.

**Stalin:** Ich spreche von der Ansicht der polnischen Regierung. Sie ist uns allen bekannt. Wir können uns jetzt über die Westgrenze Polens einigen, und auf der Friedenskonferenz soll die Westgrenze endgültig sanktioniert werden.

**Truman:** Herr Byrnes hat die Erklärung der polnischen Regierung erst heute empfangen. Wir konnten uns damit noch nicht entsprechend vertraut machen.

**Stalin:** Unser Vorschlag läuft darauf hinaus, daß wir unsere Meinung zum Wunsch der polnischen Regierung, eine solche Westgrenze zu haben, äußern. Ob wir unsere Meinung heute oder morgen äußern, das ist völlig belanglos.

Was die Frage betrifft, daß wir den Polen eine Besatzungszone eingeräumt haben ohne Einverständnis der verbündeten Regierungen, so ist diese Frage nicht exakt gestellt. Die amerikanische Regierung und die britische Regierung haben uns in ihren Noten wiederholt vorgeschlagen, keine polnische Verwaltung in den Westgebieten zuzulassen, solange die Frage der Westgrenze Polens nicht endgültig entschieden ist. Das konnten wir nicht tun, da die deutsche Bevölkerung hinter den zurückweichenden deutschen Truppen nach dem Westen abzog.

Die polnische Bevölkerung dagegen ging vorwärts, nach dem Westen, und unsere Armee brauchte in ihrem Hinterland, in dem Gebiet, das die Armee besetzte, eine örtliche Verwaltung. Unsere Armee kann nicht gleichzeitig eine Verwaltung im Hinterland aufbauen, kämpfen und das Territorium vom Feind säubern. Das ist sie nicht gewohnt. Deshalb haben wir die Polen hereingelassen.

In diesem Sinne antworteten wir damals unseren amerikanischen und englischen Freunden. Wir waren dazu um so mehr bereit, als wir wußten, daß Polen einen Gebietszuwachs westlich von seiner früheren Grenze erhält. Ich weiß nicht, was es unserer gemeinsamen Sache schaden kann, wenn die Polen ihre Verwaltung in dem Gebiet einrichten, das ohnehin bei Polen verbleiben soll. Ich bin am Ende.

**Truman:** Ich habe keine Einwände gegen die hier geäußerte Meinung über die künftige Grenze Polens. Aber wir haben uns geeinigt, daß sich alle Teile Deutschlands unter der Leitung der vier Mächte befinden sollen. Und es wird sehr schwer sein, zu einer gerechten Lösung der Reparationsfrage zu kommen, wenn wichtige Teile Deutschlands von einer Macht besetzt sind, die nicht zu den vier Mächten zählt.

**Stalin:** Haben Sie etwa Angst wegen der Reparationen? Wir können auf die Reparationen aus diesen Gebieten verzichten, bitte sehr.

**Truman:** Wir haben nicht die Absicht, sie zu bekommen.

**Stalin:** Was diese Westgebiete betrifft, so gibt es darüber keinen Beschluß, die Frage bleibt offen. Es wurde nur versprochen, die Grenzen Polens nach dem Westen und Norden auszudehnen.

**Churchill:** Ich hätte viel über den Verlauf der Westgrenze Polens zu sagen, aber, soweit ich verstanden habe, ist dazu jetzt noch nicht die Zeit.

**Truman:** Die Festlegung der künftigen Grenzen ist Sache der Friedenskonferenz.

**Stalin:** Es ist sehr schwer, die deutsche Verwaltung im westlichen Streifen wiederherzustellen - alle sind geflohen.
**Truman:** Sollte die sowjetische Regierung Hilfe bei der Wiederherstellung der deutschen Verwaltung in diesen Gebieten wünschen, so könnte diese Frage erörtert werden.
**Stalin:** Unsere Konzeption, die Konzeption der Russen bei der Einnahme von gegnerischem Territorium im Kriege, besteht in folgendem: Die Armee kämpft, sie geht vorwärts und sorgt sich nur darum, die Schlacht zu gewinnen. Doch damit die Armee vorrücken kann, braucht sie ein ruhiges Hinterland. Sie kann nicht mit dem Feind gleichzeitig an der Front und im Hinterland kämpfen. Die Armee kämpft gut, wenn das Hinterland ruhig ist, wenn das Hinterland mit ihr sympathisiert und sie unterstützt.
Stellen Sie sich die Situation vor, daß die deutsche Bevölkerung entweder ihren zurückweichenden Truppen fluchtartig folgt oder unseren Truppen in den Rücken schießt. Und die polnische Bevölkerung folgt unseren Truppen auf dem Fuße. Bei einer solchen Lage ist es ganz natürlich, daß die Armee bestrebt ist, im Hinterland eine Verwaltung zu haben, die mit ihr sympathisiert und sie unterstützt. Das ist alles.
**Truman:** Das verstehe ich und teile Ihre Gefühle.
**Stalin:** Es gibt keinen anderen Ausweg. Das bedeutet natürlich nicht, daß ich selbst die Grenzen festlege. Wenn Sie die von der polnischen Regierung vorgeschlagene Linie nicht billigen, so bleibt die Frage offen. Das ist alles.
**Churchill:** Aber kann man die Frage ohne Entscheidung lassen?
**Stalin:** Irgendwann wird man sie entscheiden müssen.
**Churchill:** Es steht noch die Frage der Lieferungen. Die Frage der Lebensmittellieferungen ist eine sehr wichtige Frage, weil dies die wichtigsten Gebiete für die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung sind.
**Stalin:** Aber wer wird dort arbeiten, Getreide produzieren? Außer den Polen ist niemand da zum Arbeiten.
**Truman:** Wir können eine Einigung erzielen. Ich denke, daß der Kern der Frage, die vor uns steht und uns bewegt, darin liegt, welche Verwaltung es in diesen Gebieten geben wird. Uns interessiert auch die Frage, ob diese Gebiete während der Besatzungszeit ein Teil Deutschlands oder Polens sein werden.
Das Problem besteht in folgendem: Wir haben eine Besatzungszone, die Franzosen haben eine Besatzungszone, eine Besatzungszone hat auch England und die Sowjetunion. Ich möchte wissen, ob die Gebiete, von denen jetzt die Rede ist, zur sowjetischen Besatzungszone gehören. Ich denke, daß wir zu gegebener Zeit ein Abkommen über die künftigen Grenzen Polens erzielen können, aber jetzt interessiert mich die Frage dieser Gebiete für die Zeit der Besetzung.
**Stalin:** Auf dem Papier sind es zur Zeit noch deutsche Gebiete. In Wirklichkeit, de facto, sind es polnische Gebiete.
**Truman:** Was ist mit der örtlichen Bevölkerung geschehen? Sie zählt dort allem Anschein nach an die drei Millionen.
**Stalin:** Die Bevölkerung ist weggegangen.
**Churchill:** Wenn das so ist, so werden sie sich folglich in den Gebieten ernähren, in die sie gegangen sind, wenn diese Gebiete, die von Deutschen verlassen wurden, Deutschland nicht übergeben und Deutschland nicht zur Verfügung stehen werden. Ich sehe das so, daß nach dem Plan der polnischen Regierung, der, soweit ich verstanden habe, von der sowjetischen Regierung unterstützt wird, ein Viertel der Nutzfläche Deutschlands von 1937 von diesem losgerissen wird.
Was die Bevölkerung betrifft, so stellt sich heraus, daß drei oder vier Millionen Polen aus dem Osten in die Westgebiete umgesiedelt werden. Die Vorkriegsbevölkerung Deutschlands be-

trug in diesen Gebieten nach russischen Angaben achtundeinviertel Millionen, das heißt, daß außer den ernsten Schwierigkeiten, die mit der Umsiedlung einer so großen Zahl von Menschen verbunden sind, eine unvergleichlich große Last den anderen Teilen Deutschlands aufgebürdet und das Lebensmittelproblem dennoch nicht gelöst wird.

**Truman:** Wenn Frankreich Lust bekommt, das Saargebiet und das Ruhrgebiet zu erhalten, und wenn wir Frankreich das Saargebiet und das Ruhrgebiet geben, was bleibt dann noch von Deutschland?

**Stalin:** Darüber gibt es keinen Beschluß. Aber bezüglich der Westgrenze Polens gibt es einen Beschluß - den Beschluß, daß Polen einen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten soll.

**Churchill:** Noch eine Bemerkung zur Erklärung von Generalissimus Stalin, daß alle Deutschen diese Gebiete verlassen hätten. Es gibt andere Meldungen, die besagen, daß dort immerhin 2 bis 2,5 Millionen Deutsche geblieben sind. Natürlich müßte man diese Zahl prüfen.

**Stalin:** Natürlich, man muß überprüfen. Wir haben die Frage der Grenze erörtert und sind jetzt bei der Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands angelangt. Wenn Sie diese Frage erörtern möchten, bitte, ich habe keine Einwände.

**Churchill:** Es ist richtig, daß die Grenze zur Verhandlung stand und wir jetzt zur Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands übergegangen sind. Aber ich habe dies nur erwähnt, weil die Grenzfrage uns große Schwierigkeiten bei der Lösung einiger anderer Fragen bereiten wird.

**Stalin:** Ich stimme zu, daß es gewisse Schwierigkeiten mit der Versorgung Deutschlands gibt, aber die Hauptschuldigen an diesen Schwierigkeiten sind die Deutschen selbst. Der Krieg hat dazu geführt, daß von den acht Millionen Deutschen fast niemand dort verblieben ist. Nehmen Sie Stettin; es hatte 500.000 Einwohner, und als wir in Stettin einzogen, waren nur 8.000 übriggeblieben.

In Ostpreußen haben sich die Deutschen so verhalten: Der größte Teil ist nach dem Westen abgezogen, in das Hinterland der eigenen Truppen, ein anderer Teil ist in das Gebiet Königsberg zu den Russen gegangen. Als wir die Zone erreichten, die als Gebietszuwachs für Polen bestimmt ist, war kein Deutscher mehr da, nur die Polen sind geblieben. So lagen die Dinge.

In der Zone zwischen Oder und Weichsel haben die Deutschen ihre Felder verlassen, die Felder werden von den Polen bestellt und abgeerntet. Die Polen werden kaum bereit sein, den Deutschen abzugeben, was sie bestellt haben. Das ist die Situation, wie sie sich in diesen Gebieten entwickelt hat.

**Truman:** Ich möchte noch einmal wiederholen: Meines Erachtens sind jenen Mächten Besatzungszonen einzuräumen, über die ein Beschluß vorliegt. Ich wende mich nicht dagegen, daß die Frage der Grenzen Polens behandelt wird, aber ich meine, daß wir diese Frage hier nicht entscheiden können.

**Churchill:** Wir haben zugestimmt, daß Polen auf Kosten Deutschlands für das Gebiet, das es östlich der Curzonlinie verloren hat, entschädigt wird. Jetzt verlangt Polen von uns weit mehr, als es im Osten abgibt. Ich bin nicht der Ansicht, daß dies zum Wohle Europas geschieht, von den Alliierten ganz zu schweigen. Wenn drei oder vier Millionen Polen östlich der Curzonlinie umgesiedelt werden, so könnten zwei oder drei Millionen Deutsche im Westen umgesiedelt werden, um für die Polen Platz zu schaffen.

Aber die Umsiedlung von acht Millionen Menschen, das ist eine Sache, die ich nicht unterstützen kann. Die Entschädigung soll dem Verlust entsprechen. Anders wäre es auch für Polen selbst nicht gut. Wenn die Deutschen, wie Generalissimus Stalin gesagt hat, die Gebiete östlich und westlich der Oder verlassen haben, so sollte man auf sie einwirken, wieder dorthin zurückzukehren.

Jedenfalls sind die Polen nicht berechtigt, eine katastrophale Lage in der Lebensmittelversor-

gung der deutschen Bevölkerung zu schaffen. Ich möchte diesen Gesichtspunkt noch einmal unterstreichen. Ich möchte, daß der Generalissimus unseren Schwierigkeiten ebensoviel Verständnis entgegenbringt wie, so hoffe ich, wir den seinen.
Wir wünschen nicht, daß eine zahlenmäßig gewaltige deutsche Bevölkerung ohne jede Nahrungsmittelquellen uns überlassen bleibt. Nehmen wir beispielsweise die gewaltige Bevölkerung im Ruhrgebiet, im Kohlenrevier. Diese Bevölkerung befindet sich in der englischen Besatzungszone. Wenn für sie nicht hinreichend Lebensmittel bereitgestellt werden, so entsteht in unserer eigenen Zone eine Lage wie in den deutschen Konzentrationslagern.
**Stalin:** Dennoch, Deutschland ist ohne Getreideimporte nicht ausgekommen und wird nicht auskommen.
**Churchill:** Ja, natürlich, es wird aber nicht die Möglichkeit haben, sich zu ernähren, wenn man ihm die Ostgebiete wegnimmt.
**Stalin:** Sollen sie von den Polen Getreide kaufen.
**Churchill:** Wir sind nicht der Ansicht, daß dieses Gebiet polnisches Gebiet ist.
**Stalin:** Dort leben Polen. Sie haben die Felder bestellt. Wir können nicht von den Polen fordern, daß sie die Felder bestellen und das Getreide an die Deutschen abgeben.
**Churchill:** Außerdem muß ich darauf hinweisen, daß die Bedingungen in den von den Polen besetzten Gebieten überhaupt sehr merkwürdig sind. Man teilt mir beispielsweise mit, daß die Polen schlesische Kohle an Schweden verkaufen. Sie tun dies zur gleichen Zeit, wo wir in England unter spürbarem Kohlenmangel leiden und überdies der kälteste und härteste Winter ohne Brennstoff bevorsteht. Wir gehen von dem allgemeinen Prinzip aus, daß die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung Deutschlands in den Grenzen von 1937 nach der Bevölkerungszahl erfolgen soll, unabhängig davon, in welcher Zone sich die Lebensmittel und die Kohle befinden.
**Stalin:** Aber wer wird diese Kohle fördern? Die Deutschen fördern nicht, die Polen fördern, sie arbeiten.
**Churchill:** Aber sie arbeiten in Schlesien.
**Stalin:** Aber dort sind alle Herren geflohen.
**Churchill:** Sie sind weggegangen, weil die Kampfhandlungen sie aufgeschreckt haben, aber da der Krieg beendet ist, könnten sie zurückkehren.
**Stalin:** Sie wollen nicht, und die Polen sehen das nicht gern.
**Churchill:** Ich war gestern tief berührt von dem Wort des Generalissimus, als er davon sprach, daß es nicht am Platze wäre, sich bei der Behandlung der Probleme der Gegenwart und der Zukunft von Gefühlen der Rache leiten zu lassen. Ich meine deshalb, daß meine heutigen Gedanken bei ihm Verständnis finden müßten, da es ungerecht wäre, eine so gewaltige Zahl Deutscher zu uns zu schicken, während die Polen allen Vorteil für sich hätten.
**Stalin:** Ich spreche von den Unternehmern, die aus dem Kohlenrevier geflohen sind. Wir selbst kaufen jetzt Kohle bei den Polen, weil es bei uns in einigen Gebieten, beispielsweise im Baltikum, an Kohle mangelt.
**Truman:** Offensichtlich ist es eine vollendete Tatsache, daß man Polen einen beträchtlichen Teil Deutschlands zur Besetzung übergeben hat. Was bleibt dann noch zur Reparationsentnahme? Selbst bei uns in den USA fehlt es an Kohle.
Doch dessen ungeachtet liefern wir in diesem Jahr 6,5 Millionen Tonnen Kohle nach Europa. Ich meine, daß dieser Teil Deutschlands und namentlich das Kohlenrevier sowohl im Hinblick auf die Reparationen als auch im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung als bei Deutschland verblieben zu betrachten ist. Ich meine, daß die Polen nicht das Recht haben, sich diesen Teil Deutschlands zu nehmen. Wir erörtern jetzt die Frage der künftigen Grenzen Polens. Aber ich meine, daß wir diese Frage nicht hier entscheiden können, sie muß auf der Friedenskonferenz entschieden werden.

**Stalin:** Wer wird dort Kohle fördern? Uns, den Russen, fehlen in den eigenen Betrieben Arbeitskräfte. Bei den Deutschen sind alle Arbeiter zur Armee gegangen - die Goebbelspropaganda hat ihr Ziel erreicht. Es bleibt die Möglichkeit, entweder die gesamte Produktion einzustellen oder die Angelegenheit den Polen zu übergeben. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Was die Kohle betrifft, so muß ich sagen, daß die Polen in den alten Grenzen ein eigenes, sehr reiches Kohlenrevier besaßen. Diesem Kohlenrevier wurde das Kohlenrevier Schlesien angeschlossen, das den Deutschen gehört hat. Dort arbeiten Polen. Wir können nicht die von den Polen geförderte Kohle nehmen.
**Churchill:** In den Gruben in Schlesien arbeiten, wenn ich recht verstehe, polnische Arbeiter. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß diese Gruben im Auftrag der Sowjetregierung in der sowjetischen Besatzungszone arbeiten, nicht aber der polnischen Regierung in einer Zone, die Polen nicht zur Besetzung übergeben wurde.
**Stalin:** Das würde insgesamt die Beziehungen zwischen zwei befreundeten Staaten stören. Darüber hinaus bitte ich Herrn Churchill zu bedenken, daß den Deutschen selbst Arbeitskräfte fehlen. Die meisten Betriebe, auf die wir während des Vormarsches stießen, wurden von ausländischen Arbeitern bedient, von Italienern, Bulgaren, Franzosen, Russen, Ukrainern und anderen. Das waren alles Arbeiter, die von den Deutschen zwangsweise aus ihrer Heimat weggetrieben wurden. Als die russischen Truppen in diese Gebiete kamen, werteten das die ausländischen Arbeiter als Befreiung und fuhren nach Hause. Wo sind die deutschen Arbeiter? Sie wurden zum größten Teil zur deutschen Armee eingezogen und während des Krieges entweder getötet oder gefangengenommen.
Es entstand eine Situation, wo die große deutsche Industrie mit einer geringen Zahl deutscher Arbeiter und zahlreichen ausländischen Arbeitern funktionierte. Als diese ausländischen Arbeiter befreit wurden, gingen sie weg, und die Betriebe standen ohne Arbeiter da. Jetzt ist die Lage so, daß man diese Betriebe entweder schließen oder der einheimischen Bevölkerung, das heißt den Polen, die Möglichkeit geben muß, dort zu arbeiten. Man kann die Polen jetzt nicht vertreiben. Die Lage hat sich spontan so entwickelt. Dafür kann man niemandem die Schuld geben.
**Attlee:** Ich möchte einige Worte zur gegenwärtigen Situation vom Standpunkt der Besatzungsmächte in Deutschland sagen. Wenn wir von der Frage der endgültigen Grenze zwischen Polen und Deutschland absehen, so sehen wir vor uns ein Land, in dem Chaos herrscht und das früher eine wirtschaftliche Einheit darstellte. Wir haben ein Land vor uns, das in der Lebensmittel- und zum Teil in der Kohlenversorgung von seinen Ostgebieten abhängig war, die teilweise von Polen bewohnt wurden. Meines Erachtens müssen die Hilfsquellen ganz Deutschlands von 1937 zum Unterhalt und zur Versorgung der gesamten deutschen Bevölkerung genutzt werden, und wenn ein Teil Deutschlands vorher abgetrennt wird, so schafft das große Schwierigkeiten für die Besatzungsmächte in der westlichen und südlichen Zone.
Wenn Arbeitskräfte für die Ostgebiete benötigt werden, so müssen sie unter der Bevölkerung im übrigen Deutschland gefunden werden, unter dem Teil der deutschen Bevölkerung, der demobilisiert oder aus der Arbeit in der Rüstungsindustrie freigesetzt ist. Und diese Arbeitskräfte müssen dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen bringen können, damit die Alliierten in den kommenden Monaten nicht in eine schwierige Lage geraten.
**Stalin:** Vielleicht nimmt Herr Attlee zur Kenntnis, daß Polen ebenfalls unter den Kriegsfolgen zu leiden hat und ebenfalls ein Verbündeter ist.
**Attlee:** Ja, aber es bekommt Vorteile.
**Stalin:** Gegenüber Deutschland. So soll es auch sein.
**Attlee:** Nein, gegenüber den anderen Alliierten.
**Stalin:** Das ist bei weitem nicht so.
**Truman:** Ich möchte offen sagen, was ich zu dieser Frage denke. Ich kann nicht zustimmen,

daß Deutschland in den Grenzen von 1937 der östliche Teil weggenommen wird, und zwar im Hinblick auf die Lösung der Frage der Reparationen sowie der Lebensmittel- und Kohlenversorgung der gesamten deutschen Bevölkerung.
**Churchill:** Wir haben diese Frage noch nicht abgeschlossen. Daneben haben wir natürlich auch angenehmere Fragen. *(Heiterkeit)*
**Truman:** Ich schlage vor, die Sitzung jetzt zu schließen; vielleicht denken wir über diese Frage nach. Damit bin ich einverstanden.
**Stalin:** Das kann man, ich bin damit auch einverstanden.
**Truman:** Morgen ist die Sitzung um fünf Uhr.<<
**CSR:** Handelsminister Ripka erklärt am 21. Juli 1945 während einer Pressekonferenz (x111/-52): >>... Ich möchte feststellen, daß wir viel zu nachsichtig gewesen sind und daß die Fälle, in denen wir vielleicht etwas zu streng umgingen, Ausnahmeerscheinungen waren. Bisher haben nur wenige Deutsche unsere Heimat verlassen.
Ich bin mir durchaus bewußt, daß eine Umsiedlung eine brutale Maßnahme ist, doch kann nur auf diese Weise unser Problem gelöst werden. Jedenfalls ist es eine Unmöglichkeit, Tschechen und Deutsche in einem Staat gemeinsam leben zu lassen. Maximal werden wir 800.000 Mitglieder einer Minderheit bei uns lassen.<<
**22.07.1945**
**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Sechste Plenarsitzung vom 22. Juli 1945 (x867/...): >>*(Truman eröffnet die Sitzung.)*
**Stalin:** Ich möchte mitteilen, daß die sowjetischen Truppen heute mit dem Abzug ihrer Truppen in Österreich begonnen haben, wo sie sich in einigen Gebieten bis zu 100 km zurückziehen müssen. Der Abzug wird am 24. Juli abgeschlossen sein. In Wien sind die Vorausabteilungen der alliierten Truppen bereits eingezogen.
**Churchill:** Wir sind dem Generalissimus sehr dankbar, daß er die Erfüllung des Abkommens so schnell in Angriff genommen hat.
**Truman:** Auch die amerikanische Regierung spricht ihren Dank aus.
**Stalin:** Wozu der Dank, wir sind dazu verpflichtet.
*(Die englische Delegation berichtet ferner, daß die Außenminister auf ihrer Vormittagssitzung folgende Fragen erörtert haben:*
Erste Frage - die Erklärung von Jalta über das befreite Europa.
*Die Minister haben sich mit dem Memorandum befaßt, das die USA-Delegation am 21. Juli vorgelegt hat. Dieses Memorandum betraf drei Fragen: erstens die Beobachtung der Wahlen in einigen europäischen Ländern; zweitens die Schaffung günstiger Bedingungen für die Vertreter der Weltpresse in den befreiten Ländern und ehemaligen Vasallenländern; drittens das Verfahren in der Arbeit der Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn.*
*Die britische Delegation hat sich mit dem Memorandum der USA einverstanden erklärt. Die sowjetische Delegation hat sich mit dem Vorschlag über die Beobachtung der Wahldurchführung nicht einverstanden erklärt.*
*Was die zweite und dritte Frage betrifft, hinsichtlich der Pressevertreter und des Arbeitsverfahrens für die Kontrollkommissionen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn, so wurde beschlossen, diese Vorschläge einem Ausschuß zur Erörterung zu überweisen, dem angehören: für die USA - Cannon und Russell, für die UdSSR - Sobolew, für Großbritannien - Hayter.*
*Die sowjetische Delegation hat beschlossen, ein Memorandum vorzulegen, das die in letzter Zeit eingetretenen Verbesserungen im Status der britischen und amerikanischen Vertreter in den Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn darlegt. Die sowjetische Delegation hat sich auch bereit erklärt, ein Memorandum über die Veränderungen vorzubereiten, die sie im Zusammenhang mit dem Arbeitsverfahren der Alliierten Kommission in Italien für erforderlich und notwendig hält.*

Zweite Frage - wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands.
*Es wurde ein Bericht des Wirtschaftsausschusses vorgelegt. Die Delegation der USA hat gebeten, die Erörterung der Reparationsfrage bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Die sowjetische Delegation hat vorgeschlagen, jene wirtschaftlichen Grundsätze zu behandeln, die im Ausschuß gebilligt wurden. Die Außenminister beschlossen daher, nur die gebilligten Grundsätze zu beraten und weder strittige Grundsätze noch die Reparationsfrage zu berühren. Es wurde beschlossen, daß die Reparationsfrage als erster Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung der Außenminister am 23. Juli gesetzt wird.*
*Die Punkte 11, 12, 14, 15 und 17 wurden angenommen unter der Bedingung, daß über die übrigen, noch strittigen Punkte eine Einigung erzielt wird.*
*Was die übrigen Punkte betrifft, so kam man zu Punkt 10 überein, den letzten Satz so zu ändern, daß er folgendermaßen lautet:*
*"Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, empfohlen durch die interalliierte Reparationskommission und bestätigt durch die beteiligten Regierungen, entweder zu entfernen oder, falls sie nicht entfernt werden kann, zu vernichten."*
*Die Punkte 13, 16 und 18 wurden auf eine spätere Erörterung vertagt.*
*Die Minister beschlossen, der heutigen Sitzung der Regierungschefs folgende Tagesordnung vorzuschlagen:*
*1. Westgrenze Polens - Wiederaufnahme der Diskussion.*
*2. Treuhandschaft - die Frage wurde auf der gestrigen Sitzung der Regierungschefs vertagt.*
*3. Türkei - die Frage wurde ebenfalls auf der gestrigen Sitzung vertagt.*
*4. Teilweise Veränderung der Westgrenze der UdSSR - Vorschläge der sowjetischen Delegation.*
*5. Iran - das Memorandum wurde von der Delegation des Vereinigten Königreiches am 21. Juli vorgelegt.*
*Es wurde beschlossen, einige weitere Punkte auf die morgige Sitzung der Außenminister zu vertagen. Es sind dies folgende Fragen:*
*1. Zusammenarbeit bei der Lösung dringender europäischer Wirtschaftsprobleme - Vorschläge der USA-Delegation.*
*2. Direktive der Regierungschefs hinsichtlich der Kontrolle über Deutschland gemäß den von ihnen vereinbarten Grundsätzen - Vorschlag der USA-Delegation.*
*3. Tanger - Vorschlag der sowjetischen Delegation.*
*4. Syrien und Libanon-Vorschläge der sowjetischen Delegation.)*
**Truman:** Sind Sie damit einverstanden, daß diese Punkte den Außenministern zur Beratung auf ihrer morgigen Sitzung übergeben werden?
**Churchill:** Ich weiß nicht, was es mit den Vorschlägen zu Syrien und Libanon auf sich hat. Diese Frage berührt uns mehr als jeden anderen Staat. Meine Kollegen berührt diese Frage nicht, denn dort sind lediglich britische Truppen beteiligt. Natürlich hatten wir Schwierigkeiten mit Frankreich wegen dieser Frage. Wir sind bereit, uns aus Syrien und Libanon zurückzuziehen, wir haben dort nichts verloren. Aber gegenwärtig geht das nicht, denn sobald die Engländer abziehen, wird man anfangen, die Franzosen umzubringen. Ich möchte wissen, woran speziell gedacht ist, bevor ich eine Entscheidung treffen kann. Vielleicht kann das hier geschehen?
**Stalin:** Bitte. Es geht um folgendes. Die Regierung Syriens hat sich an die Sowjetunion gewandt, wir sollten uns in diese Angelegenheit einschalten. Bekanntlich haben wir uns in einer Note zu dieser Frage an die französische, britische und amerikanische Regierung gewandt. Wir wünschten eine entsprechende Information dazu, weil auch wir daran interessiert sind. Natürlich kann man die Frage vorher auf der Sitzung der Außenminister behandeln.

**Churchill:** Ich bin dafür, daß die ersten drei Punkte den Außenministern zur Behandlung überwiesen werden, daß aber die Frage Syrien und Libanon hier erörtert wird.
**Stalin:** Bitte.
**Truman:** Ich schlage vor, die ersten drei Fragen den Außenministern zu übergeben und die Frage Syrien und Libanon hier durch die Regierungschefs zu behandeln, nachdem die auf der Tagesordnung stehenden Fragen erledigt sind.
Gehen wir zum ersten Punkt der Tagesordnung über - Westgrenze Polens. Der Standpunkt der amerikanischen Regierung zu dieser Frage wurde gestern dargelegt.
**Churchill:** Ich habe gehört, Herr Präsident, daß Sie sagten, Sie hätten Ihren Standpunkt bereits gestern dargelegt. Ich habe zu den bereits geäußerten Auffassungen ebenfalls nichts hinzuzufügen.
**Truman:** (zu Stalin) Haben Sie etwas hinzuzufügen?
**Stalin:** Haben Sie sich mit der Erklärung der polnischen Regierung bekannt gemacht?
Ja, ich habe sie gelesen.
**Churchill:** Dieses Schreiben von Bierut?
**Stalin:** Ja, das Schreiben von Bierut und Osóbka-Morawski.
**Churchill:** Ja, ich habe es durchgelesen.
**Stalin:** Beharren die Delegationen weiterhin auf ihrer vorherigen Meinung?
**Truman:** Das ist offensichtlich.
**Stalin:** Die Frage bleibt offen.
**Truman:** Können wir zur nächsten Frage übergehen?
**Churchill:** Was heißt das - bleibt offen? Das bedeutet, daß nichts dazu unternommen wird?
**Truman:** Wenn die Frage offen bleibt, können wie sie noch einmal erörtern.
**Churchill:** Es bleibt zu hoffen, daß diese Frage bis zu unserer Abreise ausreift.
**Stalin:** Vielleicht.
**Churchill:** Es wäre sehr schade, wenn wir auseinandergingen, ohne diese Frage entschieden zu haben, die unbedingt in den Parlamenten der ganzen Welt erörtert werden wird.
**Stalin:** Dann lassen Sie uns die Bitte der polnischen Regierung erfüllen.
**Churchill:** Dieser Vorschlag ist für die britische Regierung völlig unannehmbar. Ich habe gestern eine ganze Reihe von Gründen genannt, warum dieser Vorschlag unannehmbar ist. Es wird Polen nicht gut bekommen, ein so großes Territorium zu besitzen. Es wird zur Untergrabung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands führen und den Besatzungsmächten im Hinblick auf die Versorgung des westlichen Teils Deutschlands mit Lebensmitteln und Brennstoffen eine außerordentliche Last aufbürden.
Wir haben überdies einige moralische Bedenken, ob eine Umsiedlung dieser Größenordnung erwünscht ist. Wir stimmen einer Umsiedlung im Prinzip zu, aber in der gleichen Größenordnung, in der Bevölkerung östlich der Curzonlinie umgesiedelt wird. Wenn es allerdings um die Umsiedlung von acht oder neun Millionen Menschen geht, so halten wir das für falsch.
Die Meldungen zu dieser Frage sind sehr widersprechend. Nach unseren Angaben gibt es dort acht oder neun Millionen Menschen; nach sowjetischen Angaben sind diese Menschen alle von dort weggegangen. Uns scheint, solange diese Meldungen nicht überprüft sind, können wir von unseren Zahlen ausgehen; solange wir nicht die Möglichkeit haben zu überprüfen, was dort wirklich vorgeht. Ich könnte noch weitere Ursachen anführen, doch ich will die Konferenz nicht belasten.
**Stalin:** Ich möchte gegen die Gründe, die Herr Churchill angeführt hat, keine Einwände vorbringen, aber eine Reihe von Gründen halte ich doch für besonders wichtig.
Über Brennstoffe. Man sagt, Deutschland behält keine Brennstoffe. Aber es bleibt doch das Rheinland, dort gibt es Brennstoffe. Es wird Deutschland keine nennenswerten Schwierigkeiten bereiten, wenn es die schlesische Kohle verliert; die wichtigsten Brennstoffvorkommen

Deutschlands liegen im Westen.
Die zweite Frage - die Umsiedlung der Bevölkerung. Es gibt in diesen Gebieten keine acht, keine sechs, keine drei und keine zwei Millionen Bevölkerung. Die Leute dort sind entweder zur Armee eingezogen worden und sind dann gefallen oder gefangengenommen worden, oder sie haben diese Gebiete verlassen. Es sind nur wenige Deutsche in diesem Gebiet geblieben. Aber das kann man überprüfen. Könnte man es nicht so einrichten, daß wir die Meinung der polnischen Vertreter über die Grenze Polens anhören?
**Churchill:** Ich kann diesen Vorschlag zur Zeit nicht unterstützen angesichts der Meinung, die der Präsident hier zur Einladung der Vertreter Jugoslawiens geäußert hat.
**Stalin:** Man soll die Vertreter Polens zum Rat der Außenminister in London einladen und sie dort anhören.
**Truman:** Ich habe keine Einwände dagegen.
**Churchill:** Aber Herr Präsident, der Rat der Außenminister wird doch erst im September zusammentreten.
**Stalin:** Und dann wird der Rat die Vertreter der polnischen Regierung nach London einladen.
**Churchill:** Um die Information zu überprüfen?
**Stalin:** Bis dahin werden alle drei Seiten Informationen eingeholt haben.
**Churchill:** Das bedeutet doch aber nur die Überweisung einer schwierigen Frage von dieser Konferenz an den Rat der Außenminister, dabei kann doch diese Konferenz die Frage entscheiden.
**Stalin:** Ich meine auch, daß sie es kann. Ausgehend von dem Beschluß der Krim-Konferenz, sind wir verpflichtet, die Meinung der polnischen Regierung zur Frage der Westgrenze Polens anzuhören.
**Truman:** Das ist richtig. Ich denke, daß man den sowjetischen Vorschlag, der Rat der Außenminister solle Vertreter der polnischen Regierung nach London einladen, annehmen soll. Das schließt aber natürlich keinesfalls die Möglichkeit aus, diese Frage auf der gegenwärtigen Konferenz zu erörtern.
**Stalin:** Ich schlage vor, die Vertreter der polnischen Regierung zum Rat der Außenminister im September nach London einzuladen und dort ihre Meinung anzuhören.
**Churchill:** Das ist eine andere Frage. Ich dachte, es geht um die Überprüfung der Angaben über die Zahl der Deutschen in diesen Gebieten.
**Stalin:** Es geht um die Westgrenze Polens.
**Churchill:** Aber wie kann man dort die Grenzfrage entscheiden, wo doch diese Frage auf der Friedenskonferenz entschieden werden soll?
**Truman:** Ich halte es für nützlich, die Polen im Rat der Außenminister in London anzuhören.
**Stalin:** Richtig.
**Churchill:** Ich bedaure, daß die Entscheidung einer so wichtigen und dringenden Frage einem Organ überlassen wird, das weniger Autorität besitzt als unsere Konferenz.
**Stalin:** Dann laßt uns die Polen hierher einladen, und wir hören sie hier an.
**Churchill:** Ich würde dies vorziehen, da die Frage drängt. Es ist aber nicht schwer vorauszusehen, was die Polen fordern werden. Sie werden natürlich mehr fordern als das, wozu wir zustimmen können.
**Stalin:** Wenn wir aber die Polen einladen, können sie uns nicht vorwerfen, daß wir die Frage entschieden haben, ohne sie anzuhören. Ich möchte, daß seitens der Polen kein solcher Vorwurf gegen uns erhoben werden kann.
**Churchill:** Ich erhebe keine Vorwürfe gegen sie.
**Stalin:** Nicht Sie, sondern die Polen werden sagen: Man hat die Grenzfrage entschieden, ohne uns zu hören.
**Churchill:** Ich habe jetzt verstanden.

**Truman:** Muß man die Frage so schnell entscheiden? Ich wiederhole, meines Erachtens muß die endgültige Entscheidung dieser Frage der Friedenskonferenz überlassen werden, wir selbst können diese Frage nicht entscheiden. Aber ich denke, daß die Erörterung dieser Frage hier sehr nützlich war, und sie schließt auch eine weitere Erörterung nicht aus. Ich bin mir nur nicht im klaren darüber, wie dringlich diese Frage ist.
**Stalin:** Wenn sie nicht dringlich ist, dann überweisen wir diese Frage an den Rat der Außenminister. Das kann nicht schaden.
**Truman:** Das schließt aber nicht die Möglichkeit aus, diese Frage auch hier noch weiter zu erörtern.
**Churchill:** Herr Präsident, bei allem Respekt möchte ich bemerken, daß diese Frage von bestimmter Dringlichkeit ist. Wird die Entscheidung in dieser Frage aufgeschoben, so wird die bestehende Lage fixiert. Die Polen werden mit der Nutzung dieser Gebiete beginnen, sie werden sich dort festsetzen, und wenn der Prozeß fortdauert, so wird es sehr schwer werden, dann irgendeinen anderen Beschluß zu fassen. Deshalb hoffe ich nach wie vor, daß wir hier zu irgendeinem Abkommen gelangen, damit wir wissen, in welchem Zustand sich die polnische Frage befindet.
Ich kann mir nicht vorstellen, wie diese Frage vom Rat der Außenminister in London gelöst werden kann, wenn wir hier nicht in der Lage waren, ein Abkommen zu erzielen. Wenn wir diese Frage nicht entscheiden, bleibt das Lebensmittel- und Brennstoffproblem offen, die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung der deutschen Bevölkerung wird uns, vor allem den Engländern, aufgebürdet, da deren Besatzungszone das geringste Lebensmittelaufkommen besitzt. Wenn der Rat der Außenminister nach Anhören der Polen zu keinem Abkommen gelangen kann, so wird die Frage für unbestimmte Zeit aufgeschoben. Indessen wird der Winter hereinbrechen, und es wird immer noch kein Abkommen geben.
Ich möchte sehr gern entgegenkommen und einen Ausweg aus den praktischen Schwierigkeiten finden, von denen gestern Generalissimus Stalin sprach, aus den Schwierigkeiten, die sich im Ablauf der Ereignisse ergaben. Wir wären bereit, Ihnen einen Kompromißvorschlag zur Prüfung vorzulegen, der für die Zwischenzeit, vom gegenwärtigen Zeitpunkt bis zur Friedenskonferenz, gültig wäre.
Ich schlage vor, eine provisorische Linie zu ziehen, wobei das Gebiet östlich dieser Linie von den Polen als Teil Polens bis zur endgültigen Regelung der Frage auf der Friedenskonferenz besetzt würde; westlich von dieser Linie könnten die Polen, sofern sie sich dort befinden, als Vertreter der Sowjetregierung in der Sowjetunion zugeteilten Zone fungieren.
Ich hatte nach der Konferenz von Teheran mehrere Gespräche mit dem Generalissimus, und es scheint mir, daß wir in allgemeinen Zügen zugestimmt haben, daß das neue Polen seine Grenzen nach dem Westen bis zur Oder verschieben soll. Aber diese Frage ist nicht so einfach. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalissimus und mir bestehen darin: Die britische Regierung räumt zwar ein, daß Polen sein Territorium vergrößern soll, ist aber nicht bereit, so weit zu gehen wie die sowjetische Regierung. Wenn ich von der Linie an der Oder spreche, so meine ich die Linie, von der wir vor zwei Jahren in Teheran sprachen, wobei von einer genauen Grenzfestlegung nicht die Rede war.
Jetzt sind wir bereit, der Konferenz den provisorischen Grenzverlauf Polens zur Prüfung zu unterbreiten. Wenn man die Frage bis September vertagt und den Rat der Außenminister veranlaßt, sie mit den Polen zu erörtern, so bedeutet das, daß die Frage nicht vor dem Winter entschieden wird. Ich würde es bedauern, wenn wir hier nicht im Prinzip zu einem Abkommen über diese Frage kämen. Ich meine, wenn diese Frage vertagt und dem Rat der Außenminister zur Erörterung unter Teilnahme der Polen überwiesen wird, so wird uns eine solche Lösung nichts nützen.
Unsere Position hinsichtlich dieser Gebiete und dieser Linie ist völlig klar. Ich möchte hier

einen praktischen Ausweg aus der Situation finden. Doch wenn diese Frage dem Rat der Außenminister übergeben wird, so wird die Entscheidung darüber allzu sehr hinausgezogen. Ich sehe die Frage nicht als hoffnungslos an, im Sinne ihrer Entscheidung hier. Ich bin überzeugt, daß wir eine Kompromißlösung finden könnten. Wir könnten den Polen alles geben, was wir entscheiden, ihnen zu geben, und den übrigen Teil des Gebietes unter Verwaltung der sowjetischen Regierung belassen.
Meines Erachtens ist es sinnlos, diese Frage bis September ohne Entscheidung zu lassen. Wenn wir diese Frage nicht entscheiden, so wird das einen Mißerfolg unserer Konferenz bedeuten.
Ich wiederhole noch einmal: Wenn wir den Ausdruck "Oderlinie" gebraucht haben, hatten wir nur annähernd diese Linie im Auge. Die von uns vorgeschlagene Linie sollte man sich auf der Karte ansehen. An einer Stelle überschreitet unsere Linie sogar die Oder.
Ich wende mich an die Konferenz mit der Bitte, ihre Versuche zum Erreichen einer Vereinbarung in dieser Frage fortzusetzen, wenn nicht heute, dann an einem anderen Tage, denn wenn sich die Außenminister im September treffen und, sagen wir, zwei Wochen mit den Polen diskutieren werden, wobei die Sowjetunion eine Ansicht vertreten wird, die USA und Großbritannien hingegen eine andere, kann sich die Frage erneut als unlösbar erweisen, oder wir erreichen die Lösung zu spät. Wie wird dann die Lage Berlins sein? Berlin erhält einen Teil seiner Kohle aus Schlesien.
**Stalin:** Berlin bekommt Kohle nicht aus Schlesien, sondern aus Torgau (Sachsen), so wie früher.
**Churchill:** Die Frage der Kohle für Berlin ist sehr wichtig, da diese Stadt von uns besetzt ist.
**Stalin:** Sollen sie welche aus dem Ruhrgebiet holen und aus Zwickau.
**Churchill:** Das ist die sogenannte Braunkohle?
**Stalin:** Nein, das ist gute Steinkohle. Die Braunkohle läßt sich gut zu Briketts verarbeiten, und die Deutschen haben gute Brikettfabriken. Sie haben allerhand Möglichkeiten.
**Churchill:** Ich sage nur, daß sie einen Teil der Kohle für Berlin aus Schlesien bekommen haben.
**Stalin:** Bevor die britischen Truppen das Gebiet von Zwickau besetzt hatten, holten die Deutschen die Kohle für Berlin von da. Nach dem Abzug der alliierten Truppen aus Sachsen nach dem Westen bekam Berlin Kohle aus Torgau.
**Truman:** Wenn Sie gestatten, möchte ich noch einmal die Haltung der USA zu dieser Frage darlegen.
**Stalin:** Bitte.
**Truman:** Ich möchte hier Stellen aus dem Beschluß der Krim-Konferenz zitieren.
"Nach Ansicht der Chefs der drei Regierungen soll die Ostgrenze Polens entlang der Curzon-Linie verlaufen, wobei sie in einigen Gebieten 5 bis 8 km zugunsten Polens davon abweichen soll. Die drei Regierungschefs erkennen an, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten muß. Sie sind der Ansicht, daß die Meinung der neuen polnischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieses Gebietszuwachses zu gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist."
Dieses Abkommen wurde von Präsident Roosevelt, Generalissimus Stalin und Premierminister Churchill erzielt. Ich bin mit dieser Entscheidung einverstanden. Ich verstehe sehr gut die Schwierigkeiten, von denen Generalissimus Stalin gestern sprach. Ich verstehe auch gut die Schwierigkeiten hinsichtlich der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung, über die gestern Premierminister Churchill gesprochen hat. Aber ich meine, daß diese Schwierigkeiten nichts am Wesen der Sache ändern.
**Stalin:** Wenn Sie es nicht überdrüssig sind, diese Frage zu erörtern, bin ich bereit, noch ein-

mal das Wort zu ergreifen. Ich gehe ebenfalls von diesem Beschluß der Krim-Konferenz aus, den der Präsident gerade zitiert hat. Aus dem genauen Sinn dieses Beschlusses geht hervor, daß wir, nachdem sich die Regierung der Nationalen Einheit in Polen gebildet hat, die Meinung der neuen polnischen Regierung zur Frage der Westgrenze Polens zur Kenntnis nehmen mußten. Die polnische Regierung hat ihre Meinung mitgeteilt. Jetzt haben wir zwei Möglichkeiten: entweder die Meinung der polnischen Regierung über die Westgrenze Polens zu bestätigen, oder wir müssen, wenn wir mit den polnischen Vorschlägen nicht einverstanden sind, die polnischen Vertreter anhören und erst danach die Frage entscheiden.
Ich halte es für zweckmäßig, die Frage auf unserer Konferenz zu entscheiden und, da keine Übereinstimmung mit der Meinung der polnischen Regierung besteht, ihre Vertreter hierher einzuladen und sie anzuhören. Aber es wurde hier die Meinung geäußert, es wäre unnötig, die Polen zu dieser Konferenz einzuladen. Wenn dem so ist, dann kann man die Frage dem Rat der Außenminister übergeben.
Ich möchte Herrn Churchill und den anderen, die bei der Krim-Konferenz zugegen waren, die Ansicht in Erinnerung rufen, die damals Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill vertraten und der ich zustimmte. Herr Churchill sprach vom Verlauf der Westgrenze Polens entlang der Oder, von der Mündung immer entlang der Oder bis zur Mündung der Neiße in die Oder, und zwar östlich der Neiße. Ich trat für eine Linie westlich der Neiße ein. Nach dem Schema von Präsident Roosevelt und Herrn Churchill blieben Stettin und auch Breslau und das Gebiet westlich der Neiße bei Deutschland.
*(Zeigt auf der Karte den Grenzverlauf.)*
Hier wird die Frage der Grenzen behandelt und kein provisorischer Grenzverlauf. Diese Frage läßt sich nicht umgehen. Wenn Sie mit den Polen einverstanden wären, könnte man einen Beschluß fassen, ohne Vertreter der polnischen Regierung hierher einzuladen. Aber da Sie die Meinung der polnischen Regierung nicht teilen und Abänderungen wünschen, wäre es gut, wenn wir die Polen hierher einladen und ihre Meinung anhören. Das ist eine prinzipielle Frage.
**Churchill:** Ich möchte im Namen der britischen Regierung meine Einwände gegen die Einladung der Polen nach hier zurückziehen, damit wir versuchen, die Annahme irgendeines praktischen Beschlusses zu erreichen, der bis zur endgültigen Regelung der Frage auf der Friedenskonferenz gültig wäre.
**Truman:** Ich habe keine Einwände dagegen, daß die Vertreter der polnischen Regierung hierher eingeladen werden. Sie können hier mit unseren Außenministern sprechen.
**Stalin:** Richtig.
**Churchill:** Und dann könnten die Ergebnisse der mit ihnen geführten Verhandlungen den Regierungschefs vorgelegt werden.
**Stalin:** Richtig, richtig.
**Churchill:** Wer schickt ihnen die Einladung zu?
**Stalin:** Meines Erachtens der Vorsitzende.
**Truman:** Gut. Gehen wir zur nächsten Frage über. Ich denke, daß die sowjetische Delegation einen Vorschlag zur Treuhandschaft hat.
*(Die sowjetische Delegation legt ihre Vorschläge zur Frage der Treuhandschaft dar und erklärt, daß das, was in ihren schriftlich vorgelegten Vorschlägen formuliert ist, sich aus den Beschlüssen der Konferenz von San Francisco ergibt. Sie legt weiter dar, daß, nachdem die Hauptfrage betreffs der Treuhandschaft durch die Charta der Organisation der Vereinten Nationen entschieden ist, vor der Konferenz der Regierungschefs konkret die Frage der Territorien steht.*
*Die sowjetische Delegation äußert die Meinung, daß die Konferenz kaum in der Lage ist, diese Frage im Detail zu behandeln, sie könnte aber erstens die Frage der Kolonialbesitzungen*

*Italiens in Afrika und an der Mittelmeerküste und zweitens die Frage der Territorien, die Mandatsgebiete des Völkerbundes sind, erörtern. Die sowjetische Delegation erläutert weiter, daß in ihren Vorschlägen zwei Varianten einer möglichen Lösung der Frage der ehemaligen italienischen Kolonien dargelegt sind. Sie schlägt vor, diese Frage an die Beratung der Außenminister zur Behandlung zu überweisen.)*

**Churchill:** Natürlich ist der Meinungsaustausch über jede beliebige Frage möglich. Doch wenn es sich erweist, daß die Meinungen der Seiten auseinandergehen, bleibt als einziges Ergebnis die Tatsache, daß wir eine angenehme Erörterung hatten. Mit scheint, daß die Frage der Mandate in San Francisco entschieden wurde.

**Truman:** Gestatten Sie mir, den Artikel aus der Charta der Organisation der Vereinten Nationen vorzulesen, der die Frage der Treuhandschaft behandelt.

"1. Das Treuhandschaftssystem findet auf folgende Kategorien von Gebieten Anwendung, die durch Treuhandschaftsabkommen in dieses System einbezogen werden:

a) Gebiete, die gegenwärtig unter Mandat stehen;

b) Gebiete, die infolge des zweiten Weltkrieges von Feindstaaten abgetrennt werden;

c) Gebiete, die von den für ihre Verwaltung verantwortlichen Staaten freiwillig dem System unterstellt werden.

2. Es wird Gegenstand einer späteren Übereinkunft sein, welche Gebiete der genannten Kategorien in das Treuhandschaftssystem einbezogen werden und unter welchen Bedingungen das geschieht."

Ich denke, daß die sowjetischen Vorschläge sich auf den zweiten Punkt dieses Artikels beziehen. Ich bin einverstanden mit dem Vorschlag der sowjetischen Delegation, diese Frage den Außenministern zur Behandlung zu überweisen.

**Churchill:** Wir haben dem zugestimmt, was in San Francisco angenommen wurde, aber mehr nicht. Da die Frage der Treuhandschaft in den Händen einer internationalen Organisation liegt, bin ich im Zweifel, ob ein Meinungsaustausch zu dieser Frage hier wünschenswert ist.

**Truman:** Ich denke, daß es hier durchaus angebracht sein wird, diese Frage ebenso zu behandeln wie auch die Frage über Polen oder jede andere Frage.

**Churchill:** Die Frage über Polen wurde nicht von einer internationalen Organisation behandelt.

Wir haben unseren Standpunkt zur Frage der Treuhandschaft in Jalta vertraulich und in San Francisco offen dargelegt. Unsere Haltung ist klar und unabänderlich.

**Truman:** Die Position Großbritanniens wird voll und ganz durch den Artikel 2 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen gesichert, und ich sehe keinen Grund, warum diese Frage hier nicht behandelt werden könnte.

**Stalin:** Aus der Presse ist beispielsweise bekannt, daß Herr Eden im englischen Parlament erklärt hat, Italien habe seine Kolonien ein für allemal verloren. Wer hat das entschieden? Wenn Italien sie verloren hat, wer hat sie gefunden? *(Heiterkeit)* Das ist eine sehr interessante Frage.

**Churchill:** Ich kann darauf antworten. Durch ständige Anstrengungen, unter großen Verlusten und durch glänzende Siege hat die britische Armee allein diese Kolonien erobert.

**Stalin:** Und die Rote Armee hat Berlin eingenommen. *(Heiterkeit)*

**Churchill:** Ich möchte meine Erklärung zu Ende führen, da der Herr Präsident die Worte in Zweifel zieht, "die britische Armee hat allein erobert". Ich meine folgende italienische Kolonien: Italienisch-Somalia, Eritrea, Cyrenaika und Tripolis, die wir allein, unter sehr schwierigen Bedingungen erobert haben.

**Truman:** Wir brauchen sie nicht. Wir haben selbst genug arme Italiener, die ernährt werden müssen.

**Churchill:** Wir haben die Frage geprüft, ob einige dieser Kolonien sich nicht zur Ansiedlung

der Juden eignen. Aber wir sind der Meinung, daß es für die Juden nicht günstig wäre, sich dort anzusiedeln.
Natürlich haben wir starke Interessen im Mittelmeer, und jede Veränderung des Status quo in diesem Gebiet würde unsererseits eine lange und sorgfältige Prüfung erfordern.
Es ist uns nicht ganz klar, was unsere russischen Verbündeten wollen.
**Stalin:** Wir möchten wissen, ob Sie der Ansicht sind, daß Italien seine Kolonien für immer verloren hat. Wenn Sie der Ansicht sind, daß es diese Kolonien verloren hat, welchen Staaten werden wir dann die Treuhandschaft übertragen? Wir möchten das wissen. Sollte es verfrüht sein, darüber zu sprechen, so können wir warten, aber irgendwann wird man sich dazu äußern müssen.
**Churchill:** Natürlich müssen wir die Frage entscheiden, ob man Italien dessen Kolonien abnimmt, wozu wir durchaus berechtigt sind.
**Stalin:** Diese Frage muß noch entschieden werden.
**Churchill:** Und wenn sie weggenommen werden, wozu wir durchaus berechtigt sind, so ist die Frage zu entscheiden, wem die Treuhandschaft übertragen wird. Die Frage, welche Kolonien Italien wegzunehmen sind, unterliegt der Entscheidung auf der Friedenskonferenz, und die Frage der weiteren Verwaltung dieser Gebiete unterliegt der Zuständigkeit einer internationalen Organisation.
**Stalin:** Kann man Herrn Churchill so verstehen, daß diese Konferenz hier nicht bevollmächtigt ist, diese Frage zu prüfen?
**Churchill:** Unsere Konferenz kann diese Frage nicht entscheiden, sie muß von der Friedenskonferenz entschieden werden. Wenn aber unsere "Troika" zu einer Einigung kommt, so wird das natürlich eine große Bedeutung haben.
**Stalin:** Mein Vorschlag geht nicht dahin, diese Frage zu entscheiden, sondern sie zu prüfen. Ich meine, daß unsere Konferenz natürlich kompetent ist, diese Frage zu prüfen.
**Churchill:** Wir prüfen diese Frage jetzt. Ich habe keine Einwände, wenn der Generalissimus sagt, was er will, und ich bin einverstanden, unverzüglich diese Frage zu prüfen.
**Stalin:** Es geht hier nicht um den Generalissimus, sondern darum, daß die Frage nicht behandelt ist und daß sie behandelt werden muß.
**Churchill:** Welche Frage denn eigentlich?
**Stalin:** Die Frage, die von der sowjetischen Delegation eingebracht wurde.
**Truman:** Ich bin einverstanden mit dem Vorschlag der sowjetischen Delegation, diese Frage den Außenministern zur Behandlung zu überweisen.
**Stalin:** Das ist eine andere Sache.
**Truman:** Wir haben keine Einwände gegen diesen Vorschlag.
**Churchill:** Ich habe auch keine Einwände, mit Ausnahme dessen, daß wir alle Fragen unseren Ministern überweisen.
**Truman:** Das ist ganz natürlich.
**Churchill:** Mir scheint, daß es viele dringlichere Fragen gibt, die man entscheiden sollte, solange wir uns hier befinden. Wir haben entschieden, daß die Frage des Friedensvertrages mit Italien durch den Rat der Außenminister im September vorrangig behandelt wird, und dann steht automatisch die Frage, was mit diesen italienischen Kolonien zu geschehen hat. Ich bin dagegen, unsere Außenminister auch noch mit dieser Frage zu belasten. Aber es wird möglich sein, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Minister Zeit finden, sich mit dieser Frage zu befassen.
**Stalin:** Überweisen wir an die Minister.
**Truman:** Ich unterstütze diesen Vorschlag.
**Churchill:** Überweisen wir diese Frage an die Außenminister, aber unter der Bedingung, daß sie ihre Arbeit an vordringlicheren Fragen nicht verzögern.

**Stalin:** Nicht doch, ohne diese Vorbehalte. Mit solchen Vorbehalten überweist man eine Frage nicht. Entweder überweisen oder nicht überweisen.
**Churchill:** Wenn Sie darauf bestehen, so gebe ich nach.
**Truman:** Wir überweisen diese Frage den Außenministern zur Behandlung. ...
*(Die sowjetische Delegation übergibt dann den Delegationen der USA und Englands Vorschläge über das Gebiet Königsberg.)*
**Truman:** Ich möchte vorschlagen, daß diese Frage den Außenministern zur Behandlung überwiesen wird.
Ich habe noch eine Frage. Wir haben uns bereits geeinigt, Vertreter der polnischen Regierung hierher einzuladen. Meines Erachtens werden die Journalisten erfahren wollen, zu welchem Zweck Vertreter der polnischen Regierung geladen werden, und mir scheint, daß es zweckmäßig wäre, ein Kommunique dazu herauszugeben.
**Stalin:** Vor Ankunft der Polen?
**Truman:** Ja, vor Ankunft.
**Stalin:** Meines Erachtens ist es möglich.
**Churchill:** Das widerspricht dem Prinzip, das wir bisher befolgt haben.
**Stalin:** Das macht nichts, man kann ein Kommunique herausgeben, man kann es auch sein lassen. Ich bin mit dem und mit jenem einverstanden.
**Churchill:** Soll man den Zweck ihrer Ankunft angeben?
**Stalin:** Mir scheint, daß es nicht nötig ist, den Zweck anzugeben.
**Churchill:** Ich bitte, den Zweck der Ankunft nicht anzugeben.
**Truman:** Angenommen, ohne Angabe des Zwecks.
**Stalin:** Gut.
*(Dann macht die sowjetische Delegation eine Mitteilung über die Lage sowjetischer Kriegsgefangener in Italien. Sie teilt mit, daß es sich um das Lager Nr. 5 handelt, das im Gebiet der Stadt Cesenätico unter Kontrolle der britischen Behörden steht und in dem sich hauptsächlich Ukrainer befinden. Die sowjetische Delegation teilt mit, daß die britischen Behörden ursprünglich erklärt hätten, im Lager befänden sich 150 Mann, als jedoch der sowjetische Vertreter das Lager besichtigte, fand er 10.000 Ukrainer vor, aus denen das englische Kommando eine ganze Division gebildet hatte.*
*Es waren zwölf Regimenter aufgestellt, darunter ein Nachrichtenregiment und ein Pionierbataillon. Zu Offizieren hatte man vorwiegend ehemalige Petljura-Leute ernannt, die früher in der Hitlerwehrmacht Kommandoposten bekleidet hatten. Die sowjetische Delegation weist abschließend darauf hin, daß beim Besuch des sowjetischen Offiziers im Lager 625 Mann den Wunsch geäußert hatten, unverzüglich in die Sowjetunion zurückzukehren.)*
**Churchill:** Wir begrüßen jede Beobachtung von Ihrer Seite. Ich werde telegraphisch einen Sonderbericht anfordern. Möglicherweise gab es dort zahlreiche Polen.
**Stalin:** Nein, es waren dort nur Ukrainer, sowjetische Staatsangehörige.
**Churchill:** Wann war das etwa?
**Stalin:** Wir haben heute das Telegramm erhalten, und ereignet hat sich das in den letzten Monaten.
**Churchill:** Ich habe bisher nichts davon gehört.
*(Truman schließt die Sitzung und legt die folgende Sitzung für morgen um fünf Uhr fest.)<<*
**23.07.1945**
**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Siebente Plenarsitzung vom 23. Juli 1945 (x867/...):
*>>(Truman eröffnet die Sitzung.*
*Die sowjetische Delegation berichtet über die Sitzung der Außenminister und teilt mit, daß auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der Minister folgende Fragen standen:*
1. Reparationen aus Deutschland, Österreich und Italien.

*Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR überreichte den Außenministern der USA und Großbritanniens einen Entwurf der sowjetischen Delegation über Reparationen aus Deutschland und über Vorauslieferungen aus Deutschland auf Reparationskonto.*
*Es wurde beschlossen, die Wirtschaftskommission mit der vorherigen Prüfung beider Entwürfe zu beauftragen und sie dann auf der nächsten Sitzung der drei Minister zu erörtern.*
2. Wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands.
*Es wurden die Punkte 13, 18 und der von der sowjetischen Delegation vorgeschlagene Punkt 19 erörtert. Die sowjetische Delegation erklärte, daß sie die von ihr zu Punkt 13 vorgeschlagene Abänderung zurückzieht und vorschlägt, den Punkt 18 zu streichen mit der Maßgabe, daß die dort aufgeworfenen Fragen von den alliierten Organen in Deutschland erörtert und danach vom Kontrollrat oder, wenn keine Vereinbarung im Kontrollrat erzielt wird, in Abstimmung zwischen den Regierungen zu entscheiden sind. Es wurde keine Übereinstimmung erzielt und beschlossen, die Frage betreffend Punkt 18 den drei Regierungschefs zur Entscheidung zu übergeben.*
*Zu dem von der sowjetischen Delegation vorgeschlagenen neuen Punkt 19 erklärte der Außenminister der USA, daß dieser Punkt für die USA unannehmbar ist. Die sowjetische Delegation schlug einen Alternativentwurf für Punkt 19 vor, demzufolge der vom Kontrollrat bestätigte Export aus Deutschland zur Deckung des Imports vor allen anderen Lieferungen Vorrang hat. In allen anderen Fällen haben die Reparationen Vorrang. Es wurde keine Einigung erzielt und beschlossen, diese Frage den drei Regierungschefs zur Entscheidung zu übergeben.*
3. Über den Rat der Außenminister.
*Der von der Redaktionskommission vorgelegte Entwurf wurde ohne Änderung bestätigt.*
4. Über die Treuhandgebiete.
*Es wurde der Entwurf der sowjetischen Delegation beraten. Der Außenminister Großbritanniens erklärte, daß in erster Linie die Frage entschieden werden muß, ob die italienischen Kolonien von Italien abgetrennt werden und welche namentlich. Diese Frage muß bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Italien entschieden werden. Die Frage, wem die Treuhandschaft über die gesamten ehemaligen italienischen Kolonien zu übertragen ist, die nach Beschluß von Italien abgetrennt werden, soll durch eine internationale Organisation, die Vereinten Nationen, entschieden werden.*
*Der USA-Außenminister schlug vor, die Entscheidung über diese Frage bis zum Abschluß des Friedensvertrages mit Italien zu vertagen, wenn alle Gebietsfragen, die Italien betreffen, entschieden werden. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR schlug vor, das sowjetische Memorandum der ersten Sitzung des Rates der Außenminister in London, im September dieses Jahres, zur Behandlung vorzulegen.*
*Der englische Minister erklärte, daß seiner Ansicht nach keine Notwendigkeit besteht, das sowjetische Memorandum dem Rat der Außenminister vorzulegen, da bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Italien die Frage der italienischen Kolonien automatisch stehen wird. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR bat, zur Kenntnis zu nehmen, daß die im sowjetischen Memorandum angeschnittenen Fragen durch die Sowjetregierung auf der Septembersitzung des Rates der Außenminister in London gestellt werden.*
5. Über Direktiven an die alliierten Oberbefehlshaber in Deutschland.
*Man kam überein, allen Oberbefehlshabern der alliierten Besatzungstruppen in Deutschland alle sie betreffenden Beschlüsse der Konferenz nach Abstimmung dieser Beschlüsse mit der Provisorischen Regierung der Französischen Republik zur Kenntnis zu bringen.*
*Es wurde beschlossen, zu diesem Zweck eine Kommission in folgender Zusammensetzung zu bilden: für die USA - Murphy und Riddleberger, für Großbritannien - Strang und Harrison, für die UdSSR - Gussew und Sobolew.*

6. Über die Zusammenarbeit bei der Lösung vordringlicher europäischer Wirtschaftsprobleme.
*Zur Vorberatung des von der Delegation der USA vorgelegten Memorandums wurde die Bildung einer Kommission in folgender Zusammensetzung beschlossen: für die USA - Clayton und Pauley, für Großbritannien - Brand und Coulson, für die UdSSR - Arutjunjan und Gerastschenko.*
7. Über Tanger.
*Es wurde der sowjetische Entwurf beraten.*
*Beschluß: Den ersten Absatz des Entwurfs der sowjetischen Delegation anzunehmen, und zwar:*
*"Wir haben die Frage der Tanger-Zone behandelt und haben uns geeinigt, daß diese Zone, die die Stadt Tanger und das angrenzende Gebiet umfaßt, angesichts ihrer besonderen strategischen Bedeutung eine internationale Zone bleiben soll."*
*2. Die gesamte Frage über Tanger in nächster Zeit auf der Beratung der Vertreter der vier Mächte - UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich - in Paris zu erörtern.*
*8. Bestätigung des Wortlauts der Adresse an die Regierungen Chinas und Frankreichs.*
*Es wurde beschlossen, die Adresse 48 Stunden vor der Veröffentlichung der Mitteilung über die Ergebnisse der Konferenz zuzustellen.*
*9. Über die Tagesordnung der Sitzung der drei Regierungschefs am 23. Juli. Man kam überein, den drei Regierungschefs folgende Tagesordnung zu empfehlen:*
*1. Über die Schwarzmeer-Meerengen und andere internationale Binnenwasserstraßen.*
*2. Über das Gebiet Königsberg.*
*3. Über Syrien und Libanon.*
*4. Über Iran.) …*
**Truman:** Gestatten Sie mir, meine Ansichten über die Schwarzmeer-Meerengen und die internationalen Binnenwasserstraßen überhaupt darzulegen.
Wir vertreten folgende Position in dieser Frage: Wir sind der Ansicht, daß die Konvention von Montreux revidiert werden muß. Wir meinen, daß die Schwarzmeer-Meerengen zu einem freien Wasserweg werden müßten, der für alle Welt offen ist, und daß das Recht der freien Durchfahrt durch die Meerengen für alle Schiffe von uns allen gemeinsam garantiert werden muß. Ich habe viel über diese Fragen nachgedacht.
Woraus entspringen alle diese Kriege? In den letzten zweihundert Jahren brachen sie alle in einem Raum aus, der begrenzt wird vom Mittelmeer und der Ostsee, von der Ostgrenze Frankreichs und der Westgrenze Rußlands. Und das letzte Mal wurde der Weltfrieden vor allem durch Deutschland verletzt. Ich denke, daß unsere Konferenz verpflichtet ist, ebenso wie die künftige Friedenskonferenz, eine Wiederholung ähnlicher Erscheinungen nicht zuzulassen.
**Stalin:** Richtig.
**Truman:** Ich nehme an, daß wird diesem Ziel in hohem Maße dienen, wenn wir festlegen und garantieren, daß Wasserwege für alle Nationen frei sind.
**Stalin:** Welche beispielsweise?
**Truman:** Ich habe einen Vorschlag über die Freiheit der Verkehrswege, und ich meine, daß wir uns bemühen sollten, eine solche Lage herbeizuführen, bei der Rußland, England und allen übrigen Staaten der freie Zugang zu allen Weltmeeren gewährt wird. Das ist der Vorschlag.
*(Übergibt den Entwurf eines Vorschlags).*
Unser Entwurf sieht die Herstellung einer freien und uneingeschränkten Schiffahrt auf allen internationalen Binnenwasserstraßen vor. Die USA-Regierung ist der Ansicht, daß eine derartige freie und uneingeschränkte Schiffahrt auf solchen Binnenwasserstraßen hergestellt werden soll, die durch das Gebiet zweier oder mehrerer Staaten verlaufen, und daß sie durch internationale Organe geregelt werden soll, in denen alle interessierten Staaten vertreten sind.

Wir meinen, daß solche Organe schnellstmöglich zu schaffen sind. In erster Linie ist es notwendig, provisorische Schiffahrtsorgane für die Donau und den Rhein zu bilden. Diese provisorischen Organe sollen die Funktion haben, die Navigationsmittel an den genannten Flüssen wieder instand zu setzen und weiterzuentwickeln, die Fluß-Schiffahrt im Interesse einer Gewährleistung gleicher Möglichkeiten für Bürger verschiedener Nationalitäten zu beaufsichtigen und einheitliche Regeln für die Nutzung dieser Mittel sowie Navigationsregeln, Zoll- und sanitäre Formalitäten und andere ähnliche Fragen festzulegen. Mitglieder dieser Organe sollen die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, die Sowjetunion, Frankreich und die souveränen Anliegerstaaten sein, die von den Regierungen dieser Mächte anerkannt sind.
Ich meine, daß das gleiche Verfahren auch beim Kieler Kanal angewandt werden soll, und im gleichen Sinne ist die Konvention von Montreux zu revidieren. Auf diese Weise werden wir einen freien Verkehr in diesen Gebieten haben.
Ich bringe diese Vorschläge deshalb ein, weil ich nicht Lust habe, in den nächsten fünfundzwanzig Jahren an einem weiteren Krieg beteiligt zu sein, der wegen der Meerengen oder wegen der Donau ausgebrochen ist.
Es ist unser Wunsch, daß Europa frei und wirtschaftlich gesund ist, der Blüte der Sowjetunion, Englands, Frankreichs und aller übrigen Staaten dient und daß die Vereinigten Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils mit ihm Handel treiben können. Ich meine, daß unsere Vorschläge ein Schritt vorwärts in dieser Richtung sein können.
**Churchill:** Ich unterstütze entschieden den Vorschlag über die Revision der Konvention von Montreux, damit für die Handels- und Kriegsflotte Sowjetrußlands eine freie und ungehinderte Durchfahrt durch die Meerengen sowie in Friedens- als auch in Kriegszeiten gewährleistet wird. Ich bin voll und ganz einverstanden mit dem Präsidenten und seinem Vorschlag, daß die freie Passage dieser Meerengen durch uns alle gemeinsam garantiert werden soll. Die Garantie der Großmächte und interessierter Staaten wird zweifellos effektiv sein.
Was die anderen Wasserwege betrifft, die der Präsident erwähnte, so sind wir im Prinzip mit den allgemeinen Linien der Erklärung des Präsidenten einverstanden. Wir stimmen auch dem Vorschlag des Präsidenten zu, daß der Kieler Kanal frei und offen ist, garantiert durch alle Großmächte. Wir messen auch der freien Schiffahrt auf der Donau und dem Rhein große Bedeutung bei.
**Truman:** Zweifellos haben wir in der Frage der Revision der Konvention von Montreux die gleiche Meinung.
**Churchill:** Und auch über die Ziele, um derentwillen sie revidiert werden muß.
**Stalin:** Man muß die Vorschläge des Präsidenten lesen. Beim Hören allein erfaßt man nicht alles. Vielleicht gehen wir indessen zu anderen Fragen über?
**Truman:** Die nächste Frage der Tagesordnung ist die Frage der Übergabe des Gebiets von Königsberg in Ostpreußen an die Sowjetunion. Das sowjetische Dokument zu dieser Frage wurde gestern übergeben.
**Stalin:** Präsident Roosevelt und Herr Churchill haben dazu bereits auf der Teheraner Konferenz ihre Zustimmung gegeben, und die Frage wurde unter uns geklärt. Wir möchten, daß diese Vereinbarung auf der jetzigen Konferenz bestätigt wird.
**Truman:** Ich bin im Prinzip einverstanden. Ich bitte lediglich, mir die Möglichkeit zum Studium der Bedingungen zu geben, aber ich bin überzeugt, daß es von unserer Seite keine Einwände geben wird. Ich bin damit einverstanden, daß Rußland bestimmte Gebiete in diesem Raum bekommen soll.
**Stalin:** Gut.
**Churchill:** Der Generalissimus hat völlig zu Recht festgestellt, daß die Frage bereits in Teheran gestanden hat, und dann haben wir sie erneut im Oktober 1944 erörtert.

**Stalin:** In Moskau.
**Churchill:** Ja, das war in Moskau und das war im Zusammenhang mit der Aussprache über die Curzonlinie.
**Stalin:** Richtig.
**Churchill:** Am 15. Dezember 1944 äußerte ich mich dazu im Parlament. Ich erklärte, daß die britische Regierung dem sowjetischen Standpunkt wohlwollend gegenübersteht. Die einzige Frage, die entsteht, das ist die juristische Seite der Übergabe dieses Gebietes. Der hier vorliegende sowjetische Entwurf fordert gewissermaßen anzuerkennen, daß es kein Ostpreußen mehr gibt und daß das Gebiet von Königsberg nicht unter Kontrolle des Alliierten Kontrollrates in Deutschland steht.
Was die britische Regierung betrifft, so unterstützen wir den Wunsch der sowjetischen Regierung, diese Gebiete in den Bestand der Sowjetunion einzugliedern. Diese Erklärung gilt im Prinzip. Wir haben natürlich noch nicht die genaue Linie auf der Karte geprüft. Aber ich versichere der sowjetischen Regierung, daß wir nach wie vor die russische Position in diesem Teil der Welt unterstützen.
**Stalin:** Mehr schlagen wir auch nicht vor. Es genügt uns, wenn die amerikanische Regierung und die Regierung von Großbritannien diesen Vorschlag billigen.
**Churchill:** Einverstanden.
**Truman:** Einverstanden.
**Churchill:** Es wird einer kleinen Korrektur dieses Dokuments bedürfen. Wenn dies ein Teil der Mitteilung nach Abschluß der Konferenz sein wird, schlage ich eine etwas allgemeinere Formulierung dieses Dokuments vor.
**Stalin:** Ich habe keine Einwände.
**Truman:** Somit erklären wir uns im Prinzip mit dem Entwurf des Vorschlags der sowjetischen Delegation einverstanden.
Die nächste Frage auf der Tagesordnung ist die Frage Syrien und Libanon.
**Churchill:** Gegenwärtig liegt die ganze Last der Aufrechterhaltung von Ordnung und Frieden in Syrien und Libanon völlig auf unseren Schultern. Wir haben weder die Absicht noch den Wunsch, in diesen Ländern irgendwelche Vorrechte zu bekommen, außer denen, die auch andere Länder genießen.
In der Zeit, als wir in Syrien und Libanon einzogen, um die Deutschen und die Vichy-Truppen von da hinauszuwerfen, schlossen wir mit Frankreich ein Abkommen, demzufolge wir die Selbständigkeit Syriens und Libanons anerkennen sollten. Angesichts der langjährigen historischen Bindungen zwischen Frankreich und diesen Ländern erklärten wir, wir hätten nichts dagegen, wenn Frankreich dort eine privilegierte Stellung hätte, unter der Bedingung, daß darüber ein Abkommen mit den neuen selbständigen Regierungen dieser Länder geschlossen werden würde.
Wir teilten de Gaulle mit, daß wir, sobald Frankreich einen Vertrag mit Syrien und Libanon abschließt, der für diese Länder zufriedenstellend ist, unverzüglich unsere Truppen abziehen. Würden wir jetzt unsere Truppen abziehen, so würde man die französischen Bürger und die zahlenmäßig schwachen französischen Truppen, die dort stehen, niedermetzeln. Wir möchten nicht, daß dies geschieht, da dies große Unruhen unter den Arabern auslösen würde, was den Frieden und die Ruhe in Saudi-Arabien und Irak stören könnte.
Der Ausbruch solcher Unruhen in diesem Teil der Welt würde Unruhen in Ägypten zur Folge haben. Es könnte keinen ungünstigeren Augenblick für derartige Unruhen unter den Arabern geben als jetzt, denn dadurch käme es zu einer Bedrohung der Verbindungswege zum Suezkanal, und über diese Route gehen die Waffen und der Nachschub für den Krieg im Fernen Osten. Der Nachschubweg für die Kriegführung gegen Japan ist nicht nur für England, sondern auch für die USA von großer Bedeutung.

General de Gaulle verhielt sich sehr unvernünftig in diesen Gebieten; entgegen unserem Rat und unseren Bitten schickte er 500 Mann zu Schiff dorthin, und ihr Auftauchen war der Anlaß für Unruhen, die bis heute andauern. Das war dumm, denn was konnten diese 500 Mann ausrichten. Aber ihr Auftauchen war der Funke, der die Unruhen auslöste.
Diese antifranzösischen Unruhen bewirkten sofort Unruhen im Irak, wo die Regierung und das Volk Syrien Beistand leisten wollten. Die ganze arabische Welt brachte dieses Ereignis in Bewegung. Aber jetzt hat sich General de Gaulle bereit erklärt, die sogenannten Spezialtruppen der syrischen Regierung zu unterstellen.
Ich hoffe, daß, wenn schon nicht ein Abkommen, so doch eine Regelung dieser Frage mit den Franzosen zustande kommt, wodurch die Unabhängigkeit Syriens und Libanons garantiert und Frankreich eine gewisse Anerkennung seiner kulturellen und geschäftlichen Interessen gesichert wird.
Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einmal zu wiederholen, daß Großbritannien nicht den Wunsch hat, dort auch nur einen Tag länger als notwendig zu bleiben. Wir werden sehr froh sein, wenn wir uns von dieser undankbaren Arbeit befreit haben, die wir im Interesse der Alliierten übernommen haben.
Angesichts dessen, daß diese Frage nur Frankreich und uns betrifft, und natürlich auch Syrien und Libanon, sind wir nicht für den Vorschlag, eine Konferenz einzuberufen, an der außer Großbritannien und Frankreich die USA und die Sowjetunion teilnehmen und gemeinsame Beschlüsse fassen würden. Die gesamte Last hatten wir zu tragen, wir handelten ohne jede Unterstützung, wenn man von einer gewissen Unterstützung durch Frankreich absieht, aber wir handelten im Interesse aller. Deshalb möchten wir nicht, daß diese Frage auf einer besonderen Konferenz behandelt wird. Sollten die USA unseren Platz einnehmen wollen, so würden wir das natürlich sehr begrüßen.
**Truman:** Nein, danke. *(Heiterkeit)*
Als der Streit zwischen Frankreich und Syrien sowie Libanon entstand, gab es zwischen mir und dem Premierminister einen Briefwechsel. Als der Premierminister mir mitteilte, daß Großbritannien dort über genügend Truppen verfügt, um den Frieden in diesem Raum aufrechtzuerhalten, bat ich ihn, alles zu tun, was zur Erhaltung dieses Friedens notwendig ist, da wir ebenfalls an den Nachschubwegen zum Fernen Osten durch den Suezkanal interessiert sind. Vielleicht gibt es dabei eine geringfügige Differenz zwischen uns und dem Premierminister.
Wir meinen, daß keinem Staat Privilegien in diesen Gebieten eingeräumt werden sollten. Diese Gebiete sollen für alle Staaten gleichermaßen zugänglich sein. Wir sind auch der Meinung, daß Frankreich keinerlei Sondervorrechte gegenüber anderen Staaten haben sollte.
**Stalin:** Ich habe verstanden, daß die USA keinerlei Vorrechte Frankreichs in Syrien und Libanon anerkennen.
**Truman:** Ja.
**Churchill:** Unsere Haltung ist die, daß wir wünschten, Frankreich hätte dort Vorrechte, da wir es versprochen hatten, als unser Staat schwach war und wir gegen die Deutschen kämpfen mußten. Aber das betrifft nur uns, und wir haben natürlich keine Möglichkeiten und kein Recht, andere zu binden. Außerdem haben wir uns keinesfalls zu übermäßiger Aktivität verpflichtet, damit Frankreich dort seine Privilegien behalte. Wenn Frankreich solche Privilegien durchzusetzen vermag, werden wir nichts dagegen einwenden, wir werden seinen Erfolg mit Wohlwollen zur Kenntnis nehmen.
**Stalin:** Von wem können die Franzosen ihre Privilegien erhalten?
**Churchill:** Von den Republiken Syrien und Libanon.
**Stalin:** Nur von ihnen?
**Churchill:** Nur von ihnen. Die Franzosen besitzen dort eigene Schulen, archäologische Insti-

tute usw. Viele Franzosen leben dort schon sehr lange, und sie haben sogar ein Chanson "Wir fahren nach Syrien". Sie sagen, ihre Rechte würden bis auf die Zeit der Kreuzzüge zurückgehen. Wir haben nicht vor, uns deshalb mit den Großmächten zu entzweien.
**Truman:** Wir wollen, daß in diesen Gebieten alle Staaten gleiche Rechte haben.
**Churchill:** Sie werden es verhindern, Herr Präsident, wenn Syrien den Franzosen Sonderrechte einräumt?
**Truman:** Ich werde mich natürlich nicht dagegen stellen, wenn die Syrer dies zu tun wünschen. Ich zweifle aber, daß sie den Wunsch dazu hätten. *(Heiterkeit)*
**Stalin:** Die russische Delegation dankt Herrn Churchill für die Information und zieht ihren Vorschlag zurück.
**Churchill:** Ich danke dem Generalissimus.
**Truman:** Ich danke ebenfalls.
Gehen wir zur nächsten Frage über. Das ist die Frage Iran. Herr Churchill hat einen Vorschlag zu dieser Frage.
**Churchill:** Wir haben den Delegationen ein Dokument zu dieser Frage überreicht und würden gern erfahren, welche Haltung die Großmächte einnehmen.
**Truman:** Was uns betrifft, so waren wir schon längst bereit, unsere Truppen aus dem Iran abzuziehen, aber wir haben dort eine große Menge Material der verschiedensten Art, das wir zur Kriegführung im Pazifik verwenden wollen.
**Stalin:** Die russische Delegation ist der Ansicht, daß man Teheran auf alle Fälle räumen könnte.
**Churchill:** Ich möchte auch zu den beiden anderen Punkten übergehen, damit man die Vorlage abschließen kann. Zur Nennung einer Frist im Vertrag. Im Vertrag heißt es, daß die Truppen spätestens sechs Monate nach Beendigung der Kampfhandlungen aus Iran abgezogen sein müssen. Bis jetzt sind erst zweieinhalb Monate seit Beendigung des Krieges vergangen. Aber wir haben den Iranern versprochen, daß die Truppen abgezogen werden, sobald der Krieg mit Deutschland beendet ist.
Ich schlage vor, die Truppen unverzüglich aus Teheran abzuziehen und die Frage des weiteren Truppenabzugs im September im Rat der Außenminister zu erörtern.
**Stalin:** Ich habe keine Einwände.
**Truman:** Wir werden den Abzug unserer Truppen aus Iran fortsetzen, weil dort Truppen sind, die wir im Pazifik benötigen.
**Stalin:** Das ist selbstverständlich Ihr gutes Recht. Wir unsererseits versichern, daß seitens unserer Truppen keinerlei Handlungen gegen Iran unternommen werden.
**Truman:** Ich habe nichts dagegen, diese Frage dem Rat der Außenminister in London zur Behandlung zu überweisen.
**Churchill:** Wir haben noch die Frage Wien betreffend. Ich möchte mich hier zu den Besatzungszonen äußern, die den britisch-amerikanischen Truppen in Wien eingeräumt wurden. Was die britische Zone betrifft, so stellt es sich heraus, daß in dieser Zone 500.000 Menschen leben, und da die Quellen der Lebensmittelversorgung Wiens östlich der Stadt liegen, sind wir nicht in der Lage, die Ernährung dieser halben Million Menschen zu übernehmen. Deshalb schlagen wir den Abschluß eines befristeten Abkommens vor, wonach die Russen diese Bevölkerung so lange mit Lebensmitteln versorgen, bis ein längerfristiges Abkommen ausgearbeitet ist. Feldmarschall Alexander wird eine Erklärung zur tatsächlichen Lage abgeben.
**Alexander:** Die Lage ist so, wie es der Premierminister soeben dargelegt hat. In unserer Zone gibt es eine halbe Million Einwohner. Ich habe in Italien keine Lebensmittel, die ich zur Verfügung stellen könnte. Es gibt unbedeutende Vorräte in Klagenfurt, aber diese Vorräte würden für drei Wochen oder höchstens für einen Monat reichen. Deshalb müßten wir, wenn wir uns verpflichten, die Bevölkerung zu ernähren, Lebensmittel aus den USA heranschaffen.

**Truman:** In unserer Zone zählt die Bevölkerung 375.000 Menschen. Unsere Schiffe sind jetzt in Anspruch genommen, Güter für die Kampfhandlungen in Japan zu befördern, Lebensmittel nach Europa und einiges Material in die UdSSR zu transportieren. Es fehlen uns Transportmittel, so daß es uns sogar schwer fallen würde, die Bevölkerung unserer Zone zu versorgen.
**Stalin:** Und wie steht es mit der französischen Zone?
**Alexander:** Das ist mir nicht bekannt.
**Stalin:** Gestatten Sie mir, daß ich mich mit Marschall Konew ins Benehmen setze. Ich denke, daß es möglich wäre, die Übergabe der Versorgung der Wiener Bevölkerung an unsere Alliierten um einen Monat aufzuschieben. Für welche Zeit müßte man diese Versorgung organisieren - bis zur neuen Ernte oder wie?
**Churchill:** Die Schwierigkeit besteht darin, daß diese 500.000 Menschen in unserer Zone und die 375.000 in der amerikanischen Zone immer Nahrungsmittel aus den östlichen Gebieten des Landes erhalten haben.
**Stalin:** Wir haben ein Abkommen mit der österreichischen Regierung, wonach wir bis zur Einbringung der neuen Ernte einige Lebensmittel gegen Waren abgeben. Ich denke, daß man das bis September verlängern könnte. Aber ich muß trotzdem mit Marschall Konew vorher darüber sprechen. Heute abend oder morgen früh kann ich das tun und teile ihnen dann die Antwort mit.
**Churchill:** Die Lage ist so, daß Feldmarschall Alexander mit seinen Truppen in der Steiermark eingezogen ist, aber es fällt ihm schwer, in Wien einzuziehen, solange die Frage der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung nicht gelöst ist.
**Stalin:** Ist die Lebensmittelversorgung in Wien schon so schlimm?
**Churchill:** Wir wissen es nicht, wir waren nicht dort.
**Stalin:** Die Lage der Bevölkerung dort ist nicht schlecht.
**Alexander:** Wenn Sie uns dabei helfen könnten, sind wir natürlich bereit, weiter vorzurücken und unseren Teil der Arbeit zu übernehmen.
**Stalin:** Ich kann das morgen sagen.
**Churchill:** Wir danken Ihnen.
**Stalin:** Es wäre gut, wenn die englischen und amerikanischen Behörden bereit wären, das Abkommen mit der Renner-Regierung auch auf ihre Zonen auszudehnen. Das wird keine Anerkennung der Regierung Renner oder eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen bedeuten, aber es versetzt die Regierung in die gleiche Lage, in der sich die Regierung Finnlands befindet. Ihre Kompetenz würde auch auf diese Zonen ausgedehnt, und das würde die Lösung der Frage erleichtern.
**Truman:** Wir sind bereit, diese Frage zu erörtern, sobald unsere Truppen in Wien eingezogen sind.
**Churchill:** Wir sind ebenfalls einverstanden.
Ich möchte nur eine Verfahrensfrage aufwerfen. Dem Herrn Präsidenten dürfte ebenso wie dem Generalissimus bekannt sein, daß Herr Attlee und ich daran interessiert sind, London einen Besuch abzustatten *(Heiterkeit),* am Donnerstag dieser Woche. Deshalb müssen wir am 25. Juli zusammen mit dem Außenminister hier abreisen. Aber wir werden zur Abendsitzung am 27. Juli zurückkehren, beziehungsweise nur einige von uns werden zurückkehren. *(Heiterkeit)* Könnte man deshalb die Mittwochsitzung nicht am Vormittag durchführen?
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Gut.
**Churchill:** Ich schlage vor, daß die Außenminister sich wie gewohnt weiterhin treffen und lediglich Herr Eden während seiner Abwesenheit von Herrn Cadogan vertreten wird.
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Einigen wir uns also darauf, die Sitzung am 25. Juli um 11 Uhr vormittags durchzu-

führen.
Die morgige Sitzung ist um 17 Uhr.<<
Die Sowjets bestätigen am 23. Juli 1945 die Beschlagnahmung aller deutschen Bankguthaben sowie die Schließung der Banken in Berlin und der SBZ (x009/506).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Banken" in der SBZ (x009/54): >>Mit dem Einzug der Roten Armee wurden alle Geld- und Kreditinstitute in der SBZ geschlossen (SMAD-Befehl Nr. 1 vom 28.4.1945) und deren Aktiva (Bargeld, Wertpapiere und sonstige Werte) beschlagnahmt.
Mit Ausnahme der Genossenschaftsbank wurden die Banken nicht wieder eröffnet. Sie hatten Liquidationsbilanzen zu erstellen und wurden enteignet, staatliche und kommunale Institute gingen in das Eigentum der neuen Verwaltungen über. ...
Zur Bedienung eines gesetzlich festumrissenen Kundenstammes und zur Lösung spezieller Aufgaben innerhalb der Planwirtschaft bestehen heute neben der Notenbank und den Genossenschaftsbanken, Sparkassen, die Deutsche Investitionsbank und die Deutsche Bauernbank. ...
Die Banken haben neben den traditionellen Geschäften im kommunalen Wirtschaftssystem die zentrale Aufgabe, den gesamten Wirtschaftsprozeß zu überwachen ("Kontrolle durch die Mark"), Planabweichungen und ihre Ursachen sind zu registrieren und mit den Betrieben Maßnahmen zu deren Beseitigung einzuleiten.
Die Banken haben das Recht, die Konten der Betriebe, die Erfüllung der Kennziffern, die Verwendung der Kredite zu kontrollieren und unter Umständen Sanktionen zu verhängen (Strafzinsen, Kreditsperre); sie können sogar auf die Tätigkeit der Betriebsleitungen Einfluß nehmen.<<
**WBZ:** Mehr als 500.000 US-Soldaten führen am 23. Juli 1945 eine Waffenrazzia durch, die 48 Stunden dauert. Bei dieser Aktion werden rund 80.000 Personen verhaftet (x111/52).
Der Tübinger Historiker Johannes Haller berichtet am 23. Juli 1945 in seinem Tagebuch über einen französischen Befehl, "ungewollte Schwangerschaften durch marokkanische und algerische Soldaten" nicht abzubrechen (x111/52-53): >>... Den Ärzten ist Abtreibung in Fällen von Vergewaltigung bei strenger Strafe verboten. Rassenpolitik mit umgekehrtem Vorzeichen – Entarisierung der deutschen Nation! ... Kein Zweifel, daß die Tübinger Bevölkerung u.ä. wohl überall in 20 bis 30 Jahren anders aussehen wird.
Mir ist "das Blut" nicht die Hauptsache; wie wird sich der Charakter gestalten? Das scheint mir wichtiger. Vorläufig hat er durch die 13 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft erheblich, empfindlich gelitten.<<

**24.07.1945**

**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Achte Plenarsitzung vom 24. Juli 1945 (x867/...):
*>>(Truman eröffnet die Sitzung.*
*Die amerikanische Delegation berichtet über die Sitzung der Außenminister der drei Mächte und teilt folgendes mit:*
*Auf der Sitzung der drei Minister wurde festgestellt, daß die Kommission, die sich mit Wirtschaftsfragen und Fragen der Reparationen beschäftigt, ihren Bericht noch nicht ausgearbeitet hat. Die sowjetische Delegation hat vorgeschlagen, daß dieser Kommission auch die Frage der Reparationen aus Italien und Österreich übergeben wird. Sie hat zwei kurze Dokumente über die Reparationen aus diesen beiden Ländern übergeben.*
*Es wurde beschlossen, die Behandlung der wirtschaftlichen Grundsätze bezüglich Deutschlands und die Reparationen aus Deutschland sowie die Frage der Reparationen aus Italien und Österreich zu vertagen. Den Außenministern wurde mitgeteilt, daß die Kommission für Wirtschaftsfragen heute abend zusammentritt, um ihre Arbeit abzuschließen.*
*Am 20. Juli übergab die Delegation der USA ein Dokument über die Erdölversorgung Euro-*

*pas. Es wurde beschlossen, diese Frage ebenfalls der Kommission für Wirtschaftsfragen zu übergeben. Da sich die Kommission jedoch mit dieser Frage nicht befaßt hat, erklärten sich die Minister damit einverstanden, die Erörterung dieser Frage zu vertagen.*

*Die nächste Frage, die von den Ministern erörtert wurde, war die Frage nach der Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa und die Vasallenstaaten. Es wurde festgestellt, daß die mit dieser Frage betraute Kommission ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat, so daß auch die Erörterung dieser Frage vertagt wurde.*

*Ferner wurde die Frage der Zulassung Italiens und der anderen Länder zur Organisation der Vereinten Nationen beraten. Die Delegation der USA schlug vor, angesichts der Tatsache, daß die Kommission, die sich mit dieser Frage befaßte, keine Einigung erzielt hat, diese Frage auf der Sitzung der Außenminister zu behandeln, und zwar auf der Grundlage des Dokuments, an dem die Kommission gearbeitet hat.*

*Die sowjetische Delegation erklärte, daß sie an dieser Diskussion nicht teilnehmen kann, da dieses Dokument die Zulassung Rumäniens, Bulgariens, Ungarns und Finnlands in die Organisation der Vereinten Nationen nicht erwähnt.*

*Die englische Delegation schlug vor, den letzten Satz im ersten Punkt des Dokuments zu streichen. Die USA-Delegation erklärte sich damit einverstanden. Die englische Delegation schlug eine neue Fassung von Punkt 2 dieses Dokuments vor, in der die Interessen der anderen verbündeten Länder, die eine Beziehung zum Friedensvertrag mit Deutschland haben, berücksichtigt werden. Die amerikanische Delegation erklärte sich einverstanden, den englischen Vorschlag in das korrigierte Dokument über die Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen aufzunehmen.*

*Die Delegation der USA schlug vor, einen zusätzlichen Punkt in das Dokument aufzunehmen. Dieser Punkt lautet: "Die drei Regierungen hoffen desgleichen, daß der Rat der Außenminister ohne unnötigen Verzug mit der Vorbereitung der Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland beginnt. Sie halten es desgleichen für wünschenswert, daß nach Abschluß der Friedensverträge mit den verantwortlichen demokratischen Regierungen dieser Länder, diese bei der Bitte um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützt werden."*

*Die sowjetische Delegation bestand darauf, daß Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland in der Frage des Eintritts in die Organisation der Vereinten Nationen keine schlechteren Bedingungen erhalten als Italien. Die amerikanische Delegation gab der Hoffnung Ausdruck, daß der von ihr vorgeschlagene Ergänzungspunkt die sowjetische Delegation zufriedenstellt.*

*Da die Minister keine völlige Übereinstimmung in dieser Frage erzielten, wurde beschlossen, sie den Regierungschefs zur Entscheidung zu übergeben. Diese Frage wurde in die heutige Tagesordnung der Sitzung der drei Regierungschefs aufgenommen.*

*Man kam überein, den Regierungschefs folgende Fragen zur Erörterung auf der heutigen Sitzung zu empfehlen:*

*1. Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Das den Außenministern heute vormittag vorgelegte Dokument kann als Diskussionsgrundlage für die drei Regierungschefs dienen.*

*2. Über die Schwarzmeer-Meerengen und die freie und uneingeschränkte Schiffahrt auf den internationalen Binnenwasserstraßen. Die Diskussion wurde auf der gestrigen Sitzung der Regierungschefs vertagt, um die Möglichkeit zu geben, den Vorschlag des Präsidenten zu studieren.*

*Die Minister stimmten überein, den Chefs der drei Regierungen die Aufnahme folgender Fragen in die Tagesordnung ihrer morgigen Vormittagssitzung zu empfehlen:*

*1. Über die deutsche Seekriegs- und Handelsflotte.*

*2. Über die Reparationen aus Deutschland.*

*Ferner teilte die amerikanische Delegation mit, daß in Potsdam die Delegation der Vertreter der Provisorischen Polnischen Regierung mit dem Präsidenten Bierut an der Spitze eingetroffen ist, auf Einladung des Präsidenten der USA, die entsprechend dem Beschluß der drei Regierungschefs am 22. Juli erging. Auf der Sitzung der Außenminister legte die polnische Delegation ihre Meinung über die Westgrenze Polens dar, die kurz gesagt auf folgendes hinausläuft:*

*Die polnische Delegation ist der Meinung, daß die Westgrenze Polens von der Ostsee über Swinemünde verlaufen soll, wobei Stettin in den Bestand Polens eingeht, weiter entlang der Oder bis zur westlichen Neiße und entlang der westlichen Neiße bis zur Grenze der Tschechoslowakei.*

*Bei der neuen territorialen Gestaltung Polens brauchen polnische Bevölkerungsteile nicht mehr in andere Länder auszuwandern, und die Arbeit jener Polen, die früher gezwungen waren, in andere Länder auszuwandern, kann voll genutzt werden.*

*Vom Standpunkt der Sicherheit ist von großer Bedeutung, daß die von der polnischen Delegation vorgeschlagene Grenze die kürzest mögliche Grenze zwischen Polen und Deutschland ist und von ersterem leichter zu verteidigen ist.*

*Die Deutschen haben versucht, die polnische Bevölkerung zu vernichten und die polnische Kultur zu zerstören. Vom historischen Standpunkt aus wäre es gerecht, einen starken polnischen Staat zu schaffen, der in der Lage wäre, sich gegen jede deutsche Aggression zu verteidigen.*

*Diese Gebiete gehörten zu den mächtigsten Basen der deutschen Rüstungsindustrie und waren eine Basis des deutschen Imperialismus. Bei Akzeptierung der vorgeschlagenen Lösung würde Deutschland das Aufmarschgebiet im Osten und die Basis der Rüstungsproduktion entzogen.*

*Polen würde ein Staat ohne nationale Minderheiten werden.*

*Vor dem Kriege hatte Polen einen Überschuß an ländlicher Bevölkerung, die in der Industrie keine Arbeit finden konnte, da die Industrie unentwickelt war. Der Erwerb dieser Gebiete wird es Polen gestatten, die Dorfbevölkerung zur Arbeit in den Städten heranzuziehen, und jene, die aus Polen emigriert sind, können in die Heimat zurückkehren und dort Arbeit bekommen.*

*Die polnischen Vertreter wiesen ferner darauf hin, daß das Oderbecken insgesamt Polen übergeben werden soll, da die Oder selbst nicht genügend Wasser führt und die Quellen ihrer Zuflüsse im Gebiet der westlichen Neiße liegen.*

*Die polnische Delegation erklärte abschließend, daß ihrer Ansicht nach zu dieser Frage möglichst schnell ein Beschluß gefaßt und ein Abkommen erzielt werden sollte, damit die polnische Regierung die Möglichkeit erhält, möglichst schnell die Polen aus dem Ausland zu repatriieren, damit sie am Wiederaufbau Polens teilnehmen können.)*

**Truman:** Die erste Frage auf der Tagesordnung ist die Frage über die Zulassung Italiens und der anderen Vasallenstaaten, einschließlich Finnlands, zur Organisation der Vereinten Nationen.

**Byrnes:** In dieser Frage besteht zwischen der britischen und der amerikanischen Delegation Einverständnis.

**Eden:** Wir sind mit Ihrem ursprünglichen Dokument völlig einverstanden, was aber die zweite Fassung betrifft, so gibt es bei uns einige Bedenken. Die neue Fassung schafft den Eindruck, als würden wir fordern, daß die italienische Regierung umgebildet wird, bevor wir den Abschluß des Friedensvertrages mit Italien in Angriff nehmen.

**Byrnes:** In der Hoffnung, eine Kompromißlösung in dieser Frage zu finden und auch um den Wünschen der sowjetischen Delegation dahingehend entgegenzukommen, daß die anderen Vasallen in der Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen nicht schlechter

gestellt werden als Italien, habe ich diese neue Fassung vorgeschlagen. Aber ich möchte die englische Delegation darauf hinweisen, daß die neue Fassung keine Bedenken im Hinblick auf die gegenwärtige italienische Regierung provoziert.
Diese Fassung sieht lediglich den Abschluß von Friedensverträgen mit den verantwortlichen demokratischen Regierungen vor. Das ist eine Sache der Zukunft. Allein die Tatsache, daß die Regierung der USA diplomatische Beziehungen mit der jetzigen italienischen Regierung hergestellt hat, zeigt doch hinreichend klar unsere Haltung zu dieser Regierung.
**Eden:** Wir haben das Gefühl, daß wir Ihren Standpunkt fast teilen, es handelt sich nur um die Formulierung.
**Stalin:** Wenn es darum geht, den Vasallenstaaten Erleichterung zu gewähren, so muß das in dem vorliegenden Beschluß gesagt werden. Die Lage Italiens wird erleichtert, wogegen schwer etwas einzuwenden ist. Aber die Erleichterung der Lage Italiens wird nicht begleitet von einer gleichzeitigen Erleichterung der Lage für die anderen Länder, die einst im Bund mit Deutschland waren.
Es entsteht der Eindruck, daß hier eine künstliche Trennung vorgenommen wird: einerseits Italien, dessen Lage man erleichtert, und andererseits Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland, deren Lage man nicht zu erleichtern beabsichtigt. Es besteht die Gefahr, daß unser Beschluß in Mißkredit gebracht wird:
Worin hat beispielsweise Italien eigentlich größere Verdienste im Vergleich zu den anderen Ländern? Sein einziges "Verdienst" besteht darin, daß Italien als erstes Land kapituliert hat. In allem übrigen hat sich Italien schlechter verhalten und größeren Schaden angerichtet als jeder andere Vasallenstaat.
Zweifellos hat jeder der vier Staaten - Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Finnland - den Alliierten weniger Schaden zugefügt als Italien. Was die Regierung in Italien betrifft, ist sie etwa demokratischer als die Regierungen in Rumänien, Bulgarien oder Ungarn? Natürlich nicht. Ist die Regierung in Italien etwa verantwortlicher als die in Rumänien oder Bulgarien? Es gab weder in Italien noch in den anderen Staaten demokratische Wahlen.
In dieser Hinsicht sind sie gleich. Deshalb begreife ich nicht dieses Wohlwollen für Italien und eine solche ablehnende Haltung gegenüber allen übrigen Staaten, die ehemals im Bund mit Deutschland waren.
Die Erleichterung begann damit, daß mit Italien die diplomatischen Beziehungen wiederaufgenommen wurden. Jetzt wird ein zweiter Schritt vorgeschlagen, die Eingliederung Italiens in die Organisation der Vereinten Nationen. Gut, laßt uns diesen zweiten Schritt gegenüber Italien tun, aber auch im Hinblick auf die anderen erwähnten Länder schlage ich in diesem Falle vor, den ersten Schritt zu tun, der gegenüber Italien vor einigen Monaten getan wurde, das heißt, die diplomatischen Beziehungen mit ihnen wiederherzustellen. Es wird gerecht sein, und eine gewisse Abstufung wird gewahrt. An erster Stelle Italien, an zweiter alle übrigen.
Anderenfalls kommt es dahin, daß gegenüber Italien ein erster Schritt getan wurde und nun vorgeschlagen wird, einen zweiten Schritt zu tun, und das alles deshalb, weil die italienische Regierung als erste kapituliert hat, obwohl Italien den Alliierten weitaus mehr Schaden zugefügt hat als alle übrigen Staaten, die mit Deutschland im Bund waren. Darin besteht der Vorschlag der sowjetischen Delegation.
**Churchill:** Wir stimmen dem Standpunkt der USA in dieser Frage in allgemeinen Zügen zu.
**Truman:** Ich möchte sagen, daß unterschiedliche Meinungen über die Regierung Italiens einerseits und über die Regierungen Rumäniens, Bulgariens und Ungarns andererseits sich daraus erklären, daß unsere Vertreter nicht die Möglichkeit hatten, die erforderliche Information über die letztgenannten Länder einzuholen. In Italien gab es keine derartige Lage; hier wurde allen unseren Regierungen - der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion - die Möglichkeit gewährt, freie Informationen zu bekommen.

Das können wir im Hinblick auf Rumänien, Bulgarien und Ungarn nicht sagen, wo wir nicht die Möglichkeit hatten, freie Informationen einzuholen. Außerdem gibt der Charakter der gegenwärtigen Regierungen in diesen Ländern uns nicht die Möglichkeit, unverzüglich diplomatische Beziehungen mit ihnen herzustellen. Aber in dem zur Prüfung vorgelegten Dokument versuchten wir, dem Wunsch der sowjetischen Delegation Rechnung zu tragen und keinen der anderen Vasallen schlechter zu stellen als Italien.
**Stalin:** Aber mit Italien unterhalten Sie diplomatische Beziehungen und mit diesen Ländern nicht.
**Truman:** Aber auch die anderen Vasallen können unsere Anerkennung erringen, wenn ihre Regierungen unseren Forderungen entsprechen.
**Stalin:** Welchen Forderungen?
**Truman:** Hinsichtlich der Bewegungsfreiheit und Informationsfreiheit.
**Stalin:** Nicht eine dieser Regierungen behindert die Vertreter der alliierten Presse in ihrer Bewegungsfreiheit und Informationsfreiheit und kann dies auch nicht. Hier gibt es ein Mißverständnis. Seit Kriegsende hat sich die Situation hier verbessert. Den sowjetischen Vertretern wurden in Italien ebenfalls Beschränkungen auferlegt.
**Truman:** Wir möchten, daß diese Regierungen umgebildet werden, und wenn sie verantwortlicher, demokratischer werden, werden wir sie anerkennen.
**Stalin:** Ich versichere Ihnen, daß die Regierung Bulgariens demokratischer ist als die Regierung Italiens.
**Truman:** Um den sowjetischen Wünschen entgegenzukommen, haben wir im Hinblick auf Rumänien, Bulgarien und Ungarn die gleiche Formulierung vorgeschlagen wie auch im Hinblick auf Italien.
**Stalin:** Aber dieser Vorschlag schließt nicht die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen ein.
**Truman:** Ich habe bereits mehrere Male gesagt, daß wir mit diesen Regierungen so lange keine diplomatischen Beziehungen wiederherstellen können, solange sie nicht so organisiert sind, wie wir es für erforderlich halten.
**Byrnes:** Das einzige, was wir zur Erleichterung der Lage Italiens vorgeschlagen haben, ist, daß sein Antrag auf Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen unterstützt wird. Ich möchte Sie auf jenen Punkt unseres Vorschlages hinweisen, der in der gleichen Fassung von den anderen Vasallen handelt. Somit wird die Erleichterung der Lage Italiens begleitet von einer Erleichterung der Lage der anderen Vasallen. Wir waren hier bemüht, den Wünschen der sowjetischen Delegation entgegenzukommen.
**Stalin:** Ich schlage vor, das Wort "verantwortliche", da wo es im Hinblick auf die italienische Regierung gebraucht wird, an allen Stellen, wo es vorkommt, zu streichen. Dieses Wort setzt das Ansehen der italienischen Regierung herab.
**Truman:** Wir können den Antrag von Regierungen auf Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen nicht unterstützen, wenn sie nicht verantwortlich und demokratisch sind.
**Stalin:** In Argentinien ist die Regierung weniger demokratisch als in Italien, aber Argentinien ist Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen. Wenn Regierung, dann demokratische Regierung, und fügt man "verantwortliche" hinzu, so schafft es den Eindruck, als wäre das irgendeine andere Regierung. Und außerdem ist die Ergänzung hinsichtlich der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen einzufügen.
Ich schlage vor, in dem Punkt, wo die Rede von Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland ist, einen Satz hinzuzusetzen, daß jede unserer drei Regierungen in nächster Zeit die Frage der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen mit diesen Ländern prüfen wird. Das heißt nicht, daß sie dies gleichzeitig tun und die diplomatischen Beziehungen zum gleichen Zeitpunkt wiederaufnehmen, das bedeutet aber, daß jede der drei Regierungen die Frage der Wie-

deraufnahme diplomatischer Beziehungen prüft. Die eine früher, die andere später. Ich führe ein Beispiel an: Gegenwärtig gibt es in Italien diplomatische Vertretungen der USA und der Sowjetunion, aber weder diplomatische Vertreter Großbritanniens noch Frankreichs, es gibt dort keine Botschafter dieser Regierungen.
**Churchill:** Wir sind der Ansicht, daß unser Vertreter in Italien voll akkreditiert ist. Da wir uns formell immer noch im Kriegszustand mit Italien befinden, kann die Stellung dieses Vertreters nicht völlig der Stellung eines Botschafters gleichgesetzt werden, denn nach der britischen Verfassung können wir unter solchen Bedingungen keine normalen diplomatischen Beziehungen haben. Aber wir bezeichnen ihn als Botschafter.
**Stalin:** Aber nicht als solchen, wie ihn die Sowjetunion und die USA haben.
**Churchill:** Nicht ganz. Zu neunzig Prozent.
**Stalin:** Nicht ganz, das ist richtig.
**Churchill:** Aber die Ursache ist eine formale und technische.
**Stalin:** Und einen solchen Botschafter sollte man auch nach Rumänien schicken, so einen Nicht-Ganz-Botschafter. *(Allgemeine Heiterkeit)*
**Churchill:** Wir haben das bisher nicht getan.
**Truman:** Wir wollen uns mit allem Nachdruck bemühen, eine solche Lage herbeizuführen, wo wir diplomatische Beziehungen mit diesen Regierungen wiederherstellen können. Ich habe bereits erläutert, worin die Schwierigkeiten bei der Lösung dieser Frage bestehen.
**Stalin:** Schwierigkeiten gab es früher, jetzt nicht mehr. Es fällt uns sehr schwer, dieser Resolution in der jetzigen Gestalt zuzustimmen. Wir möchten ihr nicht zustimmen.
**Churchill:** Wir wollen keine Worte gebrauchen, die irgend jemand von uns in ein schlechtes Licht stellen. Ich möchte mich nur für Italien verwenden und nicht nur deshalb, weil es das erste Land war, das aus dem Krieg ausschied. Es ist viel Zeit vergangen, seitdem es aus dem Krieg ausgeschieden ist; wenn ich nicht irre, sind bereits zwei Jahre vergangen. Es ist aber eine sehr kurze Zeit vergangen, seit die anderen Länder den Krieg eingestellt haben, vier bis fünf Monate. Etwas früher hat Rumänien den Krieg eingestellt.
**Stalin:** Rumänien, dann Finnland. Und mit Italien wurden die diplomatischen Beziehungen sieben bis acht Monate nach der Kapitulation wiederhergestellt.
**Churchill:** Die Lage Italiens ist folgende. Seit zwei Jahren ist es aus dem Krieg ausgeschieden, und seither kämpft es an unserer Seite, so gut es kann. Außerdem ist zu bedenken, daß wir in Italien standen und alles über die politischen Bedingungen dort wissen. Das kann man nicht über Bulgarien, Rumänien und die anderen Länder sagen. Außerdem war die Lage in Italien nicht überall gleich: Der nördliche Teil Italiens befand sich unter feindlichem Joch und wurde, alles in allem, erst vor zwei Monaten befreit. Wir kämpften dort gemeinsam mit Italien, das uns einen großen Beistand leistete.
Es wurde aber immer anerkannt, daß Italien keine völlig demokratische Regierung haben kann, solange der nördliche Teil nicht befreit sein wird. Doch in der Zwischenzeit haben wir die italienische Regierung anerkannt und mit ihr gearbeitet. Ich hatte eine Vereinbarung mit der Sowjetregierung über die Unterstützung der Regierung von General Badoglio. Und ich war damals mit unseren amerikanischen Freunden nicht einverstanden; ich war dafür, diese Regierung zu unterstützen, solange der Norden nicht befreit ist, damit dann eine italienische Regierung auf breiterer Grundlage gebildet werden könne. Aber der Ablauf der Ereignisse erforderte andere Schritte.
Wir haben freundschaftliche Beziehungen zu Italien hergestellt. Es gibt dort keine politische Zensur. Die italienische Presse hat mich wenige Monate nach der bedingungslosen Kapitulation Italiens angegriffen. Man kann eine beträchtliche Zunahme der Freiheit in Italien beobachten. Jetzt, wo der Norden befreit ist, schicken sich die Italiener an, demokratische Wahlen durchzuführen. Deshalb sehe ich keinen Grund, warum wir nicht schon jetzt die Frage des

Friedensvertrages mit Italien erörtern können.
Ich muß sagen, daß wir über Rumänien und mehr noch über Bulgarien nichts wissen. Unsere Mission in Bukarest wurde Bedingungen einer Isolierung unterworfen, die an eine Internierung erinnern.
**Stalin:** Kann man solche Dinge sagen, ohne sie geprüft zu haben?
**Churchill:** Das wissen wir von unserem eigenen Vertreter dort. Ich bin überzeugt, daß der Generalissimus erstaunt wäre, wenn er eine Reihe Fakten erführe, die es in Verbindung mit unserer Mission in Bukarest gab.
**Stalin:** Märchen!
**Churchill:** Sie können natürlich unsere Erklärung als Märchen bezeichnen, aber ich habe volles Vertrauen zu unserem politischen Vertreter und zu dem Marschall der Luftstreitkräfte, Stevenson. Ich kenne ihn persönlich seit vielen Jahren. Die Arbeitsbedingungen unserer Mission waren schwer. Es gab große Verzögerungen mit den Flugzeugen für unsere Botschaft. Von unseren sowjetischen Freunden kamen Klagen über die zahlenmäßige Stärke unserer Mission, die gar nicht so groß war.
Die Kontrollkommission, die aus drei Mitgliedern bestehen sollte, trat fast immer nur mit zwei Mitgliedern zusammen. Der sowjetische Oberbefehlshaber und Vorsitzende der Kontrollkommission traf sich manchmal mit dem amerikanischen Vertreter, manchmal mit dem englischen, aber selten mit beiden gemeinsam. Was Italien betrifft, so ist es von sowjetischen Vertretern besucht worden.
**Stalin:** Nichts dergleichen, wir haben keinerlei Rechte in Italien.
**Churchill:** Aber jedenfalls ist die Lage dort so, daß Sie völlig frei nach Italien einreisen können. Deshalb bin ich nicht der Meinung, daß man die Lage in Italien mit der Lage in Rumänien, Bulgarien und anderen Ländern vergleichen kann.
**Truman:** Wir müssen sagen, daß unsere Missionen in diesen Ländern bei der Erfüllung ihrer Arbeit ebenfalls auf große Schwierigkeiten gestoßen sind. Aber wir möchten hier nicht darüber sprechen.
**Byrnes:** In der Hoffnung, zu einer Einigung zu kommen, schlage ich vor, die Worte "verantwortliche Regierung" zu ersetzen durch die Worte "anerkannte Regierung".
**Stalin:** Das ist eher annehmbar. Aber meines Erachtens sollte man auch einen Beschluß darüber fassen, daß die drei Regierungen bereit sind, die Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit diesen vier Ländern zu prüfen. Ich schlage vor, am Ende des Punktes, den Herr Byrnes über die vier Länder vorgeschlagen hat, folgendes hinzuzufügen: "Die drei Regierungen kommen überein, jede für sich in naher Zukunft die Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland zu untersuchen."
**Churchill:** Steht das dann nicht im Widerspruch zu dem, was wir jetzt besprochen haben?
**Stalin:** Das widerspricht nicht, denn wenn wir beschließen, die Frage der Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien und anderen Ländern vorzubereiten, und da wir diese Länder nicht einmal anerkannt haben, so ist klar, daß die Frage der Anerkennung von jeder Regierung selbständig gestellt wird.
**Truman:** Ich habe keinerlei Einwände.
**Stalin:** Dann haben wir ebenfalls keine Einwände.
**Churchill:** Meines Erachtens gibt es einen Widerspruch. Ich habe den Präsidenten hier so verstanden, daß er jetzt die Regierungen Rumäniens, Bulgariens und der anderen Vasallenstaaten nicht anerkennen will.
**Truman:** Hier heißt es, daß wir uns lediglich verpflichten, diese Frage zu prüfen.
**Churchill:** Das ist eine Irreführung der Öffentlichkeit.
**Stalin:** Warum?
**Churchill:** Weil aus dem Sinn der Erklärung hervorgeht, daß wir diese Regierungen bald an-

erkennen; indessen weiß ich, daß dies weder die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten noch die der Regierung des Vereinigten Königreichs widerspiegelt.
**Stalin:** Ich stimme dem Präsidenten zu und möchte Herrn Churchill widersprechen. Wir alle haben bereits akzeptiert, daß wir dem Rat der Außenminister den Auftrag erteilen, die Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland vorzubereiten. Wir alle sind der Ansicht, daß ein Friedensvertrag nur mit einer anerkannten Regierung abgeschlossen werden kann. Folglich müssen wir irgendwie diese Anerkennung zum Ausdruck bringen, und dann wird es keinen Widerspruch geben. Wenn wir nicht sagen, daß die drei Regierungen beabsichtigen, in nächster Zukunft die Frage der Anerkennung zu stellen, so muß man auch den Punkt über die Vorbereitung der Friedensverträge mit diesen Ländern streichen.
**Churchill:** Ich möchte den Präsidenten fragen, ob er annimmt, daß im Herbst dieses Jahres Vertreter der Regierungen Rumäniens, Bulgariens und der anderen Länder im Rat der Außenminister erscheinen und wir dort mit ihnen die Friedensverträge erörtern werden?
**Truman:** Vertreter in den Rat der Außenminister kann nur eine Regierung entsenden, die von uns anerkannt sein wird.
**Stalin:** Richtig.
**Churchill:** Die jetzigen Regierungen werden nicht anerkannt, und deshalb wird man die Friedensverträge mit ihnen nicht vorbereiten können.
**Stalin:** Woher haben sie das?
**Churchill:** Das ergibt sich logisch.
**Stalin:** Nein, das ergibt sich nicht.
**Churchill:** Vielleicht denke ich nicht richtig, aber es scheint mir, daß es sich so ergibt.
**Stalin:** Diese Regierungen können anerkannt sein, aber sie können auch nicht anerkannt sein. Niemand weiß, ob sie anerkannt sein werden oder nicht. Und so ist auch diese Formulierung zu werten: "werden die Frage der Anerkennung prüfen". Und einen Friedensvertrag mit ihnen wird es dann geben, wenn sie anerkannt sein werden.
**Churchill:** Jemand, der diesen Punkt liest, wird nicht verstehen, daß die Regierung der USA die jetzigen Regierungen Rumäniens und Bulgariens nicht anerkennen will. Wenn aber andere Regierungen gebildet sein werden, die wir anerkennen können, dann werden wir auch die Vorbereitung der Friedensverträge mit ihnen in Angriff nehmen.
Ich bitte um Verzeihung, daß ich so auf diesem Punkt beharre, aber man muß bedenken, daß dieses Dokument, wenn es veröffentlicht wird, erläutert werden muß, besonders von mir im Parlament. Wir sagen, daß wir Friedensverträge mit den Regierungen abschließen, die wir anerkennen, wir haben aber nicht die Absicht, diese Regierungen anzuerkennen. Mir scheint das fast sinnlos.
**Truman:** Ich schlage vor, diese Frage erneut an die Außenminister zur nochmaligen Prüfung zu überweisen.
**Stalin:** Herr Churchill hat nicht recht, hier ist durchaus nicht vom Abschluß der Friedensverträge die Rede, hier ist die Rede von der Vorbereitung. Warum kann man einen Vertrag nicht vorbereiten, selbst wenn die Regierung nicht anerkannt ist.
**Churchill:** Natürlich, wir können den Friedensvertrag selbst vorbereiten. Ich schlage vor, in diesem Falle die Präposition "mit" durch die Präposition "für" zu ersetzen, so daß es nicht heißt "Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien" usw., sondern "Friedensverträge für Rumänien, Bulgarien" usw.
**Stalin:** Ich habe nichts dagegen, daß es "für" heißt.
**Churchill:** Ich danke Ihnen.
**Stalin:** Keine Ursache. *(Allgemeine Heiterkeit)*
**Churchill:** Es wäre wünschenswert, wenn die Außenminister dieses Dokument noch einmal durchsehen.

**Stalin:** Bitte, ich habe nichts dagegen.
**Truman:** Sie müssen die Erörterung, die heute stattfand, beachten.
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Die nächste Frage, das ist die Frage der Schwarzmeer-Meerengen und der freien Schiffahrt auf den internationalen Binnenwasserstraßen. Die amerikanische Delegation hat ihre Vorschläge zu dieser Frage eingebracht.
...
**Stalin:** Es gibt wohl dringendere Fragen als die Frage der Meerengen, und man könnte diese Frage vertagen.
**Churchill:** Diese Frage wurde von Großbritannien aufgeworfen, aus dem Wunsch heraus, die Konvention von Montreux zu revidieren. Ich bin mit der Vertagung einverstanden, wenn die sowjetische Seite es wünscht.
**Stalin:** Es ist besser, diese Frage zu vertagen. Man muß Rücksprache mit der Türkei nehmen.
**Truman:** Unser Vorschlag über die internationale Kontrolle bedeutet, daß die Meerengen nicht in einer Hand sind, wer auch immer es sei. Wir werden uns bemühen, die Türken von der Richtigkeit unseres Standpunktes in dieser Frage zu überzeugen.
**Stalin:** Gut, laßt uns das tun.
**Truman:** Ich möchte der Konferenz einen Vorschlag unterbreiten. Mir scheint, daß es an der Zeit ist, sich Gedanken zur Vorbereitung einer Mitteilung über die Arbeit der Konferenz zu machen. Ich schlage deshalb vor, eine spezielle Kommission zu benennen, die mit der Vorbereitung einer solchen Mitteilung beauftragt wird.
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Man muß sich über die Frage der Zusammensetzung der Kommission einigen.
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Wir beauftragen die Außenminister, Kandidaten für diese Kommission vorzuschlagen.
**Stalin:** Gut. Und morgen findet unsere Sitzung um elf statt?
**Truman:** Ja.
**Stalin:** Herr Churchill hatte Zweifel in dieser Hinsicht.
**Eden:** Heute beim Frühstück äußerten wir die Annahme, daß vielleicht nicht genügend Fragen für die morgige Sitzung bereitstünden. Da aber die heutige Tagesordnung nicht erschöpft ist, werden die nicht behandelten Fragen auf die morgige Sitzung vertagt.
**Truman:** Sobald wir erkannt haben, daß für uns nichts mehr zu tun ist, fahren wir nach Hause. *(Heiterkeit)* Aber vorläufig haben wir noch Arbeit.
**Churchill:** Herr Attlee und ich müssen zur Parlamentseröffnung am 8. August nach London zurückkehren. Auf jeden Fall kann ich nicht länger bleiben als bis zum 6. August.
**Stalin:** Die Frage der Westgrenze Polens, die letzte Frage der heutigen Sitzung, ist noch nicht erledigt.
**Churchill:** Und außerdem die von der sowjetischen Seite aufgeworfene Frage über das Lager in Italien. Ich möchte jetzt eine Erklärung zu dieser Frage geben.
**Stalin:** Haben Sie Zeit und den Wunsch, jetzt die Frage der Westgrenze mit uns zu erörtern?
**Churchill:** Morgen früh treffen wir uns mit den Polen und werden ein Gespräch mit Herrn Bierut haben.
**Stalin:** Dann wollen wir vertagen.
**Churchill:** Die Situation in diesem Lager ist in wenigen Worten folgende. Tatsächlich befinden sich in diesem Lager 10.000 Mann. Man muß aber bedenken, daß wir gerade erst eine Million Mann gefangengenommen haben. Mit diesen 10.000 Mann beschäftigt sich jetzt die sowjetische Mission in Rom, und diese Mission hat freien Zutritt zum Lager. Es wurde mitgeteilt, daß die im Lager befindlichen Personen überwiegend Ukrainer, aber nicht Sowjetbürger

sind. In diesem Lager gibt es auch eine gewisse Zahl von Polen, die, soweit wir feststellen konnten, in Polen, in den Grenzen von 1939, gelebt haben. 665 Mann wünschen unverzüglich in die Sowjetunion zurückzukehren, und es werden Maßnahmen zu ihrem Abtransport getroffen. Wir sind auch bereit, alle übrigen, die zurückzukehren wünschen, zu übergeben.
Diese 10.000 Mann haben sich uns fast als geschlossene militärische Einheit ergeben, und wir haben sie als solche erhalten, unter Führung ihrer eigenen Kommandeure, ausschließlich aus administrativen Erwägungen. Wir wären froh, wenn General Golikow seine Beschwerden an Feldmarschall Alexander oder an dessen Stab richten würde.
**Alexander:** Ich habe zu dem, was der Premierminister hier gesagt hat, nicht viel hinzuzufügen. Ich möchte, daß alle hier Anwesenden wissen, daß ich den russischen Vertretern in Italien stets volle Bewegungsfreiheit gewährt und ihnen jede Möglichkeit geboten haben zu sehen, was sie wünschen. Und ich meine, daß es zweckmäßig ist, so vorzugehen, da in den Fällen, wo sich eine große Zahl russischer Soldaten in unserer Hand befindet, der Rat kompetenter russischer Vertreter für uns sehr nützlich sein kann. Ich gedenke, wenn der Generalissimus einverstanden ist, auch in Zukunft im gleichen Sinne zu verfahren, wie dies bisher geschah.
**Stalin:** Wir sind in diesen Fällen vertraglich verpflichtet, einander zu unterstützen und Bürger bei der Rückkehr in die Heimat nicht zu behindern, sondern, umgekehrt, ihnen bei der Rückkehr in die Heimat behilflich zu sein.
**Churchill:** Wenn Ihr Vertreter einen General schickt oder selbst beim Stab in dieser Angelegenheit vorstellig wird, dann wird alles Notwendige geschehen.
**Stalin:** Gut. Ich halte die Frage für erledigt.
Ich habe heute mit Marschall Konew in Wien gesprochen. Er hat die Ausgabe von Lebensmittelrationen an die Bevölkerung Wiens nicht eingestellt, und wird sie so lange ausgeben, bis die Amerikaner und Engländer eine Lösungsmöglichkeit finden.
**Truman und Churchill:** Wir sind Ihnen sehr zu Dank verpflichtet.
**Churchill:** Es gab die Frage über die Ausdehnung der Renner-Administration auf die britische und amerikanische Zone.
**Stalin:** Es wäre gut, ihre Kompetenz auf alle Zonen auszudehnen.
**Churchill:** Wir meinen, daß dies eine der ersten Fragen ist, die wir prüfen müssen, sobald wir in Wien eingerückt sind. Im Prinzip sind wir einverstanden, daß es wünschenswert ist, mit einer einzigen österreichischen Verwaltung zu arbeiten.
**Stalin:** Es ist besser, selbstverständlich.
**Churchill:** Wir wollen die örtliche Verwaltung nicht behindern.
**Stalin:** So wird es besser sein.
**Truman:** Bis morgen um elf Uhr.<<
**25.07.1945**
**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Neunte Plenarsitzung vom 25. Juli 1945 (x867/...):
>>**Truman:** Gestern wurde vorgeschlagen, heute die Diskussion über die Westgrenze Polens fortzusetzen.
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Ich erinnere mich, daß Herr Churchill einen Ergänzungsvorschlag hatte.
**Churchill:** Ich habe nichts hinzuzusetzen. Ich hatte ein Gespräch mit der polnischen Delegation, und heute vormittag hatte ich das Vergnügen, mich erneut mit Herrn Bierut zu treffen. Gestern hatte Herr Eden mit der polnischen Delegation eine Aussprache. Die Polen bestätigten, daß sich in dem Gebiet, das sie im Westen besetzt haben, eineinhalb Millionen Deutsche befinden. Ich meine, daß diese Frage mit der Reparationsfrage im Zusammenhang steht sowie mit der Frage über die Besatzungszonen der vier Mächte in Deutschland.
**Truman:** Ich halte die Bemerkung von Herrn Churchill für richtig. Herr Byrnes hat sich ebenfalls mit der polnischen Delegation getroffen und beabsichtigt, sie noch einmal zu treffen. Ge-

statten Sie mir, folgenden Vorschlag zur Verfahrensweise zu machen. Da Herr Byrnes und Herr Eden die Aussprachen fortsetzen werden, meine ich, daß es nützlich wäre, unsere Diskussion zu dieser Frage bis Freitag zu vertagen.
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Die nächste Frage unserer Tagesordnung ist die Frage über die deutsche Kriegs- und Handelsflotte. Ich denke, daß wir bereits eine Einigung über diese erzielt haben.
**Churchill:** Natürlich müssen die konkreten Vorschläge zu dieser Frage geprüft werden. Ich denke, daß wir uns jetzt mit diesen konkreten Vorschlägen befassen.
**Truman:** Minister Byrnes hat mir gesagt, daß sein Stellvertreter, Clayton, und Admiral Land sich mit dieser Frage beschäftigt und konkrete Vorschläge ausgearbeitet haben. Ich bin bereit, diese Frage zu jeder Zeit zu prüfen, würde es aber vorziehen, zunächst Herrn Byrnes zu hören und mich mit den Dokumenten zu dieser Frage, die ich eben erst erhalten habe, vertraut zu machen.
*(Es wurde beschlossen, die Behandlung dieser Frage zu vertagen.)*
**Churchill:** Es gibt noch eine Frage, die zwar nicht auf der Tagesordnung steht, die man aber erörtern sollte, und zwar die Frage der Überführung der Bevölkerung. Es gibt eine große Zahl von Deutschen, die aus der Tschechoslowakei nach Deutschland überzuführen sind.
**Stalin:** Die tschechoslowakischen Behörden haben diese Deutschen evakuiert, und sie befinden sich gegenwärtig in Dresden, in Leipzig und Chemnitz.
**Churchill:** Wir schätzen, daß es 2,5 Millionen Sudetendeutsche gibt, die überzuführen sind. Außerdem wünschen die Tschechoslowaken, daß die 150.000 deutschen Bürger schnellstens das Land verlassen, die seinerzeit aus dem Reich in die Tschechoslowakei übergeführt wurden. Nach unserer Information haben erst 2.000 von diesen 150.000 Deutschen die Tschechoslowakei verlassen. Das ist eine große Sache, 2,5 Millionen Menschen überzuführen. Aber wohin soll man sie überführen? In die russische Zone?
**Stalin:** Der Großteil von ihnen geht in die russische Zone.
**Churchill:** Wir wollen sie nicht in unserer Zone haben.
**Stalin:** Wir haben das auch gar nicht vorgeschlagen. *(Heiterkeit)*
**Churchill:** Wenn sie kommen, so wollen sie auch essen. Mir scheint, daß die Überführung noch gar nicht richtig begonnen hat.
**Stalin:** Aus der Tschechoslowakei?
**Churchill:** Ja, aus der Tschechoslowakei. Vorläufig erfolgt die Überführung nur in geringem Umfang.
**Stalin:** Ich verfüge über Informationen, daß die Tschechen eine Mitteilung an die Deutschen ergehen lassen und sie dann aussiedeln. Was die Polen betrifft, so haben sie eineinhalb Millionen Deutsche zurückgehalten, um sie bei der Ernteeinbringung einzusetzen. Sowie die Ernte in Polen abgeschlossen ist, werden die Polen die Deutschen aus Polen evakuieren.
**Churchill:** Meines Erachtens sollte man das nicht tun, wenn man die Fragen der Lebensmittelversorgung, der Reparationen usw. bedenkt, das heißt Fragen, die noch nicht gelöst sind. Wir sind jetzt in eine Lage geraten, bei der die Polen Lebensmittel und Brennstoffe haben und wir die Bevölkerung. Die Versorgung dieser Bevölkerung lastet als schwere Bürde auf uns.
**Stalin:** Man muß sich in die Lage der Polen versetzen. Fünfeinhalb Jahre hindurch haben ihnen die Deutschen viel Leid und Entbehrungen zugefügt.
**Truman:** Ich habe gestern sehr aufmerksam die Ausführungen Präsident Bieruts zu dieser Frage gehört. Ich habe Verständnis für die Polen und die Russen und verstehe die Schwierigkeiten, vor denen sie stehen. Meine Position habe ich hinreichend klar dargelegt.
Ich möchte meinen Kollegen erklären, welche Vollmachten ich in Fragen der friedlichen Regelung habe. Wenn wir hier Fragen erörtern, die in den Friedensvertrag aufgenommen werden müssen, so ist Ihnen allen sicherlich verständlich, daß dieser Vertrag entsprechend unserer

Verfassung nur mit Einverständnis des USA-Senats abgeschlossen werden kann. Wenn ich hier diesen oder jenen Vorschlag, der auf der Konferenz vorgebracht wird, unterstütze, so bedeutet das unbedingt, daß ich alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um auch eine Sanktionierung dieses Beschlusses durch den Senat zu sichern. Man kann natürlich nicht garantieren, daß dies auch unbedingt angenommen wird.
Ich muß Ihnen sagen, die politische Stimmung in Amerika ist derart, daß ich nicht jeden Vorschlag hier unterstützen kann, ohne der Unterstützung durch unsere öffentliche Meinung gewiß zu sein. Ich gebe diese Erklärung nicht deshalb ab, um die Grundlage zu ändern, auf der die Erörterung der Fragen mit meinen Kollegen erfolgt, sondern um klarzumachen, welche Möglichkeiten ich im Hinblick auf die verfassungsmäßige Macht habe. Ich möchte sagen, bei Abschluß der Friedensverträge muß ich die Tatsache in Rechnung stellen, daß sie der Zustimmung des USA-Senats bedürfen.
**Stalin:** Betrifft die Äußerung des Präsidenten nur die Friedensverträge oder alle Fragen, die hier erörtert werden?
**Truman:** Das bezieht sich nur auf jene Abkommen und Verträge, die gemäß der Verfassung dem USA-Senat zur Bestätigung vorzulegen sind.
**Stalin:** Das heißt, alle übrigen Fragen können entschieden werden.
**Truman:** Wir können hier jede beliebige Frage entscheiden, wenn diese Frage nicht der Vorlage im Senat zwecks Ratifizierung bedarf.
**Stalin:** Das heißt, nur die Frage der Friedensverträge bedarf der Ratifizierung durch den Senat?
**Truman:** Das ist richtig. Ich verfüge über ausgedehnte Vollmachten, aber ich will sie nicht mißbrauchen.
**Churchill:** Ich schlage vor, zur Frage der polnischen Ausdehnung nach dem Westen zurückzukehren.
**Stalin:** Wir haben uns auf diese Frage nicht vorbereitet, die Frage wurde zufällig gestellt. Mit einem Meinungsaustausch bin ich natürlich einverstanden. Aber sie jetzt zu lösen ist außerordentlich schwierig.
**Churchill:** Ich möchte diese Frage heute nicht erörtern. Ich möchte nur sagen, daß diese Frage eine Kernfrage des Gelingens der gesamten Konferenz ist. Wenn die Konferenz ihre Arbeit, sagen wir nach zehn Tagen, abschließt, ohne eine Entscheidung über Polen gefällt zu haben, und wenn die Frage der gleichen Verteilung von Lebensmitteln auf dem gesamten Gebiet Deutschlands nicht geregelt wird, so bedeutet das alles zweifellos einen Fehlschlag der Konferenz. Wir werden dann zum Vorschlag von Herrn Byrnes zurückkehren müssen, daß jeder mit dem auskommen muß, was er in seiner Zone hat. Ich hoffe, daß wir ein Abkommen über diese Fragengruppe erzielen, die zum Kern unserer gesamten Arbeit gehört. Wir müssen zugeben, daß wir bislang keinerlei Fortschritt erzielt haben.
**Truman:** Ich bin mit der Meinung des Premierministers einverstanden, daß wir in diesen Fragen keinerlei Fortschritt haben.
**Stalin:** Ich denke, daß die Frage der Versorgung ganz Deutschlands mit Kohle und Metall eine weitaus größere Bedeutung hat. Das Ruhrgebiet liefert neunzig Prozent des Metalls und achtzig Prozent der Steinkohle.
**Churchill:** Wenn die Kohle aus dem Ruhrgebiet in die russische Zone geliefert wird, so müssen diese Lieferungen mit Lebensmitteln aus dieser Zone bezahlt werden.
**Stalin:** Wenn das Ruhrgebiet im Bestand Deutschlands verbleibt, so muß es ganz Deutschland versorgen.
**Churchill:** Und warum darf man dann keine Lebensmittel aus Ihrer Zone entnehmen?
**Stalin:** Darum, weil dieses Gebiet an Polen geht.
**Churchill:** Aber wie werden die Arbeiter im Ruhrgebiet diese Kohle produzieren, wenn sie

nichts zu essen haben, und woher können sie die Lebensmittel nehmen?
**Stalin:** Es ist längst bekannt, daß Deutschland stets Lebensmittel, insbesondere Getreide, eingeführt hat. Wenn Deutschland nicht genügend Getreide und Lebensmittel hat, so wird es diese kaufen.
**Churchill:** Wie kann es dann die Reparationen bezahlen?
**Stalin:** Es kann sie bezahlen, Deutschland hat noch so allerlei behalten.
**Churchill:** Die Ruhrkohle liegt zwar in unserer Zone, aber ich kann nicht die Verantwortung für eine Regelung übernehmen, die dazu führt, daß in der britischen Zone diesen Winter Hunger herrschen wird, während die Polen sämtliche Lebensmittel für sich behalten.
**Stalin:** Das ist nicht richtig. Kürzlich baten sie, ihnen mit Getreide zu helfen; es fehlt ihnen an Getreide, sie baten um Brot bis zur neuen Ernte.
**Churchill:** Ich hoffe, daß der Generalissimus einige meiner Schwierigkeiten anerkennt, ebenso wie wir seine Schwierigkeiten anerkennen. Bei uns in England werden wir in diesem Winter den größten Kohlenmangel haben, da es uns an Kohle fehlt.
**Stalin:** Warum? England hat stets Kohle exportiert.
**Churchill:** Deshalb, weil die Bergleute noch nicht demobilisiert sind, weil es bei uns an Arbeitskräften in der Kohlenindustrie fehlt.
**Stalin:** Es gibt genügend Gefangene. Bei uns arbeiten die Gefangenen im Kohlenbergbau, ohne sie wäre es sehr schwer. Wir stellen unsere Kohlenreviere wieder her und setzen dazu die Gefangenen ein. 400.000 deutsche Soldaten sitzen bei Ihnen in Norwegen, sie sind nicht einmal entwaffnet, und man weiß nicht, worauf sie dort warten. Dort haben Sie Arbeitskräfte.
**Churchill:** Ich wußte nicht, daß sie nicht entwaffnet sind. In jedem Falle ist es unsere Absicht, sie zu entwaffnen. Aber ich weiß nicht genau, wie dort die Lage ist, diese Frage wurde vom Generalstab der Alliierten Expeditionsstreitkräfte geregelt. In jedem Falle werde ich Erkundigungen einziehen.
Ich möchte nochmals wiederholen und Sie darauf hinweisen, daß uns deshalb Kohle fehlt, weil wir sie nach Frankreich, Belgien und Holland exportieren. Und zu einer Zeit, wo es uns an Kohle für diesen Winter fehlt, verstehen wir nicht, warum die Polen die Möglichkeit haben, die Kohle aus einem Gebiet zu verkaufen, das ihnen noch nicht gehört.
**Stalin:** Sie haben Kohle aus dem Revier von Dabrowa verkauft. Das ist ihr Gebiet.
Ich bin nicht gewohnt zu klagen, aber ich muß sagen, daß unsere Lage noch schlechter ist. Wir haben mehrere Millionen Tote, es fehlt bei uns an Menschen. Wollte ich anfangen zu klagen, fürchte ich, Sie hier zu Tränen zu rühren, so schwer ist die Lage in Rußland. Aber ich möchte Ihnen keine Unannehmlichkeiten bereiten.
**Churchill:** Wir kontrollieren das Ruhrgebiet und wären bereit, Ruhrkohle gegen Lebensmittel zu tauschen.
**Stalin:** Diese Frage ist zu überlegen.
**Churchill:** Ich erwarte nicht, daß wir heute zu irgendeiner Entscheidung kommen, aber ich möchte, daß die Teilnehmer der Konferenz während der kurzen Unterbrechung darüber nachdenken, daß ihnen die Entscheidung einer großen Frage bevorsteht.
**Truman:** Wenn wir heute nichts mehr zu erörtern haben, schlage ich vor, diese Frage den Außenministern zur Behandlung zu überweisen.
**Churchill:** Am Freitag, um fünf Uhr, treffen wir uns erneut.
**Eden:** Wir haben eine Benachrichtigung von Dr. Benes erhalten, in der der Wunsch ausgedrückt wird, daß wir hier die Frage der Überführung der Deutschen aus der Tschechoslowakei erörtern. Können die Außenminister sich mit dieser Frage befassen?
**Stalin:** Mir scheint, daß die Überführung bereits durchgeführt ist.
**Churchill:** Wir meinen nicht, daß eine große Zahl von Deutschen bereits von da weg ist, und vor uns steht nach wie vor das Problem, wie diese Frage zu lösen ist.

**Stalin:** Bitte schön.
**Churchill:** Mögen sich die Außenminister mit dieser Frage befassen und die Tatsachen feststellen.
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Ich bin einverstanden.
Bis zur Unterbrechung möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf den Vorschlag lenken, den ich über die internationalen Binnenwasserstraßen unterbreitet habe. Ich denke, daß die Außenminister auch diesen Vorschlag von mir beraten können.
*(Stalin und Churchill äußern ihre Zustimmung.*
*Daraufhin übergibt die sowjetische Delegation dem Präsidenten der USA und dem Premierminister ein Memorandum über Behinderungen, denen sowjetische Bürger in Österreich und in Deutschland bei der Repatriierung ausgesetzt sind, sowie ein Memorandum über die in Norwegen stehenden, nicht entwaffneten deutschen Truppen, wovon in der Sitzung der Regierungschefs die Rede war.)*
**Churchill:** Ich kann aber versichern, daß wir beabsichtigen, diese Truppen zu entwaffnen.
**Stalin:** Ich zweifle nicht daran. *(Heiterkeit)*
**Churchill:** Wir halten sie nicht in Reserve, um sie plötzlich aus dem Ärmel zu schütteln. Ich werde sofort einen Bericht darüber anfordern. ...<<
Die SMAD ordnet am 25. Juli 1945 in Mitteldeutschland die Einrichtung von 11 Zentralverwaltungen an, die von Anfang an Weisungsrechte gegenüber den 5 Landesverwaltungen besitzen und sich bald zu zentralen Regierungsstellen in der SBZ entwickeln (x009/506).
Die SMAD befiehlt am 25. Juli 1945, innerhalb von 5 Tagen folgende Wertsachen abzuliefern (x111/53): >>1. Alle Gold- und Silbermünzen und Barren, alle Platinbarren.
2. Alle ausländischen Banknoten, Münzen, Vermögensdokumente und Kostbarkeiten.
3. Alle Geldscheine, die in den früher von Deutschland besetzten Gebieten oder sonst woher ausgegeben oder zur Herausgabe vorbereitet worden sind und sich in beliebigen Finanzbanken und Kreditämtern oder in Besitz von Privatfirmen und Personen deutscher Staatsangehörigkeit befinden.
4. Personen, die sich der Verletzung dieses Befehls schuldig machen, werden zu strenger Verantwortung gezogen werden.<<
**27.07.1945**
**WBZ:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 27. Juli 1945 über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/14-15): >>27. Juli 1945. ... Da sitzen sie in abgerissener, schmutziger Kleidung, seit Tagen unterwegs, ohne warmes Essen, ohne ein Bett gesehen zu haben, ohne zu wissen, wie es weiter gehen soll.
Eine alte Dame ist dabei, die vor Erschöpfung in einer Sofaecke eingeschlafen ist, das kleine Bündel letzter Habseligkeiten krampfhaft in beiden Händen auf dem Schoß haltend. Daneben schläft ein 5jähriger Junge, mit verschmiertem Gesicht, dreckigen Händen. ... Die Haare hängen ihm verschwitzt im Gesicht. Immer noch hat er den kleinen, von der Mutter selbstgefertigten Rucksack auf dem Rücken.
Links davon sitzt ein grauhaariger Mann, weit über die Sechzig, in guten, jetzt völlig verstaubten und am rechten Ärmel eingerissenen Kleidern ... Auf den Stühlen hängen ermattet, erschöpft, niedergeschlagen und mutlos Frauen, fast alle in Männerhosen, mit schweren Schuhen an den Füßen. Die Kleider sind derb, manche haben ein Kopftuch auf oder die ungekämmten Haare mit einem Schal zusammengebunden.
Bei keiner Frau ist Schmuck zu sehen. Auch die Eheringe fehlen. Jede hat ein Bündel neben sich stehen, eine jüngere besitzt einen Koffer, auf dem sie mangels einer anderen Sitzgelegenheit Platz genommen hat.
Auf dem Fußboden hinten in der Ecke liegen 5 Kinder, 3 Mädchen und 2 Jungen. Sie haben

nicht lange nach einer Ruhestatt suchen können. Die Müdigkeit hat sie einfach übermannt. Daneben hockt, mit dem Rücken zur Wand, ein Beinamputierter. Er hat die Prothese abgeschnallt und neben sich gelegt. ...<<

**28.07.1945**

**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Zehnte Plenarsitzung vom 28. Juli 1945 (x867/...): *>>Die sowjetische Delegation berichtet über die Sitzung der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens vom 25. Juli 1945 und teilt folgendes mit:*

*1. Die amerikanische Delegation hat vorgeschlagen, auf der Sitzung der Minister die Frage der Wasserstraßen zu erörtern. Sie hat den Wunsch geäußert, daß diese Frage vorher in einer Kommission beraten wird. Die englische und die sowjetische Delegation erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden, und es wurde eine Kommission in folgender Zusammensetzung gebildet: für die USA - Russell, Riddleberger; für Großbritannien - Ward; für die UdSSR - Gerastschenko, Lawristschew.*

*2. Ferner warf die amerikanische Delegation die Frage der Überführung der deutschen Bevölkerungsteile aus der Tschechoslowakei auf.*

*Die englische Delegation erklärte, daß es sich nicht nur um die Überführung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, sondern auch aus Westpolen und Ungarn handelt. Sie äußerte die Meinung, daß die Frage der Überführung dieser Bevölkerung sich unter Kontrolle des Alliierten Kontrollrats befinden wird, der mit den Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns zusammenarbeitet.*

*Die sowjetische Delegation schlug vor, diese Frage einer Kommission zur vorherigen Prüfung zu übergeben und den von ihr vorbereiteten Entwurf dann auf der Beratung der drei Minister zu behandeln.*

*Die Delegationen der USA und Englands stimmten dem Vorschlag zu. Es wurde eine Kommission in der folgenden Zusammensetzung gebildet: für die USA - Cannon; für Großbritannien - Harrison; für die UdSSR - Sobolew, Semjonow.*

*3. Die englische Delegation schlug vor, eine Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Mitteilung über die Arbeit der Konferenz und eine Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs eines gemeinsamen Beschlußprotokolls der Konferenz zu bilden.*

*Die Delegationen der UdSSR und der USA stimmten diesen Vorschlägen zu. Es wurde beschlossen, folgende Kommissionen zu bilden:*

*a) zur Vorbereitung des Entwurfs einer Mitteilung über die Arbeit der Konferenz: für die USA - Walter Brown, Wilder Foote; für die UdSSR - Sobolew, Golunskij;*

*b) zur Vorbereitung des Entwurfs eines gemeinsamen Beschlußprotokolls der Konferenz: für die USA - Dunn, Matthews, Cohen; für die UdSSR - Gromyko, Kosyrew, Gribanow; für Großbritannien (für beide Kommissionen)- Bridges, Brook, Hayter und Dean.*

*Die sowjetische Delegation berichtet des weiteren über die Sitzung der Außenminister am 27. Juli 1945 und teilt mit, daß auf der Tagesordnung der Sitzung der drei Außenminister die folgenden Fragen gestanden haben:*

*I. Über Fragen, deren Behandlung nicht abgeschlossen ist. Es wurde festgestellt, daß bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Behandlung folgender Fragen nicht abgeschlossen ist:*

*1. Über die wirtschaftlichen Grundsätze bezüglich Deutschlands.*

*2. Über die Reparationen aus Deutschland.*

*3. Über die Reparationen aus Italien und Österreich.*

*4. Über die Erdölversorgung Europas.*

*5. Über die Aufnahme Italiens und anderer ehemaliger Vasallenländer als Mitglieder in die Organisation der Vereinten Nationen.*

*6. Über die Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa.*

*7. Über die Milderung der Waffenstillstandsbedingungen für Italien und andere Länder.*

*8. Über die Westgrenze Polens.*
*9. Über die Zusammenarbeit bei der Lösung dringlicher europäischer Wirtschaftsprobleme.*
*10. Über die Kriegsverbrecher.*
*11. Über die Umsiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn.*
*12. Über die Ergänzung der politischen Grundsätze der Behandlung Deutschlands durch zwei Punkte aus Punkt 13 des Entwurfs über die wirtschaftlichen Grundsätze.*
*13. Über die deutsche Flotte.*
*14. Über die internationalen Binnenwasserstraßen.*
*II. Über die Zulassung Italiens und anderer Länder, die einen Waffenstillstand geschlossen haben und Mitkämpfende an der Seite der Alliierten geworden sind, zur Organisation der Vereinten Nationen.*
*Die USA-Delegation erklärte, daß sie, falls die sowjetische und die englische Delegation keine Einigung über die Fassung des Dokuments zu dieser Frage erzielen können, mit Einverständnis des Präsidenten der USA vorschlägt, diesen Punkt völlig von der Tagesordnung der Konferenz zurückzuziehen. Die amerikanische Delegation fügte hinzu, daß ihrer Meinung nach in erster Linie lebenswichtige Frage behandelt werden müssen, insbesondere die Fragen der Reparationen, der deutschen Flotte und der Westgrenze Polens.*
*Die englische Delegation schlug vor, die von der sowjetischen Delegation eingebrachte Formulierung des letzten Satzes in Absatz 3 durch folgenden Satz zu ersetzen:*
*"Der Abschluß von Friedensverträgen mit den verantwortlichen, demokratischen Regierungen in diesen Staaten wird es den drei Regierungen gestatten, normale diplomatische Beziehungen mit ihnen wiederaufzunehmen und ihren Antrag auf Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen."*
*Die sowjetische Delegation erklärte diese Abänderung für unakzeptabel.*
*Da auf der Beratung der drei Minister keine Einigung in dieser Frage erzielt wurde, beschloß man, sie den drei Regierungschefs zur Entscheidung zu übergeben.*
*III. Über die Reparationen aus Deutschland.*
*Die sowjetische Delegation erklärte, daß sie die Arbeit der Reparationskommission als unbefriedigend einschätzt und vorschlägt, die Frage der Reparationen aus Deutschland unmittelbar auf der Beratung der drei Minister zu behandeln. Dieser Vorschlag fand keinen Widerspruch. Daraufhin las die sowjetische Delegation Punkt 4 des Krim-Protokolls über die Reparationen vor und richtete, unter Bezugnahme auf die Erklärung des amerikanischen Vertreters in der Reparationskommission, wonach er die Zustimmung der USA-Regierung zu dem in diesem Punkt dargelegten Beschluß zurückzieht, an die amerikanische Delegation die Anfrage, ob die USA-Regierung weiterhin an den Krim-Beschlüssen zu dieser Frage festhält oder ihre Position ändert.*
*Die amerikanische Delegation erklärte, daß es sich um ein Mißverständnis handelt. Die USA-Regierung hatte auf der Krim zugestimmt, die Zahl von 20 Milliarden Dollar als Diskussionsgrundlage zu akzeptieren, doch seither haben sowjetische und alliierte Armeen in Deutschland große Zerstörungen angerichtet, einige Gebiete wurden von Deutschland losgetrennt, und man kann praktisch nicht von jener Gesamtsumme ausgehen, die von der amerikanischen Delegation in Jalta als mögliche Diskussionsgrundlage akzeptiert wurde.*
*Die englische Delegation erklärte, daß sie keinerlei Vorschläge einbringen will.*
*Auf Vorschlag der amerikanischen Delegation wurde es als zweckmäßig erachtet, die Behandlung dieser Frage auf die folgende Beratung der drei Minister zu vertagen und dann über diese Frage den Chefs der drei Regierungen Bericht zu erstatten.*
*IV. Über die Reparationen aus Österreich und Italien.*
*Die sowjetische Delegation schlug vor, der weiteren Erörterung dieser Frage die von ihr vorgelegten Vorschläge über die Reparationen aus Österreich und die Reparationen aus Italien*

*zugrunde zu legen.*
*Die amerikanische Delegation erklärte, daß sie es für nicht möglich erachtet, aus Österreich und Italien Reparationen in Gestalt von Lieferungen aus der laufenden Produktion zu entnehmen. Nach Ansicht der amerikanischen Delegation ist nur eine einmalige Entnahme von Ausrüstung der Kriegsindustrie möglich, die nicht für friedliche Zwecke genutzt werden kann.*
*Die englische Delegation erklärte, daß sie sich der Meinung der USA-Delegation anschließt.*
*Weil eine Übereinstimmung nicht erzielt wurde, beschloß man, über die aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten den drei Regierungschefs Bericht zu erstatten.*
*V. Über die wirtschaftlichen Grundsätze bezüglich Deutschlands.*
*Auf Vorschlag der USA-Delegation wurde die Erörterung der Frage vertagt.*
*VI. Über die Erdölversorgung Europas.*
*Die Erörterung dieser Frage wurde vertagt, da die Kommission ihre Arbeit nicht abgeschlossen hat.*
*VII. Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa.*
*Es wurde beschlossen, den Bericht der Kommission zu dieser Frage zu billigen und ihn den drei Regierungschefs mitzuteilen.)*
**Truman:** Welche Fragen werden wir heute noch erörtern - über die Westgrenze Polens oder eine andere Frage?
**Stalin:** Möglich ist diese Frage, möglich ist auch Italien und die anderen Länder. Welche Zeit steht Ihnen heute zur Verfügung? Können wir eine Stunde arbeiten?
**Truman:** Das sagt mir zu. Wir werden bis 12 Uhr arbeiten.
**Stalin:** Ich möchte mitteilen, daß wir, die russische Delegation, einen neuen Vorschlag von Japan erhalten haben. Obgleich man uns nicht so informiert, wie es sich gehört, wenn irgendein Dokument über Japan ausgearbeitet wird, sind wir der Meinung, daß man sich gegenseitig über neue Vorschläge informieren soll. *(Es wird in englischer Sprache die Note Japans über Vermittlung vorgelesen.)* In diesem Dokument ist nichts Neues enthalten. Es gibt nur einen Vorschlag: Japan schlägt uns die Zusammenarbeit vor. Wir wollen im gleichen Sinne antworten wie bereits das letztemal.
**Truman:** Wir haben keine Einwände.
**Attlee:** Wir sind einverstanden.
**Stalin:** Meine Information ist beendet.
**Truman:** Es gibt zwei Fragen, auf die die sowjetische Delegation in erster Linie unsere Aufmerksamkeit lenken wollte: die erste Frage über Italien und die anderen Vasallenländer und die zweite Frage über die Reparationen aus Österreich und Italien.
**Stalin:** Außerdem wäre es wünschenswert, die Frage der deutschen Flotte und die Frage der Westgrenze Polens zu stellen.
**Truman:** Ich denke, daß wir hier jede beliebige Frage erörtern können, und ich bin bereit, jeden beliebigen Vorschlag anzuhören, um dann meine Meinung zu diesen Fragen zu äußern.
**Attlee:** Ich möchte sagen, daß ich einverstanden bin, alle diese Fragen zu erörtern. Gleichzeitig möchte ich mein Bedauern ausdrücken, daß die Ereignisse in England die Arbeit der Konferenz gestört haben, aber wir sind bereit, beliebig lange zu bleiben und uns mit beliebigen Fragen zu befassen.
**Stalin:** Die Frage der Zulassung Italiens und der anderen Länder zur Organisation der Vereinten Nationen wurde auf der vorangegangenen Sitzung der "großen Drei" erörtert. Wie hier jedoch mitgeteilt wurde, entstand bei den Außenministern ein unterschiedlicher Eindruck von den Resultaten dieser Erörterung. Der sowjetischen Delegation schien es, daß diese Frage im wesentlichen zwischen den Chefs der drei Regierungen vereinbart war, nach den Abänderungen, die der Premierminister im Hinblick auf Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland gemacht hatte. Dort, wo die Rede von den Friedensverträgen ist, wurde beschlossen, die Worte

"mit Bulgarien, Rumänien" usw. zu ersetzen durch die Worte "für Bulgarien, Rumänien" usw. Danach wurde die Frage zur Endredaktion an die drei Außenminister überwiesen. Aber auf der Beratung der Minister brachte die englische Delegation eine neue Abänderung zu diesem Entwurf ein, die nicht angenommen wurde.
Auf der Beratung der Regierungschefs ging es darum, wie die Regierungen der genannten Länder zu bezeichnen sind: verantwortliche oder anerkannte. Die russische Delegation ist der Ansicht, daß es für die Regierungen verletzend wäre, wenn man "verantwortliche" sagt, weil sie denken werden, daß man sie jetzt für nicht verantwortliche hält.
Sagt man "anerkannte", wie hier auf der Beratung der drei Regierungschefs beschlossen, vermeidet man die Kränkung. Jede unserer Regierungen kann die Regierungen dieser Staaten anerkennen, wenn sie diese als demokratisch einschätzt. Eine Kränkung der Regierungen wird vermieden und der Sinn, der Inhalt bleibt der gleiche. Wir haben hier einen Beschluß gefaßt, und die Minister sind dann zusammengetreten und haben unseren Beschluß aufgehoben. Das ist nicht richtig. Im Prinzip war das angenommen.
**Truman:** Ich bitte Herrn Byrnes, sich dazu zu äußern.
**Byrnes:** Auf der Beratung der drei Außenminister erklärte die sowjetische Delegation, die USA-Delegation habe, soweit sie sich erinnere, ihren Vorschlag angenommen. Im Namen der amerikanischen Delegation sagte ich, daß der Präsident im Prinzip den Vorschlag der sowjetischen Delegation angenommen und dabei gesagt hat, daß man diesen Vorschlag den Außenministern zur redaktionellen Bearbeitung übergeben müsse: Der Präsident dachte dabei nur daran, ein Wort auszutauschen, und zwar das Wort "untersuchen" durch das Wort "prüfen" (im Englischen ist das von Bedeutung). Daher gab es in dieser Frage keine Differenzen zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Delegation.
Ich erklärte aber daraufhin den Außenministern, daß Herr Churchill, soweit ich mich entsinne, Einwände gegen den Vorschlag der sowjetischen Delegation erhoben hatte, die Frage der Anerkennung der Regierungen der Vasallenstaaten zu prüfen. Nach Beendigung der Beratung der drei Regierungschefs teilte mir Herr Churchill mit, daß er mit diesem Vorschlag nicht einverstanden sei. Ich sagte den Außenministern auch, daß ursprünglich die amerikanische Delegation ihren Vorschlag bezüglich Italiens vorgebracht habe, um diesem gewisse Erleichterungen zu gewähren. In dem Vorschlag wurde lediglich gesagt, daß die drei Mächte erklären, Italien beim Eintritt in die Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen.
Die englische Delegation schlug vor, in den Kreis der Länder, deren Beitritt zur Organisation der Vereinten Nationen wir unterstützen werden, einige neutrale Länder aufzunehmen. Wir stimmten dem zu. Die sowjetische Delegation schlug vor, in diesem Dokument einen Punkt über das Franco-Regime aufzunehmen, und um der sowjetischen Delegation entgegenzukommen, fügten wir den Punkt über die ablehnende Haltung der drei Mächte zum Eintritt Spaniens unter dem Franco-Regime als Mitglied in die Vereinten Nationen ein.
Die sowjetische Delegation schlug dann vor, den Punkt über die Regierungen Bulgariens, Rumäniens, Ungarns und Finnlands aufzunehmen. Mit gewissen Abänderungen stimmten wir diesem Punkt zu. Daraufhin wurde vorgeschlagen, eine redaktionelle Abänderung an dem Punkt über diese Länder vorzunehmen. Dem stimmten wir ebenfalls zu.
Bedauerlicherweise ergibt sich eine Lage, daß die englische Delegation ihre Zustimmung verweigert, wenn wir mit den sowjetischen Freunden übereinstimmen, und wenn wir mit unseren englischen Freunden übereinstimmen, bekommen wir nicht die Zustimmung der sowjetischen Delegation. *(Heiterkeit)* Und wenn jetzt die sowjetische und die englische Delegation zu einer Einigung über den sowjetischen Vorschlag kommen könnten, wären wir bereit, das Dokument anzunehmen, aber wenn sie keine Einigung erzielen können, sind wir bereit, unsere bescheidenen Vorschläge bezüglich Italiens zurückzuziehen.
**Attlee:** Herr Präsident, ich bitte Herrn Cadogan zu gestatten, daß er unsere Haltung in dieser

Frage darlegt.
**Cadogan:** Das Dokument, das wir behandeln, betrifft die Frage der Aufnahme Italiens und der anderen Vasallenländer in die Organisation der Vereinten Nationen und möglicherweise auch einiger neutraler Länder. Soweit mir bekannt ist, kann der Wortlaut des Dokuments gebilligt werden, mit Ausnahme von zwei Punkten. Generalissimus Stalin hat bereits über einen dieser Punkte gesprochen, und zwar über den Ersatz der Worte "verantwortliche Regierungen" durch die Worte "anerkannte Regierungen". Mir scheint, daß wir vor zwei Tagen, als wir diese Frage erörterten, dem zustimmten.
Die zweite, kompliziertere Frage betrifft den Punkt drei, wo es heißt, daß die drei Regierungen übereinkommen, in naher Zukunft die Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Finnland, Bulgarien, Rumänien und Ungarn zu untersuchen. Herr Churchill erklärte, er sei zwar einverstanden, die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit diesen Ländern zu untersuchen, daß jedoch die Aufnahme dieses Punktes in die Erklärung irreführend sein könnte, weil die Engländer nach der Verfassung keine vollen diplomatischen Beziehungen mit Ländern herstellen können, mit denen sie sich technisch noch im Kriegszustand befinden.
Es wurde ein Kompromißbeschluß des Sinnes vorgeschlagen, daß wir nach Unterzeichnung des Friedensvertrages volle diplomatische Beziehungen mit diesen Ländern wiederaufnehmen könnten. Mir scheint aber, daß unser diesbezüglicher Vorschlag auf Widerspruch seitens der sowjetischen Delegation stieß.
**Stalin:** Ich habe Herrn Cadogan so verstanden, daß er einverstanden ist, wenn man "anerkannte Regierungen" statt "verantwortliche Regierungen" sagt.
**Cadogan:** Ja.
**Byrnes:** Das ist für uns akzeptabel: "anerkannte" statt "verantwortliche".
**Stalin:** Einen Unterschied in der Lage zwischen Italien und den Alliierten einerseits und zwischen den anderen Ländern und den Alliierten andererseits gibt es hier nicht. Weder in Italien noch in Rumänien, noch in Ungarn, noch in Bulgarien gibt es frei gewählte Regierungen. Eine solche Regierung gibt es nur in Finnland. In allen diesen Ländern wurden die Regierungen ebenso wie in Italien durch Abkommen zwischen den Hauptparteien gebildet.
Da Italien von den USA und der Sowjetunion anerkannt und von der englischen Regierung zu neunzig Prozent anerkannt ist, warum kann man dann nicht die Frage aufwerfen, daß das Problem der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit, sagen wir, Rumänien, Bulgarien und Ungarn, untersucht wird? Vom Standpunkt der Demokratie herrscht dort die gleiche Lage wie in Italien. Doch Italien ist von drei Mächten anerkannt. Es heißt hier nicht: Herstellung voller diplomatischer Beziehungen. Ich verstehe eigentlich nicht den Sinn der Abänderung, von der Herr Cadogan sprach. Warum wird ein solcher Unterschied zwischen Italien, das keine frei gewählte Regierung besitzt, und den anderen Ländern, die, außer Finnland, auch keine frei gewählten Regierungen besitzen, gemacht?
**Bevin:** Besteht der Unterschied nicht vielleicht darin, daß wir im Hinblick auf Italien wissen, wie die Lage dort ist, während uns über die Lage in den anderen Ländern nichts bekannt ist?
**Stalin:** Es wird Ihnen nicht vorgeschlagen, sich zur Anerkennung dieser Regierungen zu verpflichten. In der Zeit, in der Sie die Frage der Anerkennung beraten, haben Sie die Möglichkeit, sich mit der Lage in diesen Ländern bekannt zu machen.
**Bevin:** Aber warum soll man diese Verpflichtung übernehmen, bevor man die Lage in diesen Ländern kennt?
**Stalin:** Wir wußten genauso wenig von Italien, als wir diplomatische Beziehungen mit ihm aufnahmen, vielleicht sogar noch weniger, als Sie heute über diese Länder wissen. Es handelt sich darum, diesen Ländern, angefangen bei Italien bis hin zu Bulgarien, irgendeinen Weg zur Erleichterung ihrer Lage zu eröffnen. Italien wird hier die Perspektive des Eintritts in die Or-

ganisation der Vereinten Nationen gegeben. Das ist bereits der zweite Schritt auf dem Wege zur Erleichterung seiner Lage, während der erste Schritt darin bestand, daß sechs oder acht Monate nach der Kapitulation die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt wurden. Der zweite Schritt auf dem Wege zur Erleichterung der Lage Italiens besteht nun darin, daß wir zwei Jahre nach der Kapitulation Italien die Möglichkeit geben, der Organisation der Vereinten Nationen beizutreten.

Jetzt besteht die Aufgabe darin, hinsichtlich der anderen Länder den ersten Schritt zu tun: zu gewährleisten, daß die Frage ihrer Anerkennung durch die drei Mächte erörtert wird. Es wird vorgeschlagen, dies zehn Monate nach ihrer Kapitulation zu tun. Wenn wir uns bereit erklären, die Lage Italiens zu erleichtern, so muß man in dieser Hinsicht auch irgend etwas für die anderen Länder tun. Darum geht es.

**Attlee:** Meines Erachtens wurde hier erklärt, daß es für uns unmöglich ist, mit diesen Ländern vor Unterzeichnung des Friedensvertrages volle diplomatische Beziehungen wiederaufzunehmen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Annahme des sowjetischen Vorschlags den Eindruck schafft, als würden wir uns anschicken, hinsichtlich dieser Länder etwas zu tun, was für uns unmöglich ist. Die von der englischen Delegation vorgeschlagene Abänderung besteht darin, daß volle diplomatische Beziehungen mit diesen Ländern erst nach Abschluß der Friedensverträge aufgenommen werden, und sie konstatiert das, was möglich ist.

**Stalin:** Und wenn man so sagt: Die drei Staaten werden, jeder für sich, die Frage der Herstellung voller oder nicht voller diplomatischer Beziehungen untersuchen. Mit Finnland wird man in jedem Falle die diplomatischen Beziehungen wiederherstellen müssen; es ist schon peinlich, die Lösung dieser Frage hinauszuziehen, da dort eine frei gewählte Regierung gebildet wurde. Es geht um die übrigen Länder.

**Attlee:** Mir scheint, daß dieser Vorschlag nicht der Wirklichkeit entspricht.

**Stalin:** Gut, nehmen wir dann die Formulierung der Amerikaner an, statt "untersuchen" zu sagen "prüfen".

**Attlee:** Mir scheint, daß eine Wortänderung am Wesen der Sache nichts verändert. Eine Anfrage im Parlament wird alles aufdecken.

**Stalin:** Aber wir verbergen ja nichts. Was ist hier zu verbergen? Eine Sache ist es - zu untersuchen, eine andere Sache - zu prüfen. Sie werden auf jeden Fall diese Frage prüfen. Es wäre merkwürdig, wenn wir die Frage der Anerkennung dieser Regierungen nicht prüfen würden. Was ist hier Schreckliches oder Neues? Ich denke, daß die Engländer sich der amerikanischen Formulierung anschließen könnten. Sie verlieren nichts, sondern gewinnen nur in der öffentlichen Meinung dieser Länder.

**Bevin:** Wenn wir zurückkehren, wird man uns im Parlament fragen, was das bedeutet, was wir getan haben. Ich möchte dem Volk ganz ehrlich antworten. Wenn ich eine Regierung anerkenne, so erkenne ich diese Regierung wirklich an. Und ich will nicht mit Worten Dinge verschleiern, die man anders auffassen könnte. Ich würde am liebsten den letzten Vorschlag der Amerikaner annehmen und die Lösung dieser Frage vertagen.

**Stalin:** Dann wollen wir vertagen.

**Truman:** Welche Frage werden wir jetzt erörtern - über die Westgrenze Polens oder über die Reparationen aus Italien und Österreich?

*(Es wird beschlossen, die Frage der Reparationen zu erörtern.)*

**Truman:** In diesem Falle möchte ich eine Erklärung über die Reparationen aus Italien abgeben. Wie ich bereits am ersten Tag der Erörterung der Frage Italien ausführte, genauer der Frage über die Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen für Italien, mußten wir gemeinsam mit der britischen Regierung Italien etwa 500 Millionen Dollar zur Wiederherstellung seiner Wirtschaft zur Verfügung stellen. Wir beabsichtigen, Italien eine weitere halbe Million Dollar zu diesem Zwecke zu geben. Die USA-Regierung ist bereit, diese Mittel für

bestimmte Zwecke zur Verfügung zu stellen, über die ich bereits sprach, und nicht dazu, daß Italien Reparationen an alliierte und andere Länder zahlt. Wenn es in Italien Rüstungsbetriebe mit Schwerindustrie gibt, die von der Sowjetunion benötigt wird, sind wir einverstanden, daß die Sowjetunion diese Ausrüstung nimmt. Aber die Mittel, die wir Italien zur Verfügung stellen wollen, müssen in erster Linie durch den Export aus Italien abgedeckt werden.

**Stalin:** Man könnte vereinbaren, von Österreich keine Reparationen zu nehmen, da Österreich kein selbständiger Staat war. Aber für unser Sowjetvolk ist es schwer zu begreifen, daß es überhaupt keine Reparationen aus Italien gibt, da es ein selbständiger Staat war, dessen Truppen bis zur Wolga vordrangen und an der Verwüstung unseres Landes mitbeteiligt waren. Österreich hatte keine eigenen Streitkräfte, man kann auf Reparationen verzichten; Italien hatte eigene Streitkräfte, und es muß Reparationen zahlen.

**Truman:** Wenn es in Italien Objekte für die Reparationsentnahme gibt, so bin ich einverstanden, sie der Sowjetunion zu übergeben. Aber wir sind nicht bereit und lehnen es ab, Italien Geld zur Verfügung zu stellen, damit es mit diesem Geld Reparationen an alliierte und andere Länder zahlt.

**Stalin:** Ich verstehe den Standpunkt des Präsidenten, aber ich möchte, daß der Präsident meinen Standpunkt versteht. Woher nimmt das Sowjetvolk das moralische Recht, von Reparationen zu sprechen? Daher, daß weite Teile des Territoriums der Sowjetunion durch feindliche Truppen okkupiert waren. Dreieinhalb Jahre befanden sich Sowjetmenschen unter dem Stiefel der Okkupanten. Hätte es keine Okkupation gegeben, hätten die Russen vielleicht kein moralisches Recht, von Reparationen zu sprechen. Vielleicht.

**Truman:** Ich fühle mit Ihnen durchaus mit.

**Stalin:** Der Präsident sagt, daß es vielleicht in Italien Ausrüstung gibt, die die Russen benötigen, und daß diese Ausrüstung vielleicht zur Tilgung der Reparationen verwandt wird. Gut, ich will nicht viel fordern, aber ich möchte die ungefähre Summe dieser Reparationen festlegen. Italien ist ein großes Land. Welche Summe kann man von Italien verlangen, wie hoch kann man die Reparationen wertmäßig festsetzen? Wenn der Präsident nicht bereit ist, diese Frage zu beantworten, bin ich bereit zu warten, aber irgendeine Reparationssumme muß man festlegen.

**Truman:** Ich kann diese Frage jetzt nicht beantworten.

**Bevin:** Bei Festlegung der Reparationssumme schlage ich vor, das abzusetzen, was Amerika und Großbritannien Italien geben, und nur das in Rechnung zu stellen, was Italien gegenwärtig besitzt.

**Stalin:** Natürlich, ich habe nicht vor, die Interessen Amerikas und Englands zu beeinträchtigen.

**Attlee:** Ich möchte sagen, daß wir dem, was der Präsident gesagt hat, voll zustimmen. Gleichzeitig hege ich ein tiefes Mitgefühl mit dem russischen Volk, das so viel erduldet hat. Aber auch wir haben viel erduldet durch den Überfall Italiens. Auch unser Land ist verwüstet, und man kann sich die Gefühle des englischen Volkes vorstellen, wenn Italien Reparationen aus Mitteln zahlen soll, die ihm faktisch von Amerika und Großbritannien zur Verfügung gestellt wurden. Sollte es allerdings in Italien Ausrüstung geben, die man entnehmen kann, so ist das eine andere Sache, aber einer Bezahlung von Reparationen aus solchen Mitteln, die wir und Amerika gegeben haben, wird unser Volk niemals zustimmen.

**Stalin:** Wir sind einverstanden, Ausrüstung zu nehmen.

**Attlee:** Rüstungsanlagen?

**Stalin:** Rüstungsanlagen.

**Attlee:** Werden das einmalige Entnahmen von Rüstungsanlagen sein und keine Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion?

**Stalin:** Einmalige Entnahmen.

**Bevin:** Ich möchte fragen: Handelt es sich um Rüstungsanlagen für die Produktion von Kriegsmaterial?
**Stalin:** Nein, warum? Es handelt sich um die Ausrüstung von Rüstungsbetrieben, die für die Produktion von Friedensgütern genutzt wird; die gleiche Ausrüstung entnehmen wir aus Deutschland.
**Attlee:** Das, was ich im Auge hatte, ist Ausrüstung, die nicht für die Friedensproduktion genutzt werden kann.
**Stalin:** Jede Ausrüstung kann für die Friedensproduktion genutzt werden. Unsere Rüstungsbetriebe überführen wir jetzt auf die Friedensproduktion. Es gibt keine Rüstungsanlagen, die nicht für die Produktion von Friedensgütern genutzt werden können. Unsere Panzerwerke haben beispielsweise begonnen, Kraftwagen zu produzieren.
**Bevin:** Es ist sehr schwer zu bestimmen, was Sie nehmen werden.
**Stalin:** Natürlich können wir die Ausrüstung jetzt nicht benennen. Wir wollen nur, daß hier im Prinzip der Beschluß gefaßt wird, und dann formulieren wir unsere Forderungen.
**Truman:** Soweit ich verstanden habe, wollen Sie, daß hier im Prinzip vereinbart wird, daß Italien Reparationen zahlen muß?
**Stalin:** Durchaus richtig. Man muß die Reparationssumme festlegen, wobei ich damit einverstanden bin, eine geringe Summe zu erhalten.
**Truman:** Ich denke, daß wir im Prinzip keine großen Differenzen in dieser Frage haben. Ich will nur, daß unsere Vorschüsse, die wir Italien gegeben haben, dabei nicht angetastet werden.
**Stalin:** Ich denke nicht an diese Vorschüsse.
**Bevin:** Es erhebt sich die Frage: Was soll in erster Linie entnommen werden? Die ersten Ansprüche gegenüber Italien, das sind die Ansprüche Großbritanniens und der USA, die einen Kredit gewährt haben, die zweiten Ansprüche sind die Reparationen.
**Stalin:** Wir können nicht Italien und andere Aggressoren dadurch belohnen, daß sie straflos aus dem Krieg hervorgehen, ohne auch nur teilweise zu bezahlen, was sie zerstört haben. Darauf zu verzichten heißt, ihnen eine Prämie für den Krieg zu zahlen.
**Truman:** Ich bin völlig einverstanden mit Ihnen.
**Bevin:** Ich höre schlecht, das Flugzeug ist schuld. *(Man wiederholt Bevin die Äußerung Stalins.)*
**Truman:** Ich bin mit der Erklärung des Generalissimus einverstanden, daß der Aggressor keine Prämie erhalten soll, sondern bestraft werden muß.
**Stalin:** Die Engländer hatten besonders unter Italien zu leiden.
**Attlee:** Wir vergessen das nicht.
**Truman:** Legen wir für unsere morgige Sitzung die Uhrzeit fest. Wie gewöhnlich um fünf?
**Stalin:** Bitte.
**Truman:** Vielleicht beginnen wir unsere Arbeit um vier Uhr?
Mit allgemeiner Zustimmung beginnen wir die morgige Sitzung um vier Uhr.<<

**29.07.1945**

**SBZ:** Der sowjetische Außenminister Molotow fordert am 29. Juli 1945 mit allem Nachdruck die Oder und westliche Neiße als Polens Westgrenze (x039/229).

**30.07.1945**

**Berlin:** Die erste Sitzung des Alliierten Kontrollrats (AKR) findet am 30. Juli 1945 statt.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Alliierten Kontrollrat (x051/22): >>Alliierter Kontrollrat, das nach dem Zusammenbruch auf der Rechtsgrundlage der Junideklaration vom 5.6.45 errichtete Organ der Alliierten zur Ausübung der obersten Regierungsgewalt in Deutschland.
Mitglieder: die Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen. Der Alliierte Kontrollrat tagte erstmals am 30.7.45, dann alle zehn Tage unter einem monatlich turnusgemäß wechselnden Vor-

sitzenden im Gebäude des Berliner Kammergerichts im amerikanischen Sektor Berlins.
Aufgaben: Entscheidung aller Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen, Sicherstellung einer einheitlichen Politik der Besatzungsmächte.
Wegen der Unvereinbarkeit der britisch-amerikanischen mit der sowjetischen, zum Teil auch mit der französischen Besatzungspolitik konnte der Alliierte Kontrollrat in den meisten Fragen nicht die vorgeschriebene Einstimmigkeit erzielen.
Ende des Alliierten Kontrollrates am 20.3.48 nach Austritt der Sowjetunion.<<

**31.07.1945**

**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Elfte Plenarsitzung vom 31. Juli 1945 (x867/...):

>>**Truman:** Über die gestrige Sitzung der Außenminister wird Herr Bevin berichten.

**Bevin:** Ich schlage vor, keinen gesonderten Bericht zu erstatten, da fast alle Fragen der gestrigen Tagesordnung der Sitzung der Außenminister auf der heutigen Tagesordnung für die Sitzung der "großen Drei" stehen.

*(Bevins Vorschlag wird angenommen.)*

**Truman:** Der erste Punkt unserer Tagesordnung - Vorschläge der USA über die deutschen Reparationen, über die Westgrenze Polens und über die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Herr Byrnes wird jetzt über diese Vorschläge berichten.

**Byrnes:** Unsere Vorschläge zur Frage der Reparationen wurden als Teil eines Gesamtvorschlages eingebracht, der die drei strittigen Fragen betrifft. Diese Fragen sind; Fragen der Reparationen, Fragen der Westgrenze Polens und Fragen der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Alle diese drei Fragen sind miteinander verbunden. Die USA-Delegation hat auf der Sitzung der Außenminister erklärt, daß sie Zugeständnisse im Hinblick auf die Westgrenze Polens und die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen macht unter der Bedingung, daß in allen drei Fragen eine Einigung erzielt werden kann.

**Stalin:** Sie sind nicht miteinander verbunden, es sind verschiedene Fragen.

**Byrnes:** Das ist richtig, es sind verschiedene Fragen, aber sie standen vor uns im Verlaufe von zwei Wochen, und wir vermochten keine Einigung darüber zu erzielen. Die USA-Delegation hat ihre Vorschläge zu allen diesen drei Fragen eingebracht in der Hoffnung, eine Einigung zu erzielen. Wir erklären jedoch hier noch einmal, daß wir nicht bereit sind, Zugeständnisse bezüglich der polnischen Grenze zu machen, wenn keine Einigung in den zwei anderen Fragen erzielt wird.

In unseren Vorschlägen über die Reparationen, die auf der gestrigen Sitzung der Minister erörtert wurden, war vorgesehen, daß 25 Prozent der industriellen Ausrüstung des Ruhrgebiets, die überflüssig ist zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft, der Sowjetunion im Austausch gegen Lebensmittel, Kohle, Zink, Kalium, Erdölprodukte, Holz usw. aus der sowjetischen Zone übergeben werden. Außerdem schlugen wir vor, 15 Prozent dieser industriellen Ausrüstung aus dem Ruhrgebiet, die als überflüssig für die Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft erachtet wird, der Sowjetunion ohne Bezahlung oder Tausch zu übergeben.

In der gestrigen Diskussion erklärte die britische Delegation, daß sie sich nicht damit einverstanden erklären kann, daß all dies aus dem Ruhrgebiet übergeben wird, daß sie aber einer Übergabe der Ausrüstung aus allen Westzonen an die Sowjetregierung zustimmen kann. Wir erklärten uns einverstanden, daß der einzige Unterschied zwischen dem englischen und dem amerikanischen Vorschlag in der Höhe des Prozentsatzes besteht, und wenn man die Prozentsätze auf alle drei westlichen Besatzungszonen bezieht, so muß ihre Höhe auf die Hälfte des für das Ruhrgebiet festgesetzten gesenkt werden, und zwar statt 25 Prozent werden es 12,5 Prozent und statt 15 Prozent 7,5 Prozent sein.

Die sowjetische Delegation stimmte diesem Vorschlag nicht zu, die amerikanische und britische Delegation hingegen vertraten die Ansicht, daß dies in administrativer Hinsicht bedeutend einfacher sein wird. Wir waren desgleichen der Auffassung, daß die Entnahme aus allen

drei Westzonen auch für die Sowjetunion bedeutend vorteilhafter wäre.
**Stalin:** Wir halten es ebenfalls für richtig, die Entnahme nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern aus allen Westzonen vorzunehmen.
**Byrnes:** Das bietet Ihnen eine größere Auswahl in bezug auf die Ausrüstung, da diese Ausrüstung sowohl aus der amerikanischen wie auch aus der englischen und französischen Zone kommen kann.
Auf der Sitzung der Außenminister wurde vorgeschlagen, daß die Frage entschieden werden muß, wer über die Ausrüstung bestimmt, die nicht zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft benötigt wird und für Reparationen zur Verfügung steht. Die sowjetische Delegation war der Meinung, daß genau festzulegen ist, wer die Menge und den Charakter der industriellen Ausrüstung bestimmt, die nicht für die Friedenswirtschaft benötigt wird und für Reparationen zur Verfügung steht.
Ich schlug vor, daß diese Festlegung durch den Kontrollrat erfolgt, gemäß den Richtlinien der alliierten Reparationskommission, und die endgültige Entscheidung von dem Kommandierenden der Zone getroffen wird, aus der die Entnahme dieser Ausrüstung erfolgen soll. Ich schlug vor, daß diese Festlegung vom Kontrollrat getroffen wird, da im Kontrollrat alle vier Mächte vertreten sind und der Kontrollrat ein Verwaltungsorgan ist, das Exekutivfunktionen hat, während die Reparationskommission ein Organ ist, das sich mit der Ausarbeitung der generellen Politik im Hinblick auf die Reparationen befaßt.
Ich wiederhole hier den Vorschlag, den ich gestern unterbreitet habe, und zwar, daß die Entnahme der industriellen Ausrüstung innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein soll und die Lieferungen an die Sowjetunion im Austausch gegen Lieferungen aus ihrer Besatzungszone innerhalb von fünf Jahren erfolgen sollen. Ich schlug desgleichen vor, daß die Reparationsansprüche der anderen Länder aus den westlichen Besatzungszonen zu befriedigen sind.
Die beiden anderen Fragen, von denen ich sprach und die in unseren Vorschlägen miteinander verbunden werden, das ist die Frage der Westgrenze Polens und die Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Wir stimmen der Lösung dieser Fragen zu unter der Bedingung, daß Übereinstimmung in der Hauptfrage, der Reparationsfrage, erzielt wird.
Entsprechend unserem Vorschlag über die polnische Westgrenze wird der polnischen Regierung das Recht gewährt, eine Verwaltung in dem gesamten Gebiet zu bilden, das die Polen gefordert haben.
Was die Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen betrifft, so haben wir vor drei Tagen unseren Vorschlag zurückgezogen. Wir bringen jedoch nunmehr erneut einen Vorschlag zu dieser Frage ein, dessen Fassung, wie wir hoffen, die Sowjetunion zufriedenstellt.
Die Fassung des Vorschlages, die wir vor vier Tagen erörtert haben, lautete:
"Die drei Regierungen sind, jede gesondert für sich, einverstanden, in nächster Zeit die Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu prüfen." Die englische Delegation hat erklärt, daß dies für sie unakzeptabel sei, da die englische Regierung einer Herstellung voller diplomatischer Beziehungen zu einem Lande, mit dem sie sich im Kriegszustand befindet, nicht zustimmen kann. Daraufhin stellte der sowjetische Regierungschef die Anfrage, ob die englische Regierung bereit ist, die Regierungen dieser Länder voll oder teilweise anzuerkennen. Deshalb bringe ich jetzt einen Vorschlag in folgender Fassung ein:
"Die drei Regierungen kommen überein, jede für sich in naher Zukunft im Lichte der dann vorherrschenden Bedingungen die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu untersuchen, soweit dies vor Abschluß von Friedensverträgen mit diesen Ländern möglich ist."
Ich hoffe, daß unsere sowjetischen und englischen Freunde bereit sein werden, unseren Vor-

schlag in dieser Fassung zu akzeptieren.
**Stalin:** Ich habe im Prinzip keine Einwände gegen diese Fassung.
**Byrnes:** Wir haben desgleichen vorgeschlagen, einen neuen Punkt hinzuzusetzen, wonach die drei Regierungen dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß im Hinblick auf die veränderten Umstände, bedingt durch das Kriegsende in Europa, die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen, der Welt über die Ereignisse in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland zu berichten. Das ist fast die gleiche Fassung, auf die wir uns im Falle Polens einigten.
**Stalin:** Das kann man akzeptieren, aber man sollte den Wortlaut ändern und statt "die drei Regierungen geben dem Wunsch Ausdruck" - "die drei Regierungen zweifeln nicht, daß ..." usw. setzen.
**Byrnes:** Was die USA betrifft, so ist das für uns akzeptabel. Ich meine, daß wir dieses Dokument jetzt annehmen sollten, wie es ist.
Wir haben also drei Vorschläge eingebracht, und ich hoffe sehr, daß alle drei Vorschläge hier angenommen werden.
**Stalin:** Wir haben Vorschläge über die Reparationen.
*(Es werden dann die folgenden Vorschläge der sowjetischen Delegation zur Frage der Reparationen aus Deutschland vorgelesen:*
*"1. Jede Regierung entnimmt Reparationen aus ihrer Besatzungszone. Diese haben zwei Formen: einmalige Entnahmen aus dem Nationalvermögen Deutschlands [Ausrüstung, Materialien], die innerhalb von zwei Jahren nach der Kapitulation vorgenommen werden, und jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, die innerhalb von zehn Jahren nach der Kapitulation vorgenommen werden.*
*2. Die Reparationen haben das Ziel, die schnellste Wiederherstellung der durch die deutsche Okkupation heimgesuchten Länder zu fördern unter Beachtung der Notwendigkeit einer allseitigen Einschränkung des Rüstungspotentials Deutschlands.*
*3. Über die aus der eigenen Zone entnommenen Reparationen hinaus erhält die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen:*
*a) 15 Prozent derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen Ausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrie, die nach Festlegung des Kontrollrats in Deutschland gemäß dem Bericht der Reparationskommission in den Westzonen der Entnahme auf Reparationskonto unterliegt; diese Ausrüstung wird der Sowjetunion im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Kali, Holz, keramischen Erzeugnissen und Erdölprodukten innerhalb von fünf Jahren übergeben;*
*b) 10 Prozent der industriellen Ausrüstung, die aus den westlichen Zonen auf Reparationskonto entnommen wird, ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art.*
*Die Festlegung des Umfangs der Ausrüstung und Materialien, die aus den Westzonen auf Reparationskonto zu entnehmen sind, muß spätestens innerhalb von drei Monaten erfolgen.*
*4. Außerdem erhält die UdSSR auf Reparationskonto:*
*a) für 500 Millionen Dollar Aktien von Industrie- und Transportbetrieben in den Westzonen;*
*b) 30 Prozent der Auslandsanlagen Deutschlands;*
*c) 30 Prozent des deutschen Goldes, das in die Verfügung der Verbündeten gelangt ist.*
*5. Die UdSSR übernimmt die Regelung der Reparationsforderungen Polens aus ihrem eigenen Reparationsanteil. Die USA und Großbritannien tun das gleiche im Hinblick auf Frankreich, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und Norwegen.")*
**Stalin:** Herr Byrnes hatte hier vorgeschlagen, daß diese drei Fragen alle zu einem Paket zusammengefaßt werden. Ich verstehe seinen Standpunkt. Er schlägt die Taktik vor, die er für zweckmäßig hält. Jede Delegation ist berechtigt, einen solchen Vorschlag einzubringen, aber die sowjetische Delegation wird unabhängig davon zu jeder Frage gesondert ihre Stimme abgeben.

Die russische Delegation hat ihre Vorschläge gemacht. Die Hauptfrage, die Differenzen und Meinungsverschiedenheiten verursacht, ist die Frage der Reparationen aus Deutschland. Wir haben unsere Überlegungen dargelegt. Sie haben wahrscheinlich bemerkt, daß die russische Delegation sich den Standpunkt der amerikanischen Delegation zu eigen gemacht hat, denn sie hat darauf verzichtet, eine bestimmte Summe und Mengen zu benennen, und ist auf Prozentsätze übergegangen.
Vom Hauptthema abschweifend, möchte ich etwas über die Entnahmen sagen, die von den Engländern aus der russischen Besatzungszone vor deren Einnahme durch die sowjetischen Truppen vorgenommen wurden. Es handelt sich um den Abtransport von Waren und Ausrüstung. Überdies gibt es eine Niederschrift des sowjetischen Militärkommandos darüber, daß die amerikanischen Behörden vom gleichen Territorium 11.000 Waggons weggeschafft haben.
Was mit diesem Eigentum wird, weiß ich nicht. Wird dieses Eigentum den Russen zurückgegeben oder auf irgendeine Art und Weise erstattet? Jedenfalls haben die Amerikaner und Engländer Ausrüstung nicht nur aus ihrer Zone abtransportiert, sondern auch aus der russischen Zone, und wir haben aus ihren Zonen keinen einzigen Waggon weggeschafft und keinerlei Ausrüstung aus ihren Betrieben entnommen. Die Amerikaner hatten versprochen, nichts wegzuschaffen, haben es aber doch getan.
Jetzt zur Sache selbst. Ich meine, daß es möglich ist, sich über die Frage der Reparationen aus Deutschland zu einigen. Was sind die wichtigsten Leitsätze des amerikanischen Planes? Erstens - jeder nimmt Entnahmen aus seiner Zone vor. Wir sind damit einverstanden.
Zweitens - es wird nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern aus allen Westzonen Ausrüstung entnommen. Diesen zweiten Leitsatz haben wir akzeptiert. Dritter Leitsatz - ein Teil der aus den Westzonen entnommenen Reparationen wird innerhalb von fünf Jahren durch ein entsprechendes Äquivalent aus der russischen Zone abgedeckt. Dann der vierte Leitsatz - daß der Kontrollrat den Umfang der Entnahmen aus den Westzonen festlegt. Auch das ist akzeptabel.
Worüber bestehen demnach noch Meinungsverschiedenheiten? Uns interessiert die Frage der Fristen, die Frage, wann die Berechnung des Umfangs der Reparationen abgeschlossen ist. Das ist im amerikanischen Entwurf nicht enthalten. Wir möchten eine Frist von drei Monaten festlegen.
**Byrnes:** Die Frage der Fristen muß vereinbart werden.
**Stalin:** Es handelt sich um die Frist für die Festlegung des Umfangs der Reparationen. Irgendeine Frist muß vorgeschlagen werden. Wir schlagen drei Monate vor. Ist das ausreichend?
**Truman:** Meines Erachtens ist das ausreichend.
**Attlee:** Das ist eine kurze Frist. Ich muß noch etwas nachdenken.
**Stalin:** Nachdenken kann natürlich nicht schaden. Drei, vier, fünf Monate, aber eine Frist ist festzulegen.
**Attlee:** Ich schlage sechs Monate vor.
**Stalin:** Gut, einverstanden.
Bleibt da noch der Prozentsatz der Entnahmen. Auch hier kann eine Einigung erzielt werden. Ein Prozent mehr oder weniger ist nicht entscheidend. Ich meine, daß die Engländer und Amerikaner uns bei der Festlegung des Prozentsatzes der Entnahmen entgegenkommen werden. Wir haben in diesem Krieg sehr viel Ausrüstung verloren, schrecklich viel. Und ich rechne damit, daß Herr Attlee unseren Vorschlag unterstützen wird.
**Attlee:** Nein, das kann ich nicht.
**Stalin:** Denken Sie nach und unterstützen Sie uns.
**Attlee:** Ich habe gestern den ganzen Tag darüber nachgedacht. *(Heiterkeit)*
**Stalin:** Was soll man tun? Ich denke, daß man erreichen muß, daß sich in dieser Frage alle einig sind.

**Bevin:** Im sowjetischen Dokument fehlen die Worte, die ich gestern gebrauchte, und zwar, "Ausrüstung, die für die Friedenswirtschaft unnötig ist".
*(Die sowjetische Delegation trägt noch einmal den entsprechenden Teil ihrer Vorschläge zur Reparationsfrage vor.)*
**Bevin:** Ich schlage vor, daß Sie meinen Satz übernehmen, da er meine Gedanken genau wiedergibt.
**Stalin:** Worin besteht dieser?
**Bevin:** Der Kontrollrat hat zunächst festzulegen, welche Menge von Ausrüstung zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft in Deutschland verbleibt.
**Stalin:** Das ist ein und dasselbe.
**Bevin:** Dann nehmen Sie vielleicht meinen Satz an?
**Stalin:** Und welcher Unterschied ist da?
**Bevin:** Ein großer Unterschied. Ich möchte nicht, daß es dabei Mißverständnisse gibt. Ihr Text kann auch anders verstanden werden, und zwar als 15 Prozent der gesamten Ausrüstung.
**Stalin:** Nein, wir meinen 15 Prozent der zur Entnahme bestimmten Ausrüstung, das heißt der Ausrüstung, die nicht zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft benötigt wird.
**Bevin:** Ich würde vorschlagen, dies in dem Dokument festzuhalten, damit völlige Klarheit herrscht.
**Stalin:** Und was ist hier unklar? Der Kontrollrat legt fest, welche Ausrüstung für die Friedenswirtschaft erforderlich ist. Und das, was verbleibt, das bildet das Gesamtvolumen für die Reparationen.
**Byrnes:** In unserer Fassung drückt dieser Satz die gemeinsame Auffassung der englischen und amerikanischen Delegation aus.
**Stalin:** Was schlagen Sie vor?
**Byrnes:** Den Umfang der Ausrüstung, die als unnötig für die Friedenswirtschaft und damit als verfügbar für die Reparationen eingeschätzt wird, legt der Kontrollrat auf Direktive der interalliierten Reparationskommission fest, und dieser unterliegt der endgültigen Billigung des Oberbefehlshabers der Zone, aus der diese Ausrüstung entnommen wird.
**Stalin:** Ich habe keine Einwände.
**Byrnes:** Die einzige Frage, die somit offenbleibt, ist die Frage der Prozentsätze. Wollen Sie 15 Prozent oder 10 Prozent statt 12,5 und 7,5 Prozent?
**Stalin:** Ja.
**Byrnes:** Aber außerdem wünschen Sie auf Reparationskonto für 500 Millionen Dollar Aktien von Industrieunternehmen in den Westzonen, 30 Prozent der Auslandsanlagen Deutschlands und 30 Prozent des deutschen Goldes, das in die Verfügungsgewalt der Verbündeten gelangt ist, zu bekommen. Über das Gold kann ich, soweit mir die Meinung unseres Stabes bekannt ist, sagen, daß ein Teil Gold dabei ist, das früher Eigentum anderer Länder war. Es wäre ungerecht, die Ansprüche dieser Länder abzulehnen.
**Stalin:** Das bezieht sich auf das deutsche Gold.
**Byrnes:** Nach unseren Informationen gibt es kein deutsches Gold, da die Deutschen das gesamte Gold während des Krieges zusammengeraubt haben. Wir müssen dieses Gold den Ländern zurückgeben, denen es früher gehört hat. Wenn die sowjetische Delegation darauf besteht, daß die Sowjetunion zusätzlich zu diesen Prozenten für 500 Millionen Dollar Aktien von Industrieunternehmen bekommen soll, wie dies in den sowjetischen Vorschlägen dargelegt ist, 30 Prozent der Auslandsanlagen Deutschlands und 30 Prozent des Goldes, so muß diese Frage hier erörtert werden.
**Stalin:** Wir möchten das bekommen, wenn es möglich ist.
**Byrnes:** Was verstehen Sie unter den Auslandsanlagen Deutschlands?
**Stalin:** Anlagen der Deutschen einschließlich derer in Amerika.

**Byrnes:** Was die Anlagen in Amerika betrifft, so haben wir diese gesperrt, und es erfordert einen Gesetzgebungsakt, um die Ansprüche auf diese Fonds zu regeln. Der Kongreß soll das schon getan haben. Ich zweifle nicht, daß alle möglichen Ansprüche an diese Fonds erhoben werden von seiten der Flüchtlinge, die sich in Amerika aufhalten. Diese Frage erfordert eine juristische Lösung.
Außerdem bin ich überzeugt, daß beispielsweise in den Ländern Lateinamerikas, wo es in bestimmtem Umfang deutsche Anlagen gibt, die Regierungen dieser Länder Ansprüche an diese Mittel anmelden werden.
**Stalin:** Das ist möglich.
**Bevin:** Wir hatten uns gestern geeinigt, daß Frankreich in die Reparationskommission aufgenommen wird, um an der Bestimmung der Ausrüstung, die auf Reparationskonto zu entnehmen ist, teilzunehmen. Ich möchte, daß Frankreich in diese Kommission aufgenommen wird.
**Stalin:** Ich habe keine Einwände.
**Bevin:** Über die Prozente. Mir schien, daß wir Ihnen gestern auf der Sitzung der Außenminister entgegengekommen sind, indem wir 12,5 Prozent zustimmten.
Außerdem möchte ich wissen: Wird die Frage der Reparationen nicht den üblichen Warenaustausch mit Deutschland insgesamt behindern, wenn man bedenkt, worüber wir uns gestern bezüglich der wirtschaftlichen Grundsätze und des normalen Warenaustauschs in Deutschland geeinigt haben?
**Stalin:** Wir werden auch diese Frage erörtern, wenn wir über die wirtschaftlichen Grundsätze sprechen.
**Bevin:** Die Lösung der Goldfrage bereitet große Schwierigkeiten. Was die deutschen Auslandsguthaben betrifft, wären Sie bereit, sich auf Guthaben der neutralen Gebiete zu beschränken?
**Stalin:** Dem könnte man zustimmen.
**Byrnes:** Wir können keinerlei Ergänzung zu unserem Hauptvorschlag zustimmen. Ich meine dabei Punkt 4 der sowjetischen Vorschläge.
**Stalin:** Dann muß man den Prozentsatz erhöhen. Lassen Sie uns im dritten Punkt den Prozentsatz erhöhen, um so mehr, als Sie aus unserer Zone viel Ausrüstung weggeschafft haben. *(Heiterkeit)* Bei uns wurde schrecklich viel Ausrüstung vernichtet. Man muß wenigstens einen kleinen Teil dieser Ausrüstung ersetzen.
**Truman:** Ich möchte folgende Bemerkung zu den Entnahmen aus Ihrer Zone machen. Wir haben davon vor drei Tagen erfahren, als uns eine Liste dieser Ausrüstung übergeben wurde. Ich habe General Eisenhower geschrieben, er soll die Sache untersuchen und Bericht erstatten. Wenn eine solche Entnahme erfolgt ist, so versichere ich Ihnen, daß dies nicht auf Befehl der USA-Regierung erfolgt ist. Ich kann Ihnen versichern, daß wir Möglichkeiten zur Entschädigung finden werden.
**Stalin:** Ich schlage vor, zur Erörterung der Frage der Prozente zurückzukehren.
**Truman:** Wenn Sie bereit sind, den vierten Punkt zurückzuziehen, so bin ich bereit, 15 Prozent und 10 Prozent zu akzeptieren.
**Stalin:** Gut, ich ziehe zurück.
**Bevin:** Es wird uns schwerfallen, Frankreich, Belgien und Holland aus der verbleibenden Menge an Ausrüstung zu befriedigen. Ich würde 12,5 Prozent und 10 Prozent vorschlagen. Außerdem bitten wir, den vierten Punkt zurückzuziehen.
**Stalin:** Wir haben dem bereits zugestimmt. Die USA gehen auf unseren Vorschlag ein; warum wollen Sie das nicht?
**Bevin:** Wir sind verantwortlich für die Zone, aus der die größte Menge an Ausrüstung entnommen wird, und außerdem werden große Forderungen seitens Frankreichs, Belgiens und Hollands erhoben werden.

**Byrnes:** Der letzte Satz in unseren Vorschlägen lautet, daß die Ansprüche auf Reparationen seitens anderer Länder, die Anspruch auf Reparationen haben, aus den westlichen Besatzungszonen zu decken sind. Ich bitte, unsere Fassung über die Ansprüche anderer Länder zu erörtern.
**Stalin:** Gut, ich bin einverstanden, daß man die Länder nicht nennt, sondern das in allgemeiner Form tut.
**Byrnes:** Ich meine, daß dies zweckmäßig wäre, denn es hieß bereits, daß Griechenland in der Liste fehlt. Wir halten es auch für zweckmäßig, das in allgemeiner Form auszudrücken.
**Stalin:** Gut.
**Bevin:** Mir ist ein Gedanke gekommen, daß Sie, wenn Sie die von Ihnen geforderten Prozente erhalten, zusammen mit dem, was Sie aus Ihrer Zone erhalten, mehr als 50 Prozent aller deutschen Reparationen bekommen werden.
**Stalin:** Bedeutend weniger. Außerdem geben wir für 15 Prozent ein Äquivalent, das ist eigentlich ein Austausch von Reparationen und sind keine neuen Reparationen. Aus den Westzonen erhalten wir alles in allem 10 Prozent der Reparationen. Das sind Reparationen im eigentlichen Sinne; was die 15 Prozent betrifft, so werden sie für einen bestimmten gleichen Gegenwert gegeben. Unsere Forderungen sind minimal.
Wir erhalten von Ihnen 10 Prozent, und das übrige erfolgt im Austausch; dafür zahlen wir ein Äquivalent. Ihnen verbleiben 90 Prozent. Wenn wir 7,5 Prozent der Reparationen statt 10 Prozent erhalten, so wäre das ungerecht. Ich bin dafür, daß es 15 Prozent und 10 Prozent sind. Das ist gerechter. Die Amerikaner stimmen zu. Wir steht es mit Ihnen, Herr Bevin?
**Bevin:** Gut, ich bin einverstanden.
**Truman:** Wir sind ebenfalls einverstanden.
**Byrnes:** Somit wird der Entwurf unseres Vorschlages mit neuen Prozentsätzen plus Festlegung der Frist für die Bestimmung der Reparationssumme angenommen.
**Stalin:** Es scheint, daß wir alle unsere Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage erschöpft haben. Könnte man diesen Entwurf nicht zur Schlußredaktion überweisen?
*(Der Vorschlag wird angenommen; es wird eine Kommission zur Redaktion des gebilligten Beschlusses gebildet.)*
**Truman:** Die nächste Frage - über die Westgrenze Polens.
**Byrnes:** Wir haben unsere Vorschläge gestern übergeben, und sie wurden auch gestern erörtert. Meines Erachtens braucht man sie nicht noch einmal vorzulesen. Wenn es Bemerkungen oder Abänderungen gibt, bin ich bereit, sie zu hören, aber ich hoffe, daß unsere sowjetischen und englischen Kollegen unseren Vorschlägen zustimmen werden.
**Bevin:** Was die Haltung der britischen Regierung betrifft, so habe ich die Instruktion, an der Grenze entlang der östlichen Neiße festzuhalten. Deshalb möchte ich präzisieren, worin dieser neue Vorschlag besteht. Geht diese gesamte Zone in die Hand der polnischen Regierung über und werden die sowjetischen Truppen vollständig von dort abgezogen, wie dies in den anderen Zonen der Fall war, wo die Truppen der einen Seite abgezogen und die andere Seite die Zone übernahm?
Ich hatte mich mit den Polen getroffen und sie gefragt, was sie im Hinblick auf die Erfüllung der in dem USA-Dokument erwähnten Erklärung zu tun beabsichtigen. Ich fragte sie, welche Absichten sie hinsichtlich der Durchführung freier und unbehinderter Wahlen auf der Grundlage einer geheimen Abstimmung haben. Sie versicherten mir, daß sie diese Wahlen sobald als möglich durchführen wollen und damit rechnen, sie Anfang 1946 durchzuführen. Das wird natürlich von einigen Bedingungen abhängen, die es ihnen ermöglichen, diese Wahlen durchzuführen.
Sie erklärten sich auch mit der Pressefreiheit in Polen einverstanden und auch damit, daß ausländische Journalisten in Polen zugelassen werden und ihre Informationen ohne Zensur über-

mitteln können. Sie gaben mir Zusicherungen bezüglich der Glaubensfreiheit in ihrem Lande.
Aber es gibt auch eine sehr wichtige Frage, und zwar die Frage der Repatriierung nicht nur von Zivilpersonen, sondern auch von Truppen, die unter alliiertem Kommando in verschiedenen Ländern stehen. Ich bat die Polen, dazu eine Erklärung abzugeben, damit wir sicher sein können, daß diesen Menschen nach ihrer Rückkehr in die Heimat die gleichen Bedingungen gewährt werden wie allen übrigen Bürgern.
Die nächste Frage, die besonders die Sowjetunion und die britische Regierung betrifft und die von der polnischen Regierung jetzt nicht geregelt werden kann, ist die Frage einer militärischen Fluglinie Warschau-Berlin-London, mit deren Hilfe die britische Regierung eine ständige Verbindung mit ihrem Botschafter in Warschau unterhalten kann. In dieser Frage möchte ich ein sofortiges Abkommen erreichen.
In dem von den USA vorgelegten Dokument heißt es, daß diese Zone unter Verwaltung der polnischen Regierung stehen und keinen Bestandteil der sowjetischen Zone darstellen wird. Nach Aussage von Herrn Byrnes wird diese Zone der Verantwortung der Polen unterstehen. Ich verstehe das aber so, daß diese Zone, obgleich wir sie der Verwaltung der polnischen Regierung unterstellt haben, weiterhin der militärischen Kontrolle der Alliierten unterstehen wird.
**Byrnes:** Wir befinden uns in einer Situation, wo Polen, mit Einverständnis der Sowjetunion, faktisch dieses Gebiet verwaltet. Angesichts dessen einigten sich die drei Mächte, daß die Verwaltung dieses Gebietes in polnischer Hand verbleibt, damit die Auseinandersetzungen über den Status dieses Gebietes aufhören. Dabei erübrigt es sich, daß Polen einen Vertreter im Kontrollrat hat.
**Bevin:** Ich bestehe nicht darauf. Wenn wir alle verstehen, worum es geht, habe ich keine Einwände. Man wird mir nach der Rückkehr verschiedene Fragen stellen, und deshalb möchte ich wissen, was in dieser Zone geschehen wird. Werden die Polen diese ganze Zone nehmen, und werden die sowjetischen Truppen von dort abziehen?
**Stalin:** Die sowjetischen Truppen würden abziehen, wenn durch dieses Territorium nicht die Nachschubwege der Roten Armee gingen, über die Truppenteile der Roten Armee versorgt werden. Es gibt dort zwei Strecken: die eine verläuft nach Berlin vom Norden, die andere südlich von Krakow. Diese beiden Linien sind die Nachschubwege für die Versorgung der Sowjetarmee. Das ist das gleiche wie in Belgien, Frankreich und Holland.
**Bevin:** Ist damit auch die Truppenstärke beschränkt?
**Stalin:** Ja, ja. Wir haben bereits vier Fünftel aller Truppen, die sich dort während des Krieges gegen Deutschland befanden, abgezogen. Wir beabsichtigen, auch den restlichen Teil zu reduzieren. Was die Zone betrifft, die entsprechend dem eingebrachten Vorschlag an Polen geht, so verwaltet Polen de facto bereits diese Zone und hat dort seine Verwaltung; es gibt dort keine russische Verwaltung.
**Bevin:** Können Sie uns jetzt nicht behilflich sein mit dieser militärischen Fluglinie? Wir versuchten, uns in dieser Frage mit der polnischen Regierung zu einigen, aber sie kann gegenwärtig nicht zustimmen.
**Stalin:** Warum kann sie nicht zustimmen?
**Bevin:** Ich habe das so verstanden, daß diese Frage das sowjetische Militärkommando angeht, weil wir teilweise durch die russische Zone fliegen müssen.
**Stalin:** Sie fliegen ja auch jetzt durch die russische Zone nach Berlin.
**Bevin:** Könnten Sie zustimmen, daß wir bis Warschau fliegen?
**Stalin:** Wir würden dem zustimmen, wenn Sie uns Flugstrecken durch Frankreich nach London einrichten. *(Heiterkeit)* Und außerdem muß man sich mit den Polen einigen. Ich stelle mir die Angelegenheit so vor: Von Berlin nach Warschau wird eine Flugverbindung eingerichtet, und es werden englische oder polnische Flugzeuge fliegen, entsprechend einem Vertrag zwi-

schen England und Polen. Was die Flugverbindung mit Moskau auf dieser Strecke betrifft, so werden von der Stelle, an der die Grenze mit Rußland beginnt, russische Flieger fliegen. Was die Befriedigung des Bedarfs der Russen an Flügen nach Paris und London betrifft, so werden dort offensichtlich englische oder französische Flugzeuge fliegen. Dann besteht eine Flugstrecke London-Paris-Moskau. So stelle ich mir die Angelegenheit vor.

**Bevin:** Diese Frage der Flugverbindung ist natürlich eine zu große Frage, als das sie jetzt hier entschieden werden könnte, aber wir werden stets bereit sein, diese Frage einer Fluglinie London-Moskau zu erörtern. Und jetzt bitte ich Sie, uns bei der Einrichtung der Linie London-Warschau zu unterstützen, die uns wesentliche Erleichterungen schafft.

**Stalin:** Ich verstehe. Ich werde alles tun, was möglich ist.

**Bevin:** Ich danke Ihnen!

**Truman:** Haben wir die polnische Frage abgeschlossen?

**Stalin:** Die englische Delegation ist einverstanden?

**Bevin:** Einverstanden.

**Stalin:** Die Sache geht also an die Polen, wenn ich recht verstanden habe. Gut, wir haben die Angelegenheit abgeschlossen.

**Bevin:** Wir müssen den Franzosen die Änderung der polnischen Grenze mitteilen.

**Stalin:** Bitte.

**Byrnes:** Unser nächster Vorschlag betrifft den Beitritt Italiens und der anderen Vasallen zur Organisation der Vereinten Nationen. Wir haben unser Dokument zu dieser Frage bereits übergeben.

**Bevin:** Die britische Delegation ist einverstanden.

**Stalin:** Unsere Abänderung wurde bereits mitgeteilt. Sie betrifft den neuen Punkt 4, genauer gesagt, den Satz, der mit den Worten beginnt: "Die drei Regierungen geben dem Wunsch Ausdruck, daß" usw. Wir schlagen vor zu sagen: "Die drei Regierungen zweifeln nicht, daß" usw.

*(Truman und Attlee stimmen diesen redaktionellen Änderungen zu.)*

**Truman:** Die Entscheidung über die wirtschaftlichen Grundsätze gegenüber Deutschland wurde bis zur Entscheidung der Reparationsfrage vertagt. Meines Erachtens wird es keine Schwierigkeiten bereiten, diese Frage zu lösen.

**Byrnes:** Zum Dokument der wirtschaftlichen Grundsätze habe ich zwei Vorschläge, die ich unterbreiten möchte. Der erste bezieht sich auf Punkt 13, wo von der gemeinsamen Politik hinsichtlich der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und der Zölle die Rede ist. *(Verliest die redaktionelle Abänderung, die angenommen wird.)* Außerdem schlage ich vor, in diesem Punkt einen neuen Unterpunkt "g" über das Transport- und Verkehrswesen einzufügen. Das muß ebenfalls zentralisiert werden.

**Stalin:** Es wird irgendein zentraler Verwaltungsapparat für Deutschland erforderlich sein. Es ist schwierig, eine gemeinsame Politik gegenüber Deutschland durchzuführen, ohne einen zentralen deutschen Apparat.

**Byrnes:** Das ist richtig.

Der zweite Vorschlag betrifft den Unterpunkt "d" in Punkt 14. Ich schlage vor, den letzten Satz so zu ändern, daß er folgendermaßen lautet: "Außer in Fällen, wo eine interessierte Besatzungsmacht meint, daß dies für einen unerläßlichen Import benötigt wird, kann eine Gewährung von Subsidien oder Krediten an Deutschland und die Deutschen seitens jeder beliebigen ausländischen Person oder Regierung nicht gestattet werden."

**Bevin:** Vielleicht wäre es besser, diesen Satz ganz wegzulassen?

**Byrnes:** Einverstanden. Ich habe noch eine Bemerkung. Im Ergebnis unseres Abkommens über die Reparationen meinen wir, daß der Punkt 18 entfällt.

*(Stalin und Bevin bekunden ihre Zustimmung zum Wegfall dieses Punktes.)*

**Bevin:** Es gibt noch eine Frage über den Vorrang der Bezahlung von Importen, worüber wir auf der gestrigen Sitzung der Außenminister sprachen. Die britische Delegation schlug gestern vor, in die wirtschaftlichen Grundsätze folgenden Satz einzufügen: "Die Bezahlung der genehmigten Importe nach Deutschland soll in erster Linie durch Erlöse aus dem Export von Produkten aus der laufenden Produktion und aus Warenbeständen erfolgen."
Die sowjetische Delegation schlug vor, folgenden Satz hinzuzufügen: "Was letzteren betrifft, so ist Reparationen der Vorrang gegenüber der Befriedigung anderer wirtschaftlicher Bedürfnisse einzuräumen." Die britische und die amerikanische Delegation konnten diesen sowjetischen Vorschlag nicht annehmen. Die britische Delegation bittet, ihren Vorschlag anzunehmen.
**Stalin:** Uns scheint, daß diese Frage völlig weggefallen ist.
**Truman:** Ich habe es ebenso verstanden.
**Bevin:** Mir scheint, daß dies der Behandlung Deutschlands als einheitliches Ganzes im Hinblick auf den Export, Import usw. widerspricht. Dadurch wird Deutschland in drei Zonen aufgeteilt, und wir werden nicht in der Lage sein, Deutschland beispielsweise in der Frage der Steuererhebung als einheitliches Ganzes zu behandeln.
**Stalin:** Dazu bedarf es eines zentralen deutschen Verwaltungsapparates, um über ihn auf die deutsche Bevölkerung einwirken zu können. Diese Frage wird in dem Abschnitt "Politische Grundsätze gegenüber Deutschland" behandelt werden.
**Bevin:** Im Prinzip sind wir mit der Bildung eines solchen zentralen Apparates einverstanden, wir haben lediglich einige Abänderungen eingebracht. Vielleicht stellt man diese Frage zurück und geht zu den politischen Grundsätzen über, dann werden wir sehen, was auch in dieser Frage getan werden kann.
*(Stalin und Truman bekunden ihre Zustimmung.*
Die sowjetische Delegation bemerkt, daß sie in Zusammenhang mit der Behandlung der Frage der wirtschaftlichen Grundsätze einen Vorschlag zur Frage des Ruhrgebiets eingebracht hat, der vorsieht, daß das Ruhrindustriegebiet als Teil Deutschlands anzusehen und über das Ruhrgebiet eine Viermächtekontrolle zu errichten ist, wozu ein entsprechender Kontrollrat aus den Vertretern der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion zu bilden ist.)
**Bevin:** Ich kann, wie ich bereits gestern sagte, diese Frage nicht in Abwesenheit der Franzosen behandeln. Das ist eine große prinzipielle Frage, und die Franzosen sind sehr an ihr interessiert.
**Stalin:** Vielleicht könnte man die Frage der Kontrolle über das Ruhrgebiet jetzt vertagen, aber den Gedanken, daß das Ruhrgebiet ein Teil Deutschlands bleibt, dieser Gedanke soll in unserem Dokument festgehalten werden.
**Truman:** Es ist unbedingt ein Teil Deutschlands.
**Stalin:** Vielleicht sollte man das in einem unserer Dokumente sagen?
**Bevin:** Warum wird diese Frage gestellt?
**Stalin:** Diese Frage wird deshalb aufgeworfen, weil auf einer der Konferenzen, auf der Teheraner Konferenz, die Frage gestellt wurde, das Ruhrgebiet aus dem Bestand Deutschlands auszugliedern als ein besonderes Gebiet unter Kontrolle eines Rates. Einige Monate nach der Teheraner Konferenz, als Herr Churchill nach Moskau kam, wurde diese Frage ebenfalls anläßlich eines Meinungsaustausches zwischen den Russen und den Engländern erörtert, und wieder wurde der Gedanke geäußert, daß es gut wäre, das Ruhrgebiet als besonderes Gebiet auszugliedern.
Die Idee von der Ausgliederung des Ruhrgebietes aus dem Bestand Deutschlands entsprang der These von der Aufteilung Deutschlands. Danach erfolgte eine Sinneswandlung in dieser Frage. Deutschland bleibt ein einheitlicher Staat. Die sowjetische Delegation stellt die Frage: Sind Sie einverstanden, daß das Ruhrgebiet im Bestand Deutschlands verbleibt? Deshalb

stand diese Frage hier.
**Truman:** Meine Meinung ist die, daß das Ruhrgebiet ein Teil Deutschlands ist und ein Teil Deutschlands bleibt.
**Stalin:** Es wäre gut, das in einem unserer Dokumente zu sagen. Ist die englische Delegation damit einverstanden, daß das Ruhrgebiet im Bestand Deutschlands bleibt?
**Bevin:** Ich kann meine Zustimmung nicht geben, da ich im Augenblick keine Vorstellung von der vorangegangenen Erörterung dieser Frage habe. Ich weiß, daß die Idee von einer Internationalisierung des Ruhrgebiets geäußert wurde, um das Kriegspotential Deutschlands zu verringern. Diese Idee wurde erörtert. Ich bin einverstanden, daß das Ruhrgebiet bis zur Entscheidung dieser Frage unter Verwaltung des Kontrollrats bleibt. Aber ich möchte die Möglichkeit haben, in dieser Frage mit meiner Regierung Rücksprache zu nehmen, und würde vorschlagen, diese Frage dem Rat der Außenminister zu übergeben, um Zeit zu haben, sie wirklich zu studieren.
*(Stalin und Truman erklären sich mit dem Vorschlag Bevins einverstanden.)*
**Truman:** Die nächste Frage - über die politischen Grundsätze.
**Bevin:** Die sowjetische Delegation hat einen Entwurf zur Frage der Organisation einer zentralen deutschen Verwaltung vorgelegt, die den Kontrollrat unterstützen soll. Wir schlagen vor, zu dieser Frage unseren Entwurf anzunehmen, der kürzer ist. Wir schlagen vor, für eine bestimmte Zeit überhaupt keine deutsche Zentralregierung zu schaffen.
Ich schlage vor, unseren kurzen Entwurf statt des Entwurfs der sowjetischen Delegation anzunehmen.
**Stalin:** Kann man annehmen.
**Truman:** Ich habe keine Einwände.
**Bevin:** Was Punkt 19 der wirtschaftlichen Grundsätze betrifft, so schlage ich vor, diesen Punkt an die Wirtschaftskommission zur Behandlung zu überweisen. Soll sie diese Frage jetzt, solange wir hier sind, behandeln.
**Stalin:** Soll sie ihn behandeln.
**Truman:** Die nächste Frage - über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen und aus der Tschechoslowakei.
**Byrnes:** Der Bericht der Kommission, die sich mit dieser Frage beschäftigt hat, wird in allen Teilen angenommen, bis auf den letzten Satz, der lautet: "Die Tschechoslowakische Regierung, die Polnische Regierung und die Alliierte Kontrollkommission in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und an sie die Bitte gerichtet werden, inzwischen weitere Umsiedlungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen diese Frage geprüft haben." Ich halte diesen letzten Punkt für sehr wichtig, denn dadurch wird der Beschluß wirksam.
**Stalin:** Und ich fürchte, daß ein solcher Beschluß kein nennenswertes Ergebnis bringt. Es geht nicht darum, daß man die Deutschen direkt ergreifen und aus diesen Ländern austreiben würde. So einfach steht die Sache nicht. Aber sie werden in eine Lage versetzt, wo es für sie besser ist, diese Gebiete zu verlassen. Formal könnten die Tschechen und Polen sagen, daß es den Deutschen nicht verboten ist, dort zu leben, aber tatsächlich werden die Deutschen in eine solche Lage versetzt, in der sie dort nicht leben können. Ich fürchte, daß die Annahme dieses Beschlusses keine positiven Ergebnisse bringt.
**Byrnes:** Es heißt in diesem Punkt, daß man an diese Regierungen die Bitte richten wird, inzwischen, bis nach der Behandlung dieser Frage im Kontrollrat, die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung einzustellen. Wenn diese Regierungen die Deutschen nicht aussiedeln und nicht zwingen, Polen und die Tschechoslowakei zu verlassen, dann wird dieses Dokument natürlich ohne Ergebnis bleiben. Wenn sie dies aber tun, könnten wir sie bitten, vorübergehend diese Handlungen einzustellen. Die Umsiedlung der Deutschen in andere Länder wird

unsere Last vergrößern. Wir möchten, daß diese Regierungen in diesem Fall mit uns zusammenarbeiten.
**Stalin:** Die Polen und die Tschechen werden sagen, daß es keinen Befehl zur Aussiedlung der Deutschen gibt. Wenn Sie aber darauf bestehen, kann ich dem Vorschlag zustimmen, fürchte allerdings, daß es kein nennenswertes Ergebnis bringen wird.
**Truman:** Wenn Sie zustimmen, so sind wir dankbar. Möglicherweise wird der Vorschlag die bestehende Situation nicht verändern, aber er gibt uns die Möglichkeit, uns an diese Regierungen zu wenden.
**Stalin:** Gut, ich bin nicht dagegen.
**Bevin:** Wir wollten die Franzosen davon informieren.
*(Stalin und Truman stimmen zu.)*
**Stalin:** Wir möchten heute die Frage der deutschen Flotte abschließen.
**Truman:** Diese Frage ist heute noch nicht soweit.
**Stalin:** Wir wollen uns einigen, sie für morgen vorzubereiten.
**Truman:** Gut, ich bin einverstanden. Ich wollte morgen abreisen, aber ich kann auch bleiben.
**Stalin:** Es wurde im Prinzip ein Beschluß über die deutsche Flotte gefaßt, aber dieser Beschluß wurde nicht ausgefertigt. Die drei Regierungschefs haben diese Frage entschieden, der Beschluß ist auszufertigen.
**Truman:** Die Kommission kann morgen vormittag darüber Bericht erstatten.
**Stalin:** Gut. Vielleicht übergibt man die Angelegenheit den Ministern, da die Frage im Prinzip entschieden ist?
**Bevin:** Vielleicht wird eine Einigung erzielt?
**Byrnes:** Nach den mir vorliegenden Informationen hofft die Kommission, heute eine Einigung zu erzielen. Die Zusammenkunft ist für heute abend angesetzt.
**Stalin:** Im Prinzip wurde beschlossen, daß der Sowjetunion ein Drittel der Kriegsflotte mit Ausnahme der U-Boote, die zum größten Teil versenkt werden, und ein Drittel der Handelsflotte übergeben wird. Ich bitte, die Frage nicht aufzuschieben und sie morgen zu entscheiden.
*(Truman und Attlee erklären ihr Einverständnis.)*
**Truman:** Die Delegation der Vereinigten Staaten hat Dokumente hinsichtlich einer Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn eingebracht.
**Byrnes:** Unsere Vorschläge über die Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa wurden vorgelegt und geprüft. Über einige Teile dieser Vorschläge konnten wir keine Einigung erzielen. Aber über zwei Punkte konnte eine Einigung erzielt werden, die sich auf die Verfahrensrevision der alliierten Kontrollkommissionen in den drei Ländern beziehen.
Der erste Punkt lautet:
"Die drei Regierungen nehmen zur Kenntnis, daß die Sowjetvertreter bei den alliierten Kontrollkommissionen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn ihren britischen und amerikanischen Kollegen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Kontrollkommissionen übermittelt haben, nachdem die Feindseligkeiten in Europa aufgehört haben. Diese Vorschläge sehen als wünschenswert regelmäßige und häufige Treffen der drei Vertreter, die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für die britischen und amerikanischen Vertreter und die vorherige gemeinsame Beratung der Direktiven vor."
Der zweite Punkt lautet:
"Die drei Regierungen kamen überein, daß die Revision des Verfahrens der alliierten Kontrollkommissionen in diesen Ländern jetzt durchgeführt werden könne, wobei sie als Diskussionsgrundlage die oben dargelegten Vorschläge nehmen und wobei die Interessen und Verantwortlichkeiten der drei Regierungen berücksichtigt sind, die den jeweiligen Ländern gemeinsam die Waffenstillstandsbedingungen vorgelegt haben."

Wir bitten, diesen Punkt zu prüfen, und übergeben Ihnen ein Dokument, überschrieben: "Über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn" vom 31. Juli 1945.
**Stalin:** Diese Frage stand nicht auf der Tagesordnung. Möglicherweise werden wir keinen Einwand erheben, wenn wir uns mit der Frage befaßt haben.
**Byrnes:** Man kann sie morgen behandeln.
**Stalin:** Gut, behandeln wir sie morgen.
**Truman:** Nächste Frage - über Jugoslawien. Es gibt englische Vorschläge.
**Stalin:** Wir haben soeben einen Entwurf, die griechische Frage betreffend, verteilt. Was Jugoslawien betrifft, so haben wir gestern einen Entwurf über Triest und Istrien übergeben.
**Bevin:** Mir scheint, daß wir hinsichtlich Jugoslawiens einen sehr vernünftigen Vorschlag unterbreitet haben. Die sowjetische Delegation hat zwei andere Vorschläge vorgelegt. Ich schlage vor, von der Behandlung aller drei Vorschläge Abstand zu nehmen.
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Die letzte Frage - über die Kriegsverbrecher.
*(Die sowjetische Delegation erklärt, daß sie bereit ist, den Entwurf der britischen Delegation zu dieser Frage mit einer geringfügigen Abänderung als Grundlage anzunehmen. Sie schlägt vor, im letzten Satz dieses Entwurfs, wo davon die Rede ist, daß die drei Regierungen es als eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit betrachten, daß der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher zum frühest möglichen Zeitpunkt beginnt, nach den Worten "Hauptkriegsverbrecher" die Worte hinzuzusetzen: "Solche wie Göring, Heß, Ribbentrop, Rosenberg, Keitel und andere".)*
**Attlee:** Unsere Schwierigkeit bei der Auswahl der Kriegsverbrecher besteht darin, daß wir dem Staatsanwalt den Entwurf des Abkommens vorgelegt haben und er dort möglicherweise eine ganze Reihe anderer Leute einsetzt. Deshalb meinen wir, daß man sich besser auf unseren früheren Vorschlag beschränkt, keine Namen von Hauptkriegsverbrechern zu nennen.
**Stalin:** In meiner Abänderung schlagen wir nicht vor, unbedingt nur diesen Leuten den Prozeß zu machen, sondern wir schlagen vor, Leuten wie Ribbentrop und anderen den Prozeß zu machen. Es wurde bereits viel über die Kriegsverbrecher gesprochen, und die Völker erwarten, daß wir irgendwelche Namen nennen. Unser Schweigen über diese Personen wirft einen Schatten auf unser Ansehen. Sie können dessen versichert sein.
Deshalb gewinnen wir in politischer Hinsicht, und die öffentliche Meinung Europas wird zufrieden sein, wenn wir einige Personen nennen. Wenn wir diese Personen als Beispiel nennen, so wird der Staatsanwalt sich meines Erachtens nicht übergangen fühlen. Der Staatsanwalt kann sagen, daß einige Personen zu Unrecht genannt sind. Aber einen Grund dafür, daß der Staatsanwalt sich übergangen fühlt, gibt es nicht. Politisch werden wir nur gewinnen, wenn wir einige dieser Personen nennen.
**Byrnes:** Als wir gestern diese Frage erörterten, hielt ich es nicht für zweckmäßig, bestimmte Personen zu nennen oder über ihre Schuld hierzu befinden. Jedes Land hat unter den Naziverbrechern seine "speziellen Freunde", und wenn wir diese Verbrecher nicht auf die Liste setzen, wird es uns schwerfallen zu erklären, warum sie nicht auf der Liste sind.
**Stalin:** Aber in dem Vorschlag heißt es ja auch: "Solche wie ... und andere." Das begrenzt nicht die Zahl, schafft aber Klarheit.
**Byrnes:** Das verschafft denen, die wir nicht nennen, einen Vorteil. *(Heiterkeit)*
**Attlee:** Ich meine nicht, daß die Aufzählung von Namen unserem Dokument mehr Gewicht gibt. Ich beispielsweise meine, daß Hitler lebt, und er steht nicht auf der Liste.
**Stalin:** Aber er befindet sich nicht in unseren Händen.
**Attlee:** Aber Sie stellen die Namen der Hauptkriegsverbrecher als Beispiel hin.
**Stalin:** Ich bin einverstanden, Hitler auch auf die Liste zu setzen *(Allgemeine Heiterkeit)*, ob-

gleich er sich nicht in unseren Händen befindet. Ich mache dieses Zugeständnis. *(Allgemeine Heiterkeit)*
**Attlee:** Ich meine, daß die Welt weiß, wer Hauptkriegsverbrecher ist.
**Stalin:** Aber sehen Sie, unser Schweigen in dieser Frage wird so gewertet, daß wir uns anschicken, die Hauptkriegsverbrecher zu retten, daß wir uns an den Kleinen schadlos halten und den Großen die Möglichkeit geben, sich zu retten.
**Byrnes:** Ich sprach heute telefonisch mit Richter Jackson, dem Vorsitzenden unseres Obersten Gerichts. Er ist unser Vertreter in der Kommission für Kriegsverbrecher, die in London tagt. Er sprach die Hoffnung aus, daß vielleicht heute oder morgen eine Einigung über den Internationalen Gerichtshof erzielt wird. Richter Jackson will mich morgen anrufen, um mich in der Frage des Gerichtshofs zu informieren. Die Mitteilung über die Schaffung des Internationalen Gerichtshofs ist eine gute Nachricht für die Völker, die einen baldigen Prozeß gegen die Kriegsverbrecher erwarten.
**Stalin:** Aber das ist eine andere Frage.
**Byrnes:** Aber wir können in unsere Erklärung die Mitteilung über die in London erzielte Vereinbarung aufnehmen. Das verleiht unserer Erklärung großen Nachdruck.
**Stalin:** Ohne Nennung einiger besonders verhaßter Personen unter den deutschen Kriegsverbrechern wird unsere Erklärung politisch nicht effektiv sein. Ich habe mit russischen Journalisten gesprochen, und sie denken, daß es besser wäre, einige Personen zur Orientierung zu nennen.
**Truman:** Ich möchte einen Vorschlag machen. Wir erwarten eine Benachrichtigung von unserem Vertreter in London morgen vormittag. Können wir diese Frage nicht auf morgen vertagen?
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Ich bin sehr an der Frage der Binnenwasserstraßen interessiert. Es wäre gut, diese Frage zu erörtern und zu einigen grundsätzlichen Beschlüssen zu kommen. Wir haben diese Frage am 23. Juli beraten, und sie wurde an eine Kommission überwiesen, die allerdings, soweit mir bekannt, kein einziges Mal zusammentrat. Ich wünsche dringend, daß irgendein bestimmter Beschluß über die Benutzung dieser Verkehrswege ausgearbeitet wird, weil die Bewegungsfreiheit auf diesen Verkehrswegen von großer Bedeutung ist. Ich denke, daß eine gemeinsame Politik in der Nutzung dieser Binnenwasserstraßen eine große Rolle spielen kann. Es ist leicht möglich, daß wir keine Einigung über die Details dieser Frage erzielen können, aber ich halte diese Frage für so wichtig, daß eine Erörterung lohnend wäre.
**Attlee:** Ich bin im allgemeinen mit den amerikanischen Vorschlägen zu dieser Frage einverstanden.
**Stalin:** Diese Frage tauchte zusammen mit der Frage der Schwarzmeer-Meerengen auf, die hier zur Debatte stand. Die Frage der Schwarzmeer-Meerengen wurde von den Engländern eingebracht und dann vertagt. Die Frage der Binnenwasserstraßen wurde hier zusätzlich gestellt. Das ist eine ernste Frage, und sie erfordert ein Studium. Diese Frage kam für uns unerwartet, wir haben das entsprechende Material nicht zur Hand. Es ist eine neue Frage, man braucht Leute, die mit dieser Angelegenheit vertraut sind. Vielleicht gelingt es, bis zur Beendigung der Konferenz etwas zu tun, aber eine große Hoffnung besteht nicht.
**Truman:** Ich schlage vor, daß diese Frage an den Rat der Außenminister in London überwiesen wird, und inzwischen kann man das notwendige Material sammeln und sich mit der Frage befassen.
*(Stalin und Attlee stimmen zu.)*
**Truman:** Ich möchte den Vertretern der polnischen Regierung, die sich hier aufhalten, nun unsere Beschlüsse über die Westgrenze Polens mitteilen.
**Stalin:** Gut.

**Truman:** Wer kann mit der Übermittlung der Mitteilung beauftragt werden?
**Stalin:** Vielleicht beauftragt man die Minister oder schickt eine schriftliche Mitteilung. Man könnte auch den Präsidenten bitten, dies zu tun, da er unsere Konferenz leitet.
**Truman:** Gut. Ich möchte bekanntgeben, daß die Kommission zur Vorbereitung der Mitteilung gut arbeitet. Wann versammeln wir uns morgen? Um vier Uhr?
**Stalin:** Ich denke, daß wir uns zweimal treffen müssen: Die erste Sitzung legen wir für drei Uhr fest und die zweite für acht Uhr abends. Das wird die Abschlußsitzung sein.<<
Die SMAD fordert am 31. Juli 1945 in ihrer Zone die "Schaffung von antifaschistischen Jugendkomitees" (x111/55): >>... Alle anderen Jugendorganisationen: gewerkschaftliche und Sport-Vereine, sozialistische und ähnliche gemeinschaftliche Organisationen außer den oben erwähnten antifaschistischen Jugendkomitees sind verboten.<<
**Berlin:** Die Berliner Bekenntnissynode erklärt am 31. Juli 1945 (x116/17): >>Unser Volk, das zu 90 % aus getauften Christen bestand, hat sich unter geringem Widerstand die christliche Prägung seines staatlichen und kulturellen Lebens in kürzester Frist rauben lassen. Das ist eine für uns Deutsche tiefbeschämende Tatsache. ...
Wir müßten weit zurückgehen in der Geschichte des deutschen Geistes, um darzutun, warum wir uns so leicht haben verführen lassen. Eine Fehlentwicklung von langer Hand hat uns dahin gebracht, daß wir in der Stunde der Versuchung versagt haben. ...<<
Der Tageskaloriensatz in Berlin beträgt am 31. Juli 1945 nur 1.345. Das sind 205 Kalorien weniger als im Mai 1945 (x111/55).
**WBZ:** Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 31. Juli 1945 aus Bayern (x124/40): >>... Die Franzosen plündern ihre Zone nicht nur wie die Russen aus, sondern verschleppen arbeitsfähige Männer gleichfalls zur Zwangsarbeit.
In den US-Lagern warten noch 1.000.000 Gefangene auf ihre Entlassung: Sie werden wie die Tiere gehalten ... Zweimal am Tage bekommen sie Verpflegung, wobei man sich Mühe gibt, diese möglich geschmacklos zu halten. Das Essen müssen sie mit den Fingern aus weggeworfenen Konservendosen fischen, geschlafen wird auf Holzpritschen oder nacktem Boden. ...<<
Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtet später über die Plünderungen in Westdeutschland (x310/336-337): >>... Als die amerikanische Armee in Deutschland einrückte, befreite sie nicht nur die KZ-Insassen, setzte die Nazi-Oberen ab, verbot die NSDAP, sperrte Wehrpflichtige und SS-Offiziere in Kriegsgefangenenlager und installierte eine Militärregierung.
Die Amerikaner stellten auch das ganze Land auf den Kopf. Sie durchsuchten Lager, Salzminen, Schlösser, Banken, Bunker, Botschaften, Fabriken Privathäuser, Scheunen, sogar ausgetrocknete Flußbetten und Kanalisationsanlagen. Und sammelten alles ein, was von Wert war: Goldbarren, Goldstaub, Juwelen, Kunstwerke, Bücher.
Vieles davon hatte die SS zuvor den verfolgten Juden gestohlen oder anderswo in den besetzten Ländern geraubt. Hochrangige Nazis wie Hermann Göring oder Reichsminister Alfred Rosenberg hatten ganze Kunstmuseen zusammengeplündert. Mit dem Vormarsch der U.S. Army gelangten nun Schloßmobiliar, Kunstsammlungen und Bibliotheken von unschätzbarem historischem Wert in die Hände der Amerikaner – Kunst allein in der Ausbeute von fünf Milliarden Dollar.
Aber die amerikanische Armee war heillos damit überfordert, diese Beute auch nur zu verwalten. Gegen die Plünderung von Kulturgut, war die Zerstörung des Nationalmuseums in Bagdad harmlos.
Einen Teil der Kriegsbeute gaben die USA zurück, wenn auch nicht an die eigentlichen Besitzer. Aber Gold und Kunst von vielen Milliarden Dollar landeten in den Tresoren von Fort Knox, der Library of Congress in Washington oder in den Museen von New York. Auch das, was einzelne Soldaten oder Offiziere geplündert hatten (illegal, aber geduldet), gelangte nach

Amerika. "Die Grenze hing nur davon ab, wie groß der Sack war, den man mitbrachte", stellte der amerikanische Bankier und Historiker Kenneth Alford in seinem Buch "The Spoils of World War II" fest. ...<<

**CSR:** In dem Aussiger Vorort Schönpriesen ereignen sich am 31. Juli 1945 nach einer Explosion (in einem Lager für deutsche Beutemunition) unfaßbare Ausschreitungen. Mit weißen Armbinden gekennzeichnete Deutsche werden auf den Straßen verfolgt und niedergeschlagen. Als die deutschen Arbeiter nach Arbeitsschluß über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen eilen, werden sie von der aufgehetzten Menge auf der Brücke angegriffen, teils erschlagen oder in die Elbe geworfen. Viele Frauen und Kinder erleiden dasselbe Schicksal.

Bei diesen Massenausschreitungen kommen etwa 700 bis 2.700 deutsche Zivilisten um (x004/72). Das Explosionsunglück wird später von den Tschechen als deutsche Sabotageaktion der "Werwölfe" ausgelegt.

Die den Deutschen zur Last gelegte Explosion in Aussig-Schönpriesen wird von den Tschechen umgehend genutzt, um die Weltöffentlichkeit von der andauernden Bedrohung durch die Sudetendeutschen und von der Notwendigkeit ihres baldigen Abschubs zu überzeugen (x004/-72).

Ein ehemaliger tschechischer Funktionär der Aussiger Verwaltungskommission berichtet später in London über das Massaker an der deutschen Bevölkerung in Aussig vom 31. Juli 1945 (x005/284-286): >>... Es muß eine richtige Darstellung der Ereignisse (in Aussig) vom 31.07.1945 gegeben werden, die man vielleicht das Gegenstück zu Lidice nennen kann. Die Sache wird früher oder später ventiliert werden, und wir müssen davon selber sprechen, wenn wir nicht wie die Deutschen kollektiv abgeurteilt werden sollen.

Eben weil sich der 3. Jahrestag dieses Massakers nähert, das ausschließlich auf die Rechnung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei geht, halte ich es für richtig, als Augenzeuge und Funktionär der damaligen Verwaltungskommission die Ursache der damaligen Explosion und die unmenschlichen Repressalien zu schildern, die ihr folgten:

In unserer Gegend endete die letzte Phase der Kämpfe der deutschen Armee des Generals Schörner am 9. Mai 1945. Alle Straßen und Gassen in den Städten waren durch Kolonnen von Autos, Geschützen und Munition verstopft. Am nächsten Tag, am 10. Mai, begann man mit dem Aufräumen. Waffen und Munition wurden in Lagern der ehemaligen Zuckerraffinerie in Schönpriesen gelagert, die während des Krieges in die "Deutschen Kabelwerke" verwandelt worden waren. In diesem Unternehmen waren Hunderte neuer Flugzeugmotoren gelagert. Dahin wurden Granaten, Panzerfäuste und andere Munition zusammengefahren.

Militär, das sich aus der benachbarten Eckelmannschen Likörfabrik genügend Spirituosen besorgte, versah den Aufsichts- und Wachdienst, wobei auf eine richtige Lagerung nicht geachtet wurde, im Gegenteil, man warf alles durcheinander. Daher kam es zur Katastrophe.

Am 31.07.1945, um 15.45 Uhr, erfolgte die erste Explosion, die die Fenster im Umkreis von 3 km erschütterte. Niemand in der Stadt ahnte in diesem Augenblick, daß dies das Signal zum Morden war. Militär umgab die Elbe-Brücken, und als um 16.10 Uhr kommunistische Provokateure in Begleitung von Leuten in russischen Uniformen eintrafen, begann man mit den "Exekutionen".

Die Deutschen, die weiße Armbinden trugen und von der Arbeit heimkehrten, wurden die ersten Opfer auf der Benes-Brücke. Das Militär, das vom Vorsitzenden des Ortsnationalausschusses in Aussig ... Herrn Vondra aufgefordert worden war, jedes Massaker zu verhindern, folgte dieser Aufforderung nicht und mordete mit. Eine Mutter, die ihr Kind im Wagen über die Brücke fuhr, wurde mit Latten erschlagen, mit dem Kind über das Geländer in die Elbe geworfen, unter Begleitfeuer aus Maschinenpistolen.

Ein weiterer Vorfall, der mir in Erinnerung blieb und mich mein ganzes Leben begleiten wird, war jener deutsche Antifaschist, der nach 4 Jahren aus dem Konzentrationslager zurückkehrte

und als Monteur bei der Firma Brönner beschäftigt war. Diesem deutschen Kämpfer gegen den Faschismus, B., wurden die Haare ausgerissen und dann der Bauch durchschossen. Er starb auf der Stelle.
Dergleichen Vorfälle gab es Hunderte. Auf der Brücke und auf dem Hauptplatz wurden Leute erschlagen und in die sog. Luftschutz-Wasserbehälter geworfen.
In 3 Stunden waren mehr als 2.000 Menschen erschlagen. Die Toten wurden geplündert, von internierten Deutschen auf Autos geladen und zur Kremation nach Theresienstadt gefahren. Die Begleiter der Toten kehrten nicht zurück.
Nach diesem Massaker kamen am 1. August 1945 der Innenminister Nosek und der Nationalverteidigungsminister General Svoboda in die Stadt. Es kam zu scharfem Meinungsaustausch in dem Rate der Verwaltungskommission. Freilich änderte dies nichts an der Tatsache, daß es durch Fahrlässigkeit von seiten der militärischen Verwaltung zu der Explosion gekommen war.
Dieser Umstand entschuldigt aber in keiner Weise den Minister Nosek. Denn weder das Militär, noch die Polizei haben Ruhe und Ordnung wiederhergestellt, im Gegenteil, sie haben selbst zu den Unruhen noch aufgereizt. Durch die Unfähigkeit und die Undiszipliniertheit der militärischen Funktionäre hat die tschechische Bevölkerung in Schönpriesen Sachschäden im Werte von 8 Millionen Kc erlitten, abgesehen von dem Verlust zahlreicher Heime. Und die deutsche Bevölkerung bezahlte mit dem ungewöhnlichen Verlust von zum Großteil unschuldigen Menschenleben nur deshalb, weil sich der Pöbel bereichern und sich ihres Eigentums bemächtigen wollte.
Lidice war ein lebendiges Denkmal des unseligen "Furor teutonicus", und Aussig a.E. war die Rehabilitierung der deutschen nazistischen Mörder. Die Zahl der Opfer war hier fast die vierfache. Wird dieses Verbrechen nicht als "Furor Czechoslovaka plebs" in die Geschichte eingehen?"
Wir haben nichts, was wir dieser schrecklichen Schilderung hinzufügen könnten. Vielleicht nur eines: Ob eine derartige Aufpeitschung niederster Leidenschaften nicht beabsichtigt war, um die sittlichen Grundlagen des Volkes zu untergraben und zu vernichten, das auf diese Weise betäubt und für den Schlachthof vorbereitet wurde? ...<<

**Juli 1945**

**SBZ:** NKWD-Einheiten übernehmen im Juli 1945 das ehemalige Kriegsgefangenenlager Fünfeichen bei Neubrandenburg. Im "Speziallager Nr. 9" werden zunächst 6.000 und später durchschnittlich 12.500 Deutsche interniert (x126/152).

**Jugoslawien:** Nach zum Teil über 1.000 Kilometer langen "Sühnemärschen" treffen im Juli und August 1945 mehr als 3.000 deutsche und österreichische Offiziere im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz ein (x130/233). Das einzige jugoslawische Lager für gefangene Offiziere liegt an der rumänisch-ungarischen Grenze.
Ein gefangener Wehrmachtsoffizier berichtet später über das berüchtigte Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/234-235): >>Die Sterbeziffer war nach kurzer Zeit so hoch, daß täglich viele Kameraden tot und nackt im selbstgezimmerten Leichenwagen zur Vergrabung weggefahren werden mußten, an einem Tage waren es 32 Tote. Der lange Hungermarsch hatte die Widerstandskraft bei vielen Kameraden erlahmt. Oft fanden wir frühmorgens Kameraden tot neben uns liegen. Die deutschen Ärzte waren wegen Mangel an Medikamenten im Jahre 1945 ziemlich hilflos. Begräbniszeremonien gab es nicht.
Die Notdurft wurde im Freien auf Balken über ausgehobenen Gräben verrichtet.
Im Spätherbst wurden von Arbeitskommandos ... in ... Hallen Pritschenlager und zur Abtrennung der Gefangenenkompanien Lehmwände halb hochgezogen. Alle Dächer dieser beiden großen Hallen waren porös, überall hingen über den Pritschen Wasserabfänger aus Holz, Pappe oder Blech. Bei Regen entstanden auf dem Betonboden riesige Wasserlachen.

Trinkwasser ... wurde pro Tag und Person nur 1 Liter verabreicht. Erst im Herbst 1946 gab es für die Pritschen Stroh als Unterlage. Als wir der Flöhe Herr geworden waren, überfielen uns nachts die Wanzen, so daß von Zeit zu Zeit die Pritschen auseinandergenommen, die Holzteile im Freien abgebrannt und dann wieder zusammengebaut werden mußten.
Von Juli 1945 bis Sommer 1946 war das Lager ein sogenanntes Schweigelager. Es gab keine Postverbindung. Zwischen den 2 großen Hallen wurde 1946 eine große Abortgrube ausgehoben, mit Holz überdacht und 8 lange Sitzreihen angebracht. Bald waren dadurch in den Hallen Ratten einheimisch geworden.
Bis Weihnachten 1946 hatte sich die Gefangenenzahl von 3.000 auf 2.000 reduziert allein durch Tod. Als Sterbeursache wurde allgemein registriert "Dysenterie".
Trotz allen Ungemachs wurden 1946 eine "Stacheldraht-Universität", ein Lagerchor und eine "Bunte Bühne" gegründet, die bis Ende 1948 mit einfachsten Mitteln hervorragende Leistungen zuwege brachten.
Im Herbst 1948 begann die Repatriierung. Insgesamt 1.000 Kameraden wurden in die Heimat entlassen. Doch zu Neujahrsbeginn 1949 galt die Aktion dann als abgeschlossen. Ende Januar 1949 wurden alle noch verbliebenen Offiziere (ca. 1.200) zu Untersuchungsgefangenen erklärt. Das Vernehmungslager Werschetz war geboren und wurde entsprechend für seine "Aufgabe" umgebaut.
In ein- oder mehrwöchiger Vernehmungszeit in Einzelzellen (1 x 1,5 m) qualvoll gefesselt, vegetierten nun die "Untersuchungshäftlinge" und wurden durch mittelalterliche Methoden zu "Geständnissen" gepreßt, um verurteilt zu werden. Viele zum Tode. Die meisten zu Freiheitsentzug mit Zwangsarbeit bis zu 25 Jahren. Für mehr als 80 Kameraden endete die Vernehmung mit Foltermord, mit Selbstmord oder Tod durch Entkräftung.<<

**01.08.1945**

**Ostdeutschland:** Aufgrund der Potsdamer Beschlüsse tritt am 1. August 1945 die polnische Verwaltung in den deutschen Ostgebieten und die ostpreußische Teilung in Kraft (x111/55).

**SBZ:** Die SMAD ordnet am 1. August 1945 die Gründung einer antifaschistischen Jugendbewegung (FDJ) an. Alle anderen Jugendorganisationen und Sportvereine werden verboten (x111/55).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "FDJ" in der SBZ (x009/124): >>Eine Massenorganisation der SED, lange Zeit überparteilich getarnt. ...
Seit 1935, mehr noch seit 1945 traten die Jugendfunktionäre der KPD als "FDJ" (Abkürzung für Freie Deutsche Jugend) auf.
In der SBZ bediente sich die FDJ der am 20.6.1945 von der SMAD genehmigten antifaschistischen Jugendausschüsse. Die Gründung der FDJ wurde am 7.3.1946 in großen Versammlungen verkündet. War auch die FDJ anfangs überparteilich, so waren doch die Schlüsselstellungen von Anfang an mit KP/SED-Mitgliedern besetzt. Schon seit Beginn des 1. FDJ-Schuljahres 1951 wird die FDJ auf den Marxismus-Leninismus gemäß der geltenden Parteilinie der SED ausgerichtet.
Seit Beginn des Aufbaus der Kasernierten Volkspolizei ist die FDJ ihr wohl ergiebigstes Rekrutierungsfeld. Dies gilt noch stärker gegenüber der Nationalen Volksarmee und der Gesellschaft für Sport und Technik. Über die Betriebs-, Verwaltungs-, Schul- und Hochschulgruppen usw. der FDJ kontrolliert die SED die Jugend in diesen Bereichen. Für größere Schulen sind, um die Leitung zu straffen, Zentrale Schulgruppenleitungen (ZSGL) eingesetzt. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die kommunistische Organisation "Komsomol" (x009/223): >>Abkürzung für Kommunistischeskij sojus molodeschi (Kommunistischer Jugendverband), im Oktober 1918 gegründete Jugendorganisation der 14- bis 26jährigen in der Sowjetunion.
Soll den Nachwuchs für die KPdSU entwickeln und einen ausreichenden Funktionärnach-

wuchs sowie die vormilitärische Ausbildung der Jugend sicherstellen. Vorstufe des Komsomol ist die Organisation der Jungen Pioniere (9- bis 14jährige), gegründet im Oktober 1922, mit heute über 13 Millionen Mitgliedern. Die Mitgliederzahl des Komsomol wurde im Oktober 1958 offiziell mit 18 Millionen angegeben. Der Komsomol ist das Vorbild der FDJ.<<

Konferenz von Potsdam: Zwölfte Plenarsitzung vom 1. August 1945 (x867/...):

>>**Truman:** Über die Sitzung der Außenminister wird heute Herr Byrnes Bericht erstatten.

**Byrnes:** Die Kommission, die sich mit den Fragen der Reparationen aus Deutschland befaßt, berichtet, daß sie nicht in allen Fragen des Abkommens über die Reparationen zu einer Einigung gelangen konnte. Die Vertreter der USA und Großbritanniens waren der Ansicht, daß die Vertreter der Sowjetunion sich bereit erklärt haben, als Gegenleistung für die vereinbarten Prozente der industriellen Ausrüstung, die der Sowjetunion nach Punkt 4 des Abkommens übergeben wird, auf Ansprüche hinsichtlich der deutschen Auslandsguthaben, auf Gold, das bei den Deutschen erbeutet wurde, und Aktien deutscher Unternehmen in den Westzonen Deutschlands zu verzichten.

Daher waren die Vertreter der USA und Englands der Ansicht, daß die Auslandsguthaben Deutschlands in Punkt 3 aufgenommen werden sollten, als Reparationsquelle für andere Länder, außer der Sowjetunion. Sie erklärten, anderenfalls würden die in Punkt 4 vereinbarten Prozente der Industrieausrüstung für die Vertreter der USA und Englands unannehmbar.

Der sowjetische Vertreter war der Ansicht, daß noch keine vereinbarte Entscheidung über den Verzicht der Sowjetunion auf Ansprüche aus Auslandsguthaben Deutschlands, Gold und Aktien vorliegt. Deshalb lehnte der sowjetische Vertreter die Aufnahme der deutschen Auslandsguthaben unter Punkt 3 ab und schlug vor, diese Frage den Regierungschefs zur Entscheidung vorzulegen.

Die Vertreter der USA und Englands erklärten, daß der Entwurf eines Abkommens über die Reparationen für sie unter der Bedingung annehmbar wäre, daß der sowjetische Vertreter den oben dargelegten Vorschlägen über die Auslandsguthaben Deutschlands, Gold und Aktien zustimmt. Der sowjetische Vertreter erklärte, daß er sich damit nicht einverstanden erklären kann, wie diese Frage hier von den Vertretern der USA und Englands gestellt wird.

Das Problem besteht darin, ob man davon ausgehen kann, daß die "großen Drei" gestern eine Einigung über die Reparationsfrage erzielt haben, als der sowjetische Vertreter erklärte, daß er nicht auf der Übergabe von dreißig Prozent des deutschen Goldes, der Auslandsguthaben und Aktien an die Sowjetunion bestehen wird.

**Stalin:** Wie soll man das in Ihren Vorschlägen verstehen, daß die Sowjetunion keine Ansprüche auf Industrieaktien erhebt? Betrifft das nur die Westzone?

**Truman:** Ich denke, daß die Außenminister, als sie von der Westzone sprachen, die Zonen der USA, Großbritanniens und Frankreichs im Auge hatten.

**Stalin:** Könnte man sich nicht so einigen: Die sowjetische Delegation verzichtet auf das Gold; was die Aktien der deutschen Unternehmen in der Westzone betrifft, so verzichten wir ebenfalls und werden davon ausgehen, daß das gesamte Gebiet Westdeutschlands zu Ihnen gehört und das, was Ostdeutschland betrifft, uns gehört.

**Truman:** Diesen Vorschlag muß man erörtern.

**Stalin:** Was die deutschen Anlagen betrifft, so würde ich die Frage wie folgt stellen: Die deutschen Anlagen in Osteuropa bleiben bei uns, und alles Übrige verbleibt Ihnen.

**Truman:** Handelt es sich nur um die deutschen Anlagen in Europa oder auch in anderen Ländern?

**Stalin:** Ich sage es noch konkreter: Die deutschen Anlagen, die es in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland gibt, sind uns vorbehalten. Alles Übrige ist Ihnen vorbehalten.

**Bevin:** Die deutschen Anlagen in den anderen Ländern bleiben uns vorbehalten?

**Stalin:** In allen übrigen Ländern, in Südamerika, in Kanada usw., das gehört alles Ihnen.

**Bevin:** Folglich werden alle deutschen Guthaben in den Ländern, die westlich der Besatzungszonen Deutschlands liegen, den USA, Großbritannien und den anderen Ländern gehören? Bezieht sich das auch auf Griechenland?
**Stalin:** Ja.
**Byrnes:** Wie sieht das dann bei der Frage der Aktien deutscher Unternehmen aus?
**Stalin:** In unserer Zone werden wir sie haben und in Ihrer Zone Sie. Es gibt eine Westzone und eine Ostzone.
**Byrnes:** Den gestrigen Vorschlag haben wir so verstanden, daß Sie keine Ansprüche auf Aktien in der Westzone erheben.
**Stalin:** Das werden wir nicht.
**Byrnes:** Und Ihren zweiten Vorschlag, über die Anlagen im Ausland, ziehen Sie ebenfalls zurück?
**Stalin:** Hier liegen die Dinge etwas anders.
**Bevin:** Als wir gestern die Reparationsfrage entschieden, verstand ich es so, daß die sowjetische Delegation auf ihre Ansprüche aus Auslandsanlagen Deutschlands verzichtet hat.
**Stalin:** Ich war der Ansicht, daß die Anlagen in der Ostzone uns vorbehalten bleiben. Wir hatten die Westzone im Auge, als wir von dem Verzicht auf Anlagen sprachen. Wir verzichteten auf Anlagen in Westeuropa und in allen übrigen Ländern. Bekanntlich gibt es in Westeuropa und Amerika weitaus mehr Anlagen als im Osten. Wir hofften, dreißig Prozent aller Anlagen zu bekommen, verzichteten dann aber. Sie müssen dann aber auch auf ihre Ansprüche in Osteuropa verzichten.
**Bevin:** Ich muß sagen, daß ich, als ich dem Vorschlag des Generalissimus zustimmte, seinen Vorschlag als Verzicht der sowjetischen Delegation auf deutsche Auslandsanlagen überhaupt auffaßte.
**Stalin:** Aber nicht in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland.
**Byrnes:** Das ist verständlich. Und ich möchte bezüglich der Aktien von Industrie- oder Transportunternehmen in Deutschland präzisieren: Wenn beispielsweise die Leitung eines solchen Unternehmens ihren Sitz in Berlin hat, während das Unternehmen selbst und sein ganzes Vermögen in der Westzone oder in den USA liegt, werden Sie dann Ansprüche auf dieses Unternehmen erheben?
**Stalin:** Wenn das Unternehmen im Westen liegt, werden wir keinerlei Ansprüche erheben. Die Leitung kann getrost ihren Sitz in Berlin haben, darum geht es nicht, sondern darum, wo das Unternehmen selbst liegt.
**Byrnes:** Wenn ein Betrieb nicht in Osteuropa, sondern in Westeuropa oder in anderen Teilen der Welt liegt, so bleibt das Unternehmen uns vorbehalten?
**Stalin:** In den USA, in Norwegen, in der Schweiz, in Schweden, in Argentinien *(Allgemeine Heiterkeit)* usw., das gehört alles Ihnen.
**Bevin:** Ich möchte den Generalissimus fragen: Ist er bereit, auf alle Ansprüche aus deutschen Auslandsguthaben zu verzichten, die sich außerhalb der von russischen Truppen besetzten Zone befinden?
**Stalin:** Ich bin bereit zu verzichten.
**Byrnes:** Und bezüglich des Goldes?
**Stalin:** Unsere Ansprüche auf Gold haben wir bereits zurückgezogen.
**Byrnes:** Es gibt Guthaben Deutschlands in anderen Ländern. Wie ist in dieser Hinsicht der sowjetische Vorschlag zu verstehen?
**Stalin:** Wir behalten uns nur die vor, die sich in der Ostzone befinden.
**Byrnes:** Meines Erachtens ist es sehr wichtig, daß wir uns gegenseitig verstehen. Herrn Bevins Frage zielte darauf ab, ob sich die russischen Ansprüche auf die von der russischen Armee besetzte Zone beschränken. Ich möchte, daß Sie dem Standpunkt von Herrn Bevin zu-

stimmen.
**Stalin:** Wir sind einverstanden.
**Byrnes:** Vor einigen Minuten sprachen wir von den Guthaben, die sich in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland befinden. Ich möchte jetzt volle Klarheit schaffen, damit künftig kein Mißverständnis auftritt. Bedeutet Ihr Vorschlag, daß Sie keinerlei Ansprüche auf Guthaben erheben, die sich außerhalb Ihrer Besatzungszone befinden? Erheben Sie nur Ansprüche auf diejenigen Guthaben, die sich in der sowjetischen Zone befinden?
**Stalin:** Ja. Die Tschechoslowakei wird nicht dazu gehören, Jugoslawien wird nicht dazu gehören. Der östliche Teil Österreichs wird dazu gehören.
**Bevin:** Es ist klar, daß die Guthaben in dieser Zone, die Großbritannien und den USA gehören, nicht angetastet werden.
**Stalin:** Natürlich. Wir kämpfen ja nicht gegen Großbritannien und die USA. *(Allgemeine Heiterkeit)*
**Bevin:** Aber diese Guthaben könnten während des Krieges von den Deutschen geraubt worden sein.
**Stalin:** Das wird in jedem konkreten Falle untersucht werden müssen.
**Truman:** Ich denke, daß wir gestern abend übereingekommen sind, die Ansprüche der Tschechoslowakei und Jugoslawiens zu befriedigen. Aber wie geschieht das, wenn sie keine Ansprüche auf deutsche Guthaben stellen werden, die sich auf ihren Territorien befinden?
**Stalin:** Wir werden keine Ansprüche auf Guthaben in der Tschechoslowakei, Jugoslawien und im westlichen Österreich erheben.
Vielleicht sollte man diesen Beschluß im Protokoll festhalten?
**Byrnes:** Ich denke, das wäre besser, damit es kein Mißverständnis gibt.
**Stalin:** Gut.
**Byrnes:** Vielleicht sollte das veröffentlicht werden?
**Stalin:** Meinetwegen, wie Sie wollen.
**Byrnes:** Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen Satz im dritten Punkt des Berichts der Kommission für Reparationsfragen lenken, wo es heißt, daß die Reparationsansprüche der USA, des Vereinigten Königreichs und der anderen Staaten, die Anspruch auf Reparationen haben, aus der Westzone und aus den deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden. In Anbetracht der soeben erzielten Einigung denke ich, daß es wahrscheinlich keine Meinungsverschiedenheiten über den Wortlaut geben wird.
**Stalin:** Ich schlage vor zu sagen "und aus den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben". Und im Protokoll könnte man diese Formulierung präzisieren.
**Byrnes:** Wir werden die Redaktionskommission beauftragen, diesen Satz zu redigieren.
**Stalin:** Ich habe keine Einwände.
**Attlee:** Ich habe zwei Fragen, die ich hier aufwerfen möchte: die erste, daß die Französische Regierung von den Regierungen Großbritanniens, der UdSSR und der USA eingeladen wird, von heute ab als Mitglied der Reparationskommission zu fungieren.
**Stalin:** Lassen Sie uns doch noch Polen einladen, es hat sehr gelitten.
**Attlee:** Ich hatte so verstanden, daß wir der Einladung Frankreichs zugestimmt haben.
**Stalin:** Und warum darf Polen nicht eingeladen werden?
**Truman:** Gestern vereinbarten wir, daß die Sowjetunion es übernimmt, die Reparationsansprüche Polens zu befriedigen und wir unsererseits die Befriedigung der Reparationsansprüche Frankreichs und anderer Länder übernehmen. Die Einbeziehung Frankreichs in diese Kommission würde meines Erachtens eine gewisse Verwirrung schaffen.
**Stalin:** Bleibt Herr Attlee dabei?
**Attlee:** Ich möchte doch dabei bleiben.
**Stalin:** Gut ich habe keine Einwände.

**Attlee:** Meine zweite Frage besteht in folgendem: Ich habe ein Memorandum vorgelegt, wonach der englische und der amerikanische Oberbefehlshaber 40.000 Tonnen Lebensmittel monatlich und 2.400 Tonnen Kohle täglich für den britischen und den amerikanischen Sektor in Berlin zu liefern haben, und zwar für die Dauer von dreißig Tagen ab 15. Juli. Der Kontrollrat ist zu beauftragen, unverzüglich für die nächsten sechs Monate ein Programm für die Versorgung Groß-Berlins mit Lebensmitteln und Kohle und anderen Brennstoffen auszuarbeiten. Diese Mengen werden von der Sowjetregierung nach Groß-Berlin als Vorauslieferungen nach Punkt 4a des Abkommens über die Reparationen geliefert. Es sind praktische Maßnahmen zur Befriedigung des laufenden Bedarfs.
**Stalin:** Die Frage ist nicht vorbereitet, wir sind mit dieser Frage nicht vertraut, die Meinung des Kontrollrats zu dieser Frage ist uns nicht bekannt. Deshalb fällt es uns einfach schwer, diese Frage jetzt zu entscheiden. Ich meine, daß man vorher die Ansicht des Kontrollrats erfahren muß, wie er den Bevölkerungsbedarf zu befriedigen gedenkt, welche Pläne er hinsichtlich der Versorgung hat.
**Attlee:** Ich habe aber so verstanden, daß die Lieferungen von Industrieausrüstung aus dem Ruhrgebiet unverzüglich beginnen soll, und mir scheint, daß die Lieferung der erforderlichen Lebensmittel und Brennstoffe für Groß-Berlin ebenfalls unverzüglich beginnen sollte. Die Menge kann natürlich vom Kontrollrat festgelegt werden.
**Stalin:** Ein Abkommen muß es natürlich geben, aber man muß die Menge angeben, was wir jetzt ohne Bericht des Kontrollrats über dessen diesbezügliche Pläne nicht tun können. Ich muß sagen, daß der Kontrollrat diese Frage besser entscheiden wird, als wir es tun könnten, da er an die Entscheidung dieser Frage praktisch herangeht.
**Attlee:** Gerade darum bitte ich. Ich bitte, daß der Kontrollrat ein Programm aufstellt, aber wir müssen uns im Prinzip darüber einigen.
**Stalin:** Mir ist nicht bekannt, wie es mit der Angelegenheit bestellt ist. Ich kann nichts entscheiden, ohne wirkliches Material zur Hand zu haben. Ich kann mir keine Ziffern ausdenken. Die Ziffern müssen doch fundiert sein.
**Attlee:** Ich bitte nicht um Ziffern, in meinem Memorandum bitte ich, daß der Kontrollrat dieses Programm aufstellt.
**Stalin:** 40.000 Tonnen Lebensmittel monatlich, 2.400 Tonnen Kohle täglich - woher kommen diese Ziffern, worauf basieren sie?
**Attlee:** Diese Ziffern wurden vereinbart, und die Mengen werden faktisch bereits geliefert.
**Stalin:** Ich weiß nichts davon.
**Bevin:** Es geht darum, daß ein befristetes Abkommen über die monatlichen Lieferungen für Berlin besteht.
**Stalin:** Wer hat das genehmigt?
**Bevin:** Im Kontrollrat wurde ein befristetes Abkommen über die Lieferungen abgeschlossen, demzufolge die britischen und die amerikanischen Behörden die Verpflichtung übernommen haben, diese Mengen für die Dauer eines Monats nach Berlin zu liefern, was auch gegenwärtig geschieht. Wir schlagen vor, daß der Kontrollrat im Prinzip das erforderliche Programm aufstellt und daß die sowjetischen Behörden nach Ablauf des Monats mit der Lieferung der genannten Mengen beginnen. Wenn diese Frist verstrichen ist, erhebt sich die Frage: Wer wird dann weiterhin Lebensmittel und Brennstoffe liefern?
**Stalin:** Man muß den Kontrollrat und seine Überlegungen anhören, dann kann man überhaupt entscheiden.
**Attlee:** Ich habe so verstanden, daß entsprechend Ihrem Wunsch mit der Lieferung von Industrieausrüstung aus dem Ruhrgebiet bereits jetzt begonnen werden soll. Wir bitten das gleiche bezüglich Ihrer Lebensmittel- und Brennstofflieferungen.
**Stalin:** Ich verstehe das, aber ich möchte wissen, welche Überlegungen es im Kontrollrat gibt,

damit man sie erörtern und einen Beschluß fassen kann. Meiner Ansicht nach muß die Frage vertagt werden.
**Bevin:** Wir wollen gemeinsam miteinander arbeiten.
**Stalin:** Und wenn wir auf diese Frage nicht vorbereitet sind, was ist dann?
**Bevin:** Dann wird man vertagen müssen.
**Stalin:** Darum bitten wir.
**Bevin:** Wir wollten nur zu einem gegenseitigen Übereinkommen gelangen, um einander zu helfen.
**Stalin:** Wir sind auf diese Frage nicht vorbereitet, ich habe nicht die Möglichkeit, mich mit dem Kontrollrat zu beraten und seine Überlegungen zu erfahren.
**Truman:** Es scheint, daß wir alle Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage geklärt haben?
**Attlee:** Ich habe den Generalissimus so verstanden, daß wir von Österreich keine Reparationen fordern werden. Vielleicht sollte man das im Protokoll vermerken.
**Stalin:** Das kann man im Protokoll vermerken.
**Byrnes:** Die nächste Frage, das ist die Frage der wirtschaftlichen Grundsätze gegenüber Deutschland. Die Vertreter der USA und Englands schlagen vor, in das Dokument über die wirtschaftlichen Grundsätze einen Punkt über die deutschen Auslandsguthaben aufzunehmen. Das wird der Punkt 18 sein, der folgendermaßen lautet: "Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind."
**Stalin:** Was ist das, eine Abänderung oder ein neuer Vorschlag?
**Byrnes:** Das ist eine Empfehlung der Kommission für Wirtschaftsfragen. Sie empfiehlt, diesen Punkt in das Dokument über die wirtschaftlichen Grundsätze gegenüber Deutschland aufzunehmen.
**Stalin:** Bedarf es nicht einer Abänderung in diesem Punkt nach Annahme des Beschlusses über die Reparationen? Wir haben von diesem Punkt erst erfahren, als wir uns bereits über diese Frage geeinigt hatten.
**Byrnes:** Die sowjetischen Vertreter in der Kommission für Wirtschaftsfragen erklärten, daß sie sich für diese Frage wenig interessieren, und behielten sich eine Stellungnahme bis zur Prüfung dieser Frage vor. Die gegebene Frage betrifft die Kontrolle.
**Stalin:** Ich habe keine Einwände.
**Truman:** Danke.
**Byrnes:** Die Kommission konnte keine Übereinstimmung über den Punkt 19 der wirtschaftlichen Grundsätze erzielen, der die Bezahlung der Importe nach Deutschland betrifft. Außerdem erklärte der sowjetische Vertreter, daß er zur Zeit nicht bereit ist, die Frage der Erdöllieferungen nach Westeuropa weiter zu erörtern.
**Stalin:** Wir haben keine Einwände gegen die britische Formulierung des Punktes 19.
**Byrnes:** Wie ich verstanden habe, sind die englischen Vertreter und die amerikanischen Vertreter darin einig, im Falle der Annahme des Punktes 19 die von den amerikanischen Vertretern vorgeschlagenen Worte hinzuzufügen, wonach die in diesem Punkt genannte Bedingung nicht angewandt wird bei Ausrüstung und Gütern, die unter Punkt 4a und 4b des Abkommens über die deutschen Reparationen genannt sind. Wir meinen, daß diese Ergänzung sich aus dem Abkommen über die Reparationen ergibt, das wir gestern erzielt haben.
**Stalin:** Gut.
**Attlee:** Einverstanden.
**Byrnes:** Damit sind alle Differenzen zum Entwurf über die wirtschaftlichen Grundsätze beseitigt.

Die nächste Frage - über die Kriegsverbrecher.
**Bevin:** Ich bitte um Verzeihung, aber meines Erachtens müßten über diese wirtschaftlichen Grundsätze die Franzosen informiert werden.
**Stalin:** Bitte.
**Byrnes:** Die nächste Frage - über die Kriegsverbrecher. Die einzige Frage, die offen bleibt, geht darum, ob die Namen einiger der größten deutschen Kriegsverbrecher zu nennen sind. Die Vertreter der USA und Englands hielten es auf der heutigen Sitzung der Außenminister für richtig, keine Namen zu nennen, sondern dies dem Staatsanwalt zu überlassen. Sie einigten sich auch darauf, daß der englische Text angenommen werden soll. Die sowjetischen Vertreter erklärten, daß sie mit dem englischen Entwurf einverstanden sind, allerdings unter der Bedingung, daß einige Namen eingefügt werden.
**Stalin:** Die Namen sind meines Erachtens notwendig. Das ist für die Öffentlichkeit notwendig. Es ist notwendig, daß die Menschen das wissen. Werden wir irgendwelche deutschen Industriellen vor Gericht stellen? Ich denke, wir werden das. Wir nennen Krupp. Wenn Krupp nicht taugt, dann lassen Sie uns andere benennen.
**Truman:** Mir gefallen sie alle nicht. *(Heiterkeit)* Ich denke, wenn wir irgendwelche Namen erwähnen und andere unerwähnt lassen, so wird man denken, daß wir die anderen nicht zur Verantwortung ziehen wollen.
**Stalin:** Aber die Namen werden hier als Beispiel angeführt. Es verwundert beispielsweise, warum Heß bislang in England sitzt, es sich gut gehen läßt und nicht zur Verantwortung gezogen wird? Man muß diese Namen nennen, das wird für die öffentliche Meinung, für die Völker wichtig sein.
**Bevin:** Über Heß brauchen Sie sich keine Gedanken zu machen.
**Stalin:** Es geht nicht um meine Meinung, sondern um die öffentliche Meinung, um die Meinung der Völker in allen Ländern, die von den Deutschen okkupiert waren.
**Bevin:** Wenn Sie irgendwelche Bedenken bezüglich Heß' haben, so kann ich die Verpflichtung abgeben, daß er vor Gericht gestellt wird.
**Stalin:** Ich wünsche keine Verpflichtungen von Herrn Bevin, es reicht völlig seine Erklärung, um Bedenken auszuräumen, dies könnte nicht geschehen. Aber es geht nicht um mich, sondern um die Völker, um die öffentliche Meinung.
**Truman:** Wie Sie wissen, haben wir Richter Jackson als Vertreter für die Londoner Kommission benannt. Er ist ein hervorragender Richter und ein sehr erfahrener Jurist. Er ist mit dem juristischen Verfahrensweg gut vertraut. Jackson ist gegen die Erwähnung der Namen von Kriegsverbrechern und erklärt, das würde ihre Arbeit erschweren. Er versichert, daß das Gerichtsverfahren in dreißig Tagen vorbereitet sein wird, und jede Skepsis über unsere Ansichten bezüglich dieser Menschen ist fehl am Platz.
**Stalin:** Vielleicht nennt man nicht viele Namen, eventuell nur drei?
**Bevin:** Unsere Juristen sind der gleichen Ansicht wie die amerikanischen.
**Stalin:** Und unsere sind der gegenteiligen Ansicht. Vielleicht einigen wir uns darauf, daß spätestens nach einem Monat die erste Liste der deutschen Kriegsverbrecher, denen der Prozeß gemacht wird, erscheint?
*(Truman und Attlee stimmen dem Vorschlag Stalins zu.)*
**Byrnes:** Die nächste Frage - über die Verwendung von alliiertem Eigentum für Reparationen der Vasallen oder als Kriegsbeute. Ich habe diesen Vorschlag gestern überreicht. Auf der heutigen Sitzung bat die sowjetische Delegation, ihr die Möglichkeit einer gründlicheren Kenntnisnahme des Vorschlags zu geben.
*(Die sowjetische Delegation erklärt, sie habe keine Zeit gehabt, den Text dieses Vorschlages zu studieren, da heute faktisch keine Pause zwischen den beiden Sitzungen war. Sie meint, daß ihr der Vorschlag im wesentlichen richtig und annehmbar erscheint, man aber die Formulie-*

*rung prüfen müsse.)*
**Byrnes:** Ich stimme einer Vertagung auf die Abendsitzung zu.
**Attlee:** Ich schlage vor, daß auf der Tagesordnung der heutigen Abendsitzung möglichst wenige Fragen stehen.
**Byrnes:** Die nächste Frage - über die Erdölversorgung Westeuropas. Die Frage wird gegenwärtig von der Wirtschaftskommission behandelt.
Die nächste Frage - über die antisowjetische Tätigkeit der russischen Weißemigranten und anderer der UdSSR feindlich gesonnener Personen und Organisationen in der amerikanischen und der britischen Besatzungszone in Deutschland und Österreich. Die anglo-amerikanischen Vertreter erklärten, daß sie die in dem diesbezüglichen sowjetischen Dokument dargelegte Frage und die Fakten untersuchen und die Sowjetunion unverzüglich über die Ergebnisse dieser Untersuchung unterrichten und dann bereit sein werden, Maßnahmen zur Unterbindung dieser Tätigkeit zu erörtern.
Die sowjetische Delegation lenkte die Aufmerksamkeit der britischen und der amerikanischen Delegation auf die überreichte Denkschrift betreffend die Repatriierung von Sowjetbürgern. Die britischen Vertreter erklärten, daß sie die in dem sowjetischen Dokument dargestellte Lage klären und sich unverzüglich nach ihrer Rückkehr nach London mit dieser Frage beschäftigen werden.
Die sowjetischen Vertreter überreichten ein neues Dokument zu dieser Frage und unterstrichen, daß sie dieser Angelegenheit eine große Bedeutung beimessen. Die amerikanischen und die britischen Vertreter erklärten, daß sie sich schnellstmöglich mit dieser Frage beschäftigen werden.
Die Außenminister erörterten den Bericht der Kommission zur Abfassung des Konferenzprotokolls. Die Kommission konnte über vier Fragen keine Einigung erzielen, aber den Außenministern gelang es, eine Einigung in dieser Frage zu erzielen. Sie kamen auch überein, daß nur wichtige Konferenzbeschlüsse in das Protokoll aufgenommen werden. Sie wiesen die Protokollkommission darauf hin, daß auch die letzten Konferenzbeschlüsse in das Protokoll aufgenommen werden sollen.
Die nächste Frage - über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Es wurde der USA-Entwurf zu dieser Frage angenommen, in dem der zweite Absatz gestrichen wurde. Es wurde beschlossen, an seine Stelle die Punkte 3, 4 und 5 aus dem Schreiben des sowjetischen Vertreters an die Vertreter der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in der Alliierten Kontrollkommission in Ungarn zu setzen. Diese Frage wurde der Redaktionskommission übergeben, die uns nach Beratung folgenden Text vorschlägt: "Die drei Regierungen nehmen zur Kenntnis, daß die Sowjetvertreter bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn ihren britischen und amerikanischen Kollegen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Kontrollkommissionen übermittelt haben, nachdem die Feindseligkeiten in Europa aufgehört haben.
Die drei Regierungen kamen überein, daß die Revision des Verfahrens der alliierten Kontrollkommissionen in diesen Ländern jetzt durchgeführt werden könne, wobei die Interessen und Verantwortlichkeiten der drei Regierungen berücksichtigt sind, die gemeinsam die Waffenstillstandsbedingungen den jeweiligen Ländern vorgelegt haben, und wobei die Vorschläge der Sowjetregierung für die Alliierte Kontrollkommission in Ungarn als Grundlage für alle drei Länder dienen sollen."
Können wir den Vorschlag der Redaktionskommission in dieser Fassung annehmen?
**Stalin:** Ich habe keine Einwände.
**Truman:** Heute habe ich den polnischen Präsidenten und vier Mitglieder der Provisorischen Polnischen Regierung empfangen. Ich habe ihnen die Beschlüsse über Polen mitgeteilt und eine Kopie dieser Beschlüsse überreicht. Sie werden sich mit Äußerungen über diese Be-

schlüsse bis zur Veröffentlichung in der Presse zurückhalten. Sie baten mich im Namen der polnischen Regierung, allen drei auf dieser Konferenz vertretenen Regierungen den Dank zu übermitteln.
**Bevin:** Ich möchte hier erwähnen, daß die Schwierigkeiten mit der militärischen Fluglinie London-Warschau, über die ich gestern sprach, jetzt beseitigt sind. Wir haben uns mit Polen in dieser Frage nun geeinigt.
**Byrnes:** Auf der Sitzung der Außenminister habe ich vorgeschlagen, daß in den Dokumenten über Polen und über den Zutritt zur Organisation der Vereinten Nationen, dort, wo von den Möglichkeiten die Rede ist, die den Vertretern der alliierten Presse zu gewährleisten sind, die Worte "und den Vertretern des Rundfunks" hinzugefügt werden.
**Stalin:** Es ist überflüssig, das zu tun.
**Attlee:** Ich halte das ebenfalls nicht für angebracht.
**Truman:** Bei uns in Amerika hat der Rundfunk eine andere Stellung als in den anderen Ländern, beispielsweise in England. Der englische Rundfunk untersteht der Kontrolle durch die Regierung, während sich in Amerika die Rundfunkstationen in der gleichen Lage befinden wie die Zeitungen. Wir möchten, daß die Vertreter des Rundfunks die gleichen Rechte erhalten wie die Zeitungskorrespondenten.
**Stalin:** Das ist überflüssig.
**Truman:** Die Vertreter des amerikanischen Rundfunks werden wie Zeitungskorrespondenten tätig sein, nur werden sie ihre Informationen über den amerikanischen Rundfunk senden.
**Stalin:** Ich würde nicht empfehlen, das zu tun. Außerdem muß man sich mit Polen einigen.
**Bevin:** Aber Sie werden nichts gegen Abkommen mit den entsprechenden Regierungen einwenden?
**Stalin:** Nein, warum denn?
**Truman:** Dies ist für uns annehmbar.
**Stalin:** Bitte. Aber wir beschließen hier, nicht darüber zu schreiben.
**Truman:** Gut. Ich bin einverstanden.
**Byrnes:** Die nächste Frage - über die deutsche Kriegs- und Handelsmarine.
**Truman:** Soweit ich verstehe, wird der Bericht der Kommission zu dieser Frage angenommen. Wir bestätigen den vorbereiteten Beschluß.
**Stalin:** Ja, richtig.
**Byrnes:** Wir sind auch übereingekommen, daß der Wortlaut dieses Beschlusses später veröffentlicht wird.
**Bevin:** Herr Präsident, ich habe den Wortlaut des Punktes über den Anteil Polens und der anderen Länder formuliert, dem wir meines Erachtens zustimmen können. Er lautet: "Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten werden aus ihren Anteilen an den übergebenen deutschen Handelsschiffen die entsprechende Anzahl für andere alliierte Staaten bereitstellen, deren Handelsschiffahrt im Kampf für die gemeinsame Sache gegen Deutschland schwere Verluste erlitten hat, mit Ausnahme Polens, für das die Sowjetunion aus ihrem Anteil Schiffe bereitstellen wird."
**Stalin:** Ich habe keine Einwände.
**Truman:** Ich bin einverstanden.
**Attlee:** Ich möchte vor der Pause die Frage stellen, ob die Regierungschefs es für angebracht halten, Herrn Churchill und Herrn Eden ein Telegramm zu schicken, in dem ihnen der Dank für die Teilnahme am ersten Teil unserer Konferenz und für ihre Teilnahme an anderen Konferenzen ausgesprochen wird?
**Stalin:** Das wäre angebracht.
**Truman:** Ich bin einverstanden.
*(Nach der Pause.)*

**Byrnes:** Konnten Sie unser Dokument über die Verwendung des alliierten Eigentums zur Bezahlung von Reparationen durch die Vasallen oder als Kriegsbeute noch studieren?
**Stalin:** Ich sehe im Prinzip keine Schwierigkeiten für die Lösung dieser Frage, über die Formulierung jedoch muß ich mich noch beraten.
**Attlee:** Ich denke, daß dieses Dokument noch geprüft werden muß, da nicht alle Formulierungen insgesamt annehmbar erscheinen.
**Byrnes:** In welcher Hinsicht ist der Entwurf nicht annehmbar?
**Attlee:** Wenn alliierten Ländern gehöriges Eigentum von diesen in Vasallenländern als Kriegsbeute genommen wurde, so ist das natürlich, da die Vasallenländer die alliierten Länder entschädigen müssen, denen dieses Eigentum gehört. Wenn aber dieses Eigentum von einer dritten Seite erbeutet wurde, erhebt sich die Frage: muß jene dieses Eigentum den alliierten Ländern bezahlen, oder müssen wir die Vasallenländer veranlassen, dieses Eigentum zu bezahlen. Außerdem meine ich, daß der Punkt 3 über die Währung ebenfalls einer Erörterung bedarf. Meines Erachtens muß dies alles noch geprüft werden.
**Truman:** Gut.
Vielleicht machen wir uns jetzt mit der Mitteilung vertraut.
**Stalin:** Die Kommission hat die Ausarbeitung noch nicht ganz abgeschlossen.
**Attlee:** Ich schlage vor, daß die Kommission zur Ausarbeitung des Protokolls und die Kommission zur Ausarbeitung der Mitteilung sich unverzüglich mit dieser Frage befassen und daß wir auseinandergehen und sofort wieder zusammentreten, sobald die Kommissionen ihre Arbeit abgeschlossen haben. Den Zeitpunkt des Zusammentreffens kann man telefonisch verabreden. Die Regierungschefs würden sich mit der Frage der Mitteilung befassen und die Außenminister mit der Frage des Protokolls.
**Stalin:** Es wäre gut, einen Zeitpunkt für den Beginn der Sitzung festzusetzen, acht Uhr dreißig oder neun Uhr. Der Zeitpunkt wird festgesetzt, um die Kommission anzuspornen, sie wird sich dann beeilen.
**Truman:** Drei Stunden Unterbrechung sagen mir zu.
**Byrnes:** Es gab noch den Vorschlag des Präsidenten über die Binnenwasserstraßen. Die Kommission für das Protokoll und die Kommission für die Mitteilung konnten sich noch nicht über eine Entscheidung zum Vorschlag des Präsidenten einigen.
**Truman:** Diese Frage wurde dem Rat der Außenminister in London zur Behandlung überwiesen, aber ich bin daran interessiert, daß dies in der Mitteilung publiziert wird. Ich möchte darum bitten, daß diese Frage in der Mitteilung erwähnt wird.
**Stalin:** Wir haben sie nicht erörtert.
**Truman:** Ich habe mich dreimal zu dieser Frage geäußert, und die Kommission hat sie an mehreren Tagen behandelt.
**Stalin:** Sie stand nicht auf der Liste der Fragen, wir haben uns zu dieser Frage nicht vorbereitet und hatten keinerlei Material, unsere Experten für diese Frage sitzen in Moskau. Wozu diese Hast, warum muß man sich so beeilen?
**Truman:** Diese Frage ist nicht endgültig entschieden, sondern dem Rat der Außenminister in London zur Behandlung überwiesen.
**Stalin:** Die Schwarzmeer-Meerengen werden ebenfalls nicht in der Mitteilung erwähnt, obwohl die Frage auf der Tagesordnung stand. Die Frage der Wasserwege entstand als Gratisbeilage zur Frage der Meerengen. Und weshalb der Frage der Binnenwasserstraßen ein solcher Vorrang vor der Meerengenfrage eingeräumt wird, verstehe ich nicht.
**Truman:** Die Frage der Schwarzmeer-Meerengen wird sowohl in der Mitteilung als auch im Protokoll angeführt.
**Stalin:** Meines Erachtens besteht keine Notwendigkeit, sie in die Mitteilung aufzunehmen, es genügt, sie ins Protokoll aufzunehmen.

Ich schlage vor, in der Mitteilung weder die Meerengen noch die Binnenwasserstraßen zu erwähnen, sondern diese beiden Fragen nur ins Protokoll aufzunehmen.
**Truman:** Gut, keine Einwände.
**Bevin:** Ich schlage vor, daß wir Frankreich bitten, sich unserem Beschluß über die Kriegsverbrecher anzuschließen. Frankreich ist Mitglied des Rates der Außenminister in London.
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Ich habe keine Einwände.
Ich verstehe allerdings nicht, warum wir einen hier angenommenen und ins Protokoll aufgenommenen Beschluß nicht auch in die Mitteilung aufnehmen können.
**Stalin:** Das ist nicht notwendig. Die Mitteilung wird ohnehin schon zu umfangreich.
**Truman:** Ich möchte eine Frage stellen: Gibt es Geheimabkommen auf dieser Konferenz?
**Stalin:** Nein, keine Geheimabkommen.
**Byrnes:** Ich möchte unterstreichen, daß wir beschlossen haben, die Frage der Binnenwasserstraßen an den Rat der Außenminister zur Behandlung zu überweisen. Somit besteht zu dieser Frage eine Festlegung. Haben wir das Recht, den Beschluß zu dieser Frage zu verlautbaren? Wenn dies nicht in die Mitteilung aufgenommen wird, sondern nur in das Protokoll, können wir dann diese Frage vor der Beratung im Rat der Außenminister öffentlich behandeln?
**Stalin:** Nehmen wir die Materialien der Krim-Konferenz oder der Teheraner Konferenz. Auf der Teheraner Konferenz wurde eine Reihe von Fragen in das Protokoll aufgenommen, aber es gab auch eine andere Reihe von Beschlüssen, die für alle von Interesse waren, die unsere Politik in den Hauptfragen bestimmten, und diese Beschlüsse wurden in die Mitteilung aufgenommen.
Nun zur Arbeit der Krim-Konferenz. Dort wurden ebenfalls zwei Reihen von Beschlüssen festgehalten. Die erste Reihe von Beschlüssen - die weitaus größere - kam in das Protokoll, und niemand verlangte, sie in die Mitteilung zu übernehmen. Die andere Reihe von Beschlüssen - die weit geringere - kam in die Mitteilung. Dies waren Beschlüsse, die unsere Politik bestimmen. Ich schlage vor, diese gute Regel beizubehalten, da wir sonst keine Mitteilung, sondern einen ganzen Folianten bekommen.
Ein Teil der Beschlüsse hat keine schwerwiegende Bedeutung, einige Fragen, wie die Frage der Binnenwasserstraßen, wurden nicht einmal erörtert, sie kommen ins Protokoll, und niemand kann uns vorwerfen, wir würden diese Fragen verheimlichen. Eine andere Sache sind die Fragen über Deutschland, über Italien, über die Reparationen usw., die große Bedeutung besitzen, sie kommen in die Mitteilung. Ich meine, daß wir diese gute Tradition nicht verletzen sollten und daß kein Grund besteht, alle Fragen in die Mitteilung aufzunehmen. Die Mitteilung ist die Mitteilung, und das Protokoll ist das Protokoll.
**Truman:** Ich habe keine Einwände gegen dieses Verfahren, wenn es für alle Beschlüsse angewandt wird. Aber wenn ich eine Erklärung vor dem Senat abgeben sollte, daß diese Frage dem Rat der Außenminister zur Behandlung überwiesen wird, habe ich dann das Recht dazu?
**Stalin:** Niemand kann Ihre Rechte antasten.
*(Truman schließt die Sitzung.)*<<

**01./02.08.1945**

**SBZ:** Konferenz von Potsdam: Dreizehnte Abschluß-Plenarsitzung vom 1./2. August 1945 (x867/...): >>*(Truman eröffnet die Sitzung.)*
**Byrnes:** Die Kommission für Wirtschaftsfragen hat den Bericht über die Reparationen vorbereitet. Es ist gelungen, Vorschläge auszuarbeiten, die für alle Delegationen annehmbar sind. In Punkt 1 heißt es, daß die Reparationsansprüche der Sowjetunion aus der von der Sowjetunion besetzten Zone Deutschlands und aus den entsprechenden deutschen Guthaben im Ausland befriedigt werden.
Ich lenke die Aufmerksamkeit auf die Punkte 8 und 9 dieses Dokuments. Ich würde sehr gern

jetzt gleich eine Abänderung einbringen, denn ich meine, daß diese im Interesse aller liegt. Punkt 8 lautet: "Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche auf Aktien deutscher Unternehmen usw." Ich schlage vor, nach den Worten "auf alle Ansprüche" die Worte "bezüglich der Reparationen" einzufügen. Der Zweck dieser Abänderung besteht darin, den Eindruck zu vermeiden, daß die Sowjetunion auch außerhalb der Reparationen noch Ansprüche auf deutsche Unternehmen erhebt. Die gleiche Abänderung ist auch bei Punkt 9 vorzunehmen, wo von Forderungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs die Rede ist.
**Stalin:** Richtig.
**Byrnes:** Es ist meine einzige Abänderung. Kann man annehmen, daß das Dokument über die Reparationen gebilligt ist?
**Bevin:** Wie soll man einen solchen Fall werten, wenn deutsche Unternehmen, die Eigentum britischer Untertanen waren, vor 1939 für Kriegszwecke übernommen wurden? In solchen Fällen gehen Engländer wegen dieser Änderung ihrer Eigentumsrechte verlustig.
**Byrnes:** In dem Falle, den Herr Bevin anführt, ändert die Abänderung nichts an der bestehenden Lage.
**Bevin:** Ich habe keine Einwände.
**Byrnes:** Wir können jetzt die Frage der Verwendung von alliiertem Eigentum zur Reparationszahlung oder als Kriegsbeute erörtern, wenn die sowjetische Delegation die Zeit hatte, sich mit dem Vorschlag zu befassen.
**Stalin:** Wir hatten keine Zeit, den Wortlaut dieses Entwurfs zu beraten. Ich schlage vor, den folgenden Beschluß zu notieren: "Die Konferenz hat beschlossen, den amerikanischen Vorschlag im Prinzip anzunehmen. Der genaue Wortlaut des Vorschlags ist auf diplomatischem Wege abzustimmen."
Wir hatten keine Zeit, den Wortlaut zu durchdenken, aber in der Sache sind wir mit dem Vorschlag einverstanden.
**Truman:** Ich bin mit dem Vorschlag der sowjetischen Delegation einverstanden.
**Attlee:** Ich bin ebenfalls einverstanden.
**Byrnes:** Man hat mir mitgeteilt, daß die Kommission, die sich mit der Aufstellung des Protokolls befaßt hat, eine Einigung erzielen konnte. Ich halte es für überflüssig, das ganze Protokoll vorzulesen, sondern nur die Punkte, über die es einzelne Meinungsverschiedenheiten gibt. Wir müssen natürlich noch den Vorschlag der sowjetischen Delegation über die Kriegsbeute hinzufügen, den wir soeben angenommen haben. Andere Abänderungen habe ich nicht.
**Stalin:** Ich habe eine Abänderung. Zur Frage der Westgrenze Polens heißt es im zweiten Absatz, daß die Grenze auf der Linie der Ostsee durch Swinemünde verläuft, als würde die Grenze durch die Stadt selbst gehen. Ich schlage daher vor zu sagen, daß die Grenzlinie von der Ostsee unmittelbar westlich oder etwas westlich von Swinemünde verläuft. Auf der Karte ist das deutlich.
*(Truman und Attlee billigen die Formulierung "unmittelbar westlich von Swinemünde".)*
**Stalin:** Die zweite Abänderung betrifft die Grenze des Gebietes Königsberg. Im zweiten Absatz steht geschrieben, daß der genaue Grenzverlauf von Experten festzulegen ist. Es wird vorgeschlagen zu sagen: "Dabei ist der genaue Grenzverlauf am Ort von Experten der UdSSR und Polens festzulegen."
**Bevin:** Wir können das nicht der Sowjetunion und Polen allein überlassen.
**Stalin:** Es handelt sich aber um die Grenze zwischen Polen und Rußland.
**Bevin:** Aber das muß von den Vereinten Nationen sanktioniert werden. Wir haben uns geeinigt, daß wir auf der Friedenskonferenz den sowjetischen Wunsch hinsichtlich dieser Grenze unterstützen werden, und jetzt sagen Sie uns, daß diese Grenze von der Sowjetunion und Polen festgelegt wird und uns das nichts angeht.
**Stalin:** Das ist ein Mißverständnis. Die Grenze insgesamt wird von der Friedenskonferenz

festgelegt, aber es gibt einen anderen Begriff, den örtlichen Grenzverlauf. Es wird ein genereller Grenzverlauf vorgegeben, aber der örtliche Grenzverlauf kann von dieser gedachten Linie bis zu einem halben Kilometer nach dieser oder jener Seite abweichen. Die Grenze verläuft beispielsweise durch eine Siedlung. Warum soll man die Siedlung durch eine Grenzlinie teilen? An der Festlegung des örtlichen Grenzverlaufs sind nur Polen und Rußland interessiert. Wenn Sie meinen, daß das nicht ganz gewährleistet ist, wer soll dann noch in die Kommission aufgenommen werden? Jemand für England, für die USA? Wen Sie belieben, wir haben keine Einwände.

**Attlee:** Mir scheint, daß die Frage in folgendem besteht. Wir haben uns geeinigt, einen Vorschlag über die Grenzen im Prinzip anzunehmen. Was die endgültige Abgrenzung dieser Gebiete, die endgültige Grenzfestlegung, betrifft, so ist das Sache der Konferenz. Wenn wir die Sache jetzt Experten Polens und der Sowjetunion übergeben, so verletzen wir damit die technische Arbeit der Friedenskonferenz.

**Stalin:** Wie sieht das Herr Bevin?

**Bevin:** Wir wollen eine Expertenkommission, die von der Friedenskonferenz benannt wird.

**Byrnes:** Ich denke, daß man folgende Fassung vorschlagen könnte: Wenn sich Polen und die Sowjetunion auf der Friedenskonferenz über die Grenze einig sind, ist die ganze Sache abgeschlossen, und es bedarf keiner Experten. Wenn aber auf der Friedenskonferenz zwischen Polen und Rußland Meinungsverschiedenheiten herrschen werden, wird man eine Expertenkommission benennen müssen, deren Zusammensetzung durch den Rat der Außenminister oder durch die Friedenskonferenz selbst bestimmt wird. Das allerdings nur im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und der Sowjetunion.

**Stalin:** Lassen wir es bei der vorherigen Formulierung. Dort ist aber nicht gesagt, aus welchen Experten die Kommission bestehen soll.

*(Truman und Attlee stimmen zu, daß die vorherige Formulierung bestehen bleibt.*

*Dann bringt die sowjetische Delegation eine Abänderung zum Abschnitt über den Abschluß der Friedensverträge und über die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen ein. Die sowjetische Delegation weist darauf hin, daß zwischen dem ersten und dritten Absatz des Dokuments ein Widerspruch besteht.*

*Im ersten Absatz heißt es, die drei Regierungen betrachten es als wünschenswert, daß die gegenwärtige anormale Stellung Italiens, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns und Finnlands nach dem Abschluß von Friedensverträgen beendet werden soll, während der dritte Absatz die Möglichkeit der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn vor Abschluß der Friedensverträge mit diesen Ländern vorsieht. Die sowjetische Delegation schlägt vor, aus dem ersten Absatz die Worte "nach dem Abschluß von Friedensverträgen" zu streichen.)*

**Attlee:** Das scheint mir nicht richtig zu sein, denn als wir den dritten Absatz formulierten, dachten wir an eine Herstellung diplomatischer Beziehungen "soweit ... dies möglich ist". Streicht man aus dem ersten Absatz die Worte "nach dem Abschluß von Friedensverträgen", so wird das bedeuten, daß wir weitergehen, als wir beabsichtigten. Diese Worte müssen stehenbleiben.

**Stalin:** Aber im ersten Absatz heißt es, daß diplomatische Beziehungen erst nach dem Abschluß von Friedensverträgen aufgenommen werden können, und im dritten Absatz heißt es anders. Es ergibt sich ein Widerspruch.

**Attlee:** Gerade deshalb wünschen die Engländer diese Worte. Im ersten Absatz ist eine notwendige Handlung vorgesehen, nämlich die Herstellung diplomatischer Beziehungen nach dem Abschluß von Friedensverträgen, im dritten Absatz hingegen ergeht die Empfehlung zu versuchen, dies zu tun, soweit dies vor Abschluß der Friedensverträge möglich ist.

**Stalin:** Wir können dem nicht zustimmen, da der Versuch, der im dritten Absatz bezüglich

der Herstellung diplomatischer Beziehungen eingeräumt wird, im ersten Absatz direkt negiert wird. Das ändert den Sinn dieser Entscheidung. Wie soll man dem zustimmen können?
**Attlee:** Mir scheint hier kein Widerspruch vorzuliegen: Im ersten Fall ist von der Herstellung normaler Beziehungen die Rede, das heißt voller diplomatischer Beziehungen, und im zweiten Fall der Versuch, nach Möglichkeit näher an die Herstellung solcher Beziehungen heranzukommen.
**Stalin:** Ich kann einer solchen Auslegung auf keinen Fall zustimmen. Ich nehme als konkretes Beispiel Finnland. Es gibt keine Begründung, um weiterhin die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Finnland zu verweigern. Während im ersten Absatz die Worte "nach dem Abschluß von Friedensverträgen" die Herstellung diplomatischer Beziehungen direkt verbieten. Das ist völlig falsch.
**Attlee:** Wir befinden uns noch im Kriegszustand mit Finnland.
**Stalin:** Mit Italien ist der Kriegszustand ebenfalls nicht beendet, indessen unterhält Amerika diplomatische Beziehungen mit Italien, und auch wir unterhalten diplomatische Beziehungen.
**Attlee:** Mir scheint, daß wir jetzt wieder zurückkehren zu dem, was wir vor einigen Tagen erörtert haben. Wir haben unseren Standpunkt erschöpfend dargelegt, und wir sind der Sowjetunion entgegengekommen, soweit dies nach unserer Verfassung überhaupt möglich war. Wir finden, daß wir große Zugeständnisse gemacht haben, über die hinaus wir nicht gehen können.
**Stalin:** Daraus wird nichts. Finnland hat wesentlich größere Rechte auf die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen als Italien. In Finnland besteht eine frei gewählte Regierung, die seitdem den Krieg gegen die Alliierten längst beendet und Deutschland den Krieg erklärt hat. In Italien gibt es keine frei gewählte Regierung, und die Beteiligung am Krieg gegen Deutschland nach der Kapitulation war minimal. Mit welcher Begründung sollen wir die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Finnland hinausschieben? Wo bleibt die Logik?
**Bevin:** Ich möchte zu einer Einigung kommen und unterbreite deshalb folgenden Vorschlag. Ich schlage die folgende Fassung des ersten Absatzes vor: "Die drei Regierungen betrachten es als wünschenswert, daß die gegenwärtig anormale Stellung Italiens, Bulgariens, Finnlands, Ungarns und Rumäniens durch Abschluß von Friedensverträgen beendigt werden soll. Sie vertrauen darauf, daß auch die anderen interessierten alliierten Regierungen diese Ansicht teilen."
**Stalin:** Gut. Die sowjetische Delegation hat keine weiteren Abänderungsvorschläge.
**Bevin:** Hurra! *(Heiterkeit)*
**Byrnes:** Die nächste Frage - über die Mitteilung. Wir haben von der englischen Delegation eine neue Fassung der Einleitung erhalten. Wir haben keine Einwände dagegen.
**Stalin:** Gibt es einen großen Unterschied? Worin besteht dieser Unterschied?
**Byrnes:** Auf Seite zwei wird eine Veränderung rein redaktionellen Charakters vorgenommen, der Sinn ändert sich nicht.
**Stalin:** Vielleicht verfahren wir so: Nach der Übersetzung in die russische Sprache sehen wir uns diese Veränderung an und gehen jetzt zum nächsten Abschnitt über.
*(Truman und Attlee stimmen zu.)*
**Byrnes:** Abschnitt II - über die Einrichtung eines Rates der Außenminister. Hier gibt es keine Meinungsverschiedenheiten.
*(Abschnitt II wird angenommen.)*
**Byrnes:** Abschnitt III - über Deutschland. Im ersten Absatz gibt es Einwände gegen die Worte "denen es laut Beifall spendete".
**Stalin:** Man kann sagen, "welche es ... offen gebilligt hat".
**Bevin:** Blind gehorcht hat, das heißt, auf dumme Weise gehorcht hat.
**Stalin:** Ich schlage vor, doch folgendermaßen zu sagen: "welche es zur Zeit ihrer Erfolge of-

fen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat".
*(Der Vorschlag wird angenommen.)*
**Byrnes:** Andere Abänderungen gibt es nicht?
**Stalin:** Nein.
**Bevin:** In Punkt 12 der wirtschaftlichen Grundsätze ist eine Wiederholung dessen, was bereits in Punkt 9 (IV) der politischen Grundsätze gesagt ist.
**Stalin:** Ich schlage vor, diesen Ausdruck aus den wirtschaftlichen Grundsätzen zu streichen und ihn in den politischen Grundsätzen aufzunehmen. *(Alle stimmen zu.)* Wir haben keine weiteren Abänderungen.
**Byrnes:** Der Abschnitt IV - über die Reparationen aus Deutschland. Es gibt keine Abänderungen.
Abschnitt V - über die Kriegs- und Handelsflotte Deutschlands.
**Stalin:** Es gibt einen vereinbarten Beschluß, wir haben keine Abänderungen.
**Byrnes:** Abschnitt VI - über die Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet.
**Stalin:** Einverstanden.
**Byrnes:** Abschnitt VII - Kriegsverbrecher.
**Stalin:** Ich denke, daß der erste einleitende Absatz zu streichen wäre und nur der zweite Absatz bleiben sollte, der mit den Worten beginnt: "Die drei Regierungen haben Kenntnis genommen" usw.
**Bevin:** Wir haben es bereits gestrichen.
**Stalin:** Gut.
**Byrnes:** Abschnitt VIII - über Österreich.
*(Die sowjetische Delegation schlägt vor, aus dem Abschnitt über Österreich den letzten Satz über die Reparationen zu streichen und ihn nur im Protokoll stehenzulassen.)*
**Truman:** Wir nehmen den Vorschlag der sowjetischen Delegation an, den letzten Satz aus der Mitteilung zu streichen.
**Byrnes:** Abschnitt IX - über Polen.
**Stalin:** Keine Abänderung.
**Bevin:** Ich möchte eine kleine Abänderung redaktionellen Charakters vorschlagen. Im zweiten Abschnitt statt der Worte "ihre Haltung wurde in der folgenden Feststellung definiert" zu sagen "definieren sie ihre Haltung in der folgenden Feststellung".
**Stalin:** Das kann man.
**Bevin:** Auf Seite zwei würde ich hinsichtlich Polens ebenfalls die einleitenden Worte "bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt" ersetzen durch die Worte "bezüglich der Westgrenze Polens legten sie folgenden Standpunkt fest".
**Truman:** Ich habe bereits den Vertretern der polnischen Regierung mitgeteilt, daß wir der früheren Formulierung zugestimmt haben.
**Stalin:** Dann ist es besser, die frühere Formulierung zu belassen.
**Bevin:** Der Vorschlag des Generalissimus, "unmittelbar westlich von Swinemünde" zu sagen, ist meines Erachtens sehr treffend.
**Stalin:** Ja, so sollte man besser sagen. Gehen wir zum X. Abschnitt über.
**Bevin:** Hier möchte ich eine kleine Abänderung vor allem psychologischen Charakters machen. Ich würde den einleitenden Teil des Abschnitts X folgendermaßen fassen: "Die Konferenz einigte sich auf die folgende Erklärung über eine gemeinsame Politik zur möglichst baldigen Schaffung der Bedingungen für einen dauerhaften Frieden nach der siegreichen Beendigung des Krieges in Europa." Das klingt besser.
**Stalin:** Dem Wesen nach ist es die gleiche Formulierung, sie gibt nichts Neues.
**Truman:** Beides ist akzeptabel.

**Bevin:** Englisch liest sich das besser. Im Amerikanischen vielleicht schlechter? *(Heiterkeit)*
**Truman:** Beides ist akzeptabel.
**Stalin:** Die frühere Formulierung enthält den gleichen Gedanken wie bei Herrn Bevin, aber er ist kürzer dargelegt. Man kann aber natürlich auch das andere akzeptieren.
**Bevin:** Dann ziehen Sie diesmal bitte unsere Fassung vor. *(Heiterkeit)*
**Stalin:** Wenn Herr Bevin darauf besteht, kann man wohl seine Formulierung akzeptieren.
**Truman:** Ich bin einverstanden. Abschnitt XII - über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn.
**Stalin:** Das ist vereinbart.
**Truman:** Abschnitt XIII - Überführung deutscher Bevölkerungsteile.
**Stalin:** Hier ist bereits besser gesagt - "ordnungsgemäße Überführung".
**Truman:** Die Frage der militärischen Verhandlungen.
**Stalin:** Ist von allgemeinem Interesse. Wir haben keine Einwände, daß die Frage in der Mitteilung erscheint.
**Bevin:** Die englische Delegation hat eine Frage zu Abschnitt XII über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn. In den letzten drei Zeilen heißt es: "und nimmt als Grundlage bezüglich der drei Länder die Vorschläge der Sowjetregierung für die Alliierte Kontrollkommission in Ungarn an". Aber wir sagen nicht, worin diese Vorschläge bestehen. Deshalb könnte man sagen, "wobei die vereinbarten Vorschläge als Grundlage dienen sollen".
**Stalin:** Dem kann man zustimmen. Wer wird die Mitteilung unterzeichnen?
**Truman:** Es unterzeichnen alle.
**Stalin:** Gut.
**Truman:** Kehren wir zum einleitenden Teil der Mitteilung zurück.
**Stalin:** Wir haben keine Einwände.
**Bevin:** Wir möchten die Mitteilung am Freitagmorgen in der Presse veröffentlichen.
**Stalin:** Und wann kann sie im Rundfunk gesendet werden?
**Bevin:** Donnerstag, 9.30 Uhr abends, Greenwich-Zeit.
**Stalin:** Gut.
**Byrnes:** Bezüglich des Ruhrgebiets. Im russischen Text des Protokolls heißt es, daß die Konferenz die sowjetischen Vorschläge bezüglich des Ruhrindustriegebiets behandelt hat. Es wurde beschlossen, diese Frage dem Rat der Außenminister in London zur Diskussion zu überweisen. Im englischen Text des Protokolls fehlt der Hinweis auf das Ruhrgebiet. Ich habe das so aufgefaßt, daß es keinen solchen Beschluß gab, aber der Präsident sagt, daß dies auf seinen Vorschlag hin angenommen wurde. Ich schlage deshalb vor, die Fassung zu präzisieren. Hier ist nicht gesagt, worin der Vorschlag der sowjetischen Delegation besteht, der dem Rat der Außenminister in London zur Behandlung überwiesen wird.
**Stalin:** Diese Frage muß man meines Erachtens absetzen.
**Truman:** Gut.
**Stalin:** *(nach Kenntnisnahme der Grußadresse an Churchill und Eden)* Ich habe keine Einwände gegen den vorgeschlagenen Text der Adresse.
**Attlee:** Ich schlage vor, daß das Telegramm in englischer Sprache vom Präsidenten und vom Generalissimus unterzeichnet wird.
**Stalin:** Wäre es nicht möglich, daß der Präsident als Vorsitzender der Konferenz als erster unterschreibt?
**Attlee:** Es werden hier drei Unterschriften stehen.
*(Die Grußadresse wird von den drei Regierungschefs unterzeichnet.)*
**Byrnes:** Ich denke, daß man Vertreter benennen sollte, die den Text des Protokolls überprü-

fen.
*(Es werden die Vertreter für die Kommission zur Redigierung des Protokolls benannt.)*
**Truman:** Ich erkläre die Berliner Konferenz für geschlossen. Bis zur nächsten Begegnung, die, wie ich hoffe, bald stattfinden wird.
**Stalin:** Gott geb's!
**Attlee:** Herr Präsident, bevor wir auseinandergehen, möchte ich dem Generalissimus unseren Dank aussprechen für die ausgezeichneten Maßnahmen, die hier getroffen wurden zu unserer Unterbringung und zur Schaffung guter Arbeitsbedingungen und Ihnen, Herr Präsident, für die so geschickte Leitung dieser Konferenz.
Ich möchte die Hoffnung ausdrücken, daß unsere Konferenz sich als wichtiger Markstein auf dem Wege erweisen wird, auf dem unsere drei Völker gemeinsam zu einem dauerhaften Frieden schreiten, und daß die Freundschaft zwischen uns drei, die wir uns hier getroffen haben, fest und von langer Dauer sein wird.
**Stalin:** Das ist auch unser Wunsch.
**Truman:** Im Namen der amerikanischen Delegation möchte ich dem Generalissimus den Dank aussprechen für alles, war er für uns getan hat, und ich möchte mich den Worten von Herrn Attlee anschließen.
**Stalin:** Die russische Delegation schließt sich den von Herrn Attlee hier ausgesprochenen Dank an den Präsidenten für dessen geschickte und exakte Leitung an.
**Truman:** Ich danke Ihnen für die gute Zusammenarbeit bei der Lösung aller wichtigen Fragen.
**Stalin:** Ich möchte Herrn Byrnes meinen persönlichen Dank aussprechen, der uns in unserer Arbeit wertvollen Beistand geleistet und das Zustandekommen unserer Beschlüsse gefördert hat.
**Byrnes:** Ich bin tief gerührt durch die liebenswürdigen Worte des Generalissimus und hoffe, daß ich gemeinsam mit meinen Kollegen für die Arbeit dieser Konferenz nützlich war.
**Stalin:** Die Konferenz kann man wohl als gelungen bezeichnen.
**Truman:** Ich möchte den anderen Außenministern und all denen, die uns in unserer Arbeit so sehr geholfen haben, danken.
**Attlee:** Ich schließe mich den Gefühlen, die hier an die Adresse unserer drei Außenminister geäußert wurden, an.
**Truman:** Ich erkläre die Berliner Konferenz für geschlossen.<<
Das sogenannte Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfindet) wird am 22. August 1945 veröffentlicht (x101/188-197):
>>**"Potsdamer Abkommen"**
2. August 1945
*Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin*
**I.**
Am 17. Juli 1945 trafen sich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Harry S. Truman, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Generalissimus J. W. Stalin, und der Premierminister Großbritanniens, Winston S. Churchill, sowie Herr Clement R. Attlee auf der von den drei Mächten beschickten Berliner Konferenz. Sie wurden begleitet von den Außenministern der drei Regierungen, W. M. Molotow, Herrn D. F. Byrnes und Herrn A. Eden, den Stabschefs und anderen Beratern.
In der Periode vom 17. bis 25. Juli fanden neun Sitzungen statt. Darauf wurde die Konferenz für zwei Tage unterbrochen, an denen in England die Wahlergebnisse verkündet wurden.
Am 28. Juli kehrte Herr Attlee in der Eigenschaft als Premierminister in Begleitung des neuen Außenministers, Herrn E. Bevin, zu der Konferenz zurück. Es wurden noch vier Sitzungen

abgehalten. Während der Konferenz fanden regelmäßige Begegnungen der Häupter der drei Regierungen, von den Außenministern begleitet, und regelmäßige Beratungen der Außenminister statt.
Die Kommissionen, die in den Beratungen der Außenminister für die vorherige Vorbereitung der Fragen eingesetzt worden waren, tagten gleichfalls täglich. Die Sitzungen der Konferenz fanden in Cäcilienhof bei Potsdam statt.
Die Konferenz schloß am 2. August 1945. Es wurden wichtige Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen. Es fand ein Meinungsaustausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister, der auf dieser Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt.
Präsident Truman, Generalissimus Stalin und Premierminister Attlee verlassen diese Konferenz, welche das Band zwischen den drei Regierungen fester geknüpft und den Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Verständigung erweitert hat, mit der verstärkten Überzeugung, daß ihre Regierungen und Völker, zusammen mit anderen Vereinten Nationen, die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden.

**II.**

**Die Einrichtung eines Rates der Außenminister**

Die Konferenz erreichte eine Einigung über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten, zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung und zur Beratung anderer Fragen, welche nach Übereinstimmung zwischen den Teilnehmern in dem Rat der Regierungen von Zeit zu Zeit an den Rat übertragen werden können.
Der Text der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet:
1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika.
2. (I) Der Rat tagt normalerweise in London, wo der ständige Sitz des Vereinigten Sekretariats sein wird, das durch den Rat zu schaffen ist. Jeder Außenminister wird durch einen Stellvertreter von hohem Rang begleitet werden, welcher gegebenenfalls bevollmächtigt ist, während seiner, des Außenministers, Abwesenheit die Arbeit weiterzuführen, sowie von einem kleinen Stab technischer Mitarbeiter.
(II) Die erste Sitzung des Rates findet in London nicht später als am 1. September 1945 statt. Die Sitzungen können nach allgemeiner Übereinkunft nach anderen Hauptstädten einberufen werden; diese Übereinkunft kann von Zeit zu Zeit herbeigeführt werden.
3. (I.) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.
(II) Zwecks Lösung jeder dieser Aufgaben wird der Rat aus Mitgliedern bestehen, welche diejenigen Regierungen vertreten, die die Bedingungen in der Kapitulation unterschrieben haben, diktiert an den Feindstaat, den die gegebene Aufgabe betrifft. Bei der Betrachtung der Fragen der Friedensregelung mit Italien wird Frankreich als Unterschriftsleistende der Kapitulationsbedingungen Italiens betrachtet werden. Andere Mitglieder werden zur Teilnahme am Rat eingeladen werden, wenn Fragen erörtert werden, die sie direkt betreffen.
(III) Andere Angelegenheiten werden von Zeit zu Zeit dem Rat übertragen werden nach Übereinkunft zwischen den Regierungen, die seine Mitglieder sind.

4. (I) Wenn der Rat eine Frage erörtern wird, an der unmittelbar ein Staat interessiert ist, der in ihm nicht vertreten ist, so muß dieser Staat eingeladen werden, seine Vertreter zur Teilnahme an der Beratung und Prüfung dieser Frage zu entsenden.
(II) Der Rat kann seine Arbeitsweise dem Charakter des gestellten, von ihm zu prüfenden Problems anpassen. In gewissen Fällen kann er die Frage zunächst in seiner Zusammensetzung vor der Teilnahme anderer interessierter Staaten vorberaten. In anderen Fällen kann der Rat zu einer offiziellen Konferenz den Staat einberufen, der hauptsächlich an der Lösung eines besonderen Problems interessiert ist.
Der Entschließung der Konferenz entsprechend, schickte jede der drei Regierungen gleichlautende Einladungen an die Regierungen von China und Frankreich, diesen Text anzunehmen und sich ihnen zur Errichtung des Rates anzuschließen.
Die Errichtung des Rates der Außenminister für besondere Ziele, die in diesem Text genannt worden sind, widerspricht nicht der auf der Krim-Konferenz erzielten Übereinkunft über die Abhaltung periodischer Beratungen der Außenminister der Vereinigten Staaten, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Vereinigten Königreiches.
Die Konferenz überprüfte auch die Situation der Europäischen Konsultativen Kommission im Sinne der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß die Kommission erfolgreich ihre Hauptaufgaben bewältigt hat, indem sie die Vorschläge betreffend die bedingungslose Kapitulation, die Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs und das internationale Kontrollsystem in diesen Ländern vorlegte.
Es wurde für richtig befunden, daß die speziellen Fragen, die die gegenseitige Angleichung der Politik der Alliierten hinsichtlich der Kontrolle über Deutschland und Österreich betreffen, in Zukunft der Zuständigkeit des Kontrollrats in Berlin und der Alliierten Kommission in Wien unterliegen sollen. Demgemäß ist man darüber einig geworden, die Auflösung der Europäischen Konsultativen Kommission zu empfehlen.

**III.**

**Deutschland**

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und **das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen**, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.
Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und **die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung** in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere **Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.**
**Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven.** Die Alliierten wollen dem deutschen Volke die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.
Der Text dieser Übereinkunft lautet:
"Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß:

**A. Politische Grundsätze**

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste

Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone, sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.
2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.
3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:
(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung. Zu diesem Zweck:
a) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, der Reservisten, der Kriegsschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halbmilitärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen;
b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgerät und alle Spezialmittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgeräte wird vorgebeugt werden.
(II) Das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.
(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.
(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.
4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.
5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.
6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen

Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.
7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.
8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden.
9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:
(I) Die lokale Selbstverwaltung wird in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen, und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und den Zielen der militärischen Besatzung vereinbar ist, wiederhergestellt.
(II) In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.
(III) Der Grundsatz der Wahlvertretung soll in die Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesverwaltungen, so schnell wie es durch erfolgreiche Anwendung dieser Grundsätze in der örtlichen Selbstverwaltung gerechtfertigt werden kann, eingeführt werden.
(IV) Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.
10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung Freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden.

**B. Wirtschaftliche Grundsätze**

11. Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden. Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken, entsprechend dem genehmigten Stand der friedlichen Nachkriegsbedürfnisse Deutschlands, um die in dem Punkt 15 angeführten Ziele zu befriedigen.
Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, empfohlen durch die interalliierte Reparationskommission und bestätigt durch die beteiligten Regierungen, entweder zu entfernen oder, falls sie nicht entfernt werden kann, zu vernichten.
12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.
13. Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen.

14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Mit diesem Ziel sind gemeinsame Richtlinien aufzustellen hinsichtlich:
a) der Erzeugung und der Verteilung der Produkte der Bergbau- und der verarbeitenden Industrie;
b) der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und der Fischerei;
c) der Löhne, der Preise und der Rationierung;
d) des Import- und Exportprogramms für Deutschland als Ganzes;
e) der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und der Zölle;
f) der Reparationen und der Beseitigung des militärischen Industriepotentials;
g) des Transport- und Verkehrswesens.
Bei der Durchführung dieser Richtlinien sind gegebenenfalls die verschiedenen örtlichen Bedingungen zu berücksichtigen.
15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:
a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;
b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**. (Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion);
c) zur Sicherung - in der Reihen folge, die der Kontrollrat festsetzt - einer gleichmäßigen Verteilung der wesentlichsten Waren unter den verschiedenen Zonen, um ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben in ganz Deutschland zu schaffen und die Einfuhrnotwendigkeit einzuschränken;
d) zur Überwachung der deutschen Industrie und aller wirtschaftlichen und finanziellen internationalen Abkommen einschließlich der Aus- und Einfuhr mit dem Ziel der Unterbindung einer Entwicklung des Kriegspotentials Deutschlands und der Erreichung der anderen genannten Aufgaben;
e) zur Überwachung aller deutschen öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen Forschungs- oder Versuchsanstalten, Laboratorien usw., die mit einer Wirtschaftstätigkeit verbunden sind.
16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. Den deutschen Behörden ist nahezulegen, in möglichst vollem Umfange die Verwaltung dieses Apparates zu fördern und zu übernehmen. So ist dem deutschen Volk klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird. Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.
17. Es sind unverzüglich Maßnahmen zu treffen zur:
a) Durchführung der notwendigen Instandsetzungen des Verkehrswesens,
b) Hebung der Kohlenerzeugung,
c) weitestmöglichen Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion und
d) Durchführung einer beschleunigten Instandsetzung der Wohnungen und der wichtigsten öffentlichen Einrichtungen.
18. Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind.

19. Die Bezahlung der Reparationen soll dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne eine Hilfe von außen zu existieren. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes Deutschlands sind die nötigen Mittel für die Einfuhr bereitzustellen, die durch den Kontrollrat in Deutschland genehmigt worden ist. Die Einnahmen aus der Ausfuhr der Erzeugnisse der laufenden Produktion und der Warenbestände dienen in erster Linie der Bezahlung dieser Einfuhr. Die hier erwähnten Bedingungen werden nicht angewandt bei den Einrichtungen und Produkten, die in den Punkten 4a und 4b der Übereinkunft über die deutschen Reparationen erwähnt sind.

**IV.**

**Reparationen aus Deutschland**

1. In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krim-Konferenz, wonach Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft über Reparationen erreicht:

Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.

2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.

3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und der anderen zu Reparationsforderungen berechtigten Länder werden aus den westlichen Zonen und den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden.

4. In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR aus ihrer eigenen Besatzungszone erhält, wird die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen erhalten:

a) 15 % derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Ausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrien, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig und aus den westlichen Zonen Deutschlands zu entnehmen sind, im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Kali, Zink, Holz, Tonprodukten, Petroleumprodukten und anderen Waren, nach Vereinbarung.

b) 10 % derjenigen industriellen Ausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und aus den westlichen Zonen zu entnehmen und auf Reparationskonto an die Sowjetregierung zu übertragen ist ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art. Die Entnahmen der Ausrüstung, wie sie oben in a) und b) vorgesehen sind, sollen gleichzeitig erfolgen.

5. Der Umfang der aus den westlichen Zonen zu entnehmenden Ausrüstung, der auf Reparationskonto geht; muß spätestens innerhalb sechs Monaten von jetzt ab bestimmt sein.

6. Die Entnahme der industriellen Ausrüstung soll so bald wie möglich beginnen und innerhalb von zwei Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt der in § 5 spezifizierten Bestimmung, abgeschlossen sein. Die Auslieferung der in § 4a) genannten Produkte soll so schnell wie möglich beginnen, und zwar in durch Vereinbarung bedingten Teillieferungen seitens der Sowjetunion, und innerhalb von fünf Jahren von dem erwähnten Datum ab erfolgen.

Die Bestimmung des Umfanges und der Art der industriellen Ausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und der Reparation unterliegt, soll durch den Kontrollrat gemäß den Richtlinien erfolgen, die von der alliierten Kontrollkommission für Reparationen, unter Beteiligung Frankreichs, festgelegt sind, wobei die endgültige Entscheidung durch den Kommandierenden der Zone getroffen wird, aus der die Ausrüstung entnommen werden soll.

7. Vor der Festlegung des Gesamtumfanges der der Entnahme unterworfenen Ausrüstung sollen Vorschußlieferungen solcher Ausrüstung erfolgen, die als zur Auslieferung verfügbar bestimmt werden in Übereinstimmung mit dem Verfahren, das im letzten Satz des § 6 vorgese-

hen ist.
8. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche bezüglich der Reparationen aus Anteilen an deutschen Unternehmungen, die in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in allen Ländern, mit Ausnahme der weiter unten in § 9 gekennzeichneten Fälle.
9. Die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreichs verzichten auf ihre Ansprüche im Hinblick auf Reparationen hinsichtlich der Anteile an deutschen Unternehmungen, die in der östlichen Besatzungszone in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ostösterreich.
Die Sowjetunion erhebt keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold.

**V.**

**Die deutsche Kriegs- und Handelsmarine**

Die Konferenz erzielte im Prinzip eine Einigung hinsichtlich der Maßnahmen über die Ausnutzung und die Verfügung über die ausgelieferte deutsche Flotte und die Handelsschiffe. Es wurde beschlossen, daß die drei Regierungen Sachverständige bestellen, um gemeinsam detaillierte Pläne zur Verwirklichung der vereinbarten Grundsätze auszuarbeiten. Eine weitere gemeinsame Erklärung wird von den drei Regierungen gleichzeitig zu gegebener Zeit veröffentlicht werden.

**VI.**

**Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet**

Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung, daß **vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung** derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg - Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen soll.
Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt. **Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden.**

**VII.**

**Kriegsverbrecher**

Die drei Regierungen haben von dem Meinungsaustausch Kenntnis genommen, der in den letzten Wochen in London zwischen britischen, USA-, sowjetischen und französischen Vertretern mit dem Ziele stattgefunden hat, eine Vereinbarung über die Methoden des Verfahrens gegen alle Hauptkriegsverbrecher zu erzielen, deren Verbrechen nach der Moskauer Erklärung vom Oktober 1943 räumlich nicht besonders begrenzt sind.
Die drei Regierungen bekräftigen ihre Absicht, diese Verbrecher einer schnellen und sicheren Gerichtsbarkeit zuzuführen. Sie hoffen, daß die Verhandlungen in London zu einer schnellen Vereinbarung führen, die diesem Zwecke dient, und sie betrachten es als eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit, daß der Prozeß gegen diese Hauptverbrecher zum frühest möglichen Zeitpunkt beginnt.
Die erste Liste der Angeklagten wird vor dem 1. September dieses Jahres veröffentlicht werden.

**VIII.**

**Österreich**

Die Konferenz hat einen Vorschlag der Sowjetregierung über die Ausdehnung der Autorität der österreichischen provisorischen Regierung auf ganz Österreich geprüft.

Die drei Regierungen stimmten darin überein, daß sie bereit seien, diese Frage nach dem Einzug der britischen und amerikanischen Streitkräfte in die Stadt Wien zu prüfen.

**Artikel IX.**

**Polen**

Die Konferenz hat die Fragen, die sich auf die Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit und auf die Westgrenze Polens beziehen, der Betrachtung unterzogen.

Hinsichtlich der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit definierten sie ihre Haltung in der folgenden Feststellung:

a) Wir haben mit Genugtuung von dem Abkommen Kenntnis genommen, das die polnischen Vertreter aus Polen selbst und diejenigen aus dem Auslande erzielt haben, durch das die in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz erfolgte Bildung einer Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit möglich geworden ist, die von den drei Mächten anerkannt worden ist. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der Polnischen Provisorischen Regierung durch die britische Regierung und die Regierung der Vereinigten Staaten hatte die Zurückziehung ihrer Anerkennung der früheren polnischen Regierung in London zur Folge, die nicht mehr besteht.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben Maßnahmen zum Schutze der Interessen der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staate gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.

Sie haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen.

Der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit werden alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden zur Wiederherstellung eines beliebigen Eigentumsrechtes des Polnischen Staates, das ihm ungesetzlich entzogen worden sein sollte.

Die drei Mächte sind darum besorgt, der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit bei der Angelegenheit der Erleichterung der möglichst baldigen Rückkehr aller Polen im Ausland nach Polen behilflich zu sein, und zwar für alle Polen im Ausland, die nach Polen zurückzukehren wünschen, einschließlich der Mitglieder der polnischen bewaffneten Streitkräfte und der polnischen Handelsmarine. Sie erwarten, daß den in die Heimat zurückkehrenden Polen die gleichen persönlichen und eigentumsmäßigen Rechte zugebilligt werden wie allen übrigen polnischen Bürgern.

Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz der Abhaltung freier und ungehinderter Wahlen, die sobald wie möglich auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung durchgeführt werden sollen, zugestimmt hat, wobei alle demokratischen und antinazistischen Parteien das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben und die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen sollen, der Welt über die Entwicklung der Ereignisse in Polen vor und während der Wahlen zu berichten.

b) Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt:

In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der polnischen provisorischen Regierung der Nationalen

Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Nationalrates Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange dargelegt. Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, **daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll**.

**Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens, die früher deutschen Gebiete** östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig **unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.**

**X.**

**Der Abschluß der Friedensverträge und Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen**

Die Konferenz einigte sich auf die folgende Erklärung über eine gemeinsame Politik zur möglichst baldigen Schaffung der Bedingungen für einen dauerhaften Frieden nach der siegreichen Beendigung des Krieges in Europa.

Die drei Regierungen betrachten es als wünschenswert, daß die gegenwärtige anormale Stellung Italiens, Bulgariens, Finnlands, Ungarns und Rumäniens durch den Abschluß von Friedensverträgen beendigt werden soll. Sie vertrauen darauf, daß auch die anderen interessierten alliierten Regierungen diese Ansicht teilen.

Für ihren Teil haben die drei Regierungen die Vorbereitung eines Friedensvertrages für Italien als erste unter den vordringlichen und wichtigen Aufgaben vorgesehen, denen sich der Rat der Außenminister unterziehen soll. Italien war die erste der Achsenmächte, die mit Deutschland gebrochen hat, zu dessen Niederlage es materiell erheblich beigetragen hat, und es hat sich jetzt den Alliierten in ihrem Kampf gegen Japan angeschlossen.

Italien hat sich selbst vom faschistischen Regime befreit und macht gute Fortschritte auf dem Wege zur Wiederherstellung einer demokratischen Regierung und demokratischer Einrichtungen. Der Abschluß eines solchen Friedensvertrages mit einer anerkannten und demokratischen italienischen Regierung würde es den drei Regierungen ermöglichen, ihrem Wunsche entsprechend einen Antrag Italiens auf die Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen.

Die drei Regierungen haben ferner den Rat der Außenminister mit der Aufgabe einer Vorbereitung von Friedensverträgen für Bulgarien, Finnland, Ungarn und Rumänien beauftragt. Der Abschluß von Friedensverträgen mit anerkannten demokratischen Regierungen in diesen Staaten würde ebenfalls die drei Regierungen befähigen, deren Anträge auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zu unterstützen.

Die drei Regierungen kommen überein, jede für sich in naher Zukunft im Lichte der dann vorherrschenden Bedingungen die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu untersuchen, soweit dies vor Abschluß von Friedensverträgen mit diesen Ländern möglich ist.

Die drei Regierungen zweifeln nicht, daß im Hinblick auf die veränderten Umstände, bedingt durch das Kriegsende in Europa, die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen, der Welt über die Ereignisse in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland zu berichten.

Hinsichtlich der Zulassung anderer Staaten zur Organisation der Vereinten Nationen erklärt Artikel 4 der Charta der Vereinten Nationen folgendes:
"1. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, die die in der vorliegenden Charta enthaltenen Verpflichtungen akzeptieren und nach dem Urteil der Organisation willens und in der Lage sind, diese Verpflichtungen durchzuführen.
2. Die Zulassung jedes derartigen Staates zur Mitgliedschaft der Vereinten Nationen erfolgt durch Beschluß der Generalversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates."
Die drei Regierungen werden ihrerseits Anträge auf Mitgliedschaft seitens solcher Staaten, die während des Krieges neutral geblieben sind und die oben aufgeführten Bedingungen erfüllen werden, unterstützen. Die drei Regierungen fühlen sich jedoch verpflichtet, klarzustellen, daß sie für ihren Teil einen Antrag auf Mitgliedschaft seitens der gegenwärtigen spanischen Regierung, die sich mit Unterstützung der Achsenmächte gebildet hat, nicht begünstigen werden, da diese angesichts ihres Ursprunges, ihres Charakters, ihrer Geschichte und ihrer engen Verbindung mit den Angreiferstaaten nicht die notwendigen Qualifikationen zur Rechtfertigung einer derartigen Mitgliedschaft besitzt.

**XI.**

**Territoriale Treuhänderschaft**

Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich einer Treuhänderschaft über Territorien, wie sie in dem Beschluß der Krim-Konferenz und in der Charta der Vereinten Nationen definiert sind.
Nach einem Meinungsaustausch über diese Frage wurde beschlossen, daß die Verfügung über frühere italienische Kolonialgebiete im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages für Italien geklärt und im September vom Rat der Außenminister beraten werden soll.

**XII.**

**Verfahrensrevision bei der alliierten Kontrollkommission in Rumänien, Bulgarien und Ungarn**

Die drei Regierungen nahmen zur Kenntnis, daß die Sowjetvertreter bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn ihren britischen und amerikanischen Kollegen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Kontrollkommissionen übermittelt haben, nachdem die Feindseligkeiten in Europa aufgehört haben.
Die drei Regierungen kamen überein, daß die Revision des Verfahrens der alliierten Kontrollkommission in diesen Ländern jetzt durchgeführt werden könne, wobei die Interessen und Verantwortlichkeiten der drei Regierungen berücksichtigt sind, die gemeinsam die Waffenstillstandsbedingungen den jeweiligen Ländern vorgelegt haben, und wobei die vereinbarten Vorschläge als Grundlage dienen sollen.

**XIII.**

**Ordnungsmäßige Überführung deutscher Bevölkerungsteile**

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn:
Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in **Polen**, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. **Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.**
Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der

Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll. Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist.
Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß geprüft haben.

**Artikel XIV.**

**Militärische Besprechungen**

Während der Konferenz fanden Sitzungen zwischen den Stabschefs der drei Regierungen über militärische Themen gemeinsamen Interesses statt.

2. August 1945.

(Dieser Bericht ist von J. W. Stalin, Harry S. Truman und C. R. Attlee unterzeichnet.)<<

**Das Potsdamer Abkommen**

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung. Während dieser Verhandlungen trafen die nordamerikanischen und britischen Außenpolitiker weitere verhängnisvolle Fehlentscheidungen.

*Abb. 71 (x175/411): Potsdamer Konferenz (sitzend von links der neue britische Premierminister Clement Attlee, der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman und der sowjetische Generalissimus Josef Stalin).*

Vor der Potsdamer Konferenz besaß US-Präsident Truman praktisch alle Trümpfe. Im Gegensatz zur Sowjetunion verfügte Nordamerika damals schon über einsatzfähige Atombomben, die ursprünglich gegen "Hitler-Deutschland" eingesetzt werden sollten (x041/191). Die Nordamerikaner hatten einen Tag vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz den ersten erfolgreichen Atombombentest in der Wüste von New Mexiko durchgeführt.

Die sowjetische Militärhilfe gegen Japan wurde eigentlich nicht mehr benötigt, denn Japans Armeen waren fast besiegt und hatten bereits mehrere Friedensangebote eingereicht. Der überforderte nordamerikanische Präsident Truman war jedoch trotz der japanischen Kapitulationsbereitschaft fest entschlossen, die Atombombe gegen Japan einzusetzen, um Stalin einzuschüchtern.

Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so

daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.
Die Nordamerikaner und Briten hatten vor der Potsdamer Konferenz vereinbart, "nur" die preußischen Provinzen Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an die UdSSR bzw. Polen abzutreten. Diese Gebietsabtretungen genügten den Osteuropäern jedoch längst nicht mehr. Stalin verlangte für Polen schließlich alle deutschen Ostgebiete östlich der Oder und Görlitzer Neiße (außer Nord-Ostpreußen). Die zusätzliche Abtretung der dichtbevölkerten Provinzen Niederschlesien und Ostbrandenburg war für Churchill und US-Präsident Truman zunächst unannehmbar, deshalb ließen sie sich schließlich auf eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement") ein.
Die Massenvertreibung der Deutschen wurde zwar während der Potsdamer Konferenz entschieden, aber die Vertreiberstaaten hatten vorher längst entscheidende Fakten realisiert. Für Stalin waren die geplanten Gebietsabtretungen schon lange erledigt, denn er hatte die Westverschiebung systematisch vorbereiten lassen und ab Ende Mai 1945 die Austreibung von großen Bevölkerungsteilen gefördert bzw. geduldet, um vollendete Tatsachen zu schaffen.
Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen.
Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großangelegte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen geordnet und human abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.
Während der Potsdamer Konferenz behauptete Stalin mehrfach, daß die deutschen Ostgebiete menschenleer seien (x150/12). Die polnische Regierung, die zeitweise als Gast in Potsdam teilnahm, gab nur noch 1,5 Millionen Deutsche an (x150/14). Diese Deutschen würden freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei wäre.
Churchill und Truman wurden vorsätzlich getäuscht, denn in Wirklichkeit hielten sich damals noch ca. 5,7 Millionen Reichs- und Volksdeutsche östlich der Oder-Neiße-Linie auf (x001/-78E). Diese osteuropäische "Verhandlungstaktik" beeinflußte sicherlich maßgebliche Entscheidungen der Potsdamer Konferenz.
Als Premierminister Churchill nach seiner Wahlniederlage bei den britischen Unterhauswahlen die Potsdamer Konferenz verlassen mußte, waren US-Präsident Truman und die ebenfalls unerfahrenen britischen Labour-Außenpolitiker sowie ihre Berater nicht mehr in der Lage, den sowjetischen Diktator in die Schranken zu weisen, denn Stalin war ein erfahrener Machtpolitiker und knallharter Verhandlungsführer, der seine Gegner meistens in stundenlangen Debatten zermürbte (x114/2.103).
Der britische Premierminister Clement Richard Attlee und sein Außenminister Ernest Bevin konnten ihre Vorgänger nicht annähernd ersetzen. Churchills vorzeitiger Abgang stellte eine enorme Schwächung der britischen Delegation dar. Nach Churchills Rückzug konnte Stalin seine maßlosen Gebietsforderungen schließlich vollständig durchsetzen.
Die Potsdamer Konferenz war keine Friedenskonferenz. Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlichen Vertrag, denn die Potsdamer Beschlüsse entsprachen nicht den damaligen Kriterien eines internationalen Vertrages. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Ver-

einbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die betroffenen Deutschen waren damals in keiner Weise beteiligt. Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte. Ungeachtet der weitreichenden Beschlüsse wurde damals kein völkerrechtliches Abkommen oder ein Friedensvertrag, sondern lediglich ein Gesprächsprotokoll ("14-Punkte-Protokoll") unterzeichnet.
Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Die Artikel VI über Königsberg und Ostpreußen, Artikel IX über die provisorische Westgrenze Polens und Artikel XIII über die "ordnungsgemäße Überführung" der im Osten verbliebenen Deutschen lösten letzten Endes die größte Vertreibung der Geschichte aus.
Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen. Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.
Nach der Potsdamer Konferenz setzte man in Polen und in der CSR die "wilden Vertreibungen" fort. Die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" und andere Abmachungen wurden häufig ebenfalls nicht beachtet.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die deutschen "Ostgebiete" (x051/434): >>Ostgebiete, nach 1945 Bezeichnung für die östlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.37 (also nicht mit Sudetenland), 114.296 qkm mit 9,62 Millionen Einwohnern (1939).
Aufgrund des Potsdamer Abkommens vom 2.8.45 wurden die Ostgebiete vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem Friedensvertrag, polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt. Statt der vorgesehenen "humanen" Aussiedlung der deutschen Bevölkerung der Ostgebiete kam es jedoch zur Vertreibung. Gegen das Abkommen verstieß auch die Eingliederung der sowjetisch verwalteten Ostgebiete am 17.10.45 und der polnisch verwalteten Ostgebiete am 12.1.49 in den jeweiligen Staatsverband.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die sowjetisch-polnischen "Täuschungsmanöver" während der Potsdamer Konferenz (x039/142-143): >>... Angesichts dieser Einwohnerzahlen (von etwa 5 bis 6 Millionen) für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie im Sommer 1945 stimmte es merkwürdig, daß bei der fünften Sitzung der Potsdamer Konferenz am 21. Juli 1945 Stalin behauptete, daß nicht ein einziger Deutscher auf dem Territorium lebe, das Polen übergeben werden sollte.
Die Provisorische Regierung wurde auch gebeten, ihre Ansichten zur Oder-Neiße-Grenze vorzutragen. Präsident Boleslaw Bierut sprach von nur 1,5 Millionen Deutschen in den fraglichen Gebieten und sie würden "freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei ist".
Damit wurden Churchill und Truman, die über die Zahl der noch umzusiedelnden Deutschen berieten, absichtlich getäuscht.
Churchill selbst hatte immer wieder gesagt, daß die Zahl der umzusiedelnden Deutschen in einem angemessenen Verhältnis zu den polnischen Umsiedlern aus den von Rußland annektierten Gebieten stehen müßte: "Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir zwei bis drei Millionen; doch eine Ausweisung von acht oder neun Millionen Deutschen ... war zu viel und völlig falsch."

Bezüglich der Rückkehr von Deutschen in ihre Heimat sagte er: "Es konnte Polen nicht guttun, so viel zusätzliches Territorium zu gewinnen. Wenn die Deutschen es schon verlassen hatten, sollten sie zurückkehren dürfen. Wir wünschten keine breite deutsche Bevölkerung, die von ihren Nahrungsquellen abgeschnitten war. Die Ruhr lag in unserer Zone und falls sich nicht genügend Nahrung für die Einwohner finden ließ, mußte es zu Zuständen wie in deutschen Konzentrationslagern kommen."
Doch die Westalliierten kontrollierten nicht die Gebiete, aus welchen die Deutschen umgesiedelt werden sollten. Erst später bemerkten sie die Täuschungsmanöver der Polen und der Russen, die verschwiegen, daß die angestrebte Vertreibung weitere 5,6 Millionen Menschen umfassen sollte.
Erst im November 1945, als sich der Alliierte Kontrollrat in Berlin um einen besseren Überblick bemühte, wurde klar, daß sehr viel mehr Deutsche, als vorher behauptet, noch in den Oder-Neiße-Gebieten lebten. Die Polnische Regierung sprach nun von 3,5 Millionen.
Dazu bemerkte Sir Orme Sargent in einem internen Bericht des britischen Foreign Office: "Genau so, wie wir in Potsdam ... betrogen wurden, als sie behaupteten daß nur 1,5 Millionen Deutsche östlich der Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollkommission gemeldet wurden."
Er sollte Recht behalten.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Stalins Reaktion während der Potsdamer Konferenz am 24. Juli 1945 hinsichtlich des erfolgreichen Atombombenversuches in Los Alamos (x068/257-258): >>... Der Kremlchef registrierte dies höflich, doch ohne Neugier. Er wußte über die allgemeine Entwicklung bereits Bescheid.
Die Sowjetspionage funktionierte so vorzüglich, daß Stalin Vorhaben der USA oft früher erfuhr als manche von deren maßgeblichen Politikern. Während des Krieges saßen US-Bürger als Spione Moskaus in den wichtigsten Regierungs- und Staatsstellen.
Im Außenministerium zum Beispiel: Alger Hiss, Donald Hiss, Maurice Halperin, Robert T. Miller. Im Innenministerium: William Park, Joseph Gregg, Bernhard Redmond. Auch im Justizministerium, im Landwirtschaftsministerium, im Handelsministerium saßen Sowjetspione. Im Pentagon (US-Verteidigungsministerium) hockten die Moskauer Agenten: Duncan Lee, Helen Tenney, ... William L. Ullmann, George Silverman, ... Edward Fitzgerald, John Abt, Irving Kaplan u.a.
Sowjetspion Alger Hiss war nicht nur persönlicher Berater Roosevelts in Jalta, sondern auch Generalsekretär der Konferenz in San Franzisko. Über den Sowjetagenten Harry Dexter White, Unterstaatssekretär im Finanzministerium und Vater des Morgenthau-Plans, berichtet FBI-Chef Edgar Hoover 1945 dem Präsidenten: "Das einzige, was gegen Harry Dexter White unternommen wurde, war, daß man ihm im folgenden Jahr einen noch wichtigeren Posten beim Internationalen Währungsfonds gab. ... Ein hoher Regierungsbeamter, der Spionage beschuldigt, wird auf einen noch höheren Posten befördert, wo er Zugang zu noch geheimerem Material hat und eine noch größere Rolle bei der Gestaltung der Nachkriegspolitik spielt".
Als das genaue Ausmaß des sowjetischen Spionagerings in den USA unter Truman durchsikkerte, brach der McCarthyismus aus. Nun fiel man aus einer jahrzehntelangen fast unglaublichen Naivität ins andere Extrem. Eine wahre Massenhysterie entstand, und man witterte beinah hinter allem und jedem bolschewistische Agenten. ...<<
Churchill berichtet später in seinem Buch "Der Zweite Weltkrieg" über seinen Rücktritt am 26. Juli 1945 wegen der Wahlniederlage bei den britischen Parlamentswahlen (x024/126): >>Diese letzte Konferenz der "Drei" endete mit einer großen Enttäuschung. ... Vielleicht hätte man in Potsdam noch etwas retten können, aber die Auflösung der britischen Nationalen Re-

gierung und meine Entfernung vom Schauplatz zu einem Zeitpunkt, da ich immer noch großen Einfluß und große Macht besaß, vereitelten jede befriedigende Lösung. ...<<

Stalin begründete die deutschen Gebietsabtretungen damals mit dem polnisch-sowjetischen "Sicherheitsbedürfnis" (x149/115): >>... Im Laufe der letzten 25 Jahre sei Deutschland zweimal über Polen in Rußland eingefallen. Weder die Engländer noch die Amerikaner hätten solche Invasionen erlebt, die kaum erträglich seien und deren Folgen man nicht so leicht vergessen könne.

Diese deutschen Invasionen seien nicht einfach Kriegsführung, sondern den Einfällen der Hunnen vergleichbar. ... So habe Polen als Vorfeld für die deutschen Angriffe auf Rußland gedient. Polens Schwäche und Feindseligkeit habe zugleich eine erhebliche Schwächung der Sowjetunion bedeutet, Rußland sei daher wesentlich daran interessiert, ein starkes und befreundetes Polen zum Nachbarn zu haben.<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt später über Stalins Motive (x028/211-212): >>... Eine so unnatürliche Grenze wie die Oder-Neiße-Grenze konnte nur mit Waffengewalt aufrechterhalten und verteidigt werden ... Das aus einem guten Stück Deutschland herausgeschnitzte Polen müßte sich schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb des ständigen Wohlwollens der Russen versichern, und zwar zu deren Bedingungen.<<

Harry S. Truman schreibt später über die Potsdamer Konferenz (x063/605-606, x149/115): >>... Wir standen in Potsdam einem fait accompli (vollendeten Tatsachen) gegenüber, wir waren durch die Umstände so gut wie gezwungen, die russische Besetzung Ostpolens und der polnischen (Besetzung) des deutschen Gebietes östlich der Oder zuzustimmen. Es war ein dreister Gewaltakt. ...<<

>>... Das von den Russen mitunterzeichnete Dokument eröffnete die Aussicht auf eine friedliche Zusammenarbeit in Europa. Trotzdem hatte ich einsehen müssen, daß die Russen rücksichtslose Verhandlungspartner waren. ... Macht ist das einzige, was die Russen verstehen.<<

US-Senator Charles W. Vursell (1888-1974) berichtet später über das Potsdamer Abkommen (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - (Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Churchill kritisiert später die britischen Konferenzteilnehmer in Potsdam (x024/109-110, x028/106): >>... Weder ich noch Eden hätten die westliche Neiße akzeptiert. Als Kompensation für Polens Rückzug auf die Curzon-Linie hatten wir die Verschiebung der polnischen Westgrenze bis zur Oder und östlichen Neiße anerkannt, doch nie hätte eine Regierung, deren Chef ich war, sich damit einverstanden erklärt, die Grenze bis zur westlichen Neiße zu erstrecken, nur weil die russischen Armeen das Gebiet dazwischen und darüber hinaus besetzt hatten.

Das war nicht nur eine Frage des Prinzips, sondern vielmehr eine praktische Angelegenheit von enormer Tragweite, da es dabei um die Entwurzelung von weiteren 3 Millionen Menschen ging. Hier war Unrecht im Werden, gegen das unter dem Gesichtspunkt der künftigen Befriedung Elsaß-Lothringen und der Polnische Korridor nicht viel mehr als Kleinigkeiten waren. ...<<

>>... Die Briten hatten schwere moralische Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen. Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir, 2 bis 3 Millionen; doch eine Ausweisung von 8 oder 9 Millionen Deutschen, wie sie die polnischen Forderungen mit sich brachten, war zu viel und völlig falsch.<<

Der britische Politiker Robert Boothby berichtet später über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x338/286): >>... Jalta ebnete den Weg nach Potsdam, wo … zwischen Rußland, Polen und Deutschland Grenzen gezogen wurden, die mit Ausnahme der Curzon-Linie nicht den Schatten einer geographischen oder ethnographischen Berechtigung hatten und die wirtschaftlichen Gegebenheiten völlig unberücksichtigt ließen.
Dies führte unmittelbar zu den Zwangsdeportationen. Millionen von … Deutschen wurden wie das Vieh, nicht einmal im Viehwagen, weggetrieben. Von Deutschland wurde ein Viertel seiner bestellten Fläche abgetrennt. Durch das Hereinströmen der Flüchtlingsmassen von allen Seiten in den verstümmelten Rumpf wurden weitere Millionen praktisch dem Hungertode preisgegeben. …<<
Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk schreibt später über die Potsdamer Konferenz (x069/-208): >>An die Stelle Roosevelts ist Truman getreten. Churchill hat in Voraussicht seines Sturzes seinen Nachfolger Attlee mitgebracht. Tiefeinschneidende Beschlüsse werden gefaßt, in den wichtigsten Fragen aber kommt man zu keiner Einigung.
Die Reste der deutschen Flotte werden unter den 3 Siegermächten aufgeteilt. In Zukunft soll Deutschland keine seefähigen Schiffe und auch keine Flugzeuge mehr besitzen. Synthetisches Benzin, Buna und andere Werkstoffe dürfen nicht mehr hergestellt werden. Die Sieger bemächtigen sich sämtlicher Patente und nehmen das deutsche Auslandsvermögen sowie zahlreiche Industrieanlagen in Anspruch. In den nächsten Jahren werden in den westlichen Besatzungszonen 8 % aller Werke demontiert, in Berlin 50 %, in der Sowjetischen Besatzungszone 45 %.
Die Sieger verpflichten sich zwar, während der Besatzungszeit "Deutschland als eine einzige wirtschaftliche Einheit" zu behandeln, riegeln aber schon bald ihre Besatzungsgebiete voneinander ab. Sie erklären auch, sie wollten "dem deutschen Volk genügend Mittel übrig lassen, um es in die Lage zu versetzen, ohne fremde Hilfe zu bestehen", ihre Maßnahmen aber machen das völlig unmöglich. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Potsdamer Konferenz (x001/105E-107E,143E): >>... Auf der Potsdamer Konferenz waren die Regierungen der UdSSR, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens übereingekommen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen in einem künftigen Friedensvertrag unter die Verwaltung des polnischen Staates zu stellen.
Es kann nach der heute möglichen Einsicht in die diplomatische Vorgeschichte der Entstehung der Oder-Neiße-Linie kein Zweifel sein, daß die Westmächte gegen Ende des Krieges im Prinzip mit der UdSSR, darüber einer Meinung waren, "daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten solle".
Anzunehmen ist jedoch, daß sie schließlich nach anfänglichem Sehwanken die künftigen polnischen Grenzen nicht bis zur Oder und Lausitzer Neiße ausgedehnt wissen wollten. Auch nach Potsdam betonten die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wiederholt, was schon eindeutig aus dem Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse hervorging, daß die Frage der Westgrenzen Polens nach wie vor offen sei und erst der Regelung in einem künftigen Friedensvertrag bedürfe.
Wenn sich die Westmächte dennoch in Potsdam darauf einließen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße provisorisch der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, so war das außer aus taktischen Überlegungen unter dem Zwang von vollendeten Tatsachen geschehen, vor die sich die Vertreter der angloamerikanischen Staaten in Potsdam gestellt sahen.
Entgegen den Beschlüssen der Großen Drei in Jalta waren weite Gebiete Ostdeutschlands ohne Fühlungnahme mit den Westmächten durch einseitige russisch-polnische Maßnahmen der

Verwaltung des polnischen Staates unterstellt worden, und sowohl die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland als auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung hatten schon begonnen.
Da die Vertreter der Westmächte außerstande waren, die Sowjets zu zwingen, dieses Vorgehen wieder rückgängig zu machen, und da sie vor allem Wert darauf legten, daß die sich bereits anbahnenden Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten nicht zu einem Scheitern der ganzen Konferenz führten, haben sie sich veranlaßt gesehen, der polnischen Verwaltungshoheit in Ostdeutschland als einem Provisorium zuzustimmen.
Obwohl aus der Formulierung der Potsdamer Beschlüsse eindeutig hervorgeht, daß die Zustimmung der Westmächte zu dem geschaffenen Provisorium keinerlei Festlegung hinsichtlich des Verlaufes der künftigen deutsch-polnischen Grenze bedeutet, so haben doch die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in verhängnisvoller Weise unberücksichtigt gelassen, daß auch aus einem Provisorium ein Dauerzustand werden konnte, wenn künftige Meinungsverschiedenheiten den Abschluß eines Friedensvertrages verhindern sollten.
Von dem Vorwurf, dies entweder nicht gesehen oder es stillschweigend übergangen zu haben, um das Einvernehmen mit der Sowjetunion zu erhalten, sind die Westmächte fraglos nicht freizusprechen. - Die eigentlichen Urheber jenes Beschlusses über die polnische Verwaltungsübernahme östlich der Oder und Neiße sind jedoch die UdSSR, und die ihnen hörige polnische Regierung gewesen, die in bewußter Absicht und mit Erfolg eine Politik der vollendeten Tatsachen getrieben hatten.
Bereits am 5. Februar 1945 gab Boleslaw Bierut als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Polnischen Republik in einer Presseerklärung bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie übernommen habe. Faktisch lag zu dieser Zeit die Befehlsgewalt über die deutschen Ostprovinzen, soweit sie bis dahin schon von der Roten Armee erobert waren, bei der sowjetischen Armeeführung, aber aus der Erklärung Bieruts wird deutlich, daß der von der Sowjet-Union allein anerkannten polnischen Regierung bereits im Februar 1945 prinzipiell die Verwaltungshoheit über die deutschen Ostgebiete durch die sowjetische Regierung eingeräumt wurde.
In weiten Gebieten Ostdeutschlands haben aber auch faktisch die inzwischen gebildeten polnischen Behörden bereits lange vor dem Potsdamer Abkommen die Verwaltung ausgeübt.
In auffälliger Weise geschah dies im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Am 30. März 1945 erließ die polnische Provisorische Regierung das Dekret "Über die Bildung der Wojewodschaft Danzig", welches das Gebiet des ehemaligen Freistaates dem polnischen Staat einverleibte und der polnischen Gesetzgebung unterstellte.<<
>>... Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nichts aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".
Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.
Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in an orderly and humane manner" (d.h. in geordneter und humaner

Weise) durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung, weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Konferenz von Potsdam (x306/89): >>… Zu einer Auseinandersetzung über die Gültigkeit des Potsdamer Abkommens führte der Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht über das am 17. August 1956 verkündete Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die KPD war wegen "Verstoßes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung" (Art. 21 des Grundgesetzes) verboten worden. Die Vertreter der KPD, vor allem der Ostberliner Professor Kröger, vertraten die Ansicht, daß dem Potsdamer Abkommen eine normative Kraft innewohne, die gegenüber dem Begriff "freiheitlich demokratische Ordnung" den Vorrang habe, zumal dessen Bestandteil "demokratisch" im Potsdamer Abkommen inhaltlich festgelegt sei.

Das Potsdamer Abkommen sei ein völkerrechtlicher Vertrag und nicht nur ein völkerrechtliches Abkommen der Unterzeichnermächte … Die Bundesregierung entgegnete durch Professor Kaufmann, daß es sich in Potsdam um ein Verwaltungsabkommen der Besatzungsmächte gehandelt habe, das nur für diese verpflichtende Wirkungen habe und keinesfalls das deutsche Volk als "Normenadressat" habe. …

Das Bundesverfassungsgericht beschritt im Urteil einen mittleren Weg: "Mangels einer Einigung der Alliierten aber galt die allgemeine Regel des Potsdamer Abkommens, wonach die höchste Regierungsgewalt in Deutschland den Oberbefehlshabern der Streitkräfte, jedem in seiner Besatzungszone, übertragen ist.

Auch wenn man also der Ansicht der KPD über die rechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für das deutsche Volk folgen wollte, wären nach dieser Bestimmung für das deutsche Volk bei der Ausgestaltung seiner Staatsordnung nur etwaige Entscheidungen der zuständigen Zonenbefehlshaber dafür maßgebend gewesen, was über die Festlegung des Potsdamer Abkommens hinaus als demokratisch zu gelten habe." Demokratisch ist, was die Zonenbefehlshaber als demokratisch bezeichnen. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über die "Potsdamer Konferenz" (x287/187): >>... In Potsdam hatten die Westmächte die Annexion Nordostpreußens mit dessen Hauptstadt Königsberg durch die UdSSR hingenommen. Truman und der ahnungslose Attlee verpflichteten sich, diesen sowjetischen Gebietsanspruch bei einer endgültigen Friedensregelung zu unterstützen.

Schon vor der Potsdamer Konferenz hatte die Sowjetunion das restliche Ostpreußen und die übrigen Reichsgebiete östlich der Oder und Neiße den Polen übertragen. Die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung stand jedoch im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen.

Denn erstens fand diese größte Massenvertreibung der europäischen Geschichte weder "ordnungsgemäß" noch "human" statt, wie man vorsah. Und zweitens, hätte sich die Vertreibung nur auf altpolnische Gebiete erstrecken dürfen, also nicht auf die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, da Südostpreußen, das Territorium der früheren Stadt Danzig, Ostpommern und Schlesien erst laut Potsdamer Protokoll unter polnische Verwaltung gestellt wurden, und zwar mit dem juristischen Vorbehalt, die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückzustellen. ...

Völkerrechtlich ging das Potsdamer Abkommen von Deutschland in seinen Grenzen von 1937 aus, wie sie sich aus dem Versailler Friedensvertrag und der Saarabstimmung ergaben. Die Ostgebiete wurden ... nur vorläufig unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellt, da

der Übergang der Gebietshoheit formalrechtlich nur durch einen Friedensvertrag erfolgen konnte.
Theodor Veiter vermißt eine völkerrechtliche Grundlage für die Massenaussiedlung der mehr als zwölf Millionen deutschen Menschen (wobei 1,5 Millionen Menschen aus Ostdeutschland durch Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren); denn rechtlich sei die Oder-Neiße-Linie keine Grenze. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über das "Potsdamer Abkommen" (x051/453): >>Potsdamer Abkommen, von den Regierungschefs von Großbritannien (Attlee), der UdSSR (Stalin) und der USA (Truman) unterzeichnetes Abschlußkommuniqué der Konferenz, die vom 17.7. bis 2.8.45 in Potsdam stattfand.
Vorausgegangen waren der Konferenz, an der neben den Regierungschefs auch die Außenminister teilnahmen, die Kapitulation des Deutschen Reiches am 7./8.5.45 und die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch den Alliierten Kontrollrat auf der Grundlage der Junideklaration vom 5.6.45.
Der wichtigste Teil des Potsdamer Abkommens, Artikel III, hatte die territorialen, politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der Behandlung des besiegten Deutschlands zum Inhalt und sah Maßnahmen vor, "die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann" und die Deutschland zugleich darauf vorbereiten sollten, "sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen", damit es so "zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einnehmen" könne.
Politische Bestimmungen:
1. Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, d.h. die Vernichtung aller seiner Waffen und militärischer Einrichtungen und die Auflösung aller seiner Streitkräfte;
2. Entnazifizierung, d.h. Auflösung der NSDAP und ihrer Organisationen, Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze, Internierung der führenden Nationalsozialisten und einflußreicher Anhänger der NSDAP sowie Entfernung aktiver NSDAP-Mitglieder aus öffentlichen Ämtern, außerdem Inhaftierung und Aburteilung von Kriegsverbrechern;
3. Demokratisierung, u.a. durch Erlaubnis zur Bildung demokratischer Parteien und Gewerkschaften und die Wahl von Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesparlamenten;
4. Dezentralisierung, d.h. der Aufbau einer dezentralisierten deutschen Verwaltung; nur im Bereich der Wirtschaft, des Verkehrs- und Transportwesens sollten zentrale deutsche Verwaltungsstellen erhalten oder neu errichtet werden.
Wirtschaftliche Bestimmungen:
1. Verbot der Rüstungsproduktion;
2. Dekartellisierung und (teilweise) Demontage der deutschen Wirtschaft;
3. Förderung der Friedensindustrie, der Konsum- und der Landwirtschaft;
4. Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft durch die Alliierten;
5. Instandsetzung oder Neubau von Verkehrswegen, Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen als vordringliche Aufgabe;
6. Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit;
7. Erhebung von Reparationen; jede der vier Besatzungsmächte sollte Reparationen (in Sachwerten) nur aus ihrer eigenen Besatzungszone entnehmen, die UdSSR darüber hinaus aus der amerikanischen, britischen und französischen Zone 15 % der erhalten gebliebenen, für die Friedensproduktion nicht benötigten industriellen Anlagen im Austausch gegen andere Güter und 10 % ohne Gegenleistung erhalten. Die Höhe der Reparationen wurde nicht festgelegt; doch sollten diese "dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren".
Territoriale Regelungen:

1. Übergabe Königsbergs und des angrenzenden nördlichen Ostpreußens "vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedenskonferenz" an die UdSSR;
2. Unterstellung der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie einschließlich der ehemaligen Freien Stadt Danzig "unter die Verwaltung des polnischen Staates", doch "endgültige Festlegung der Westgrenze Polens" ebenfalls erst auf der Friedenskonferenz;
3. Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn und Umsiedlung nach Deutschland "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" (Vertreibung).
Die provisorische französische Regierung stimmte am 4.8. dem Potsdamer Abkommen im Wesentlichen zu. Es bildete die rechtliche Grundlage für die gemeinsame Verantwortung der vier Mächte (Großbritannien, Frankreich, UdSSR und USA) gegenüber Deutschland als Ganzem und für die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit. Doch hält die UdSSR (und ebenso die DDR) die territorialen Regelungen des Potsdamer Abkommens für endgültig, während die Westmächte (wie auch die Bundesrepublik) daran festhalten, daß diese erst durch einen – bis heute nicht zustande gekommenen - Friedensvertrag endgültig rechtsverbindlich zu treffen seien.<<
Der deutsche Historiker Prof. Dr. Helmuth G. Dahms berichtet später über die Potsdamer Konferenz (x090/306): >>... Moskau hatte die Einladung Frankreichs zur Potsdamer Konferenz hintertrieben. Die sowjetische Position verbesserte sich auch, als Churchill infolge des Ausgangs der britischen Wahl abgelöst wurde. Stalin rechnete nur mit Truman als gleichwertigen Verhandlungspartner, von dem bekannt war, daß er die nordamerikanischen Truppen schon bald aus Europa zurückziehen wollte.
Trumans Berater durchschauten die Absichten des sowjetischen Diktators. Der Präsident schloß deshalb einen Formelkompromiß. Jede Besatzungsmacht erhielt das Recht, sich aus der Reparationsmasse der eigenen Zone zu bedienen. Die UdSSR sollten zusätzlich 10 % der westlichen Entnahmen erhalten, weitere 15 % im Austausch gegen Nahrungsmittel, Kohle und Kalisalz.
Das Verlangen, die willkürlich gezogene polnische Westgrenze anzuerkennen, lehnten die Westmächte ab. Allerdings galten die deutschen Ostprovinzen nun nicht länger als "Teil der Sowjetischen Besatzungszone". Eine neue Definition der Oder-Neiße-Linie erlaubte Stalin sogar, noch mehr Gebiet - Stettin und Swinemünde mit 850 qkm - der polnischen Verwaltung zu überlassen.
Der westliche Vorbehalt, die Grenzfrage bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen, wurde weiter erschwert durch den Beschluß, alle Deutschen "in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn" auszusiedeln, denn damit waren auch die Bewohner der Ostprovinzen gemeint. ...
Die Konferenz formulierte Maximen für die Liquidierung des Nationalsozialismus. Begriffe wie Umerziehung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Dezentralisierung und Dekartellisierung wurden zu Grundsätzen der Besatzungspolitik. Nicht nur Kriegsverbrecher, auch Personen, die an "nazistischen Maßnahmen" teilgenommen hatten, sollten interniert und vor Gericht gestellt werden.
Die Siegermächte wollten im Kontrollrat gemeinsam und einstimmig beschließen, aber jede (Macht) auch für sich allein entscheiden. Sie sicherten den Menschen in ihren Besatzungszonen gleiche Behandlung zu, doch diese war von vornherein unmöglich, weil die Konferenz kein einheitliches Reparationsgebiet schuf und an dem sowjetischen Sonderweg nichts auszusetzen fand.
Das "Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 war kein völkerrechtlich bindender Vertrag. Verschiedene Textstellen hatten lediglich den Charakter vager Absichtserklärungen. Der "Protokoll" genannte Schriftsatz wurde nicht ratifiziert. Frankreich verweigerte dem beschlossenen Aufbau deutscher "Zentralbehörden" seine Zustimmung und forderte zuerst die Abtretung des Rheinlandes, des Saar- und Ruhrgebietes.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Potsdamer Konferenz (x024/203-204): >>Briten und Amerikaner erkannten bald, daß ihre allzu rasche Zustimmung zur Vertreibung von Polen und Deutschen ein politischer Fehler gewesen war. Schließlich hatte Großbritannien Deutschland wegen der Garantie der polnischen Grenzen den Krieg erklärt.
Als später Stalin den Anspruch auf Ostpolen nicht aufgab, hatten sich Briten und Amerikaner gegen diese Absicht des Diktators nicht durchsetzen können. Die Vertreibung der Deutschen geriet sowohl flächen- als auch zahlenmäßig außer Kontrolle der Westalliierten. Auch wenn Stalin sie durch falsche Zahlen getäuscht hatte, blieb ihre Mitverantwortung und Mitschuld. ...<<
Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtet später über die entscheidenden politischen Fehler der westlichen Alliierten während der Konferenz in Potsdam (x080/-339-341): >>Während Stalin in Potsdam die verschiedensten unbegründeten Ansprüche auf unbesetzte oder von den Alliierten besetzte Territorien erhob und wieder fallen ließ und auf diese Weise "Zugeständnisse" machte, festigte er letztlich seine Position in Osteuropa.
... Am Vorabend der Konferenz wurde der erste Atombombentest in der Wüste von New Mexico durchgeführt. Truman informierte Stalin, daß die USA nun über eine höchst wirksame neue Waffe verfügten. Stalin, der durch Klaus Fuchs und andere Spione bereits alles über das Projekt wußte, erwiderte lediglich, er hoffe, die Waffe würde gegen Japan eingesetzt.
Fast 4 Jahre hatten die Alliierten nach den falschen Grundsätzen gehandelt. ...
Stalin hatte auf der ganzen Linie gesiegt. Das lag daran, daß er es ebenso wie in der Vergangenheit geschafft hatte, zumindest zeitweise einen "liebenswürdigen" Eindruck zu erwecken. Er spielte die Karte der gigantischen Kriegsanstrengungen Rußlands aus, um vom Westen Zugeständnisse zu erlangen. ...
Stalin hatte dem NKWD im Zusammenhang mit den Moskauer Schauprozessen gesagt, der Westen werde das "schlucken". Jetzt praktizierte er ähnliche Täuschungsmanöver, und wieder fand er genügend Dumme, die darauf hereinfielen. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt nach dem Potsdamer Abkommen über das nordamerikanisch-sowjetische Verhältnis (x156/17-18): >>Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches Deutschland steigen.
Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland - den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben - zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann. Das ist eine gewaltige Aufgabe für (die) Amerikaner. Aber sie läßt sich nicht umgehen; und hierüber, nicht über undurchführbare Pläne für eine gemeinsame Militärregierung, sollten wir uns Gedanken machen.
Zugegeben, daß das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neiße-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellblock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorläßt.
... Wenn wir auch unsere übernommenen Verpflichtungen bei der Kontrollkommission loyal erfüllen sollten, so dürfen wir uns doch über die Möglichkeiten einer Dreimächtekontrolle keine Illusionen machen. ... Im Grunde sind wir in Deutschland Konkurrenten der Russen. Wo es in unserer Zone um wirklich wichtige Dinge geht, sollten wir in der Kontrollkommission keinerlei Zugeständnisse machen.

Es versteht sich - bei solchen Überzeugungen, daß ich die Arbeit der Konferenz von Potsdam mit Skepsis und Entsetzen verfolgte. Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, daß mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wußte, daß die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei.
Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie "demokratisch", "friedlich", "gerecht" in einem Abkommen mit den Russen lief allem zuwider, was 17 Jahre Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandelns mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten. Die Behauptung z.B., wir würden zusammen mit den Russen das deutsche Erziehungssystem "nach demokratischen Richtlinien" umformen, ließ Rückschlüsse zu, die nach allem, was wir von der Geisteshaltung der sowjetischen Führer und den damaligen russischen Erziehungsgrundsätzen wußten, völlig ungerechtfertigt waren.
Noch erschreckender las sich die von uns verkündete Absicht, in Zusammenarbeit mit den Russen das deutsche Rechtswesen so umzugestalten, daß es "den Prinzipien der Demokratie", der Urteilsfindung nach Recht und Gesetz und der gleichen Behandlung aller Bürger ohne Ansehen von Rasse, Nationalität oder Religion" entspräche. Für die weitere Behauptung, man werde die politische Tätigkeit "demokratischer Parteien und die dazugehörige Versammlungsfreiheit und öffentliche Diskussion" nicht nur gestatten, sondern "ermutigen", würden mildernde Umstände schwer zu finden sein.
Jeder Mensch in Moskau hätte unsern Unterhändlern sagen können, was die sowjetische Führung unter "demokratischen Parteien" verstand. Die Irreführung der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen durch die Verwendung eines solchen Ausdrucks in einem Dokument, das außer von Stalin auch von den Herren Truman und Attlee unterzeichnet war, ließ sich selbst mit allergrößter Naivität nicht entschuldigen.
Was die Reparationen betraf, so schienen mir die Potsdamer Beschlüsse zu diesem Thema nichts als eine weitere Extrapolation der in Teheran eingeleiteten Politik des Wunschdenkens, die nicht anders als mit einem völligen Fehlschlag enden konnte (daß sie das schließlich tat, zeigt General Clays Befehl vom 3. Mai 1946, alle Lieferungen von Reparationsgütern aus der Amerikanischen Zone in den Osten zu stoppen).
Ein paar Monate davor hatte ich schon einmal in einem Privatbrief geschrieben, es wäre albern, sich einzubilden, daß wir ein solches Vorhaben gemeinsam mit den Russen verwirklichen könnten. Es würde in den einzelnen Zonen einfach auf ein Catch-as-catch-can hinauslaufen. Wir würden an Reparationen gerade so viel erhalten, wie wir in unserer Zone nehmen könnten und wollten, und sonst nichts. Bei den Russen könne man unterstellen, daß sie in ihrem Besatzungsgebiet ganz nach eigenem Belieben verfahren würden, ohne Rücksichten auf irgendwelche Abkommen mit uns. Da ich diese Meinung schon seit 1944 vertreten hatte und die Ereignisse der Zwischenzeit mich immer wieder darin bestärkten, ist leicht zu verstehen, warum ich die hinhaltende Behandlung des Reparationsproblems ohne Begeisterung registrierte. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978) berichtet später über die französische Politik nach dem Potsdamer Abkommen (x156/34): >>Da Frankreich nicht in Potsdam vertreten war, hatte die französische Regierung das Protokoll auch nicht unterschrieben und war infolgedessen an keine seiner Bestimmungen gebunden. So begann die Viermächte-Besatzung ihre Arbeit mit einer verärgerten französischen Regierung, die sich in der Position befand, sämtliche Pläne über Deutschland blockieren zu können.
In den nächsten drei Jahren machten die französischen Regierungsvertreter denn auch regen Gebrauch von diesem ihrem einzigartigen Veto. Verschiedene anglo-amerikanische Vorschläge wurden von den Franzosen niedergestimmt, und die Folge davon war, daß die Sowjetunion

ihre eigenen Vorstellungen über Europa verwirklichte. Es ist die Ironie des Schicksals, daß Stalin, der immer eine französische Beteiligung an der Deutschlandbesetzung bedauert hat, dann der Hauptnutznießer der französischen Politik in den ersten Nachkriegsjahren geworden ist. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die völkerrechtswidrigen Vereinbarungen und die "humane Durchführung" des Potsdamer Abkommens (x044/190-193, x309/125-126): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte und Eigentum der Zivilbevölkerung (Art. 43, 46, 50).

Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vornimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.

... Grundsätzlich ist kein Staat verpflichtet, seine Grenzen für unerwünschte Einwanderer zu öffnen. Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig.

... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

... Bereits während des Zweiten Weltkrieges wurde durch die Anti-Hitler-Koalition das Recht auf Heimat anerkannt und für sich in Anspruch genommen. Mit Recht verurteilte die Welt Hitlers Lebensraumpolitik, weil sie eine Austreibung von altansässigen Bewohnern mit sich brachte. ...

Nach internationalem Recht fällt die Hoheitsgewalt im Krieg besetzter Gebiete an den früheren Souverän zurück, sobald der Eroberer, aus welchen Gründen auch immer, sie aufgibt, keine Macht mehr ausübt.

Das bedeutet für Polen (im Zuge des Vormarsches der Roten Armee) sofortigen Wiedergewinn der Hoheitsgewalt in den Gebieten, die bei Kriegsausbruch polnisches Staatsgebiet waren, einschließlich Warthegau und Korridor (nicht aber Danzig und Ostpreußen!). ...

... Auch die Tschechoslowakei erlangte im Verlauf der letzten Kriegsereignisse Hoheitsgewalt über ihre Staatsgebiete vom Stand nach dem Münchener Abkommen. Das Sudetenland blieb vorerst rechtlich deutsches Reichsgebiet. Soweit die Tschechen die 400.000 tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Herkunft und die eine Million reichsdeutscher Flüchtlinge aus Schlesien als "feindliche Ausländer" oder als "fünfte Kolonne" auswiesen, war dies innerhalb der Hoheitsbefugnisse des tschechischen Staates.

Gleiches gilt für die großen Gruppen ungarischer, rumänischer und jugoslawischer Staatsbürger deutscher Herkunft, die ausgewiesen wurden, wenn es auch im Fall Ungarns und Rumäniens etwas merkwürdig anmutet, daß in diesen Menschen nun plötzlich "feindliche Ausländer" gesehen wurden; immerhin waren Ungarn und Rumänien mit dem Deutschen Reich verbündet gewesen. ...

Die Vertreibungen begannen noch vor Kriegsende, jeweils kurz nachdem die Rote Armee die fraglichen Gebiete erobert hatte. Diese Vertreibungen waren eindeutig völkerrechtswidrig, denn weder die Sowjetunion noch Polen oder die Tschechoslowakei konnten während des Krieges Souveränität über deutsches Reichsgebiet erlangen.

Auch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 änderte nichts daran. Denn es war eine rein militärische, keine politische Kapitulation. Das geht nicht nur aus dem Text der Kapitulationsurkunde hervor, sondern auch aus der Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz, wenn auch praktisch machtlos, wei-

ter bis zu ihrer gewaltsamen Absetzung am 23. Mai 1945 im Amt blieb; bis zu diesem Datum waren alle Vertreibungen aus deutschem Reichsgebiet gemäß Haager Landkriegsordnung (Art. 42-56) völkerrechtlich illegal. Ob die HLKO nach diesem Datum oder nach der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 in Kraft blieb, ist umstritten. Mit der "Berliner Deklaration" übernahmen die "Großen Vier" USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) offiziell die Souveränität über Deutschland in den Grenzen von 1937, jedoch ohne Deutschland zu annektieren. ...<<

>>... Im März 1950 urteilte die Walter-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses in einem ausführlichen Bericht über die Vertreibung der Deutschen, daß keine Phase der Vertreibung als human bezeichnet werden könne.

Die Behauptung, die Vertreibungen seien in 'geregelter und humaner Weise' durchgeführt worden, wird seit jeher durch Zehntausende Erlebnisberichte der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs sowie durch amerikanische und britische Berichte der Jahre 1945 bis 1948 vollkommen widerlegt.

Seit 1989 bestätigen Dokumente aus russischen, tschechischen, polnischen und serbischen Archiven die Grausamkeit der Vertreibung.<<

Der deutsche Publizist Rudolf Augstein (1923-2002, Herausgeber des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel") berichtet am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1985) über das Potsdamer Abkommen: >>**"Auf die schiefe Ebene zur Republik"**

... Zwar stimmt es, daß Europa, und mit ihm das Deutsche Reich, von einer unsäglichen Schreckensherrschaft befreit worden war. Aber nur ein Teil von Europa, ein Teil auch des Deutschen Reiches.

Ein nicht kleiner Teil wurde überhaupt nicht befreit, sondern nur einer neuen Schreckensherrschaft unterworfen.

Hitler und Stalin im Bösen zu vergleichen macht wenig Sinn, es sei denn, daß Hitler wahnhafter war. Polen, Esten, Letten und Litauer, soweit Stalin sie nicht schon umgebracht hatte, wurden nicht befreit. Auch nicht die Tschechen, Polen, Slowaken, Rumänen, Ungarn und Bulgaren. Ob man jene zehn bis fünfzehn Millionen Deutschen, die gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, als "Befreite" bezeichnen kann, mag dahinstehen. Zwei Millionen starben während dieser Umsiedlung, die gemäß dem Potsdamer Abkommen auf "eine geregelte und menschliche Weise" abgewickelt werden sollte.

Jedenfalls gelangten die Überlebenden nicht von einer Schreckensherrschaft in die andere, wenn sie die Bundesrepublik erreichten.

Waren alle aus dem deutschen Osten und aus der CSSR Vertriebenen Verbrecher, Kriegsverbrecher? "Ich glaube nicht, daß die 8 Millionen Menschen, die ausgetrieben werden, Kriegsverbrecher sind", sagte Churchill am 21. Juli 1945 in Potsdam zu Stalin. "Sie sind alle geflohen", behauptete der.

Churchill, nur noch wenige Stunden im Amt, bemängelte, Polen nehme nun ein größeres Territorium an sich als jenes, das es an Rußland habe abtreten müssen. Das könne Schwierigkeiten "für uns alle geben". Stalin: Es sei besser, den Deutschen Schwierigkeiten zu bereiten als den Polen. "Je geringfügiger die deutsche Industrie ist, desto größer wird dann auch der Markt für amerikanische und britische Waren sein." Ein schlauer Kerl, dieser Stalin.

Als man sich nicht einig wurde, erkrankte Stalin. Er hatte sich erkältet, laut Molotow. US-Außenminister Byrnes erklärte, die USA seien bereit, den sowjetischen Wünschen hinsichtlich der polnischen Westgrenze zu entsprechen, wenn die UdSSR in der Reparationsfrage nachgebe. Er schlug eine endgültige Festlegung der provisorischen Westgrenze Polens "westlich von Stettin zur Oder, bis zum Nebenfluß der östlichen Neiße und entlang der östlichen Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze" vor.

Molotow lehnte ab. Stalin war immer noch erkältet. Molotow schlug die westliche Neiße als

Grenze vor, was bedeutete, daß Brieg, Breslau und Liegnitz, weitere 2,7 Millionen Deutsche also, Polen zugeschlagen wurden. Stalins Erkältung besserte sich nun rasch.
Es gab keinen Irrtum hinsichtlich der östlichen und der westlichen Neiße. Vielmehr gaben die beiden Westmächte ohne große Skrupel nach. Im Tagesprotokoll taucht sie dann beiläufig auf, die "Umsiedlung" der Deutschen aus der Tschechoslowakei, allerdings nicht mit der Ziffer 3,5 Millionen, wie es korrekt gewesen wäre, sondern 2,5 Millionen. Sehr viele dieser Leute mögen Nazis gewesen sein. Aber "Kriegsverbrecher" waren nur sehr wenige.
Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechergericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt, Truman für die überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon von Hiroschima, und Churchill zumindest als Ober-Bomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war.
Alle drei hatten "Bevölkerungsumsiedlungen" verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wußten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen. Gemessen am Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel, der Hitler die Arbeitskräfte zutreiben mußte, hätten sie alle drei hängen müssen. Denn sie haben sowohl angeordnet wie gewußt, was man von dem Tölpel Sauckel nicht unbedingt sagen kann. Auch gemessen an Generaloberst Jodl wäre ihr Schicksal der Strick gewesen. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 8. März 1996 über das Potsdamer Abkommen:
>>**Der Vertrag, der keiner war**
Nein, Klaus Kinkel hat nicht das Potsdamer Abkommen angezweifelt, wie aufgebrachte Tschechen meinen. Er konnte es schon deswegen nicht tun, weil es ein solches "Abkommen" nie gegeben hat, mögen auch Politiker und Journalisten dieses Gespenst, von dem man seit dem Untergang des Ostblocks nichts mehr gehört hatte, wieder aus dem Grab holen.
Anfang August 1945 konnten die Deutschen in den vier Besatzungszonen eine "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz in Berlin" lesen, die aus vierzehn Abschnitten bestand. Im Cecilienhof in Potsdam, dem ehemaligen Schloß des deutschen Kronprinzen, hatten sich Mitte Juli die Staatsmänner der drei Siegermächte getroffen (Truman, Stalin und Churchill, der in der Endphase, nach seiner Wahlniederlage in England, von Attlee abgelöst wurde), um über die Nachkriegsordnung in Europa, den Krieg in Ostasien und andere Weltprobleme zu beraten. Als offizielles Dokument der Gipfelkonferenz gilt ein Verhandlungsprotokoll, das noch um sieben Abschnitte länger ausfällt als das Abschlußkommuniqué.
Das Ganze ist ein Sammelsurium von unverbindlichen Absichtserklärungen und zweideutigen Empfehlungen, von Meinungen, Übereinkünften und ein paar gemeinsamen Beschlüssen (so wird ein Rat der Außenminister beauftragt, Friedensverträge mit Deutschlands ehemaligen Verbündeten vorzubereiten). Keineswegs handelt es sich um einen formvollendeten Vertrag, der feierlich unterschrieben und dann ratifiziert wird, auch nicht um ein "Verwaltungsabkommen", das zwar die Staatsmänner allein abschließen, das aber ebenso verbindlich ist wie ein regulärer Vertrag.
Sogar die Unterschriften fehlen unter dem Potsdamer Konferenzbericht vom 2. August 1945. In der letzten Plenarsitzung am späten Abend des 1. August ging es ziemlich chaotisch zu. Jeder hatte noch Ergänzungen fürs Kommuniqué, das bereits am nächsten Abend über den Äther gehen sollte. Darum übergaben die "Großen Drei" mehrere Haufen ungeordneter Papiere einem Unterausschuß, der alles harmonisieren sollte.
Auf Blankobögen, die später mit Büroklammern an die beiden Dokumente (Protokoll und Presseerklärung) geheftet wurden, setzten die mächtigsten Männer der Welt formlos ihre Namenszüge, in der Reihenfolge Stalin, Truman, Attlee. Nach der Abreise der Staatsmänner benötigte der Unterausschuß zwei Sitzungen, ehe gegliederte, korrigierte Texte vorlagen - und

selbst dann gab es noch Abweichungen. "Etwas Besseres war unter den Umständen nicht möglich", bedauerte einer der britischen Diplomaten.
Schon nach ein paar Monaten zerstritt sich der Alliierte Kontrollrat über die Auslegung des Protokolls. Wie wenig verbindlich selbst Beschlüsse wie jener über die von Polen verwalteten deutschen Ostgebiete waren, zeigte sich 1947, als die Amerikaner vorschlugen, die Oder-Neiße-Linie um einige hundert Kilometer ostwärts zu verlegen, damit ein Teil der ostdeutschen Vertriebenen in die Heimat zurückkehren könnte.
Amerikanische oder englische Politiker haben denn auch nie von einem Potsdamer Vertrag oder Abkommen gesprochen. Anders die Russen: Für sie und ihre Marionetten in der DDR existierte ein völkerrechtlich verbindliches "Potsdamer Abkommen", auf dem die neue europäische Ordnung aufbauen sollte. 25 Jahre lang gebrauchte es die Sowjetunion als Waffe im Kalten Krieg. Die DDR betrachtete die Potsdamer Erklärung eine Zeitlang als Ersatzfriedensvertrag.
In Bonn hat man sich diesen Schuh nie angezogen. Am 9. August 1968 erklärte die Regierung der Großen Koalition in einer Note an die Sowjetunion, es sei "nicht ihre Sache, sich über Gültigkeit, Auslegung und Geltungsbereich von Vereinbarungen zu äußern, an denen sie nicht beteiligt ist". Außenminister Kinkel hat lediglich diese Ansicht wiederholt: Eine Abmachung unter Dritten ist für Deutschland völkerrechtlich unverbindlich.
Dennoch muß niemand fürchten, die Bundesrepublik wolle die europäische Nachkriegsordnung destabilisieren. Im Gegenteil: Von 1949 bis 1992 hat sie in vielen internationalen Verträgen diese Friedensordnung mit aufgebaut und garantiert, zum Beispiel auch die Tschechische Republik in den Grenzen von 1937 respektiert.
Gegenstand des Streites zwischen Prag und Bonn ist nun das berüchtigte Kapitel XIII der Potsdamer Beschlüsse. Darin heißt es, die drei Regierungen erkennen an ("recognize"), "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen (deutschen) Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß". Schon dieser Satz ist ein Beispiel für die Schludrigkeit der westlichen Politiker am Potsdamer Runden Tisch. Während sie an anderer Stelle die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze von einem Friedensvertrag abhängig machten, wurden hier wie selbstverständlich deutsche Gebiete bereits als "Polen" bezeichnet.
Eigentlich hätte es des Kapitels XIII gar nicht bedurft, denn die Großen Drei waren sich seit den Kriegs-Gipfelkonferenzen von Teheran (1943) und Jalta (Februar 1945) einig, daß Millionen von Deutschen aus den Ostgebieten umgesiedelt werden sollten. Eine "Entmischung" sollte die 1918 zwischen Deutschland und Rußland entstandenen Nationalitätenstaaten von Minderheiten befreien, um den inneren Frieden abzusichern.
Die westlichen Alliierten rechneten überschläglich mit sechs bis sieben Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, von denen der größere Teil in die Westzonen kommen würde. In Potsdam stellte sich die Lage jedoch anders dar. Nun waren mindestens acht bis zehn Millionen Menschen betroffen, die umzusiedeln nach Churchills Meinung undurchführbar sei, denn "sie bringen ihre Mägen mit".
Nachdem Stalin selbstherrlich ganz Ostdeutschland, das eigentlich zur sowjetischen Besatzungszone gehörte, den Polen überlassen hatte, mußten die Westzonen ohne die ostdeutsche Kornkammer auskommen. Wie sollten die englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden solcher Belastung Herr werden? Die "wilde Austreibung" der deutschen Bevölkerung durch Polen und Tschechen mußte also dringend gestoppt und in ordentliche Bahnen gelenkt werden, mit einem genauen Zeitplan und aufgeschlüsselt auf die Besatzungszonen.
Nach Churchills Informationen standen noch 2,5 (von 3,2) Millionen Sudetendeutsche vor den Toren. Doch Stalin behauptete in der Plenarsitzung am 25. Juli 1945, die meisten hätten bereits die Tschechoslowakei verlassen. Auf seine drastische Art setzte er hinzu: "Die Tsche-

chen geben ihnen zwei Stunden und werfen sie dann hinaus." (In der Wirklichkeit ließ man den Sudetendeutschen oft nicht mal eine halbe Stunde zum Aufbruch.)
Und als erwogen wurde, ob nicht Präsident Benesch selber den Großen Drei Auskunft geben sollte, meinte Stalin, das hieße "den Senf nach der Mahlzeit servieren". Wie üblich, wenn die Großen nicht weiterkamen, überließen sie das Problem den Außenministern, die wiederum einen Unterausschuß einsetzten, der im Eilverfahren einen Beschluß fassen mußte.
Worauf es den Westmächten ankam - Stalin stimmte nach anfänglichem Sträuben zu -, verrät schon die Überschrift des Kapitels XIII: "Ordnungsgemäße Umsiedlung (Transfer) der deutschen Bevölkerung". Die drei Regierungen "stimmten darin überein", daß die Umsiedlung "organisiert und human" erfolgen solle. Diese Bedingungen sind freilich erst seit Anfang 1946 einigermaßen erfüllt worden. Denn zuvor mußte sich der Alliierte Kontrollrat in Berlin mit den Regierungen der Austreiberländer abstimmen.
Dem Text dieses Beschlusses ist nicht zu entnehmen, daß er die als "Umsiedlung" verbrämte Vertreibung völkerrechtlich sanktioniert, wie tschechische Politiker meinen. Was vorliegt, ist eine politische Absichtserklärung, die an die Regierungen in Prag und Warschau weitergegeben wird. Die Großen Drei erkennen an, daß zu Ende gebracht werden muß, was seit Monaten im Gange ist. Von Haß und Rachsucht erfüllte Polen und Tschechen hatten von sich aus die Initiative ergriffen. Stalin brachte es in der Schlußsitzung auf den Punkt: Wegen der Verhältnisse, die sie selber geschaffen hätten, sei es den Deutschen unmöglich, in diesen Ländern zu bleiben.
Die Tschechen brauchten damals nicht das Potsdamer Einverständnis, um ihre ehemaligen sudetendeutschen Mitbürger "abzuschieben". Mehr als fünfzig Jahre danach jedoch klammern sie sich an den Artikel XIII, um, was Vertreibung, also "schweres Unrecht" (Richard von Weizsäcker), war, weiterhin als "zwangsweise Aussiedlung" ausgeben zu können.
Leichtfertig haben sich Präsident Truman und der britische Premierminister Attlee in Potsdam mit den hoffnungsvollen Vokabeln "geordnet und menschlich" zufriedengegeben. Es stand nicht in ihrer Macht, die Vertreibung zu stoppen. Eher hilflos bedeuteten ihre Vertreter im Unterausschuß dem russischen Kollegen, "daß sie für den Gedanken von Massenausweisungen eigentlich nichts übrig hätten".
Anderseits war den Westmächten die Einigung mit den Russen in Potsdam - die Konferenz drohte mehrmals zu platzen - wichtiger als das Leid Millionen Deutscher. Das Konferenzprotokoll läßt daran gar keinen Zweifel, heißt es doch im Kapitel III ("Über Deutschland") gleich am Anfang: "Das deutsche Volk beginnt, für die furchtbaren Verbrechen zu büßen."<<
Der deutsche Historiker Werner Maser (1922-2007) schreibt später in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 5. Oktober 2002 über die "Berliner Konferenz" (x887/...): >>**Berliner Konferenz 1945: Als Deutschland "verramscht" wurde**
Nach dem Zweiten Weltkrieg entschieden die Alliierten über das besiegte Deutschland. Doch wieso haben die Briten und Amerikaner, die ihre Zonen noch vergleichsweise gut verwalteten, zugelassen, daß Stalin seine besetzten Gebiete ausbeutete? Wer hatte unter den Alliierten Macht über wen? Ein Blick auf die Rahmenbedingungen schafft Licht ins Dunkel.
Als historische Tatsache wurde und wird in Ost und West nach wie vor wahrheitswidrig die "Berliner Konferenz" vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im "Cecilienhof" in Potsdam als "Potsdamer Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Vereinbarungen, Konsequenzen und Vorgaben der Siegermächte dargestellt.
An diesem Ort hatte auch Hitler vor der "Machtübernahme" zusammen mit Göring, Röhm und einigen weiteren Funktionsträgern der NSDAP den einstigen deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen besucht und ihm in der durchsichtigen Hoffnung auf dessen Sympathiebekundung erklärt: "Ich sehe als Krönung meines Werkes die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums unter Beseitigung der Bundesstaaten. Ich denke mir, daß dann ein Ho-

henzoller an der Spitze steht."
78 Tage nach seinem Tod konferierten andere im einstigen Hohenzollern-Schloß: die sogenannten "Großen Drei", … Truman (für die USA), Stalin (für die UdSSR) und zunächst Churchill und nach dessen Ablösung Attlee (für Großbritannien). Ihre Konferenz hat infolge der sowjetischen Propaganda und politischen Entscheidungen als "Potsdamer Abkommen" nicht nur in der geschriebenen Geschichte ihren Platz gefunden.
Sie erscheint - auch durch Mitverschulden der Westmächte - nicht nur in Rußland und den einstigen anderen Staaten des 1955 geschlossenen Warschauer Paktes nicht tatsachengerecht als Konferenz der Siegermächte, die völkerrechtswidrige gemeinsame Entscheidungen und Maßnahmen gegen den geschlagenen Gegner diskutierten und planten, sondern als "Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Konsequenzen für die Sowjetunion, Deutschland und Polen, dem Stalin unter Mißachtung der Absprachen mit den Westalliierten von sich aus kurzerhand deutsche Ostterritorien übertragen hatte.
Keine zeitgeschichtliche Konferenz wurde in der Sowjetunion, in der "Sowjetisch besetzten Zone" und später in der DDR so oft als Legitimation für völkerrechtswidrige und andere unrechtmäßige sowjetische und eigene politische Maßnahmen mißbräuchlich strapaziert wie die zum "Potsdamer Abkommen" umfunktionierte "Berliner Konferenz", die mit dem Abschluß des Zwei-plus-vier-Abkommens von 1990 offiziell ihre Wirksamkeit verlor, ohne jedoch revidiert zu werden. Bis zum Zusammenbruch des Sowjetimperiums wurde der Bundesrepublik Deutschland und den Westmächten, immer mit dem Hinweis auf das "Potsdamer Abkommen", der Vorwurf gemacht, die Bestimmungen und Vorgaben des "Abkommens" ignoriert zu haben.
Im DDR-"Weißbuch" von 1951 beispielsweise, das den provokativen Titel "Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus" trug und die Konferenz ebenfalls als "Potsdamer Abkommen" titulierte, wurde vor allem den USA massiv vorgeworfen, die Bestimmungen und Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" rigoros zu ignorieren und teilweise ins Gegenteil zu verkehren, indem sie weiterhin mit "Nazidirektoren" der deutschen Schwerindustrie zusammenarbeiteten und die "Empfehlungen" des "Potsdamer Abkommens" vorsätzlich ignorierten. Im "September 1950", so hieß es im DDR-"Weißbuch", fand in New York eine Tagung der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs statt, auf der "Deutschland treffende Beschlüsse gefaßt" wurden, "die schwerwiegende Verletzungen des Potsdamer Abkommens" darstellten.
Stalin ging es bei der von ihm initiierten Klassifizierung der "Konferenz" zum "Abkommen" vor allem darum, sich bei seinen außenpolitischen Maßnahmen auf angeblich internationale Abkommen berufen zu können, die er unter den Augen der Westalliierten spezifisch zugunsten der Sowjetunion stilisierte und instrumentalisierte. So erschienen, um zunächst nur einige Aspekte zu nennen, die völkerrechtswidrige Einverleibung Ostpreußens, die Unterstellung eines Teiles Ostpreußens unter polnische Herrschaft, die Enteignungsmaßnahmen in der Sowjetzone und die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland als von den vier Siegermächten übereinstimmend vereinbarte Maßnahme.
Noch ehe die westlichen Kontrollräte begriffen hatten, was geschehen war, hatte die Sowjetunion am 9. Juni 1945 in Berlin-Karlshorst als oberstes Machtorgan der sowjetischen Besatzungszone eine Sowjetische Militäradministration (SMAD) installiert. Unter ihrer Regie entfernten die Sowjets bereits vor der "Berliner Konferenz" Reparationsgüter erheblichen Ausmaßes in der offensichtlichen Furcht, daß die Westmächte während der für Juli 1945 programmierten Konferenz Einsprüche gegen bestimmte Maßnahmen der UdSSR erheben würden. Schließlich waren es 33 Prozent der Industrieanlagen aus ihrem Berliner Sektor und 85 Prozent aus den Westsektoren.

Während die Amerikaner innerhalb eines Jahres für 200 Millionen und die Briten für 320 Millionen Dollar Lebensmittel in ihre Zonen lieferten, baute die Sowjetunion seit Anbeginn der Besetzung Fabriken, Industrieanlagen, Maschinen und technische Geräte als Reparationsleistungen ab und verschleppte Facharbeiter sowie Spezialisten aller Art zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion. Als Stalin, Roosevelt und Churchill im Juli 1945 in Potsdam konferierten, war aus Berlin nicht mehr viel herauszuholen. Dennoch erklärten die Sowjets erst im Januar 1947, daß ihre Demontagen beendet seien. Alles dies geschah unter Berufung auf das sogenannte Potsdamer Abkommen.

Daß die Protokolle der Potsdamer Verhandlungen - abgesehen von dem Zugeständnis der Westalliierten, die auf den sowjetischen militärischen Beitrag in ihrem Krieg gegen Japan warteten, für Reparationsentnahmen der Sowjets - keine Zusicherungen für derartige Maßnahmen enthielten, ignorierten nicht nur die Sowjets, sondern auch die Westmächte.

Daß die Potsdamer Protokolle infolge ihrer Unzulänglichkeit darüber hinaus Auslegungen nahezu jedweder Art zuließen, könnte durchaus programmiert gewesen sein. Sie tragen unmittelbar nach den letzten Mitschriften, also am Schluß, weder die Unterschriften der Teilnehmer noch Stempel oder Siegel. Stalin, Truman und Attlee haben am 1. August 1945 durch ihre Unterschriften lediglich bestätigt, daß sie dem "Protokoll" der "Berliner Konferenz" zustimmten, ohne die während der Besprechungen geführten Mitschriften indes selbst gelesen zu haben, was durch die teilweise gravierenden inhaltlichen Abweichungen in den übersetzten Wiedergaben zweifelsfrei bestätigt wird.

Unter der zur Information der Weltöffentlichkeit verfaßten, in englischer, französischer und deutscher Sprache publizierten "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz in Berlin" vom 2. August 1945 befanden sich bei der englischen und französischen Publikation am Schluß kommentarlos die gedruckten Namen der drei Hauptakteure, während es bei der deutschen Wiedergabe zusätzlich hieß, daß Stalin, Truman und Attlee den "Bericht ... unterzeichnet" hätten. Auf der russischen Ausgabe der "Mitteilung" fehlten die Namen und der entsprechende Hinweis.

Zwar war Stalin bereits spätestens seit Jalta die Meinungsführerschaft in den Verhandlungen zugefallen, doch seine mißtrauische Mentalität und seine Charakterstruktur haben ihn offenbar befürchten lassen, mit Truman nicht so umgehen zu können wie mit Roosevelt, so daß er die Möglichkeit einkalkulierte, in Potsdam von seinen westlichen Partnern womöglich auf Aspekte und Kriterien festgelegt werden zu können, die seinen Plänen und Zielen zuwiderliefen. Fehlten die gedruckten Unterschriften unter dem sowjetischen Protokoll, so dürfte er kalkuliert haben, könnte ihm von den Westalliierten bei abweichenden politischen Maßnahmen schwerlich unterstellt werden, wortbrüchig geworden zu sein.

Nicht auszuschließen ist im Zusammenhang mit den Unterschriften allerdings auch die Version, daß Stalin, Truman und Attlee am 1. August 1945 ihre Namen - ohne Vornamen - auf ein Blatt ohne DIN-Format, ohne gedruckten Kopf, Stempel und Siegel nur geschrieben hatten, weil sie von Medienvertretern, die über die Konferenz zu berichten hatten, darum gebeten worden seien. Auch wenn dies zutrifft, ist Stalins Verhalten nicht anders einzuschätzen.

Das Blatt wurde dem Protokoll, das sich nach offiziellen Angaben aus Potsdam nicht mehr in Deutschland befindet, einfach angefügt. Daß die - für Völkerrechtsvereinbarungen unübliche - Unterstreichung der Unterschriften nachträglich vorgenommen wurde, ist bei Stalins Signatur deutlich zu erkennen. Der Querstrich geht durch den ersten Buchstaben des nicht ausgeschriebenen Vornamens "Joseph" und tangiert auch das "t" und das "n" im Nachnamen "Stalin".

Bezeichnend für die Siegermächte war, daß sie die mehrfach von einander abweichenden Protokolle der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam erst während des "Kalten Krieges" publizierten. Die ersten US-amerikanischen Teheran-Publikationen erschienen im Mai 1961, die ersten sowjetischen im Juli 1961, die ersten US-amerikanischen Veröffentlichungen von

Jalta-Unterlagen zur Jahreswende 1955/56, die ersten sowjetischen 1965. 1965/66 wurden in Moskau auch Teile der Potsdamer Dokumente publiziert. In den USA war dies 1961 (mit Vorwort-Datierung vom 15. März 1960 für den ersten und vom 23. März 1960 für den zweiten Band) geschehen.
Daß in der Potsdamer Dokumentation vom 1. August 1945, auf das sich die weitaus meisten Interpreten beziehen, nur einmal, und zwar im Artikel XIII, der sich lediglich mit der Ausweisung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei befaßt, von einem "Abkommen" die Rede ist, hat offensichtlich niemanden gehindert, die Konferenz insgesamt als "Abkommen" zu titulieren, obwohl es in der "Mitteilung" für die Weltöffentlichkeit ansonsten wechselweise beispielsweise immer nur heißt, "Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung ...", sie nahm "zur Kenntnis", "prüfte ..." und "hat die Fragen ... der Betrachtung unterzogen".
Stalins Äußerungen über die von ihm angestrebte Deutschland-Politik verstanden seine westlichen Gesprächspartner nicht so, wie es nötig gewesen wäre.
Als Churchill beispielsweise während der zweiten Vollsitzung am 18. Juli die Frage stellte, was unter dem Begriff "Deutschland" gemeint sei, antwortete Truman mit der Frage, wie "die sowjetische Delegation diese Frage" auffasse, was Stalin als Aufforderung auffaßte, - wie in Jalta - die Meinungsführerschaft zu übernehmen. "Deutschland", so sagte er, "ist das, was es nach dem Krieg wurde. Ein anderes Deutschland gibt es jetzt nicht ... Deutschland ist, wie man bei uns sagt, ein geographischer Begriff. Wollen wir es vorläufig so auffassen! Man darf nicht von den Ergebnissen des Krieges abstrahieren ... Es hat sich infolge des Krieges verändert, und so fassen wir es auf."
Churchills ausdrückliche Bemerkung, daß er vom "Vorkriegs-Deutschland" ausginge, befindet sich lediglich im US-Protokoll. Im russischen Protokoll taucht sie nicht auf.
Churchill, der während der vom 14. bis zum 25. Januar 1943 stattfindenden Konferenz von Casablanca die Errichtung einer zweiten Front gefordert hatte und auf der vom 17. bis zum 24. August 1943 tagenden Konferenz von Quebec dafür eingetreten war, Deutschland nach dem Ende des Krieges keinen Friedensvertrag zu gewähren, nahm in Potsdam die zu der Zeit mit seinen Vorstellungen durchaus noch verwandten Zielvorstellungen Stalins ohne angemessene Gegenwehr hin.
Er schätzte Stalin zwar richtig ein, war aber außerstande, sich gegen den Stalin anders sehenden Roosevelt durchzusetzen, der nach der Konferenz die bedingungslose Kapitulation Deutschlands (Unconditional Surrender) als alliiertes Kriegsziel proklamiert und im Februar 1944 sein Einverständnis mit der West-Verschiebung der polnischen Grenze erklärt hatte.
Zehn Jahre später, als der "Kalte Krieg" sorgsam gehütete "Geheimnisse" hochspülte, memorierte er in seinen Erinnerungen: "Erst in unserer Sitzung vom 21. Juli (1945) kamen wir auf Polen zurück. Die Sowjetunion wünschte, die Westgrenze Polens sollte westlich von Swinemünde zur Oder verlaufen, Stettin auf polnischer Seite belassen, dann der Oder bis zur Einmündung der westlichen Neiße und schließlich diesem Fluß bis zur tschechoslowakischen Grenze folgen. Truman wies auf unsere Vereinbarung hin, Deutschland auf der Grundlage seiner Grenzen von 1937 in vier Besatzungszonen aufzuteilen.
Die Briten und Amerikaner seien demgemäß in ihre neuen Zonen zurückgegangen, aber die Sowjetregierung habe anscheinend den Polen eine eigene Zone eingeräumt, ohne sich mit uns darüber zu beraten. Wenn diese Zone aber nicht als ein Teil Deutschlands behandelt werde, wie seien dann die Reparationen und alle sonstigen deutschen Probleme zu regeln?
Stalin bestritt, den Polen eine eigene Zone gegeben zu haben. Die Sowjetregierung sei außerstande gewesen, ihnen Halt zu gebieten. Die deutsche Bevölkerung sei mit den deutschen Armeen nach Westen geflohen. Nur die Polen seien zurückgeblieben. Irgend jemand müsse die Etappengebiete der Sowjetarmeen verwalten. Diese seien es nicht gewohnt, Schlachten zu schlagen, Gebiete zu befreien und gleichzeitig eigene Verwaltungen einzurichten. Warum

sollte man das nicht den Polen überlassen?"
Daß die deutsche Bevölkerung mit den deutschen Armeen nach Westen geflohen sei, so daß die "Etappen-Gebiete" von der Sowjetarmee verwaltet werden müßten, war eine dreiste Lüge. Tatsache war dagegen, daß bis zum Tage der Kapitulation mehr als fünf Millionen Deutsche in den deutschen Ostgebieten und in Polen verblieben waren. Im Sommer 1945, nach der Rückkehr vieler Flüchtlinge, waren es rund 5.650.000.
Molotow erklärte während der Moskauer Außenministerkonferenz vom 9. April 1947, daß die polnische Regierung bis zum 1. Januar 1947 6.578.000 Deutsche ausgewiesen habe - und immer noch weitere 400.000 im Lande seien.
Auf Stalins unmißverständlichen Hinweis in Potsdam, daß die Sowjets eine womöglich in Königsberg auftauchende Verwaltung "fortjagen" würden, wußte Truman lediglich mit dem Hinweis zu reagieren, daß in Jalta doch vereinbart worden sei, daß "die Territorialfragen auf der Friedenskonferenz entschieden werden" müßten.
Stalins Antwort lautete: Deutschland "ist ein Land, das keine Regierung ... keine fixierten Grenzen hat, weil die Grenzen nicht von unseren Truppen festgelegt werden. Deutschland hat überhaupt keine Truppen, Grenztruppen eingeschlossen, es ist in Besatzungszonen zerteilt ... Es ist ein zerschlagenes Land."
Stalin wußte zwar, daß die Vorgabe, Deutschland sei mit seiner Niederlage letztlich auch als Völkerrechtssubjekt untergegangen, zugleich auch den Schluß implizierte, als Siegermacht bis zum Abschluß eines Friedensvertrages keine Zugriffsmöglichkeiten auf "Deutschland als Ganzes" zu haben, weil es in dem Falle kein Bezugsobjekt gäbe, doch er konnte nicht erst seit dem Beginn dieser Konferenz davon ausgehen, daß seine Gläubiger USA, Kanada und Großbritannien, die ihm während des Krieges Material für rund zwölf Milliarden Dollar geliehen hatten, deren Rückgabemöglichkeiten sie irgendwie sichern mußten, nichts in den Weg stellen würden, wenn er durchsetzte, was ihm vorschwebte.
Von ihnen hatte er 427.000 Kraftfahrzeuge, rund zwei Drittel des Kriegsfuhrparks der Roten Armee, 10.000 Panzer, knapp 19.000 Flugzeuge, 1.900 Lokomotiven, 197 Torpedoboote, 782.973 Tonnen Fleischkonserven, 15 Millionen Paar Schuhe und große Teile der Uniformstoffe auf Kredit bekommen, auf dessen Rückzahlung die einstigen Westalliierten immer noch hoffen.
Die Bezeichnung "Potsdamer Abkommen" statt Potsdamer oder "Berliner Konferenz", reflektiert die Bilanz einer Politik, die auch der außenpolitisch sehr versierte Churchill nicht in andere Bahnen zu lenken vermochte. Lord Moran, sein Leibarzt, der sein uneingeschränktes Vertrauen besaß und ihn ständig sorgfältig beobachtete, schrieb am 24. Juli 1945 in sein Tagebuch: "Jetzt ist es zu spät, Stalin in die Schranken zu weisen." "Er (Churchill) weiß, daß der Zeitpunkt, Grenzen zu ziehen, verpaßt ist. Die Rote Armee flutet über Europa hinweg. Und sie wird bleiben, wo sie sich einmal festgesetzt hat."
Hitler, dem seine 1945 in US-Gefangenschaft geratenen Ärzte 1945 nicht nur übereinstimmend attestierten, bis zum Schluß über ein "ausgezeichnetes" Orientierungsvermögen und über ein "hervorragendes" Erinnerungsvermögen verfügt zu haben, das sowohl "nahe und fernliegende" als auch statistische und persönlichkeitsbezogene Details und Zusammenhänge "sofort" und "vortrefflich" parat hatte, sondern auch bescheinigten, ein "vorzügliches" Urteilsvermögen "über Zeit- und Raumbeziehungen" gehabt zu haben sowie frei von "krankhaften Ängsten oder Zwangsvorstellungen ... Halluzinationen, Illusionen oder paranoiden Neigungen" gewesen zu sein, ahnte nicht erst seit Jalta, was kommen würde.
Daß ihn zu der Zeit, wie beispielsweise Joachim Fest, der die Berichte der Hitler-Ärzte nicht kannte, 1973 in seiner Hitler-Biographie fabulierte, ein "nachlassendes Gedächtnis und ... mangelnde Konzentrationsfähigkeit" plagten, ist eine Legende, die Hitler zu einer Figur stilisiert, die es bis zu dessen Selbstmord niemals gegeben hat. Hitler, der bereits seit Mitte De-

zember 1942 ahnte, daß er den Krieg verlieren würde, wußte genau, was Deutschland nach der militärischen Niederlage zu erwarten hatte.
Am 6. Februar 1945 hatte er - nach den Gesprächsprotokollen Martin Bormanns - in Berlin im Hinblick auf die in Jalta diskutierten Beschlüsse sinniert: "An unseren Grenzen wütet der Kampf, und bald wird das Reichsgebiet zum Schlachtfeld. Der Feind konzentriert seine vereinten Kräfte zum letzten Ansturm. Es geht für ihn nicht darum, uns zu besiegen; sie wollen uns vernichten.
Unsere Feinde haben beschlossen, das Reich zu zerstören, die nationalsozialistische Weltanschauung auszurotten und das deutsche Volk zu versklaven, um es für seinen Glauben an den Nationalsozialismus zu bestrafen. Es ist fünf Minuten vor zwölf ... Man kann uns vielleicht ausrotten, aber man wird uns nicht widerstandslos ins Schlachthaus abführen."
Am 2. April 1945, 28 Tage vor seinem Selbstmord und dem katastrophalen Toresschluß für das NS-Regime, sagte er: "Wenn wir in diesem Krieg unterliegen müssen, dann wird es sich um eine totale Niederlage für uns handeln können. Unsere Gegner haben ihr Ziel laut genug verkündet, um uns wissen zu lassen, daß wir uns keinen Illusionen über ihre Absichten hinzugeben haben ... Mit Grauen denke ich an ein von den Siegern in Stücke gehauenes Reich." ...<<

**03.08.1945**

**SBZ:** Die SMAD ordnet am 3. August 1945 die "Demokratisierung" der mitteldeutschen Schulen an (x111/59): >>Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten brachten dem deutschen Volke Frieden und Befreiung von der Hitler-Knechtschaft. Deutschland beschreitet die Bahn des Wiederaufbaus und der Errichtung eines antifaschistischen demokratischen Systems. ... Die Schule muß dem Einfluß des Faschismus und Militarismus entzogen werden und die großen Söhne des deutschen Volkes: Goethe und Schiller, Lessing und Heine, Liebknecht und Thälmann wieder ins Leben rufen.<<

**04.08.1945**

**WBZ:** General Eisenhower erteilt am 4. August 1945 den Befehl, die ehemaligen Soldaten der deutschen Wehrmacht nicht mehr als Kriegsgefangene zu behandeln (x131/77): >>Mit sofortiger Wirkung sind alle im US-Gewahrsam in der nordamerikanischen Besatzungszone in Deutschland befindlichen Angehörigen der deutschen Streitkräfte als entwaffnete feindliche Streitkräfte zu betrachten und nicht als Personen mit Kriegsgefangenenstatus. ...<<

**05.08.1945**

**WBZ:** Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 5. August 1945 aus Bayern (x124/40-41): >>Wir fuhren abermals nach Würzburg. ... Ein Polizist, den ich herbeiwinkte, erzählte uns vom Großangriff, der diese wunderbare Stadt drei Wochen vor Kriegsende in eine Todeslandschaft verwandelte ... 20.000 Menschen, ein Fünftel der Bevölkerung, fiel den Bomben zum Opfer. Tausende von Leichen liegen noch in den Ruinen.
Gespenstisch die Truppe verhungerter Heimkehrer in der Totenstadt, schlimmer die Krüppel auf den Landstraßen, an denen immerfort die Wagen der wohlgenährten, vergnügten Amerikaner vorbeibrausen. Warum quält mich der Anblick so? Warum kann ich mich an unsere Besiegtenrolle so schwer gewöhnen? ...
Im Ruhrgebiet werden Bergleute bestraft, die ihre Zusatzrationen mit ihren hungernden Familien teilen. Andere erscheinen nicht zur Arbeit, weil sie ihre Angehörigen vor Überfällen plündernder Ausländer nicht ungeschützt lassen wollen. ...<<

**06.08.1945**

**WBZ:** US-General Eisenhower erklärt am 6. August 1945 während einer Ansprache an das deutsche Volk (x111/60): >>Unser Programm, den Nationalsozialismus auszumerzen, ist jetzt weit genug fortgeschritten, und die Zeit ist gekommen, um weitere Pläne für die amerikanische Besatzungszone Deutschlands zu machen. Nationalsozialismus und Militarismus in jeder

Erscheinungsform werden ausgerottet. Kriegsverbrecher werden vor Gericht gestellt und der gerechten Strafe zugeführt. Deutschland wird vollkommen entwaffnet. Mit einem Wort: jede Möglichkeit, Krieg vorzubereiten, wird in Deutschland beseitigt.
Jedoch unsere Ziele sind nicht nur negativ. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu demütigen. Wir werden Euch helfen, Euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. ...<<
Feldmarschall Montgomery berichtet am 6. August 1945 in einem Aufruf an die Bevölkerung der britischen Besatzungszone (x111/60): >>Die Alliierten sind dabei, die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie die endgültige Austilgung der Nazi-Partei und ihrer angeschlossenen Verbände restlos zu verwirklichen. ...<<

**Japan:** Die US-Luftwaffe (Oberst Paul W. Tibbets) wirft am 6. August 1945 über Hiroshima erstmalig eine Atombombe ab. Etwa 80.000 bis 90.000 Japaner werden innerhalb von nur einer Minute getötet. Hiroshima wird zu 80 % zerstört.

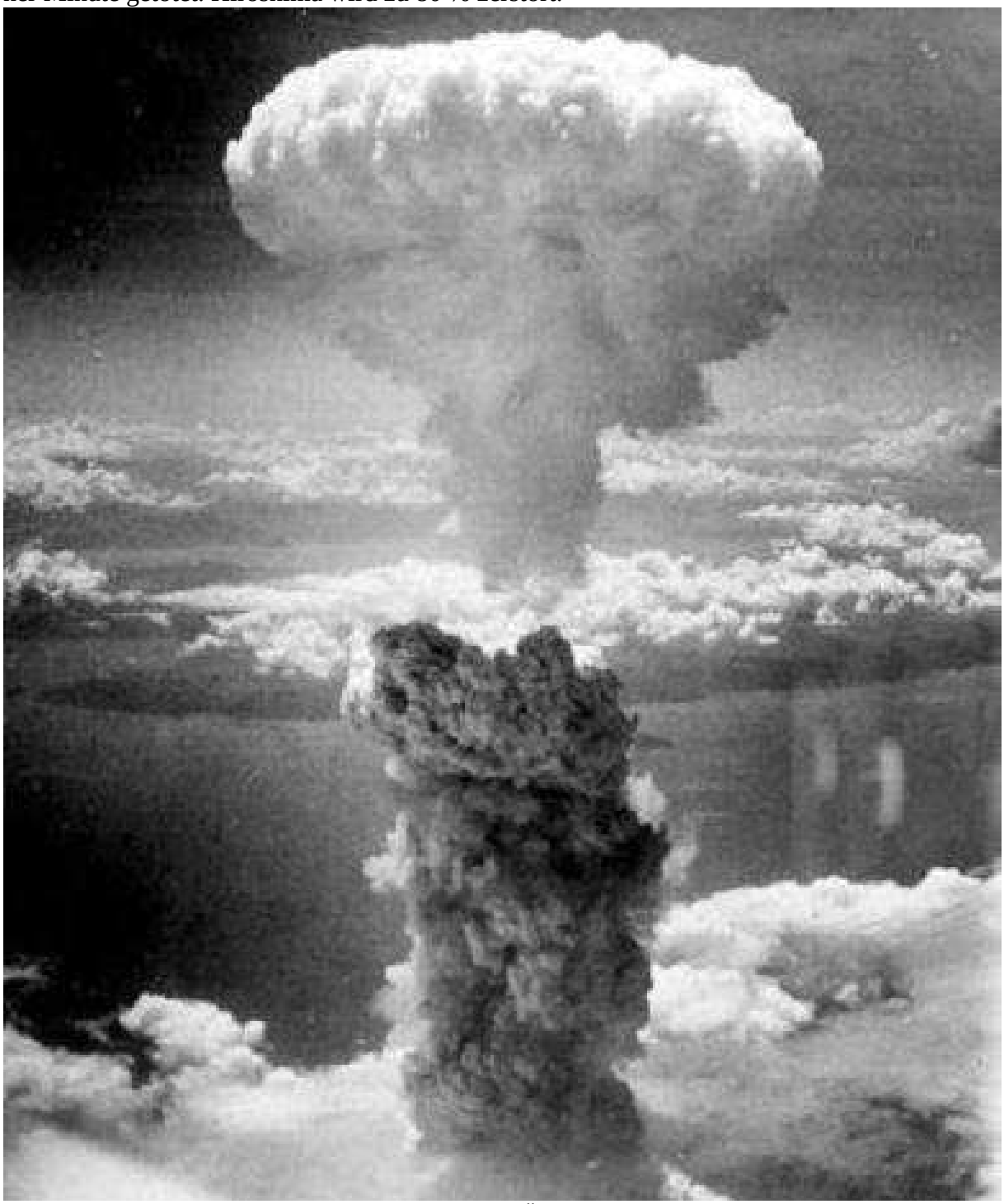


*Abb. 72 (x175/412): USA werfen Atombomben: Über Nagasaki bildet sich ein riesiger Atompilz.*

Der Atombombenabwurf über Hiroshima (nach heutigen Begriffen handelt es sich um eine sehr kleine Atombombe, etwa 12.500 t TNT) fordert mindestens 92.167 Tote und 37.425 Verletzte, die in den folgenden Tagen und Jahren an den Folgen der tödlichen Strahlenschäden sterben (x040/292).

Oberst Paul W. Tibbets (1915-2007, führt als Kommandeur des US-Bombers "Enola Gay" den Atombombenabwurf über Hiroshima durch) berichtet später über seinen Einsatz

(x106/444): >>Ich hasse die Vorstellung, daß "Hiroshima" noch einmal passieren könnte. Aber andererseits: Ich habe nie bereut und mich nie geschämt, denn ich glaubte damals, daß ich meine patriotische Pflicht tat, als ich den Befehlen folgte, die man mir gab. ...<<
Der US-Physiker Philipp Morrison (1915-2005) berichtet später über den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima (x165/470): >>... Die Nachricht von Hiroshima hörten wir vom Flugzeug selbst in einem verschlüsselten Funkspruch. Als sie landeten bekamen wir sie nicht zu sehen. Die Generäle stürzten sich gleich auf sie. Aber dann kamen die Leute mit den Fotos an. Ich weiß, daß ich sie mit Schauder und Entsetzen betrachtete. Wir wußten, daß da etwas Furchtbares entfesselt worden war.
Die Männer feierten an diesem Abend eine große Party, aber wir gingen nicht hin. So gut wie keiner der Physiker ging hin. Wir hatten offensichtlich hunderttausend Menschen getötet, und das war kein Grund zum Feiern. Die Realität konfrontiert uns mit Dingen, von denen wir nichts ahnen können. ...<<
Ein Militärgeistlicher der US-Air Force erklärt später während eines Gespräches mit dem US-Schriftsteller Studs Terkel (x165/495-497): >>... Wir wußten, daß sie eine große Bombe hatten, mehr nicht. Jeden Tag wurden Bombenattrappen abgeworfen. Wohl zur Übung. Mögliche Ziele wurden überflogen. Selbst die Mannschaft der "Enola Gay" wußte nicht, daß sie eine echte Bombe an Bord hatte, bis sie in der Luft war.
Am 6. August verkündete Paul Tibbets über Funk: Es ist soweit, wir werfen die erste Atombombe ab. Da erfuhren wir alle erst, daß es überhaupt eine Atombombe, eine Nuklearwaffe gab. Der Befehl kam direkt aus Washington. Er durchlief keinerlei Kommandokette. ...
Es war üblich, die Mannschaft zu segnen. Nicht das Flugzeug. Und nicht die Bombe. Das wurde mir oft vorgeworfen. Aber die Mannschaft gehörte zu unserer Gemeinde. Sie ging auf eine gefährliche Mission. Das waren doch unsere Jungs, unsere Männer, in Todesgefahr. Ich wußte nicht, daß sie überhaupt eine Bombe abwerfen sollten, bis wir es aus dem Inselfunk erfuhren. Dann der Schock. Plötzlich wurde uns klar, daß 80.000 Menschen bei dieser einen Explosion zu Tode gekommen waren.
Wir lebten auf einer Insel, von der täglich Hunderte von Flugzeugen starteten, um ganze Napalmteppiche abzuwerfen, Hunderttausende von Menschen auszubrennen. Einmal befanden sich 500 Flugzeuge in einer Mission über japanischen Städten. Wir hatten von Dresden und Berlin, Coventry und London gelesen. ... Der Schock bestand darin, daß hier plötzlich ein einziges Flugzeug geschafft hatte, was Hunderte von Bombern nicht geschafft hatten. Ein Flugzeug und eine Bombe hatte eine Stadt dem Erdboden gleichgemacht.
Statt daß ich Entsetzen empfunden hätte, wie es sich für mich als Christ, noch dazu als Pfarrer gehört hätte, rauschte das einfach an mir vorbei. Von anderen Piloten, die von Luftangriffen zurückkamen, hatten wir gehört, wie sie Feuerstürme in Tokio gesehen hatten, wie Hunderttausende verbrannten. Wir hätten damals entsetzt darüber sein sollen, daß das Zivilisten waren. Eigentlich hingen wir der Theorie von Augustinus über den "gerechten Krieg" an: Zivilpersonen durften nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Aber darauf kamen wir überhaupt nicht.
Daß das alles so an uns vorbeiging, liegt wohl daran, daß von den kirchlichen Autoritäten keinerlei Stimmen laut wurden über die Verwerflichkeit wahlloser Bombardements. In Dresden genauso wie in Japan. ...
Um eine moralische Bewertung der Bombardements ging es nie. Wir fanden sie wohl alle entsetzlich, aber unvermeidlich. Denken Sie auch daran, daß wir damals die bedingungslose Kapitulation verlangten. Das verstößt ebenfalls gegen die Prinzipien der Theorie des Augustinus vom "gerechten Krieg": Man darf nicht weiterkämpfen, wenn die gegnerische Seite zur Kapitulation bereit ist. Von "bedingungslos" ist nicht die Rede.
Hätte man auf diesen Begriff verzichtet, wäre die Bombe nicht nötig gewesen. Es gab schon

Friedensansätze. Sie lagen doch auf den Knien. ...
Als ich das mit Hiroshima erfuhr, reagierte ich gespalten. Mein Gott, wie schrecklich, aber auch, mein Gott, jetzt hört der Krieg auf. Endlich kommen die Jungs nach Hause. Millionen Leben sind gerettet. Bei einem Einmarsch in Japan hätten wir eine Million Soldaten verloren.
Als Geistlicher hätte ich jedoch auch so denken sollen: Wir morden kleine Kinder und alte Menschen – wir verbrennen sie. Ich kann mich nicht erinnern, damals irgendeine Schuld empfunden zu haben. ...<<
Der deutsche Historiker Klaus A. Maier berichtet später über die Gründe für den erstmaligen Einsatz der Atombombe gegen Japan (x041/262): >>... Im Frühjahr 1947 legten die amerikanischen Experten die Ergebnisse ihrer Erhebungen vor, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: ... Japan hätte mit Sicherheit vor dem 31. Dezember und aller Wahrscheinlichkeit nach vor dem 1. November 1945 kapituliert, selbst wenn die Atombomben gegen Hiroshima und Nagasaki nicht eingesetzt worden wären, die Sowjetunion nicht in den Krieg gegen Japan eingetreten und eine Invasion des Mutterlandes außer Betracht geblieben wäre.
Die letzte Feststellung provoziert die Frage nach dem politischen Beweggrund des Atomwaffeneinsatzes gegen Japan. US-Kriegsminister Stimson erhoffte sich von der Atomwaffe die Möglichkeit, "die Welt so zu ordnen, daß der Frieden und unsere Zivilisation gerettet werden können".
Anstelle einer "Pax Americana" (amerikanischer Friede) auf der Basis des amerikanischen Atomwaffenmonopols kam es jedoch zu einem neuen, gigantischen Rüstungswettlauf, der schließlich zu einer nuklearen Pattsituation der beiden Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges führte, in der sich die Kontrahenten fortan gegenseitig mit dem eigenen Selbstmord drohen. ...<<

**07.08.1945**

**Berlin:** Probst Grüber schreibt am 7. August 1945 an den britischen Lordbischof von Chichester (x039/229): >>Gott schenke den Christen in aller Welt offene Ohren, die Notschreie der deutschen Menschen zu hören, die auf den Landstraßen sterben und verkommen. - Tausende von Leichen spülen die Oder und die Elbe ins Meer. ... Tausende von Leichen hängen in den Wäldern um Berlin. ... Tausende und Zehntausende sterben auf den Landstraßen vor Hunger und Entkräftung. ... Kinder irren umher, die Eltern erschossen, gestorben, abhandengekommen.<<

**WBZ:** General Eisenhower richtet am 7. August 1945 eine persönliche Botschaft an das deutsche Volk (x114/2.98,105): >>Drei Monate sind seit der Niederlage Deutschlands verstrichen. Wir haben Recht und Ordnung wiederhergestellt und zahlreiche Maßnahmen getroffen, die eine Grundlage bieten, auf der ihr jetzt eure äußersten Kräfte zur Milderung der herrschenden Schwierigkeiten anspannen könnt. ...
Die Militärregierung hat auf vielen Gebieten deutsche Zivilbehörden eingesetzt, damit ihr euch jetzt helfen könnt. Bis die Zeit reif ist, eure eigene Regierung auszuwählen, falls ihr das eure tut, können wir euch anderweitig helfen. ... Verschafft Deutschland wieder Achtung in der Welt. Trotz aller Not braucht Ihr nicht ohne Hoffnung der Zukunft entgegenzusehen. ...<<
>>... Wir werden euch helfen, euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. ... Es wird euch gestattet werden, örtliche Gewerkschaften zu bilden und euch örtlich politisch zu betätigen. Versammlungen zu diesem Zweck dürfen mit Genehmigung der örtlichen Militärregierung abgehalten werden.<<

**Frankreich:** Die französische Regierung stimmt den Potsdamer Beschlüssen - mit Ausnahme der Abschnitte, die sich auf die Erhaltung der Einheit Deutschlands beziehen - nachträglich am 7. August 1945 zu, lehnt es jedoch ab, die französische Besatzungszone für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene zu öffnen (x040/293, x118/31).

**USA:** US-Präsident Truman informiert die Weltöffentlichkeit am 7. August 1945 über den

Atombombenangriff gegen Hiroshima (x149/109): >>Vor 16 Stunden warf ein amerikanisches Flugzeug eine Bombe auf Hiroshima, ein wichtiges japanisches Militärzentrum, ab. Diese Bombe hatte stärkere Kraft als 20.000 Tonnen TNT. Sie hatte die mehr als 2.000fache Sprengkraft des britischen "Grand Slam", der die größte bisher in der Kriegsgeschichte verwendete Bombe ist.
Die Japaner begannen den Krieg in Pearl Habor aus der Luft. Es ist ihnen vielfach heimgezahlt. Und noch hat es kein Ende. Mit dieser Bombe haben wir jetzt eine neue und revolutionäre Steigerung der Zerstörung erreicht, um die wachsende Macht unserer Streitkräfte zu ergänzen. ... Es ist eine Atombombe. Es ist eine Nutzung der Urkraft des Weltalls. Die Gewalt, aus der die Sonne ihre Kraft schöpft, ist gegen jene losgelassen, die den Fernen Osten in den Krieg gestürzt haben.<<
US-Präsident Truman schreibt später über den "militärischen Einsatz" der Atombombe gegen Japan (x243/90): >>... Mir war natürlich klar, daß die Explosion einer Atombombe unvorstellbare Schäden und Menschenverluste zur Folge haben würde. ...
Die endgültige Entscheidung, wo und wann die Atombombe eingesetzt werden sollte, lag bei mir. Eines möchte ich klarstellen. Ich betrachtete die Bombe als militärische Waffe und hatte nie den geringsten Zweifel, daß sie eingesetzt werden sollte. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Trumans Entschluß, die Atombombe gegen Japan einzusetzen (x068/258-260): >>"Die letzte Entscheidung", renommiert er (Truman), "wo und wann die Atombombe einzusetzen war, lag bei mir"; und er ließ keinen Zweifel daran, daß sie "eingesetzt werden müsse". Daß seine "höchsten militärischen Berater" ihm den Einsatz empfohlen haben, war zumindest teilweise gelogen. Denn gerade Trumans Stabschef, Admiral Leahy, hielt die neue Waffe für gar keine Bombe, nicht einmal für Sprengstoff, sondern für "ein giftiges Ding" und wollte nicht glauben, daß man Kriege dadurch gewinne, "daß man Frauen und Kinder tötet."
"Da wir die Ersten waren, die diese Waffe gebrauchten, glaube ich, daß wir eine ethische Norm adoptiert hatten, die uns wieder zu Barbaren des dunkelsten Mittelalters stempelt", die wieder "in die Zeiten Dschingis Khans zurückversetzen" wird.
Ach, die gute alte Zeit!
Dagegen war Churchill, der Edelmann, so begeistert über die Bombe wie der vormalige Kleinwarenhändler. Ein "Albdruck" war jetzt von ihm gewichen, eröffnete sich ihm doch "die helle und tröstliche (!) Aussicht, ein oder zwei zerschmetternde Schläge könnten den Krieg beenden ... Und noch etwas - wir brauchten die Russen nicht mehr ... Jetzt mußten wir von ihnen keine Gefälligkeit mehr erbitten, ... daß meine amerikanischen Freunde ähnlich dachten, unterliegt für mich keinem Zweifel. Ob die Atombombe anzuwenden sei oder nicht, darüber wurde überhaupt nicht gesprochen."
Das war für die Edelmänner selbstverständlich. Dem Briten schien es "ein wahres Wunder der Erlösung, falls es uns wirklich gelang, mittels einiger weniger Explosionen" - oh, der Menschenfreund! Der Ausradierer Dresdens und ungezählter anderer deutscher Städte! - "den Krieg zu beenden."
Doch der Abwurf der Atombombe (sprich: "Wunder der Erlösung") war militärisch gar nicht nötig. Und Churchill, der Heuchler, wußte das genau. Berichtet er ja an anderer Stelle seiner Erinnerungen, daß inzwischen "der mörderische Angriff gegen Japan aus der Luft und zur See pausenlos" weitergegangen sei. "Ende Juni hatte die japanische Kriegsflotte praktisch zu bestehen aufgehört. Auf den japanischen Inseln selber herrschte solches Chaos, daß das Leben beinah stillstand."
Warum also mußte man dann noch, mit priesterlichem Segen natürlich, Hunderttausende von Menschen in Hiroshima und Nagasaki töten? Zumal Churchill gut genug wußte, daß in Japan wieder Prinz Konoye regierte, der den Frieden wünschte. Und natürlich wußte auch Truman,

wie er selbst zugibt, "daß Fürst Konoye im Auftrag des Kaisers von Japan zur Vermeidung weiteren Blutvergießens die Vermittlung Rußlands zur Beendigung des Krieges anrufen wollte."
So verlor Truman keine Zeit mehr. Bereits zehn Tage nach Zündung der "Bombe" am 26. Juli forderte er von Japan ultimativ die bedingungslose Kapitulation. Denn der vorbildliche Familienvater, tiefgläubige Christ, der Mann, der beklagte, daß es "nicht genug Christen" gebe, daß ein "erheblicher Mangel" bestehe "an christlicher Barmherzigkeit", war unbedingt darauf aus, die Atombombe zu werfen. Doch geschah dies nicht, wie immer wieder behauptet wird, zur Beendigung des Krieges. Es geschah viel weniger aus militärischen als aus politischen Gründen.
Es sollte das Eingreifen der Russen in Ostasien verhindern, das in Jalta abgesprochen, jetzt aber nicht mehr erwünscht war. Es sollte den Russen, zwei Tage vor ihrem Einmarsch in die Mandschurei, demonstrieren, daß die Zusammenarbeit und Freundschaft mit ihnen zu Ende sei und die amerikanische Vorherrschaft auch im gesamten pazifischen Gebiet beginne, in der gesamten Welt.
Die Aktion stand somit im Dienst der bereits anti-russischen US-Politik. Sie signalisierte den Sowjets die militärische Überlegenheit des bisherigen Bundesgenossen und kommenden Gegners. Die Russen sollten dadurch überrascht werden, aber auch die Japaner. Denn nirgends wurde in dem - mit russischem Einverständnis - gestellten Ultimatum mit der Atombombe gedroht. Nur ganz allgemein abgefaßt, sollte es sowohl das Überraschungsmoment gegenüber den Russen sichern als auch eine japanische Zustimmung verhindern. Die Bombe sollte nach Trumans Willen fallen.
Und so fiel sie: die erste Bombe am 6. August auf Hiroshima, die zweite am 9. August auf Nagasaki. Mehr hatte Mr. Truman nicht - sonst hätte er vielleicht noch mehr fallen lassen. Denn man muß zeigen, was man hat, muß zeigen, wer der starke Mann, der stärkste ist, wer Hunderttausende von Frauen und Kindern auf die qualvollste Weise krepieren lassen kann.
Und hätte Hitler nicht auch die Bombe geworfen, irgendwohin auf England? Und Roosevelt, ließ er sie zu einem anderen Zweck bauen? Und Churchill, der tausendmal Einverstandene? Wirklich, hätte er nicht, hälftig mit Truman geteilt, den Friedensnobelpreis verdient?
Denn haben sie Japan damit nicht in die Knie gezwungen? Haben sie Japan nicht blitzschnell befriedet - nur zu seinem Vorteil, wie man heute sieht, und natürlich auch zu ihrem? Hitler, den Besiegten, darf man Bluthund schimpfen. Und Stalin, den Bolschewisten.
Doch auch die Sieger, dies steht fest, werden einmal die Besiegten sein - und vielleicht schon früher, als sie heute glauben.<<

**08.08.1945**

**UdSSR:** Stalin erklärt Japan am 8. August 1945 den Krieg (ab 9.08.1945).
Die Sowjetunion setzt im Fernen Osten anschließend rund 1,6 Millionen Soldaten ein. Für einige unbedeutende Kriegshandlungen wird die UdSSR reich belohnt. Die Rote Armee erbeutet in den folgenden Tagen riesige Waffenbestände und sonstiges Kriegsmaterial. Die UdSSR besetzt außerdem den südlichen Teil von Sachalin (28.08.1945) und die Kurilen (1.09.1945). Im sowjetisch-japanischen Krieg fallen rund 84.000 Japaner. Über 600.000 Japaner geraten in sowjetische Gefangenschaft (x040/293-295).
**Großbritannien:** Die 4 Siegermächte beschließen am 8. August 1945 in London ein Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher", das als Grundlage für die "Nürnberger Prozesse" (Internationaler Militärgerichtshof in Nürnberg) dient.
Zur Ahndung von NS-Straftaten werden im "Londoner Statut" vom 8. August 1945 die völkerrechtlichen Begriffe "Verbrechen gegen den Frieden", "Kriegsverbrechen" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" definiert.

Der Anklagepunkt 3 lautet wie folgt (x044/192): >>In gewissen besetzten Gebieten, als von Deutschland annektiert ausgegebenen Gebieten zielten die Bestrebungen der Angeklagten methodisch und fortgesetzt darauf ab, diese Gebiete politisch, kulturell, sozial und wirtschaftlich dem Deutschen Reich anzugleichen. Die Angeklagten bemühten sich, den bisherigen Volkscharakter dieser Gebiete zum Verschwinden zu bringen.
In Verfolgung dieses Planes und Bestrebens deportierten die Angeklagten gewaltsam Einwohner, die überwiegend nicht-deutsch waren, und brachten dafür Tausende von deutschen Siedlern in die betreffenden Gebiete. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Londoner Abkommen" (x051/361): >>Londoner Abkommen (auch Londoner Charta), Vereinbarung zwischen Großbritannien, den USA, der UdSSR und der provisorischen Regierung von Frankreich über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen "Achse" vom 8.8.45.
Dem Londoner Abkommen war ein Statut für den in Ausführung des Abkommens zu bildenden Gerichtshof angeschlossen, das dessen Verfassung, Zuständigkeit und allgemeine prozessuale Grundsätze regelte (Nürnberger Prozesse).<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/597): >>Verbrechen gegen den Frieden, neben Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation Hauptanklagepunkt bei den Nürnberger Prozessen vor dem Internationalen Militär-Tribunal (IMT) und anderen Gerichten gemäß Kontrollratsgesetz (KRG) Nr. 10 vom 20.12.45.
Nach der Anlage zum Londoner Abkommen vom 8.8.45, dem Statut für das IMT, waren folgende Handlungen als Verbrechen gegen den Frieden anzusehen: "Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen oder Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen".
Im Wesentlichen stimmte diese Definition mit der entsprechenden im KRG Nr. 10 überein, wobei jedoch in letzterer hervorgehoben wurde, daß die Aufzählungspunkte "nicht als erschöpfende Beispiele" anzusehen sind.
Die Verteidigung wandte gegen den Anklagepunkt ein, er schaffe rückwirkend einen Straftatbestand und verletze damit den Grundsatz "nulla poena sine lege" (keine Strafe ohne gesetzliche Strafbarkeit zur Tatzeit).
Das IMT aber hielt daran fest mit dem Verweis auf den "Fortschritt des völkerrechtlichen Gewohnheitsrechts" und auf die Kriegsächtung im Kellogg-Pakt von 1928.<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über "Kriegsverbrechen" nach dem IMT-Statut (x051/334): >>Kriegsverbrechen, Verletzung der Kriegsgesetze und Kriegsgebräuche; einer der vier Hauptanklagepunkte bei den Nürnberger Prozessen gemäß Kontrollratsgesetz (KRG) Nr. 10.
Die Verhaltensmaßnahmen der Kriegführenden ergeben sich aus völkerrechtlichen Abkommen, Gewohnheitsrecht und allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Die diese Regeln verletzenden Handlungen sind Kriegsverbrechen.
Nach dem Statut für das IMT, dem Anhang zum Londoner Abkommen vom 8.8.45, fallen hierunter, "ohne darauf beschränkt zu sein: Mord, Mißhandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten oder Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung". Das KRG Nr. 10 wiederholte diese Begriffsbestimmung, erläuterte jedoch eingangs, welche Rechtsgüter durch Gewalttaten verletzt sein

müssen: Leib, Leben oder Eigentum.
Obwohl die UdSSR Signatarmacht des Londoner Abkommens war und das KRG Nr. 10 als Besatzungsmacht mit erlassen hatte, erfuhr der Begriff des Kriegsverbrechens in ihren Verfahren infolge einer besonderen Völkerrechtsbewertung eine Ausweitung, die der internationalen Auffassung nicht mehr entsprach. Bestraft werden konnte jeder deutsche Soldat, der am Rußlandfeldzug teilgenommen hatte.
Nach dem Zweiten Weltkrieg sind allein die Kriegsverbrechen der Unterlegenen geahndet worden, die Völkerrechtsverletzungen der Sieger blieben ungesühnt.<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (x051/597): >>Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einer der vier Hauptanklagepunkte bei den Nürnberger Prozessen vor dem Internationalen Militär-Tribunal (IMT) und den Nachfolgeprozessen gemäß Kontrollratsgesetz (KRG) Nr. 10 vom 20.12.45.
Als Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden Akte eingestuft, die der unterschiedlosen und systematischen Zerstörung von Leben und Freiheit dienen (so Gerichtshof II der USA im Urteil vom 10.4.48).
Nach der Anlage zum Londoner Abkommen vom 8.8.45, dem Statut für das IMT, fielen hierunter: "Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht".
Im KRG Nr. 10 befindet sich in Artikel II eine entsprechende Aufzählung, wobei jedoch hervorgehoben wird, daß sie nicht als erschöpfend anzusehen ist.<<

**09.08.1945**

**USA:** In einem Rundfunkbericht teilt US-Präsident Truman am 9. August 1945 erstmalig offiziell mit, daß der verstorbene US-Präsident Roosevelt bereits während der Jalta-Konferenz (4.-11.02.1945) der Abtretung von ostpreußischen Gebieten an Polen zugestimmt hat (x028/-177): >>... Das Territorium, das die Polen verwalten sollen, wird Polen ermöglichen, seine Bevölkerung besser zu unterhalten. Es wird eine kurze und besser zu verteidigende Grenze zwischen Polen und Deutschland schaffen. Von Polen besiedelt, wird es zu einer homogeneren Nation führen.<<
**Japan:** In Nagasaki fordert die 2. Atombombenexplosion (Abwurf durch US-Major Sweeney) am 9. August 1945 über 40.000 Todesopfer und 60.000 Verletzte, die größtenteils tödlich verstrahlt werden (x040/293).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Abwurf der Atombombe auf Nagasaki (x068/261-263): >>Den Angriff auf Nagasaki hat William L. Laurence, Korrespondent der "New York Times" und "hochqualifizierter Spezialist für Berichte über wissenschaftliche Forschungen" als Augenzeuge mit viel Emphase festgehalten. Er flog mit einer der drei "besonders zu diesem Zweck ausgewählten Superfestungen vom Typ B-29". Nur die "Führermaschine" mit dem herrlichen Namen "The Great Artiste" hatte die Atombombe an Bord. (Die US-Amerikaner haben viel Sinn für solche Namensgebungen, viel sprachliches Fingerspitzengefühl, sozusagen).
Die Atombombe, "dieser Meteor von Menschenhand", war bis zuletzt "sorgsam vorbereitet" worden und nur eine "kleine ausgesuchte Gruppe von Wissenschaftlern und Offizieren" bei "dem Ritual der Verladung" zugegen. Der Korrespondent der "New York Times" bemerkte "fast etwas Feierliches um diesen kleinen 'Gegenstand', Millionen konzentriertester geistiger Arbeit sind auf seine Planung und Verwirklichung verwandt worden, zweifellos eine der größ-

ten intellektuellen Anstrengungen der Geschichte".
Und sollte all dies umsonst gewesen sein?! Zumal drei Tage zuvor die Bombe auf Hiroshima schon wirklich gute Arbeit geleistet hatte, "eine so vernichtende Wirkung". Und die zweite war noch "ein neuer, etwas verbesserter Typ".
... "Das Schicksal hatte Nagasaki zum endgültigen Ziel bestimmt. Es hatte Nagasaki zum Untergang verurteilt". Etwas Flakfeuer der Japse, dem man "elegant" ausweicht. "Gespannt" beobachtet Mr. Laurence die Manöver der "Führermaschine" eine halbe Meile voraus. "Da fällt sie! rief irgend jemand, ich weiß nicht mehr, wer. Aus dem Rumpf der "Great Artiste" löste sich ein schwarzer Gegenstand und purzelte nach unten".
Und jetzt wird es schön, nur noch schön. Und ganz lebendig. Fasziniert sieht Mr. Laurence "den Meteor, der aus der Erde zu steigen schien, anstatt vom Himmel zu fallen, und ein eigenes unheimliches Leben annahm, je höher er durch die weißen Wolkenberge emporkletterte. ... Es war ein Lebewesen, ein neues Geschöpf ..." ... Man sah noch aus einer Entfernung von 200 Meilen "wie ein ungeheures, prähistorisches Geschöpf mit einer riesigen weißen Halskrause, die sich endlos ausbreitete, so weit das Auge reichte ..."
Pulitzer-Preis , wahrhaftig. Gratulation Mr. Laurence, Gratulation!
Die Größe ihrer moralischen Niederlage durch die Benutzung der Atombombe als Angriffswaffe, meinte man Jahrzehnte später über die Anglo-Amerikaner, sei "noch nicht zu ermessen". Noch nicht? Wann denn? Wenn die USA einmal so am Boden liegen wie einst die Japaner?
"Jedenfalls", schreibt Ladislaus Singer, immerhin "nahm ihnen dieser abscheuliche Akt jede Berechtigung, in Nürnberg oder Tokio als Ankläger gegen andere Kriegsverbrecher aufzutreten, waren die deutschen Judenvergaser und Massenmörder und kriegslüsternen Japaner doch nur ihre Kollegen. Daß die Mörder von Katyn und Vernichter von Dresden als Richter dabeisaßen, ergänzte nur stilvoll das makabre Bild".
Präsident Harry Truman büßte, wie er selbst bekannte, beim Gedanken an die Toten durch die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki keine Nachtruhe ein. Der Präsident schlief gut. Präsidenten haben dicke Häute, sonst werden sie nicht Präsidenten. Die japanischen Toten, sagte der ehrenwerte Präsident, seien nur "savages" gewesen, "Wilde" und mit denen haben Amerikaner immer kurzen Prozeß gemacht. ...<<
Der schweizerische Journalist Gerd Josef Weisensee berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 2001 über das Drama von Nagasaki am 9. August 1945 (x853/...): >>... Obwohl Japan bereits über die Kapitulation verhandeln wollte, kam es noch zu den Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki. Aus den USA war bislang nur zu hören, daß die Atom-Abwürfe am 6. August über Hiroshima und am 9. August 1945 über Nagasaki militärisch absolut sinnvoll gewesen seien. Inzwischen beginnen aber selbst amerikanische Journalisten und Historiker, dies anzuzweifeln.
Die offizielle Haltung geht dahin, daß die Alternative zu den zwei Atombomben die Besetzung Japans auf konventionelle Weise gewesen wäre. Dies hätte den Tod von 250.000 amerikanischen Soldaten und von mehr als einer Million Japanern bedeutet. Die USA habe damals nur drei Atombomben gehabt; eine wurde zu Testzwecken verwendet und nur zwei konnten militärisch verwendet werden. Eine vierte stand kurz vor der Fertigstellung.
... Ende Juli 1945 hatten Militärs und Leiter des "Manhattan Project" 4 Atombomben-Ziele benannt. Eines war Hiroshima, ein Industrie-Zentrum für Japans Armee und Marine. Das zweite war Kokura, Sitz der größten Munitionsfabriken des Landes. Das dritte war Niigata, ein großer Hafen mit Öl-Raffinerie, Tanker-Terminal und Stahlwerken. Das vierte Ziel war die alte Kaiserstadt Kyoto, damals ein großes Industrie-Zentrum mit Fabriken für Artillerie, Maschinen und Flugzeuge.
Nun aber geschah das Erstaunliche: Kriegsminister Henry Stimson, der bekanntlich den Weg

zum Angriff auf Pearl Harbor vorbereitete, indem er vor dem Krieg zusammen mit Cordell Hull, dem Außenminister, ein internationales Embargo gegen Japans Öl-Versorgung durchgesetzt hatte, strich Kyoto von der Ziel-Liste und ersetzte es durch Nagasaki.
Am Tage des Bomben-Abwurfs behauptete die "New York Times", Nagasaki sei von der Industrie her gesehen wichtiger als Hiroshima. Tatsächlich aber hatte die mittelgroße Stadt Nagasaki nur einen guten Tiefsee-Hafen, während die industrielle Stellung unbedeutend war. In der Nähe von Nagasaki lag eine große Mitsubishi-Werft, die von der Atombombe aber nicht erreicht werden konnte. ...
Die Plutonium-Bombe mit dem Namen "Fat Man" (fetter Kerl) fiel aus dem Schacht des B-29-Bombers um 12.02 Uhr, während unten in der Hitze des Augusts Ordensschwestern und alte Leute kniend beteten. Die B-29 trug den sinnigen Namen "Bock's Car" - deutsch: "Wagen des Teufels". ...
Die von Menschenhand geschaffene Sonne zündete etwa 500 Meter über dem Boden. Die Explosion löste eine Schockwelle aus, die mit einer Geschwindigkeit von 2.000 km/Stunde die dicht bewohnten Hütten wie mit einer Riesenfaust geradezu pulverisierte. Der Lichtblitz der Bombe brannte das Fleisch von den Knochen, ließ beides verdampfen, bevor auch nur ein Schrei die wegschmelzenden menschlichen Lippen erreichen konnte. Wenige hundert Meter vom Explosionszentrum entfernt stand die Urakami-Kathedrale. ...
In Sekunden-Bruchteilen wurde Staub aus der Kathedrale und all ihren Heiligen-Figuren. Alle Beter darin verbrannten. Grosse Statuen von Jesus und Maria verfärbten sich schwarz.
Die Bombe - weit größer als die von Hiroshima - hatte eine Explosionskraft von 21.000 Tonnen TNT; sie zerstörte alles in einem Umkreis von 2 km. Tausende von Holzhäusern verschwanden zusammen mit ihren Bewohnern in der Glut des Atompilzes. In diesem Moment starben 73.884 Menschen, darunter etwa jeder 10. ein Katholik. Weitere 75.000 waren erblindet, erlitten komplette Hautverbrennungen oder wurden von den orkanartigen Winden oder dem kilometerweiten Feuersturm oder zusammenstürzenden Gebäuden verbrannt oder erschlagen.
Tausende starben in den folgenden Tagen oder Monaten aufgrund der erlittenen Strahlung. Wie ein Berichterstatter über die Zerstörung der Kathedrale schrieb, tötete mit dieser Atombombe die Truman-Regierung ironischerweise mehr Christen als in Japan in den Verfolgungen umkamen.
Es stellt sich daher die Frage, wie es amerikanische Journalisten heute tun, warum haben gewisse Politiker in der New Deal-Regierung von Roosevelt und Truman das Ziel für die zweite Atombombe geändert? Warum zerstörten sie das militärisch so unbedeutende Nagasaki? Warum verwandelten sie Christen in atomare Asche? Den Entscheid traf Kriegsminister Henry Stimson und er war führendes Mitglied in der Totenkopf-Loge (Skull and Crossed Bones). ...
William L. Laurence gehörte zur Mannschaft, welche die Atombombe nach Japan flog und sie über Nagasaki zur Zündung brachte. Er berichtete:
Wir flogen in südlicher Richtung die Meeresstrasse entlang und erreichten die Küste um 11.33 Uhr. Von hier nahmen wir direkt Kurs auf Nagasaki. Über dem Zielgebiet kreisten wir eine Weile, bis wir eine Lücke in der Wolkendecke fanden. Es war 12.01 Uhr. Wir hatten das Ziel unseres Unternehmens erreicht.
Ein ungeheurer Blitz zuckte auf und tauchte die Kabine in grelles weißes Licht. ... Eine gewaltige Druckwelle packte unseren großen Vogel und ließ ihn vom Bug bis zum Schwanz erzittern. Die Beobachter sahen einen riesigen Feuerball, der aus der Erde zu wachsen schien und gewaltige weiße Rauchringe ausstieß. Dann sahen wir eine riesenhafte purpurrote Feuersäule, die mit rasender Geschwindigkeit emporstieg. Nur 25 Minuten waren vergangen. Es war wie ein Lebewesen, ein neues Geschöpf, das vor unseren erschrockenen Augen geboren wurde.

Sein Fuß war dunkelbraun, die Mitte bernsteinfarbig und der Kopf weiß. Aber es war ein lebendiger Totempfahl mit vielen eingeschnitzten Dämonenmasken, die Grimassen zur Erde schnitten.
Der Pilz war noch lebendiger als die Säule, er kochte und siedete und zischte in einem Strahl von sahnigem Schaum empor, breitete seinen Schirm aus und senkte sich langsam zur Erde. Es war wie der Ausbruch vieler tausend uralter Geister, die sich in einem einzigen Strahl vereinigt hatten. Das Geschöpf schien sekundenlang in elementarer Wut zu kämpfen, als wolle es sich von seinen Fesseln befreien. Dann brach es aus, und mit urgewaltiger Kraft reckte es sich mit rasender Geschwindigkeit zu einer Höhe von über 60.000 Fuß auf. ...<<
Der nordamerikanische Ökonom und Diplomat John Kenneth Galbraith (1908-2006) schreibt später über den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki (x165/172-173): >>...
Die Bombe hat den Krieg mit Japan nicht beendet. Das wurde von unseren Gutachtern sorgfältig untersucht. Der verantwortliche Leiter in Japan war Paul Nitze, dem man gewiß keine Voreingenommenheit unterstellen konnte. ...
Die Schlußfolgerung der Monographie "Japans Struggle to End the War" lautet, daß der Krieg durch die Bomben höchstens zwei, drei Wochen früher zu Ende ging. Die Entscheidung aus dem Krieg auszusteigen, war längst gefallen.
Die japanische Bürokratie war außerordentlich schwerfällig, es dauerte einige Zeit, bis die Entscheidung in die Tat umgesetzt wurde. ... Die Entscheidung war in Washington nicht bekannt. Die Bombe hat wie gesagt, den Krieg nicht beendet, aber als der Befehl zum Abwurf aus Washington kam, wußte man dort nicht, daß der Krieg bereits dem Ende zuging. ...<<

**10.08.1945**

**SBZ:** NKWD-Einheiten übernehmen am 10. August 1945 das ehemalige NS-Konzentrationslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg. Im "Speziallager Nr. 7" werden 6 Tage später 2.000 deutsche Häftlinge aus Berlin-Hohenschönhausen und Weesow interniert (x126/91).
Der ehemalige Leiter des Beerdigungskommandos des sowjetischen Internierungslagers Sachsenhausen berichtet später (x026/97): >>Die Verstorbenen wurden auch in Sachsenhausen der Bequemlichkeit halber zunächst in Bombentrichtern "beigesetzt", und zwar an der Chaussee, die zum Bahnhof Sachsenhausen führt. Dort wurden später im Walde die Menschen verladen, die man in die UdSSR verschleppte. Man bepflanzte die Totenlöcher mit Kiefern. ...
Schmachtenhagen bei Sachsenhausen/Oranienburg war der neue Beerdigungsort. Dort hatte man eine Waldschneise geschlagen. Ein Trecker brachte Nacht für Nacht die beladenen Anhänger dorthin. Weit in der Umgebung hörte man den uralten Lanz-Trecker donnern, wenn er mit seiner unheimlichen Last durch die Nacht rasselte. Die Barackenposten an den Türen wikkelten sich fester in den Mantel, der für diesen Dienst extra gestellt wurde, und lauschten dem Tod.
Immer dieselben Männer waren es, die in Schmachtenhagen tätig sein durften; denn es mußte geheimnisvoll bleiben, was dort geschah. Die Totengräber sollten bei ihrer Tätigkeit nicht auffallen, es sollten keine Totenzahlen bekannt werden, die Hunger-Henker scheuten die Verantwortung für das Ausmaß der Vernichtung. ...<<
**WBZ:** Da in München die Geschlechtskrankheiten dramatisch steigen, stellt die US-Militärbehörde am 10. August 1945 erstmals das neue Heilmittel Penicillin zur Verfügung (x111/62).
**Japan:** Die japanische Regierung bietet am 10. August 1945 die bedingungslose Kapitulation an.

**12.08.1945**

**SBZ:** NKWD-Einheiten übernehmen am 12. August 1945 das ehemalige NS-Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Im "Speziallager Nr. 2" werden zunächst Häftlinge aus den NKWD-Gefängnissen Weimar, Erfurt, Jena und Arnstadt interniert (x126/172).
Walter Ulbricht berichtet später über die Internierung von Sozialdemokraten und anderen po-

litischen Gegnern (x111/69): >>... Die Gegner der Einheitsbewegung wurden isoliert.<<
**WBZ:** Der US-Geheimdienst berichtet am 12. August über die politische Einstellung der deutschen Bevölkerung in der nordamerikanischen Zone (x111/63): >>... Bei mehr als 90 Prozent der Befragten zeigt sich eine politische Müdigkeit. Sie ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen überzeugt ist, Politik werde in Zukunft über die Köpfe der Deutschen hinweg gemacht werden.
Dreiundsiebzig Prozent der Befragten glauben nicht an eine deutsche Selbstbestimmung innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre.
Auf die Frage: Warum wollen Sie nichts von Politik wissen? antworteten 67 Prozent: Weil Politik zum Krieg führt.
Vielfach wird die Meinung vertreten, daß der wirtschaftliche Neubeginn ohnedies keinen Sinn habe.<<
**UdSSR:** Radio Moskau meldet am 12. August 1945 die Hinrichtung von ausgelieferten Kriegsgefangenen (x133/417-418): >>Innerhalb der letzten Tage hat das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofs der UdSSR die Anklagen gegen (die Offiziere) Andrei A. Wlassow, Malyschkin, Schilenkow, Truchin, Sakutny, Blagoweschtschenski, Malzew, Bunjatschenko, Swerew, Korbukow und Schatow gehört.
Sie sind des Hochverrats, der Spionage und der Terroraktionen gegen die UdSSR als Agenten des deutschen Spionagedienstes angeklagt ...
Alle Angeklagten haben ihre Schuld gestanden und wurden ... zum Tode verurteilt. Die Urteile sind vollstreckt worden.<<

**13.08.1945**

**WBZ:** In Bayern löst die US-Militärregierung am 13. August 1945 die Versorgungsämter auf. Sämtliche Rentenzahlungen an Kriegsopfer und Hinterbliebene werden daraufhin eingestellt (x111/63).

**14.08.1945**

**Japan:** Kaiser Hirohito verkündet am 14. August 1945 in einer Rundfunkansprache die Kapitulation Japans (x044/220): >>... Obwohl alle ihr Bestes getan haben, trotz der Tapferkeit der Land-, See- und Luftstreitkräfte, trotz der weisen und umsichtigen Arbeit der Regierung und trotz der Hingebung Unseres Hundertmillionenvolkes hat sich der Krieg nicht zum Vorteil Japans entwickelt, vielmehr hat sich die allgemeine Entwicklung gegen die Interessen Japans gerichtet.
Darüber hinaus hat der Feind begonnen, eine neue und höchst grausame Bombe zu verwenden, deren Wirkung ganz unabsehbar ist und die das Leben vieler Unschuldiger aufs Spiel setzt.
Wir kennen das Gefühl Unserer Untertanen. Die Erfordernisse der Zeit und des Schicksals haben Uns veranlaßt, den Weg zum Frieden für alle Generationen der Zukunft zu beschreiten, unter Erduldung alles dessen, was erduldet werden kann. Unsere ganze Anstrengung muß dem Aufbau der Zukunft gewidmet sein. ...<<

**15.08.1945**

**Frankreich:** Henri Petain (1856-1951, französischer Marschall und Politiker, Regierungschef der "Vichy-Regierung") wird am 15. August 1945 mit 14 zu 13 Richterstimmen als Kollaborateur zum Tod verurteilt. Aufgrund seines hohen Alters wird Petain jedoch später begnadigt (Festungshaft auf der Insel Yeu).
**USA:** Die japanische Kapitulation wird am 15. August 1945 angenommen. Der Zweite Weltkrieg ist damit beendet (Siegestag der Alliierten VJ-Day = Sieg über Japan).

## Die Verluste des Zweiten Weltkrieges von 1939-1945

### Die Bevölkerungsverluste des Zweiten Weltkrieges

Das erschütternde Ergebnis des Zweiten Weltkrieges waren Millionenverluste an Toten, Vermißten und Verletzten. Von 1939-45 forderte der Zweite Weltkrieg mehr als 51 Millionen Todesopfer und mehr als 35 Millionen verwundete Soldaten und verletzte Zivilisten. Von den ca. 110 Millionen Soldaten, die während des Zweiten Weltkrieges kämpften, starben über 28 Millionen im Kampf oder kamen in der Kriegsgefangenschaft um.

Die Kriegsverluste der deutschen Wehrmacht (einschließlich der in Gefangenschaft Gestorbenen) betrugen (x016/78-79, x041/152): rund 4.580.000 Tote (Deutsches Reich = 3.492.000, deutsche Ostgebiete = 656.000 und deutsche Siedlungsgebiete im Ausland = 432.000 tote Soldaten). Im Deutschen Reich zählte man 1,2 Millionen Kriegerwitwen (x053/135).

2.010.000 deutsche Soldaten und Zivilisten, die durch die "moderne Kriegsführung" verwundet oder dauernd kriegsbeschädigt wurden, waren mehrheitlich nicht mehr arbeitsfähig (x129/106).

**Bevölkerungsverluste des Zweiten Weltkrieges**

| **Land** | **Verluste der Soldaten und Kriegsgefangenen** | **Verluste der jüdischen Bevölkerung 3)** | **Verluste der restlichen Zivilbevölkerung** | **Verluste, insgesamt** | |
|---|---|---|---|---|---|
| Deutsche Ostprovinzen | 656.000 | . | . | 656.000 | |
| Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland | 432.000 | . | . | 432.000 | |
| Mittel- und Westdeutschland | 3.492.000 | 170.000 | 500.000 | 4.162.000 | |
| Deutsches Reich, insgesamt | **4.580.000** | **170.000** | **500.000** | **5.250.000** | 1) |
| | | | | | |
| Sowjetunion | 13.600.000 | 1.500.000 | 5.500.000 | 20.600.000 | |
| Polen | 320.000 | 2.800.000 | 2.900.000 | 6.020.000 | 2) |
| Jugoslawien | 410.000 | 55.000 | 1.225.000 | 1.690.000 | |
| Frankreich | 340.000 | 90.000 | 380.000 | 810.000 | |
| Ungarn | 140.000 | 200.000 | 80.000 | 420.000 | |
| Großbritannien | 324.000 | - | 62.000 | 386.000 | |
| Rumänien | 178.000 | 425.000 | . | 603.000 | |
| Österreich | 250.000 | 40.000 | 42.000 | 332.000 | |
| Italien | 171.000 | 15.000 | 144.000 | 330.000 | |
| Tschechoslowakei (CSR) | - | 260.000 | 10.000 | 270.000 | |
| Niederlande | 12.000 | 90.000 | 108.000 | 210.000 | |
| Griechenland | 20.000 | 60.000 | 80.000 | 160.000 | |
| Belgien | 12.000 | 40.000 | 36.000 | 88.000 | |
| Finnland | 84.000 | . | . | 84.000 | |
| Bulgarien | 20.000 | 7.000 | . | 27.000 | |
| Norwegen | 9.000 | 1.000 | . | 10.000 | |
| Luxemburg | - | 3.000 | . | 3.000 | |
| Dänemark | 1.000 | . | . | 1.000 | |
| Estland, Lettland und Litauen | . | 222.000 | . | 222.000 | |
| Europa, insgesamt | **20.471.000** | **5.978.000** | **11.067.000** | **37.516.000** | |
| | | | | | |
| USA | **259.000** | - | - | **259.000** | |
| Japan | **1.200.000** | - | **600.000** | **1.800.000** | |
| Ostasien | **6.400.000** | - | **5.400.000** | **11.800.000** | |
| | | | | | |
| Verluste, insgesamt | **28.330.000** | **5.978.000** | **17.067.000** | **51.375.000** | |

Quellen: x016/78-79, x026/73-75, x033/621, x041/152, x061/482,496, x092/928.

1) Die reichs- und volksdeutschen Nachkriegsverluste sind in diesen Verlusten nicht enthal-

ten. Nach offiziellen Angaben kommen in den Jahren 1939-45 im gesamten Deutschen Reich 441.500 (abzüglich 11.500 Luftkriegstote) deutsche Zivilisten durch Kriegseinwirkungen um (x016/78).
Nach Unterlagen des State Departments fordert allein der anglo-amerikanische Luftangriff gegen Dresden ca. 250.000 Todesopfer (x129/106).
2) Davon sind 4,2 Millionen Zivilisten aus Westpolen und 1,5 Millionen Zivilisten aus den von der UdSSR annektierten polnischen Ostgebieten (x041/152).
3) Zusammenstellung des "Instituts für jüdische Probleme", New York (x129/69).
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das Ende des Zweiten Weltkrieges (x051/666): >>... (Zweiter Weltkrieg) ... Mit der deutschen (8.5.45) und der japanischen Kapitulation (2.9.45) endete ein Weltkrieg, in dem die Sowjetunion (etwa zehn bis 13 Millionen Soldaten und sieben Millionen Zivilisten) und in gewissem Abstand Polen (fünf bis sechs Millionen Kriegstote, davon rund drei Millionen Juden, d.h. insgesamt 20 % der Bevölkerung) und Deutschland (3,8 Millionen Soldaten und 1,65 Millionen Zivilisten) den weitaus höchsten Blutzoll zu entrichten hatten.
Während die Niederlage 1918 nach dem Rückzug der USA in die machtpolitische Isolation und der Selbstisolierung der revolutionären Sowjetunion dem besiegten Deutschland in der Mitte Europas die staatliche Einheit und alle Möglichkeiten für einen Wiederaufstieg zur Großmacht innerhalb relativ kurzer Frist beließ, führte nach 1945 die schnelle Entfremdung zwischen den Siegermächten (17.7.-2.8.45 Potsdam) zur Teilung der Welt in zwei Machtblöcke und an der Nahtstelle dieser Blöcke in Mitteleuropa zur faktischen Auslöschung des deutschen Nationalstaates nur 75 Jahre nach seiner Etablierung durch Bismarck 1870/71.<<

**Sowjetische Bevölkerungsverluste**

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45") wurden sowjetische Verluste in Höhe von 20 Millionen Menschen angegeben (x047/318). Bei den bisherigen historischen Auswertungen (Bevölkerungsstatistiken, wissenschaftliche Berechnungen etc.) prüften die sowjetischen Statistiker bisher anscheinend noch nicht, wie viele dieser sowjetischen Todesopfer eigentlich Stalins internen "politischen Säuberungen" und Racheaktionen (sog. "Volksverräter") zugeordnet werden müssen.
Die sog. "offiziellen Verluste" der UdSSR des Zweiten Weltkrieges enthalten mit großer Wahrscheinlichkeit viele Todesopfer, die während oder nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch Stalinisten getötet wurden. In diesen "Kriegsverlusten" sind vermutlich auch die Deportationsverluste der Rußlanddeutschen, Ukrainer, Esten, Letten, Litauer, Kaukasier, Kalmücken und Krim-Tataren enthalten (x025/259).
Nach dem Kriegsende verschleppten die Sowjets insgesamt rd. 5,5 Millionen ehemalige Staatsbürger der UdSSR (Kriegsgefangene, Fremdarbeiter, volksdeutsche Flüchtlinge, Antikommunisten, Emigranten, Kosaken, Soldaten der Wlassow-Armee) nach Sibirien. Allein in den westdeutschen Besatzungszonen lieferten die nordamerikanischen und britischen Besatzungstruppen nach dem Kriegsende ca. 2,27 Millionen ehemalige Sowjetbürger gegen ihren Willen an die UdSSR aus. Da die Ausgelieferten wußten, welches Schicksal sie erwartete, mußte man sie meistens mit brutaler Gewalt an die Sowjets übergeben (x026/21).
Die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd. V.), berichtet später über die Verluste des Zweiten Weltkrieges (x047/318): >>... Der Zweite Weltkrieg war der verheerendste und blutigste aller Kriege. Er forderte über 50 Millionen Tote. In allen kriegsführenden Ländern wurden materielle Werte von mehr als 316 Mrd. Dollar vernichtet.
Die Sowjetunion hatte die Hauptlast des Krieges zu tragen. Sie verlor 20 Millionen Menschen,

1.710 Städte, 70.000 Dörfer und 32.000 Industriebetriebe wurden zerstört. Damit erbrachte sie die schwersten Opfer. Sie spielte bei der Zerschlagung des deutschen Faschismus und japanischen Militarismus die Hauptrolle. ... Von den sowjetischen Streitkräften wurden 607 Divisionen und von den Alliierten 176 Divisionen der Länder des faschistischen Blockes zerschlagen oder gefangengenommen. Deutschland verlor an der sowjetisch-deutschen Front 10 Millionen Mann (Gesamtverluste – 13,6 Millionen Mann) und 75 % der Kampftechnik und Waffen. ...<<

Der britische Historiker Nikolai Tolstoy schrieb später in seinem Buch "Stalin's Secret War", daß Stalins Terror gegen die eigene Bevölkerung (Systemgegner, sowjetische Nationalitäten und andere Minderheiten) ungezählte Opfer forderte. Mehr als 50 % aller Zivilisten, die in den Jahren 1941-45 in der UdSSR umkamen, sollen Opfer der stalinistischen Verfolgungs- und Umsiedlungsaktionen geworden sein (x025/113).

Nach systematischer Analyse der 20 Millionen "Kriegsopfer" der Sowjetunion kommt Nikolai Tolstoy später zu folgendem Ergebnis (x026/22): >>Es ist offenkundig, daß die Todesfälle, die den Deutschen unmittelbar zuzuschreiben sind, nur ein Drittel, höchstens die Hälfte der sowjetischen Gesamtverluste an Menschenleben in den Jahren 1939-1945 ausmachen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die sowjetischen Bevölkerungsverluste (x025/113): >>... Die große Leidensfähigkeit des russischen Volkes war schon durch Lenins Terrorregime auf eine harte Probe gestellt worden. Diese Zeit liegt zwar heute weit zurück, aber gerade darum sollte man mit Solschenizyn immer wieder daran erinnern, daß noch zu Lebzeiten Lenins so viele Unschuldige umgebracht wurden wie später in Hitlers Machtbereich (daß diese Tatsache nicht den Nationalsozialismus entlastet, sondern den Kommunismus belastet, bedarf keiner Betonung).

Weitere Millionen starben unter Stalin in Lagern, bei Deportationen, bei Säuberungen in Partei und Armee und im Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. Churchill gegenüber gestand Stalin am 16.8.1942, daß allein die Kollektivierung 10 Millionen Menschenleben gekostet habe.

Zum 50. Jahrestag der sowjetischen Oktoberrevolution von 1917 veröffentlichten französische und belgische Wissenschaftler Erhebungen, die mit den Ergebnissen des Internationalen Roten Kreuzes übereinstimmten. Danach forderte die Sowjetherrschaft bis dahin rund 49 Millionen Menschenleben. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die Opfer der frühen Kriege gegen Finnen, Balten, Polen usw. und die Opfer des Zweiten Weltkriegs. Mindestens 12 Millionen dürften 1945 in Lagern gelebt haben.

Ungeahnte Höhepunkte erreichte der sowjetische Terror gegen die eigene Bevölkerung, den Nikolai Tolstoi als Stalins geheimen Krieg bezeichnet hat, während des 2. Weltkriegs. Man nimmt an, daß über die Hälfte derer, die in der Sowjetunion zwischen 1941 und 1945 ums Leben kamen, Opfer des kommunistischen Terrors gegen Systemgegner, Verdächtige, nichtrussische Nationalitäten usw. wurde.

Der Anglorusse N. Tolstoy hat in seinem Buch "Stalin's Secret War" den unbeschreiblichen Leiden der Menschen in der Sowjetunion unter den Massenmördern Hitler und Stalin ein würdiges Denkmal gesetzt.<<

**Polnische Bevölkerungsverluste**

Im amtlichen statistischen Jahrbuch von 1956 gab Polen die Bevölkerungsverluste des Zweiten Weltkrieges mit mehr als 6,0 Millionen an (x025/176). Die polnischen Verluste wurden damals wahrscheinlich nicht ausreichend wissenschaftlich aufgearbeitet. Bei den bisherigen historischen Untersuchungen prüften die polnischen Statistiker allem Anschein nach nicht, wie viele polnische Staatsbürger z.B. der sowjetischen "Befreiungsmission" und den eigenen internen "politischen Säuberungen" und Racheaktionen (sog. "Volksverräter") zum Opfer fielen.

Die polnischen Bevölkerungsverluste von mehr als 6,0 Millionen enthalten vermutlich auch:
Ca. 2.800.000 ermordete polnische Juden (x061/482, 033/621).
Ca. 1.222.000 "verschollene Reichs- und Volksdeutsche", die in den deutschen Ostgebieten (ohne Ostpreußen und Memelland) und in den polnischen Siedlungsgebieten umkamen (x016/79).
Ca. 750.000 bis 760.000 Volkspolen, die während der sowjetischen Besatzung starben (x025/177, x264/20).
Ca. 320.000 gefallene polnische Soldaten und Partisanen (x041/152).
Ca. 166.000 zivile Todesopfer des Warschauer Aufstandes (x051/620).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die polnischen Bevölkerungsverluste (x025/174-177): >>... Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die furchtbaren Verluste der Juden im ehemaligen Großpolen dazu benutzt, um den "Blutzoll des polnischen Volkes" möglichst hoch erscheinen zu lassen – z.T. von den gleichen Nationalisten, die sich 1938 für eine Entfernung der "deutschen Juden" aus Polen eingesetzt hatten. Wie schrieb schon 1929 Felix Deutsch: "Gegenüber den Juden zieht man gewöhnlich einen scharfen Trennungsstrich. Wenn aber einer berühmt geworden ist, beispielsweise der Mediziner Remak oder Madame Curie, erkennt man sie flugs als Polen an." ...
Kein Wunder, daß sich – außer polnischen KP-Propagandisten – nur wenige Statistikexperten genauer mit der Frage befassen, wieviele Polen denn nun wirklich durch die Nazis umgebracht wurden; meist begnügt man sich mit einem pauschalen Hinweis, daß während des Krieges zwischen 4 und 5 Millionen polnischer Staatsangehöriger in Ost und West umgekommen sind.
Die polnische Regierung gibt sogar 6 Millionen an und erweckt dabei gern den Eindruck, es handle sich ausschließlich um NS-Opfer. Die Gründe dieser Taktik liegen auf der Hand; einerseits möchte man die "brüderliche Sowjetunion" nicht mit der Millionenzahl der Opfer des Stalinismus in Ostpolen belasten, andererseits aber auch die eigene Position bei polnisch-deutschen Verhandlungen stärken. – Eine Statistik auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit und nicht der Nationalität ist wenig aussagekräftig, weil man dabei polnische und deutsche, ukrainische und jüdische, weißrussische und litauische Opfer ebensowenig unterscheiden kann wie die deutschen, russischen, polnischen und ukrainischen Täter.
Der Vollständigkeit halber sei jedoch erwähnt, daß nach neueren wissenschaftlichen Untersuchungen die gesamten Kriegsverluste an polnischen Staatsbürgern (also Polen und nichtpolnische Minderheiten) in Ost und West vermutlich bei maximal 4 Millionen, im kongreßpolnischen Gebiet (von der UdSSR 1939 annektierte Gebiete) unter 2,35 Millionen liegen dürften. Da diese Forschungen noch nicht abgeschlossen sind, kann man durchaus weitere Präzisierungen erwarten. ...
Es geht bei der Untersuchung der deutsch-polnischen Beziehungen also zunächst darum, einerseits die Verluste der nichtpolnischen Nationalitäten und Minoritäten im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich zu eliminieren und andererseits die Verluste durch Gewalttaten der Sowjets, Ukrainer und der Polen selbst. Tut man dies nicht, so geraten alle Statistiken heillos durcheinander; aus einem von Polen 1939 oder 1944/45 erschlagenen Volksdeutschen würde ein polnisches NS-Opfer, und ein ermordeter Jude jiddisch-deutscher Muttersprache aus dem ukrainischen Lemberg (vormals Ostpolen) z.B. erschiene in den polnischen, jüdischen und russischen Verlustrechnungen zugleich und würde sich gleichsam verdreifachen.
Wohl die gründlichsten wissenschaftlichen Analysen des Problems stammen von Albin Eissner (Alfred Bohmann) und Alfred Schickel. Sie errechnen unter Berücksichtigung amerikanischer Forschungsergebnisse rund 570.000 Menschen polnischer Abstammung, die entweder 1939 im Krieg und später bei Partisanenkämpfen gegen deutsche Truppen gefallen sind oder durch die Nazis ermordet wurden.

(Von der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone Polens starben mindestens 750.000 Volkspolen, die meisten davon bei Deportationen.)
Per Saldo bleibt festzuhalten, daß die Propaganda der polnischen Kommunisten – ähnlich wie die der deutschen Nationalsozialisten nach dem Bromberger Blutsonntag – die durch das Nachbarland erlittenen Verluste ihrer Landsleute mit dem Zehnfachen der wirklichen Größenordnung angibt.
"Historiker in einem totalitären Staat sind mächtiger als der liebe Gott: sie können sogar die Vergangenheit ändern" (Salvador de Madariaga). ...<<
Prof. Dr. Hermann Pfister berichtet später über die deutschen Verluste während der polnischen Gewalttaten im September 1939 (x064/137-138): >>.. Der deutsche Angriff ohne Kriegserklärung führte in Polen zu zahlreichen Ausschreitungen gegenüber den Volksdeutschen ...
Von polnischer Seite erfolgten Verhaftungen nach vorbereiteten Listen, Deportationen, Mißhandlungen und verfahrenslose Erschießungen, die mehrere Tausend Opfer forderten. Am blutigsten verlief die Verfolgung der diffamierten Deutschen in Bromberg, wo am "Blutsonntag" (3. September) allein etwa 1.000 Menschen ermordet wurden.
Insgesamt wird die Zahl der Toten und seit dem Pogrom Vermißten mit etwa 6.000 angenommen; polnische Angaben sprechen von weniger als 5.000 Opfern; die NS-Presse meldete 58.000 - eine Zahl, die durch Verzehnfachung der ursprünglich bekannt gewordenen Toten erreicht wurde ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Bevölkerungsverluste nach dem sowjetischen Einmarsch in Ostpolen (x046/158): >>... Von 250.000 polnischen Kriegsgefangenen sind 148.000, von 1,6 bis 1,8 Millionen deportierten polnischen Zivilpersonen 600.000 in der Sowjetunion zugrundegegangen, und von 600.000 in die Sowjetunion deportierten polnischen Juden verschwanden 450.000 spurlos.<<

**Deutsche Bevölkerungsverluste**

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (am 8. November 2003) über die deutschen militärischen Verluste (x887/...): >>**Zweiter Weltkrieg: "... ein Geheimnis bleibt der Tod"**

**Die deutschen militärischen Verluste betrugen 5.318.000 Gefallene**

Es wird viele Leser überraschen, daß bis vor kurzem eigentlich nicht bekannt war, wie viele deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges den Tod gefunden haben. In der Literatur wurden ganz unterschiedliche Angaben gemacht; am häufigsten fand man eine Zahl von drei bis fünf Millionen toter Soldaten, die im Kampf gefallen, in Gefangenschaft umgekommen oder verschollen sind.
Jetzt liegt eine wissenschaftliche Erhebung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes vor, die den Anspruch erhebt, realistische Zahlen über die deutschen militärischen Verluste im Zweiten Weltkrieg zu liefern. …
Sie besagt, daß die deutschen militärischen Verluste höher waren als bisher angenommen. Overmans, der in einem umfangreichen Buch unter dem Titel "Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg" seine Arbeit und deren Ergebnisse vorstellt, kommt zu dem Schluß, daß im Zweiten Weltkrieg 5.318.000 Soldaten der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS gefallen sind. Eingeschlossen sind die in den Reihen der deutschen Truppen kämpfenden Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa, Elsaß-Lothringen und Luxemburg sowie aus Südtirol.
Nicht ermittelt werden konnten die Verluste der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, die als Ausländer freiwillig gegen den Bolschewismus kämpften, weil die "Wehrmachtsauskunftsstelle", die einen großen Teil der Unterlagen beisteuerte, für die Anzeige dieser Sterbefälle nicht zuständig war.

Hans Werner Neulen, der Standardwerke über die ausländischen Freiwilligen verfaßt hat, schätzt die Verluste der ausländischen Waffen-SS-Einheiten auf 50.000. Bei ihm fehlen aber ebenfalls die Verluste der etwa eine Million Sowjetbürger, die auf deutscher Seite kämpften. Die Unterlagen über die Ostfreiwilligen verbrannten im Juli 1948 unter ungeklärten Umständen. Die sowjetischen Sieger erzwangen außerdem die Herausgabe der Erkennungsmarkenverzeichnisse der fremdländischen Einheiten innerhalb der Deutschen Wehrmacht. Auch die Unterlagen über die in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten der slawischen Staaten wurden von der Sowjetunion geraubt und in die UdSSR gebracht. Angeblich sollen sie in Podolsk in 377 Kisten mit Unterlagen lagern. …

Es … mußten unendliche Schwierigkeiten überwunden werden, um die Unterlagen der für die Erfassung der Verluste zuständigen Institutionen vor Chaos und vor dem Zugriff der Sieger zu sichern. Wie gefährdet sie waren, mag daraus hervorgehen, daß amerikanische Truppen die umfangreichen Nachlässe Gefallener, die nicht sofort den Angehörigen hatten zugestellt werden können und die daher zeitweise bei den von Berlin nach Thüringen ausgelagerten deutschen Dienststellen aufbewahrt wurden, nach der Besetzung Thüringens plünderten. Und was die amerikanischen Soldaten nicht stahlen, daß raubten die Sowjets, die nach den US-Streitkräften in das grüne Herz Deutschlands einrückten.

Allerdings konnten die verbleibenden deutschen Betreuer der Wehrmachtsauskunftsstelle im Juli 1945 auf 275 LKW insgesamt 531 Tonnen Akten - das waren 40 Prozent des gesamten Bestandes - in die Gegend von Kassel retten. Ein Jahr später wurden sie wieder nach Berlin transportiert, um Teil des amerikanischen Document Centers zu werden. Im selben Jahr 1946 aber ordnete die amerikanische Besatzungsmacht völkerrechtswidrig die Verbrennung aller Unterlagen an. Ein für die Unterlagen verantwortlicher US-Offizier aber wandte sich hilfesuchend an die ebenfalls in Berlin residierenden französischen Besatzungstruppen.

Die Franzosen waren vor allem an den Unterlagen über Elsaß-Lothringer in der Wehrmacht interessiert. Daher waren sie bereit, die gesamten Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle zu übernehmen, wodurch sie vor amerikanischer Vernichtung gerettet wurden.

Zwar begannen sich die Verhältnisse allmählich zu normalisieren, doch konnte nicht verhindert werden, daß im Juli 1948 bei einem ominösen Brand in der Deutschen Dienststelle ein Teil der Akten vernichtet wurde, darunter bezeichnenderweise nicht nur die Unterlagen über die Ost-Freiwilligen, sondern auch die Friedhofslisten der von den US-Truppen unter unmenschlichen Bedingungen auf den Rheinwiesen eingerichteten riesigen Gefangenenlager, in denen Zigtausende deutscher Kriegsgefangener elendiglich umgekommen waren.

Den britischen Besatzungstruppen fielen die Unterlagen der Marine-Personal-Dokumentations-Zentrale in die Hände, die sie ebenfalls vernichten wollten. Auch hier rettete derselbe französische Offizier die Unterlagen, der schon 1946 die amerikanische Vernichtungsabsicht vereitelt hatte.

1951 wurden die verschiedenen Dienststellen, die über Unterlagen zu den Soldaten verfügten, zur "Deutschen Dienststelle" vereinigt. …

Ein besonders trauriges Kapitel für die Erfassung deutscher Gefallener stellt die entsprechende Arbeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dar. Seit 1960 wurden in der DDR keine deutschen Gefallenen mehr geborgen und bestattet. Kriegsgräber, seien es Einzelgräber oder Kriegsgräberfriedhöfe, wurden von den zuständigen kommunistischen Stellen auf Berliner Weisung hin an vielen Orten eingeebnet. Immerhin ließ die DDR in den 70er Jahren die noch vorhandenen Kriegsgräber registrieren.

Zur Zeit sind noch etwa 200.000 Gefallene im Oderbruch nicht geborgen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit der Wende intensiv mit den Bergungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, daß etwa die Hälfte der überall im Gelände verscharrten deutschen Gefallenen noch identifiziert werden kann. Nach der Wende entdeckte man in der DDR Gräberkarteien

der bis 1945 erstatteten Kriegssterbefälle und die Unterlagen der Wehrmachtsgräberoffiziere, die von der Sowjetunion erbeutet und verschlossen worden waren. Auch im Militärarchiv der DDR wurden umfangreiche Unterlagen über deutsche Soldaten gefunden, die immer noch ausgewertet werden. …
Damals fielen 5.318.000 Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS (ohne Ausländer). Damit ist im Deutschen Reich jede 8. männliche Person gefallen. Besonders groß waren die Verluste der Jahrgänge 1920 (hier fielen 41,1 Prozent), 1924 (38 Prozent), 1914 (36,7 Prozent). Zu den Gefallenen zählen auch die in der Kriegsgefangenschaft zu Tode gekommenen Soldaten. 28 Prozent aller Wehrmachtssoldaten fielen, von der Waffen-SS aber waren es 34 Prozent, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß deren Truppenteile häufig als "Feuerwehr" an Brennpunkten eingesetzt wurden und daß die Soldaten der Waffen-SS besonders intensiv kämpften.
Allein an der Ostfront starben 2,7 Millionen Soldaten; rechnet man die Verluste im Endkampf in Ostdeutschland hinzu, sowie die deutschen Kriegsgefangenen, die in der UdSSR ums Leben kamen, betrugen die Opfer im Osten sogar vier Millionen. Overmans bestätigt übrigens, daß von den deutschen Soldaten, die vom Beginn bis zum Frühjahr 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, 95 Prozent umgekommen sind, und das heißt in den meisten Fällen, daß sie ermordet wurden. Während im Ersten Weltkrieg 1,8 Millionen deutsche Soldaten fielen (14 Prozent aller Soldaten), mußten im Zweiten Weltkrieg 5,3 Millionen deutsche Soldaten ihr Leben lassen, das waren 28 Prozent aller Soldaten. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 9. August 2008) über die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...):
>>**Klassiker aktualisiert**
Opferzahlen und mehr
Heinz Nawratil, bayrischer Notar sudetendeutscher Herkunft, sehr erfolgreicher Autor juristischer Taschenbücher, setzt sich seit fast 30 Jahren vehement für Wahrheit und Gerechtigkeit in der deutschen Geschichte ein, indem er die Tatsachen über die Verbrechen an Deutschen dokumentiert ("Schwarzbuch der Vertreibung", 14. Auflage 2007) und den "Kult mit der Schuld" ad absurdum führt. Dabei will er als Jurist naturgemäß nicht aufrechnen, aber Geschehenes gerecht einordnen, wie es bei jedem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren geschehen muß.
"Die deutschen Nachkriegsverluste", erstmals 1986 erschienen, hat er völlig überarbeitet und um neuere Erkenntnisse erweitert. Damit liegt jetzt eine umfassende, nachvollziehbare Dokumentation dieses grauenvollen Kapitels der Weltkriegsgeschichte vor. …
… Es gelingt ihm in aller Knappheit, unterstützt durch Dokumente und Bilder, die unermeßlichen Leiden spürbar zu machen, die hinter jeder Zahl stehen. Die sachliche Darstellung ist bar anklagender Zusätze.
Der Leser erkennt selbst: Die Opfer sind nicht nur einfach Getötete, sondern fast immer direkt oder indirekt bestialisch zu Tode Gequälte: unter sowjetischer, polnischer, tschechoslowakischer und jugoslawischer Herrschaft mehr handgreiflich, unter angloamerikanischer und französischer Herrschaft mehr, auch an Umfang, durch Versagen des Lebensnotwendigen.
Nawratil zählt 8,8 Millionen Nachkriegstote, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer.
Die Dokumentation ist so klar und kompakt, daß jeder Interessierte sich ohne nennenswerten Aufwand ein Bild der Greuel machen kann und Beschönigen sich nicht mehr mit unschuldiger

Unwissenheit entschuldigen läßt.
Solch eine Entschuldigung gilt tatsächlich allerdings schon lange nicht mehr, denn das Grundlegende über die Vertreibungen war spätestens 1960, über die Kriegsgefangenen 1974 amtlich veröffentlicht, wie das Buch ausweist.
Daß ein Bundespräsident dennoch 1985 den 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung" deklarierte, kann man nur zynisch gegenüber den Opfern und beschämend würdelos nennen. ...<<

## Die reichs- und volksdeutschen Nachkriegsverluste

**Reichs- und volksdeutsche Nachkriegsverluste in den Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937), in den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland und in der sowjetischen Besatzungszone in Mitteldeutschland (ohne Wehrmachtssterbefälle und zivile Kriegsopfer):**

| | Verluste der einheimischen deutschen Zivilbevölkerung | | Verluste der reichsdeutschen Zivilisten 2) | % | Nachkriegsverluste; insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|
| Ostpreußen | 277.400 | | 5.500 | 14,4 | 282.900 |
| Ostpommern | 328.900 | | 10.800 | 23,5 | 339.700 |
| Ostbrandenburg | 172.500 | | 13.800 | 40,8 | 186.300 |
| Schlesien | 446.100 | | 20.400 | 14,2 | 466.500 |
| Deutsche Ostprovinzen | 1.224.900 | | 50.500 | - | 1.275.400 |
| Memelland | 28.100 | | 300 | 21,0 | 28.400 |
| Danzig | 89.900 | | 1.600 | 31,7 | 91.500 |
| Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen | 43.000 | | 6.900 | 27,5 | 49.900 |
| Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement | 142.000 | | 40.100 | 27,5 | 182.100 |
| Polnische Gebiete | 274.900 | | 48.600 | - | 323.500 |
| Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei | 266.600 | | 53.000 | 9,1 | 319.600 |
| Estland, Lettland und Litauen | 22.500 | | . | . | 22.500 |
| Jugoslawien | 135.800 | | . | . | 135.800 |
| Rumänien | 101.000 | | . | . | 101.000 |
| Ungarn | 57.000 | | . | . | 57.000 |
| Baltikum und Balkan | 316.300 | | . | . | 316.300 |
| Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland | 885.900 | | 101.900 | - | 987.800 |
| Ost-Mitteleuropa | 2.110.800 | 1) | 152.400 | - | 2.263.200 |
| Sowjetunion | 350.000 | 3) | - | - | 350.000 |
| Mitteldeutschland (SBZ) | 188.800 | 4) | - | - | 188.800 |
| Insgesamt | 2.649.600 | | 152.400 | - | 2.802.000 |
| Zivile Kriegsverluste | (11.500) | 5) | (430.000) | - | (441.500) |

**Quellen:** l) "Statistische Berichte" des Bundesamtes Wiesbaden vom 4.11.1959, S. 20 (x026/-30).
2) Von der Flucht und Vertreibung direkt betroffene Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete, die aus den westlichen Reichsgebieten stammten. Diese Nachkriegsverluste wurden aufgrund der durchschnittlichen ostdeutschen Verlustquoten errechnet (2,5 % der direkt Betroffenen - x016/79).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) ermittelte später, daß die Verluste der zugezogenen Reichsdeutschen mit mindestens 220.000 Opfern anzusetzen sind (x025/75).
3) Zwangsverschleppung innerhalb der Sowjetunion (Verluste während des Zweiten Welt-

krieges = ca. 239.000 Rußland-Deutsche - x026/31), Verschleppung von Zwangsrepatriierten aus dem Deutschen Reich in die UdSSR (Verluste = ca. 111.000 Rußland-Deutsche - x026/91). Nach Angaben der rußland-deutschen Volksgruppe starben sogar über 400.000 Rußland-Deutsche (x026/31).
4) Im Jahre 1945 kamen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) etwa 115.000 Mitteldeutsche um. Von 1945-50 ereigneten sich in den SBZ-Konzentrationslagern außerdem über 65.000 Sterbefälle (x009/228). Weitere 8.800 mitteldeutsche Verschleppungsopfer ("Strafgefangene" und andere Zwangsarbeiter) starben in sowjetischen Deportationslagern (x026/63,91).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schätzte, daß der sowjetische Einmarsch in Westpommern, Westbrandenburg und Berlin bereits etwa 240.000 Menschenleben forderte (x026/56).
5) Nach offiziellen Angaben starben in den Jahren 1939-45 im Deutschen Reich "nur" 441.500 deutsche Zivilisten durch Kriegseinwirkungen (x016/78).
Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen ermittelte jedoch später, daß allein während der anglo-amerikanischen Luftangriffe ca. 609.000 Deutsche getötet und 917.000 verletzt wurden (x051/364).
Die Verluste der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen wurden nach langjähriger Forschungs- und Untersuchungsarbeit durch Wissenschaftler und Experten des Statistischen Bundesamtes ermittelt. Diese Statistiken, die man erst im Jahre 1959 veröffentlichte, gehören sicherlich zu dem bestgesicherten Zahlenmaterial der zeitgeschichtlichen deutschen Forschung.
Bei diesen Ermittlungen setzte man bewußt nur Mindestverluste an, die nach Abschluß der Kampfhandlungen entstanden. Tausende von Flüchtlingen und Vertriebenen, die nach der Ankunft im besetzten Mittel- und Westdeutschland an den Folgen der erlittenen Mißhandlungen und Strapazen, an Hunger und Seuchen starben, wurden nicht berücksichtigt.
In den amtlichen Statistiken blieben auch die ungezählten Vergewaltigungsopfer (mindestens 2,0 Millionen Frauen und Mädchen), deren Leben durch die Sexualverbrechen lebenslänglich schwer belastet bzw. zerstört wurde, unberücksichtigt.
"KNAURS Lexikon" (1953; S. 481) notierte, daß während der Flucht und Ausweisung etwa 2,5 Millionen Deutsche zugrunde gingen (x038/481).
Der Kirchliche Suchdienst München ermittelte im Jahre 1965 (sog. "Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals des deutschen Volkes in den Vertreibungsgebieten") für Ost-Mitteleuropa (außer UdSSR und ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) rd. 2,3 Millionen Tote und ungeklärte Fälle (Verschollene). Da seit dem Kriegsende bereits Jahrzehnte vergangen sind, müssen die Verschollenen als umgekommen gelten (x025/248).
Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die sog. "Deutschen Vertreibungsverluste" (x010/18,54): >>Der Begriff Vertreibung ... umfaßt nicht allein die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, sondern den Gesamtvorgang ihrer Entwurzelung. Dieser begann durch Fluchtbewegungen in der Endphase der Kriegshandlungen, durch Ausplünderung, Verelendung, Mißhandlung, Deportierung und Tötung verbliebener Bevölkerungsteile in der Zeit der Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete und vollendete sich schließlich durch deren Ausweisung. ...<<
>>... Bei den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zur Ermittlung der Vertreibungsverluste ... ergeben sich nach Abzug geschätzter Kriegsverluste und nach Ermittlung der in der Bundesrepublik Deutschland und Schätzung der in der DDR sowie in Heimatgebieten im Jahre 1950 lebenden Personen eine Gesamtzahl von ca. 2,2 Millionen "ungeklärter Fälle" in sämtlichen Vertreibungsgebieten (außer UdSSR). Sie werden auch als "Nachkriegsverluste" bezeichnet. ...

Nur bei einer weitgehenden Auslegung des Begriffs "Vertreibungsverbrechen" kann vorsichtig davon ausgegangen werden, daß es sich bei der Mehrzahl der o.a. "ungeklärten Fälle" um Verbrechensopfer handelt. Dann wären aber die Todesfälle unter der Zivilbevölkerung infolge von Entkräftung und Erschöpfung wegen mangelhafter oder fehlender Lebensmittelzuteilungen ebenso als Vertreibungsverbrechen zu bezeichnen wie auch die hohe Zahl der Selbstmordfälle - Ausdruck der totalen Hoffnungslosigkeit unter der Zivilbevölkerung.
... Das Ergebnis darf jedoch nicht vergessen lassen, daß eine weitaus höhere Zahl von Deutschen Opfer von Gewalttaten wie Vergewaltigungen und Mißhandlungen geworden ist, die nicht unmittelbar zum Tode führten.<<
Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) errechnete für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) insgesamt 2.220.000 Todesopfer (x037/60).
Im "dtv-Atlas zur Weltgeschichte" (1989; Band 2, S. 499) wurden die deutschen Vertreibungsverluste mit über 3,0 Millionen angegeben (x061/499).
Wieviel deutsche Zivilisten auf der Flucht, durch Kampfhandlungen, Befreiungsverbrechen, Selbstmorde, Zwangsverschleppungen, Vertreibungsmaßnahmen oder langjährige Zwangsarbeit tatsächlich umkamen, wird man verständlicherweise niemals genau feststellen können.

**Sieger und Verlierer des Zweiten Weltkrieges**

Deutschland und Rußland bzw. die UdSSR wurden im Zweiten Weltkrieg am schwersten betroffen. Der "moderne Zweite Weltkrieg" richtete furchtbare Verheerungen an. Viele Städte und Regionen wurden nicht selten total zerstört. Man schätzte die Kriegskosten und Schäden auf etwa 1.500 Milliarden US-Dollar. Davon entfielen z.B. auf die USA ca. 21 %, auf Großbritannien ca. 20 %, auf das Deutsche Reich ca. 18 % und auf die UdSSR ca. 13 % der Kriegskosten (x061/496).
Die anglo-amerikanischen Bombenangriffe gegen Deutschland vernichteten rd. 1,6 Millionen Gebäude. 3,37 Millionen Wohnungen existierten im Mai 1945 nicht mehr oder waren unbewohnbar (x051/364). Viele große deutsche Städte wurden total verwüstet und dem Erdboden gleichgemacht.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Zerstörungen in den Westzonen Deutschlands (x063/618-619): >>Allein in den Westzonen waren 2 ¼ Millionen Wohnungen – ein Fünftel des gesamten Wohnraums – völlig zerstört, 2 ½ Millionen schwer beschädigt. Öffentliche Gebäude, Kirchen, Bahnhöfe, die meisten Brükken, Post- und Telegraphenämter waren, wenn nicht zerstört, so doch hart getroffen. Auch die für jede größere Stadt lebenswichtigen unterirdischen Anlagen, Kanäle, Wasserleitungen, Kabel, hatten gelitten.
In Berlin z.B. waren 3.000 große Wasserrohrbrüche zu beseitigen, die Abwässer wurden in die Kanäle geleitet, weil von 84 Pumpstationen nur noch 23 arbeiteten.
Der Schutt, der bei Kriegsende auf Deutschland lag, wird auf 400 Millionen Kubikmeter geschätzt, dazu kamen 17 Millionen Ziegelsteine, die herausgesucht, mit der Hand geputzt und wieder verbaut wurden.
Der neuen Generation fällt es schwer, sich den trostlosen Zustand der Eisenbahnen vorzustellen – ohne Licht, ohne Fenster, ohne Heizung im bittersten Winter, viele Straßen durch Bombentrichter aufgerissen – 3.000 Eisenbahnbrücken zerstört, darunter alle über den Rhein und die Weser, 23 von 24 über den Main und 22 von 34 über die Donau. ... Bombentrichter übersäten die Gleisanlagen, zerfetzt ragten Schienenteile und Signalanlagen in die Luft. Der Kern des Ruhrgebietes war von der Umwelt völlig abgeschnitten.<<
Die verbliebenen deutschen Wirtschaftsbetriebe wurden durch Aufsplitterung, Reparationen und Beschränkungen der jeweiligen Besatzungsmächte zusätzlich geschwächt, so daß die Versorgung der Bevölkerung fast unmöglich wurde. Die industrielle Produktion Westdeutsch-

lands erreichte 1945 nur noch 18 % des Volumens von 1936 (x148/15). Der deutsche Binnenmarkt wurde durch Zonengrenzen unterbrochen, die Währung war total zerrüttet und Aufbaukredite gab es nirgends. Im gesamten Land breiteten sich Hunger, Resignation und Hoffnungslosigkeit aus.
Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden alle deutschen Rüstungswerke demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.
Im Vergleich zu den westdeutschen Besatzungszonen waren die ost- und mitteldeutschen Reparationsleistungen wesentlich höher. Transportable Güter und Ausstattungen wurden sofort als Kriegsbeute in die UdSSR transportiert. In der sowjetischen Besatzungszone demontierten die sowjetischen Besatzer etwa 50 % der industriellen Einrichtungen und wandelten 25 % der mitteldeutschen Industriebetriebe in sowjetische Aktiengesellschaften um, deren Gewinne bis zur Rückgabe an die DDR im Jahre 1953 an die UdSSR abgeführt werden mußten (x128/-195). Die geleisteten SBZ-Reparationen betrugen ca. 30 Milliarden Dollar (x149/143).
Der wirtschaftliche Wiederaufbau Mitteldeutschlands wurde durch die z.T. völlig planlose, überhastete Demontage von Industriebetrieben, Gleis- und Versorgungsanlagen erheblich erschwert. In Mitteldeutschland wurden z.B. Tausende von Kilometern Eisenbahnschienen abgebaut, so daß die meisten Strecken nur noch eingleisig befahren werden konnten.
Das Deutsche Reich, daß von den europäischen Großmächten Frankreich, England und der UdSSR nicht gestoppt werden konnte, wurde schließlich - wie im Ersten Weltkrieg - erst durch das Eingreifen der "Supermacht" USA vollständig besiegt. Die Anglo-Amerikaner beendeten zwar Hitlers größenwahnsinnige, menschenverachtende Expansionspolitik, aber gleichzeitig unterstützten sie auch Stalins Terrorregime und die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche. Infolge dieser von den westlichen Alliierten geförderten gewaltsamen Expansionspolitik stieg die UdSSR unaufhaltsam zur neuen Weltmacht auf.
Stalin, der kühle Rechner und verschlagene Verhandlungsexperte, war eindeutig der Sieger des Zweiten Weltkrieges. Stalin hatte frühzeitig erkannt, was die westlichen Alliierten erst noch mühsam lernen mußten und zunächst nicht einsehen wollten: "Wer Deutschland beherrschte, besaß auch den Schlüssel für Westeuropa".
Der "Kalte Krieg" gegen die einstigen Verbündeten war kein Zufallsprodukt, denn Stalin benötigte den "Eisernen Vorhang", um ungestört den Beginn der sog. "Kommunistischen Weltrevolution" einzuleiten. Der "verhinderte Priester" (Stalin) verwirklichte damals konsequent seine politischen Pläne und installierte in allen "befreiten Ländern" kommunistische Gesellschafts- bzw. Terrorsysteme.
Die osteuropäischen Staaten waren trotz der großen Menschenverluste die eigentlichen Gewinner des Zweiten Weltkrieges. Sie konnten ihre Staatsgebiete z.T. erheblich erweitern.
Die Westmächte verloren bereits bei den Konferenzen in Teheran, Jalta und in Potsdam vorzeitig den politischen Machtkampf gegen Stalin. Nach der Potsdamer Konferenz verschlechterten sich die Beziehungen der Kriegsalliierten zusehends.
Nordamerika und die neue Supermacht UdSSR übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich die Weltherrschaft, während die bisherigen Machtzentren in Europa und Asien entscheidend geschwächt bzw. gänzlich ausgeschaltet wurden.
Im Gegensatz zu den Briten zeigten die Nordamerikaner nur geringes Interesse, sich langfristig im geschwächten Nachkriegseuropa zu binden. Die Nordamerikaner waren hauptsächlich daran interessiert, aufnahmefähige Absatzmärkte zu sichern und ließen Stalin ungehindert agieren, so daß sich das kommunistische System nicht nur in Ost-Mitteleuropa, sondern auch in Südostasien (Korea, Nord-Vietnam) ungehindert ausdehnen konnte. Für diese schwerwiegenden Fehler mußte Nordamerika später in Asien "bitteres Lehrgeld" zahlen, denn die an-

schließenden Kriege gegen Nord-Korea (1950-1953) und Nord-Vietnam (1965-1975) entwikkelten sich zu den verlustreichsten Kriegen ("militärischen Niederlagen") der nordamerikanischen Geschichte.
Der kommunistische Führungsanspruch sowie die geistige und wirtschaftliche Isolierung Osteuropas führten in den folgenden Jahrzehnten zu dem größtenteils selbst verursachten sowjetischen Zusammenbruch, der letztlich im totalen Chaos endete und zur Teilauflösung der UdSSR führte.
Die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd. V.), berichtet später über die sowjetischen Erfolge während des Zweiten Weltkrieges (x047/317-319): >>... Das wichtigste Kriegsergebnis war die Zerschlagung der aggressivsten reaktionären Kräfte des Imperialismus. Dadurch wurde das politische Kräfteverhältnis in der Welt grundlegend verändert und die Nachkriegsentwicklung entscheidend beeinflußt.
Die Pläne der Imperialisten, die UdSSR schwächen zu können, waren nicht aufgegangen. Mit der Entstehung sozialistischer Staaten in Europa und Asien bildete sich das sozialistische Weltsystem heraus, vertiefte sich die allgemeine Krise des Kapitalismus, wurde die Entwicklung des revolutionären Weltprozesses beschleunigt.
Der Sieg über den Faschismus schuf günstige Bedingungen für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in den Ländern des Kapitals, das Wachstum und die Festigung der kommunistischen (Parteien) und Arbeiterparteien.
Die Zerschlagung des faschistischen Deutschland und des imperialistischen Japan trug zu einem mächtigen Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und zum Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems bei. ...
In der Praxis wurde der Beweis erbracht, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung möglich ist. Während des Krieges brach die militärpolitische Organisation der Staaten des faschistischen Blockes zusammen, offenbarte sich der vollständige Bankrott der Wirtschaft, Politik und Strategie seiner Führung. ...
Der Zweite Weltkrieg stellt die Größe und unbesiegbare Kraft des Sozialismus unter Beweis. Die um die Kommunistische Partei, dem Organisator des Sowjetvolkes, zusammengeschlossenen Völker der UdSSR vollbrachten während des Krieges eine internationalistische Heldentat. ...<<
Der deutsche Historiker Georg Bluhm berichtet später über die damalige Außenpolitik der USA gegenüber der UdSSR (x125/71): >>Die Zeit unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges brachte für die amerikanische Öffentlichkeit, aber auch für einflußreiche politische Kreise die Enttäuschung aller Hoffnungen, daß die Zusammenarbeit der Kriegskoalition zwischen den Großmächten fortgesetzt werden könnte, um dadurch für immer den Frieden in der Welt zu sichern.
Die Enttäuschung war um so größer, als Präsident Roosevelt in seinen Methoden sorgfältigst bemüht gewesen war, der Sowjetführung keinerlei Grund für irgendwelches Mißtrauen zu geben, weil das Fehlen jeglichen Mißtrauens als entscheidende Voraussetzung für den Verzicht auf künftige "Machtpolitik", also für die ersehnte Zusammenarbeit der Großmächte auf Vertrauengrundlage angesehen wurde.
Als Preis für das Erreichen dieses ... Ideals hatte die amerikanische Führung während des Krieges gegenüber der Sowjetunion auf "Politik" im eigentlichen Wortsinne eigentlich verzichtet. So waren keinerlei Vorkehrungen getroffen worden, die den amerikanischen Willen zur gemeinsamen Friedenssicherung durch die Großmächte hätten erfolgreich durchsetzen können oder die auch nur hätten verhindern können, daß die Sowjetregierung ihre kommunistische Expansion in Ost-, Mittel- und Südosteuropa durchführte.
Die enttäuschende Erfahrung in den USA führte zu einer neuen Orientierung und Neukonzep-

tion der amerikanischen Außenpolitik. In diesem Prozeß nahm Amerika bewußt die Bürde auf sich, durch den Zweiten Weltkrieg Führungsmacht der freiheitlichen westlichen Welt geworden zu sein. Der traditionelle Isolationismus wurde in jahrelanger Auseinandersetzung zurückgedrängt. Er besteht in den zurückliegenden Jahren bis heute fort. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den eigentlichen Sieger des Zweiten Weltkrieges (x068/267-269): >>... Wie die USA aus dem Ersten Weltkrieg, dessen eigentliche Gewinner sie waren, am besten herauskamen, so erst recht aus dem Zweiten. Was die Europäer schwächte, hatte sie enorm gestärkt, ja zur mächtigsten Nation gemacht. Auch zur reichsten, mit Abstand. Nicht weniger als drei Viertel des gesamten Weltkapitals befanden sich in den USA. Ebenso zwei Drittel der gesamten Industriekapazität. All dies aber war ihnen mehr in den Schoß gefallen, als daß sie es sich erkämpft oder im strengen Sinn erarbeitet hätten. Auch deshalb verloren sie schon in wenigen Jahrzehnten eine einmalige industrielle Vormachtstellung.

Das Territorium der USA hatte durch den Krieg nicht gelitten. Kein Haus war zerbombt, kein Zivilist durch Kriegseinwirkungen getötet, keiner zum Flüchtling gemacht worden. Die Nation, seit nun bald zweihundert Jahren nie mehr innerhalb ihrer Grenzen attackiert, fühlte sich im Vollgefühl ihrer Kraft. Ruinen und Leichen in Europa und Japan, doch der "American way of life" nahm seinen Lauf, die "Pax Americana", das "amerikanische Jahrhundert" - mit dem Kalten Krieg, dem Koreakrieg, Vietnamkrieg, Golfkrieg und einer Fülle anderer "Interventionen".

Zur Sowjetunion war das Verhältnis der westlichen Führungsmacht gleich nach dem Zweiten Weltkrieg schon wieder so schlecht, wie es etwa noch 1931 gewesen war, als Präsident Hoover, der Vater der "Politik der guten Nachbarschaft", "die Vernichtung der UdSSR" sein Ziel genannt hatte. Zwar erkannte Roosevelt 1933 die Sowjetunion rasch an (freilich nur, um sie gegen Japan auszuspielen). Zwar fühlte sich die Masse der US-Amerikaner mit ihr im Weltkrieg eng verbunden. Doch bestand bereits neben dieser pro-russischen, scharf faschistenfeindlichen Richtung auch weiter eine antikommunistische Tendenz, ideologisch wie machtpolitisch motiviert, und sie setzte sich durch.

Schon während des ganzen Krieges hatten Deutsche und Amerikaner geheime, gegen die UdSSR gerichtete Verhandlungen geführt: in Vichy, Bern, Stockholm sowie im Vatikan, in Staaten, nebenbei, die mit Hitlerdeutschland sympathisierten. Und bereits Ende 1944 glaubte US-Admiral Furer die Amerikaner "jetzt darauf vorbereitet, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß der Krieg zur Beendigung aller Kriege noch nicht gekämpft worden sei"; erklärte US-General Arnold gegenüber dem britischen Luftmarschall Portal, "unser nächster Feind sei Rußland".

Und kaum war Roosevelt beerdigt, so beschloß man einen Tag danach, am 15. April 1945, seine Politik umzukehren.

Es geschah in einer Sitzung von etwa 15 Personen im Außenministerium, an der auch Vertreter des Kriegsministeriums teilnahmen, auch ehemalige Bankiers, wie John McCloy, auch Senator Vandenberg und John Foster Dulles, Präsidenten der führenden Aktiengesellschaften, der Präsident von General Motors, kurz, Repräsentanten von Großbanken und Großindustrie, die längst einen Kurswechsel befürwortet hatten. Sie alle wünschten einen milden Frieden mit Deutschland, um dies als Bollwerk gegen Rußland aufzubauen. Der Wechsel der amerikanischen Politik wurde eingeleitet, bevor ernsthafte Schwierigkeiten zwischen beiden Weltmächten bestanden. Und er wurde weder durch den Präsidenten noch den Kongreß sanktioniert. Er erfolgte außerhalb demokratischer Legalität.

Für Truman, einen erfahrenen Taktiker, jedoch ohne geistige Qualifikation, war die demokratische Mission der USA ebenso ausgemacht wie das Streben Moskaus nach Weltherrschaft. Schon wenige Tage nach seiner Amtsübernahme prahlte er, "daß die Russen bald auf ihren

Platz verwiesen würden und daß die Vereinigten Staaten dann die Führung dabei übernehmen würden, daß die Welt so regiert werde, wie sie regiert gehöre".
Den Russen gegenüber benahm sich Truman immer unfreundlicher. Noch in der Schlußphase des Krieges hatte man versucht, sie von dem - zunächst so begehrten - Eintritt in den Krieg gegen Japan abzuhalten. Bei der Regierungsbildung in Italien und Griechenland wurden sie gar nicht mehr gefragt, ihre gewünschte große Anleihe von mindestens zehn Milliarden Dollar wurde ebenso übergangen wie schließlich jede zusätzliche Lend-Lease-Lieferung - während man dem Kriegsfeind Deutschland im ureigenen Interesse bald entgegenkam.
Es spricht für sich, daß Truman schon am 23. April 1945 seinem Kabinett erklärt, "wenn die Russen sich uns nicht anschließen wollen, dann sollen sie eben zur Hölle fahren".<<

**16.08.1945**

**SBZ:** Das sowjetische Internierungslager Weesow wird am 16. August 1945 aufgelöst.
Das sowjetische Internierungslager Weesow durchlaufen ca. 10.000 deutsche Häftlinge. Von Mai bis August 1945 sterben dort etwa 1.000 Häftlinge (x126/168). Die letzten 2.000 Häftlinge müssen zu Fuß in das ehemalige KZ Sachsenhausen marschieren.

**UdSSR, Polen:** Die UdSSR und Polen schließen am 16. August 1945 ein Grenzabkommen über die gemeinsame "ostpreußische Grenze".
Die endgültige Grenzziehung wird jedoch ausdrücklich bis zum Friedensvertrag aufgeschoben (x028/178). Im Artikel 1 des Grenzvertrages stellt man fest, daß die sowjetisch-polnische Staatsgrenze entlang der "Curzon-Linie" verläuft (x111/65).

**Großbritannien:** Die "United Press" berichtet am 16. August 1945 über die britischen Siegesfeiern anläßlich des Endes des Zweiten Weltkrieges (x043/76): >>London feiert ohne Unterbruch das Kriegsende. Viele Leute fielen in dem gewaltigen Gedränge in Ohnmacht. Den meisten Wirtshäusern ging das Bier aus.
Der gestrige Siegestag war unzweifelhaft der Ehrentag Churchills. Er war der Mann, der überall gefeiert wurde, während Attlee eher im Hintergrund blieb. "Der Mann, der England und Europa rettete" - wie man Churchill allgemein nennt - war Gegenstand begeisterter Ovationen. ...<<
Churchill, der neue Oppositionsführer (ein ehemaliger Befürworter der Vertreibungspolitik), beklagt am 16. August 1945 vor dem britischen Unterhaus die Ausweisung der Deutschen aus dem "neuen Polen" und der CSR (x028/128,178): >>... Besonders beschäftigen mich in diesem Augenblick die Berichte, die uns über die Bedingungen zukommen, unter denen die Vertreibung und der Auszug der Deutschen aus dem neuen Polen durchgeführt werden. Vor dem Krieg lebten acht bis neun Millionen Menschen in diesen Gebieten. Die polnische Regierung sagt, von diesen befänden sich noch 1.500.000, die bisher nicht vertrieben wurden, innerhalb der neuen Grenzen. Andere Millionen müssen hinter den britischen und amerikanischen Linien Zuflucht genommen haben, wodurch sie die Lebensmittelknappheit in unserer Zone erhöhen.
Über eine riesige Anzahl fehlt jede Nachricht. Wohin haben sie sich gewandt, was war ihr Schicksal? Die gleichen Zustände können sich in veränderter Form bei der Ausweisung einer großen Anzahl Sudetendeutscher und anderer Deutscher aus der Tschechoslowakei wiederholen.
Spärliche und vorsichtige Berichte über die Dinge, die vor sich gingen und gehen, sind durchgesickert; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes sich hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet, abspielt. ...<<
>>... Ich muß meine persönliche Meinung zu Protokoll geben, daß die Polen zugestandene, provisorische Westgrenze, die ... ein Viertel des Ackerlandes ganz Europas umschließt, kein gutes Vorzeichen für die künftige Karte Europas ist. ...<<
Churchill äußert sich ferner am 16. August 1945 zur Vormachtstellung der USA (x191/109):

>>Ich freue mich, daß dem so ist. Mögen sie mit höchster Macht und Verantwortlichkeit zu Werke gehen, nicht um ihrer selbst willen, sondern um aller Menschen in allen Ländern willen. ...<<

**17.08.1945**

**Großbritannien:** Der Bischof von Chichester berichtet am 17. August 1945 über die große Not im Deutschen Reich (x111/65): >>... Es besteht im Ausland offenbar ein völlig falscher Eindruck über die wahre Lage in Deutschland. Das Gewissen gebietet es uns, nicht länger zu schweigen. Die Wahrheit besteht darin, daß die Not im Reich von Tag zu Tag steigt und daß eine fürchterliche Hungersnot ausbrechen muß, falls nicht schleunigst Hilfe einsetzt. Wir hören von Rationen, die der Bevölkerung zugesagt worden sind; aber man verschweigt uns, daß diese nur auf dem Papier stehen und nicht zur Verteilung kommen. ...

Dies ist die Lage im Herzen des Reiches, aber sie verschlimmert sich täglich durch das Eintreffen von Strömen von Flüchtlingen aus den östlichen Teilen Deutschlands. Aus den Gebieten östlich der Oder vertreiben die Polen alle Einwohner nach dem Westen. Man muß diese Flüchtlinge gesehen haben, um beurteilen zu können, was über sie hereingebrochen ist. Es gibt keine Worte, um ihr Elend beschreiben zu können.<<

**18.08.1945**

**WBZ:** Der deutsche Schriftsteller Frank Thiess (1890-1977) kritisiert am 18. August 1945 in der "Münchener Zeitung" den Emigranten Thomas Mann (x111/66): >>... Ich glaube, es war schwerer, sich hier seine Persönlichkeit zu bewahren, als von drüben Botschaften an das deutsche Volk zu senden.<<

**20.08.1945**

**Großbritannien:** Außenminister Bevin berichtet am 20. August 1945 im britischen Unterhaus über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x028/241): >>... Die Frage des endgültigen zukünftigen Gebietes von Polen muß am Verhandlungstisch für den Frieden geregelt werden, und ich persönlich sehe die Gefahr - und schließe mich damit der von dem sehr ehrenwerten Mitglied für Woodford (Churchill) geäußerten Ansicht an - daß die Polen zu weit nach Westen geraten.<<

**Vietnam:** Der vietnamesische Politiker Ho Chi Minh (1890-1969, seit 1941 Führer der kommunistischen Partisanenbewegung "Vietminh" in Indochina) übernimmt am 20. August 1945 in Hanoi die Macht.

**21.08.1945**

**Schweiz:** Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes berichten am 21. August 1945 in Genf über die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich (x130/178): >>... Sie stellten fest, daß der Nahrungsmangel das Leben von 200.000 deutschen Kriegsgefangenen unmittelbar gefährde. ... Für 600.000 Gefangene in französischen Lagern gebe es nur ungenügende Unterkünfte ...<<

**China:** General Yamada kapituliert am 21. August 1945 in der Mandschurei vor der Roten Armee. 609.176 japanische Soldaten (einschließlich 148 Generale und Admirale) geraten in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/294-295).

**22.08.1945**

**Berlin:** Das sogenannte Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand) wird am 22. August 1945 veröffentlicht.

**Großbritannien:** Der britische Unterhausabgeordnete Evans berichtet am 22. August 1945 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/230): >>Gegenwärtig strömen 200.000 alte Leute, Frauen und Kinder jede Woche vom Osten nach Berlin hinein.

Sie sind heimatlos und besitzen nur, was sie auf dem Leibe tragen. Eine Frau schob in 2 Kinderwagen 6 Kinder fast 150 km weit. ...

Ist es das, wofür jene Herzen, die nicht zurückkommen werden, jene, die nicht alt werden, wie wir anderen alt werden, gekämpft haben und gestorben sind? ...<<

**USA:** General de Gaulle fordert am 22. August 1945 in Washington die Abtrennung des Rheinlandes und die Angliederung des Saargebietes an Frankreich sowie die internationale Verwaltung des Ruhrgebietes (x111/67).

**27.08.1945**

**SBZ:** Die SMAD erläßt am 27. August 1945 einen Befehl über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Wehrmachtsoffiziere, ehemalige SS-, SA-, Gestapo- und NSDAP-Mitglieder müssen sich gemäß SMAD-Befehl Nr. 42 einer "Registrierung" unterziehen.

Viele werden im Verlauf dieser Massenregistrierung verhaftet und kurzerhand als "Kriegsgefangene" oder "Kriegsverbrecher" in die Sowjetunion verschleppt (x111/68).

**August 1945**

**Berlin:** Die "Joint Relief Commission" des Internationalen Roten Kreuzes berichtet Anfang August 1945 (x044/197): >>... Am 27. Juli 1945 traf im Berliner Westhafen ein Lastkahn ein, mit einer tragischen "Fracht" von 300 Kindern, halb tot vor Hunger.

Sie kamen aus Finkenwalde in Pommern. Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahren lagen am Boden des Kahns, reglos, von Krätze zerfressen, die Gesichter vom Hunger verzerrt. Die kleinen Körper, die Knie und die Füße waren aufgeschwollen - typische Hungerödeme.<<

**WBZ:** Feldmarschall Montgomery ruft Anfang August 1945 zur Umerziehung der deutschen Jugend auf (x117/73): >>An die deutschen Eltern! ...

1. Die Nationalsozialisten haben das deutsche Erziehungswesen in den Staub gezogen. Sie wollten Eure Kinder geistig vergiften. Das Wahre haben sie ihnen vorenthalten und haben ihnen dafür falsche Werte gegeben. Sie haben ihnen beigebracht, Freiheit und Duldsamkeit zu verachten, Gewalt und Unterdrückung zu bewundern. ...

3. Was die Nationalsozialisten angerichtet haben, beabsichtige ich wieder in Ordnung bringen zu lassen. ...

4. ... Bis zum Oktober dürften alle verfügbaren Schulen ... wieder in Betrieb sein.

5. Drei Dinge sind nötig, um Schulen wieder aufzumachen: Gebäude, Lehrmaterial und zuverlässige Lehrkräfte. ...

7. Die Schulbücher, mit denen die Nationalsozialisten die Kindergemüter vergifteten, werden im Schulunterricht nicht mehr verwendet. Ich lasse als Notmaßnahme Neuauflagen von Schulbüchern drucken, die vor den Nationalsozialisten in Gebrauch waren. Neue Schulbücher, von Deutschen in Deutschland geschrieben, aus denen ein gesunder Geist sprechen wird, sind in Vorbereitung; sie werden so rasch wie möglich gedruckt werden.

8. Der Mangel an Lehrkräften wird ernst sein. Ich werde keinen Lehrer in der Schule dulden, dessen Vergangenheit nicht den eingehendsten Nachforschungen standhält. Lehrer, die zu Unrecht entlassen wurden, werden wieder eingestellt. Ich werde alle kriegsgefangenen Lehrer freilassen, die würdig sind, bei der Neuerziehung ihrer Söhne und Töchter mitzuarbeiten. ...

12. Mein Ziel auf lange Sicht ist, das deutsche Jungen und Mädel durch eine frohe Schulzeit zu würdigen Staats- und Weltbürgern heranwachsen sollen. Ihre eigene Urteilskraft muß sie vor falschen Lehren der Gewalt und Tyrannei sichern. Auch Sie, deutsche Männer und Frauen müssen Ihre Verantwortung lernen, besonders für das, was im Leben der Gemeinschaft geschieht, in der Sie leben.

13. In allen diesen Dingen werden wir mit den Amerikanern, mit den Russen und den Franzosen zusammenarbeiten.

14. Ich werde Ihnen keine fremden Erziehungsgrundsätze und Lehrmethoden aufzwingen. ... Was ich aber niemals dulden werde, ist eine Rückkehr zum Nationalsozialismus, zum Militarismus oder zum Angriffsgeist in irgendeiner Form.

15. Sie, deutsche Väter und Mütter, müssen Ihr Teil dazu beitragen, um Ihre Kinder auf einen

gesunden Lebensweg zurückzuführen. Ich werde Ihnen helfen, und Sie müssen mir helfen! Das ist mein Befehl!<<

**USA:** Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt später in seinen Memoiren über die Zustände in Ostpreußen im August 1945 (x160/-3): >>... Die Katastrophe, die mit dem Einzug der sowjetischen Truppen hereinbrach, hat in der modernen europäischen Geschichte keine Parallele. Es gab weite Landstriche, in denen, wie aus Unterlagen ersichtlich, nach dem ersten Durchzug der Sowjets von der einheimischen Bevölkerung kaum noch ein Mensch – Mann, Frau oder Kind - am Leben war, und es ist einfach nicht glaubhaft, daß sie allesamt in den Westen entkommen wären. ...

Ich selbst flog kurz nach Potsdam (Potsdamer Konferenz vom 17.7.-2.8.1945) mit einer amerikanischen Maschine in ganz geringer Höhe über die gesamte Provinz, und es bot sich mir ein Anblick eines vollständig in Trümmern liegenden Gebiets; vom einen Ende bis zum anderen kaum ein Zeichen von Leben. ...

(Die Russen hatten aus dem Land) die einheimische Bevölkerung in einer Manier hinausgefegt, die seit den Tagen der asiatischen Horden nicht mehr dagewesen ist.<<

**01.09.1945**

**WBZ:** Walter Müller-Bringmann berichtet über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/26): >>Anfang September 1945. Ströme von Menschen ergießen sich Tag und Nacht in das Dorf. Täglich kommen zwischen 5.000-7.000 Kinder und Greise, Kranke, Schwangere, Sterbende. Niemand weiß, wo man sie unterbringen soll.

Weil die private Hilfe für diese bejammernswerten Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien, dem Warthegau und Danzig – aus den Gebieten also, in denen schwere Kämpfe stattfanden - nicht mehr ausreichte, haben die provisorischen deutschen Behörden eine Verpflegungsstelle auf einem Bauernhof eingerichtet, wo in einem 300-Liter-Kessel viermal am Tage Suppe und Kaffee, Ersatz natürlich, gekocht wird. Kartoffeln, Gemüse und Fett werden bei den Landsleuten gesammelt.

Riesenschlangen von Menschen warten darauf, mit einem der großen Lastkraftwagen nach Göttingen transportiert zu werden, zu den Tausenden, die dort bereits sehnsüchtig einen Zug in Richtung Westen herbeiwünschen.<<

**Großbritannien:** Feldmarschall Montgomery erklärt am 1. September 1945 in London (x111/70): >>Mein vorläufiges Ziel ist eine Zuteilung von 1.500 Kalorien pro Tag an die deutsche Bevölkerung, aber selbst diese Menge kann wegen Verteilungsschwierigkeiten nicht überall ausgegeben werden. Die Lage wird noch dadurch verschlimmert, daß die diesjährige Ernte ungewöhnlich schlecht ist. Es gibt nur eine Lösung: Lebensmittel nach Deutschland einzuführen.<<

**02.09.1945**

**Japan:** **A**m 2. September 1945, um 10.30 Uhr, unterzeichnen Außenminister Mamoru Shigemitsu und Generalstabschef Yoshijiro Umezu auf dem US-Schlachtschiff Missouri die bedingungslose Kapitulationserklärung Japans.

**04.09.1945**

**Berlin:** Mit der Anweisung Nr. 2 vom 4. September 1945 unterdrückt der Alliierte Kontrollrat bis etwa 1948 kritische Veröffentlichungen und Publikationen über die Vertreibungsverbrechen gegenüber den Deutschen (x025/201): >>... (Es dürfen keine Artikel gedruckt werden), die eine Respektlosigkeit gegenüber den Besatzungsbehörden oder Mitgliedern der Vereinten Nationen darstellen.<<

**WBZ:** Die US-Behörden schaffen am 4. September 1945 die Vorzensur zugunsten der Nachzensur ab.

Diese Maßnahme wird jedoch durch besonders rigorose Lizenzierungsverfahren abgesichert (x115/271-273,275-277): >>... So vergaben sie Publikationsgenehmigungen grundsätzlich

nicht an einzelne Personen, sondern an mehrere Bewerber, die verschiedenen politischen Richtungen angehören mußten. ... Die Bewerber durften nicht der NSDAP angehört, keine ihrer Organisationen unterstützt oder deren Interessen vertreten haben, sie mußten Gegner des Nazismus und seiner Ideologie sein und möglichst aktiven Widerstand geleistet haben. ...
Die Amerikaner erwarteten von ihren Lizenzzeitungen vor allem das Bemühen, die Deutschen mit dem Gedanken der Demokratie und der Toleranz vertraut zu machen. ...
Auch die Briten sahen neben der Umerziehung, der Demokratisierung und der Überwindung der geistigen Isolation der Deutschen eine wichtige Aufgabe der Presse. ... Die Medien sollten vor allem als "Wächter" und "Bremser" gegenüber totalitären Tendenzen wirken. ...<<
>>... Die Etablierung der Lizenzpresse in den Westzonen vollzog sich in der Zeit vom Juni 1945 bis zur Selbstauflösung der Militärregierungen Ende September 1949. In diesem Zeitraum entstanden 169 Blätter, davon 20 in West-Berlin, 71 in der britischen Zone, 58 in der amerikanischen und 20 in der französischen Zone. In der sowjetischen Zone waren bis Herbst 1948 29 Zeitungen erschienen. ...
Als Beschaffer der in Zeitungen publizierten Informationen bildeten die Nachrichtenagenturen nicht nur eine unverzichtbare Grundlage des neuen Pressewesens, sondern übten durch eine Vorauswahl der zu übermittelnden Nachrichten auch wichtige Kontroll- und Zensurfunktionen im Sinne der Militärregierungen aus. Auslandskorrespondenten besaß ohnehin keine deutsche Zeitung in jenen Jahren, so daß die Presse völlig auf die von den Alliierten neu gegründeten und kontrollierten Agenturen angewiesen war. ...<<
In einer US-Geheimstudie vom 4. September 1945 heißt es zur Entnazifizierung (x114/2.136): >>Die Anwendung der Direktiven ... hat häufig nur die alte, diskreditierte Elite aus der Zeit vor Hitler an die Macht gebracht. ...<<

**08.09.1945**

**SBZ:** NKWD-Einheiten übernehmen am 8. September 1945 das ehemalige Militärgefängnis Fort Zinna bei Torgau. Die Häftlinge des Lagers Fort Zinna werden später in die frühere Seydlitz-Kaserne nach Torgau verlagert (x126/146).

**Großbritannien:** Der Lordbischof von Chichester schreibt am 8. September 1945 an den Berliner Probst Grüber (x039/229): >>... Ich fühle die Unmenschlichkeit der Vertreibungen aufs Tiefste mit Ihnen und habe bereits über diesen Punkt im Oberhaus gesprochen, indem ich ausführte, daß die Entwurzelung von Millionen aus rassischen Gründen unvereinbar sei mit den Idealen, für welche die Vereinten Nationen gekämpft haben.<<

**09.09.1945**

**Frankreich:** Ministerpräsident de Gaulle fordert am 9. September 1945 während einer Pressekonferenz die Abtrennung des Rheinlands (x156/32-33): >>Gemäß den Beschlüssen von Potsdam wurde Deutschland im Osten, nicht aber im Westen amputiert. Der Strom der deutschen Vitalität richtet sich damit nach Westen. Eines Tages könnte sich auch die deutsche Aggressivität gegen Westen wenden. Deshalb muß im Westen eine Regelung gefunden werden, die ein Gegengewicht zu jener im Osten darstellt.
Die Schlüsselzonen sind das Rheinland und das Ruhrgebiet. Für jede sollte eine Sonderregelung ausgearbeitet werden. Das Rheinufer, d.h. das linke Rheinufer, stellt ein Grenzland dar, das Köln einschließt und sich bis zur Schweizer Grenze ausdehnt.
Die militärische Sicherheit Frankreichs, Belgiens, Hollands und Großbritanniens erfordert die Unterstellung des Rheinlands unter ihre gemeinsame strategische und politische Kontrolle. Sie erfordert, daß es ein für allemal vom deutschen Staat in solcher Weise abgetrennt wird, daß seine Bewohner wissen, daß ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt. Die Aufgabe des Rheinlands durch Frankreich war das Vorspiel zu diesem Kriege. ...<<

**Großbritannien:** Die britische Botschaft informiert am 9. September 1945 den nordamerikanischen Außenminister (x028/115): >>... (daß) trotz ... der Vereinbarung der Potsdamer Kon-

ferenz ... die polnischen Behörden fortfahren, jedenfalls auf indirekte Weise, die noch verbliebenen deutschen Einwohner aus den der polnischen Verwaltung unterstellten deutschen Gebieten zu vertreiben.
Die Schwierigkeiten für die Kontrollkommission, die bereits durch die vorausgegangenen Vertreibungen unabsehbar sind, werden von Tag zu Tag schlimmer.<<

**10.09.1945**

**SBZ:** Erich Honecker wird am 10. September 1945 zum Vorsitzenden des Zentralen Jugendausschusses gewählt.

**WBZ:** Radio München beginnt am 10. September 1945 einen Englischkurs ("Englisch macht Spaß").

**14.09.1945**

**Frankreich:** Die französische Regierung äußert am 14. September 1945 Vorbehalte gegen die während der Potsdamer Konferenz beschlossene politische Behandlung Deutschlands (x156/-33): >>Diese Vorbehalte beziehen sich auf die vorgesehene Wiederherstellung einer Zentralregierung in Deutschland, auf die Wiederherstellung der politischen Parteien für ganz Deutschland und auf die Schaffung zentraler Verwaltungsstellen unter der Leitung von Staatssekretären, deren Amtsbereich sich auf das gesamte deutsche Gebiet erstrecken würde. ...
Sie ist der Ansicht, ... daß eine Teilung Deutschlands in mehrere Staaten, wenn sie die Folge einer natürlichen Entwicklung und nicht einer auferlegten Lösung sein würde, für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa günstig wäre.
Aus diesen Gründen bedauert sie, daß der gleiche Abschnitt IX bereits jetzt die Eventualität der Wiederherstellung einer deutschen Zentralregierung unter deutscher Leitung und die Wiederherstellung politischer Parteien für ganz Deutschland vorsieht, lauter Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die deutschen Einheitsbestrebungen neu zu beleben und die Rückkehr zu einer Form des zentralisierten deutschen Staates zu begünstigen. ...<<

**15.09.1945**

**SBZ:** In Mitteldeutschland werden am 15. September 1945 private Versicherungsunternehmen verboten und durch "Anstalten öffentlichen Rechts" ersetzt.

**WBZ:** Walter Müller-Bringmann berichtet damals über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/26-28): >>Mitte September 1945. Es geschehen schlimme Dinge an der Demarkationslinie. Die russischen Posten lassen illegal niemanden mehr passieren, schießen sofort und sind sehr grob geworden. Umgekehrt können sich die Engländer nicht erklären, warum diese vielen Menschen alle in ihr Gebiet wollen.
Jeden Abend, zwischen 21 und 22 Uhr, lassen die russischen Posten einen großen Schub - immer mehrere Tausend - durch. Der kommt dann mitten in der Nacht in Bremke an. Da auf Befehl der Militärregierung kein Deutscher ohne Erlaubnis seine Wohnung verlassen darf, kampieren die Flüchtigen irgendwo in Scheunen und Ställen, auf den Höfen und Fluren. Viele müssen sich aber einfach draußen wie die Tiere zusammenrollen und versuchen, etwas zu schlafen. Die Kälte treibt sie dann bald wieder hoch. ...
Ich sah, wie 2 Frauen sich gegenseitig an den Haaren rissen, schrien, weinten, sich widerwärtig beschimpften, weil eine von der anderen glaubte, sich beim Abtransport eine Reihe vorgedrängt zu haben.
Ich sah, wie eine Mutter mit einem winzigen Säugling im Straßengraben saß, verzweifelt dem Kind von Bauern erbettelte Milch einzuflößen versuchte. Vergebens. Diese kleinen Lippen würden nie mehr trinken. ...
Ich sah Hunderte von Menschen, Tausende, Abertausende in ihrer tiefsten Erniedrigung, dem größten Leid, in Elend, Not und Verzweiflung. ...
Ich sah Menschen ohne Hoffnung, ohne Glauben, ohne Liebe, ohne Ehrfurcht, ohne Gott. Ich sah, wie Männer zu Dieben wurden, Kinder zu Gesetzesbrechern, Frauen sich anboten und

Mädchen ihre Unschuld verkauften.
Ich sah Menschen, von Menschen zu Tieren gepreßt, auf einer Stufe mit dem Vieh. Und doch unschuldig, ohne jede Schuld. Denn die Not, das nackte Gespenst übermenschlicher Bedrängnis, ließ sie Dinge tun, die zu verantworten einst andere aufgerufen werden.<<
**Großbritannien:** Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" berichtet am 15. September 1945 (x044/197): >>... Im Widerspruch zur Potsdamer Deklaration, die diesen ungeordneten und unmenschlichen Massenvertreibungen von Deutschen Einhalt gebot, geht die Zwangsausweisung aus den Provinzen Ostpreußens, Pommerns, Schlesiens und Teilen von Brandenburg unverändert weiter.
Der Rat der Außenminister muß dieser entsetzlichen Tragödie ein Ende machen. Die vertriebenen Millionen sind praktisch ohne Nahrung und obdachlos. Die bewohnbaren Teile der großen Städte waren schon überfüllt, ehe sie kamen, und auf dem Land gibt es nur sehr begrenzte Möglichkeiten, sie unterzubringen.
Die unausweichliche Folge wird sein, daß Millionen an Hunger und Erschöpfung sterben werden. Die Deutschen haben zweifellos Strafe verdient - aber keine Tortur von dieser Art. Wenn die Polen und Tschechen als zivilisierter gelten wollen als die Nazis, dann müssen sie sofort mit der Vertreibung aufhören.<<

**17.09.1945**

**SBZ:** Das Deutsche Beamtengesetz wird durch den SMAD-Befehl Nr. 66 vom 17. September 1945 aufgehoben. Berufsbeamte im herkömmlichen Sinne gibt es danach nicht mehr.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Beamten" in der SBZ (x009/57): >>Beamte ... gibt es seit 1945 nicht mehr. Das Deutsche Beamtengesetz vom 26.1.1937 ist durch SMAD-Befehl Nr. 66 vom 17.9.1945 aufgehoben worden.
Die im öffentlichen Dienst stehenden "Mitarbeiter des Staatsapparates" sind durch Wahl, Berufung oder Arbeitsvertrag eingesetzte Angestellte oder Arbeiter im öffentlichen Dienst. Soweit sie mit eigener Verantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnis staatliche Aufgaben erfüllen, werden sie als Staatsfunktionäre bezeichnet.
Die Bestimmungen des StGB über Verbrechen und Vergehen im Amt sind auf alle Personen anzuwenden, "die in einer Einrichtung des Staates mit der Verwirklichung der Zwecke des sozialistischen Staates beauftragt sind, gleichgültig, ob sie für diese Tätigkeit besoldet werden oder ehrenamtlich tätig sind" (Der Schöffe 1960, S. 144).
Die Mitarbeiter des Staatsapparates unterliegen besonderen Disziplinarbestimmungen. Eine besondere Altersversorgung gibt es nur für die Angehörigen von technischen und wissenschaftlichen Berufen, darunter für Lehrer sowie Angehörigen der Post und der Eisenbahn.<<
**WBZ:** In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 17. September bis zum 14. Oktober 1945 täglich nur 1.542 bzw. 846 Kalorien zugeteilt (x117/31).

**19.09.1945**

**WBZ:** General Eisenhower proklamiert am 19. September 1945 in der US-Zone die Gründung der Länder Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern (x114/2.101): >>**An das Deutsche Volk in der Amerikanischen Zone!**
Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der Amerikanischen Streitkräfte in Europa, erlasse hiermit folgende Proklamation.
Artikel I
Innerhalb der Amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden: Jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. Die folgenden Staaten werden gebildet: Groß-Hessen umfaßt Kurhessen und Nassau ... und Hessen-Starkenburg, Oberhessen und den östlich des Rheines belegenen Teil von Rheinhessen.
Württemberg-Baden umfaßt die Kreise Aalen, Backnang ... und Pforzheim Stadt und Land.

Bayern umfaßt ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau. ...<<

**20.09.1945**

**Berlin:** Durch die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats werden am 20. September 1945 die NSDAP, alle militärischen und halbmilitärischen Verbände aufgelöst (x116/15-16): >>Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (NSDAP) ist völlig und endgültig aufgelöst und wird außerhalb des Gesetzes erklärt. ...

Die deutschen Behörden dürfen nicht zulassen, daß irgendwelche Geheimorganisationen bestehen.

Die deutschen Behörden müssen alle Anweisungen befolgen, die von Vertretern der Alliierten herausgegeben werden für die Abschaffung der Nazigesetzgebung und für die Umgestaltung der deutschen Gesetze und des deutschen Gesetz-, Rechts-, Verwaltungs-, Polizei- und Erziehungswesens, einschließlich der Ersetzung des betreffenden Personals.<<

Die AKR-Proklamation Nr. 2 löst ferner alle deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland auf. Das Deutsche Reich muß sämtliche Besatzungskosten der alliierten Streitkräfte übernehmen. Ferner werden alle Gold- und Silberbestände des Deutschen Reiches beschlagnahmt (x111/78).

**WBZ:** Die Briten lassen am 20. September 1945 auf dem Versuchsgut der Göttinger Universität in Friedland ein Grenzdurchgangslager für Flüchtlinge und Vertriebene errichten.

Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. September 1945 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/7): >>Am 20. September wurden 10 britische Armeezelte in der Nähe von Friedland, einem kleinen, bis dahin völlig unbekannten Dorf bei Göttingen, aufgeschlagen, um zumindest den Kranken und Schwachen unter den Tausenden von Flüchtlingen aus den östlichen Gebieten Deutschlands, die in jenen schlimmen Wochen über die sowjetisch-englischen Demarkationslinie strömten, für einige Stunden eine Ruhepause zu ermöglichen.

Keiner vermochte damals zu ahnen, daß daraus ein großes Lager für lange Zeit werden sollte. Niemand wußte, daß der Name Friedland einmal in allen Teilen der Welt genannt und zu einem Begriff werden würde. ...

Millionen Menschen gingen durch Friedland, atmeten hier zum ersten Mal auf, ließen alles hinter sich, was sie in den langen Jahren erleiden mußten - fingen ein neues Leben an. Kein Flecken deutscher Erde hat in unserer Zeit so viel Elend und Leid, aber auch Glück und Freude gesehen. In Friedland flossen die Tränen unendlich vieler geprüfter Menschen - Tränen, die mit zur Geschichte unseres Volkes gehören. ...<<

**21.09.1945**

**UdSSR:** Die Sowjetunion und Polen schließen am 21. September 1945 ein Grenzabkommen über die Grenze zwischen Polen und der späteren DDR (x028/176).

**23.09.1945**

**Frankreich:** Der französische Ministerpräsident Charles de Gaulle fordert am 23. September 1945 in einer Rundfunkansprache die Internationalisierung des Ruhrgebietes durch ein gemeinschaftliches Kontrollregime. Ferner spricht er sich für eine dauernde militärische Besetzung Deutschlands entlang der Rheinlinie durch die Franzosen aus (x156/33).<<

**24.09.1945**

**SBZ:** In der SBZ wird am 24. September 1945 die "Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler" errichtet. Die Begriffe Flüchtlinge oder Vertriebene werden später von den Sowjets verboten (x024/201).

**26.09.1945**

**Frankreich:** Der Chef der IKRK-Delegation, Pradervand, schreibt am 26. September 1945 an General de Gaulle und berichtet über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/117-119): >>Mein General,

am 3. September habe ich Sie um die Ehre gebeten, mich zu empfangen, damit ich Ihnen über

die Situation der deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand berichten könne. Die Zahl dieser Gefangenen beläuft sich jetzt auf 600.000.
200.000 sind jetzt arbeitsunfähig, wie folgt:
a. 50.000, weil sie nach den Bestimmungen der Genfer Konvention repatriiert werden sollten (amputiert, blind geisteskrank tuberkulös usw.) und
b) 150.000 weil sie an schwerer Unterernährung leiden.
Die Situation dieser 200.000 Männer ist in Bezug auf Lebensmittel, Kleidung, unhygienische Bedingungen so bedenklich, daß man ohne Furcht vor Pessimismus sagen kann, daß sie den Winter nicht überleben werden.
Um die allgemeine Situation zu zeigen, erlauben sie mir, Ihnen über das Lager Thorée-les-Pins bei La Fleche zu berichten, in dem die beiliegenden Fotografien aufgenommen worden sind. Dieses Lager in Thorée enthält ungefähr 20.000 Gefangene, von denen 13.000, obgleich unterernährt, arbeitsfähig sind. 7.000 sind sehr krank, von denen
a) 2.000 in so schlechter Verfassung sind, daß sie, ganz gleich welche Pflege ihnen zuteil wird, wahrscheinlich innerhalb der nächsten Monate sterben werden (selbst die deutschen Ärzte haben es aufgegeben, sie zu behandeln);
b) 2.000 Fälle von Unterernährung, die durch richtige Ernährung wiederhergestellt werden könnten, insbesondere durch die Injektion von Blutplasma;
c) 3.000 sind stark unterernährt, könnten aber durch zusätzliche Ernährung gerettet werden. Am Tage des Besuches durch einen meiner Delegierten gab es 20 Sterbefälle in Thorée; Särge für sie gab es nicht mehr.
... Um Abhilfe zu schaffen, ist energisches Handeln erforderlich. Gestatten Sie mir – weil ich mich seit mehr als 3 Monaten ausschließlich mit diesem Problem befasse -, Ihnen die folgenden Maßnahmen vorzuschlagen:
1) Suspendieren Sie alle weiteren Gefangenen-Überstellungen, bis die Verwaltung in der Lage ist, regelmäßig neue Kontingente zu bewältigen.
2) Repatriieren Sie unverzüglich alle Gefangenen, die sich nicht mehr erholen werden und die in der französischen, amerikanischen oder britischen Zone beheimatet sind, in Absprache mit den Militärbehörden.
3) Verteilen Sie zusätzliche Nahrung an die Gefangenen, die gerettet werden können, und setzen sie diese Gefangenen allmählich zur Arbeit ein, um dem Bedarf an Arbeitskräften zu entsprechen.
4) Geben Sie an einige der Gefangenen Lebensmittel und Kleidung aus, die die Verwaltung schon zur Verfügung hat. (Die Gefangenen schlafen im allgemeinen auf dem Boden und haben im Durchschnitt eine Decke für 4 Personen).
Auf diese Weise wird die Verwaltung die Kosten für diese 200.000 unnützen Münder einsparen, und die drohende Katastrophe wird abgewendet.
Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat zu seiner Verfügung einige noch vom Deutschen Roten Kreuz erübrigte Gelder, Spenden für das Komitee von deutschen Gefangenen in den USA und einige Spenden von Kriegsgefangenen in französischer Hand. Das Komitee ist bereit, mit diesen unterschiedlichen Beträgen Lebensmittel, Kleidung und Medikamente für die deutschen Gefangenen in französischer Hand zu kaufen.<<

**29.09.1945**

**Frankreich:** Der Reporter Serge Bromberger berichtet am 29. September 1945 im "Le Figaro" über die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Lagern (x131/116): >>... Die seriöseste Quelle bestätigte, daß der körperliche Zustand der Gefangenen schlimmer als beklagenswert war. Die Leute sprachen von einer erschreckenden Sterblichkeit, verursacht nicht durch Krankheit, sondern durch Hunger, und von Männern mit einem Durchschnittsgewicht von 35 bis 45 Kilo.

Anfangs zweifelten wir an der Wahrheit aller dieser Dinge, aber uns erreichten Appelle von vielen Seiten, und wir konnten das Zeugnis von Priester Le Meur, eines Geistlichen für die Gefangenen, nicht ignorieren.<<

**30.09.1945**

**WBZ:** Walter Müller-Bringmann berichtet damals über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/29): >>Ende September 1945. Da, wo sich die drei Besatzungszonen der Sowjets, Amerikaner und Engländer treffen, auf britischem Gebiet, an der Eisenbahnstrecke zwischen Göttingen und Eichenberg ist ... ein Behelfslager für Flüchtlinge eingerichtet worden.

Der Ort heißt Friedland, besitzt eine kleine Bahnstation und dürfte auf kaum einer der großen Landkarten zu finden sein. Hier liegt ein Versuchsgut der Universität Göttingen, dessen Schweineställe, Futterkammern und Nebengebäude beschlagnahmt wurden. Außerdem hat irgendeine britische Einheit zehn mittelgroße Zelte abgegeben, die dort auf einer Wiese aufgeschlagen sind.

Seit fast 4 Wochen strömen täglich 3.000 bis 5.000 Menschen in das kleine Dorf Friedland, umlagern die Bahnstation, ... und warten auf einen Güterzug, der sie weiterbringen soll. Die 3 großen Schweineställe des Gutes wurden geräumt und dienen nun denen, die alles verloren haben, als Raststätte auf einer weiten Wanderung, von der sie nur wissen, wann und wo sie angefangen hat. Deren Weg aber keiner kennt, von der niemand weiß, wie lange sie andauert und deren Ende und Ziel völlig unbekannt ist.

In einem kleinen Maststall sind 2 Räume für Säuglinge und Kleinkinder eingerichtet, dahinter wurden Buchten für Alte und Gebrechliche und Mütter mit Kindern geräumt. Für die vielen Menschen, die unterkommen wollen, sind Ställe und Zelte völlig unzureichend. Die meisten müssen sowieso auf das seltsam anmutende Quartier verzichten, schlagen sich irgendwo in die Büsche oder kriechen in den Scheunen der Bauern unter.

Können spätere Generationen ermessen, was es heißt, daß unter diesen Umständen am 28. September 1945 ein kleines Mädchen in einem Schweinestall des Versuchsgutes geboren wurde? Die Mutter kam als Flüchtling völlig erschöpft und entsetzlich mitgenommen an. Sie wollte weiter, konnte aber nicht mehr. ...<<

**Frankreich:** Jacques Fauvet berichtet am 30. September 1945 im "Le Figaro" über die unmenschlichen Zustände in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/123-124): >>So wie man heute von Dachau spricht, werden die Menschen in 10 Jahren überall in der Welt von Lagern wie Saint Paul d' Egiaux sprechen, wo gegen Ende Juli 17.000 von den Amerikanern übernommene Menschen so rasch starben, daß in wenigen Wochen zwei Friedhöfe von je 200 Gräbern gefüllt waren. Gegen Ende September betrug die Sterbeziffer 10 pro Tag, was mehr als 21 % pro Jahr bedeutete. ...

Manche Leute werden einwenden, daß die Deutschen nicht sehr gewissenhaft waren, was die Frage der Ernährung unserer Männer anbetraf, aber selbst wenn sie gegen die Genfer Konvention verstoßen haben, scheint das wohl kaum eine Rechtfertigung dafür zu sein, daß wir ihrem Beispiel folgen.

Manche Leute haben gesagt, der beste Dienst, den wir den Deutschen leisten könnten, würde darin bestehen, sie nachzuahmen, so daß sie uns eines Tages vor dem Richterstuhl der Geschichte wiederfinden würden, aber Frankreich sollte seinem Ideal treu bleiben, das höher ist als bloße Würde; es ist bedauerlich, daß uns die ausländische Presse daran erinnern mußte. ...

Wir haben nicht gelitten und gekämpft, um die Verbrechen anderer Zeiten und anderer Orte zu verewigen.<<

**September 1945**

**SBZ:** NKWD-Einheiten übernehmen im September 1945 das ehemalige "Juden-KZ" Jamlitz bei Lieberose.

Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz werden später ca. 6.000 deutsche Häftlinge in 8

Barackenkomplexen interniert (x126/74).
NKWD-Einheiten übernehmen im September 1945 das ehemalige NS-Kriegsgefangenenlager "Stalag IV B" auf der Mühlberger Flur (nördlich von Riesa). Das Lager Mühlberg besteht aus ca. 60 Holzbaracken. Im sowjetischen "Speziallager Nr. 1" werden später durchschnittlich 12.000 deutsche Häftlinge interniert (x126/111).
**WBZ:** Die britische Militärregierung kritisiert im September 1945 die Verwendung von Kurzgeschichten in den deutschen Schullesebüchern (x117/84): >>... Im Gegensatz zu den englischen Schulen, in denen man den Gebrauch von vollständigen Ausgaben ausgewählter Schriftsteller als Lehrbücher bevorzugt, gebrauchen die deutschen Schulen Bücher, die Sammlungen von kurzen Geschichten verschiedener Schriftsteller enthalten ...
Viele dieser Geschichten, obgleich sie möglicherweise an sich nicht sehr schädlich sind, sind doch sehr gefährlich, wenn sie so zusammengestellt sind, daß sie eine Stufenfolge von Krankhaftem und von Gewalttätigkeit darstellen.<<
Der SPD-Politiker Hinrich Wilhelm Kopf (1893-1961, 1945 Präsident des Bezirks Hannover, 1946-55 und 1959-61 Ministerpräsident im Land Hannover und in Niedersachsen) erklärt im September 1945 während einer Rede vor deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen (x021/-464): >>... Zunächst will ich versuchen, euch wenigstens das Gefühl eines eigenen Heimes wiederzugeben.
Im Einvernehmen mit der Militärregierung, die für eure Nöte und Sorgen volles Verständnis hat, werde ich daher die noch vorhandenen Wohnräume erfassen und gerecht an alle verteilen und die für die Einrichtung eines Heimes erforderlichen Gegenstände – soweit ihr selbst solche nicht mehr besitzt – für euch gegen Bezahlung beschaffen. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen werden in den nächsten Tagen ergehen.
Die übrige Bevölkerung bitte ich um Verständnis für die notwendigen eingreifenden Maßnahmen. Sie möge bedenken, daß sie es nur einem glücklichen Zufall zu verdanken hat, daß sie sich nicht in der gleichen Lage befindet wie die Flüchtlinge, Evakuierten und Ausgebombten.
Es ist Menschen- und Christenpflicht, für diese bedauernswerten Mitmenschen zu sorgen.<<
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die katastrophale Situation der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/462-464): >>Die Deutschen, die aus ihrer Heimat verjagt worden waren, mußten nun in dem Rest von Deutschland heimisch werden. Doch welch ein Land war das, in dem die Vertriebenen und Flüchtlinge sich nun tastend und suchend zurechtfinden sollten. Es war ein Land, das ihnen düster und abwesend erscheinen mußte. Ein Land voller Trümmer und Elend, dieses vom Krieg geschlagene Deutsche Reich, fremdem Willen unterworfen, unterteilt in Besatzungszonen, an deren Grenzen die Soldaten der Sieger wachten.
Nie war ein Land schlimmer zerstört worden als das Deutsche Reich, in dessen Hauptstadt einst der totale Krieg ausgerufen worden war, der in eine totale Niederlage geführt hatte. ... In diesem Land, in das die Menschen des Ostens jetzt gewaltsam verfrachtet worden waren, mangelte es an allem, was Menschen brauchten, um überhaupt leben zu können: an Wohnraum, an Nahrung, an Kleidung.
Bombenangriffe und Kriegshandlungen hatten Millionen von Wohnungen in Deutschland vollständig zerstört oder so beschädigt, daß sie unbewohnbar waren. Tatsächlich waren nur 6 von jeweils 10 Wohnungen übriggeblieben. Von diesen 6 Wohnungen, in denen Menschen noch menschenwürdig hausen konnten, hatten die Besatzungstruppen jeweils eine für ihre Zwecke beschlagnahmt. Also: die Einwohner der westlichen Besatzungszonen mußten jetzt mit der Hälfte des Wohnraums auskommen, über den sie vor dem Krieg verfügt hatten.
In diese Enge wurden nun auch noch Millionen hineingepreßt, die aus Pommern und Schlesien, Ost- und Westpreußen, aus Böhmen und Mähren und der Tschechoslowakei, aus Ungarn

und Jugoslawien verjagt und in die westlichen Besatzungszonen getrieben wurden. In diese Enge drängten sich aber auch Hunderttausende, die erst in die sowjetische Besatzungszone geflüchtet oder dorthin vertrieben worden waren, aber unter keinen Umständen unter einem kommunistischen Regime leben wollten und deshalb nach Westen weitergezogen waren. ...
Alle die Menschen, die nun kamen, brauchten ein Dach über den Kopf, wenn sie nicht zugrunde gehen sollten. Sie brauchten Nahrung, sie brauchten Kleidung. Die Westdeutschen mußten in ihren Wohnungen enger zusammenrücken. Sie mußten das Wenige, das der Krieg ihnen gelassen hatte, teilen. ...
... Manchmal weigerten sich Westdeutsche, ihren verjagten Landsleuten Platz einzuräumen, Zimmer freizugeben, Küchen und Keller mit den Fremden zu teilen. Gemeindeverwaltungen beschlagnahmten Wohnraum, und mancher der Vertriebenen, der sein Haus östlich von Oder und Neiße unter Drohung polnischer Maschinenpistolen verlassen hatte, zog jetzt in Begleitung britischer Soldaten, die ebenfalls mit Maschinenpistolen bewaffnet waren, in das Zimmer ein, das der Westdeutsche nicht preisgeben wollte. ...<<

**01.10.1945**

**SBZ:** In allen Schulen der sowjetischen Besatzungszone wird ab 1. Oktober 1945 wieder unterrichtet. Russisch wird Pflichtfach, um die deutsche Jugend "mit dem Geist und der Kultur des großen sowjetischen Nachbarvolkes" vertraut zu machen.

**Berlin:** Während der AKR-Sitzung vom 1. Oktober 1945 lehnt die französische Militärregierung eine deutsche Zentralverwaltung ab (x111/85).

**WBZ:** General Eisenhower ordnet am 1. Oktober 1945 weitere Kriegsgefangenentransporte an. Bis Ende Oktober 1945 transportiert man 1.750.000 deutsche Gefangene nach Frankreich und 30.000 deutsche Gefangene als Arbeitskräfte nach Belgien (x111/85).

Oberbürgermeister Konrad Adenauer spricht am 1. Oktober 1945 vor der Kölner Stadtverordnetenversammlung (x114/1.95): >>... So wollen wir gemeinsam ans Werk gehen, tief gebeugt, aber - meine Damen und Herren - nicht gebrochen!<<

**02.10.1945**

**Großbritannien:** Bei der "Londoner Konferenz" (vom 10.09. bis 2.10.1945) verlangt der französische Außenminister die Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebietes (x101/11).

**05.10.1945**

**SBZ:** Marschall Shukow erteilt Polen, der CSR und Ungarn am 5. Oktober 1945 die offizielle Erlaubnis, Ost- und Volksdeutsche in die sowjetische Zone "umzusiedeln" (x111/87).

**WBZ:** Die US-Militärregierung überträgt am 5. Oktober 1945 den deutschen Behörden die Aufnahme, Vertretung, Unterbringung und Ernährung der Flüchtlinge.

In einem "Merkblatt für Flüchtlinge", das am 5. Oktober 1945 in den britischen Auffang- und Grenzdurchgangslagern verteilt wird, heißt es (x111/87): >>Sie befinden sich jetzt in der britisch besetzten Zone Deutschlands.
Helfen Sie den Behörden durch Befolgen der Anordnungen, damit Ihnen geholfen werden kann.
Sie werden zunächst registriert, ärztlich untersucht und desinfiziert.
Sie werden dann verpflegt und durch Sonderzüge oder Omnibusse in den Kreis gebracht, welcher Sie aufnimmt.
Nach Ankunft in Ihrer neuen Heimat müssen Sie sich melden bei Wohnungsamt, Polizeibehörde, Arbeits- und Ernährungsamt.
Ohne Befolgung dieser Anordnungen können Sie keine Lebensmittelkarten erhalten.<<

**06.10.1945**

**WBZ:** General John A. Barraclough, britischer Militärbefehlshaber der Nord-Rheinprovinz, entläßt am 6. Oktober 1945 den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (x111/87, x114/-1.95): >>... Ich kenne die Schwierigkeiten hinsichtlich der Frage der Arbeitskräfte in Köln.

Ich bin mir der Lage hinsichtlich des Verkehrswesens, der Kohlenknappheit, der Knappheit an Transportmitteln etc. in vollem Umfang bewußt.
Ich bin jedoch überzeugt, daß mit richtiger Überwachung und Energie auf Ihrer Seite mehr hätte getan werden können, um diese Probleme zu lösen, als tatsächlich geschehen ist.
Nach meiner Ansicht haben Sie Ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung Kölns nicht erfüllt. Sie werden daher heute aus Ihrem Amte als Oberbürgermeister von Köln entlassen. ...<<
>>... Er (Adenauer) habe ... Köln ... spätestens bis zum 14. Oktober zu verlassen. ...
Er dürfe am öffentlichen oder politischen Leben in der Nordrhein-Provinz nicht mehr teilnehmen; andernfalls drohe ein Militärgerichtsverfahren.<<

**08.10.1945**

**SBZ:** Die SMAD ordnet am 8. Oktober 1945 an, die ausgewiesenen Deutschen nur noch als "Umsiedler" zu bezeichnen (x039/229).

**12.10.1945**

**Berlin:** Der Alliierte Kontrollrat ordnet am 12. Oktober 1945 für alle Männer (von 14 bis 65 Jahren) und Frauen (von 15 bis 50 Jahren) die Einführung der Arbeitspflicht an (x111/90).

**Großbritannien:** Der französische Staatspräsident de Gaulle erklärt am 12. Oktober 1945 in London (x111/89): >>Frankreich wünscht nie wieder ein Deutsches Reich. ...<<

**USA:** Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt am 12. Oktober 1945 über das Schicksal der Millionen von deutschen Vertriebenen (x111/89): >>Die Russen fegten die einheimische Bevölkerung vom Erdboden in einer Art, die seit den Tagen der asiatischen Horden kein Beispiel hat. ...<<

Robert D. Murphy (1894-1978, politischer Berater der nordamerikanischen Militärregierung) berichtet am 12. Oktober 1945 in einem Memorandum für das US-State Department über das Elend der deutschen Vertriebenen (x028/132,147-148): >>Allein auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin haben unsere Sanitätsdienststellen täglich im Durchschnitt 10 Menschen (Vertriebene) gezählt, die an Erschöpfung, Unterernährung und Krankheit gestorben sind. Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken. ...
Daß im Sudetenland die Deportationen nicht fortgesetzt werden, liegt zum Teil an der Anwesenheit unserer Truppen, deren Kommandeure in freundlicher, aber fester Haltung den ansässigen Tschechen erklärt haben, daß gewisse Vorgänge im Namen der Menschlichkeit nicht geduldet werden können; dennoch haben sich rücksichtslose Räumungen ereignet, und zwar so häufig, daß unsere Soldaten oft Haß auf das befreite tschechische Volk empfinden. ...<<
>>... Unser Wissen, daß sie Opfer harter politischer Beschlüsse sind, die von äußerster Rücksichtslosigkeit und Mißachtung der Menschlichkeit durchgeführt werden, mildert die Wirkung nicht. Die Erinnerung an Massendeportationen stellt sich ein, von denen die Welt entsetzt war und die den Nazis den Haß eintrugen, den sie verdienten. Die Massendeportationen, die von den Nazis inszeniert wurden, haben zu unserer moralischen Empörung beigetragen, in der wir den Krieg wagten und die unserer Sache Kraft verlieh.
Nun ist die Sache umgekehrt. Wir finden uns in der scheußlichen Lage, Partner in diesem deutschen Unternehmen zu sein und als Partner unweigerlich die Verantwortung mitzutragen.
Die Vereinigten Staaten kontrollieren allerdings nicht unmittelbar die Ostgebiete Deutschlands, durch welche diese hilflosen und ausgeraubten Menschen ziehen, nachdem man sie aus ihrem Heim gewiesen hat. Die unmittelbare Verantwortung liegt bei der polnischen provisorischen Regierung und in geringerem Maß bei der tschechischen ...
In Potsdam kamen die drei Regierungen überein, daß die Umsiedlungen in geregelter und humaner Weise durchgeführt und daß Polen und die Tschechoslowakei aufgefordert werden

sollten, vorübergehend die Ausweisung von Deutschen einzustellen. Trotz offizieller Beteuerungen spricht doch alles dafür, daß man die beiden Punkte nicht beachtet hat, vor allem Polen nicht ...
Wenn die Vereinigten Staaten auch vielleicht keine Mittel haben, einen grausamen, unmenschlichen und immer noch fortgesetzten Prozeß aufzuhalten, so scheint es doch, daß unsere Regierung unsere in Potsdam klar dargelegte Einstellung unmißverständlich wiederholen könnte und müßte.
Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir an Methoden beteiligt gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die "geregelte und humane Umsiedlung" der Deutschen (x028/146-147): >>... Es war eine "Tragödie ungeheuren Ausmaßes", wie Churchill es sagte, die sich in Ostmitteleuropa nach dem Kriege abspielte, eine Schande, für die es keine Rechtfertigung gibt.
Wenn sich polnische und tschechoslowakische Wissenschaftler auf Artikel XIII. des Potsdamer Protokolls zur Legalisierung der Vertreibung berufen, so muß ihnen heute grundsätzlich das Recht, sich darauf zu stützen, abgesprochen werden, da die damaligen Regierungen Polens und die Tschechoslowakei fortdauernd – vor allem in der kritischen Zeit unmittelbar nach Potsdam – gegen Geist und Buchstaben dieses Artikels verstoßen haben.
Es mag dahingestellt bleiben, ob die Umsiedlung einer Bevölkerung, wenn sie international beaufsichtigt, graduell und "in geregelter und humaner Weise" durchgeführt wird, mit den allgemein anerkannten Völkerrechtsnormen vereinbar ist. Doch eine Aussiedlung von Menschen, die von Ausschreitungen und Unmenschlichkeiten begleitet wird wie die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, stellt in jedem Fall eine ernste Verletzung des positiven Völkerrechts dar – ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".
Man mag über die Möglichkeiten streiten, in der Umsiedlung ein Mittel zur Durchsetzung legitimer Zwecke zu sehen – wenn es etwa darum geht, einen Friedensschluß mit größerer Aussicht auf Dauer zu erreichen. Aber wenn solche Umsiedlungen über zwei Millionen das Leben kostet, dann verurteilt die Rechtswidrigkeit der Mittel unvermeidlich den Zweck.
Wenn damit in erster Linie natürlich ein Urteil über die Personen ausgesprochen ist, die in der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn und Rumänien die Vertreibungen veranlaßten und durchführten, bleibt es dennoch für einen heutigen Amerikaner eine beschämende Tatsache, daß die Westalliierten den "Aussiedlungen", wenn auch mit Vorbehalten zustimmten und so für Not, Elend und Tod von Millionen Menschen mitverantwortlich wurden. ...<<

**13.10.1945**

**Frankreich:** Die "United Press" berichtet am 13. Oktober 1945 über französische "Deutschlandpläne" und die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen (x043/119): >>General de Gaulle nahm in seiner Pressekonferenz ... zu verschiedenen internationalen Problemen Stellung.
Über die "deutsche Frage" führte er unter anderem aus:
"Ich will, daß niemals wieder ein Deutsches Reich gebildet wird. Frankreich will keine deutschen Gebiete annektieren, doch wünscht die französische Regierung für die Zukunft eine Aufteilung Deutschlands in verschiedene Einzelstaaten."
Ein Journalist lenkte die Aufmerksamkeit de Gaulles auf die Berichte, daß die deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen schlecht behandelt würden, worauf der französische Staatschef erwiderte:
"Im Rahmen des französisch-amerikanischen Abkommens wurden 1.100.000 deutsche Kriegsgefangene den Franzosen für den Einsatz bei Wiederaufarbeiten übergeben. Von diesen waren einige Tausend in einem derart beklagenswerten Gesundheitszustand, daß wir mit den

nordamerikanischen Behörden jetzt über ihre Rückkehr nach Deutschland verhandeln. Die deutschen Kriegsgefangenen, die in Frankreich arbeiten, erhalten dieselben Rationen, wie die französischen Arbeiter. Jenen, die Grubenarbeit zu verrichten haben, werden französische Schwerarbeiterrationen zugeteilt.
Es ist die Ansicht der französischen Regierung, daß alle Kriegsgefangenen menschlich und strikt nach den Bestimmungen der Genfer Konvention behandelt werden müssen. Wir stehen in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz."...<<

**15.10.1945**

**WBZ:** Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Oktober 1945 (x111/91): >>Nach Frankreich 125.000 t, nach Belgien 281.000 t, in die Niederlande 144.000 t, nach Dänemark 123.000 t, nach Norwegen 80.000 t und nach Luxemburg 105.000 t.<<

**17.10.1945**

**WBZ:** Die geheime Richtlinie "Direktive JCS 1067" des Oberbefehlshabers der US-Militärregierung in Deutschland vom 26. April 1945 wird am 17. Oktober 1945 veröffentlicht und lautet wie folgt (x156/30-31): >>1. Zweck und Umfang dieser Direktive ...
Teil I Allgemeine und politische Angelegenheiten
... 4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland
a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.
b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.
c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtig Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind die Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.
d) Andere alliierte Ziele sind die Durchführung des Reparations- und Rückerstattungsprogramms, Nothilfe für die durch den Naziangriff verwüsteten Länder und die Betreuung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Verschleppten der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.
5. Wirtschaftskontrollen
a) Als Mitglied des Kontrollrats und als Zonenbefehlshaber werden Sie sich von den Grundlagen leiten lassen, daß der deutschen Wirtschaft in dem Maße Kontrollen auferlegt werden können, als erforderlich ist, um die in der vortreffenden Ziffer 4 aufgezählten Ziele zu erreichen und außerdem soweit sie zum Schutz der Sicherheit und zur Befriedung des Bedarfs der Besatzungsstreitkräfte und zur Sicherheit der Produktion und Aufrechterhaltung von Lieferungen und Dienstleistungen notwendig sind, um Hungersnot oder Krankheiten und Unruhen, die eine Gefährdung dieser Streitkräfte darstellen würden, vorzubeugen.
Sie werden bei der Durchführung des Reparationsprogramms anderweitig nichts unternehmen, was geeignet wäre, die grundlegenden Lebensbedingungen in Deutschland oder in ihrer Zone auf einem höheren Stand zu halten als in irgendeinem benachbarten Mitgliedsstaat der Verein-

ten Nationen. ...
Teil II Wirtschaftliche Angelegenheiten
Allgemeine Ziele und Kontrollmethoden
16. Sie werden dafür sorgen, daß die deutsche Wirtschaft so verwaltet und kontrolliert wird, daß die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive enthaltenen Hauptziele erreicht werden. ...
Abgesehen von den für diese Zwecke erforderlichen Maßnahmen werden Sie keine Schritte unternehmen, die (a) zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen könnte oder (b) geeignet sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken. ...
b) Im Kontrollrat auf keinen Fall die Errichtung einer zentralisierten Kontrollverwaltung über die deutsche Wirtschaft vorschlagen oder billigen, außer in den Fällen, wo eine solche Zentralisierung der Verwaltung zur Erreichung der in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive aufgeführten Ziele unbedingt notwendig ist. Die Dezentralisierung der Verwaltung darf nicht verhindern, daß im Kontrollrat die weitestgehende Einigkeit über die Wirtschaftspolitik erzielt wird. ...
31. Als weitere Abrüstungsmaßnahme sollte der Kontrollrat
a) vorläufig alle Forschungstätigkeit verbieten und alle Laboratorien, Forschungsinstitute und ähnliche technische Organisationen schließen, mit Ausnahme derer, die zum Schutz der öffentlichen Gesundheit für notwendig gehalten werden;
b) alle diejenigen Laboratorien und ähnliche Institute abschaffen, deren Arbeit mit dem Aufbau der deutschen Kriegsmaschine im Zusammenhang stand, und diejenigen Laboratorien vorläufig sicherstellen und ihr Personal in Gewahrsam nehmen, die für ihre technologischen Untersuchungen von Interesse sind, und ihre Einrichtungen danach entfernen oder vernichten ...
32. Bis zum Abschluß eines endgültigen Abkommens zwischen den Alliierten über Reparationen und die Kontrolle oder Ausschaltung der für die Kriegsproduktion geeigneten deutschen Industrien soll der Kontrollrat
a) die Produktion von Eisen und Stahl, Chemikalien, Nichteisenmetallen (ausschließlich Aluminium und Magnesium), Werkzeugmaschinen, Rundfunk. und elektrischen Geräten, Kraftfahrzeugen, schweren Maschinen und wichtigen Ersatzteilen für solche, verbieten und verhindern, außer für die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive angeführten Zwecke;
b) die Wiederherstellung von Anlagen und Ausrüstungen für solche Industrien verbieten und verhindern, außer für die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive angeführten Zwecke;
c) die Anlagen und Ausrüstungen dieser Industrien zur Übernahme auf (das) Reparationskonto sicherstellen. ...
36. Sie werden alle Kartelle und sonstigen Geschäftsabmachungen oder kartellähnliche Organisationen verbieten, einschließlich solcher, die öffentlichen oder halböffentlichen Charakter haben, wie zum Beispiel die Wirtschaftsgruppen, die einer Regulierung der Marktverhältnisse, einschließlich der Produktion, der Preise, des exklusiven technischen Erfahrungs- und Verfahrensaustausches und der Zuweisung von Absatzgebieten dienen. Die von diesen Organisationen ausgeübten notwendigen öffentlichen Funktionen sollen so schnell wie möglich von genehmigten öffentlichen Dienststellen übernommen werden.
37. Es ist die Absicht Ihrer Regierung, eine Aufteilung der Besitzrechte und der Kontrollverhältnisse über die deutsche Industrie herbeizuführen. ...<<

**18.10.1945**

**Ostdeutschland:** General Eisenhower telegrafiert am 18. Oktober 1945 nach Washington (x309/125): >>In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen Bevölkerung nach dem Westen. ... Viele, die nicht weg können, werden in Lagern interniert, wo unzureichende Rationen und schlechte Hygiene herrschen. Tod und Krankheit in diesen Lagern sind extrem hoch. ... Die Todesrate in Breslau hat sich

verzehnfacht und es wird von einer Säuglingssterblichkeit von 75 Prozent berichtet. ...<<

**Berlin:** Die 4 Hauptankläger der Siegermächte überreichen am 18. Oktober 1945 dem Alliierten Kontrollrat im Saal des ehemaligen Volksgerichtshofes in Berlin die Anklageschrift zur Aburteilung der deutschen Hauptbeschuldigten.

Den Angeklagten werden "Verbrechen gegen den Frieden", Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zur Last legt (x116/88): >>Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ... Großbritannien, ... Amerika, die französische Republik erheben Anklage ...<<

Die Richter und Ankläger des am 8. August 1945 konstituierten Internationalen Militärgerichtshofes sind (x111/92): >>John J. Parker und Francis Biddle für die USA, Oberstleutnant Wolchow und Generalmajor Niketschenko für die Sowjetunion, Donnedieu de Vabres und Robert Falco für Frankreich sowie Lawrence und Birkett für Großbritannien.

Als Ankläger fungieren: R. Jackson, T. J. Dodd und Telford Taylor für die USA, Francois de Menthon, Champetier de Ribes, Charles Dubost und Edgar Faure für Frankreich, R. Rudenko und Pokrowski für die Sowjetunion sowie Sir Hartley Shawcross, Sir David Maxwell-Vyve, G. D. Roberts, M. G. Griffith-Jones, Elwyn Jones, H. J. Phillimorg und Harcourt Barrington für Großbritannien.<<

KPD und SPD veröffentlichen am 18. Oktober 1945 einen gemeinsamen Aufruf zur Schaffung von "demokratischen Schulreformen" (x116/85): >>Alle Antifaschisten und wahrhaft demokratischen Kräfte Deutschlands werden ohne Zweifel mit uns für folgende Grundforderungen einer deutschen Schulreform eintreten:

1. Die heranwachsende Generation des deutschen Volkes, berufen, die demokratische Erneuerung Deutschlands zu festigen und zu Ende zu führen, muß frei von faschistischen und militaristischen Gedanken ... im Geiste einer kämpferischen Demokratie erzogen werden.
2. Die Demokratisierung des Schulwesens erfordert eine Säuberung des gesamten Lehr- und Verwaltungspersonals von allen faschistischen und militaristischen Elementen ...
3. Alle Bildungsprivilegien einzelner Schichten müssen fallen. ...
4. Die deutsche Schule muß die demokratische Einheit der Nation fördern und festigen. Sie darf nicht mehr durch Glaubensbekenntnisse und Weltanschauungen zerrissen werden. ...
5. Der Unterricht ist die Aufgabe des öffentlichen Schulwesens. Darum kann ... die Errichtung von Privatschulen ... nicht zugestanden werden.
6. Die entscheidende Voraussetzung ... ist ein demokratischer Lehrkörper. ... Der augenblickliche Mangel an zuverlässigen Lehrkräften für eine wirklich demokratische, dem Frieden und dem Wohle unseres Volkes dienende Erziehung macht es notwendig, Zehntausenden antifaschistisch-demokratischer Kämpfer den Weg zum Lehrerberuf zu erschließen und damit den bestehenden Lehrkörper von Grund auf umzugestalten.
7. Die Demokratisierung der Schule verlangt auch eine grundsätzliche Umgestaltung der Lehrpläne und die Schaffung neuer Lehrbücher. ...
8. Die geistige Erneuerung unseres Volkes würde auf halbem Wege stehenbleiben, würde sie nicht auch eine gründliche Reform des gesamten Hochschul- und Universitätswesens umfassen. ...

Antifaschistische Eltern und Erzieher! Verantwortungsbewußte Männer und Frauen!

Ein schwerer und harter Winter steht vor der Tür. Über diese grundlegenden Forderungen einer demokratischen Erneuerung unseres Schulwesens darf daher nicht eine Minute vergessen werden, daß die Schulgebäude zerstört, die faschistischen Lehrbücher unbrauchbar und die Lehrmittel zum größten Teil vernichtet sind.

Jetzt gilt es, das Dringendste zu tun: unseren Kindern für den Winter Schulräume zu sichern und ihre moralische, physische und geistige Erhaltung und Entwicklung zu gewährleisten. Vieles kann und muß noch getan werden, um Schulgebäude, Lehrbücher und Lernmittel für

den Winter zu schaffen.
Gemeinsam mit den Lehrern und auch den Schülern ans Werk, um diese vordringliche Aufgabe zu lösen.<<
**WBZ:** In München erscheint am 18. Oktober 1945 erstmalig die "Neue Zeitung".
Der spätere Mitherausgeber Hans Wallenberg schreibt damals über den Charakter dieser Zeitung (x111/93): >>... Die Bejahung einer deutschen Kollektivverantwortung für das Dritte Reich, aber Ablehnung einer formalen Kollektivschuld; korrektes Verhalten gegenüber dem sowjetischen Verbündeten, aber bereits vorsichtige Distanzierung; behutsame Anbahnung einer amerikanisch-deutschen Annäherung; Aufklärung über das Nazi-Regime; im Kulturteil der Versuch, möglichst schnell wieder Anschluß der Deutschen an die internationale Geisteswelt zu finden.<<
Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 18. Oktober 1945 aus München (x124/52-53): >>Auf den ersten Blick wirkt das, was britische Zeitungen über uns schreiben, zurückhaltender als die Berichterstattung der Amerikaner. ...
Die Briten, Churchill obenan, spielen nun die Entsetzten. Zuerst waren sie es, die den Ausverkauf Europas bedenkenlos vorangetrieben haben. Plötzlich stellten sie fest, daß die Bestialität nun erst recht triumphiert, daß die abscheulichen Konzentrationslager der Nazis gegenüber den landweiten Grausamkeiten heute nur Enklaven der Unmenschlichkeit gewesen sind, daß die polnische Gans an Überfütterung ersticken werde.
All dies sind Sprüche, die sie der Mitverantwortung an den Schrecknissen von heute in keiner Weise entheben. ...<<
**19.10.1945**
**WBZ:** Der Rat der evangelischen Kirche (EKD) verkündet am 19. Oktober 1945 das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" (x092/932, x129/155-156): >>... Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. ...
Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregime seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat, aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. ...<<
>>... Wir wissen, daß unser deutsches Volk heute unter der Anklage steht, den furchtbaren Weltbrand, der so unendlich viel Leid und Not auf dem Erdball angerichtet hat, verursacht zu haben. ... Wir weigern uns nicht, die Schuld mitzutragen, die die führenden Männer in Staat und Partei auf unser Volk gehäuft haben!
Aber wir bitten zu bedenken, daß auch unser Volk durch einen unbarmherzigen Luftkrieg jahrelang Schrecken und Verluste in ungeheurem Maße zu tragen hatte, und wir müssen ernstlich bitten, in dem Fanatismus der Anstifter des ganzen Unheils nicht die Verkörperung des deutschen Wesens zu erblicken. ...
Wir entschuldigen nichts von den Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten, die von den Parteistellen und auch manchen militärischen Kommandostellen an der Bevölkerung der besetzten Gebiete begangen worden sind. Wir haben ja manches davon im eigenen Lande zu erleiden gehabt.
Wir verurteilen insbesondere die Geiselmorde und den Massenmord an den deutschen und polnischen Juden.
Wir Christen in Deutschland haben sehr darunter gelitten, daß solche Dinge den deutschen Namen schändeten und die deutsche Ehre befleckten. Wir haben daraus auch den verantwortlichen Stellen gegenüber kein Hehl gemacht, obgleich dies uns sehr verübelt wurde.
Wenn die Vertreter der Christenheit im Ausland aus der Tatsache, daß kein öffentlicher Protest laut wurde, den Schluß zogen, daß wir geschwiegen hätten, so zeigt dies nur, daß sie sich begreiflicherweise von dem Maß der Unterdrückung der Redefreiheit unter dem nationalsozia-

listischem Regime keine Vorstellung machen konnten.
Viele von denen, die ein offenes Wort gesprochen haben, mußten dies in den Konzentrationslagern büßen. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" (x051/571): >>Stuttgarter Schuldbekenntnis (-erklärung), am 19.10.45 vom neu konstituierten Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) formuliertes Eingeständnis des Versagens auch der Kirche vor der moralischen Herausforderung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates: "... Wohl haben wir lange Jahre im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben."
Träger dieses Stuttgarter Schuldbekenntnisses waren Geistliche, die, wie etwa Niemöller, im Kirchenkampf kein persönliches Opfer gescheut hatten. Daß gerade sie Mitverantwortung für das nationalsozialistische Unheil akzeptierten, hat den kirchlichen Neuanfang entscheidend geprägt und neue Brücken zur Ökumene geschlagen.
Eine pauschale deutsche Kollektivschuld im Sinne persönlicher Komplizenschaft oder doch unterlassener Hilfeleistung, wie sie Kritiker hineininterpretierten, unterstellte das Stuttgarter Schuldbekenntnis nicht.<<

**Kollektivschuld oder historische Mitverantwortung?**

Angesichts der unfaßbaren Menschenverluste und äußerst grausamen Durchführung zählt die Ermordung der europäischen Juden zweifelsohne zu den dunkelsten Kapiteln der bisherigen Menschheitsgeschichte. Ungeachtet der historischen Mitverantwortung darf man jedoch nicht vergessen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes (im Gegensatz zu manchen osteuropäischen Nachbarn) in der jahrhundertealten deutsch-jüdischen Geschichte kein Feind des jüdischen Volkes war, sondern daß ausschließlich Mitglieder der verbrecherischen NS-Organisationen die Judenvernichtung durchführten.
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher (1922-2016) schreibt später über die historische Schuld der Deutschen (x243/75): >>... Der Nationalsozialismus war wie Hitler ein direktes Produkt des Ersten Weltkrieges, aber er gewann sein Wesen und seine Wirkung aus jenen Grundproblemen der neueren deutschen Geschichte, die den Leidensweg der demokratischen Bewegung bestimmt haben. Dazu gehören:
die Schwäche demokratischer Tradition und die machtvolle Fortdauer obrigkeitlicher Staats- und Gesellschaftsstrukturen vor und nach 1848;
die aus der späten ... unvollständigen Verwirklichung eines deutschen Nationalstaates rührende Anfälligkeit für nationalistisch-imperialistische Ideologien;
die Problematik einer unerwarteten Niederlage mit dem Resultat der Dolchstoßlegende und des allgemeinen Protestes gegen den Frieden von Versailles;
die Dauerkrise der von der Bevölkerungsmehrheit nie voll akzeptierten Republik;
speziell dann die sprengende Wirkung, die die Weltwirtschaftskrise auf diesen hochindustrialisierten, sozial und konfessionell zerspalteten, ... belasteten Staat ausübte;
... die Furcht des Kleinbürgertums vor einem Absinken ins Proletariat, die Furcht vor dem Kommunismus, die sich mit ... der Panik einer vom Industriezeitalter bedrohten Agrarbevölkerung verband; zuerst in Bayern, ... Schleswig-Holstein und Niedersachsen hat der Nationalsozialismus dann auch seine größten Wahlerfolge erzielt.
Zu den besonderen Voraussetzungen gehört freilich auch die entscheidende Rolle, die der spektakuläre Aufstieg und die pseudoreligiöse Verherrlichung eines "Führers" gespielt haben. ... Adolf Hitler repräsentierte ... den deklassierten Kleinbürger, der mit Kriegsbegeisterung und politischem Radikalismus seine Minderwertigkeitsgefühle zu kompensieren suchte. ...
Neben dem Führerkult, der im autoritären Ordnungsbedürfnis weiter Schichten Widerhall

fand, wurde der vom Religiösen ins ... Biologische übersetzte Antisemitismus früh zum ... Orientierungspunkt Hitlers und seiner Bewegung; er konnte zu jener absoluten Feindvorstellung ausgebaut werden, deren jede totalitäre Bewegung zur Lenkung ... der von ihr mobilisierten Aggressivität bedarf. Zentrales Prinzip der nationalsozialistischen Ideologie war das sozialdarwinistisch formulierte Recht des Stärkeren. ... Sein letztes Ziel war die unbegrenzte Macht durch Unterdrückung nach innen und Expansion nach außen. ...<<

Prof. Hans Rothfels (1891-1976, deutsch-amerikanischer Historiker) schreibt später über den vermeintlich ausgeprägten Antisemitismus der deutschen Bevölkerung (x025/143-144): >>Daß Antisemitismus zum Urbestand der nationalsozialistischen Bewegung gehörte – auf der Grundlage einer tendenziösen Rassentheorie, aber auch in Verbindung mit Antikapitalismus oder Antikommunismus -, daß er auf breite Schichten eine starke Anziehungskraft hatte und Gelegenheit zu schlimmsten Exzessen wie auch widerlicher Bereicherung bot, braucht nicht betont zu werden.

Aber daß diese Gesinnungen und Handlungsweisen sich mehr oder weniger allgemeiner Zustimmung erfreuten oder bereitwillig hingenommen wurden, trifft keineswegs zu. ...<<

Der israelische Historiker Saul Friedländer berichtet später über den angeblichen Antisemitismus der deutschen Bevölkerung (x036/48-49): >>... Der Historiker, der nicht durch ideologische oder theoretische Scheuklappen behindert ist, kann leicht erkennen, daß es der nationalsozialistische Antisemitismus und die antijüdische Politik des Dritten Reiches waren, die ganz wesentlich den besonderen Charakter des Nationalsozialismus prägten. ...

Allenfalls kann man von einem bis heute einzigartigen Auftauchen eines messianischen Glaubens und einer apokalyptischen Vision der Geschichte mitten im politischen, bürokratischen und technologischen System einer hochentwickelten Industriegesellschaft sprechen. Aber auch hierbei entsteht wieder ein falscher Eindruck - es gab keine Massenbewegung gegen die Juden, nicht einmal den Kreuzzug einer fanatischen Sekte. Die Bürokratie spielte die zentrale Rolle, eine Bürokratie, die der Vernichtung gleichgültig gegenüberstand, aber von einem Führer gelenkt wurde, der seinerseits von den stärksten Überzeugungen getrieben wurde.

Die Lähmung der Historiker resultiert aus der Gleichzeitigkeit und Verquickung völlig heterogener Phänomene: messianischer Fanatismus und bürokratische Strukturen, pathologische Handlungsantriebe und administrative Erlasse, archaische Denkweisen in einer hochentwikkelten Industriegesellschaft.

Wir wissen im einzelnen, was geschah; wir kennen die Abfolge der Ereignisse und ihre möglichen Zusammenhänge; aber die Tiefendynamik des Phänomens entgleitet uns. Und was wir auch nicht begreifen, ist die fast schlagartige Auflösung der politischen, institutionellen und der Rechtsstrukturen Deutschlands sowie die Kapitulation der moralischen Kräfte, die naturgemäß wichtige Hindernisse hätten darstellen müssen für die Nazis in Deutschland, in anderen europäischen Ländern und in der gesamten westlichen Welt. ...<<

Hitlers "Endlösung" wäre in einem deutschen Rechtsstaat, mit demokratischer Machtkontrolle, Opposition und freier Presse, sicherlich niemals geschehen. Die planmäßige, systematische Massenvernichtung der europäischen Juden konnte nur umgesetzt werden, weil die brutale NS-Diktatur damals jeglichen Widerstand gewaltsam erstickte. Im NS-Verbrecherstaat endete jeder aktive Widerstand sofort im Konzentrationslager. Dieser Völkermord an den europäischen Juden, der bewußt während der dramatischen Wirren des Zweiten Weltkrieges durchgeführt wurde, hätte in jener Zeit wahrscheinlich in jedem anderen diktatorisch regierten Land durchgeführt werden können (wie folgende Beispiele aus der ersten und zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestätigen):

- Völkermord an den Armeniern in der Türkei (während des Ersten Weltkrieges),
- Lenins und Stalins "Säuberungsaktionen" sowie "Liquidierung von Klassen" in der Sowjetunion,

- Massenverbrechen im besetzten China durch japanische Besatzungstruppen,
- Verfolgung der Serben in Jugoslawien durch kroatische und bosnische Besatzungstruppen während des Zweiten Weltkrieges,
- Völkermord an den europäischen Juden durch das NS-Regime,
- Verfolgung der Kroaten und Bosnier in Jugoslawien durch die Serben (nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges),
- Befreiungs- und Vertreibungsverbrechen an den Reichs- und Volksdeutschen von 1944-48 in Ost-Mitteleuropa, die sich mehrheitlich in "Friedenszeiten" ereigneten,
- Maos "Säuberungsaktionen" und "Liquidierung von Klassen" in China,
- Pol Pots "Säuberungsaktionen" und "Liquidierung von Klassen" in Kambodscha,
- Kim Il Sungs "Säuberungsaktionen" sowie "Liquidierung von Klassen" in Nordkorea ...

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (14/1999) berichtet am 5. April 1999 über ein Gespräch mit dem nordamerikanischen Historiker Norman Naimark: >>**"Die Zukunft soll vernichtet werden"**

Der amerikanische Historiker Norman Naimark über ethnische Säuberungen auf dem Balkan, aggressiven Nationalismus und die Rolle der Vereinigten Staaten als Weltpolizei

SPIEGEL: Herr Professor Naimark, im Kosovo fliehen die Albaner vor den serbischen Panzern, und das Jahrhundert endet in Europa, wie es begann - mit Massenvertreibungen auf dem Balkan. Sind ethnische Säuberungen das Kainsmal unserer Zeit?

Naimark: Ethnische Säuberungen gehören ganz sicher zum Wesen des 20. Jahrhunderts. Der moderne Staat versucht mit ihrer Hilfe, seine Bevölkerung zu homogenisieren, zu organisieren und zu kontrollieren, um politische Macht zu sichern. Ethnische Säuberungen sind eines seiner Funktionsprinzipien.

SPIEGEL: Hat es dieses Phänomen nicht immer gegeben? Was unterscheidet es denn von früheren Vertreibungen und Völkermorden?

Naimark: Es gibt durchaus Parallelen, aber der späte Kolonialismus und die Wucht neuer nationaler Ideologien führten im Ersten Weltkrieg zu einer Verrohung der Staaten. Seitdem hat die Verfolgung von Minderheiten eine völlig neue Qualität. Ethnische Säuberungen sind totalitär, sie sind vollständig, und sie haben eine rassistische Essenz, die es so niemals zuvor gegeben hat. Das ist der Punkt.

SPIEGEL: War nicht die Zerstörung Karthagos oder Jerusalems durch die Römer im Prinzip das gleiche?

Naimark: Nein. Die Karthager und Juden konnten sich ergeben oder fliehen. Diese Chance hatten etwa die Muslime im bosnischen Srebrenica nicht. Ethnische Säuberungen erfolgen mit industriellen Methoden, auf dem aktuellsten Stand der Transport- und Kommunikationstechnik, flankiert von Propaganda und unter massiver Beteiligung von Wissenschaftlern und Ärzten. Ist es Zufall, daß zum Beispiel Radovan Karadzic von Beruf Psychiater ist? Die Berufsehre schließt heutzutage eine Beteiligung an Massenmorden nicht mehr aus.

SPIEGEL: Andere Mittel, andere Täter allein machen den Unterschied aus?

Naimark: Es kommt ein entscheidendes Moment hinzu. Früher wurden die Menschen nicht durch ihre Zugehörigkeit zu einer Rasse, Religion oder Nation unabänderlich definiert. Wer in Gefahr war, konnte entkommen oder die Seite wechseln.

SPIEGEL: Im mittelalterlichen Spanien wurden Juden, die konvertierten, nicht getötet.

Naimark: Genau. Der moderne Nationalismus hingegen gründet auf Rassismus. Er definiert Bevölkerungsgruppen als wichtig oder randständig und setzt damit ein totales Kriterium. Das macht ethnische Säuberungen so schrecklich: Den Menschen werden Wesensmerkmale zugesprochen, denen sie nicht entkommen können. Wer zum "Volksfeind" ernannt wird, wie es die Nazis mit den Juden taten, kann sich nicht assimilieren.

SPIEGEL: Ihr Kollege Daniel Goldhagen sieht dagegen durchaus eine historische Kontinuität

der Verfolgungen und Vernichtungen. Der Holocaust ist für ihn kein isoliertes Phänomen des Dritten Reichs, sondern die logische Folge des traditionellen, gleichsam genetisch bedingten Antisemitismus der Deutschen.
Naimark: Meiner Meinung nach hat Goldhagen unrecht, die These vom "alten Haß" ist falsch, sie führt zu nichts. Ein "Vernichtungszwang" war im traditionellen deutschen Antisemitismus kaum stärker angelegt als etwa im französischen, russischen oder polnischen. Oder nehmen Sie die Übergriffe auf die Armenier gegen Ende des vorigen Jahrhunderts. Die waren bei weitem nicht so radikal wie dann die systematischen Ausrottungen durch die Türken um das Jahr 1915.
SPIEGEL: Folgen ethnische Säuberungen einem grundlegenden Muster mit dem Ziel der völligen Vernichtung einer Minderheit?
Naimark: In erster Linie geht es um die Vertreibung fremder Ethnien, fremder Nationalitäten aus einem bestimmten Territorium. Die Serben wollten die Alleinherrschaft. Alle ihre Greueltaten hatten Züge eines Genozids, aber die Serben wollten nicht unbedingt sämtliche Muslime einkesseln und abschlachten. Ihr Ziel war: Raus mit ihnen! Nur, es zeigte sich erneut, wie leicht ethnische Säuberungen dann zu Genoziden ausarten.
SPIEGEL: Wie viele Opfer haben ethnische Säuberungen in diesem Jahrhundert gekostet?
Naimark: Allein 40 Millionen Tote. In Bosnien starben in den letzten Jahren mindestens 250.000 Menschen, mehr als zwei Millionen wurden vertrieben.
SPIEGEL: Vielvölkerstaaten, noch dazu mit unterschiedlichen Religionen wie auf dem Balkan, sind wohl besonders anfällig.
Naimark: Es gibt ja kaum einen Staat ohne Minderheiten. Egal, wo es zu einem Krieg oder Bürgerkrieg kommt, es sinken die Hemmschwellen. Das Töten wird zur Routine, die Menschen gewöhnen sich an Tötungsbefehle, es schlägt die Stunde der asozialen Elemente, die sich zu paramilitärischen Trupps formieren und die Bevölkerung tyrannisieren. Der Staat nutzt den Ausnahmezustand als Deckmantel, er kann unkontrolliert und uneingeschränkt politische Gewalt ausüben. Unter dem Vorwand, Wehrkraftzersetzer und Kollaborateure zu bestrafen, beginnen die Säuberungen.
SPIEGEL: Und es bricht ein verkapselter Haß zwischen einzelnen Volksgruppen wieder aus, der etwa auf dem Balkan aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg herrührt.
Naimark: Absolut. Deswegen muß man das 20. Jahrhundert als Ganzes sehen. Die beiden Weltkriege, die Vertreibungen, Bosnien - all das gehört zusammen.
SPIEGEL: Demnach existiert doch eine Kontinuität.
Naimark: Beim Kampf um die Macht im postkommunistischen Jugoslawien ist Nationalismus die Trumpfkarte gewesen. Milosevic zum Beispiel spielt sie bis zur Stunde aus, denn er weiß, wie er damit die Massen zu euphorisieren vermag.
SPIEGEL: Denkbar wäre aber auch eine ganz andere Erklärung für ethnische Säuberungen: die Vertreibung von Minderheiten, die Jagd auf rivalisierende Gruppen als archaische Instinkthandlung.
Naimark: Das ist eindeutig ein Aspekt, wenngleich nicht der bestimmende in unserem Jahrhundert. Grundsätzlich besteht die Idee der Zivilisation darin, Situationen zu schaffen, in denen sich Individuen mit sich selbst identifizieren und Gemeinschaften gründen können. Dazu gehört Ausgrenzung, und die gehört zweifellos zur menschlichen Natur.
SPIEGEL: Das hieße, selbst die USA oder die Bundesrepublik Deutschland wären keineswegs immun gegen eine erneute Hatz auf Minderheiten?
Naimark: Wir leben in prosperierenden, gut funktionierenden Gesellschaften - zur Zeit. Aber nichts ist ewig. Deswegen müssen wir die Augen offen halten. Die Institutionen, die Minderheiten schützen, wir alle müssen wach bleiben.
SPIEGEL: Verbinden sich mit ethnischen Säuberungen auch neue Formen von Gewalt?

Naimark: Anders als im Krieg hat nur eine Seite die Waffen, es gibt Jäger und Gejagte. Überall werden verstärkt und oft zuerst wehrlose Frauen massenhaft vergewaltigt und getötet, wie in Bosnien, weil sie als biologischer, spiritueller oder auch kultureller Keim einer Volksgruppe gelten. Das mag ein Mythos sein, aber es gibt kein Erbarmen: Die Ausrottung erfolgt total, auch die Zukunft soll vernichtet werden.
SPIEGEL: Anfang der zwanziger Jahre entstand die Idee der Zwangsumsiedlung. Sie wurde durchexerziert zur Beilegung des Konflikts zwischen Griechen und Türken. Ist Bevölkerungstransfer ein vertretbares Modell, um ethnische Säuberungen zu verhindern?
Naimark: Was für ein verharmlosender Begriff! Im griechisch-türkischen Krieg 1920/23 und während der ethnischen Säuberungen in Anatolien sind Hunderttausende umgekommen, Griechen wie Türken. Die Gewalt ging von den Griechen aus, dann vertrieben die Türken die Griechen ...
SPIEGEL: ... (Die Konferenz von Lausanne) auf der 1923 der Friedensvertrag zwischen Griechen und Türken geschlossen wurde ...
Naimark: ... gilt manchen als Vorbild dafür, wie Großmächte ein solches Problem lösen können. Nur: Lausanne kam nach den schlimmsten ethnischen Säuberungen.
SPIEGEL: Genau wie das Bosnien-Friedensabkommen von Dayton erst nach den Massakern auf dem Balkan kam.
Naimark: Dayton hat den Genozid nicht gestoppt, Dayton machte die Toten nicht wieder lebendig. Das Abkommen zementierte statt dessen die ethnischen Trennungen und gab damit den Säuberern im nachhinein sogar recht.
SPIEGEL: Geht es um die Sicherheit der Mehrheit, müssen eben die wenigen einige Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen, hat Ihr Historiker-Kollege Bernard Newman mit Blick auf Zwangsumsiedlungen gesagt. Für den US-Präsidenten Hoover war Bevölkerungsaustausch gar ein "heroisches Heilmittel".
Naimark: So funktioniert das nicht. Erst einmal sind es nicht wenige. Wir sprechen von Zehntausenden oder sogar Millionen, und wir reden nicht von Unannehmlichkeiten, sondern von Tod, Zerstörung und Vertreibung. Zudem verläßt kaum jemand freiwillig seine Heimat. Ethnische Säuberung bedeutet Vertreibung unter Zwang, und Zwang bedeutet äußerste Gewalt.
SPIEGEL: Droht die ganze Welt zum Schauplatz ethnischer Konflikte und Säuberungen zu werden, ob in Ruanda, Indien, Indonesien oder Sri Lanka?
Naimark: Minderheiten sind jederzeit und überall in Gefahr. Allerdings gibt es derzeit besondere Risikogebiete, vor allem dort, wo der Kommunismus zusammengebrochen ist. Der Krisengürtel reicht vom Balkan über die Türkei mit ihrem Kurdenproblem und den Kaukasus bis zum Pazifik. Staaten ohne einen in der Verfassung verankerten Minderheitenschutz oder solche, die nicht autoritär genug sind, um konkurrierende Ideologien wirksam zu kontrollieren, greifen leichter zum Mittel der Säuberung.
SPIEGEL: Zu Ihren Fallstudien zählt auch die Vertreibung der Deutschen durch Tschechen und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg.
Naimark: Das ist ein heikles Thema, weil es das deutsche Schuldgefühl berührt. Tatsache ist, daß ungefähr 2,5 Millionen Deutsche umkamen und 11,5 Millionen vertrieben wurden, einzig und allein weil sie Deutsche waren. Entscheidend war ihre ethnische Zugehörigkeit und nicht ihre Staatsbürgerschaft, ebensowenig die Frage, ob sie gute oder schlechte Deutsche waren, Faschisten oder Antifaschisten. Das Maß an Gewalt war außerordentlich.
SPIEGEL: Immerhin nachvollziehbar als Reaktion auf Hitlers Barbarei.
Naimark: Bei allem Verständnis etwa für die Polen muß klar gesagt werden, daß auch dies eine ethnische Säuberung war. Das war keine Abrechnung mehr zwischen Bevölkerungsgruppen. Die Vertreibung der Deutschen wurde politisches Staatsziel.
SPIEGEL: Man hoffte ja nach dem Zweiten Weltkrieg, daß Europa auf supranationale Einhei-

ten zusteuern würde. Aber die Dämonen des Nationalismus sind zurückgekehrt. Warum?
Naimark: Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die deutsche Vereinigung führten zu einer gegenläufigen Bewegung. Es ist wie ein Virus, das zeigt das Beispiel Serbien. Das Problem ist, daß dort keine starken Institutionen verankert sind, die etwa die Kosovo-Albaner schützen.
SPIEGEL: Staaten sind souverän. Wie soll man gegen sie bei ethnischen Säuberungen vorgehen - eine Weltpolizei in Marsch setzen?
Naimark: Das ist die wichtigste Frage unserer Zeit, und ich weiß die Antwort auch nicht. Ich kann immer nur sagen: Wir haben hier versagt, wir haben dort versagt.
Beim Holocaust, in Armenien, in Bosnien, auch im Kosovo. Es wäre sicher das beste, wenn die USA die Verantwortung nicht allein schulterten. Die Uno wiederum scheint ohnmächtig, und die Nato müßte auf Dauer gleichberechtigt von Franzosen, Briten, Deutschen und Amerikanern geleitet werden.
SPIEGEL: Eine Supermacht wird sich nie paritätischen Entscheidungen beugen, sonst wäre sie keine Supermacht.
Naimark: Die Staatengemeinschaft muß sich darüber klar werden, ob die USA überall einschreiten sollen oder die Nato jenseits ihrer Interessensphäre tätig werden darf. Denn wir haben nicht nur auf dem Balkan mit ernsthaften Problemen zu rechnen, für viele, viele weitere Jahrzehnte.
SPIEGEL: Ein sehr pessimistischer Ausblick. Werden die Toten am Straßenrand auch zum Symbol des nächsten Jahrhunderts?
Naimark: Ich fürchte ja. Für mich ist aber der Viehwaggon das Symbol. Fast immer waren es Viehwaggons, in denen die Opfer zusammengepfercht und abtransportiert wurden.
SPIEGEL: Herr Professor Naimark, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.<<
Der nordamerikanische Historiker Norman Naimark schreibt später in seinem Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" (x308/11-16,27 ): >>... Um Geschehnisse der Vergangenheit heute zu verstehen, werden ständig neue Begriffe zu ihrer Beschreibung, Klassifizierung und Einordnung entwickelt. ...
Man benötigte einen neuen Begriff, weil ethnische Säuberung und Völkermord zwei verschiedene Handlungen bezeichnen und die Unterschiede zwischen ihnen wichtig sind. Genau wie bei der juristischen Bestimmung von Mord ist auch hier der Vorsatz das entscheidende Kriterium.
Völkermord ist die vorsätzliche Tötung eines Teils oder einer ganzen ethnischen, religiösen oder nationalen Gruppe; sei Ziel ist die Ermordung eines Volkes.
Die Absicht der ethnischen Säuberung liegt in der Entfernung eines Volkes und oft auch aller seiner Spuren von einem bestimmten Territorium. Das Ziel besteht mit anderen Worten darin, die "fremde" Nationalität loszuwerden und das Territorium zu übernehmen, das sie früher bewohnte. Am Ende des Spektrums berührt sich die ethnische Säuberung mit der Deportation oder dem sogenannten "Bevölkerungsaustausch". Hier geht es darum, Menschen zur Umsiedlung zu bringen und zwar mit legalen und halblegalen Mitteln.
Am anderen Ende  unterscheiden seich ethnische Säuberung und Völkermord nur durch das Endziel. Hier geht die ethnische Säuberung in den Völkermord über, da Massenmord begangen wird, um das Land von einem Volk zu "säubern".
Der Unterschied zwischen ethnischer Säuberung und Völkermord wird auch dadurch komplizierter, daß Deportationen selten ohne Gewalt, häufig mörderische Gewalt, stattfinden. Menschen verlassen ihre Heimat nicht freiwillig. Sie halten an ihrem Land und ihrer Kultur fest, die miteinander verbunden sind. Sie widersetzen sich Deportationsbefehlen, sie klammern sich an ihre Häuser und ihren Besitz, sie finden alle möglichen Wege, um den Ort, wo ihre Familie verwurzelt und ihre Vorfahren begraben sind, nicht verlassen zu müssen.

Daraus folgt, daß Deportationen oft den Charakter des Völkermords annehmen, wenn Menschen gewaltsam aus ihren Heimatdörfern und –städten vertrieben und bei Widerstand getötet werden.
Auch wenn Deportationen nicht vorsätzlich einen Völkermord herbeiführen sollen, haben sie dennoch oft diese Wirkung. Millionen von Menschen sind im 20. Jahrhundert in hungrigen Kolonnen über weite Stecken getrieben und in Güterwaggons, Busse oder Schiffe gepfercht worden, wobei Tausende oder Zehntausende erkrankten, hungerten und starben. Selbst die Flüchtlinge, die eine Deportation aus ihrer Heimat überlebten, mußten Hunger, Krankheit und das Elend des Lebens in Flüchtlingslagern erdulden, um Nahrung betteln und Zuflucht in anderen Ländern suchen, wo sie vor ihren Verfolgern sicher waren. Viele ertrugen das nicht und nahmen sich das Leben.
... Im deutschen wie im slawischen Sprachgebrauch hat "Säuberung" eine Doppelbedeutung; man säubert die Gesellschaft von Fremdkörpern oder man säubert das eigene Volk von fremden Elementen. Die letztere Assoziation betont die Selbstreinigung und erklärt in gewissem Maße die furchtbaren Morde und barbarischen Verstümmelungen von Nachbarn und Bekannten, die eine Reihe von ethnischen Säuberungen kennzeichnen.
"Ethnisch" bezieht sich auf das, was wir heute eine ethnische Gruppe nennen, abgeleitet vom griechischen "ethnos" oder Volk. ...
Seit den Anfängen der dokumentierten Geschichte haben dominierende Völker weniger mächtige und Gruppen, die sie als untergeordnet und fremd ansahen, angegriffen und von ihrem Territorium verjagt. Homers "Ilias" ist voller brutaler und schockierender Beispiele dessen, was man ethnische Säuberung nennen könnte, gleiches gilt für die Bibel.
Das erste und immer noch wichtige Buch über ethnische Säuberung des Bostoner Soziologen Andrew Bell-Fialkoff beginnt seinen historischen Überblick mit den Assyrern und Babyloniern von diesem Standpunkt aus gehören zeitlich und räumlich so weit auseinander liegende Ereignisse wie die Zerstörung Karthagos (146 v. Chr.), die Vernichtung der Albigenser (ab 1209), die Vertreibung der Juden aus Spanien (1492), die spanische Eroberung der Inka- und Aztekenreiche (16. Jahrhundert ... und die Vertreibung der Indianer aus ihren nordamerikanischen Heimatgebieten (19. Jahrhundert) alle zum Phänomen der ethnischen Säuberung. ...
Nach meinem Verständnis der ethnischen Säuberung im 20. Jahrhundert hängt ihr Auftreten stark von den Besonderheiten von Staat, Gesellschaft und Ideologie im jeweiligen Zeitraum ab. Bell-Fialkoff nennt das 20. Jahrhundert die dritte "zeitgenössische" Phase der ethnischen Säuberung. ...
Der Massenmord auf der Grundlage der Rasse war zu Beginn des neuen Jahrhunderts bereits Teil der europäischen Kolonialgeschichte; der Nationalismus wurde zur Lunte, die eine Explosion des Völkermords in Gang setzen sollte. ...
... Ethnische Säuberung ist nicht das Produkt kultureller Besonderheiten von Türken, Deutschen, Serben oder anderen Völkern. Leider sind ihre Spuren in jeder Gesellschaft zu finden, und ihr Potential ruht in uns allen. Nur wenn wir die ethnische Säuberung auf diese Art betrachten, können wir verstehen, wie sie woanders geschah und wie wir ihre Wiederholung dort oder hier verhindern können.<<
Die Tageszeitung "taz" berichtet am 14. August 2004 über das Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" des nordamerikanischen Historikers Norman Naimark: >>Das Unwort "ethnische Säuberung" ist der deutschen Öffentlichkeit spätestens seit den Kämpfen zwischen Serbien und der albanischen UCK bekannt. Der darauf folgende Krieg der Nato gegen Serbien sollte schließlich auch damit legitimiert werden, weitere "ethnische Säuberungen" zu verhindern. In der Sache geht es freilich um politische Verbrechen. Sie erschütterten den europäischen Kontinent und sein Anrainergebiet seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts immer wieder und trugen dazu bei, eine gesamteuropäische Gedenkkultur zu

etablieren.
Das Thema ist brisant, wie die Auseinandersetzung um das "Zentrum gegen Vertreibungen" belegt. Dabei geht es um die Frage, ob man hier vor allem das Leiden der nach 1945 vertriebenen ethnischen Deutschen darstellen soll - oder ob man nicht aller europäischen Vertreibungen seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts gedenken müßte.
Norman M. Naimark, Professor für Geschichte an der renommierten Stanford University, hat nun mit seiner Studie "Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" eine große Erzählung vorgelegt. Sie könnte als Basis für ein nicht mehr nationalstaatlich begrenztes Gedenken taugen, ohne dabei irgend etwas von dem, was Deutschen widerfahren ist, zu leugnen. Freilich funktioniert diese Geschichte nur, wenn man die Vorgängerin der heutigen Türkei, das Osmanische Reich, zumindest zum politischen Raum der europäischen Großmächte zählt.
Unter dieser Bedingung erweist sich: Der 1915 von der jungtürkischen Führung des Osmanischen Reiches an den Armeniern begangene Genozid ist jene Blaupause, die in den nächsten achtzig Jahren sämtlichen in Europa begangenen Genoziden und Vertreibungsverbrechen zu Grunde liegt. Die rassistische jungtürkische Führung verdächtigte die gesamte armenische Bevölkerung des Osmanischen Reiches, sie stehe in hochverräterischer Weise auf Seiten des russischen Kriegsgegners. Daraufhin wurden hunderttausende von Armeniern aus ihren Häusern gejagt und mit Eisenbahnwaggons oder zu Fuß ohne Essen und Trinken in die syrische Wüste getrieben.
Typisch für dieses Verbrechen war, daß sich in diesem Fall "Genozid" und "Vertreibung", die dreißig Jahre später kodifizierten völkerstrafrechtlichen Tatbestände, nicht klar voneinander trennen lassen. Während es beim Genozid um die vorsätzliche Tötung eines Teiles oder einer ganzen ethnischen, religiösen oder nationalen Gruppe geht, liegt die Absicht der "ethnischen Säuberung", so Naimark, "in der Entfernung eines Volks und oft auch aller seiner Spuren von einem bestimmten Territorium".
Letztlich unterscheiden sich "ethnische Säuberung" und Genozid durch das Ziel: Entwurzelung oder Tötung. Allerdings kann beides fließend ineinander übergehen. "Ethnische Säuberungen" können - wie im Fall der Armenier - in einen Genozid münden. Genozide wiederum können - so bei den nationalsozialistischen Judenmorden - Vertreibungen und Aussiedlungen zur systematischen Voraussetzung haben. Der armenische Genozid jedenfalls blieb im kollektiven Gedächtnis Europas nicht nur als Leidensgeschichte, sondern auch als Vorbild haften.
Das Ende des Ersten Weltkrieges und die ersten Jahre danach sahen im Zuge der Konsolidierung der modernen Türkei und in Abwehr des großgriechischen Imperialismus eine beschönigend "Bevölkerungsaustausch" genannte wechselseitige Vertreibung: 1,5 Millionen anatolische Griechen werden durch Kemal Atatürks Truppen ebenso vertrieben wie im Gegenzug etwa 350.000 mazedonische Türken.
Nach dem Ersten Weltkrieg legitimierte der Vertrag von Lausanne (1923) diese wechselseitigen Vertreibungen völkerrechtlich. Die Wirkung des Vertrages als eines negativen Vorbilds kann nicht überschätzt werden: Mit ihm wurde quasi das Recht von Staaten auf ethnische Homogenität ebenso festgeschrieben wie die begrenzte Legitimität von gewaltsamen Aussiedlungen.
Die Ermordung von sechs Millionen europäischer Juden durch die Deutschen interessiert hier insoweit, als sich die Nationalsozialisten zunächst mit der Vertreibung der Juden aus ihrem Herrschaftsgebiet zufrieden gaben. Erst im Überschwang der ersten Siege gegen die Sowjetunion faßten sie im Spätsommer 1941 den Entschluß, alle Juden umzubringen.
Es liegt nahe, daß Naimark zudem die stalinistische Deportationspolitik gegenüber Tschetschenen, Inguschen und Krimtataren an dieser Stelle integriert, denn sie wurde unter dem Vorwand der Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Aggressor exekutiert. An diesen

"kleineren" Verbrechen wird vor allem deutlich, was die Genozidforschung später auch im Fall der Roten Khmer zeigte: daß nämlich die vermeintlich egalitären und universalistischen Klassenkategorien des Marxismus dort, wo sie in die Beseitigung ganzer gesellschaftlicher Gruppen münden, in Rassismus umschlagen.
Rein quantitativ stellte die Vertreibung von etwa 11,5 Millionen ethnischen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien, aus Ungarn, Rumänien und Jugoslawien das größte Verbrechen dieser Art dar. Dessen Beurteilung stellt freilich nicht nur die historische Forschung vor besondere Probleme - ist doch ganz unzweifelhaft, daß es dazu nie gekommen wäre, hätten Hitler und seine Generäle Ostmitteleuropa nicht mit einem Rassenvernichtungskrieg überzogen.
Nationalistische Kräfte einschließlich der jeweiligen Exilregierungen reagierten schon früh auf die Erfahrungen der deutschen Besatzungsherrschaft mit "Aussiedlungsplänen", die die Zustimmung nicht nur der Sowjetunion, sondern eben auch Großbritanniens und der USA fanden. Unter Berufung auf den Vertrag von Lausanne beglaubigten die Alliierten in Potsdam die bereits erfolgte Vertreibung.
Eine im Entstehen begriffene europäische Gedenkkultur sollte nun nicht davor zurückscheuen, sich bei aller entstehenden moralischen Sensibilität auch einen nüchternen sozialwissenschaftlichen Blick zu bewahren. Naimark zeigt überzeugend, daß "ethnische Säuberungen" genuiner Ausdruck einer Moderne sind, die vom Gedanken des ethnisch homogenen Nationalstaates ebenso geprägt ist wie von einer ungeheueren Kumulation technischer Mittel. Ohne Eisenbahn, Telegraf, Stacheldraht und Maschinengewehr wären weder "ethnische Säuberungen" noch Genozide möglich gewesen.
Vor allem aber wird deutlich, wie sehr staatliche Verbrechen sich aufs biologische Geschlecht beziehen. Während konventionelle Kriege noch bis 1918 vor allem eine Angelegenheit unter Männern waren, zeichnen sich "ethnische Säuberungen" primär durch Gewalt gegen Frauen aus: Systematische, geradezu angeordnete massenhafte Vergewaltigungen fanden sich bei den Jungtürken ebenso wie in der Roten Armee oder den polnischen Milizen, die Deutsche "aussiedelten".
Heute - so scheint es - kommt es im Krisenbogen von Marokko bis nach Indonesien, zwischen Sudan und Südafrika zu einer Neugründung und Neuformation von Nationalstaaten, deren Regierungen mit scheinbar naturgesetzlicher Notwendigkeit auf "ethnische Säuberungen" verfallen.
In Europa scheinen zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts - nach dem Zerfall Jugoslawiens - die mörderischen "ethnischen Säuberungen" ihre Zeit gehabt zu haben. Ob Europa aus einer leidvollen Geschichte wirklich etwas gelernt hat, wird sich nicht nur an einer auf Wahrhaftigkeit zielenden Gedenkkultur erweisen, sondern auch daran, ob ihm angesichts absehbarer und drohender Genozide andere politische Konzepte einfallen, als die "humanitäre Intervention", die jedenfalls im Kosovo die Vertreibung erst richtig ermöglichte.<<
Telford Taylor (1908-1998, Nachfolger von Robert H. Jackson, nordamerikanischer Hauptankläger bei 12 der 13 Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse) erklärt später während eines Gespräches mit dem US-Schriftsteller Studs Terkel (x165/417-419): >>... Der Holocaust war ja vom ganzen Ausmaß ohne Beispiel in der Geschichte. Unfaßbar? Ich weiß nicht. Ich fürchte die Menschen stumpfen sehr schnell ab. Wenn man sich zwei, drei Tage lang die Zeugenaussagen angehört hatte, war es nichts Besonderes mehr. Wie bei kleinen Kindern, die alles als selbstverständlich hinnehmen. Ich weiß noch, wie meine eigenen Kinder, zwei kleine Mädchen mit 5 und 7 Jahren, nach Nürnberg kamen und ich ihnen die ausgebombten Häuser zeigte. "Die Häuser sind kaputt", sagten sie. Als sie ein oder zwei gesehen hatten, interessierten sie sich nicht mehr weiter dafür.
(Studs Terkel: "Würden sie die Nürnberger Angeklagten als ganz gewöhnliche Leute bezeich-

nen?")
Ein Mann wie Hjalmar Schacht, der Bankier, war ein außerordentlich fähiger und intelligenter Mensch. Aber überhaupt nicht sympathisch. Wenn Sie von den KZ-Aufsehern und den Untergebenen sprechen, die diese blutigen und mörderischen Aktionen durchführten, dann haben Sie recht. Das waren ganz gewöhnliche Leute.
Warum haben sie so etwas getan? ... Die meisten waren Mitläufer. Moralische Grundsätze sind schnell vergessen. Nehmen wir Eichmann: ein kleiner Elektriker aus Wien. Er tritt der SS bei und wird Offizier und Gentleman. Das gefällt ihm. Er wird befördert. Er hat es zwar nie über den Oberstleutnant hinausgebracht, aber das war für einen Wiener Elektriker schon sehr gut. Solche Leute passen sehr gut in das von oben vorgegebene Schema, weil das der einfachste Weg ist.
Sie sind liebevolle Ehemänner, nett zu ihren Kindern und Musikliebhaber. Sie gewöhnen sich schnell an moralische Grundsätze, die ihnen von einem autoritären Regime vorgeschrieben werden. Der einfachste Weg für ein bequemes Leben ist der, Befehle zu befolgen.
Als ich zurückkam wurde ich oft gebeten, über Nürnberg zu sprechen. Anfang 1950 hielt ich einen Vortrag vor der Gemeinde einer jüdischen Synagoge in Brooklyn. Ich sagte, daß man sich die für den Holocaust verantwortlichen Nazis nicht als einen Haufen von perversen Sadisten vorstellen dürfe. Die meisten wären ganz normale Leute wie du und ich. Sie hätten den Aufschrei erleben sollen, der durch das Publikum ging. ...
Wenn wir denselben Strömungen und Zwängen ausgesetzt wären wie die Deutschen, würden sehr viele von uns genauso handeln. Vielleicht nicht ganz so viele, weil wir nicht so autoritätshörig sind wie die Deutschen. Aber viele von uns würden genauso handeln. Wir haben zwar immer noch ein paar politische Schutzmechanismen eingebaut, aber die sind auch nicht bombenfest. ...
Der normale Mensch ist zu ungeheuren Heldentaten und zu ungeheuren Grausamkeiten fähig. Das ist die bittere Lektion von Nürnberg. Es ist sehr einfach, den Nazismus für die Grausamkeit dieser Leute verantwortlich zu machen. Wenn tausend Menschen durch ein Erdbeben getötet werden, ist das eine schreckliche Sache, aber es liegt keine Tragik darin. Es ist nichts Tragisches daran, weil kein menschliches Element dabei ist. Man kann nichts daraus lernen, außer daß man auf Erdbeben aufpassen muß. Die bittere Lektion und die wahre Tragödie ist die Erkenntnis, daß man gewöhnliche Leute dazu bringen kann, solche unbeschreiblichen Dinge zu tun. Das ist die eigentliche Gefahr. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über das vermeintliche "Tätervolk der Deutschen" (x268/85): >>... Der amerikanische Psychiater Gustave M. Gilbert, der für die Angeklagten von Nürnberg verantwortlich war, hat gesagt: "Nach unseren Erkenntnissen müssen wir annehmen, daß solche Persönlichkeiten nicht nur nicht einzigartig oder wahnsinnig sind, sondern daß sie sich auch in jedem anderen Land der Welt von heute wiederfinden könnten.
Wir müssen auch einsehen, daß es solche Persönlichkeiten in diesem Land gibt und daß zweifellos bestimmte Individuen bereit wären, über die Leichen der halben Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu steigen, wenn sie damit die Kontrolle über die andere Hälfte in die Hand bekämen."
Ähnlich Hannah Arendt in ihrer Studie "Eichmann in Jerusalem": "Das Beunruhigende an der Person Eichmann war doch gerade, daß er war wie viele und daß diese vielen weder pervers noch sadistisch, sondern schrecklich und erschreckend normal waren und sind."
Auch Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, glaubt, daß ein Holocaust auch in den USA möglich sei. Es handelt sich um kein spezifisch deutsches, sondern um ein menschliches Versagen. ...<<
Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989) berichtet später über den Mord an

den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg (x036/222-223): >>... Der Massenmord an den europäischen Juden wurde möglich durch das Zusammentreffen einer Reihe von Faktoren im Sommer 1941: Vor dem Hintergrund der breiten antisemitischen Tendenzen in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg waren dies
- erstens die fanatische Entschlossenheit des von einem infernalischen Judenhaß getriebenen "Führers" Hitler, der in der Situation des Sommers 1941 mit der Eröffnung des Vernichtungskrieges gegen den "jüdischen Bolschewismus" den Weg für "seine" "Endlösung" frei sah;
- zweitens die Bereitschaft und Bereitstellung einer – nicht notwendigerweise von gleichem Fanatismus getragenen, vielmehr durchaus aus apolitischen, unterschiedlichen Motiven dafür zu gewinnenden - Personengruppe, die das Verbrechen ausführte.
- drittens eines sehr viel größeren Personenkreises, der im weiteren Sinne innerhalb eines organisatorischen und technischen Apparats vor allem die Massendeportationen aus dem deutsch-beherrschten Europa in die Vernichtungslager besorgte;
- viertens die zu erwartende Hinnahme des – wenn auch unvermeidlich nur unzulänglich – verschleierten Vorgangs durch die auf den als "nationale" Sache betrachteten Krieg und auf die davon herrührenden Alltagsnöte und Sorgen (an der Front wie in der Heimat) konzentrierten Masse der deutschen Bevölkerung.
So einmalig die Konstellation des Jahres 1941 war: Die Tatsache eines direkten und indirekten Mitwirkens einer großen Zahl von Menschen innerhalb der den Mord ausführenden und in Gang haltenden Organisationen, Behörden und Dienststellen ganz unterschiedlicher Prägung wie auch die Hinnahme des zumindest dunkel geahnten grauenhaften Geschehens durch die Masse der Bevölkerung weisen über die historische Einmaligkeit des Vorgangs hinaus.
Die offenkundige Leichtigkeit, unter den zivilisatorischen Bedingungen des 20. Jahrhunderts Menschen dafür zu gewinnen, sie dahingehend zu manipulieren", Menschen wie Waren zu behandeln und in großer Zahl umzubringen, wie es bei der Aufklärung vieler Einzelfälle in den Prozessen gegen Täter zutage trat, ist dabei das am meisten Beunruhigende, der hohe Anteil von Akademikern daran das zutiefst Erschreckende.
Es stellt sich die ins Anthropologische, Sozialpsychologische wie ins Individualpsychologische reichende Frage möglicher Wiederholungen unter anderen ideologischen Rahmenbedingungen in tatsächlich oder vermeintlich wiederum extremen Situationen und Konstellationen. Über das Wachhalten an die Erinnerung an die Millionen Opfer hinaus, das dem Historiker aufgegeben ist, stellt diese Frage, die auf ein zentrales Problem der Gegenwart und der Zukunft verweist und somit die Aufgabe des Historikers transzendiert, eine fundamentale Herausforderung an uns alle dar.<<
Die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erhobenen Vorwürfe der Kollektivschuld (rechtliche Schuld einer Gemeinschaft bzw. eines Volkes) wurden in den folgenden Jahren offiziell fallengelassen, denn sie widersprachen eindeutig dem allgemeinen Rechtsdenken, das nur die Rechtsschuld des einzelnen Täters kennt. Die Kollektivschuld und die kollektive Haftung (wie z.B. die Sippenhaft des Stalin- und Hitlerregimes) wurden schließlich in allen demokratischen Staaten als Rechtsbeugung eingestuft.
Der britisch-jüdische Schriftsteller und Verleger Sir Victor Gollancz (1893-1967, Mitbegründer des Nationalkomitees für die Rettung der Opfer des Naziterrors und entschiedener Gegner der "deutschen Kollektivschuld") schreibt später in seinem Buch "Unser bedrohtes Erbe" (x025/131): >>... Jetzt, so sagte man, wüßten wir nun endlich, daß die deutsche Nation als Ganzes schuldig wäre: Warum nämlich hätte sie nicht, wofern es anders wäre, um jeden Preis sich gegen diese Verbrechen ausgesprochen und sich gegen Hitler aufgelehnt?
Dabei kam man gar nicht auf den Gedanken, sich die Frage vorzulegen, was man denn selber unter ähnlichen Verhältnissen geleistet haben würde; man hielt nicht einen Augenblick inne, um sich innerlich darüber Rechenschaft abzulegen, ob man wohl, wofern der Preis, über den

man so glatt dahinschwätzte, Tod oder Folter nicht nur für einen selbst, sondern auch für die eigenen Kinder gewesen wären - ob man dann auch noch, jenseits aller Zweifel, das hinreichende Maß von Heroismus besessen haben würde, um solche Gefahren auf sich zu nehmen. ...<<

Der deutsche Philosoph Karl Jaspers (1883-1969) schreibt im Jahre 1946 ("Die Schuldfrage") über den Vorwurf der deutschen Kollektivschuld (x129/153-154): >>Es ist zu unterscheiden:

1) Kriminelle Schuld: Verbrechen bestehen in objektiv nachweisbaren Handlungen, die gegen eindeutige Gesetze verstoßen. Instanz ist das Gericht. ...

2) Politische Schuld: Sie besteht in den Handlungen der Staatsmänner und in der Staatsbürgerschaft eines Staates, infolge derer ich die Folgen der Handlungen dieses Staates tragen muß, dessen Gewalt ich unterstellt bin und durch dessen Ordnung ich mein Dasein habe. Es ist jedes Menschen Mitverantwortung, wie er regiert wird. Instanz ist die Gewalt und der Wille des Siegers. ...

3) Moralische Schuld: Für Handlungen, die ich doch immer als dieser einzelne begehe, habe ich die moralische Verantwortung, und zwar für alle meine Handlungen, auch für politische und militärische Handlungen, die ich vollziehe. Niemals gilt schlechthin "Befehl ist Befehl". Wie vielmehr Verbrechen Verbrechen bleiben, auch wenn sie befohlen sind (obgleich je nach dem Maße von Gefahr, Erpressung und Terror mildernde Umstände gelten), so bleibt jede Handlung auch der moralischen Beurteilung unterstellt. Die Instanz ist das eigene Gewissen und die Kommunikation mit dem Freund und dem Nächsten, dem liebenden, an meiner Seele interessierten Mitmenschen.

4) Metaphysische Schuld: Es gibt eine Solidarität zwischen Menschen als Menschen, welche einen jeden mitverantwortlich macht für alles Unrecht und alle Ungerechtigkeit in der Welt, insbesondere für Verbrechen, die in seiner Gegenwart oder mit seinem Wissen geschehen. Wenn ich nicht tue, was ich kann, um sie (Verbrechen) zu verhindern, so bin ich mitschuldig. Wenn ich mein Leben nicht eingesetzt habe zur Verhinderung der Ermordung anderer, sondern dabeigestanden bin, fühle ich mich auf eine Weise schuldig, die juristisch, politisch und moralisch nicht angemessen begreiflich ist. Daß ich noch lebe, wenn solches geschehen ist, legt sich als untilgbare Schuld auf mich. ... Instanz ist Gott allein. ...

Es ist die Frage, in welchem Sinne ein Kollektiv, in welchem nur der einzelne beurteilt werden kann. Ohne Zweifel ist es sinnvoll, alle Staatsangehörigen eines Staates für die Folgen haftbar zu machen, die aus dem Handeln eines Staates entstehen. Hier wird ein Kollektiv getroffen. Diese Haftung aber ist bestimmt und begrenzt, ohne moralische und metaphysische Beschuldigung der einzelnen. Sie trifft auch diejenigen Staatsangehörigen, welche sich gegen das Regime und die in Betracht kommenden Handlungen gewehrt haben. ...

Für Verbrechen kann je nur der einzelne bestraft werden, sei es, daß er allein ist, oder daß er eine Reihe von Komplizen hat, die jeder für sich nach dem Maße der Teilnahme und im Minimum schon durch ihre bloße Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft zur Rechenschaft gezogen werden. Es gibt Zusammenrottungen von Räuberbanden, Verschwörern, die als Ganzes als verbrecherisch gekennzeichnet werden können. Dann macht die bloße Zugehörigkeit strafffällig.

Es ist aber sinnwidrig, ein ganzes Volk eines Verbrechens zu beschuldigen. Verbrecher ist immer nur der einzelne.

Es ist auch sinnwidrig, ein Volk als Ganzes moralisch anzuklagen. Es gibt keinen Charakter eines Volkes derart, daß jeder einzelne der Volkszugehörigen diesen Charakter hätte. Wohl gibt es Gemeinsamkeiten der Sprache, der Sitten und Gewohnheiten, der Herkunft. Aber darin sind zugleich derartig starke Differenzen möglich, daß Menschen, die dieselbe Sprache reden, doch darin sich so fremd bleiben können, als ob sie gar nicht zum gleichen Volk gehörten.

Moralisch kann immer nur der einzelne, nie ein Kollektiv beurteilt werden. ...

Ein Volk kann nicht zu einem Individuum gemacht werden. Ein Volk kann nicht heroisch untergehen, nicht Verbrecher sein, nicht sittlich oder unsittlich handeln, sondern immer nur die einzelnen aus ihm. Ein Volk als ganzes kann nicht schuldig und nicht unschuldig sein, weder im kriminellen, noch im politischen (hier haften nur die Bürger eines Staates), noch im moralischen Sinn. Die kategoriale Beurteilung als Volk ist immer eine Ungerechtigkeit; ... - sie hat eine Entwürdigung des Menschen als einzelnen zur Folge.<<

Theodor Heuss (1884-1963, von 1949-59 erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland) erklärt am 7. Dezember 1949 während einer christlich-jüdischen Feierstunde (x075/112-113): >>... Man hat von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes gesprochen. Das Wort Kollektivschuld und was dahinter steht, ist aber eine simple Vereinfachung, es ist eine Umdrehung, nämlich der Art, wie die Nazis es gewohnt waren, die Juden anzusehen: daß die Tatsache, Jude zu sein, bereits das Schuldphänomen in sich eingeschlossen habe.

Aber etwas wie eine Kollektivscham ist aus dieser Zeit gewachsen und geblieben. Das Schlimmste, was Hitler uns angetan hat - und er hat uns viel angetan - , ist doch dies gewesen, daß er uns in die Scham gezwungen hat, mit ihm und seinen Gesellen gemeinsam den Namen Deutsche zu tragen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Kollektivschuld" (x051/-321): >>Kollektivschuld, rechtliche Schuld einer Gemeinschaft (etwa eines Volkes) für die Verbrechen einzelner ihrer Glieder.

Der Begriff der Kollektivschuld widerspricht dem modernen Rechtsdenken, das nur eine Rechtsschuld des einzelnen Täters kennt und kollektive Haftung wie z.B. die nationalsozialistische Sippenhaft als Rechtsbeugung verwirft.

Der nach 1945 erhobene Vorwurf einer Kollektivschuld des deutschen Volkes für die nationalsozialistischen Verbrechen wurde daher in diesem Sinne fallen gelassen. Heuss sprach statt dessen von einer "Kollektivscham", die das deutsche Volk angesichts der in seinem Namen begangenen Untaten empfinden müsse, aus der die Verpflichtung zur Wiedergutmachung erwachse. Im gleichen Sinne äußerte sich 1946 Jaspers, der von "Mitbetroffenheit" sprach, "auch wenn wir moralisch und juristisch nicht haften"; und so wollte auch das Stuttgarter Schuldbekenntnis der evangelischen Kirche verstanden werden.

Helmut Schmidt bezeichnete am 23.11.77 in einer Rede am Mahnmal in Auschwitz die "heutigen Deutschen" als persönlich nicht schuldig, bejahte aber eine "Mitverantwortung" auch der nachwachsenden Generationen für die deutsche Geschichte.<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später über die Kollektivschuld der Deutschen (x075/11-12): >>... Ich habe nie den Begriff der Kollektivschuld eines Volkes akzeptieren können. Ich war jedoch immer der Ansicht, daß jeder mündige Bürger mit an der Verantwortung für jede im Namen seines Landes begangene Ungerechtigkeit, jede menschliche Handlung, trägt. Weiß er nichts von den Mißständen, dann ist er dafür verantwortlich, nichts versucht zu haben, um sich zu unterrichten. Weiß er und schweigt dennoch, dann ist er dafür verantwortlich, durch sein Schweigen verhindert zu haben, daß diesen Taten ein Ende bereitet wird. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas lehnt die Kollektivschuld ebenfalls entschieden ab (x028/198): >>... Auch der Gedanke der Kollektivschuld ist ein für allemal zu verwerfen, sei es einer deutschen Kollektivschuld für die NS-Greuel, sei es einer osteuropäischen oder anglo-nordamerikanischen für die Vertreibung.

Victor Gollancz hat diesen Gedanken bereits in seiner Londoner Rede, 1947, als "unsinnigen, unliberalen, antichristlichen, beklagenswert nazistischen Gedanken" verurteilt. Bundespräsident Richard von Weizsäcker äußerte sich ebenfalls zur kollektiven Schuldzuweisung in seiner Bundestagsansprache vom 8. Mai 1985: "Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich."...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die Kollektivschuld der Deutschen (x025/156-157,161-162, x268/33): >>... Die Frage "warum habt ihr den Tyrannen nicht gestürzt?" ist alt und doch immer aktuell. Als Chruschtschow auf dem XX. Parteitag Stalins Verbrechen anprangerte, riefen die Delegierten spontan: "Warum habt ihr Stalin nicht getötet?"
Chruschtschow erwiderte: "Was konnten wir tun?
Es war eine Terrorherrschaft."
Nüchtern stellte der US-Chefankläger Jackson vor dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal fest: "Wenn die breite Masse des deutschen Volkes das nationalsozialistische Parteiprogramm willig angenommen hätte, wäre die SA nicht nötig gewesen, und man hätte auch keine Konzentrationslager und keine Gestapo gebraucht." ...
Psychologisch gesehen stellt die Kollektivschuld-Theorie ebenso wie Blutrache und Sippenhaftung einen Rückfall in sehr frühe Entwicklungsstadien der Menschheit dar, wie der international bekannte Freud-Schüler C. G. Jung ausgeführt hat.
Jung spricht von einer "magischen Unreinheit" und meint, die Schuld dehne sich als psychische Erscheinung "über die örtliche und menschliche Umgebung aus. Ein Wald, ein Haus, eine Familie, ein Dorf sogar, wo ein Mord geschehen ist, fühlt die psychische Schuld und bekommt sie von außen her zu spüren."
Daß die barbarische Simplifizierung der Kollektivschuld ein menschliches (oder besser unmenschliches) Urphänomen darstellt und damit alles andere als eine anglo-amerikanische Erfindung, hat erst wieder 1982 F. W. Rothenspieler in seiner gründlichen Analyse "Der Gedanke der Kollektivschuld in juristischer Sicht" dargelegt. ...<<
>>... Nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Judenpolitik neigt man heute mehr dazu, die nationalistisch-rassistischen Motive in den Vordergrund zu stellen. Religionsverfolgungen in Reinkultur hat es nie gegeben, und lupenreinen Rassismus ebensowenig. Entscheidend bleibt der Anknüpfungspunkt der Verfolger; beim religiösen Fanatiker ist es der Glaube, beim Rassisten die Abstammung. Was in dem blutigen Spiel selten fehlt, sind die hohen Ideale, allerdings in der Form des selektiven Humanismus: Menschlichkeit im Prinzip ja, aber nicht für diese oder jene Gruppe. So gesehen ist die Kollektivschuld-Theorie eine der vielen historischen Erscheinungsformen des Rassismus.
Ähnlich wie der altchristliche Antisemitismus liefert sie in der letzten Konsequenz einen Blanko-Scheck für alle Verbrechen am "schuldigen" Volk in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Aus dem Osten stammt die Lehre vom gerechten Krieg; alle Lehrbücher des Marxismus-Leninismus geben über sie erschöpfenden Aufschluß. Kommt aus dem Westen eine Lehre vom gerechten Völkermord?
Gilt in Zukunft etwa der Satz, daß der Völkermord im Prinzip nichts Schlechtes ist, und daß man eben nur die richtigen Völker morden muß? Wer bestimmt, welche Völker schuldig und damit ohne Menschenrechte sind? Wenn der Tod von 2,8-3 Millionen Frauen, Kindern und Greisen jenseits der Oder-Neiße die gerechte Sühne für die Naziverbrechen war, wieviele Russen z.B. müßte man dann gerechterweise liquidieren, um die Sowjetverbrechen seit 1917 zu sühnen? ...<<
>>... Ein Strafsystem, daß ohne Unterschied auf den Schuldigen und den Unschuldigen einschlägt, wirkt bloß wie eine Seuche oder eine große Naturkatastrophe und ist ebensowenig wie die Cholera oder ein Erdbeben geeignet, Verbrechen zu verhüten. ...
Die Menschen hunderteweise zu enthaupten, ohne nach ihrer Schuld zu fragen, dem Reichen mit Hilfe von Kerkermeistern sein Geld abzupressen ... das ist die einfachste und leichtbegreiflichste aller Regierungsweisen. Über ihren sittlichen Rang wollen wir schweigen, gewiß erfordert sie aber keine Fassungskraft, die über die des Barbaren oder des Kindes hinausgeht.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die angebliche Kollektivschuld des deutschen Volkes wegen des Volkermordes an den europäischen Juden (x046/186,188,190-191): >>... Der sowjetische Ankläger in Nürnberg, Oberjustizrat Smirnov, der mit seinen Kollegen bestrebt war, die Behauptungen der sowjetischen Kriegspropaganda in das Verfahren vor dem Internationalen Militärgerichtshof einzuführen, erlaubte sich am 19. Februar 1946 pauschale Beschuldigungen gegen das gesamte deutsche Volk zu erheben, als er von "Hunderttausenden und Millionen Verbrechern" unter den Deutschen sprach. In Wahrheit jedoch hatte sich der Genozid (Völkermord) an den Juden hinter einem Vorhang strikter Geheimhaltung vollzogen. ...

Himmler soll den Kreis der für die 'Endlösung' unmittelbar Verantwortlichen im April 1943 auf 200 SS-Führer beschränkt bezeichnet haben. ... Der amerikanische Völkerrechtler, Professor Dr. Dr. de Zayas, und einige amerikanische und britische Autoren machen heute denn auch keinen Hehl aus ihrer Auffassung, daß die "Personenzahl, die während des Krieges vom Holocaust wußte, äußerst begrenzt" gewesen war.

De Zayas schreibt: "Immer mehr Historiker gelangen zu der Einsicht, daß die Kenntnis des Holocaust während des Krieges viel begrenzter war, als man bisher glaubte".

Und besonders galt dies für die Masse des deutschen Volkes. Eine Verheimlichung des Genozids aber war schon deshalb zwingend erforderlich gewesen, weil, wie etwa der in Nürnberg in allen Anklagepunkten freigesprochene Ministerialdirektor Dr. Fritzsche aussagte, das deutsche Volk Hitler die Gefolgschaft verweigert haben würde, wenn es von dem Mord an den Juden gewußt hätte, zumindest aber in seinem Vertrauen zu Hitler zutiefst erschüttert worden wäre. ...<<

>>... Nach Fritzsche soll der die Lage doch immer nüchtern einschätzende Reichspropagandaminister sich "äußerst erbittert" über die Parteinahme vieler Deutscher für die Juden geäußert haben, eine Aussage, die aus den Tagebüchern des Dr. Goebbels anläßlich der Deportation der Berliner Juden auch bestätigt wird.

Daß die Deutschen schon mit einer bloßen Verfolgung der Juden nicht einverstanden gewesen sein können, geht auch aus der von dem amerikanischen Ankläger Dodd am 13. Dezember 1945 zitierten Rede Himmlers in Posen hervor, in der dieser in seiner lasterhaften Diktion folgendes zugegeben hatte: "Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude." ...

Wenn die Deutschen von den grausigen Vorgängen hinter ihrem Rücken, die sie niemals gebilligt haben würden, nicht einmal Kenntnis gehabt hatten, dann können sie für sie auch nicht verantwortlich gemacht werden.

Daß in der Hauptsache Staatsangehörige des Großdeutschen Reiches in diese Untaten verstrickt waren, ist hier kein Gegenbeweis, weil ja mit derselben Logik sonst auch das russische Volk für die von der Sowjetmacht verübten Massenmorde an Millionen und Abermillionen die Verantwortung tragen müßte oder das georgische Volk, weil, abgesehen von dem Georgier Dschugaschwili (Stalin), die Georgier Berija, Dekanozov, Canava, Goglidze, Ruchadze, Karanadze und andere als führende Funktionäre den Apparat des NKVD prägten oder, um den Faden fortzuspinnen, selbst das jüdische Volk, weil, wie dies auch die aus der Sowjetunion stammende jüdische Autorin Sonja Margolina in ihrem jüngst erschienenen Band "DAS ENDE DER LÜGEN" hervorhebt, Juden im Bolschewismus zum ersten Male in der Geschichte nicht nur als Opfer, sondern auch als Täter in Erscheinung getreten sind.

Daß es sich bei Trockij, Kamenev, Sinovev, Joffe, Krestinskj, Radek und unzähligen anderen der führenden bolschewistischen Funktionäre um Juden gehandelt hat, ist allgemein bekannt. Das im Smol'nyj tagende Zentralkomitee war 1918 im Volksmund geradezu "Judenzentrale" genannt worden, und die bolschewistische Herrschaft in den zwanziger Jahren trug nach Sonja

Margolina "tatsächlich gewisse 'jüdische' Züge". ...<<
>>... Wenn, auch nach Margolina, die aktive Mitwirkung vieler Juden in den sowjetischen Terrororganen geradezu ein eigenes Kapitel darstellt, so lassen sich andererseits doch niemals Rückschlüsse auf eine Verantwortung des jüdischen Volkes als solches für die begangenen Verbrechen des Bolschewismus ziehen.
Nicht die Völker – Deutsche, Russen, Georgier, Letten ... und andere – sind für die begangenen Greueltaten verantwortlich, sondern immer nur Einzelpersonen. Und was speziell das deutsche Volk angeht, so wird niemand behaupten können, daß es zu seinen Traditionen gehörte, eine friedliche Bevölkerung zu verfolgen und umzubringen. ...
Nicht die Deutschen, sondern Nationalsozialisten, Gefolgsleute Hitlers und Himmlers, haben in unserer Zeit entsprechende Untaten begangen und ebensowenig Russen, Georgier, Letten, ... sondern Kommunisten, die Gefolgsleute eines Lenin und Stalin, die Einpeitscher des sowjetischen Sozialismus.
Es kommt hinzu, daß die Täter auf deutscher Seite im Gegensatz zu denen auf sowjetischer Seite, soweit man ihrer habhaft werden konnte, streng zur Verantwortung gezogen worden sind. Denn selbst Präsident Gorbatschow erlaubte es wohl, manche Verbrechen beim Namen zu nennen, keinesfalls aber die Verbrecher, geschweige denn, auch nur einen von ihnen vor Gericht zu stellen. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtet später über die krankhaften Schuldkomplexe der Deutschen (x268/80): >>Wenn mich etwas im heutigen Deutschland stört und beunruhigt, ist es gerade diese Neigung zur übertriebenen Selbstkritik, die für mich bedeutet, daß viele Menschen den Sinn für Realität, für Geschichte, für Verhältnismäßigkeit verloren haben. Oder schlimmer, daß viele Deutsche anscheinend an einer Megalomanie (Größenwahn) leiden – sie wollen die größten Verbrecher der Geschichte sein und zugleich die größten Büßer. Dies halte ich für pathologisch. ...<<
Der Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtet später über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/239-243): >>... Kollektivschuld steht im Gegensatz zu den herrschenden Rechtsprinzipien.
Jeder Bürger weiß, daß Schuld individuell nachgewiesen werden muß und - flankierendes Rechtsprinzip - davor die Unschuldsvermutung gilt. Unser Recht verlöre sich im Chaos, wenn diese Dioskurenprinzipien (Zwillingsgrundsätze) nicht peinlich befolgt würden. Der individuelle Schuldnachweis gilt uns als Ausweis zivilisierten Umgangs und kultureller Entwicklung. ...
Die unterschiedlichen Interessen von Staaten führen im Konflikt zu (wechselseitiger) kollektiver Schuldzuweisung ... Unter diesen Bedingungen kommen regelhaft Kollektivschuldzuschreibung, Tötung, Unterwerfung und Beraubung vor, unter Wahrung von Resten zivilisierter, epochenabhängiger Gesetze wie zum Beispiel den Geboten der Ritterlichkeit, dem Schutz von Frauen und Kindern und den Kombattantenstatus (kampfberechtigte Personen gemäß Kriegsrecht), die im Zweiten Weltkrieg einer weitgehenden Anomie (Gesetzlosigkeit) wichen (beiderseitige massenhafte Vernichtung von Zivilisten).
Nach Abschluß von Kriegshandlungen kommt es zu Friedensverträgen: unterlegene Staaten werden mehr oder weniger gedemütigt und beraubt, und zwar vorzugsweise mit Begründungen aus der Rechtssprache. Nicht Gerechtigkeit wird aber gewährt, sondern die Überlegenheit der Sieger und ihre unumschränkte Handlungsmacht kommen zur Geltung.
Kollektivschuldurteile sind also rationalisierende, affektgeleitete, machtgestützte Zuschreibungen. Sie dienen dazu, den eigenen, vom gegnerischen Blut besudelten "Volkskörper" von der Schuld des Tötens durch Projektion auf den unterlegenen Feind zu befreien, und sie dienen der moralischen Unterwerfung des Gegners durch die Entwertung seines kollektiven Wertesystems, seines Nationalgefühls. ...

Wird die Selbstwahrnehmung eines Kollektivs durch hinreichende, den nationalen Narzißmus stabilisierende Konzepte gestützt, was immer auch ein hohes Maß flankierender historischer Verleugnung voraussetzt, wird die Kollektivschuldzuschreibung nicht wirksam, wie zum Beispiel im Falle der massenhafte Morde im Zusammenhang mit der Französischen Revolution oder der Ausrottung der amerikanischen Ureinwohner. Beide Massaker haben der positiven kollektiven Selbstwahrnehmung, dem jeweiligen nationalen Narzißmus nicht geschadet. Weder wurde wirksam der Kollektivschuldvorwurf erhoben, noch wurde er in das nationale Selbstkonzept übernommen.
Sind solche den kollektiven Narzißmus stützenden Konzepte beschädigt, aber noch vorhanden, zum Beispiel im Falle der deutschen Niederlage im ersten Weltkrieg, so können sich reparative Tendenzen gegen die Übernahme von Kollektivschuldvorwürfen und deren materiellen Folgen durchsetzen, was im Falle Deutschlands schließlich zur Etablierung einer Diktatur führte.
Ist die Niederlage zu schwer und steht ihr kein stabilisierendes Konzept im Sinne der Schuldabwehr zur Erhaltung des nationalen Narzißmus und der ihr flankierenden Verleugnung entgegen, so kann der von außen kommende Selbstvorwurf in das Innere der kollektiven Selbstwahrnehmung eindringen. Es wird damit zum Bestandteil des nationalen Selbstkonzepts und entwickelt nun ungehindert sein aggressives Potential als kollektive Autodestruktion (Selbstzerstörung). Dies ist die Situation Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg.
Eine derartige Sozialpathologie ist also die Folge der Destruktion (Zerstörung) des Nationalgefühls und dessen das Kollektiv schützende Funktion, und gleichzeitig destabilisiert sie dessen Reste, nämlich das kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl. Die im Namen dieser kulturellen Gemeinschaft begangenen Verbrechen sind natürlich eine Voraussetzung für diese Entwicklung, aber vermutlich nicht die wichtigste, denn andere Völker konnten ihr Nationalgefühl vor dem eindringen kollektiver Scham- und Schuldgefühle wirksam schützen, obwohl in deren Namen ebenfalls grausame Verbrechen begangen wurden.
Hier wirkt eine Kombination idealisierender und verleugnender Mechanismen protektiv, wie sie im militärischen Triumph wirksam werden kann, nicht aber unter den Bedingungen von Zerstörung, Niederlage, Vertreibung, Verlust bisheriger geistiger Orientierung und entwertender Indoktrination, also der Situation Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkrieges und nach diesem. ...<<

**Großbritannien:** Lord Bertrand Russell (1872-1970, britischer Mathematiker und Philosoph, Literatur-Nobelpreis 1950) schreibt am 19. Oktober 1945 in der englischen Tageszeitung "The Times" (x149/108, x025/48): >>In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Menschen auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen und schmerzhaften Hungertod ausliefert. Das gilt nicht als Kriegsakt, sondern als Teil einer bewußten "Friedenspolitik". ...<<

>>... Im Potsdamer Protokoll wird vorgeschrieben, daß die Ausweisungen von Deutschen in 'geregelter und humaner' Weise durchgeführt werden sollten. Und es ist wohl bekannt – durch öffentliche Berichte wie durch Briefe, die zahlreiche britische Familien von Verwandten und Freunden in den Besatzungsarmeen erhielten -, daß diese Bedingungen von unseren russischen und polnischen Verbündeten nicht beachtet worden sind. ...<<

**22.10.1945**

**USA:** Die US-Zeitschrift "TIME" berichtet am 22. Oktober 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x028/57): >>... Gegen diese illoyalen Minderheiten ist das einst duldsame tschechoslowakische Herz verhärtet. Dr. Benesch und seine Regierung sind eisern entschlossen, den Staat von fast allen seiner 3 Millionen Deutschen zu befreien.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die damalige antideutsche Berichterstattung (x028/57): >>... Erklärungen in diesem Tonfall waren 1945 an der Tagesordnung und können der aufgeladenen Atmosphäre zugeschrieben werden, die bei Kriegsende herrschte. Doch trotz der Verzerrungen der Geschichte, wie sie die Kriegspropaganda und die moralische Diffamierung des Feindes sozusagen notwendig machen, gab es unabhängige Stimmen, die versuchten, die Öffentlichkeit von ihren Vorurteilen aus der Kriegszeit zu befreien. ...<<

**24.10.1945**

**USA:** Die UN-Charta tritt am 24. Oktober 1945 in Kraft.

Die UN-Satzung formuliert z.B. Grundsätze für die Sicherung des internationalen Friedens, Herstellung und Erhaltung von freundschaftlichen Beziehungen der Völker, Förderung und Achtung der Menschenrechte, Selbstbestimmungsrechte der Völker sowie die Verpflichtung der UN-Mitgliedstaaten, die UN-Grundsätze unbedingt einzuhalten und die Einmischung der UN in innere Angelegenheiten eines Staates zu vermeiden (x128/296-302).

Für die Deutschen ist die UN-Charta wegen der sog. "Feindstaatenklauseln" (gemäß Artikel 53 und 107 der UN-Satzung) bedeutungslos. Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen werden damals komplett von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen (x024/-344).

**30.10.1945**

**SBZ:** Aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 124 "Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland" werden ab 30. Oktober 1945 mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmen enteignet und verstaatlicht - Errichtung von SAG-Betrieben bzw. von sowjetischen Aktiengesellschaften - (x301/116): >>... Um den Raub und anderen Mißbrauch des Eigentums, das früher dem Hitlerstaat, den Militärbehörden, den durch das sowjetische Militärkommando verbotenen und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen gehört hat, zu verhindern und dieses Eigentum am rationellsten für die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Besatzungstruppen auszunutzen, befehle ich:

1. Das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet, als beschlagnahmt zu erklären.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Volkseigenen Betriebe" (VEB) in der SBZ (x009/464): >>Nach 1945 enteignete und verstaatlichte Betriebe; desgleichen die seitdem neu errichteten Staatsbetriebe.

Durch den SMAD-Befehl 124 vom 30.10.1945 ... waren mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmen sequestriert worden, die in der Folge durch die SMAD nach 3 Gruppen gegliedert wurden. Einer "Liste A" wurden solche Betriebe zugeteilt, die einem Volksentscheid über die Enteignung unterworfen werden sollten. Ein solcher Volksentscheid fand aber nur im Lande Sachsen (Juni 1946) statt. –

In eine "Liste B" waren solche Betriebe aufgenommen worden, die für die Enteignung kein großes Interesse boten (kleinere gewerbliche Unternehmen). Sie wurden unter großem propagandistischem Aufwand den Inhabern "wegen ungenügender Belastung" zurückgegeben. –

Die "Liste C" enthielt schließlich diejenigen Betriebe, die für den Übergang in sowjetisches Eigentum als SAG-Betriebe vorgesehen waren und durch den Befehl 167 vom 5. Juni 1946 "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion in sowjetisches Eigentum" übergingen.

...

Bis 1951 waren die Volkseigenen Betriebe unselbständige Filialbetriebe der ihnen vorgeordneten "Vereinigungen volkseigener Betriebe" (VVB). Zum 1.1.1952 wurden sie in selbständig wirtschaftende Einheiten umgewandelt. Sie erhielten eine eigene finanzielle Grundausstattung und einen eigenen Umlaufmittelfonds, sie entrichteten seitdem auch selbständig die Abgaben an den Staatshaushalt.<<

Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein (1918-1971) berichtet später über den SMAD-Befehl Nr. 124 (x156/28-29): >>Der am 30. Oktober 1945 verkündete Befehl Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration sprach die entschädigungslose Enteignung des Besitzes des Reiches und des Staates Preußen, der NSDAP, der großen und wichtigen Industrie-, Bergbau- und Handelsfirmen aus. Fast die Hälfte der Industriekapazität der sowjetischen Besatzungszone ging an die Länder bzw. Kreise und Städte über.
Die Firmen wurden als "Volkseigene Betriebe" (VEB) weitergeführt, 25 % des Industriebesitzes gingen zur Verwaltung und Ausbeutung unmittelbar an die Russen über. Die Militäradministration errichtete dafür am 5. Juni 1946 "Sowjetische Aktiengesellschaften" (SAG), die zwischen 1946 und 1953 beherrschenden Einfluß auf die Wirtschaft Mitteldeutschlands hatten.
Der Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 nahm im Sinne der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsauffassung eine Verstaatlichung fast des ganzen Industriepotentials Mitteldeutschlands vor. Ulbricht rechtfertigte diese Maßnahme mit der Erklärung:
"Um den Machenschaften der Konzerne einen Riegel vorzuschieben und sicherzustellen, daß die Betriebe für die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgenutzt werden konnten, wurden sie zunächst beschlagnahmt. Die provisorische Verwaltung des beschlagnahmten Gutes wurde vorerst sowjetischen Besatzungsorganen übertragen, die in den Betrieben deutsche Treuhänder einsetzten. Später wurde den Landes- und Provinzialverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone die Treuhandverwaltung und Nutzung dieser Betriebe übertragen. ... Der Kampf der deutschen Werktätigen für den Aufbau eines friedlichen Lebens ohne Konzernherren und Kriegsverbrecher hatte damit eine zuverlässige Grundlage erhalten." ...<<

**Oktober 1945**

**WBZ:** Generalfeldmarschall Montgomery telegrafiert im Oktober 1945 nach London (x131/-165): >>Ich wollte sicherstellen, daß dem Control Office alle Fakten über die künftigen Folgewirkungen der Ernährungslage vorliegen. Ich halte das für meine Pflicht. ...
Ich habe außer humaner Behandlung nichts übrig für die Deutschen, und sie werden den Gürtel enger schnallen müssen. Aber ich bin nicht der Meinung, daß wir ihnen Rationen geben sollten, die geringer sind als die in Belsen. ...<<

**Ost-Mitteleuropa: Zerstörung der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung in Ost-Mitteleuropa nach Beendigung der sowjetischen Militärverwaltung**

Bis zum Abzug der sowjetischen Truppen herrschten in Jugoslawien, Polen, in der Tschechoslowakei und in Ostdeutschland monatelang chaotische Verhältnisse, weil die einheimischen Behörden und Milizeinheiten ständig versuchten, die Befehlsgewalt auszuüben. Infolge der unterschiedlichen Anordnungen und Befehle gab es dauernd Überschneidungen, so daß die Deutschen zusätzlich schikaniert und verunsichert wurden.
Zwischen den Russen und Polen ereigneten sich besonders häufig Auseinandersetzungen, die nicht selten mit wilden Schießereien endeten. Viele Polen haßten ihre sowjetischen Befreier, weil sie nach Stalins Anordnungen die deutschen Ostgebiete systematisch ausplünderten und verwüsteten.
In den deutschen Ostgebieten wurde die sowjetische Besatzungszeit im Herbst 1945 beendet (Ausnahme: Nord-Ostpreußen). Nach dem sowjetischen Abzug führte man in den "befreiten Gebieten" gnadenlose Pauschalabrechnungen durch. Es handelte sich damals meistens nicht um spontane Ausschreitungen oder persönliche Racheakte, sondern mehrheitlich um staatlich gelenkte "Säuberungsaktionen". Viele Gewalttaten und Verfolgungen wurden nachweislich durch unverantwortliche staatliche Propagandamaßnahmen beeinflußt und gefördert. In Rundfunkansprachen, Zeitungen, Bekanntmachungen und öffentlichen Veranstaltungen schürte man den radikalen Nationalismus und forderte zur kollektiven Bestrafung aller deutschen "Landesverräter" auf.

In Ostdeutschland, Polen, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien setzten die neuen Machthaber ihre bisherigen Verfolgungsmaßnahmen systematisch fort und nutzten außerdem die "bewährten" NS-Terrormethoden der "Juden- und Fremdarbeiterpolitik". Die Deutschen mußten z.B. vielerorts weiße Armbinden oder Hakenkreuze sichtbar auf ihrer Kleidung tragen, um sie öffentlich zu verhöhnen und zu erniedrigen. Fanatische Zivilisten mißhandelten die Geächteten gelegentlich auf "offener Straße" und rissen ihnen sogar oft die Kleidung vom Leib.
Da die neuen polnischen Machthaber nicht genügend disziplinierte Truppen und Polizeikräfte besaßen, übertrug man in Ostdeutschland den "Schutz der öffentlichen Sicherheit" zunächst an Milizen. In jede Stadt und in jedes größere Dorf wurden "Milizkommandanten" entsandt, um die sowjetischen Besatzungstruppen zu ersetzen. Manche Milizangehörige waren fragwürdige Gestalten. Die Milizen setzten sich überwiegend aus 18-20jährigen Zivilisten zusammen, die schnell erkannten, daß Raub und Plünderung des deutschen Eigentums behördlich gefördert bzw. unterstützt wurden.
Die Milizangehörigen, Partisanen und Geheimpolizisten waren damals die Herren über Leben und Tod. Sie waren überall unumschränkte Machthaber und terrorisierten die deutschen Einwohner. Da die Milizen keinen Sold erhielten, mußten sie sich selbst versorgen und führten unentwegt Raubzüge durch. Das gesamte Eigentum der "Staatsfeinde" wurde "beschlagnahmt", so daß die Ost- und Volksdeutschen schnell zu Bettlern wurden. Nachdem die Milizen Kommandanturen errichtet hatten, drangen immer mehr polnische und tschechische Zivilisten in die deutschen Siedlungsgebiete ein.
Die Geheimpolizei und Partisanen arbeiteten gewöhnlich mit den örtlichen Milizkommandanten zusammen, wenn es darum ging, die Deutschen mit schonungsloser Willkür und extremer Brutalität zu verfolgen. In der CSR wurden damals vermeintliche NS-Verbrecher von Partisanen und Milizen auf Markt- oder Sportplätzen zusammengetrieben, brutal mißhandelt und z.T. sogar öffentlich hingerichtet (x010/44). Erst in den Jahren 1946-1947 ließ die Schreckensherrschaft der Geheimpolizei und Milizen allmählich nach.
Die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung wurde zwangsweise zum Arbeitseinsatz herangezogen. Sogar 8- bis 10jährige Kinder mußten Vieh hüten, Gespanne fahren oder andere leichte Arbeiten erledigen. Obgleich die Deutschen schwerste Zwangsarbeiten leisten mußten, rissen sie sich um fast jede Arbeit, denn ohne Arbeit gab es keine Verpflegung. Wer nicht verhungern wollte, mußte arbeiten.
In den Sommermonaten betrug die tägliche Arbeitszeit oftmals bis zu 15 Stunden. Während der Erntezeit wurde vom Sonnenaufgang bis zum Einbruch der Dunkelheit gearbeitet. Sonn- und Feiertage waren für die Deutschen "normale Arbeitstage".
Viele Zwangsarbeiter mußten ekelhafte und qualvolle Arbeiten ausführen. Besonders abscheulich waren die Bergung von Tierkadavern und die Bestattung der Leichen, die bereits seit Wochen und Monaten in den Ortschaften, an den Landstraßen oder auf den Feldern und Wiesen lagen. Diese grauenvollen, gesundheitsgefährdenden Arbeiten dauerten manchmal mehrere Wochen.
Während der schweren körperlichen Arbeit kam es täglich vor, daß kranke und erschöpfte Arbeitskräfte Schwächeanfälle erlitten und zusammenbrachen. Infolge der unmenschlichen Lebensbedingungen brachen schon bald vielerorts verheerende Epidemien aus. In jener Zeit führte man Beerdigungen nur noch ohne Särge durch. Die Toten wurden notdürftig in Kohlen- oder Kartoffelsäcke gepackt und in Massengräbern bestattet.
Nach der täglichen Zwangsarbeit durchsuchten überall hungrige Menschen leerstehende Häuser, Keller und Kartoffelmieten oder streiften durch Wälder und über Felder, um irgendwelche eßbaren Dinge zu ergattern. Für die Frauen war es besonders schwer, ihre Kinder und ihre gebrechlichen Eltern zu ernähren, denn obwohl sie selbst unterernährt waren und hungerten,

mußten sie jeden Tag schwere Zwangsarbeiten leisten. Falls die Deutschen nicht mehr arbeiten konnten, waren sie zwangsläufig dem Hungertod ausgeliefert. Da Kinder und alte Menschen im allgemeinen keine Lebensmittel erhielten, starben sie reihenweise. Nachdem man die letzten Vorräte geplündert hatte, wurde die Ernährungslage der rechtlosen Deutschen immer dramatischer.
Die Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen Deutschen in Ostmitteleuropa wurden durch grenzenloses Leid, unendliche Not und absolute Rechtlosigkeit geprägt. Fast alle Deutschen vegetierten unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen. In dieser erbarmungslosen Zeit rückten alle verfolgten Deutschen eng zusammen. Man half sich nach besten Kräften, wo immer es möglich war. Standesunterschiede gab es schon längst nicht mehr.
Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtet später über die damaligen Lebensverhältnisse der Deutschen in Ostdeutschland (x039/70-71): >>Das Fehlen jeder verläßlichen Ordnung war einer der nachhaltigsten Eindrücke. Fast ein Jahr lang bestand in weiten Gebieten des Ostens so etwas wie Vogelfreiheit.
Die Rote Armee war hindurchgezogen, hatte ein weitgehend entvölkertes Gebiet hinterlassen und nur in den Städten Kommandanturen errichtet. Das flache Land war kaum bewohnt. Je weiter man nach Osten kam, desto weniger Menschen gab es. Weder Gesetze noch Befehle erreichten die Überlebenden. Es gab keine Zeitungen, kein Geld, keine Lebensmittelzuteilungen, keinen Arzt, kein Krankenhaus. Jeder war auf sich allein gestellt.
Hin und wieder tauchten bewaffnete Banditen auf, um zu stehlen, was die Menschen zusammengetragen hatten. Vermutlich wird man bis in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges zurückgehen müssen, um auf Verhältnisse zu stoßen, die denen vergleichbar waren, die 1945 im Osten herrschten.
Daß die verbliebenen Ostdeutschen überhaupt überlebt haben, verdanken sie den in den Kellern der verlassenen Häuser zurückgelassenen Einkellerungskartoffeln des Herbstes 1944. Auch war das Wintergetreide noch vor der Flucht gesät worden und konnte im Sommer 1945 ungerührt von allem Elend wachsen und reifen. Vieh war dagegen so gut wie keines mehr vorhanden; die letzten Herden wurden im Mai 1945 nach Osten getrieben. Nicht einmal Kaninchen oder Hühner gab es.
Im Rückblick auf jene Zeit will es mir scheinen, als seien unsere humanen Tugenden nur die Früchte geordneter Verhältnisse. Das sogenannte Gute verfällt in dem Maße, in dem jede verläßliche Ordnung aufhört. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/90E-92E): >>... Die weitgehende Entvölkerung und wirtschaftliche und verkehrsmäßige Abschließung des Landes, besonders aber die brutale sowjetische Behandlung seiner wenigen deutschen Menschen, führte im Nordteil Ostpreußens seit 1945 zu einem Prozeß wachsender Verelendung, Verwilderung und Primitivisierung, demgegenüber die zur gleichen Zeit in manchen Gegenden Schlesiens und Pommerns herrschenden Zustände als noch kultiviert erscheinen mochten. In wenigen Jahren verwischten sich die Züge einer alten europäischen Kulturlandschaft, und den Menschen verwandelte sich ihre Heimat unter ihren Augen in eine unheimliche Fremde.
In Königsberg und den kleineren Städten des nördlichen Ostpreußens wurde die Bevölkerung sofort nach der Eroberung durch sowjetische Truppen systematisch zu Zwangsarbeiten aller Art herangezogen.
Ein Teil der arbeitsfähigen Männer und Frauen wurde zu diesem Zweck vorübergehend interniert; die anderen wurden dadurch zur Arbeit gezwungen, daß sie nur dann Verpflegung erhielten, wenn sie unter Aufsicht der sowjetischen Truppen arbeiteten. Eine organisierte allgemeine Lebensmittelversorgung, d.h. eine Ausgabe und regelmäßige Belieferung von Lebens-

mittelkarten, hat es im nördlichen Teil Ostpreußens offenbar nirgends gegeben. Für Alte, Kranke und Kinder begann die Ernährungslage in den Städten und besonders in Königsberg bald katastrophal zu werden.
In den ersten Wochen nach der Einnahme Königsbergs konnten noch die Vorräte in den verlassenen Häusern und Magazinen, soweit sie nicht schon von Russen ausgeraubt waren, über die erste Not hinweghelfen. Plündernde russische Soldaten und nahrungsuchende Deutsche durchzogen die Wohnungen und Keller der Stadt.
Da die Zahl der Deutschen, die in russischen Haushalten und Kommandanturen oder in den wenigen von den Russen wieder in Gang gesetzten Betrieben Arbeit fanden, beständig abnahm, wurde die Ernährungslage für die Bevölkerung immer schlechter. Eine Ausnahme bildeten in dieser Beziehung lediglich die wenigen qualifizierten Facharbeiter, die als Spezialisten meist ausreichende Verpflegung und mitunter sogar Bezahlung erhielten.
Im übrigen hat aber wohl in keiner anderen deutschen Stadt der Hunger in den Jahren 1945-1947 so viele Opfer gefordert wie in Königsberg. Große Teile der Bevölkerung nährten sich von Abfällen, und die Verwilderung führte schließlich sogar dazu, daß Fleisch getöteter Menschen feilgeboten wurde.
Furchtbare hygienische Verhältnisse trugen das Ihre dazu bei, daß Typhus-, Ruhr-, Krätze-, ja selbst Malariaepidemien um sich griffen und die Sterblichkeit in unerhörtem Maße stieg. Zwei Jahre lang - vom Sommer 1945 bis zum Sommer 1947 - hielt die hohe Sterblichkeit in Königsberg infolge der Unterernährung und der Epidemien an. Innerhalb dieser zwei Jahre ist von den rund 70.000 Deutschen, die im Sommer 1945 in Königsberg registriert worden waren, mindestens die Hälfte gestorben.
Im Sommer 1947 befanden sich nach übereinstimmenden Angaben nur noch 20.000-25.000 Deutsche in der Stadt. Da die Krankenhäuser in Königsberg teilweise noch unter der Leitung deutscher Ärzte und Schwestern standen, die, soweit es in ihrer Macht lag, es an ärztlicher Betreuung nicht fehlen ließen, konnte vielen Kranken Erleichterung verschafft werden. Dennoch war es nicht zu verhindern, daß die Sterblichkeit anhielt.
Nicht viel besser war die Lage in den kleineren Städten des sowjetisch verwalteten Gebietes. Auch in ihnen stieg mit dem Sommer 1945 die Zahl der Todesfälle unter der Bevölkerung ungewöhnlich an.
Etwas günstigere Voraussetzungen bestanden anfangs für die Landbevölkerung. Obwohl die sowjetischen Truppen wiederholt Getreide requirierten und fast sämtliches Vieh beschlagnahmten, fand sie im Frühjahr und Sommer 1945 gelegentlich noch einiges an Vorräten von der vorjährigen Ernte, so daß sie ein kümmerliches Leben fristen konnte. Hier und dort wurde jedoch auch sie schon im Sommer 1945 zu verzweifelten Handlungen getrieben.
Manchen von denen, die erst im Mai und Juni von ihrer Flucht zurückkamen und ihre Wohnungen und Höfe völlig ausgeplündert vorfanden, blieb nichts anderes übrig, als bei den russischen Soldaten um Nahrung zu betteln. Die Gutmütigkeit und Freigebigkeit einzelner Russen kleinen Kindern und ihren Müttern gegenüber, die in seltsamem Kontrast zu den vielen Exzessen und Ausschreitungen stand, haben für manche deutsche Familie eine große Hilfe in ihrer furchtbaren Not bedeutet.
Im Sommer und Herbst 1945 besserte sich die Ernährungslage auf dem Lande insofern, als die Wintersaat, die überall noch vor dem russischen Einfall nach Ostpreußen in den Boden gekommen war, geerntet werden konnte. Auf allen großen Gütern waren sowjetische Militärkommandos eingesetzt, unter deren Leitung die deutsche Bevölkerung die Erntearbeiten verrichten mußte. Nach sowjetischem Arbeitsnormsystem hatten Frauen und Männer, oft auch Kinder, schwerste Arbeit zu leisten.
Jedoch brachte ihnen dies gegenüber der Stadtbevölkerung den Vorteil, daß sie sich beim Ernten, Dreschen und Kühemelken neben den kargen Rationen zusätzlich Lebensmittel verschaf-

fen konnten. Häufig wird berichtet, wie ehemalige Bauersfrauen und Gutsbesitzerinnen nachts auf ihre eigenen Felder schleichen und Korn für sich und ihre Kinder stehlen mußten, weil die russische Armeeführung die Ernte beschlagnahmt hatte.
Mit Ausnahme der geringen Zuteilung, die die Landbevölkerung für ihre Arbeit auf den Feldern erhielt, war das gesamte auf den ostpreußischen Gütern geerntete Getreide für die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen bestimmt, deren Zahl besonders im nördlichen Ostpreußen auch lange nach der Eroberung ungewöhnlich hoch war. Daraus erklärt sich, daß seit dem Frühjahr 1946 die allgemeine Hungersnot in wachsendem Maße auch die Landbevölkerung ergriff.
Im Jahre 1946 wurde in Königsberg, dessen Sowjetisierung durch die Umbenennung in Kaliningrad auch nach außen demonstriert wurde, und im ganzen nördlichen Ostpreußen die sowjetische Militäradministration durch staatliche Zivilverwaltungsbehörden abgelöst. Der nördliche Teil Ostpreußens bildete - mit Ausnahme des Memellandes, das der Sowjetrepublik Litauen einverleibt wurde - fortan als Oblast Kaliningrad (Departement Kaliningrad) eine administrative Einheit, die verwaltungsmäßig in die großrussische Republik (RSFSR) eingegliedert wurde. Schon Anfang 1946 kamen die ersten Zivilrussen aus dem Inneren Rußlands in die ostpreußischen Städte und Dörfer.
Dennoch blieb das Land auch in der folgenden Zeit vorwiegend militärisch beherrscht. Pillau und Königsberg wurden zu Marinestützpunkten ausgebaut, und auch im Hinterland wurden starke sowjetische Einheiten stationiert. Zivile Verwaltungsaufgaben standen demgegenüber völlig im Hintergrund. Besonders die Landwirtschaft wurde im nördlichen Teil von Ostpreußen aufs äußerste vernachlässigt. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/102E-105E,107E-109E,113E-118E):
>>Entschieden schlechter als auf dem Lande war die Ernährungslage in den Städten. Zwar setzte die russische Militärverwaltung zunächst in den Städten wie auf den Dörfern deutsche Bürgermeister und Verwaltungsstellen ein, doch diese waren lediglich dazu verurteilt, die Befehle der sowjetischen Kommandanturen auszuführen, und sie hatten keineswegs die Macht, das Leben und die Wirtschaft in den Städten in Gang zu setzen. Da weder Lebensmittel im Lande waren, noch die Betriebe arbeiteten, lagen die Läden und Geschäfte still.
Deutsches Geld war nahezu wertlos geworden, und selbst in Großstädten wie Breslau wurde die Entlohnung für die arbeitende Bevölkerung fast ausschließlich in Naturalien gezahlt. Auch die Strom- und Wasserversorgungswerke, ebenso die öffentlichen Verkehrseinrichtungen arbeiteten in den deutschen Ostgebieten während der Zeit der sowjetischen Militäradministration wohl fast nirgends. Die Ursache lag zum Teil darin, daß manche Versorgungsanlagen durch Kriegseinwirkungen zerstört, die wichtigsten Fabriken demontiert und die Magazine geplündert waren.
Eine sehr verhängnisvolle Wirkung hatte es aber auch, daß bereits im Sommer 1945 nach Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien eine große Anzahl polnischer Zivilpersonen eingeströmt war und sogleich begonnen hatte, die Geschäfte und Handwerksbetriebe ebenso wie die Bauernhöfe für sich zu beschlagnahmen.
Jede Initiative zur Neubelebung des Wirtschaftslebens, die von der städtischen deutschen Bevölkerung hätte ausgehen können, wurde dadurch im Keime erstickt. Lediglich in einigen Städten Niederschlesiens, wo noch zahlreiche Deutsche lebten und die Polen sich erst im Herbst festzusetzen begannen, war nach den ersten Wochen der Besetzung ein eigenes Leben mit Ansätzen zu langsamer Aufwärtsentwicklung in Gang gekommen. Dies trifft z.B. für Schweidnitz zu, wo im Sommer 1945 sogar eine Reihe Läden wieder geöffnet hatte und wo mit deutschem Geld bezahlt werden konnte. Auch in manchen kleineren Orten dieser Gegend

konnten deutsche Verwaltungsstellen in der Versorgung der Bevölkerung im Sommer 1945 beachtliche Fortschritte erzielen.
Im ganzen gesehen handelt es sich hier jedoch um Ausnahmen. Auch für Niederschlesien gilt, daß die Mehrzahl der Städte einer wachsenden Verwahrlosung anheimfielen, verwilderten und ihr deutsches Gesicht zu verlieren begannen. Es war überall das gleiche Bild, ob man Liegnitz, Glogau und Grünberg, die ostpreußischen Städte Osterode, Allenstein, Sensburg oder die pommerschen Köslin, Stolp und Treptow nimmt.
Die katastrophale Lage in den Städten Ostdeutschlands während des Sommers und Herbstes 1945 wird am deutlichsten veranschaulicht durch die unerhört hohe Sterblichkeit unter den Deutschen infolge des Hungers, der unhygienischen Verhältnisse und der großen körperlichen Erschöpfung. Nahezu in allen Städten Ostdeutschlands wüteten Typhusepidemien, in Breslau und den kleineren schlesischen Städten ebenso wie in Ostpreußen, Ostpommern und Ostbrandenburg. In den pommerschen Städten scheint die Zahl der dabei entstandenen Menschenverluste am höchsten gewesen zu sein.
So starb in Treptow und Stolp etwa ein Drittel der Einwohner während des Sommers und Herbstes 1945.
Ehe die Städte und Dörfer Ostdeutschlands offiziell unter polnische Verwaltung gestellt wurden und die russischen Besatzungsorgane ihre Kompetenzen an den polnischen Staat übergaben, kam es zu einer teilweise recht langen Periode des Überganges, des Nebeneinander- und Durcheinanderregierens von Polen und Russen, was vor allem für die im Lande befindlichen Deutschen höchst unerfreuliche Zustände schuf.
Schon unmittelbar nach der Eroberung Ostdeutschlands hatten die Russen sich der Polen, die als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter in Ostdeutschland lebten, als Ordnungsmiliz bedient und ihnen Aufsichtsrechte und Befehlsgewalt über die deutsche Bevölkerung gegeben. In einzelnen Orten wurden ehemalige polnische Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter sogar als Bürgermeister eingesetzt.
Zu den bereits während des Krieges wie überall in Deutschland so auch in den Ostgebieten befindlichen polnischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen, von denen viele zwangsweise aus Polen zur Arbeit nach Deutschland verbracht worden waren, kamen außer den Angehörigen der polnischen Armee im Gefolge der sowjetischen Armeen viele Tausende von Zivilpersonen aus Polen über die alte deutsch-polnische Grenze.
Besonders im südlichen Ostpreußen, in Danzig, Oberschlesien und in manchen Gegenden Pommerns war das Gesicht der Städte und Dörfer schon im Frühjahr und Sommer 1945 stärker von den Polen als von russischen Truppen geprägt. An vielen Orten hatten sich sogar schon im Frühjahr 1945 polnische Verwaltungsbehörden etabliert.
Während sich das reguläre polnische Militär als Besatzungstruppe offenbar im allgemeinen korrekter verhielt als die russischen Truppen, wurde die aus bewaffneten polnischen Zivilisten bestehende polnische Bürgermiliz bald von der deutschen Bevölkerung mehr gefürchtet als die Truppen der Roten Armee.
Aus dem Nebeneinander polnischer Behörden und russischer Kommandanturen, die weiter bestehen blieben, ergaben sich im Sommer und Herbst 1945 fortgesetzte Überschneidungen polnischer und russischer Anordnungen, wodurch die allgemeine Rechtlosigkeit und Unsicherheit für die deutsche Bevölkerung erheblich gesteigert wurden. Nur teilweise erwuchsen daraus auch gewisse Vorteile, so, wenn z.B. die russischen Kommandanturen, wie es manchmal geschah, Schutz vor Übergriffen der Polen gewährten. Im allgemeinen waren sie dazu allerdings entweder nicht willens oder auch nicht imstande.
Die Kompetenzverhältnisse zwischen den polnischen Behörden und der sowjetischen Militäradministration waren in der Regel für die deutsche Bevölkerung völlig undurchsichtig, wahrscheinlich oft auch tatsächlich ungeklärt. In manchen Gegenden kam es zu völlig getrennten

nebeneinander liegenden polnischen und russischen Einflußbereichen. So gab es während des Jahres 1945 Dörfer, in denen allein die Russen bestimmten, während in Nachbardörfern polnische Behörden regierten. In den Städten wurden mitunter getrennte deutsche Viertel eingerichtet, in denen die russische Kommandantur zuständig war, während in anderen Stadtvierteln polnische Behörden fungierten.
Das Verhältnis zwischen Polen und Russen war in Ostdeutschland infolge der gegenseitigen Konkurrenz in der Beherrschung des Landes naturgemäß sehr gespannt, und in vielen Orten ist es zu fortgesetzten Auseinandersetzungen, ja sogar zu Schießereien zwischen ihnen gekommen. Neben der alten nationalen Feindschaft hat dabei vor allem die Tatsache mitgewirkt, daß die russischen Truppen in Ostdeutschland einen systematischen Abbau aller wertvollen Sachgüter betrieben und den Polen ein Land übergaben, dessen Landwirtschaft und Industrie weitgehend ausgeraubt waren.
Nachdem auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) durch alliierten Beschluß - als provisorische Regelung bis zur endgültigen Entscheidung in einem Friedensvertrag - Ostdeutschland auch mit Zustimmung der Westmächte unter polnische Verwaltungshoheit gestellt worden war, sahen sich die Polen in ihren Bestrebungen gestärkt und setzten nunmehr die Polonisierung Ostdeutschlands mit gesteigerter Intensität fort.
Obwohl ein Teil der sowjetischen Truppen im Lande blieb und russische Militärkolchose noch jahrelang in Ostdeutschland bestanden, war die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in Ostdeutschland mit dem Herbst 1945 im allgemeinen zu Ende. ...<<
>>... Schon im April wurde, ähnlich wie im alten polnischen Staatsgebiet unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee, auch in Danzig die sowjetische Besatzungstruppe durch polnische Miliz zum größten Teil abgelöst, und im gleichen Monat wurden auch bereits die ersten Polen aus den ostpolnischen an Rußland abgetretenen Gebieten in Danzig angesiedelt. Die für die alten polnischen Gebiete erlassenen Gesetze wurden nun in ihrer Geltung auf die Freie Stadt Danzig ausgedehnt, ohne daß eine alliierte Abmachung über das künftige Schicksal Danzigs getroffen worden war.
Aber auch in einem großen Teil des deutschen Staatsgebietes erfolgte die Verwaltungsübernahme durch polnische Behörden schon im Frühjahr 1945. In Elbing geschah sie am 1. April, in Osterode, Sensburg und anderen süd-ostpreußischen Kreisstädten im Mai. Im oberschlesischen Industriegebiet wurde von der einmarschierenden sowjetischen Armee sofort die Aufstellung einer polnischen Miliz organisiert und diese von Anfang an mit der Beaufsichtigung der Deutschen beauftragt. Bereits im Februar, März und April strömten massenhaft Polen über die alte polnisch-deutsche Grenze in diese Gebiete ein.
Ende April 1945 übernahmen polnische Behörden offiziell die Verwaltung in den Städten Gleiwitz, Beuthen, Hindenburg und ihren Industrieanlagen. Selbst für Niederschlesien, in dessen Orten im allgemeinen erst im Sommer und Herbst eine organisierte polnische Verwaltung einsetzte, bestand seit Ende April 1945 eine Wojewodschaftsbehörde, die damals, als Breslau noch nicht gefallen war, ihren Sitz in Liegnitz hatte und erst später nach Breslau übersiedelte. Ähnlich verhielt es sich in Ostpommern. Auch dort wurden schon im Mai 1945 manche Städte und Dörfer von polnischen Behörden regiert.
Wenige Wochen nachdem die polnische Provisorische Regierung ihre Befugnisse auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig ausgedehnt hatte, erweiterte sie ihre Herrschaft auch offiziell auf die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße, und entsprechend dem nach 1945 mit lautem propagandistischem Aufwand immer wieder behaupteten historischen Anspruch Polens auf die deutschen Ostgebiete, wurden diese seither in der amtlichen polnischen Sprache als Wiedergewonnene Gebiete bezeichnet.
Am 24. Mai 1945 wurde das Dekret "Betreffend die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete" erlassen, welches bestimmte, daß die ehemaligen deutschen Ostgebiete den Organen

des polnischen Staates unterstellt werden. Wenige Tage später, am 29. Mai 1945, wurde eine vorläufige Verwaltungsaufteilung der Wiedergewonnenen Gebiete verordnet und im Zusammenhang damit ein Provisorium beschlossen, das die Errichtung von Außenstellen der alten polnischen Wojewodschaftsbehörden im Gebiet der ostdeutschen Provinzen verfügte.
Das Vorgehen der polnischen Provisorischen Regierung, der Erlaß polnischer Gesetze und die Einsetzung polnischer Verwaltungsbehörden in dem von der Roten Armee besetzten Ostdeutschland, Entscheidungen, die ohne Duldung und Unterstützung durch die sowjetische Regierung und Militärverwaltung unmöglich gewesen wären, führten am 8. April 1945 zu einem an Moskau gerichteten Protest der amerikanischen Regierung, der nach einer unbefriedigenden Antwort der Sowjetregierung am 8. Mai in noch schärferer Form wiederholt wurde.
In dieser amerikanischen Note vom 8. Mai 1945 wurde erklärt, daß die Warschauer Regierung in den ostdeutschen Gebieten bereits ihren vollständigen Staatsapparat errichtet und ihre Gesetze in Kraft gesetzt habe, daß ferner bereits eine Umsiedlung von Polen in diese Gebiete begonnen habe und offensichtlich eine noch weitere Ausdehnung der polnischen Verwaltung in Ostdeutschland geplant sei.
Diese Maßnahmen seien einseitige Handlungen ohne vorherige Beratung und verstießen gegen die Grundsätze, die in Jalta über die Kontrolle und Besetzung Deutschlands aufgestellt worden seien. Proteste dieser Art rührten die Sowjetregierung indessen wenig, und in Potsdam zeigte sich, daß ihre Politik der vollendeten Tatsachen Erfolg hatte.
Nachdem auch die Westmächte der Verwaltungsübernahme Polens in den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße zugestimmt hatten, wurde die Polonisierung Ostdeutschlands radikal auf allen Gebieten und mit allen Mitteln betrieben. In den deutschen Orten im südlichen Teil von Ostpreußen, in Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien, überall zogen polnische Verwaltungsbehörden ein und lösten die deutschen Bürgermeister ab, die von den russischen Kommandanturen installiert worden waren. ...<<
>>... Wenn von Vergeltungsakten und Verhaftungen naturgemäß nur ein Teil der deutschen Bevölkerung betroffen wurde, so wirkte sich der von den Polen eingeführte unbedingte Arbeitszwang auf fast alle Deutschen aus. Sie wurden eingesetzt, um Straßen und Wohnungen aufzuräumen, um abgebrannte oder zerstörte Häuser und Wohnviertel abzubrechen und das Baumaterial zum Wiederaufbau polnischer Städte, vor allem Warschaus, nach Polen zu verladen. Auch zur Instandsetzung einiger Industriewerke, vor allem aber für alle Arbeiten in der Landwirtschaft zog man die Deutschen heran.
Oft kam es vor, daß ein Teil der deutschen Einwohner aus den Städten in Kolonnen zusammengefaßt und zu landwirtschaftlichen Arbeiten abkommandiert wurde. Die Verpflegung war dabei im allgemeinen schlechter als bei den entsprechenden Aktionen der Russen. Doch es half kein Weigern. Kommandos der polnischen Miliz durchzogen die Dörfer und trieben Arbeitskolonnen von Deutschen zusammen.
In den Städten sind die deutschen Einwohner, sobald sie zu einer Arbeit benötigt wurden, auf offener Straße aufgegriffen und unter bewaffneter Aufsicht zum Arbeitseinsatz geführt worden. Selbst der Kirchgang am Sonntag schützte nicht davor. Besonders streng war der Arbeitszwang in Oberschlesien. Er führte hier zur Einrichtung von regelrechten Arbeitslagern, die jedoch meist nur einige Wochen und Monate bestanden.
Da die Zwangsarbeit nur eine völlig unzureichende Verpflegung einbrachte und die Deutschen ohne geldliche Entlohnung die geforderten hohen Zloty-Preise nicht aufbringen konnten, dauerte die bereits unter russischer Besatzung herrschende akute Hungersnot auch unter polnischer Verwaltung an. Zwar änderten sich die Verhältnisse gegenüber der russischen Besatzungszeit insofern, als infolge des Einströmens polnischer Geschäftsleute, die die Zloty-Währung einführten, und infolge beträchtlicher amerikanischer Hilfsaktionen für Polen in den Städten bereits ab Sommer und Herbst 1945 ein teilweise recht ansehnliches Angebot an Le-

bensmitteln bestand.
Doch blieben diese für die deutsche Bevölkerung unerschwinglich, da sie in der Regel für ihre Arbeit nur eine knappe Tagesverpflegung, aber kein Geld erhielt. Um in den Besitz polnischen Geldes und der von Polen eingeführten Lebensmittel zu kommen, blieb den Deutschen nur die Möglichkeit, die letzten ihnen verbliebenen und über die zahllosen Plünderungen geretteten Sachgüter und Wertgegenstände gegen Lebensmittel zu verschleudern.
Hunger, Entkräftung und Epidemien in den Städten waren auch zur Zeit der polnischen Verwaltung ständige Begleiter der deutschen Bevölkerung und forderten viele Opfer. In der Großstadt Breslau trieb der Hunger die Deutschen dazu, bei Russen und Polen zu betteln und die Abfalltonnen nach eßbaren Resten abzusuchen.
Die Verelendung der Deutschen schritt immer weiter fort, je mehr Polen ins Land kamen und sich allen deutschen Eigentums und des deutschen Grundbesitzes bemächtigten. Obwohl unter der Besatzung der Roten Armee, durch Plünderungen, Demontagen und Abtransport von Vieh und Sachgütern ein enormer Vermögensschwund und ein erhebliches Absinken der industriellen und landwirtschaftlichen Produktionskapazität in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie stattgefunden hatten, waren doch die Besitz- und Vermögensverhältnisse noch nicht prinzipiell umgestürzt worden.
Wenn auch viele Rittergüter und Domänen von den Russen beschlagnahmt worden waren, so lebten doch noch zahlreiche deutsche Bauernfamilien auf ihren Höfen, und auch in den Städten besaßen die Deutschen noch ihre Handwerksbetriebe, ihre Geschäfte und ihre Häuser. Dies änderte sich alles erst mit der polnischen Verwaltungsübernahme und dem Eindringen Tausender von Polen nach Ostdeutschland, die, soweit sie aus Ostpolen stammten, selbst ihre Habe verloren hatten.
Bereits am 2. März 1945 hatte die polnische Provisorische Regierung das Dekret "über aufgegebene und verlassene Vermögen" erlassen, welches verfügte, daß aller Besitz von Personen, die vor der Roten Armee geflohen und nicht zurückgekehrt waren, dem polnischen Staat anheimfalle und daß ferner sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und von Personen deutscher Staatsangehörigkeit grundsätzlich als "aufgegebenes Vermögen" zu gelten habe und gleichfalls an den polnischen Staat übergehe. Dieses Dekret wurde in den Dörfern und Städten Ostdeutschlands meist unmittelbar nach der Verwaltungsübernahme durch die polnischen Behörden öffentlich bekanntgemacht.
Infolge der Übernahme aller deutschen Vermögen durch den polnischen Staat waren die Deutschen in ihren Höfen auf dem Lande und in ihren Wohnungen in der Stadt nur noch auf Abruf geduldet, mußten teils für ihre eigenen Häuser Miete zahlen und hatten ständig damit zu rechnen, ihr formell bereits enteignetes Vermögen auch faktisch zu verlieren und ihre Wohnungen verlassen zu müssen. Die ganze Gesetzgebung zur Enteignung des deutschen Vermögens sollte in erster Linie eine vermögensrechtliche Grundlage für die Ansiedlung der Polen und die Verdrängung der Deutschen durch polnische Zivilpersonen schaffen.
Die Übernahme deutschen Besitzes durch polnische Zivilpersonen und deren Ansiedlung in den deutschen Ostgebieten verliefen bis gegen Ende des Jahres 1945 in wenig geregelter Form und brachten die davon betroffene deutsche Bevölkerung in eine Lage, in der sie nicht mehr zwischen willkürlichen Bereicherungen und Plünderungen einzelner Polen und amtlichen Maßnahmen der polnischen Behörden zu unterscheiden vermochte.
Zunächst begann die polnische Besitzergreifung Ostdeutschlands damit, daß viele der polnischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen, die sich bei der Eroberung durch die Rote Armee in den Dörfern und auf den Gütern Ostdeutschlands befanden, sich leerstehende Gehöfte oder auch Häuser in den Städten aneigneten und sich dort unter wohlwollender Duldung der Russen als neue Besitzer einrichteten.
Weitaus größere Bedeutung hatte es aber, daß schon unmittelbar nach der Eroberung durch

die Rote Armee der Zustrom zahlreicher Zivilpersonen aus Polen begann. Ehe noch die Ansiedlung der Umsiedler aus den ostpolnischen Provinzen einsetzte, waren aus den grenznahen Gebieten Westpolens, teils auch aus den Städten Zentralpolens schon viele Tausende von Polen über die deutsch-polnische Grenze gekommen, um sich an dem deutschen Vermögen für das zu entschädigen, was ihnen in den Zeiten der deutschen Herrschaft genommen worden war, oder auch nur, um sich nach Kräften zu bereichern.

Der Strom dieser Polen, die im Frühjahr 1945 nach Ostdeutschland eindrangen, ergoß sich zunächst vor allem in die grenznahen Gebiete Ostpreußens, nach Danzig, in die östlichen Kreise Pommerns und die östlich der Oder gelegenen Teile Schlesiens und setzte sich im Laufe des Sommers immer weiter nach Westen fort.

Ein Teil der ins Land gekommenen Polen wollte sich, nachdem die Provisorische Regierung die Bevölkerung Polens zur Ansiedlung in den ostdeutschen Gebieten aufgefordert hatte, in den verlassenen Höfen der Deutschen und ihren Häusern als Ansiedler niederlassen, ein anderer Teil der polnischen Ankömmlinge bestand aber aus Spekulanten, Schiebern und Beutemachern, die nur eine günstige Chance zur Bereicherung witterten, ohne daß sie die Absicht hatten, im Lande zu bleiben.

Manche von ihnen stellten sich der Miliz zur Verfügung, andere gaben sich gegenüber den polnischen Behörden in den deutschen Orten als Ansiedler aus, gewannen auf diese Weise schnell Vermögen, das sie bald abtransportierten oder verkauften, und kehrten darauf nach Polen zurück, um das gleiche Experiment an anderer Stelle zu wiederholen.

Anders als dieser regellose Zustrom von Menschen aus den west- und zentralpolnischen Gebieten war die meist erst im Frühsommer 1945 beginnende Ansiedlung von Polen, die aus den an Rußland abgetretenen ostpolnischen Gebieten kamen, mehr oder weniger gelenkt. Da es sich bei ihnen vorwiegend um Bauern- und Landarbeiterfamilien handelte, wurden sie in der Regel auf dem Lande angesiedelt, und es scheint dabei die Tendenz vorgelegen zu haben, die am weitesten westlich gelegenen Teile Ostdeutschlands zuerst zu besiedeln, um auf diese Weise an der Oder und Neiße eine unumstößliche Tatsache zu schaffen.

Obwohl bei den aus Ostpolen Kommenden und dort selbst Vertriebenen eine wirkliche Besitzübernahme und die ernstliche Absicht der Ansiedlung vorlagen, geschah dies nicht in rechtlichen Formen, nicht in menschlicher und geordneter Weise. Das lag in der Natur der Sache selbst und wurde besonders offenkundig, als die leerstehenden Gehöfte und Häuser nicht mehr genügend Auswahl boten.

Jetzt begannen die polnischen Ansiedler im Einvernehmen mit den örtlichen Verwaltungs- und Milizbehörden die im Lande verbliebene deutsche Bevölkerung aus ihren Wohnungen und Häusern zu verweisen.

Handelte es sich um einzelne polnische Ankömmlinge, so erfolgte die Besitzergreifung von Häusern und Gehöften während jener ersten Zeit der sehr mangelhaft organisierten Ansiedlung vielfach in der Weise, daß die betreffenden Polen sich in den deutschen Dörfern und Städten einen Hof oder ein Haus aussuchten, sich diese von den zuständigen polnischen Bürgermeistereien anweisen ließen und mit Hilfe polnischer Miliz die Deutschen aus dem gewünschten Grundstück vertrieben.

Aber auch dort, wo die polnischen Ansiedler in geschlossenen Transporten ankamen und von der polnischen Miliz in die Häuser der Deutschen eingewiesen wurden, geschah dies vielfach in der Form einer brutalen Vertreibung, wobei die deutschen Einwohner oft in Minutenfrist und mit nur wenigem Gepäck ihre Wohnungen verlassen mußten.

In manchen Städten und Dörfern sind die polnischen Behörden noch rigoroser verfahren. Sie ließen mit Hilfe der Miliz ganze Orte vorübergehend von der deutschen Bevölkerung räumen, und währenddessen wurde der deutsche Besitz durchgeplündert, die wertvollen beweglichen Teile mit Lastwagen abtransportiert und die besten Häuser von Polen besetzt.

Doch auch in denjenigen deutschen Städten, wo keine solchen drakonischen Maßnahmen ergriffen wurden, bewirkte die ständig steigende Zahl einströmender Polen, daß immer neue Straßenzüge und Stadtviertel von der deutschen Bevölkerung geräumt werden mußten, bis am Ende nur die schlechtesten Viertel als eine Art deutscher Ghettos übrig blieben. Der Verlust der Heimat war damit bei den noch in den Ostprovinzen lebenden Deutschen im Grunde schon vor der Ausweisung vollzogen.

Am stärksten setzten sich die Polen zunächst auf dem Lande fest. Dies kam vor allem daher, daß die Hauptmasse der Ansiedler im Sommer und Herbst 1945 aus den an Rußland abgetretenen ostpolnischen, fast rein agrarischen Gebieten stammte. Mit nur wenig Handgepäck ankommend, wurden sie in die deutschen Dörfer eingewiesen. Rund 1,4 Millionen Polen aus dem Gebiet ostwärts des Bug wurden bis zum Juli 1946, als die Überführung der ostpolnischen Bevölkerung nach Westen nahezu abgeschlossen war, in die ostdeutschen Provinzen umgesiedelt.

Da sie auf die Bewirtschaftung größerer Bauerngüter im allgemeinen wenig Wert legten, führte ihre Verpflanzung nach Ostdeutschland vor allem zur Verdrängung der kleinen deutschen Bauern, die unter russischer Besatzung zwar das Inventar und Vieh verloren hatten, aber im Besitz ihrer Höfe geblieben waren. Diese wurden ihnen nunmehr enteignet und von den ankommenden Polen besetzt. Bestenfalls durften die deutschen Besitzer als Arbeitskräfte der polnischen Ansiedler zunächst noch auf ihrem Hof bleiben, in vielen Fällen wurde ihnen aber auch dies verweigert.

Sofern die polnischen Ansiedler aus Gebieten stammten, in denen es wenig Reibungsflächen zwischen Polentum und Deutschtum gegeben hatte, oder soweit sie nicht von den herrschenden Vergeltungsgefühlen angesteckt waren, haben sie sich gegenüber den enteigneten Deutschen zum Teil durchaus freundlich gezeigt und in vielen Fällen versucht, deren Lage etwas zu erleichtern; viele aber behielten nur ihren eigenen materiellen Vorteil im Auge und gebrauchten die entrechteten Deutscheu lediglich als Arbeitssklaven.

Die generelle Enteignung des deutschen Vermögens und die Ansiedlung von Polen hatte bald eine völlige Verarmung und Deklassierung der deutschen Bevölkerung in den Gebieten ostwärts der Oder-Neiße-Linie zur Folge. Die deutschen Bauern waren zu Landarbeitern bei den neuen polnischen Besitzern geworden und die Handwerksmeister zu Gehilfen bei polnischen Handwerkern. Alle Hilfsdienste und schweren Arbeiten auf dem Lande und in der Stadt mußten von Deutschen geleistet werden, während nicht nur der Besitz, sondern auch der staatliche Rechtsschutz allein den ins Land kommenden Polen vorbehalten blieb.

In der Regel wurden nur die kleinen Betriebe und Bauernhöfe privates Eigentum polnischer Ansiedler. Die großen Industriewerke sind ebenso wie die Mehrzahl der Rittergüter und ehemaligen deutschen Domänen zu polnischem Staatseigentum erklärt worden.

Die in allen Ostblockstaaten infolge der fortschreitenden Sowjetisierung seit 1945 beginnende Verstaatlichung des Privatvermögens richtete sich in Polen im Jahre 1945 zunächst ausschließlich auf das ehemalige deutsche Eigentum. Bereits am 3. Januar 1946 wurde jedoch das Dekret "Über die Übernahme der Hauptzweige der Volkswirtschaft in staatliches Eigentum" erlassen, das die Verstaatlichung auch auf polnischen Privatbesitz ausdehnte und infolgedessen auch verhinderte, daß größere ehemals deutsche Vermögen in private Hand von Polen übergingen.

Die großen Güter wurden, nachdem sie von den Russen verlassen worden waren, von den staatlichen polnischen Güterverwaltungen übernommen und zu polnischen Staatsdomänen umorganisiert. Vielerorts übernahmen die polnischen Verwalter beim Abzug der Russen völlig leere Gehöfte. Es fehlte an Maschinen und Vieh, und die Bewirtschaftungsformen waren äußerst primitiv. Die Deutschen, die bisher als russische Kolchosarbeiter auf diesen Gütern gelebt hatten, wurden nunmehr zu Landarbeitern unter den polnischen Verwaltern; sie erhiel-

ten aber eine erheblich schlechtere Verpflegung und Entlohnung als die polnischen Landarbeiter. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in der CSR (x004/67-78,83-91):

>>**a. Maßnahmen der politischen Bestrafung und Verfolgung**

Mitte Mai verlegte die provisorische Regierung ihren Sitz von Kaschau nach Prag und begann entsprechend ihrem im April verkündeten Programm die Neuordnung des Staates, bei der die Nationalausschüsse eine entscheidende Rolle spielten.

Sie waren z.T. bereits während des Krieges auf Grund des Aufrufs von Benes und des Verfassungsdekrets vom 4. Dezember 1944 im Untergrund und in den befreiten Gebieten gebildet worden und übernahmen nun gemäß der Regierungsverordnung vom 5. Mai 1945 als Träger einer im bisherigen tschechoslowakischen Recht neuartigen Selbstverwaltung zugleich die staatlichen Verwaltungsbefugnisse im Orts-, Bezirks- und Landesbereich. Sie wurden der Kontrolle "des Volkes" unterstellt, das das Recht hatte, die Ausschußmitglieder abzuberufen oder durch andere Personen zu ersetzen.

Tatsächlich aber stand dieses Recht zunächst den "übergeordneten Organen", d.h. der Regierung zu, deren wichtigste Ressorts in den Händen von Kommunisten lagen. Auf diese Weise konnten Gewährsmänner dieser Partei in den Nationalausschüssen einen beherrschenden Einfluß gewinnen.

Bereits das Dekret vom 4. Dezember 1944 hatte die Sudetendeutschen als "staatlich unzuverlässige Bevölkerung" grundsätzlich von der verantwortlichen Beteiligung an der Verwaltung ausgeschlossen und für die rein deutschen Gemeinden und Bezirke die Ernennung von Verwaltungskommissaren bzw. -kommissionen vorgesehen.

Die auf Grund der Regierungsverordnung vom 5. Mai 1945 mit diesem Amt betrauten Personen zeigten fast durchweg eine unversöhnliche Haltung gegenüber den Sudetendeutschen. Im allgemeinen scheint hier der kommunistische Einfluß besonders groß gewesen zu sein; ein englischer Autor spricht geradezu von einem Parteistaat im Staate, der in den Grenzgebieten unter dem Einfluß der kommunistischen Minister des Innern (Nosek) und der Landwirtschaft (Duris) errichtet worden sei.

In manchen Orten, wo eine starke tschechische Minderheit ansässig war, hatten sich bereits vor dem deutschen Zusammenbruch Nationalausschüsse gebildet und auch versucht, über Mittelsmänner Kontakt mit den deutschen Behörden zu bekommen, um eine geordnete Verwaltungsübergabe zu erreichen.

In der Regel waren solche Aussprachen, wie sie z.B. in Karlsbad und Trautenau stattfanden, ohne Erfolg geblieben, da auf deutscher Seite keiner der Beteiligten die Verantwortung für einen solch folgenschweren Schritt übernehmen wollte oder konnte; er war überdies auch mit dem Risiko verbunden, daß deutsche Unterhändler von den eigenen Landsleuten und dem Regime als Verräter oder Defaitisten bezichtigt und von SD und Gestapo gerichtet wurden.

Sofort nach der deutschen Kapitulation traten in diesen Gegenden die Národni Výbory in Aktion. Das war vorwiegend in den von Tschechen durchsetzten Regierungsbezirken Troppau und Aussig der Fall. Den hier sofort gegen die deutsche Bevölkerung eingeleiteten Maßnahmen wurde aber oft durch die Bindungen, die in jahrzehntelangem Zusammenleben bestanden und sich bewährt hatten, die Schärfe genommen.

Mit der Ausweitung der im innertschechischen Gebiet gegen die deutsche Minderheit praktizierten Methoden auf die sudetendeutschen Bezirke mußten dann aber diejenigen einheimischen Tschechen, die eine maßvolle Haltung einnahmen, meist ortsfremden radikaleren Elementen weichen.

Die systematische Entrechtung der Sudetendeutschen vollzog sich in den verschiedenen Orten und Gegenden Böhmens und Mährens in sehr verschiedenem Tempo, am langsamsten im all-

gemeinen in den rein sudetendeutschen Gebieten. Das lag vor allem daran, daß die Tschechen hier erst im Laufe des Sommers einströmten. Eine üble Rolle spielte dabei wieder die "Revolutionsgarde".
Sie hatte nach Beendigung der Kampfhandlungen einen starken Zulauf aus denjenigen Bevölkerungsschichten erhalten, die nun ohne ein persönliches Risiko sowohl an dem Nimbus, mit dem die Partisanen umgeben waren, als auch an den ihnen zugedachten Vorteilen im neuen Staat teilhaben wollten. Die Jugendlichen unter ihnen mochten noch aus patriotischem Gefühl oder ungestilltem Betätigungsdrang in die Reihen der Revolutionsgarde eingetreten sein. Unter den Älteren waren die aus bürgerlichen Schichten stammenden Anhänger, die im Kampf gegen die Deutschen eine nationale Befreiungstat gesehen hatten, nun entweder schon in ihren Zivilberuf zurückgekehrt oder in den Hintergrund gedrängt worden.
Um so stärker traten jetzt jene Revolutionsgardisten in Aktion, die ihren Patriotismus durch Schikanierung der Deutschen und sadistische Quälereien beweisen wollten.
Einzelne Gruppen oder Abteilungen der Revolutionsgarde, denen sich im tschechischen Siedlungsgebiet kein Betätigungsfeld bot, dehnten ihre Aktionen auf die sudetendeutschen Gebiete aus und unternahmen regelrechte Strafexpeditionen, bei denen sie die Bewohner ganzer Ortschaften zusammentrieben, einzelne Personen oder mehrere Einwohner auf Grund von Denunziationen oder nach willkürlicher Auswahl mißhandelten und erschossen und die Häuser und Wohnungen ausplünderten. Nicht selten wurden die Exekutionen öffentlich vor der dazu versammelten Bevölkerung und vor den Augen der Familienangehörigen durchgeführt.
Als Beispiel seien hier die Ereignisse in Landskron am 17. und 18. Mai angeführt. Eine Partisaneneinheit trieb hier die männlichen Einwohner der Stadt und einiger Nachbardörfer auf dem Marktplatz zusammen, improvisierte zusammen mit einheimischen Tschechen ein Revolutionsgerichtsverfahren, bei dem über zwanzig Männer unter willkürlichen Beschuldigungen umgebracht und zahlreiche andere bestialisch geprügelt wurden.
In manchen Ortschaften setzte sich die Revolutionsgarde für längere Zeit fest und errichtete hier ein Terrorsystem mit systematischen Quälereien der deutschen Bevölkerung. Diese wurden in demagogischen Reden, Presseartikeln und Schriften der Repräsentanten der verschiedensten politischen Richtungen, die jede für sich das größte Verdienst in der Säuberung der CSR von den Deutschen beanspruchten und sich in der Verdammung der Sudetendeutschen überboten, als gerechte Sühne für die Untaten der NS-Zeit begründet und entschuldigt.
Durch ein vor allem unter kommunistischem Einfluß zustande gekommenes Gesetz vom 8. Mai 1946, das an ähnliche Maßnahmen der nationalsozialistischen Revolution erinnert, sind alle Ausschreitungen nachträglich als rechtmäßig anerkannt und sanktioniert worden.
Die tschechische Presse, gleich welcher Observanz, trug durch Hetzartikel und Berichte über Unglücksfälle, die lange nach der Kapitulation als Sabotageakte des Werwolfs dargestellt wurden und die fortdauernde Gefährlichkeit der Deutschen erweisen sollten, nicht wenig dazu bei, jedes Vorgehen gegen das Sudetendeutschtum zu rechtfertigen und zu ermutigen.
So wurde eine am 31. Juli 1945 wahrscheinlich durch Unachtsamkeit ausgelöste Explosion eines Munitionslagers in dem Aussiger Vorort Schönpriesen von den Tschechen als Sabotageaktion des Werwolfs ausgelegt.
Die aufgehetzte Menge veranstaltete daraufhin ein Blutbad unter der deutschen Bevölkerung, griff sie auf den Straßen an oder holte sie aus den Wohnungen und machte sie nieder. Als die Arbeiter der Firma Schicht AG nach Arbeitsschluß über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen strömten, wurden sie von einer fanatischen Menge auf der Brücke zusammengeschlagen, z.T. niedergemacht oder in die Elbe geworfen. Selbst vor Frauen und Kindern machte der Mob nicht halt.
Polizei und tschechisches Militär versuchten nicht, das Morden zu verhindern, sondern beteiligten sich sogar daran. Die genaue Zahl der Opfer wird sich nie ermitteln lassen. Die Anga-

ben schwanken zwischen 1.000 bis 2.700.
Schon im Kaschauer Programm war die Bestrafung von Personen, die sich entweder eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht oder sich gegen den tschechoslowakischen Staat und das tschechoslowakische Volk vergangen hatten, als notwendige Maßnahme angekündigt worden. Diese Forderung wurde dann durch eine Reihe von Dekreten des Präsidenten der Republik vom Mai bis Oktober 1945 erfüllt.
Man muß in diesem Zusammenhang zwei Gruppen gesetzlicher Maßnahmen unterscheiden: eine erste strafrechtlicher Natur, die in die Nähe der gegen Kriegsverbrecher und nationalsozialistischfaschistische Betätigung gerichteten Gesetze des Alliierten Kontrollrats und der anderen europäischen Staaten gehört, allerdings von ihnen in einigen Punkten abweicht. Hierher ist vor allem das Dekret vom 19. Juni 1945 über "die Bestrafung nazistischer Verbrecher, Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte" (Slg. N. 16) zu rechnen.
Daneben steht eine andere Gruppe von Dekreten, die auf Vermögenskonfiskation gerichtet waren und rein formal mit den bei Kriegsende auch in neutralen Ländern unternommenen Aktionen gegen das Vermögen deutscher Staatsbürger zusammengehören. Allerdings unterscheiden sie sich von diesen sehr erheblich dadurch, daß sie das Vermögen eigener Staatsbürger unter Konfiskation stellen, mit der Begründung, daß diese "nach den Vorschriften einer fremden Besatzungsmacht" deutsche oder madjarische Staatsangehörige geworden seien.
In diesem Zusammenhang sind die Dekrete des Präsidenten vom 19. Mai 1945 ("Über die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Rechtsgeschäfte aus der Zeit der Unfreiheit und über die nationale Verwaltung der Vermögenswerte der Deutschen, der Madjaren, der Verräter und Kollaboranten und einiger Organisationen und Anstalten"), vom 21. Juni 1945 ("Über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Madjaren, wie auch der Verräter des tschechischen Volkes") und schließlich vom 25. Oktober 1945 ("Über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds der nationalen Erneuerung") zu nennen.
Wenn wir mit der ersten Gruppe beginnen, so steht hier das Dekret vom 19. Juni 1945, das sogenannte Restributionsdekret, im Mittelpunkt. Dieses Dekret, das noch zweimal - am 24. Januar 1946 und 18. Dezember 1946 - abgeändert worden ist, sollte die gesetzlichen Grundlagen "für die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, Verräter und ihrer Helfershelfer" legen, und setzte gleichzeitig außerordentliche Volksgerichte dafür ein.
Es war ein Gesetz der politischen Strafjustiz, das sowohl politische wie kriminelle Tatbestände unter Strafrecht stellte und dies rückwirkend für "die Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik" tat, die vom 21. Mai 1938 bis zu einem später auf den 31. Dezember 1946 angesetzten Zeitpunkt festgelegt wurde. Damit fußte das Dekret auf der von Benes auch in der Exilzeit stets vertretenen These von der staatsrechtlichen Kontinuität der Republik, die für die deutschen Bewohner der 1938 durch das Münchener Abkommen zum Deutschen Reiche geschlagenen Gebiete auch nach streng legalistischer Auffassung - ohne Berücksichtigung der politischen Probleme - niemals die Norm für ihr Verhalten bilden konnte.
Hier lag die Fragwürdigkeit des Dekrets, die auch noch durch die rückwirkende Bestimmung der ... (strafrechtlichen) Tatbestände gesteigert wurde. Analog der gleichzeitigen Regelungen in anderen Ländern hat der tschechische Staat die Verfolgung individueller Verbrechen und Vergehen mit kollektiven Strafmaßnahmen vermischt, die um so schwerer zu rechtfertigen waren, als sie von der Hypothese einer ungebrochenen staatlichen Autorität und Kontinuität ausgingen, die auch nach internationalem Recht nicht angenommen werden konnte.
Den Weg, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verfolgen, weil sie unabhängig von staatlichen Rechtsetzungen Verurteilung verlangen konnten, ist die tschechische Regierung nicht gegangen. Sie stellte vielmehr im Sinne einer rein nationalistischen Politik Verbrechen gegen

den tschechischen Staat unter Strafe, womit sie nichts anderes erstrebte als die juristische Begründung für kollektive Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen.
Damit befaßt sich vor allem das 1. Hauptstück des Dekrets, das u.a. folgende strafrechtliche Tatbestände, begangen in der "Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik", feststellt:
Verbrechen nach dem Gesetz zum Schutze der Republik vom 19. März 1925, wie z.B. "Anschläge gegen die Republik" und ihre Vorbereitung (§ 1);
Mitgliedschaft in der SS oder FS (Freiwillige Schutzstaffel) (§ 2);
Tätigkeit als Funktionär oder Befehlshaber in der NSDAP, SdP oder in anderen Organisationen ähnlichen Charakters (§ 3, Abs. 2);
Propagierung oder Unterstützung der faschistischen oder nazistischen Bewegung oder Billigung oder Verteidigung der feindlichen Herrschaft auf dem Gebiet der Republik oder einzelner gesetzwidriger Handlungen ihrer Behörden und Organe in Druck, Rundfunk, Film, Theater oder in öffentlichen Versammlungen; wobei es das Strafmaß erhöhte, wenn diese Handlungen in der Absicht begangen wurden, das moralische, nationale oder staatliche Bewußtsein des tschechoslowakischen Volkes, insbesondere der tschechoslowakischen Jugend zu zerstören (§ 3, Abs. 1).
Von den Verbrechen gegen den Staat werden die Verbrechen gegen Personen und Vermögen geschieden, von denen die letzteren sich gegen Einzelpersonen wie gegen den tschechoslowakischen Staat richten konnten. Als schuldig verbrecherischer Handlungen in diesem Sinne wurden u.a. folgende Personenkreise bezeichnet:
wer im gleichen Zeitraum allein oder im Zusammenwirken mit anderen im Dienste oder im Interesse Deutschlands oder seiner Verbündeten oder einer der Republik feindlichen Bewegung oder ihrer Organisationen oder ihrer Mitglieder den Verlust der Freiheit eines Bewohners der Republik verschuldet oder verursacht hat, daß ihm eine schwere körperliche Verletzung zugefügt wurde;
wer bei gerichtlichen Urteilen etc. oder Verwaltungsentscheidungen oder auf andere Weise daran beteiligt war, daß der Tod oder die schwere körperliche Verletzung oder die Deportation eines Bewohners der Republik verursacht wurde;
wer an der Anordnung oder Durchführung von Zwangs- oder Pflichtarbeit zugunsten der Kriegsanstrengungen Deutschlands oder seiner Verbündeten mitgewirkt hat;
wer unter den gleichen Umständen, zum gleichen Zweck daran beteiligt war, daß dem tschechoslowakischen Staat oder einer juristischen oder physischen Person entgegen den Gesetzen der Republik ihr Vermögen ganz oder zum Teil entzogen wurde;
wer in diesem Zeitraum eine durch die nationale, politische oder rassische Verfolgung hervorgerufene Zwangslage dazu mißbrauchte, sich zum Schaden der Republik, einer juristischen oder einer physischen Person zu bereichern;
wer im Dienste oder Interesse des Feindes oder unter Ausnutzung einer durch die feindliche Besetzung herbeigeführten Lage einen anderen wegen irgendwelcher wirklicher oder erfundener Tat angezeigt hat.
Für alle hier als verbrecherisch bezeichneten Handlungen oder deren Begünstigung wurden Freiheitsstrafen von 5 bis 10 bzw. 20 Jahren, bei erschwerenden Umständen bis zu lebenslänglichem schweren Kerker bzw. die Todesstrafe festgesetzt.
Eine Rechtfertigung dieser Handlungen durch die Vorschriften "eines anderen Rechtes" oder "Organe, die durch eine andere als die tschechoslowakische Staatsgewalt eingesetzt wurden", wurde ausdrücklich verneint, ebenso eine Begründung der Tat mit dem Hinweis auf die Erfüllung einer Dienstpflicht, wenn der Betroffene "mit besonderem Eifer gehandelt und auf diese Weise in erheblichem Ausmaße den normalen Rahmen seiner Pflichten überschritten hat oder wenn er in der Absicht tätig war, den Kriegsanstrengungen der Deutschen Vorschub zu leisten, die Kriegsanstrengungen der Tschechoslowakei und ihrer Verbündeten zu schädigen

oder zu vereiteln".
Wo lagen hier die genau fixierbaren Grenzen für strafbare Handlungen und solche, die es nicht waren?
Trotz des Vorbehalts, daß die Erfüllung einer Amtspflicht mit besonderem Eifer vorgenommen werden mußte, um sie unter Strafe zu stellen, konnte schon jede normale Beamtentätigkeit ohne ein politisches Wirken im Sinne des Nationalsozialismus eine Anklage und Verurteilung herbeiführen. Hier wie an anderen Stellen ließen die vagen Bestimmungen des Gesetzes weiten Raum für die verschiedensten Auslegungen.
Das zeigte sich schon bei den Verhaftungsaktionen gegen Sudetendeutsche, die gerade im Zeitpunkt der Veröffentlichung des Dekrets des Präsidenten ihren Höhepunkt erreichten und den im Dekret bezeichneten Personenkreis zu erfassen vorgaben. Nicht nur Funktionäre der NSDAP und ihrer Organisationen und Angehörige des ehemaligen Sudetendeutschen Freikorps, gegen die man besonders scharf vorging, wurden von ihnen betroffen, sondern auch in örtlich verschiedenem Grade eine beträchtliche Anzahl politisch nicht belasteter Personen. Politische Beschuldigungen dienten vielfach als Vorwand für die Entfernung wohlhabender Deutscher und ihrer Familien aus ihrem Besitztum, um es ungestörter ausplündern oder tschechischen Interessenten übergeben zu können.
Die solcherart eines Verbrechens beschuldigten oder auch nur verdächtigen Personen wurden in die Gefängnisse und, als diese überfüllt waren, in die zahlreich errichteten Lager eingewiesen, wo viele von ihnen unmenschlichen Behandlungs- und Verhörmethoden, Epidemien und Mangelkrankheiten zum Opfer fielen.
Es kommt des weiteren hinzu, daß die unterschiedliche Praxis der mit dem Dekret vom 19. Juni 1945 eingerichteten außerordentlichen Volksgerichte, die sofort ihre Tätigkeit aufnahmen, bei den Sudetendeutschen den Eindruck verstärkte, auch in der Rechtsprechung reiner Willkür ausgeliefert zu sein.
Gegen die Urteile der Volksgerichte, die bei jedem Kreisgericht errichtet wurden, gab es keine Berufung; sie entschieden unmittelbar über Leben und Tod. Unter den fünf Richtern eines Senats war nur ein Berufsrichter. "Dem Beschuldigten werden", wie es in einem Bericht über die Volksgerichtsverfahren heißt, "ex offo-Verteidiger" zugeteilt, die sich aber in der Regel bei der herrschenden Stimmung in keiner Weise exponieren.
Die Verfahren werden rechtlich und prozessual ganz verschieden durchgeführt, meist herrscht ein Massenbetrieb, der die Führung von Zeugen noch mehr erschwert, als es die damals gegebenen Verhältnisse begründen. Sprachliche Schwierigkeiten, Unkenntnis des Dekrets, Voreingenommenheit der Richter und Staatsanwälte verursachen eine Unmenge von Unrecht und unnötiger Härte.
Die eines Verbrechens im Sinne des Dekretes vom 19. Juni Beschuldigten warteten oft monatelang unter härtesten Haftbedingungen auf ihr Verfahren. Oft erfuhren sie überhaupt nicht, wessen man sie beschuldigte. Manche der Verhafteten wurden nach vielen Monaten mit der Erklärung entlassen, es läge nichts gegen sie vor. Viele Prozesse wurden im Schnellverfahren durchgeführt und dauerten oft nur 15 Minuten, wobei meist langjährige Freiheitsstrafen verhängt wurden.
Die auf solche Weise Abgeurteilten hatten einen Teil oder die ganze Strafe in Zwangsarbeits-Sonderabteilungen zu verbüßen, die vorwiegend zur Beseitigung von Kriegsmaterial und Trümmern, beim Bau von öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, im Bergbau und in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt wurden. Solche Abteilungen bildete man auch aus den noch nicht verurteilten Häftlingen in den Gefängnissen und Strafanstalten. ...<<
>>... **b. Wirtschaftliche Ausschaltung und Enteignung der Sudetendeutschen**
Den tiefsten Eingriff in die Lebensverhältnisse von Millionen bildete die Gruppe von Dekreten, die die völlige und entschädigungslose Enteignung aller Personen deutscher (und madjari-

scher) Nationalität verfügten.
Schon das Dekret des Präsidenten vom 19. Mai 1945 "über die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Rechtsgeschäfte aus der Zeit der Unfreiheit und über die nationale Verwaltung der Vermögenswerte der Deutschen, der Madjaren, der Verräter und Kollaboranten und einiger Organisationen und Anstalten" bestimmte, daß das Vermögen "staatlich unzuverlässiger Personen" unter nationale Verwaltung gestellt werden solle (§ 2), was faktisch die Enteignung fast aller Deutschen und Madjaren bedeutete.
Denn als staatlich unzuverlässige Personen bezeichnet das Dekret u.a. Personen deutscher oder madjarischer Volkszugehörigkeit (§ 4 a), und zwar alle, "die sich bei irgendeiner Volkszählung seit dem Jahre 1929 zur deutschen oder madjarischen Volkszugehörigkeit bekannt haben oder Mitglieder nationaler Gruppen, Formationen oder politischer Parteien geworden sind, die sich aus Personen deutscher oder madjarischer Volkszugehörigkeit zusammensetzten" (§ 6).
Der hier definierte Begriff von "staatlich unzuverlässigen Personen" griff schon weit über den Personenkreis des Dekrets vom 19. Juni 1945 hinaus, und seine Definition war grundlegend für die Behandlung der Deutschen in den Gebieten der Tschechoslowakei nach der Wiedererrichtung der Republik.
Jedoch genügte sie noch nicht vollständig, um einen so brutalen Akt wie die Enteignung mehrerer Millionen zu rechtfertigen; hier mußte man noch weiter gehen: die entscheidende gesetzliche Maßnahme hierfür bildete das Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher und madjarischer Volkszugehörigkeit, das diese, soweit sie nach den Vorschriften einer fremden Besatzungsmacht die deutsche oder madjarische Staatsangehörigkeit erworben hatten, der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft verlustig erklärte.
An dieser Stelle überschlug sich die staatsrechtliche Theorie, von der Benes und die tschechische Regierung bisher ausgegangen waren: sie verneinte die Rechtsgültigkeit des Münchener Abkommens und aller in diesem Zusammenhang stehenden Verträge und Verordnungen, sie hielt an der ungebrochenen staatlichen Kontinuität der CSR fest, aber sie erkannte ausdrücklich den Staatsangehörigkeitswechsel von 1938 an; d.h. sie behandelte den Wechsel der Staatshoheit über das Territorium als nichtig, hielt aber an dem Wechsel der Staatshoheit über Personen fest.
Die Inkonsequenz dieses Verfahrens ist den Schöpfern dieses Gesetzes offenbar durchaus bewußt gewesen. In einem Runderlaß des tschechoslowakischen Ministeriums des Innern zu diesem Dekret finden wir die widerspruchsvollen Sätze:
"Die Mehrheit dieser Personen hat die deutsche oder madjarische Staatsangehörigkeit auf Grund der Regelung der Okkupanten selbst erworben. Diese Maßregel würde zwar vom Standpunkt der tschechoslowakischen Rechtsordnung nichtig sein, das Verfassungsdekret hat diesen Akt einer ausländischen Staatsgewalt jedoch ausdrücklich anerkannt und dadurch ex lege alle diese Personen aus dem tschechoslowakischen Staatsverband ausgeschlossen".
Auf so brüchigem Rechtsboden steht die Enteignung (Konfiskation) des Besitzes der Deutschen und Madjaren, die im Dekret des Präsidenten vom 21. Juni 1945 "über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Madjaren, wie auch der Verräter des tschechischen Volkes" und im Dekret vom 25. Oktober 1945 "über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds der nationalen Erneuerung" festgestellt und legalisiert wurde.
Im Dekret vom 21. Juni 1945 wurde "für die Zwecke der Bodenreform" und "geleitet vor allem von dem Streben, einmal für immer den tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen der fremden deutschen und madjarischen Gutsbesitzer, wie auch aus den Händen der Verräter der Republik zu nehmen", das landwirtschaftliche Vermögen der Deutschen als ent-

eignet erklärt und die beschleunigte Aufteilung und Zuweisung an tschechische und slowakische Landlose, Siedler etc. verfügt (§ l, Ziff. l a).
Davon sollte ausgenommen bleiben das Vermögen von Personen deutscher Nationalität, "die sich aktiv am Kampf für die Wahrung der Integrität und die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik beteiligt haben" (§ l, Ziff. 2).
Die entschädigungslose Enteignung alles sonstigen unbeweglichen und beweglichen Vermögens - soweit es noch nicht geschehen war - und aller Vermögensrechte der deutschen juristischen Personen und aller natürlichen Personen deutscher Nationalität verfügte das Dekret vom 25. Oktober 1945.
Ausgenommen wurde auch hier nur das Vermögen von Deutschen, "die nachweisen, daß sie der Tschechoslowakischen Republik treu geblieben sind, sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen haben und sich entweder aktiv am Kampf für ihre Befreiung beteiligt oder unter dem nazistischen oder faschistischen Terror gelitten haben" (§ l, Ziff. 1).
Nach einer weiteren Bestimmung des Dekrets (§ 2, Ziff. 1) blieb von der Konfiskation des beweglichen Vermögens der generell von der Enteignung betroffenen Personen nur der Teil ausgenommen, "der zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse oder zur persönlichen Ausübung der Beschäftigung dieser Personen oder ihrer Familienmitglieder unumgänglich nötig ist (wie Kleidung, Federbetten, Wäsche, Hausgerät, Nahrungsmittel und Werkzeuge)". Einzelheiten über den Umfang dieses Vermögens sollte die Regierung auf dem Verordnungswege festsetzen.
Das auf Grund des Dekrets vom 25. Oktober 1945 konfiszierte Vermögen, das zunächst Staatseigentum blieb, wurde dann, soweit es sich um Grundstücke, Einfamilienhäuser und kleine gewerbliche Unternehmen im Grenzgebiet handelte, durch das Gesetz vom 14. Februar 1947 (Slg. Nr. 31) den bisherigen Verwaltern und anderen anspruchsberechtigten Personen in Eigentum übergeben.
Bereits im Juni 1945 war durch eine Bekanntmachung des Finanzministeriums der Geld- und Wertpapierbesitz der Verfügungsgewalt der deutschen Eigentümer und Besitzer entzogen worden. Sämtliche Zahlungen zugunsten von Deutschen (deutschen Unternehmungen und Institutionen), auch von Löhnen und Dienstbezügen, soweit sie den Betrag von 200 Kc überschritten, mußten auf ein Sperrkonto erfolgen.
Gleichzeitig wurde die Hinterlegung aller in- und ausländischen Wertpapiere, von Edelmetallen, Edelsteinen, Wert- und Kunstgegenstände und Briefmarkensammlungen, die sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung in deutschem Besitz befanden, in einem Sperrdepot angeordnet.
Als am 1. August 1945 in den sudetendeutschen Gebieten die Reichsmark als gesetzliches Zahlungsmittel außer Kurs gesetzt und im Verhältnis l RM = 10 Kc nur bis zu einem Höchstbetrag von 300 Kc umgetauscht wurde, mußte das übrige Bargeld auf Sperrkonten eingezahlt werden und durfte nur mit einer Sondergenehmigung des zuständigen Národni Výbor in Monatsraten bis zu 500 Kc abgehoben werden.
Da diese Genehmigung nur in seltenen Fällen erteilt wurde, gerieten vor allem die alten Leute, deren Renten- und Pensionsanspruch generell verfiel, und die Familien, deren Ernährer in Gefangenschaft, zur Zwangsarbeit eingesetzt oder verhaftet waren, in große Not.
Auch von der überaus bescheidenen Möglichkeit, Geld- und Wertpapierbesitz umzustellen, die die Währungsreform vom 1. November 1945 bot, konnten Sudetendeutsche keinen Gebrauch machen, da das Konfiskationsdekret vom 25. Oktober ausdrücklich für alle Vermögensrechte, Wertpapiere und Einlagen die entschädigungslose Enteignung anordnete.
Die radikalen Enteignungsgesetze sprechen bereits die Sprache der kommunistischen Revolution, nur daß sie sich nicht im kommunistischen Sinne gegen den Klassenfeind, sondern im Sinne eines an seine äußersten Grenzen vorgetriebenen Nationalismus gegen den National-

feind richten. Er sollte wirtschaftlich vernichtet werden, damit der von allem Fremden gereinigte Nationalstaat geschaffen werden konnte.
So bilden die Enteignungsgesetze die unmittelbare Vorbereitung der Austreibung, sie sind zugleich aber auch Teilaktionen des Sozialisierungsprogrammes, das die Regierung der Tschechoslowakischen Republik bereits im Kaschauer Programm verkündet hatte und mit dessen Verwirklichung seit dem Herbst 1945 begonnen wurde. Der zeitliche Zusammenfall der Konfiskationsdekrete mit dem Beginn der allgemeinen Nationalisierungspolitik fast auf den Tag war kein Zufall; beide gehören in einen untrennbaren Motivzusammenhang.
Für die Kommunisten diente auch die Enteignung der Deutschen im letzten der Herstellung einer kommunistischen Staats- und Wirtschaftsordnung; nichtkommunistische Politiker wie Benes versuchten dagegen Schritte auf dem Wege zum Kommunismus in der CSR, wie die Verstaatlichungsdekrete vom 24. Oktober 1945 u.a., noch mit dem nationalen Argument zu begründen, es handle sich hier großenteils um Unternehmen in deutschem oder madjarischem Besitz.
Auf dem Felde der gegen die Deutschen und Madjaren gerichteten Konfiskationspolitik steigerte sich die kommunistische und nationalistische Tendenz gegenseitig zu besonders radikalen Entscheidungen: so wurde der sudetendeutsche und madjarische Besitz von vornherein von den Einschränkungen ausgenommen, die in den Nationalisierungsdekreten noch zugunsten kleinerer privater Betriebe gemacht wurden.
Außerdem verloren seine Eigentümer jeden, wenn auch noch so geringen Entschädigungsanspruch, den im Sinne des Systems politisch unbelastete tschechoslowakische oder ausländische Eigentümer an die "Kasse der nationalisierten Wirtschaft" erheben konnten, was allerdings spätestens seit dem kommunistischen Staatsstreich vom Februar 1948 in jedem Falle ohne Erfolg blieb.
Schon längst vor den gesetzlichen Enteignungsmaßnahmen, die schließlich alle Lebensgrundlagen der Sudetendeutschen in der CSR zerstörten und die Vertreibung vorbereiteten, hatte die Durchsetzung der Grenzgebiete mit Angehörigen des tschechischen und slowakischen Volkes begonnen. Hunderttausende von Tschechen strömten in das Sudetenland und ließen sich von den Nationalausschüssen oder Verwaltungskommissionen als Národni Správce (Nationalverwalter) in den deutschen Besitz einweisen.
Neben den Tschechen, die das Sudetenland nach der Eingliederung in das Deutsche Reich verlassen hatten und nun zurückkamen, waren es vorwiegend Angehörige der Industriearbeiterschaft der Gebiete von Mährisch Ostrau und Kladno, die vielfach nur materielle Vorteile suchten und größtenteils überhaupt nicht für die Übernahme und Weiterführung der deutschen Betriebe und Bauernhöfe qualifiziert waren.
Vielerorts eigneten sich die tschechischen Arbeiter, die während des Krieges in der Industrie und Landwirtschaft des sudetendeutschen Gebietes eingesetzt wurden und dort geblieben waren, den Besitz ihres bisherigen Arbeitgebers an.
Die erste Welle dieser Zuwanderer setzte sich neben dem Gebiet entlang der Sprachgrenze vor allem in den ergiebigsten Landstrichen fest und schob sich erst allmählich in die Randbezirke vor. Einzelne Regionen, z.B. in den Gebirgen, in denen die deutschen Bewohner in relativ ärmlichen Verhältnissen lebten, blieben bis auf den Zuzug einiger Verwaltungsfunktionäre von dem tschechischen Einstrom zunächst unberührt.
Nur zögernd und stärker erst nach dem Abzug der amerikanischen Truppen begann die Zuwanderung in das Egerland und Böhmerwaldgebiet. Offensichtlich wirkte sich die Anwesenheit der Amerikaner, die sich in dem von ihnen besetzten Gebiet energisch um die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung bemühten, hemmend auf das Treiben derjenigen Tschechen aus, die in den anfänglich chaotischen Verhältnissen nach dem Zusammenbruch der deutschen Verwaltung persönliche Bereicherung durch Raub und Plünderung suchten.

Von einer organisierten und kontrollierten tschechischen Durchdringung und Besiedelung des Sudetenlandes konnte in den ersten Monaten nach dem Waffenstillstand kaum gesprochen werden, schon deshalb nicht, weil ein großer Teil der ersten Zuwanderer gar nicht die Absicht hatte, im Grenzgebiet seßhaft zu werden. Amtliche Maßnahmen, private Willkürakte, Plünderungen und Raubaktionen waren im einzelnen nicht zu unterscheiden.
Erst durch die zur Zeit der ersten "wilden" Austreibungen erlassenen Dekrete und Verordnungen versuchte die Regierung den Zustrom der Tschechen zu lenken und alle deutschen Grenzgebiete mit Ansiedlern systematisch zu durchdringen. Dies war notwendig, da schon nach den ersten Austreibungsaktionen, die Ende Mai einsetzten, zahlreiche Ortschaften z.B. des Ostsudetenlandes von ihren Bewohnern entblößt waren und es nun galt, eine ausreichende Zahl tschechischer Bewohner in diese Regionen zu bringen.
Dafür sprachen innen- und außenpolitische Motive: der "größte Moment in der tschechoslowakischen Geschichte", von dem die tschechoslowakischen Politiker wiederholt sprachen, sollte rasch genutzt, der Beweis für die Fähigkeit der tschechischen Nation, die Sudetengebiete zu besiedeln und auf ihrer von den Deutschen geschaffenen Höhe zu halten, sofort erbracht werden, um skeptischen Einwänden vor allem in Westeuropa zuvorzukommen.
Das Dekret des Präsidenten der Republik vom 17. Juli 1945 über die einheitliche Durchführung der Innenkolonisation und das Dekret vom 20. Juli 1945 "über die Besiedelung des landwirtschaftlichen Bodens der Deutschen, Madjaren und anderer Staatsfeinde durch tschechische, slowakische und andere slawische Landwirte", dessen Bestimmungen durch die Bekanntmachung des Landwirtschaftsministeriums vom 3. August 1945 über die Anmeldungen für eine Bodenzuteilung im Grenzgebiet ergänzt wurden, schufen zusammen mit den einschlägigen gegen die Deutschen gerichteten Gesetzen schon vor der in Potsdam beschlossenen offiziellen Ausweisung die Voraussetzungen, um planmäßig Tschechen und Slowaken in den Sudetengebieten anzusiedeln.
Als koordinierendes Organ für diese Aktion wurde im September 1945 ein zentrales Siedlungsamt in Prag errichtet. Aber noch bis zum Beginn der durch die Potsdamer Beschlüsse geregelten Vertreibung der Sudetendeutschen vollzog sich die Ansiedlung der Tschechen weiterhin in wenig geordneter Form. Die Ankömmlinge setzten sich nach eigenem Gutdünken in den einzelnen Orten fest oder zogen solange umher, bis sie unter dem deutschen Besitz das ihren Wünschen entsprechende Objekt fanden und die bisherigen Eigentümer verdrängten.
Naturgemäß wurden die ergiebigsten Höfe und die produktivsten gewerblichen Betriebe zuerst besetzt. Da die Národni Správce vielfach nicht die geringsten Kenntnisse von Landwirtschaft oder Betriebsführung besaßen und oft nicht gewillt waren zu arbeiten, verkamen die Höfe und Betriebe, wenn nicht der deutsche Besitzer, um geringen Lohn oder der notwendigsten Lebensmittel wegen, die nötigen Arbeiten verrichtete.
Oft verkauften die Nationalverwalter das vorhandene Vieh und die Vorräte oder schafften die beweglichen Güter in ihre Heimatorte und kehrten dann erneut ins Grenzgebiet zurück, um das Verfahren zu wiederholen. Dieser Typus des Národni Správce, im deutschen und tschechischen Volksmund "Goldgräber" ("Zlatokopce") genannt, war so häufig, daß selbst die tschechische Presse die Vorgänge aufgriff und kritisierte, ohne daß sich aber der Zustand änderte.
Um wenigstens einen Teil der Habe dem Zugriff der Nationalen Verwalter zu entziehen, versuchten die deutschen Familien die lebensnotwendigsten Sachen bei Nachbarn und Bekannten oder auch einheimischen Tschechen unterzustellen. Diese Vorkehrungen waren meist vergeblich, da entweder die übrigen Wohnungen und Besitzungen bald ebenfalls besetzt wurden oder die Tschechen die Herausgabe der ihnen anvertrauten Sachen verweigerten. Günstiger war in dieser Hinsicht die Situation der Bewohner der Grenzorte, die die Möglichkeit besaßen, Sachwerte in die benachbarten Dörfer jenseits der Grenze zu schaffen.

Nachdem die Aussiedlung zur Gewißheit geworden war, brachten sie in gefahrvollen Grenzgängen nicht nur Haushaltseinrichtungen, sondern auch Erntevorräte und landwirtschaftliche Geräte auf reichsdeutsches Gebiet. Wurden sie dabei durch tschechische Grenzwachen aufgegriffen, war ihnen zumindest eine hohe Geldstrafe gewiß.
Ein besonderes Problem stellte die Übernahme der großen Industriebetriebe im sudetendeutschen Gebiet dar, unter denen sich Firmen von Weltruf, vor allem in der Textil- und Glasindustrie befanden. Es war bei dem Mangel an tschechischen Facharbeitern und dem ungeheuren Bedarf der tschechischen Industrie selbst, für die der Zweijahresplan 1947/48 besonders in der Slowakei neue Investitionen vorsah, fast unlösbar.
Die wesentlichen Maßnahmen der tschechischen Politiker: Verstaatlichung der Industriebetriebe, Planwirtschaft und Austreibung überschnitten sich in ihrer Durchführung und in ihren Wirkungen, doch haben sich trotz aller entgegenstehenden Überlegungen die Forderungen der radikalen Austreibung gegenüber den Notwendigkeiten der Wirtschaftspolitik fast immer durchgesetzt.
In gewissen Bereichen spielte die Austreibungspolitik der Sozialisierung in die Hände. Eindeutig überspielt wurden diejenigen Kreise der tschechischen Politik und Wirtschaft, die einen Stamm deutscher Facharbeiter von der Austreibung ausgenommen sein lassen wollten. Es wird noch zu zeigen sein, wie sich diese Frage mit der der Behandlung der "Antifaschisten" verknüpfte.
Angesichts des ungewöhnlichen Bedarfs an Arbeitskräften, den die Wiederingangsetzung der Industrie in der CSR erforderte, wurden andere, im allgemeinen höchst unzureichende Auswege gesucht, um Abhilfe zu schaffen. In einzelnen Sparten der Industrie, vor allem der Exportindustrie, bahnten sich durch die Enteignung und spätere Austreibung der Deutschen katastrophale Entwicklungen an.
So mußten in der Glasindustrie von 2.600 Betrieben nicht weniger als 1.600 ihre Pforten schließen. In der Textilindustrie fehlten Ende 1946 noch 50.000-60.000 Arbeiter. Die Formen, in denen man solchen Konsequenzen zu begegnen suchte, zeigen erneut das Zusammenspiel nationalstaatlicher und kommunistisch-planwirtschaftlicher Politik. ...<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über das Schicksal der Volksdeutschen in der Tschechoslowakei (x010/44-46): >>In weitaus überwiegender Mehrzahl sind Schwerpunkte der Übergriffe im Innern Böhmens und Mährens sowie in den östlichen und mittleren Gebieten des Sudetenlandes zu verzeichnen, die zum sowjetischen Besatzungsgebiet gehörten.
...
In den einzelnen Gemeinden erreichten die Ausschreitungen Höhepunkte in den dem Prager Aufstand folgenden Wochen und Monaten, als dort Abteilungen der Revolutionsgarde sowie auch Einheiten der Befreiungsarmee ein Terrorsystem gegenüber den Deutschen entfachten. Aus einer Anzahl von Gemeinden wird über öffentliche Exekutionen berichtet, denen z.T. die Einsetzung improvisierter Volksgerichte vorausging. Die diesen vorgeführten Personen wurden während und nach den Verhören auf das schwerste mißhandelt oder auch zu Tode gefoltert. Angehörige der SS wurden vielfach gleich nach ihrer Verhaftung erschossen. Dasselbe Schicksal erlitten oft heimgekehrte Soldaten.
Die offizielle Einrichtung von außerordentlichen Volksgerichten stützte sich auf das Dekret des Präsidenten der Republik vom 19.06.1945 "über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte". Jedoch noch vor Verkündigung dieses Dekrets waren dem Berichtsmaterial zufolge allein mehr als 1.000 Menschen durch Mißhandlungen bei jenen improvisierten Schauprozessen durch Erschießen und Erhängen getötet worden.
Ein Geschehnis besonderer Art waren die Ausschreitungen in der Stadt Aussig am 31.07.1945, ausgelöst durch die Explosion eines Lagers deutscher Beutemunition in dem dor-

tigen Vorort Schönpriesen, die von den Tschechen als deutsche Sabotageaktion des Werwolfs ausgelegt wurde. Mit weißen Armbinden gekennzeichnete Deutsche wurden auf den Straßen niedergeschlagen. Als nach Arbeitsschluß die Arbeiter der Firma Schicht AG über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen eilten, wurden sie von der aufgehetzten Menge auf der Brücke angegriffen, teils erschlagen oder in die Elbe geworfen. Auch die Frauen und Kinder erlitten dasselbe Schicksal. Die Angaben über die Anzahl der Opfer sind in den einzelnen Berichten unterschiedlich. Die Schätzungen betragen 700 bis 2.700 Personen.
... Zu den unmenschlichen Handlungen der Revolutionsgarde sowie der "Svoboda-Armee" sind ferner die sog. "wilden Ausweisungen" von Bewohnern ganzer Ortschaften zu rechnen, die ihren Höhepunkt in den Sommermonaten Juni und Juli 1945 erreichten. Die Ausgewiesenen grenznaher Kreise mußten tagelange Fußmärsche unter Mißhandlungen der Bewachungsmannschaft bei spärlichster Verpflegung zurücklegen. Es wird berichtet, daß hierbei Kranke und Erschöpfte erschossen wurden.
Mehr als 20.000 Brünner Deutsche, darunter Greise sowie Mütter mit kleinen Kindern, wurden Ende Mai 1945 zur österreichischen Grenze getrieben. Die Mehrzahl wurde dort von österreichischen Grenzwachen zurückgewiesen und mußte dann Wochen und Monate, teils auf freiem Feld, im grenznahen Pohrlitz unter unmenschlichen Verhältnissen verbringen. Die Zahl der hier Umgekommenen wird auf mehrere Tausende geschätzt.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in der Slowakei (x004/172-176):
>>... Außer einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Familien und Einzelpersonen, die aus eigener Initiative in der Heimat zurückblieben oder sich dem Abtransport entzogen, sind die Volksdeutschen der Slowakei in ihrer Gesamtheit evakuiert worden.
Nur sehr wenige erlebten daher den Einmarsch der sowjetischen Truppen in ihrer Heimat und wurden von den damit verbundenen Gewaltakten und den Zwangsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsarmee in der Slowakei betroffen. Die meisten Slowakeideutschen ereilte dieses Geschick in ihren Evakuierungsorten in Österreich, im Sudetenland oder im Protektorat. Da die Zurückgebliebenen zumeist fließend die Landessprache beherrschten, versuchten sie mit Hilfe ihrer slowakischen Bekannten und Verwandten unterzutauchen.
Auf diese Weise entzogen sie sich der Fahndung nach Deutschen, ein Teil von ihnen wurde aber zusammen mit Slowaken, die sich unter dem zusammengebrochenen Regime exponiert hatten, zu Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt.
Viel schlimmer wurde ihre Lage aber, als im Gefolge der Roten Armee die provisorische tschechoslowakische Regierung mit dem Sitz in Kaschau die Verwaltung gemäß dem sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag vom 8. Mai 1944 übernahm und die Partisanengruppen die Macht an sich rissen und sich schwere Übergriffe gegen wehrlose Deutsche zuschulden kommen ließen. Unter dem Eindruck der nun für die Volksdeutschen eintretenden Rechtlosigkeit trat die kurze Episode der sowjetischen Besatzung völlig in den Hintergrund.
Die im Gebiet der wiedererrichteten Tschechoslowakischen Republik, meist im Sudetenland untergekommenen Evakuierten, vorwiegend Zipser und Hauerländer, gerieten hier im allgemeinen in die gegen die Sudetendeutschen und die reichsdeutschen Flüchtlinge gerichtete tschechische Politik. Beschlagnahme des geretteten Guts, Internierung, Zwangsarbeitseinsatz oder gar die Austreibung in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands waren hier ihr Geschick. Auf Grund ihrer slowakischen Sprachkenntnisse gelang es aber einem erheblichen Teil der Karpatendeutschen, sich als Slowaken auszugeben und sich den gegen die Deutschen ergriffenen Maßnahmen zu entziehen.
In dem allgemeinen Chaos wurde bei den Geflüchteten nur allzubald der Wunsch wach, sobald als möglich in ihre alten Wohnsitze heimzukehren, die in der Erinnerung noch als Stätten der Geborgenheit und Ordnung weiterlebten. Vielerorts forderten die tschechoslowakischen

Behörden oder sowjetische militärische Dienststellen selbst die Evakuierten auf oder zwangen sie, innerhalb kurzer Frist die jetzigen Aufenthaltsorte zu verlassen.
Mancher Volksdeutsche konnte sich als Slowake tarnen und in Heimkehrertransporten slowakischer Repatriierter unterkommen. Wer noch Pferd und Wagen besaß, schloß sich mit anderen zu einem kleinen Treck zusammen, der Großteil versuchte auf eigene Faust, sich nach Osten durchzuschlagen. Der Rückwandererstrom setzte im Sommer 1945 ein und hörte endgültig erst 1946 auf, als schon die ersten Ausweisungstransporte aus der Slowakei wieder nach Westen rollten.
Wurden die Rückkehrer während des Transportes als Deutsche erkannt, verloren sie durch Raub und Plünderung die gesamte verbliebene Habe, ja sie hatten sogar um Leib und Leben zu fürchten. So wurden am 18. Juni 1945 in Prerau, einem Bahnknotenpunkt in Mähren, 247 Karpatendeutsche von Revolutionsgardisten aus einem Zuge geholt und erschossen.
Wer aber ohne Schaden zu erleiden tatsächlich bis in seinen Heimatort gelangte, sah sich hier Lebensverhältnissen gegenüber, denen er gerade durch die Rückkehr in den alten Wohnsitz zu entrinnen gehofft hatte. Denn die in der wiedererrichteten Tschechoslowakischen Republik gegen die Deutschen erlassenen Dekrete, Gesetze und Verordnungen galten in der Slowakei, die nun seit der Kaschauer Proklamation, unter Wahrung gewisser autonomer, dem Slowakischen Nationalrat zugestandener Rechte, wieder Bestandteil des tschechoslowakischen Staates geworden war, ebenso wie in den Sudetenländern.
Die Heimkehrer fanden ihre Häuser und Höfe versiegelt, von Slowaken bewohnt oder zum mindesten ausgeplündert. Sie mußten sich daher entweder auf dem eigenen Besitz oder bei bekannten Slowaken eine Notunterkunft suchen, in der sie sich mit den wenigen Habseligkeiten, die ihnen noch verblieben waren, und den notwendigsten Haushaltsgeräten, die ihnen mitleidige Nachbarn überlassen hatten, provisorisch einzurichten begannen.
Nach der polizeilichen Anmeldung wurden sie aber meist zur Zwangsarbeit herangezogen, mußten die Unterkünfte der sowjetischen Besatzungstruppen reinigen oder, in größeren Kommandos zusammengezogen, bei kärglichster Verpflegung und zumeist auch diffamierender Behandlung, die Schäden ausbessern, die während der Zeit der kurzen Kämpfe und des sowjetischen Einmarsches entstanden waren.
Bald wurden dann Orts- und Bezirkslager (am bekanntesten waren Nováky in der Mittelslowakei und Limbach und Engerau im Preßburger Gebiet) errichtet, in die alle Deutschen, deren man habhaft werden konnte, eingewiesen wurden. Die späteren Rückkehrer wurden gleich nach ihrer Registrierung interniert und vom Lager aus zur Arbeit eingesetzt. Unter diese Internierungsaktion fielen wohl alle Deutschen ziemlich vollständig, mit Ausnahme einiger, die sich ihr mit Hilfe slowakischer Freunde oder Verwandten bis zur Ausweisung entziehen konnten.
Die Kommandanturen der einzelnen Internierungslager waren in den ersten Monaten nach dem Umsturz fast ausschließlich mit ehemaligen Partisanen besetzt, die ihren Haß gegen die Deutschen in systematischer kleinlicher Quälerei oder in unbeherrschten Wutausbrüchen an den Häftlingen ausließen.
Gefürchtet waren die Lager indessen in erster Linie wegen des Hungers. Die Unterernährung der Lagerinsassen machte vor allem alte Leute und Kinder gegen Infektionskrankheiten besonders anfällig, so daß die Sterbeziffer bald hoch anstieg. Eine gewisse Erleichterung brachte es, daß in den Lagern Besuche empfangen werden durften und auch in der Freizeit und an Feiertagen der Ausgang erlaubt war.
Für die arbeitsfähigen Volksdeutschen, Männer wie Frauen, hatten die Internierungslager mehr den Charakter von Zwangsunterkünften als von Haftanstalten. Sie wurden tageweise oder auch für längere Zeiträume von Behörden oder Privatpersonen für eine bestimmte Summe "herausgekauft".

Da die Käufer verpflichtet waren, die Arbeitskräfte außerhalb des Lagers zu verpflegen, litt diese Gruppe nicht so offensichtlich unter Nahrungsmangel. Diese "herausgekauften" Volksdeutschen lebten oft monatelang bei ihrem Arbeitgeber, häufig einem slowakischen Bekannten oder auch Verwandten als Knecht, wechselten dann, wenn ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wurde oder wenn sie ein günstigeres Angebot hatten, ihren Arbeitsplatz und entzogen sich auf diese Weise der Kontrolle der Lagerleitung.
Bei solchen Existenzbedingungen war die Lebensgemeinschaft der deutschen Volkgruppe längst zerstört, bevor die Austreibung eingesetzt hatte. Dazu trugen auch noch alle diejenigen Maßnahmen bei, die im ganzen Staatsgebiet der CSR gegen die Deutschen ergriffen wurden. Hierin unterschied sich die Lage in der Slowakei nicht von der in Böhmen und Mähren-Schlesien. Auch hier wurden sämtliche Einrichtungen des deutschen Kulturlebens - Schulen, Vereine, Genossenschaften - aufgelöst und enteignet.
Auch vor den kirchlichen Institutionen wurde nicht haltgemacht. Die Deutsche Evangelische Kirche ... in der Slowakei wurde im August 1945 aufgelöst und ihr Vermögen der Slowakischen Evangelischen Kirche übergeben. Ebenso ging das Vermögen der deutschen katholischen Kirchengemeinden an die slowakischen über. Gottesdienste in deutscher Sprache wurden verboten. Mit ihren Gemeinden mußten auch die Pfarrer das Land verlassen.
Gleichwohl hat es ganz allgemein auf die Lage der Volksdeutschen in der Slowakei bestimmend eingewirkt, daß hier nicht das deutsche, sondern das madjarische Minderheitenproblem im Vordergrund stand. Nach der Rückgliederung der 1938 an Ungarn gefallenen Gebiete war es bis Ende November 1947 zu erregten Auseinandersetzungen mit Ungarn gekommen, die mit einem begrenzten "Austausch" von slowakischen Madjaren mit ungarischen Slowaken, teilweise aber mit einer gewaltsamen Verpflanzung der Madjaren von der Slowakei nach Böhmen endeten.
Dazu traten die heftigen innerslowakischen Spannungen zwischen den der Kollaboration beschuldigten Autonomisten und den gesamtstaatlich-tschechoslowakisch orientierten Gruppen, zwischen bäuerlich-kirchlichen Kreisen und Kommunisten; all dies hat von der deutschen Frage abgelenkt und die Durchführung der gegen die Deutschen gerichteten Maßnahmen im letzten doch gemildert.
Der slowakische Bauer entdeckte bald, daß das neue Regime in seinen Praktiken die propagierte Freiheit in keiner Weise verwirklichte und behielt sein natürliches Gefühl für Recht und Unrecht mehr als der radikalisierte Tscheche.
Die Verordnungen als solche blieben wohl in aller Schärfe bestehen. Mit ihnen blieb die offizielle Diffamierung aller Deutschen, aber die private Sphäre, das persönliche Miteinander-Zurechtkommen, war von einem verträglicheren Geist erfüllt. Die kleine Gruppe der fanatischen Deutschenfeinde - Opfer des NS-Regimes, die an den Volksdeutschen Vergeltung üben wollten oder die in der Mehrzahl kommunistisch gesinnten Partisanen - war im öffentlichen Leben nicht mehr allein bestimmend. Willkür und Haßausbrüche wurden Einzelerscheinungen.
Alle diese Erleichterungen, die dem Schicksal der Slowakeideutschen viel von seiner Härte genommen haben, ändern allerdings nichts an der Tatsache, daß die Deutschen in der Slowakei Entrechtete waren, die keine legale Möglichkeit hatten, einen normalen, ihrer Ausbildung und ihrer Fähigkeit entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten oder gar Besitz zu erwerben. Sie lebten gleichsam auf Abruf, jederzeit auf eine weitere Verschlechterung ihrer Situation gefaßt, aber immer noch in der Hoffnung, daß sich die Verhältnisse normalisieren und damit bessern würden.
Wer die Ausweglosigkeit der Situation erkannte oder die Unsicherheit dieser aufgezwungenen Lebensführung nicht ertragen konnte, ergriff jede sich bietende Gelegenheit, nach Österreich und von dort weiter nach Westdeutschland zu flüchten. Besonders Rückkehrer, deren Angehö-

rige nach der Evakuierung im Westen geblieben waren und den Flüchtenden dort eine Aufnahmemöglichkeit boten, zogen den Sprung über die grüne Grenze einem ungewissen Leben in der Heimat vor.
Der größte Teil der zu dieser Zeit noch in der Slowakei lebenden Deutschen blieb jedoch im Lande, bis auch ihm die anlaufende Ausweisungsaktion keine Wahl mehr ließ.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über die Zerstörung der Lebensgrundlagen in Ungarn (x008/45E-58E): >>Die Verschleppung in die Sowjetunion kann als die letzte Großaktion gelten, die unmittelbar auf die Besetzung Ungarns durch die Rote Armee zurückzuführen ist.
Natürlich blieb auch in den folgenden Jahren der russische Einfluß auf die allgemeinen Richtlinien der Innen- und Außenpolitik maßgebend. Da die Exekutive jedoch auf die inzwischen neugebildeten ungarischen Regierungsorgane überging, konnten jetzt auch speziell ungarische Anliegen und Forderungen, soweit sie den sowjetischen Direktiven nicht widersprachen, durchgeführt werden.
Die unter sowjetischem Protektorat geschaffenen ungarischen politischen Organe - die "Ungarische Nationale Unabhängigskeitsfront", die "Provisorische Nationalversammlung" und die von General Béla Miklós-Dálnoki gebildete "Provisorische Nationalregierung" - nahmen vor allem zwei Aufgabenkomplexe in Angriff:
1. Eine radikale außen- und innenpolitische Schwenkung, also die Distanzierung vom alten ungarischen Regime und vom Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und enge Anlehnung an die Sowjetunion, um für die Friedensverhandlungen und die zukünftige politische Konstellation in Europa eine nicht zu ungünstige Ausgangsposition zu erhalten,
2. eine groß angelegte Bodenreform, um sich durch Verteilung von Besitz an die landarme und landhungrige Bevölkerung innenpolitisch die notwendige Resonanz und Bestätigung zu verschaffen.
Beide Bestrebungen sollten sich bei ihrer Durchführung gerade für das ungarländische Deutschtum verhängnisvoll auswirken. Entscheidend für das weitere Schicksal der Volksdeutschen wurde nämlich die Tatsache, daß man sie in ihrer Gesamtheit nicht mehr als eine rechtlich konstituierte Minderheit behandelte, sondern daß ihnen von dem neuen Regime gerade ihr Minderheitenstatus als Staatsverbrechen angerechnet wurde.
Diese Haltung der ungarischen Regierungsstellen wie auch der einzelnen neu- oder wiedererstandenen Parteien gegenüber dem ungarländischen Deutschtum kann nicht allein aus der Enttäuschung über den verlorenen Krieg und der verfehlten Spekulation des Zusammengehens mit dem nationalsozialistischen Deutschland erklärt werden, sondern läßt sich auf die Leitsätze der alten ungarischen Nationalstaatspolitik zurückführen, die auch in der neuen Ära noch keineswegs ihre richtungsweisende Kraft verloren hatten, jedenfalls nicht in der Anfangszeit. Die Idee der homogenen madjarischen Nation, die innerhalb des ungarischen Staatsgebietes keine Minderheiten, sondern höchstens anderssprachige Ungarn kennen wollte, fand besonders in der weitaus größten ungarischen Partei der ersten Nachkriegsjahre - der kleinbürgerlich-liberalen "Partei der kleinen Landwirte" - ihre konsequente Weiterentwicklung.
Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches, der auch das Ende des Königreichs Ungarn bedeutete, sah das nationalistische Madjarentum die Zeit der großen Abrechnung mit dem Deutschtum anbrechen.
Die Großmachtpolitik mit dem Ziel der Wiedererrichtung des Reiches der Stephanskrone war gescheitert, Ungarn mußte alle seit 1939 angegliederten Gebiete herausgeben - die Zugeständnisse, die man dem Deutschen Reich in bezug auf die deutsche Volksgruppe gemacht hatte, waren nicht belohnt worden und erwiesen sich in der Rückschau als Irrweg und als Belastung der ungarischen Politik. Vor allem aber hatte sich das Verhältnis zum ungarländischen Deutschtum insgesamt gewandelt.

Die madjarischen Nationalisten sahen in dem Volksdeutschen schon im Laufe des Krieges nicht mehr den "Schwaben", den deutschsprachigen ungarischen Staatsbürger, den es nur zu assimilieren galt. Jetzt wurde er zum Feind der madjarischen Nation, der in den vergangenen Jahren Träger einer fremden Idee gewesen war oder es jeder Zeit hätte werden können und daher für die Zukunft eine latente Gefahr darstellte.
Für den einzelnen Angehörigen der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe gab es in madjarischer Sicht nach wie vor eine ganz klare Fragestellung. Entweder er bejahte die homogene madjarische Nation und unterwarf sich ihr; das bedeutete, er war Madjare; oder aber er bekannte sich unter Berufung auf das Minderheitenrecht zu einem anderen Volkstum und schloß sich damit aus der Gemeinschaft aus. Der eine galt als "treu", der andere als "untreu"; das Treueverhältnis zur madjarischen Nation, d.h. zum madjarischen Staatswesen, hatte unbedingt zu sein, alles andere war Verrat.
Jetzt, wo die Zusammenarbeit der früheren ungarischen Regierung mit dem Deutschen Reich in Bausch und Bogen verurteilt wurde, bedachte man nicht mehr, daß dem Volksdeutschen nach dem Wiener Abkommen jede Möglichkeit zur Entwicklung einer eigenen politischen Linie außerhalb des Volksbundes oder der einzelnen Organisationen der Volksgruppe genommen war.
Das neue Regime in Ungarn ließ auch für die Beurteilung der Vergangenheit nur die Alternative gelten: entweder Staatstreue, das hieß Assimilationsbereitschaft und Ablehnung jeder eigenständischen Minderheitenpolitik oder faschistische Haltung, ein Begriff, der dann auf alle Varianten des Verhaltens vom nationalsozialistischen Funktionär über den bewußten volksdeutschen bis zum politisch gleichgültigen, aber sein Deutschtum nicht verleugnenden Bauern angewendet werden sollte.
Handlungen, die sich als reines Bekenntnis zum Volkstum ohne politischen Beigeschmack erklären lassen, - wie etwa die Rückverdeutschung des madjarisierten Namens oder sogar das Bekenntnis zur deutschen Nationalität in der Volkszählung von 1941 - galten jetzt als faschistisches Verbrechen oder wurden ihm gleichgesetzt. Ebenso wurde die Flucht vor der Roten Armee oder die Evakuierung in deutsches Reichsgebiet als Bekenntnis zum Deutschtum und damit als staatsfeindlicher Akt gewertet.
Damit erschien neben dem "Kriegsverbrechen" und den "faschistischen Umtrieben" als dritte schwere Verfehlungsgruppe der "Vaterlandsverrat" oder die "Untreue gegenüber dem ungarischen Staat", deren die Volksdeutschen als solche - wegen ihres Bekenntnisses zum deutschen Volkstum - dem madjarischen Staat gegenüber für schuldig befunden wurden.
Von hier aus war der Weg nicht weit zu einer Diffamierung und Verurteilung der deutschen Volksgruppe, ja des gesamten Deutschtums in Ungarn, soweit es sich als solches bekannt hatte. Jeder einzelne Volksdeutsche, soweit er sich als deutschbewußt oder auch nur deutschfreundlich gezeigt hatte, mußte daher mit rigorosen Vergeltungsmaßnahmen rechnen. Diese begannen mit einer einschneidenden Maßnahme: mit der Enteignung volksdeutschen Grundbesitzes, die im Rahmen der allgemeinen Bodenreform in Angriff genommen wurde.
Eine Neuverteilung des Bodens war in Ungarn mit seinen feudalen Latifundien (Großgrundbesitz) schon nach dem Ersten Weltkrieg angekündigt worden, sie blieb aber in der Durchführung stecken. Da die Struktur des alten Feudalstaates nicht verändert worden war, konnte der umfangreiche Großgrundbesitz des Hochadels nur schwer angegriffen werden.
Der Hunger der landlosen Bevölkerung nach Grundbesitz war ungestillt geblieben und als eines der Hauptprobleme der ungarischen Innenpolitik mehr und mehr in den Vordergrund gerückt, so daß die sich nach dem Zusammenbruch 1945 neu konstituierenden Parteien nur dann Anerkennung unter der Bevölkerung finden konnten, wenn sie die Forderung der Bodenreform zu einem ihrer dringlichen Programmpunkte erhoben.
Der Ruf nach "Sanktionen gegen die deutsche Minderheit" und nach einer "Agrarreform" ließ

eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen entstehen, die beide Forderungen in sich vereinigten und im Endergebnis zur Auflösung der deutschen Volksgruppe in Ungarn führten. Sie schlossen zwei Tendenzen ein: eine politische, nämlich die Bestrafung der nationalen Untreue, und eine wirtschaftlich-soziale, nämlich die Bodenbeschaffung für Neusiedler, z.T. auch aus dem Kreise der von den Nachbarstaaten Ungarns ausgewiesenen madjarischen Volkszugehörigen. Die Enteignung des volksdeutschen Grundbesitzes wurde damit zum Kernproblem.

Es handelte sich im wesentlichen um drei Verordnungskomplexe, in der diese Politik ihre gesetzmäßige Verankerung fand:

1. Die Grundverordnung zur Bodenreform vom 15. März 1945 mit der die schon vollzogene oder noch zu vollziehende Enteignung volksdeutschen Besitzes legalisiert wurde;
2. die Regierungsverordnung 3820/1945 ... zur Überprüfung der nationalen Treue, in der die Volksdeutschen in Verfehlungsgruppen eingeteilt wurden und neben der Enteignung eine besondere Bestrafung je nach der Schwere des nationalen Verrates - Internierung, Zwangsarbeit und Umsiedlung innerhalb des Staatsgebietes - zugemessen erhielten. Mit dieser Verordnung sollte die deutsche Volksgruppe, wie sie im Wiener Abkommen von 1940 rechtlich verankert war, nicht nur aufgelöst, sondern als eine Art verbrecherische Organisation bloßgestellt und unschädlich gemacht werden.
3. Die Ausweisungsverordnung, veröffentlicht am 22. Dezember 1945, die formal noch über die aufgestellten Kategorien hinausgeht und sogar die Personen miteinbezieht, die 1941 Deutsch als Muttersprache angegeben hatten. Hier werden also ganz eindeutig nicht mehr einzelne deutsche Organisationen oder Gruppen, sondern das gesamte Deutschtum, d.h. jeder einzelne Deutsche, der sich zu seiner Muttersprache bekannt hatte, betroffen.

Die Grundverordnung zur Bodenreform war schon sehr frühzeitig und in aller Eile vorbereitet und am 15. März 1945 unter der Nr. 600/1945 ... verkündet worden. Kraft dieses Gesetzes konnte der Großgrundbesitz im allgemeinen gegen Entschädigung enteignet werden, dagegen wurde bestimmt, daß "in seiner Gesamtheit und unabhängig von der Größe der Grundbesitz der Landesverräter, der führenden Pfeilkreuzler, der Nationalsozialisten und anderer Faschisten, der Mitglieder des Volksbundes, ferner der Kriegsverbrecher und Volksfeinde" beschlagnahmt (d.h. ohne Entschädigung enteignet) wird.

Wenn in dieser allgemeinen Umgrenzung des betroffenen Personenkreises die Verordnung nicht ausdrücklich von deutschfeindlichen Tendenzen bestimmt zu sein scheint, so geht aus dem folgenden Paragraphen, der den Begriff des "Landesverräters" definiert, doch sehr deutlich hervor, daß im wesentlichen die Volksdeutschen, soweit sie sich als solche bekannt hatten, zur Enteignung herangezogen werden sollten. Der Paragraph lautet:

Landesverräter, Kriegsverbrecher und Volksfeind ist derjenige ungarische Staatsangehörige,
der die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen des deutschen Faschismus zum Schaden des ungarischen Volkes unterstützt hat,
der freiwillig in eine deutsche faschistische, militärische oder polizeiliche Formation eingetreten ist,
der irgendeiner deutschen militärischen oder polizeilichen Formation Angaben geliefert hat, die ungarische Interessen geschädigt haben, oder als Spitzel tätig war,
der seinen deutsch klingenden Familiennamen wieder angenommen hat.

Diese Grundverordnung wurde durch mehrere Durchführungsverordnungen ergänzt, von denen sich die erste und weitaus wichtigste vom 28. März 1945 mit der Zusammensetzung und dem Vorgehen der örtlichen Bodenbeanspruchungskommissionen beschäftigte.

Die Kommissionen setzten sich zusammen aus Vertretern der Anspruchsberechtigten - also aus Kleinstbauern und dem örtlichen "Dorfproletariat" - und hatten fast unbeschränkte Vollmacht.

Ihre Vorschläge auf Enteignung waren rechtsgültig, falls der ihnen übergeordnete Komitatsrat nicht binnen drei Tagen Einspruch erhob. Beschwerden der betroffenen Volksdeutschen galten als abgelehnt, wenn sie der Komitatsrat in derselben Frist nicht beantwortete. Dadurch wurde erreicht, daß der Vorgang der Enteignung sofort anlief; denn langwierige Verhandlungen waren unmöglich gemacht, dies aber ausschließlich auf Kosten der Enteigneten.
Eine zweite Durchführungsverordnung vom 27. April desselben Jahres bestimmte, daß in überwiegend von Deutschen bewohnten Gebieten die örtlichen Kommissionen keine Verfügungsberechtigung über die beschlagnahmten Häuser und Liegenschaften haben sollten. Sie zog auch bereits eine Umsiedlung in Betracht und verlangte die Aufstellung von Umsiedlungsplänen, um Raum für die Neusiedler zu schaffen. Diese letzteren Bestimmungen deuten ihrem Inhalt nach schon auf die bald darauf erlassene Kategorisierungsverordnung hin, in der die Unterbringung der Enteigneten und die damit notwendig werdenden Umsiedlungen im großen Zusammenhange geregelt wurden.
Die folgenden, speziell das Deutschtum in Ungarn betreffenden Gesetze schränkten die vagen und allgemein gefaßten Bestimmungen zur Bodenreform nicht ein, sondern zielten im Gegenteil auf eine gesetzmäßig unterbaute und ganz systematisch durchgeführte weitere Diffamierung und Entrechtung der Volksdeutschen.
Da diese späteren Gesetze eine Enteignung miteinschlossen, ja, wie es bei den Ausweisungsbestimmungen deutlich wird, vorzugsweise zum Zwecke eben der Enteignung geschaffen worden waren, trat die Bodenreform als selbständige Maßnahme in der späteren Zeit kaum noch in Erscheinung. Die Enteignung erschien dann 1946-1948 als zwangsläufige Folge der Kategorisierung - verbunden mit Internierung oder Umsiedlung - und schließlich der Ausweisung.
Am 30. Juni 1945 wurde eine Regierungsverordnung erlassen, unterzeichnet von dem Ministerpräsidenten Béla Miklós, die vier Jahre lang grundlegend für die Behandlung des ungarländischen Deutschtums geblieben ist. Sie bestimmte kurz zusammengefaßt folgendes:
Es werden Kreiskommissionen gebildet, bestehend aus einem Juristen als Vorsitzenden, einem ortsansässigen demokratisch eingestellten Ungarn und einem Widerstandskämpfer (§ 2), die alle Personen der einzelnen Gemeinden auf ihre nationale Treue hin zu überprüfen (§ 3) und dabei festzustellen haben, ob die überprüften Personen
1. eine führende Rolle in einer Hitlerischen Organisation gespielt haben, was auch ohne weiteres gegeben ist, wenn es sich um den freiwilligen Beitritt zu einer SS-Formation handelte,
2. Mitglied einer Hitlerischen Organisation waren, ein Tatbestand, dem die Wiederannahme eines deutschklingenden Namens gleichzustellen ist,
3. als Förderer eine Hitlerische Organisation unterstützt haben,
4. weder Führer noch Mitglied oder Förderer waren (§ 4).
Führer, Mitglieder und Förderer der Hitlerjugend sollen in gleicher Weise eingestuft werden, wenn sie zur Zeit ihrer Tätigkeit 16 Jahre alt waren (§ 5). War das noch nicht der Fall, so sollen Führer in gleicher Weise wie Mitglieder einer Hitlerischen Organisation behandelt werden.
Die Personen der Gruppe l werden neben den aus der Bodenreform resultierenden Nachteilen an einem bestimmten Ort polizeilich in Gewahrsam genommen (interniert). Ihre Familienangehörigen sind nach dem Ort der Internierung umzusiedeln, bis dahin wohnungsmäßig zusammenzuziehen. Sie dürfen pro Person 200 kg bewegliche Habe mit sich nehmen (§ 7).
Personen der Gruppe 2 werden zu behördlich angeordneten Arbeitsdiensten verpflichtet und können aus diesem Grunde an bestimmten Orten wohnungsmäßig zusammengezogen werden; sie können über ihre bewegliche Habe frei verfügen, ihre Familienangehörigen müssen jedoch nach dem Arbeitsort umgesiedelt werden (§ 10).
Für die beiden obengenannten Kategorien gilt das Urteil der Kommission gleichzeitig als Ent-

eignungsbeschluß im Sinne der Bodenreformverordnung (§ 11).
Angehörige der Gruppe 3 müssen ihr unbewegliches Vermögen der Landessiedlungsaktion gegen Tausch mit Immobilien in anderen Teilen des Landes zur Verfügung stellen (Umsiedlung). Bis dahin sind sie verpflichtet, die Angehörigen der Führer und Mitglieder in ihren Wohnungen aufzunehmen (§ 12).
Personen, die keiner der drei ersten Kategorien angehören, jedoch von ihrer nationalen Treue und ihrem demokratischen Empfinden kein Zeugnis abgelegt haben, sind notfalls auch verpflichtet, Umsiedler oder wohnungsmäßig zusammengefaßte Personen aufzunehmen (§ 13).
Die Kommission geht in ihrer Überprüfung so vor, daß sie zunächst die Führer, dann die Mitglieder und schließlich die Förderer heranzieht (§ 14).
Daneben gab es noch einige einschränkende Bestimmungen. So konnten z.B. in begründeten Fällen die Familienangehörigen von dem Urteil der Zwangsumsiedlung ausgenommen werden. Die Möglichkeit weiterer Ausnahmen schien der § 6 offenzulassen, der folgendermaßen lautet:
"Die Kommission kann auf Antrag auch feststellen, daß einzelne volksdeutsche Personen trotz des Hitlerterrors ihre Treue zur Nation und ihre demokratische Gesinnung unter Beweis gestellt haben."
Während die zeitlich früher liegenden Anordnungen zur Bodenreform im Grunde nur die Aufgabe hatten, den volksdeutschen Grundbesitz zur Beschlagnahmung freizustellen und sich dabei bemühten, mit umfassenden Sammelbegriffen (Faschisten, Vaterlandsverräter, Kriegsverbrecher) den Kreis der zu Enteignenden zunächst einmal möglichst weit zu ziehen, beschäftigte sich die Kategorisierungsverordnung mit der gesetzlichen Begründung und Klassifizierung der Sühnemaßnahmen für Untreue gegenüber dem ungarischen Staat.
Da sie sich nicht allein auf die Pfeilkreuzler - die ja auch als faschistische, deutschfreundliche Gruppe galten - sondern auch ausdrücklich auf die deutsche Minderheit bezieht, kann sie auch ihrer äußeren Form nach als deutschfeindliches Gesetz angesprochen werden. Sie stellte - auf eine kurze Formel gebracht - die Gegenaktion zum Wiener Abkommen vom Jahre 1940 dar. Mit der Überprüfung der nationalen Treue wurde die im Wiener Abkommen begründete Sonderstellung der deutschen Volksgruppe einfach in Negation verkehrt. Die Vorrechte, die man ihr gewährt hatte, sollten jetzt als politisches Verbrechen geahndet werden.
Dieses wurde äußerlich durch die formale Aufteilung des gesamten ungarländischen Deutschtums in einzelne Verfehlungsgruppen und der geforderten Einstufung jedes einzelnen Volksdeutschen in eine dieser Kategorien verdeckt. Dadurch wirkt die Gesamtaktion zunächst nicht als eine Maßnahme gegen das Deutschtum als Kollektiv, sondern als ein Schema zur Erfassung und Bestrafung von Vergehen Einzelner. Tatsächlich aber wurde im Rahmen der Überprüfung der nationalen Zuverlässigkeit und der festgelegten Sühnemaßnahmen nicht individuelles Verschulden erfaßt, sondern das Verhalten aller Volksdeutschen, soweit sie sich als solche bekannt hatten, als landesverräterisch gebrandmarkt.
Darauf weist schon recht deutlich der § 6 der Verordnung hin, der ausdrücklich festgestellt, daß "volksdeutsche Personen" nur dann eine Bescheinigung ihres loyalen Verhaltens beanspruchen und damit als rehabilitiert gelten können, wenn sie "trotz des Hitlerterrors Zeugnis ihrer nationalen Treue und ihrer demokratischen Gesinnung ablegten", d.h. mit anderen Worten, wenn sie sich nicht allein vom Deutschtum distanziert, sondern während der Geltungsdauer des Wiener Abkommens aktiv gegen die Volkstumspolitik gearbeitet hatten.
Aber auch aus anderen Bestimmungen der Verordnung ist die nicht nur antifaschistische, sondern betont deutschfeindliche Tendenz herauszulesen. Die Bestrafung der Funktionäre, Mitglieder und Förderer des Volksbundes als "faschistische Organisation" hielt sich nach dem Wortlaut der Gesetze noch im Rahmen der Maßnahmen gegen den Faschismus.
Wenn aber ausnahmslos alle ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS den führenden Funktio-

nären des Volksbundes gleichgestellt wurden - und dies geschah praktisch, denn die Freiwilligkeit wurde bei der Einstufung einfach unterstellt, obgleich durchaus bekannt war, daß der größte Teil der SS-Angehörigen mit Hilfe der ungarischen Militärdienststellen zwangsweise eingezogen worden waren - so verschob sich damit der Schwerpunkt auf das Feld des Nationalitätenkampfes.
Noch deutlicher zeigt sich diese Tendenz bei der Einstufung der zweiten Verfehlungsgruppe. Wer seinen ursprünglich deutschen, dann madjarisierten Namen unter Berufung auf das Wiener Abkommen wieder aufnahm - ein beispielhafter Fall von Untreue - wurde wie ein Volksbundmitglied eingestuft, also nicht nur enteignet, sondern auch zur Zwangsarbeit eingezogen.
Die Verordnung verfolgte also nicht den Zweck, einzelne wirkliche oder vermeintliche Vergehen gegen den ungarischen Staat zu sühnen; das war vielmehr die Aufgabe der überall eingesetzten Volksgerichte, deren Verfahren selbständig liefen und die ihre Kompetenzen so weit steckten, daß sie nicht nur die Mitarbeit im Volksbund oder die Zugehörigkeit zur Waffen-SS mit Gefängnisstrafen von 3-5 Jahren belegten, sondern sogar bei Abwesenheit der zur SS Eingezogenen deren Angehörige verurteilten.
Bestimmend für die Kategorisierung war vielmehr das Bestreben, dem Deutschtum en bloc
1. durch Internierung der politischen Führungsschicht, oder auch nur der politisch interessierten Schicht, jede Möglichkeit einer neuen Konstituierung zu nehmen,
2. durch Enteignung die Lebensgrundlagen des selbständigen volksdeutschen Bauern- und Handwerkerstandes zu zerstören,
3. durch Binnenumsiedlung die Minderheit auch in ihrer Siedlungsgemeinschaft aufzulösen.
Es darf aber keineswegs vergessen werden, daß die Verordnung über die Feststellung der politischen Belastung auch eine ökonomisch-soziale Seite hatte. Schon der Hinweis, daß die Sühnemaßnahmen "über die Nachteile hinaus, die in den Rechtsvorschriften über die Bodenreform festgelegt sind" gelten sollten, genügte, um beide Komplexe miteinander zu verbinden.
Dazu kommt noch etwas Weiteres. In dem bisher noch nicht zitierten Einführungsparagraphen der Verordnung wird erklärt, daß die nach Ungarn hereinströmenden Flüchtlinge auf dem Besitz der national Untreuen angesiedelt werden sollen.
Daraus ist ersichtlich, daß die Kategorisierungsbestimmungen neben ihrer politischen Tendenz volkswirtschaftlich gesehen die Möglichkeit geben sollten, Land für die nach Ungarn einströmenden Flüchtlinge zu beschaffen. Damit sollten sie über die innerungarische Bodenreform hinaus noch einem zusätzlichen wirtschaftlichen Zwecke dienen.
Das Verhalten der neuen ungarischen Regierungs- und Polizeigewalten gegenüber den Volksdeutschen entsprach durchaus der Doppelgleisigkeit der Verordnung, d.h. der Verkoppelung politischer Sühnemaßnahmen mit diesen wirtschaftlich-sozialen Zwecken. Eine von der Regierung eingesetzte und in ihrer Zusammensetzung genau bestimmte Überprüfungskommission - auch Fünferkommission genannt - reiste in den Bezirken von Ort zu Ort und stufte jeden Volksdeutschen in eine Kategorie ein.
Da aber nicht sie, sondern die örtliche Bodenbeanspruchungskommission das Land beschlagnahmte, und diese sich wiederum ausschließlich nach der augenblicklichen Nachfrage richtete und dabei die Einstufungskategorie nicht unbedingt berücksichtigte, sie im Laufe der Zeit sogar mehr und mehr außer Betracht ließ, gingen politische und wirtschaftliche Aktionen eher neben- als miteinander. Die sozialrevolutionären und die nationalen Ziele deckten sich nicht immer.
Überhaupt erscheinen die Vorgänge in ihrer Gesamtheit betrachtet in ihrem Ablauf nicht von der Folgerichtigkeit beherrscht, die man nach dem Text der Verordnungen vermuten sollte. Zunächst einmal galt für die Zeit nach dem Umsturz in besonders starkem Maße all das, was schon in den vorhergegangenen Jahrzehnten für die ungarische Minderheitenpolitik charakteristisch gewesen war. Die administrative Praxis der Regierungs- und Polizeigewalten vollzog

sich keineswegs immer in den durch die Gesetze festgelegten Bahnen. Schon die nicht genau umgrenzten Begriffe - wie z.B. Faschisten oder Förderer von hitlerischen Organisationen - ließen einer willkürlichen Auslegung weiten Raum.
Bestimmend für die Behandlung der Volksdeutschen war darüber hinaus mehr die persönliche Einstellung der einzelnen größeren oder kleineren Machthaber. Diese wollten nun, sei es als ehemalige Verfolgte der nationalsozialistischen Politik, sei es als nationalistisch eingestellte Madjaren, für das erlittene echte oder vermeintliche Unrecht an den Deutschen des Landes Vergeltung üben oder versuchten als Angehörige der landlosen oder landarmen Bevölkerung, die meist kommunistisch eingestellt war, sich an dem volksdeutschen Besitz zu bereichern. Nicht zuletzt glaubten auch die asozialen Elemente, die in der Zeit des Umsturzes nach oben gespült worden und in einzelnen Gemeinden in die Polizei oder die örtlichen Verwaltungsbehörden eingedrungen waren, die Volksdeutschen terrorisieren zu können.
Diese selbst konnten aus ihren eigenen Erlebnissen die inneren Zusammenhänge nicht oder nur unvollkommen erfassen und hofften von Monat zu Monat auf eine Normalisierung, d.h. auf eine Besserung der Verhältnisse. Die Ausweisung nach Deutschland als letzte Phase, die schon im Januar 1946 begann und bis 1948 dauerte, setzte dann oft schon frühzeitig einen meist unvorhergesehenen Schlußpunkt unter solche Hoffnungen.
Bis dahin erfüllte sich das Schicksal der Volksdeutschen, gesteuert von der legalisierten Willkür der Verordnungen, in der Abfolge von Ereignissen, die sich in ihren einzelnen Phasen fast durchgängig erkennen lassen.
Schon auf Grund der Bodenreformgesetze war es theoretisch möglich, das gesamte in Ungarn verbliebene Deutschtum zu enteignen, durch Umsiedlungen aufzuspalten und zu zerstreuen. In der Praxis erwies sich der Zeitpunkt der Veröffentlichung als verfrüht, um diese Maßnahmen sofort in ihrer ganzen Schwere wirksam werden zu lassen.
Da nicht genügend Anspruchsberechtigte - landwirtschaftliches Gesinde, Landarbeiter und Kleinbauern - in den einzelnen Orten vorhanden waren oder die Neubauern einen Betrieb nicht fachgemäß leiten konnten, eine Enteignung ohne sofortige Neubesetzung aber volkswirtschaftlich unrentabel gewesen wäre, blieb es auch nach Verkündung der Bodenreform - die hauptsächlich als Stimmenfang für die Parteien des neuen Regimes gedacht war - noch weitgehend beim alten.
Die von den Evakuierten zurückgelassenen Höfe genügten in vielen Fällen schon, um einen Teil der landhungrigen Bevölkerung zu befriedigen, so daß in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch fast nur Volksbundmitglieder von Haus und Hof vertrieben wurden. Es kam aber schon in dieser ersten Enteignungsphase vor, daß politisch unbelastete Volksdeutsche ihr Eigentum verloren, wenn es sich um ein Besitztum handelte, das besonders reich oder gut bewirtschaftet in die Augen stach. Ebenso konnte es geschehen, daß zunächst nur das Vieh, dann die Acker- und Wirtschaftsgeräte oder wertvolle Landparzellen den Besitzer wechselten, bis endlich die plötzlich befohlene Räumung den Vorgang abschloß.
Die enteigneten Bauern konnten in der Regel weiterhin eine Stube ihres Hauses, die Knechtskammer, in Ausnahmefällen auch nur die Waschküche oder einen Abstellwinkel bewohnen und arbeiteten auf ihrem eigenen Besitz als Landarbeiter. Andere wurden ganz von ihrem Hof vertrieben, zogen zu Verwandten oder Bekannten, suchten sich eine Arbeit und warteten auf eine Klärung der Verhältnisse.
Wer schon in dieser frühen Zeit sein Besitztum verlor, mußte wohl den Eindruck gewinnen, daß er im Gegensatz zu seinem volksdeutschen Nachbarn, der noch über sein Eigentum verfügte, besonders schwer vom Schicksal geschlagen wurde; kaum einer der zurückgebliebenen Volksdeutschen war sich einer politischen Verfehlung gegen den ungarischen Staat bewußt. Die wenigen, die sich in der vergangenen Zeit tatsächlich exponiert hatten, waren im Zuge der Evakuierung nach Deutschland geflohen.

Während der Enteignungsbeschluß der örtlichen Bodenbeanspruchungskommissionen immer nur in Einzelfällen wirklich angewandt wurde und wohl als ein drohendes Verhängnis über allen Volksdeutschen schwebte, aber doch als abwendbar und nicht endgültig angesehen wurde, löste die Tätigkeit der Kommission zur Überprüfung der nationalen Treue in den meisten Fällen plötzliche Gesamtaktionen aus, oft in Form von Razzien.
Soweit die Angehörigen des Volksbundes oder zurückgekehrte ehemalige Mitglieder der Waffen-SS nicht schon früher zur Aburteilung durch die Volksgerichte in Untersuchungshaft abgeführt worden waren, begann im Frühjahr 1945 ihre systematische "Einlagerung" in die Internierungs- und Zwangsarbeitslager.
In diesen Lagern ließen sich die aufgehetzten Wachmannschaften in der ersten Zeit nach dem Regimewechsel des öfteren den Volksdeutschen, ebenso wie den Pfeilkreuzlern gegenüber Übergriffe und Mißhandlungen zuschulden kommen. Im allgemeinen blieb die Behandlung jedoch korrekt, wenn nicht sogar nachsichtig.
Die Zahl der internierten Volksdeutschen war, wenn man die im Laufe der folgenden Monate und Jahre aus der Gefangenschaft nach Ungarn zurückkehrenden Angehörigen der Waffen-SS hinzurechnet, sicher nicht größer als einige Tausend. Sie ist allerdings nicht klar zu umgrenzen, da vielleicht sogar von seiten der Regierung, sicher aber von den Volksdeutschen in ihren Berichten kein ausdrücklicher Unterschied zwischen Internierten und Zwangsarbeitern gemacht wurde, die Einziehung zur Zwangsarbeit wurde allgemein ebenfalls Internierung genannt. Arbeitslager befanden sich in allen Teilen des Landes, in den größeren Städten Zentrallager, von wo aus die Einsatzlager beliefert wurden.
Berüchtigt wegen der schlechten Behandlung wurde das große Lager in der ehemaligen Karlskaserne in Budapest, wo auch ungarische Soldaten und Zivilisten interniert waren. Weitere Zentrallager befanden sich u.a. in Köbanya, Baja, Lengyel, Zanegy, Raab, Bácsalmás.
Eine ganze Reihe von Eingezogenen, sowohl der Internierten wie auch der Zwangsarbeiter, wurden bereits nach wenigen Monaten wieder entlassen, besonders wenn sie zu alt, krank oder überhaupt arbeitsunfähig waren. Ein anderer Teil verließ einzeln oder in Gruppen heimlich die Arbeitskommandos. Die Flucht vom Arbeitsplatz war ohne größere Schwierigkeiten zu bewältigen. Man verdingte sich bei einem Madjaren der weiteren Umgebung als Knecht oder kehrte sogar in die Heimatgemeinde und in die eigene Wohnung zurück und nahm die Arbeit im eigenen Anwesen wieder auf, wenn es noch von der Familie bewohnt wurde.
Denunziationen waren bei der Loyalität der bäuerlichen Madjaren den Deutschen gegenüber nicht unbedingt zu fürchten. Als Gegenmaßnahme veranstalteten die Behörden ein- bis zweimal im Jahr Razzien auf die geflohenen Arbeitsdienstverpflichteten und die inzwischen zurückgekehrten ehemaligen SS-Leute. Die Restgruppe der Eingezogenen wurde dann kurz vor der Ausweisung in ihre Heimatorte entlassen, um dort den Transporten nach Deutschland eingegliedert zu werden.
Schon ein Teil der zuerst Entlassenen fanden ihre früheren Wohnungen und Gehöfte von Neusiedlern besetzt und mußten sich eine Notunterkunft suchen. War der Hof dagegen noch nicht beschlagnahmt, konnten sie auf ihm weiter wirtschaften, bis sich ein madjarischer Interessent für ihr Anwesen gefunden hatte, der auf Grund eines von den örtlichen Behörden ausgestellten Einweisungsscheins alle Rechte des Besitzers übernahm. Ebenso blieben die dem Gesetz nach Umzusiedelnden noch Monate und Jahre auf ihren Anwesen, wenn keine Neusiedler zur Verfügung standen oder der Hof nicht gefiel.
Die Internierung wurde in vielen Fällen durch ein Verfahren vor dem Volksgericht ersetzt, in dem die Beschuldigten zu ein bis drei, in Ausnahmefällen auch zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurden.
Da der Kreis der unter Kategorie I Fallenden naturgemäß außerordentlich klein war - die "Führer" waren geflohen und die Angehörigen der Waffen-SS noch in Gefangenschaft - zog

man alle irgendwie im Volksbund hervorgetretenen Personen zu dem Verfahren heran, ja man verurteilte sogar ohne jede Rechtsgrundlage Angehörige der Belasteten, z.B. Väter, deren Söhne in der Waffen-SS gedient hatten.
Im Laufe dieser Gerichtsverfahren - bei der Verhaftung, während der Untersuchungshaft und bei den Vernehmungen - kam es sehr oft zu Mißhandlungen und brutalen Ausschreitungen, da sowohl das Bewachungspersonal als auch die Richterkollegien zumeist aus fanatischen Deutschenhassern bestanden.
Ein großer Teil der Mitgliederkarteien des Volksbundes waren nach dem Zusammenbruch aufgefunden worden, so daß nur wenige "Volksbündler", denen es gelang, in fremden Dörfern als Landarbeiter Unterschlupf zu finden, auf freiem Fuß blieben.
Die Behandlung der Volksdeutschen war allgemein gesehen zumindest in der ersten Zeit recht unterschiedlich und von äußeren Zufälligkeiten, wie der Zusammensetzung der Gerichte oder der Bewachungsmannschaften, abhängig. Oft spielten dabei auch persönliche Spannungen eine erhebliche Rolle. Besonders bei der Taxierung und Einstufung in die einzelnen Strafklassen durch die Kreiskommission war aber auch oft neben kleinlichen Gehässigkeiten eine korrekte, wenn nicht gar großzügige Haltung zu beobachten.
Überhaupt wird das Gesamtschicksal des ungarländischen Deutschtums in dieser Zeit nicht so durch die erlittenen Ausschreitungen und körperlichen Mißhandlungen charakterisiert, als vielmehr durch zermürbende Unsicherheit. Die Hoffnung, daß die Strafmaßnahmen in nächster Zeit eingestellt würden, und daß dann der noch nicht enteignete Besitz erhalten bliebe, wurde immer wieder dadurch erweckt und bestärkt, daß monatelang nichts geschah, bis dann plötzlich innerhalb von einer Stunde der Räumungsbefehl erging.
Treuebeweise wurden gesammelt, Bittschriften und Beschwerden eingereicht, Bescheinigungen der verschiedensten Art von den Ortsbehörden erbeten und in der Regel von diesen auch bereitwillig ausgestellt, jeder nur denkbare Weg zur Sicherung des gefährdeten Besitzes wurde erprobt.
Eines Tages erschien dann trotz allem ein Mitglied der Enteignungskommission oder der Ortsbehörde, zusammen mit dem Neusiedler und verfügte die sofortige Räumung des Anwesens. Ebenso konnte es vorkommen, daß der neue Besitzer allein erschien, ein oder zwei Zimmer des Hauses bewohnte, sich im Laufe von Monaten oder eines ganzen Sommers in die Wirtschaft einführen ließ und dann eines Tages den alten Eigentümer auf die Straße setzte. Typisch war bei allen Formen der Besitzübernahme die plötzliche Vertreibung vom Hofe.
Um zu verhindern, daß der Enteignete Möbel, Haushalts- oder Wirtschaftsgeräte zu Bekannten schaffte oder verkaufte, ließ man ihn völlig im unklaren darüber, ob und wann die Verweisung aus dem Hause erfolgte. Die plötzlich aus ihrem Anwesen Verjagten erhielten nur eine armselige Ausstattung an Hausgeräten und Bekleidung und waren auf die Hilfe von Verwandten und Bekannten angewiesen, bis sie ihren Lebensunterhalt als Knecht oder Gelegenheitsarbeiter wieder selbst verdienen konnten.
Ein phasenmäßiger Ablauf der Enteignung ist daher nur in der Anfangszeit zu beobachten. Kurz nach dem Regimewechsel wurden fast ausschließlich nur Volksbundmitglieder von ihrem Hof gejagt, eine zweite Enteignungswelle lief dann nach der Ernte im Sommer 1945 an. Für die folgende Zeit kann man nicht mehr von Enteignungswellen sprechen. Die Höfe wechselten ihre Besitzer je nach der Menge der anfallenden Neusiedler, wobei die politische Einstufung der Deutschen eine immer geringere Rolle spielte.
Ab Frühjahr 1946 wurde dann vielfach nicht mehr umgesiedelt, sondern ausgewiesen, da sich inzwischen die auf Grund des Potsdamer Abkommens mögliche Ausweisung als die geeignete Lösung für die Ausschaltung der mißliebigen Deutschen gefunden hatte. Überhaupt verlagerte sich das Schwergewicht der Maßnahmen immer mehr aus der national-politischen in die wirtschaftliche Sphäre. Die willkürliche Behandlung der Volksdeutschen hörte nicht auf, sondern

veränderte nur ihre Formen.
Die Mißhandlungen in den Internierungslagern, in der Untersuchungshaft und während der Verhöre, sowie die ungerechtfertigten Verurteilungen machten wohl einer humaneren Behandlung Platz, dafür wuchs jedoch gerade unter dem Einfluß der immer stärker werdenden kommunistischen Partei die Zahl der selbst nach dem Maßstabe der weitgreifenden Verordnungen ungerechtfertigten Enteignungen. Die radikale Endphase dieser Entwicklung ist die Ausweisung und Vertreibung.
Zu der schon von der dritten Durchführungsbestimmung zur Bodenreform erwähnten und in die Kategorisierungsverordnung aufgenommenen Binnenumsiedlung von Personen, die "die Zielsetzungen der hitleristischen Organisationen unterstützt haben", ist es allerdings nicht mehr in großem Maßstab gekommen, weil die durch die Potsdamer Beschlüsse vom 6. August 1945 gebilligt und angekündigte Aussiedlung sich als ein weit geeigneteres Instrument zur Zerstörung der deutschen Siedlungen in Ungarn anbot.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die Gewalttaten und Zerstörung der Lebensgrundlagen in Jugoslawien (x006/102E-107E): >>... **Enteignung, Entzug der Bürgerrechte, Maßnahmen der politischen Bestrafung und Verfolgung**
Während noch die Front bei Esseg - Brcko verlief und der Nordwestteil Jugoslawiens noch nicht unter der Herrschaft der Partisanen stand, faßte der "Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens" (AVNOJ), der als provisorische Volksvertretung fungierte und seinen Verordnungen die bundesstaatliche Konstruktion eines neuen Jugoslawiens im Sinne des Nationalitätenprogramms der Partisanenbewegung zugrunde legte, auf seiner Sitzung vom 21.11.1944 in Belgrad den "Beschluß über den Übergang von Feindvermögen in Staatseigentum".
Mit dem Inkrafttreten dieses Beschlusses am gleichen Tage, wurde "sämtliches Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit, außer dem derjenigen Deutschen, die in den Reihen der Nationalen Befreiungsarmee und der Partisaneneinheiten Jugoslawiens gekämpft haben oder die Staatsangehörige neutraler Staaten sind, die sich während der Okkupation nicht feindlich verhalten haben" (Art. I, 2) konfisziert, wobei der Eigentumsbegriff des Beschlusses schlechthin allen materiellen Besitz samt allen Rechten und Ansprüchen auf Entgelt einschloß (Art. III). Das Vermögen von Flüchtlingen wurde der "Staatsverwaltung für Volksgut unterstellt" (Art. II).
Diese Blankovollmacht zur vollständigen Enteignung aller evakuierten, geflohenen und fast aller daheim gebliebenen Jugoslawiendeutschen gab den Partisanenausschüssen bis zur Aufhebung der Militärverwaltung im Februar 1945, anschließend den staatlichen Behörden, jede Möglichkeit, deutsches Eigentum gleich welcher Art, vornehmlich natürlich den reichen Landbesitz, zu beschlagnahmen und entschädigungslos zum jugoslawischen Staatsbesitz zu erklären.
Für die Verwaltung und Aufsicht über den beschlagnahmten Besitz war sodann eine Abteilung des "Kommissariats für Handel und Industrie" zuständig, die diese wiederum der Staatsverwaltung für Volksgut übertrug (Art. IV, 8).
In den Fällen, in denen noch keine Konfiskation durch irgendeine einzel- oder bundesstaatliche Instanz ausgesprochen oder kein Verfahren anhängig gemacht worden war, galt es als Aufgabe der Kommissionen für Kriegsverbrechen, den Übergang des vom Gesetz bezeichneten Besitzes in Staatseigentum herbeizuführen und gleichzeitig darüber den Beschluß eines Zivil- oder Militärgerichts zu erwirken.
Nach der Formulierung des Gesetzes (Art. IV) war dieser gerichtliche Entscheid als der die Enteignung bestätigende Rechtsakt notwendig. Das jugoslawische Gesetz vom 31.7.1946 über den "Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates" bestätigte noch einmal die

Konfiskation alles Besitzes von Deutschen ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit (Art. I, 2), d.h. ausgenommen wurden nur fünf genauer spezifizierte Personengruppen, nämlich Volksdeutsche, die

aktiv am Partisanenkampf teilgenommen oder in der "Volksbefreiungsbewegung" mitgewirkt hatten;

vor dem Kriege assimiliert und während der Besatzungszeit weder dem "Schwäbisch-Deutschen Kulturbund" beigetreten, noch als Angehörige der verschiedenen deutschen Volksgruppen aufgetreten waren;

es während der Besatzungszeit abgelehnt hatten, sich trotz der Aufforderung der Besatzungsbehörden als Angehörige der deutschen Volksgruppen zu bekennen;

eine Ehe mit einem Angehörigen der südslawischen Völker oder anerkannten Minderheiten geschlossen hatten oder

Staatsangehörige neutraler Staaten waren und sich während der Besatzungszeit "gegenüber dem Befreiungskampf der jugoslawischen Völker nicht feindselig" verhalten hatten.

Im Banat und in der Batschka wurde dieser AVNOJ-Beschluß vom 21.11.1944 den Deutschen nicht bekannt gemacht. Die deutsche Bevölkerung bekam seine Konsequenzen zu spüren, ohne von der Anordnung zu wissen und ohne - bis auf wenige Ausnahmen - die Gerichtsbeschlüsse über die Bestätigung der Enteignung zu erhalten. Im Bereich der Volksrepublik Kroatien dagegen sind solche Bescheide in zahlreichen Fällen zugestellt worden.

Die große Agrarreform, die am 23.8.1945 von der Koalitionsregierung der Partisanenführung mit Exilpolitikern, der Tito-Subasić-Regierung, verkündet wurde, wiederholte noch einmal die kollektive Diskriminierungsklausel gegen die deutsche Bevölkerung, indem laut Art. 10 a das gesamte anbaufähige Land von "Personen deutscher Nationalität", die gemäß dem Beschluß vom 21.11.1944 bereits enteignet worden waren, dem Bodenfonds für die Agrarreform zugewiesen wurde; dieser ehemals deutsche Besitz sollte (Art. 18) bevorzugt jugoslawischen Partisanen und Soldaten übertragen werden.

Hier wird deutlich, daß die Liquidierung der deutschen Frage zugleich eine Vorstufe der kommunistischen Landwirtschaftspolitik darstellte.

Die Jugoslawiendeutschen wurden jedoch nicht nur enteignet. Durch den AVNOJ-Beschluß vom 21.11.1944 wurden sie auch pauschal zu "Volksfeinden" erklärt, und zwar im "außergerichtlichen Verfahren", das "hauptsächlich wegen der Konfiskation des Vermögens der Volksfeinde eingeführt wurde". Damit war die Entziehung der bürgerlichen Rechte ... verbunden, die im extremsten Sinn außer der Enteignung auch den Verlust der persönlichen Freiheit, das heißt die Internierung zur Folge hatte und oft auch von Volksdeutschen und unteren Partisanenführern als Entziehung der Staatsangehörigkeit mißverstanden wurde.

Eine Kollektivausbürgerung wie in anderen Vertreibungsländern ist jedoch in Jugoslawien nicht erfolgt, verlor doch auch das Problem der Volksdeutschen nach der Flucht und Evakuierung der Mehrheit, der Enteignung und Internierung der im Lande Verbliebenen für das neue Regime sehr schnell seine Schärfe. Im neuen Staatsangehörigkeitsgesetz vom 23.8.1945 wurden die Volksdeutschen nicht vom Besitz der jugoslawischen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen.

Es enthielt eine "Kann"-Vorschrift, die es ermöglichte, Personen deutscher Volkszugehörigkeit durch Entscheid des Innenministeriums die Staatsangehörigkeit zu entziehen. Laut Artikel 16 bis 18 konnte nämlich die jugoslawische Staatsangehörigkeit "jedem" Angehörigen derjenigen "Völker" aberkannt werden, deren Staaten gegen Jugoslawien Krieg geführt hatten, sobald er vor dem Kriege oder während des Krieges "durch illoyales Verhalten gegen die nationalen und staatlichen Interessen der Völker der FVRJ gegen seine Pflichten als Staatsangehöriger verstoßen" hatte.

Der Entzug der Staatsangehörigkeit erstreckte sich auch auf Ehegatten und Kinder, es sei

denn, daß sie keine Verbindung mit dem Beschuldigten besaßen oder Angehörige eines der jugoslawischen Völker waren.
Eine Ergänzung zu Art. 35 des Staatsangehörigkeitsgesetzes, datiert vom 1.12.1948, bestimmte, daß alle "Personen deutscher Nationalität" automatisch nicht als Staatsangehörige der FVR Jugoslawien angesehen wurden, wenn sie sich zu diesem Zeitpunkt im Ausland befanden und vor dem Kriege oder während des Krieges "ihre Pflichten als Staatsangehörige" durch illegale Handlungen gegen die Volks- und Staatsinteressen der Völker der FVRJ Jugoslawien verletzt hatten. Damit wurde auf diesen Personenkreis die "Kann"-Bestimmung des Gesetzes vom 23.8.1945, nach der in jedem einzelnen Falle das Innenministerium zu entscheiden hatte, pauschal als "Muß"-Bestimmung angewandt.
Wenn zahlreiche Volksdeutsche nach der Entlassung aus den Internierungslagern der Woiwodina, vor allem seit dem Herbst 1948, zu einer bestimmten Registrierung bei den Ortsbehörden aufgefordert wurden, so handelte es sich dabei nicht, wie oft angenommen wurde, um die Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft, sondern um ein Registrierungsverfahren. Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangte die Feststellung der Länderstaatsangehörigkeit am Stichtag des 28.8.1945. Sie mußte in die von jeder Gemeinde zu führende Kartei der Staatsangehörigkeit der Volksrepublik eingetragen werden und galt dann zugleich als Beweis für die Bundesstaatsangehörigkeit.
Für Volksdeutsche war die Eintragung in das Staatsangehörigkeitsregister solange ausgeschlossen, wie ihnen die bürgerlichen Rechte entzogen und sie ohne ständigen Wohnsitz waren. Erst die Entlassung aus den Internierungslagern, aus der Kriegsgefangenschaft oder Haft mit der Erklärung zu "freien Bürgern der FVR Jugoslawien" ermöglichte und erforderte die Anmeldung zur Registrierung in der Staatsangehörigkeitskartei.
Dieser Registrierung, die vermutlich in der Regel mit der Anmeldung bei der Behörde des zugewiesenen Aufenthaltsorts verbunden war, konnten sich die Volksdeutschen nur ganz selten entziehen, so daß sie in der überwiegenden Mehrzahl als jugoslawische Staatsangehörige eingetragen wurden.
Im Hinblick auf die ersten Nachkriegswahlen, die am 11.11.1945 abgehalten wurden und denen am 29.11.1945 die Ausrufung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, am 22.12.1945 die Anerkennung der jugoslawischen Regierung durch Großbritannien und die USA folgte, wurde am 10.8.1945 ein Gesetz "über die Wählerlisten" erlassen.
Auch in ihm war eine Reihe diskriminierender Klauseln enthalten, die den Volksdeutschen das Wahlrecht verweigerten. Ausgeschlossen von der Ausübung des Wahlrechts wurden nach Artikel 4 alle Angehörigen des deutschen Militärs, die Mitglieder des "Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes" und "anderer Organisationen der Okkupanten" samt den jeweiligen Familienangehörigen, sowie alle Personen, die im "politisch-polizeilichen Dienst" der Okkupationsmächte gestanden oder diese militärisch und wirtschaftlich unterstützt hatten.
Die Rubrizierung gestattete es, bei entsprechend weitherziger Auslegung das gesamte Jugoslawiendeutschtum, wiederum allerdings mit Ausnahme derjenigen, die den "Volksbefreiungskampf" unterstützt hatten, von der Wahlbeteiligung auszuschließen, denn auch dem letzten, politisch gleichgültigen volksdeutschen Bauern in der Woiwodina ließ sich mühelos zumindest die "wirtschaftliche Unterstützung" der deutschen Besatzungsmacht nachweisen.
Außerdem besaßen jedoch alle diejenigen Personen keine Wahlrechte, die "zum Verlust der politischen Rechte" verurteilt worden waren, so daß der Rekurs (Rechtsbehelf) auf den AVNOJ-Beschluß vom 21. November 1944 eine zusätzliche Möglichkeit geboten hätte, Deutsche von den Wahlen fernzuhalten. All dies sind freilich theoretische Betrachtungen, denn angesichts der allgemeinen Internierung der Deutschen existierte in einem praktischen Sinne ohnehin keine Aussicht, daß Deutsche auf ihrem Wahlrecht hätten bestehen können.
Wenn man sich weiterhin vor Augen hält, daß sich die Jugoslawiendeutschen seit dem Früh-

jahr 1945 geschlossen in Lagern befanden, wo es für sie um das bare Überleben ging, dann erscheint auch das Gesetz vom 25.8.1945 über "Straftaten gegen Volk und Staat", allenfalls als formalistische Abrundung der antideutschen Gesetzgebung.
Ohne Rücksicht auf den Grundsatz "nullum crimen sine lege" konnten gemäß diesem Gesetz rückwirkend alle möglichen Handlungen von Volksdeutschen als den Interessen des jugoslawischen Staates oder seiner Völker zuwider klassifiziert werden. Ganz gleich, ob sie vor oder nach der Kapitulation vom April 1941 verübt worden waren, der Katalog der aufgezählten Vergehen erschien reichhaltig genug, um die Verhandlungen vor einem Volksgericht auf der Ebene der Bezirks- oder des obersten Republikgerichts zu rechtfertigen.
Dadurch wurden neue Möglichkeiten zur politischen Bestrafung geschaffen, die auch dazu gedient haben, in zahlreichen Prozessen gegen Deutsche hohe Strafen zu verhängen. Für den tiefsten Eingriff in die Rechte der Volksdeutschen: für ihre Internierung und Unterwerfung unter Zwangsarbeit hat es überhaupt keine gesetzlichen Grundlagen gegeben, als "Volksfeinde" sahen sie sich vielmehr "im außergerichtlichen Verfahren" jahrelang dieser Willkürbehandlung ausgesetzt.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Zerstörung der Lebensgrundlagen in Rumänien (x007/82E-85E): >>... Die schon Ende 1944 einsetzenden Versuche, die rumänische Nationalitätenpolitik auf neue Grundlagen zu stellen, waren von Anfang an kommunistisch gelenkt.
Bei der Bildung des zweiten Kabinetts Sanatescu wurde der kommunistische Professor G. Vladescu-Racoasa zum Minister für Nationale Minderheiten ernannt.
Aufgabe des neugeschaffenen Ministeriums war das Studium "aller durch das Bestehen verschiedener auf dem Gebiet des rumänischen Staates mitwohnender nationaler Minderheiten entstehenden Probleme" und die Überwachung und Kontrolle "aller Maßnahmen, die das gesamte soziale Leben der nationalen Minderheiten betreffen, im Rahmen des Statuts für Nationale Minderheiten".
Das noch im letzten Monat der Amtszeit Radescus, am 6. Februar 1945, erlassene Statut sichert allen rumänischen Staatsbürgern "ohne Unterschied der Rasse, Nationalität, Sprache und Religion" volle Gleichberechtigung zu, wobei nationaler Exklusivismus wie die Propagierung von Haß oder Verachtung um der Rasse, Religion oder Nationalität willen ausdrücklich unter Strafe gestellt werden.
Der freie Gebrauch der Muttersprache im privaten Bereich wurde ebenso verbürgt, wie ihre Zulassung als Amts- und Gerichtssprache in Orten und Bezirken, in denen die Angehörigen einer Minderheit mehr als 30 % der Bevölkerung ausmachen; über die Einrichtung staatlichen Unterrichts in den Sprachen der Minderheiten hinausgehend, sollten sich auch die konfessionellen Privatschulen der Minderheiten staatlicher Unterstützung erfreuen.
Das Nationalitätenstatut wurde durch die Regierung Groza ausdrücklich bestätigt und durch ein besonderes Strafgesetz verstärkt. Ein weiteres Dekret verbot den Gebrauch des Begriffs "Minderheit"; an die Stelle des Verhältnisses von Staatsnation und Minderheiten trat im Sinne der marxistisch-stalinistischen Nationalitätenpolitik die Idee der "zusammenwohnenden" oder "mitwohnenden Nationalitäten".
Ziel dieser Nationalitätenpolitik war es zunächst, dem Kommunismus angesichts der kommunistenfeindlichen Haltung weiter Kreise des Rumänentums bei den Angehörigen der nationalen Minderheiten, den Serben, Ukrainern, Zigeunern, Türken, Tataren, besonders aber den Madjaren, Rückhalt zu verschaffen. Die Sicherung der madjarischen Nationalitätenrechte bildete darüber hinaus eine wesentliche Voraussetzung für die wenige Tage nach dem Regierungsantritt Grozas verfügte endgültige Rückgabe Nord-Siebenbürgens an Rumänien.
Die Volksdeutschen waren von den Vergünstigungen des Nationalitätenstatuts in den ersten Jahren weitgehend ausgeschlossen, obwohl im Organisationsgesetz des Minderheitenministe-

riums neben der madjarischen, slawischen und "balkanischen" ausdrücklich auch eine: deutsche Sektion vorgesehen war.
Die "Deutsche Volksgruppe in Rumänien" und die ihr 1940 verliehenen Privilegien waren, wohl unter Bezug auf Art. 15 des Waffenstillstandsvertrages, durch Dekret vom 8. Oktober 1944 aufgehoben worden. Unmittelbar nach der rumänischen Kapitulation hatte Senator Hans Otto Roth nach Fühlungnahme mit Ministerpräsident Sanatescu in einem "Aufruf an die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben" die Verantwortung für die Deutschen in Rumänien übernommen.
Als Kurator der evangelischen Landeskirche, mit deren neugewähltem Bischof Dr. Friedrich Müller er eng zusammenarbeitete, behielt Roth auch in der Folgezeit einen gewissen Einfluß. Seinen persönlichen Beziehungen zu Maniu und Bratianu waren: manche Erleichterungen zu verdanken, wenn er auch die von den Sowjets angeordnete Deportation nicht verhindern konnte. Die demokratischen rumänischen Parteien ermöglichten die Herausgabe der "Temesvarer Zeitung" - mit einer Sonderausgabe für Siebenbürgen -, neben der als sozialdemokratisches Organ die ebenfalls deutschsprachige "Freiheit" erschien.
Auf die Dauer mußte sich angesichts der innenpolitischen Gewichtsverlagerungen freilich gerade dieser enge Kontakt der alten sächsischen Führungsschicht zu den "historischen Parteien" nachteilig auswirken; schon gegen Ende des Jahres 1945 ließ Ministerpräsident Groza Roth mitteilen, er könne ihn als "bürgerlichen Reaktionär" nicht mehr empfangen.
Die Politik der rumänischen Kommunisten war in den ersten Jahren nach dem Kriege offen gegen die Volksdeutschen gerichtet. Versuche volksdeutscher Kreise, durch ein "Antifaschistisches Komitee" unter dem Hermannstädter Sozialisten Rudolf Mayer politisch zum Zuge zu kommen, blieben erfolglos.
Das im März 1945 erlassene Bodenreform-Dekret richtete sich in erster Linie gegen die ehemaligen Angehörigen der deutschen Volksgruppe, damit aber praktisch gegen die Volksdeutschen allgemein, da sie ja durch das Volksgruppengesetz von 1940 automatisch zu Mitgliedern der Volksgruppe erklärt worden waren.
Noch das am 14. Juli 1946 verkündete Wahlgesetz schloß neben Kollaborateuren, Kriegsverbrechern und an der Katastrophe des Landes Schuldigen auch alle Mitglieder der ehemaligen deutschen Volksgruppe vom Wahlrecht aus.
Schlimmer noch als die gesetzliche Diskriminierung war die praktische Rechtlosigkeit der Volksdeutschen. Kommunistische Haßpropaganda führte zu örtlichen Ausschreitungen, gegen die vielfach auch wohlwollende Beamte machtlos waren. Willkürliche Beschlagnahmen von Wohnungen, Häusern und sonstigem deutschen Eigentum, Haussuchungen und Verhaftungen blieben auch weiterhin an der Tagesordnung, betrafen freilich das rumänische Bürgertum in kaum geringerem Maße.
Für die Volksdeutschen in den zur Deportation herangezogenen Altersklassen bestand, soweit sie der Verschleppung im Januar 1945 entgangen waren, eine amtlich verfügte Arbeitspflicht, in deren Rahmen sie im Lande, zum Teil in den Bergwerken von Petroseni und Anina, zum Teil zu gelegentlichen Straßen- und Aufräumungsarbeiten, eingesetzt wurden.
Selbst von kommunistischer Seite scheint jedoch eine geschlossene Aussiedlung der Volksdeutschen aus Rumänien, wie sie in der Tschechoslowakei, in den östlichen Reichsgebieten und in Ungarn erfolgte, nie ernsthaft erwogen worden zu sein. Schon in den Jahren 1946/47 gelang den Deutschen dann zum Teil eine gewisse Konsolidierung auf wirtschaftlichem Gebiet, vor allem aber im kirchlichen Bereich und im Schulwesen.
Der offene Übergang Rumäniens zur kommunistischen Diktatur in der zweiten Jahreshälfte 1947 schuf schließlich mit der Ausdehnung der 1944/45 proklamierten Nationalitätenpolitik auf die Deutschen bei gleichzeitiger Inangriffnahme der systematischen Bolschewisierung des Landes völlig neue Voraussetzungen.<<

**Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in Ost-Mitteleuropa**

Nach Abschluß der militärischen Aktionen inhaftierte man alle "verdächtigen Deutschen" vorübergehend in Zuchthäusern und Gefängnissen oder transportierte sie nach der "Entnazifizierung" in hoffnungslos überfüllte Internierungs- bzw. Zwangsarbeitslager (z.T. handelte es sich um ehemalige NS-Konzentrationslager). Hunderttausende von Unschuldigen fielen planmäßigen Massenverhaftungen zum Opfer.

Die Internierungslager in Ost-Mitteleuropa waren nicht selten regelrechte Seuchenhöllen, Hungerquartiere und Sterbelager, so daß die Deutschen "wie die Fliegen" starben. In den Internierungslagern gab es mehrheitlich nur Hungerrationen, weil große Teile der Lebensmittellieferungen von den Lagerleitungen oder dem Wachpersonal unterschlagen wurden.

Willkürliche Übergriffe waren an der Tagesordnung. Angst, Hunger und Not bestimmten die Haftzeit der deutschen Internierten. Verstöße gegen die Lagerordnung wurden vielerorts mit Prügelstrafen oder Bunkerhaft geahndet. Während der Bunkerhaft mußten die Häftlinge meistens auf dem blanken Betonboden zubringen und erhielten häufig tagelang kein Wasser und keine Verpflegung.

Ständige Mißhandlungen, mangelhafte Unterkünfte, ungenügende Verpflegung und große Epidemien forderten ungezählte Opfer. Aufgrund der katastrophalen hygienischen Zustände und unzureichenden Ernährung brachen in den Lagern verheerende Seuchen und Ungezieferplagen aus. Eine ausreichende medizinische Betreuung existierte nur sehr selten. Während der Sommermonate wurden die hilflosen Menschen von Flöhen, Wanzen, Läusen und anderem Ungeziefer bis aufs Blut gequält. Obwohl Ärzte unter den Inhaftierten waren, konnten sie nicht helfen, denn im allgemeinen gab es weder Medikamente noch Verbandsmaterial. In vielen Zellen lagen Kranke, Sterbende und Tote.

Im Jahre 1945 kamen z.B. im sowjetischen Deportationslager Preußisch Eylau mindestens 6.000-7.000 (ca. 50 %) der deutschen Gefangenen durch Hungertyphus und Krankheiten um (x010/33). Im sowjetischen Zentralgefängnis Graudenz erlagen sogar etwa 5.000, der rd. 8.000 Inhaftierten, den Ruhr- und Flecktyphusepidemien (x010/34).

Im Winter litten die abgemagerten Lagerinsassen unter der großen Kälte. Da die inhaftierten Deutschen durch den ständigen Hunger geschwächt waren und kaum Winterkleidung oder Heizmaterial besaßen, starben in den Wintermonaten ungezählte Inhaftierte.

Obgleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten. In den Lagern fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen. Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen. In den Zwangsarbeitslagern (Polen und Ostdeutschland = 1.255 Lager, Tschechoslowakei = 846 Arbeits- und Straflager, Jugoslawien = ca. 1.500 Lager und Gefängnisse) wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Manche Juden, die nach ihrer Befreiung wieder im KZ Theresienstadt inhaftiert wurden, berichteten, daß die Essenrationen im Juli 1945 um 50 % niedriger waren als während der NS-Haft im Dezember 1944.

Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.

Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. Diese monatelange, vielfach sogar jahrelange Schrekkenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, zerbrach auch den härtesten Willen der Menschen. Zum Schluß waren die Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Zwangsarbeit" (x051/660):

>>Zwangsarbeit, nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) von 1930 "jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat".
Im Zweiten Weltkrieg konnte die deutsche Rüstungsindustrie ihre erstaunlichen Leistungen nur durch einen hohen Anteil von Zwangsarbeit erbringen, die v.a. von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen geleistet wurde. Zwangsarbeit der deutschen Kriegsgefangenen wurde im und nach dem Krieg in der Sowjetunion und in geringem Maßstab auch in Frankreich, Belgien u.a. als Reparationsleistung und Wiedergutmachung gefordert.
In der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen von 1948 wurde Zwangsarbeit geächtet, das Grundgesetz untersagt sie in Artikel 12.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Zwangsarbeit und Lager in Polen (x001/131E-135E): >>Von der Einlieferung in Arbeitslager wurden nicht nur die eingesessenen Volksdeutschen, sondern gleichermaßen auch die in den Reichsgau Wartheland eingewiesenen deutschen Umsiedler sowie die noch in Polen zurückgebliebenen Reichsdeutschen betroffen, wenngleich letztere im allgemeinen früher entlassen und ausgewiesen wurden.
Der Arbeitseinsatz der Deutschen in Polen begann schon unmittelbar nach der Besetzung mit Schanz- und Aufräumungsarbeiten im rückwärtigen Frontgebiet. Deutsche Frauen mußten, den rohen Schikanen der polnischen Miliz ausgesetzt, von russischen Soldaten belästigt und vergewaltigt, bei völlig unzureichender Verpflegung Leichen bergen, Tierkadaver begraben, Munition und Kriegsgerät fortschaffen, Straßen und Wege freilegen und Häuser säubern.
Später begann ein systematischer Einsatz in der Landwirtschaft und Industrie. Um die große Zahl der dem Arbeitszwang unterliegenden Menschen erfassen und planvoll einsetzen zu können, wurde ein Netz von Arbeitslagern über das ganze Land gelegt.
Zunächst dienten als solche die zum Teil bereits im Zuge der Enteignungsaktion eingerichteten Internierungslager. Im Verlauf der Jahre 1945/46 reduzierte man ihre Zahl und faßte schließlich alle im polnischen Staatsgebiet internierten Deutschen in den großen Zentralarbeitslagern Potulice bei Bromberg, Gronowo bei Lissa und Sikawa bei Lodz zusammen, die erst in den Jahren 1949 und 1950 von der polnischen Regierung aufgelöst worden sind.
In diese Lager sind im Laufe der Zeit so gut wie alle Deutschen in Polen eingewiesen worden, relativ spät die deutschen Bewohner der größeren Städte, z.B. von Posen, Bromberg, Lodz, die aus ihren Wohnungen gewiesen vorher oft lange Zeit in Ruinen und Kellerlöchern gehaust hatten.
In den Zentrallagern wurden sie alle registriert und auch diejenigen als Lagerangehörige geführt, die seit ihrer Enteignung in landwirtschaftlichen Betrieben und Wirtschaftsunternehmen arbeiteten. Kranke und Arbeitsunfähige wurden ständig in den Lagern gehalten, und dorthin mußten auch die Arbeitsfähigen zu ihrer weiteren Verwendung zurückkehren, sobald sie ihren bisherigen Arbeitseinsatz beendet hatten. –
Bei der Unterbringung in den "Stammlagern" und der Verschickung zum Arbeitseinsatz wurden Familienangehörige rücksichtslos auseinandergerissen.
Von den Lagern aus gingen verschiedene Transporte mit internierten deutschen Zwangsarbeitern nach dem oberschlesischen Industriegebiet, andere nach Warschau zu Aufräumungsarbeiten. Die Mehrzahl der Lagerinsassen wurde jedoch gruppenweise oder einzeln zur Landarbeit auf staatliche Güter oder private Höfe verteilt.
Um aus den Deutschen einen möglichst hohen Gewinn herauszuschlagen, ging man schon bald dazu über, von jedem, der deutsche Arbeitskräfte benutzte, einen Mietpreis zu fordern, wodurch die Sammellager zu einer Art von Sklavenmärkten wurden, auf denen man deutsche Arbeitskräfte anbot und verkaufte. Polnische Bauern und Unternehmer suchten sich die ihnen geeignet erscheinenden Männer und Frauen heraus, wobei der Mietpreis etwa ein Zehntel des-

sen betrug, was normalerweise der Lohn eines polnischen Arbeiters war.
Es war kein Wunder, daß der Wunsch, deutsche Arbeitskräfte zu bekommen, sehr groß war und daß die Deutschen mitunter zum Objekt von Schachergeschäften wurden, an denen sich vor allem mancher polnische Lagerleiter bereicherte. Die billige Arbeitskraft der internierten Deutschen wurde schließlich der Grund, daß man die Ausweisung, die für alle Deutschen im Dekret vom 13. September 1946 beschlossen worden war, sehr ungern sah und sie zu verzögern trachtete.
Diese plötzliche Wertschätzung der Deutschen auf Grund ihrer Billigkeit und ihrer Arbeitskraft steigerte indessen nur die Erniedrigung, in die die deutsche Bevölkerung hinabgestoßen war, und trug kaum etwas bei, ihre Lage zu verbessern. Wehrlos mußten sie sich schwerste Arbeitsleistungen abzwingen lassen und lebten in dürftigen Unterkünften bei schlechter Verpflegung, ohne Löhnung und ärztliche Betreuung, oft auch von Ungeziefer und Krankheiten befallen oder Verhöhnungen und Schikanen ausgesetzt, ein Sklavendasein, das sie seelisch zermürbte und abstumpfte, die Gesundheit ruinierte und vielen das Leben kostete.
Dennoch bewarb sich die internierte deutsche Bevölkerung um den Arbeitseinsatz, vor allem in der Landwirtschaft. Er gab immerhin die Chance, daß man es mit polnischen Arbeitgebern zu tun bekam, die sich von menschlicheren Empfindungen leiten ließen; er brachte die Möglichkeit, den Quälereien im Lager auszuweichen und sich zusätzliche Nahrungsmittel zu verschaffen. Einzelnen Spezialarbeitern gelang es sogar, nach kurzer Zeit bereits wieder ein gewisses Maß an Freizügigkeit zurückzugewinnen.
Demgegenüber erschien das Leben der Alten, Kranken und Kinder geradezu hoffnungslos, die - als Arbeitskräfte verschmäht - Jahr um Jahr in den Internierungslagern verbringen mußten. Ihr Leiden überschritt alles Maß. Sie konnten den quälenden Schikanen und der oft sadistischen Grausamkeit der Bewachungsmannschaften nicht entrinnen. Sie mußten sich mit der unzureichenden Lagerverpflegung begnügen, die durch Unterschlagungen der Bewachungsmannschaften häufig noch verringert wurde.
Durch totale Entkräftung hilflos geworden, ohne Medikamente, von Ungeziefer geplagt, ohne Möglichkeit, auch nur die primitivsten Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen, siechten sie dahin. Deutsches Pflegepersonal stand diesem Elend in Ermangelung jeglicher Hilfsmittel machtlos gegenüber.
Typhusepidemien grassierten vor allem im Sommer und Herbst 1945 in vielen Lagern und rafften zahllose Insassen dahin. Planmäßiges Erschießen von Alten und hilflosen Kranken, wie es beispielsweise im Lager Kaltwasser geschah, Gewalttaten und Mißhandlungen der Wachmannschaften, oft geleitet von dem Bestreben, Behandlungsmethoden nationalsozialistischer Konzentrationslager zu imitieren, erhöhten die Zahl der Todesopfer. Allein im Altersheim des Lagers Potulice starb in den Jahren 1947 bis 1949 die Hälfte aller Eingelieferten.
Wie hoch die Zahl derjenigen ist, die in der Zeit von 1945-1950 in den polnischen Internierungslagern gestorben sind, wird sich wohl nie mehr feststellen lassen. Die Zahl der Verstorbenen, wo sie überhaupt registriert wurde, ist von den Lagerleitungen möglichst geheim gehalten worden.
Massengräber wurden zum Teil eingeebnet, bepflanzt und als Grabstätten unkenntlich gemacht. Niemand durfte Gräber mit namentlich gezeichneten Holzkreuzen versehen.
Katastrophal wirkte sich die Internierung auf die deutschen Kinder aus, zumal als man im Sommer 1945 dazu überging, sie rigoros von ihren Müttern zu trennen, um auch deren Arbeitskraft voll ausnutzen zu können. Fast alle Säuglinge starben, größere Kinder lebten in Gemeinschaftsbaracken, getrennt von ihren Eltern und sich selbst überlassen. Ihre Ernährung besserte sich in späteren Jahren dank der Hilfsaktion des Internationalen Roten Kreuzes, obwohl ihre Verwahrlosung dadurch nicht aufgehalten werden konnte.
Die polnische Regierung betrachtete die von ihren Eltern getrennten deutschen Kinder als

Staatseigentum und war bestrebt, sie zu polonisieren. Sie veranlaßte ihren Transport in Kinderheime, wo viele infolge der zeitweiligen Überfüllung verhungerten, oder gab sie in polnische Familien. Jeglicher Briefwechsel mit den Eltern war untersagt, und nur illegal gelang es manchen der verzweifelten Mütter, mit ihren Kindern in Verbindung zu bleiben.
Einer größeren Anzahl von ihnen ist es gelungen, im Laufe der nächsten Jahre ihre entfremdeten, häufig nur noch polnisch sprechenden Kinder zurückzubekommen. Viele dagegen wurden schließlich ausgewiesen, ohne ihre Kinder je wieder zu Gesicht bekommen zu haben. Anderen wiederum verweigerten polnische Familien die Rückgabe der ihnen übergebenen Kinder.
Es gab Fälle, wo eine Kostenvergütung zur Bedingung der Rückgabe gemacht wurde, die von den zwangsweise und unbezahlt arbeitenden Müttern nicht aufgebracht werden konnte. Auch diese mußten die Heimat ohne ihre Kinder verlassen, falls sich nicht mitempfindende Polen fanden, die ihnen das Geld gaben.
Noch heute, acht Jahre nach Kriegsende, bemüht sich der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in Einzelverhandlungen, diese Kinder ihren Eltern wieder zuzuführen.
Am unerträglichsten waren die Lebensverhältnisse der Volksdeutschen in den Jahren 1945/46; erst in den folgenden Jahren besserten sie sich allmählich. Zumindest in der breiten Masse des polnischen Volkes waren Haß- und Rachegefühl abgeklungen. Der Widerwille gegen das kommunistische Regime im eigenen Lande und die Abhängigkeit von der Sowjet-Union bestimmte jetzt die Empfindungen vieler Polen und nahm der Feindschaft gegenüber den Deutschen einiges an Schärfe.
Aber das Leben der deutschen Bevölkerung war inzwischen hoffnungslos verelendet, das Dasein unter den drückenden Anforderungen der Zwangsarbeit und dem Mangel jeglicher Freizügigkeit in den Internierungslagern noch 1949 so quälend und entmutigend, daß sie nach dem totalen Verlust von Heimat und Besitz nur noch die Ausweisung als Erlösung aus furchtbarer menschlicher Not erhoffen konnte.<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die Internierungslager und Mißhandlungen in Polen und in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x010/36-38): >>... Von der ... Gesamtzahl der Gefängnisse und Lager waren 119 Gefängnisse und 681 Lager in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße gelegen, von denen das größte und berüchtigste Lamsdorf in Oberschlesien gewesen ist ...
Nicht möglich ist es aber, auch nur annähernd zu einer Schätzung der Anzahl der Personen zu gelangen, deren Tod auf Ausschreitungen in Gefängnissen und Lagern zurückzuführen ist. Sehr unterschiedlich sind aber auch die Todesquoten über die einzelnen Lager. Sie differieren z.T. zwischen 20 und 50 % der Insassen, die zwar vorwiegend als Folge von Seuchen und Krankheiten, verursacht durch unzureichende Ernährung (Hungertyphus), unhygienische Zustände zu verzeichnen waren, die aber auch in nicht unerheblicher Anzahl Todesopfer durch Mißhandlungen und Erschießungen umfaßten.
Im Lager Lamsdorf kamen z.B. 6.084 der Insassen um. Unter anderem wird berichtet, daß alte, nicht mehr arbeitsfähige Menschen, die sich unter den Internierten befanden, nicht allein durch Aushungern, sondern auch durch Erschießung beseitigt wurden. Über die Anzahl der Kinder, die längere oder kürzere Zeit in Lagern waren, liegen für die Lager Lamsdorf und Potulice genauere Angaben vor. Insgesamt sollen hiernach in jedem dieser Lager 800 Kinder gewesen sein, davon auch Säuglinge, deren Anzahl in Potulice zwischen 30 und 50 wechselte. In einem kurzen Zeitabschnitt blieben von 50 Säuglingen in Potulice nur 2 am Leben.
Zu den in Verbindung mit dem Lagergeschehen dargestellten Unmenschlichkeiten gehört auch die Verbringung von Kindern der Internierten, ohne daß die Eltern verständigt wurden, wodurch eine große Anzahl von Kindern für die Eltern verschollen blieb.
... Die unmittelbar nach der Eroberung Zentral- und Westpolens durch die Rote Armee hier eingesetzte polnische Miliz beteiligte sich in den dortigen deutschen Siedlungsgebieten an der

Erschießung von Deutschen durch sowjetische militärische Einheiten und setzte sie fort, wie dieses besonders in dem Berichtsmaterial über zentralpolnische Gebiete zum Ausdruck kommt.
In den Reichsgebieten waren es zunächst polnische Partisanengruppen, die in Gemeinden einzelne Personen erschossen. Mißhandlungen wurden Personen vielfach bei Durchsuchungen ihrer Wohnungen durch die Miliz oder in den sog. "Prügelstuben" der Gemeindemiliz oder bei Ausplünderungen durch polnische Zivilisten ausgesetzt.
Besonders schwere Mißhandlungen, auch mit Todesfolge, mußten Bewohner der Gemeinden erleiden, in deren Nähe Massengräber von KZ-Insassen, von russischen Kriegsgefangenen oder Ostarbeitern aufgefunden wurden. Die Bewohner der Gemeinden wurden gezwungen, die Gräber aufzugraben und die Leichen zu exhumieren, was unter Stock- und Peitschenhieben der Miliz, die hierzu von der umstehenden Menge angefeuert wurde, geschah.
In Niederschlesien wurden Bewohner einzelner Gemeinden gezwungen, diese zu verlassen und zwei bis drei Tage geschlossen auf einen sog. "Elends- oder Adolf-Hitler-Marsch" unter Bewachung von Miliz geschickt. Menschen, die den Anstrengungen nicht gewachsen waren, wurden dabei mißhandelt sowie auch getötet. Bei der Rückkehr in Gemeinden waren die Wohnungen ausgeplündert.
Zu Mißhandlungen und Erschießungen kam es ferner in den Gemeinden bei der Austreibung der Bevölkerung insbesondere zu Beginn der Austreibung im Sommer 1945 aus dem Gebiet des östlichen Brandenburgs sowie aus den westlichen Kreisen Ostpommerns und Niederschlesiens. Schließlich sind die brutalen Mißhandlungen zu erwähnen, die ... an Personen verübt wurden, die sich weigerten, der an sie gerichteten Forderung, für Polen zu optieren, nachzukommen. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet später (im Oktober 2019) über die Internierung von Deutschen in Polen (x358/62-66): >>**Der Tod sprach polnisch**
_ *von Gero Bernhardt*
Zahlreiche KZs der Nazis im Osten wurden nach dem Krieg weiter genutzt. Sie dienten als Sammellager zur Deportation von Deutschen in Stalins Gulags - doch auch die Polen übten Vergeltung. Besonders schlimm war es in Schwientochlowitz.
Die Konzentrationslager der Nationalsozialisten, insbesondere die barbarischen Todeslager im Osten, sind als Stätten grauenhaftester Verbrechen unauslöschlich in die Geschichte der Menschheit eingeschrieben. Die Hekatomben von Toten, der historisch beispiellose Massenmord an den Juden Europas, die Verfolgung und Vernichtung von Menschen, die sich gegen das NS-Regime stellten oder nicht in die von Hitler und seinen Paladinen ausgerufene "Volksgemeinschaft" paßten - das alles kann durch nichts aufgerechnet oder gar gerechtfertigt werden.
In Anbetracht der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten und der von ihnen begangenen Verbrechen bekundete Robert H. Jackson, der US-Chefankläger bei den Nürnberger Prozessen 1945/46, in denen sich die Hauptkriegsverbrecher auf seiten der Deutschen für ihre Schandtaten verantworten mußten: "Was die Welt bestimmt nicht braucht, ist die Idee, die einen aus den KZs herauszuholen und die anderen hineinzustecken."
Doch genau dies geschah. Die "Pest des 20. Jahrhunderts", wie der polnische Historiker Andrzej J. Kaminski, selbst einst Häftling in Nazi-Lagern, das KZ-Unwesen nannte, wurde 1945 keineswegs ausgerottet. "In den berüchtigten Konzentrationslagern der Hitlerzeit wechselten die Insassen und Wächter", schrieb der böhmische Militärschriftsteller Ferdinand Otto Miksche, der im Zweiten Weltkrieg dem französischen Generalstab unter Charles de Gaulle angehörte. Tatsächlich nutzten die Sieger viele der unter Hitler errichteten Lager weiter, bauten neue oder verschleppten, wie die Sowjets, Kriegsgefangene in ihre Gulags.

Auch dies gehört zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, des "Jahrhunderts der Lager", wie es der französische Historiker Bartolomé Bennassar formulierte.

**Abtransport in Auschwitz**

Selbst die Infrastruktur von Auschwitz - dem Inbegriff des Holocaust - nutzte man nach der Befreiung der Überlebenden weiter, wie der polnische Völkerrechtler Szkotnicki 1996 in einer Dokumentation berichtete. In der Zwangsarbeitereinrichtung Jaworzno bei Kattowitz, einer Nebenstelle des berüchtigten Todeslagers, seien bis 1953 weit über 10.000 Menschen zu Tode gekommen - nicht nur Deutsche, sondern auch Ukrainer und sogar Juden.

Stalin nutzte das Auschwitzer Gebiet gleich nach dem 27. Januar 1945, als die Rote Armee dort eintraf, als Deportationszentrum zur Massenverschleppung von Deutschen per Bahn in die Gulags. Schon am 28. Mai 1945 rollte ein Zug mit 1.200 Kriegsgefangenen und 200 Zivilpersonen von dort nach Karaganda in Kasachstan. Anfang Juni 1945 wurden in Auschwitz Waggons mit 1.800 gefangenen deutschen Soldaten und 200 Zivilisten zur Fahrt ins sibirische Lager Prokopjewsk beladen.

Am 12. Juni mußten von dort aus 2.000 Kriegsgefangene und 150 zivile Personen die Fahrt nach Kuibyschew bei Nowosibirsk antreten. Am Tag darauf folgte ein Deportationszug mit 2.000 Menschen ins sibirische Lager Kiselevsk-Baidajew. So ging es in den darauffolgenden Monaten weiter.

Die Transporte in sowjetische Lager dauerten oft bis zu sechs Wochen. Viele Verschleppte mußten schon unterwegs ihr Leben lassen. Sie starben an Seuchen und Krankheiten, Mangelernährung, Durst, sengender Hitze, klirrender Kälte und oft auch infolge von Mißhandlungen durch das Wachpersonal.

Nur eine Minderheit derer, die dann das Ziel erreichten, überlebte die Torturen in Stalins Lagern. Nach Angaben des israelischen Historikers Benjamin Pinkus sind rund 300.000 deutsche Zivilisten im Zuge der sowjetischen Deportationen in der Nachkriegszeit umgekommen. Die Zahl der vom Gulag verschlungenen Wehrmachtsangehörigen dürfte bei mindestens 1,5 Millionen liegen. Erst 1955, zwei Jahre nach Stalins Tod, erreichte Bundeskanzler Konrad Adenauer durch Gespräche mit dem neuen Kreml-Herrscher Nikita Chruschtschow, daß die letzten 10.000 Deutschen aus sowjetischer Gefangenschaft in ihre Heimat zurückkehren konnten.

**John Sacks Tabubruch**

Die KZs wurden aber nicht nur als Sammelstellen für Gulag-Transporte genutzt, auch das von den Sowjets eingesetzte polnische Satellitenregime internierte Deutsche in Auschwitz, Birkenau, Lamsdorf, Jaworzno oder Potulitz. Die Medien in Westdeutschland, in der DDR sowieso, schwiegen sich meistens darüber aus. Eine Ausnahme ist die Lokalreportage der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung über einen Schwurgerichtsprozeß in Essen 1961, bei dem Nachkriegsbestialitäten im oberschlesischen Lager Eintrachthütte-Schwientochlowitz (polnisch: Zgoda-Swietochlowice) zur Sprache gekommen waren.

Hierbei erfuhr die Öffentlichkeit beispielsweise davon, daß man in diesem Nebenlager von Auschwitz Deutsche hatte ausbluten lassen, nachdem ihnen die Pulsadern geöffnet worden waren. Ein Arzt namens Glombitza wurde in Essen zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er mit der polnischen Lagerführung zusammengearbeitet hatte und in zahlreiche Untaten verstrickt war. Allerdings hatte er sich, was ihm vor Gericht zugute gehalten wurde, nicht aus freien Stücken, sondern nur unter schwerem Druck zur Kollaboration bereitgefunden. Als vormaligen SA-Sturmführer hätte ihn sonst ein furchtbarer Foltertod erwartet.

Wie vermint dieses zeitgeschichtliche Gelände ist, bekam 1995 der US-Journalist John Sack zu spüren, als die deutsche Übersetzung seines Werkes *An Eye for an Eye* (*Auge um Auge*) über Terror gegen Deutsche in Oberschlesien nach 1945 veröffentlicht wurde, in dem das Lager Schwientochlowitz eine herausragende Rolle spielt.

Der Piper-Verlag ließ nach einer gewaltigen Medienkampagne gegen Sack, auf deren Höhepunkt dem Publizisten - der 1930 in New York als Sohn jüdischer Einwanderer aus Polen zur Welt gekommen war - sogar der absurde Vorwurf des Antisemitismus gemacht wurde, die mehreren tausend bereits gedruckten Exemplare der Erstauflage schließlich eine Woche vor dem geplanten Verkaufsbeginn einstampfen.
Sack reagierte darauf mit den Worten: "Ich bin schockiert. Ich glaube, die Deutschen sind reif genug, um sich selbst ein Bild zu machen." Bezeichnenderweise hieß es im Spiegel, daß die Quellen des Autors "noch jeder Prüfung standgehalten" hätten. Angreifbar seien bei ihm "nicht die Fakten, sondern Form und Stil". Für das hiesige Lesepublikum sei die Lektüre ganz einfach "schwer erträglich"…
Über Sack, der 2004 verstarb, schrieb das US-Magazin The Nation, er sei ein "Journalist von außergewöhnlicher Integrität und Unerschrockenheit" gewesen, hatte sich als Mitarbeiter bedeutender amerikanischer Publikationen wie The New Yorker, Harper's Bazaar und Esquire, als CBS-Korrespondent und einer der erfolgreichsten linken Sachbuchautoren Amerikas einen Namen gemacht.
Zu Bestsellern waren Enthüllungswerke wie "Lieutenant Calley. His Own Story über den Vietnamkrieg" geworden. Dem Schicksal der von den Nazis ermordeten Juden hatte er mehrere Reportagen gewidmet, und auch *An Eye for an Eye* wurde in den USA stark beachtet und von führenden Blättern rezensiert. Selbst seine heftigsten Kritiker in Amerika erhoben nie die Forderung nach Zensur des Werkes.

**In Morels Folterhölle**

Schon im Sommer 1945 hatte R. W. F. Bashford, ein Diplomat des britischen Foreign Office, an das Londoner Außenministerium gemeldet, daß die KZs im polnischen Machtbereich "nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden" seien. "Meistens werden sie von polnischer Miliz geleitet. In Swientochlowice müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben."
John Sack recherchierte auf der Basis solcher Meldungen und anderer Berichte. Laut *An Eye for an Eye* waren hunderttausende Deutsche nach Kriegsende solchem Terror ausgesetzt, insbesondere in Oberschlesien; 60.000 bis 80.000 hätten die Torturen nicht überlebt. An der Spitze des Lagersystems stand Chaim Studniberg, der seinen Lebensabend später in Israel verbrachte.
Die Leitung von Schwientochlowitz oblag Salomon (Schlomo) Morel, der im Krieg Heckenschütze kommunistischer Partisanen war und später auch die Gefängnisse von Ratibor und Kattowitz leitete. Auch Morel zog es 1992 nach Israel, allerdings unfreiwillig: Die polnische Staatsanwaltschaft hatte wegen der Untaten in den von ihm beaufsichtigten Einrichtungen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. "Salomon Morel müßte von den Israelis vor Gericht gestellt werden wie Eichmann", meinte Sack. Eine Auslieferung an Polen wurde von Israel zweimal verweigert. Er starb 2007 unbehelligt in Tel Aviv.
Doch für welche Verbrechen trug Morel Verantwortung? Berichte von Zeugen und Überlebenden, die sich Sack offenbarten, legen davon Zeugnis ab. Dorota Boreczek bekundete: "Ich war damals erst 13 Jahre alt und sah die Menschen dort wie Tiere verenden." Zeuge Gerhard Gruschka gab zu Protokoll: "Lagerkommandant Morel war von kräftiger Statur und erfüllt von brennendem Haß.
Wenn er sich einen Gefangenen persönlich vornahm, war ihm der Tod meist sicher. Morels "Spezialität" bestand darin, einen schweren Stuhl noch aus deutschen Lagerzeiten an den Füßen zu packen und dann mit der dicken Seite auf die Opfer einzudreschen. Wieder und immer wieder wurden schwer verletzte Häftlinge nach einer solchen Tortur in die Krankenbaracke oder mit zertrümmerten Schädeln gleich in die Leichenbaracke gebracht."

Eine weitere Vorliebe des Lagerkommandanten war, wie Gruschka schildert, die sogenannte Pyramide: "Morel zog irgendeinen Häftling aus der Reihe und warf ihn in die Mitte des Raumes mit Wucht zu Boden, daneben einen zweiten, einen dritten und vierten. Auf sie wurden weitere vier Häftlinge geworfen, bis mit Hilfe von Morels Begleitern fünf bis sechs Menschenschichten entstanden."
In Sacks Buch erfährt man, daß die zur Pyramide aufgehäuften deutschen Opfer zusätzlich aufs Grausamste mißhandelt wurden. Morel und seine Spießgesellen hätten auf die Unglücklichen mit Knüppeln eingeschlagen, "als wären sie Jäger vor einer Herde kanadischer Robben". Der Autor weiter:
"In den oberen Schichten schrien die Deutschen: "Nein! Bitte! Bitte nicht!", aus der Mitte drang Stöhnen, in den unteren Schichten war es still, denn das Gewicht von zwei Dutzend Menschen trieb den unten Liegenden die Gedärme aus dem Leib, sie lagen im Sterben." Morel, fährt Sack fort, habe dabei "gelacht wie ein Meschuggener" - so habe denn auch schon sein Deckname bei den jüdischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg "der Meschuggene" gelautet.
Bei seinen Taten habe sich der Menschenschinder auf "Rache" berufen, da seine Eltern und sein Bruder "von den Deutschen vergast" worden seien. In Wahrheit aber waren, wie Sack recherchierte, Morels Familienangehörige von polnischen Antisemiten erschossen worden. Auch Morels Behauptung, selber nach Auschwitz eingeliefert worden zu sein, war laut dem US-Journalisten falsch.

**Von Seuchen dahingerafft**

Ein Opfer schilderte gegenüber Sack Folgendes: "Oft schlug Morel mit bloßen Fäusten zu, meist gezielt ins Gesicht. Er konnte auch brutal mit dem Gummiknüppel zuschlagen. Und in regelmäßigen Abständen befahl er nachts: "Horst-Wessel-Lied singen, aber schnell!", und während wir sangen, prasselten die Gummi- und Holzknüppel auf uns nieder."
Der zur Zeit seiner Inhaftierung 14-jährige Eric van Calsteren sagte aus: "Mit der Eisenstange, mit der die Bottiche für das Essen geschleppt wurden, schlug man mir meine Beine ganz kaputt, und als ich wieder auf dem Boden lag, wurde ich noch mit Fußtritten bearbeitet. ... Daß es Tote gab, war schon ganz normal. Überall Sterbende. Im Waschraum, auf der Toilette, im und neben dem Bett. Es geschah fast immer in der Nacht, und wenn man zur Toilette mußte, stieg man über die Toten."
In seinem Buch schildert Sack, daß Hunde auf deutsche KZ-Insassen gehetzt wurden, darauf abgerichtet, die Geschlechtsteile der Opfer zu zerfetzen, daß Aufseher Lagerhäftlingen lebende Kröten in den Hals steckten, wodurch sie erstickten, daß Häftlinge geblendet und eingesperrte Kinder vergewaltigt wurden. Eine weitere Aussage eines Überlebenden von Schwientochlowitz: "Immer wurden wir geschlagen oder mußten uns gegenseitig schlagen. Ich meinen Vater und mein Vater mich. Wenn ich mich weigerte, wurde ich selbst geschlagen."

**Späte Wahrheit**

In Ausgabe 49/1994 schreibt die Zeit über das weiterbetriebene KZ Schwientochlowitz: "Der Fall (des jüdischen KZ-Kommandanten) Morel stellt die Geschichte auf den Kopf, macht aus Opfern Täter und aus Tätern Opfer." Die linksliberale Wochenzeitung entschied sich wegen dieser Brisanz für eine eigene Recherche, deren Ergebnis Sacks Aussagen bestätigte.
Das Blatt kommt zu dem Schluß: "Die Argumente für die Behandlung des Themas sind gewichtig. "Man muß die Wahrheit sagen", urteilt auch Feliks Lipman, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Kattowitz, obwohl Salomon Morel ihn aus Tel Aviv moralisch zu erpressen suchte: Wenn er ihn nicht verteidige, sei er kein Jude mehr. Doch für Lipman ... kann es Loyalität unter diesen Umständen nicht geben. "Nicht alle Deutschen sind Hitleristen und nicht alle Polen und Juden unschuldig", befindet er. "Wer Verbrechen begangen hat, muß dafür bestraft werden."

**Über 1.000 Marterstätten**

Dabei war Morels Lager noch nicht einmal das schlimmste. Insgesamt mußten Deutsche Sacks Untersuchungen zufolge nach Kriegsende im polnischen Machtbereich in über 1.000 ähnlichen Marterstätten leiden. Diese Größenordnung wird auch in anderen Quellen genannt. Der Historiker und Totalitarismusforscher Manfred Zeidler schreibt in seinem Werk Kriegsende im Osten: "Die Polen übernahmen in der Regel die von den russischen Militärbehörden eingerichteten Sammel- und Umschlaglager und bauten sie für ihre Zwangsarbeits- oder Internierungszwecke noch aus.

Insgesamt bestanden nach einer Liste des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes in den Gebieten östlich von Oder und Neiße 1.255 Lager der unterschiedlichsten Größen sowie 227 Gefängnisse, die der Inhaftierung von Deutschen dienten."

Sacks Buch, das nach dem Rückzieher von Piper in dem kleinen Hamburger Kabel-Verlag unter dem ursprünglich geplanten Titel *Auge um Auge* erschien, ermutigte immerhin einige bundesdeutsche Mainstream-Journalisten, sich mit dem tabuisierten Thema zu beschäftigen. So veröffentlichte die langjährige Korrespondentin der Zeit, Helga Hirsch, 1998 ihre Studie *Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950*. Sie hatte in polnischen Archiven recherchiert, Überlebende befragt, die Ereignisse konstruiert und bestätigte im Wesentlichen die Forschungsergebnisse des Amerikaners, auch in Bezug auf den Auschwitz-Komplex.

Darüber hinaus erschienen mehrere Bücher, in denen die Opfer über ihr Leid berichteten, etwa die 1996 erschienene Dokumentation Zgoda, ein Ort des Schreckens von Gerhard Gruschka aus Gleiwitz, der als Jugendlicher den Torturen polnischer Häscher ausgesetzt war.

**Zwangspolonisierung**

Fast vier Jahre nach Kriegsende berichtet eine Ostpreußin, wie die in der Heimat zurückgebliebene deutsche Bevölkerung gezwungen wurde, die polnische Staatsbürgerschaft (auf dem Papier "freiwillig") anzunehmen: "Als wenn der Teufel aus der Hölle, tobt und wütet, genau so fingen die Polen an zu toben, (zu) schikanieren und die Deutschen zur Unterschrift zu zwingen. ... Man hörte, wie die Schikanen dörferweise durchgeführt wurden. Und dörferweise haben die Deutschen unterschrieben.

Man hat sich immer gesagt, warum halten die Deutschen nicht stand. Viele saßen im Keller, aber sie haben alle kleingekriegt. Mit Gummiknüppeln, Drahtseilen und Eisenstangen. ... Die Deutschen wurden durchs Messer gejagt und mit Nadeln gestochen. Viele Leute haben es mit ihrem Leben bezahlt, sind irregeworden, haben sich aus Verzweiflung erhängt und sind an den Schlägen verstorben."

(*Brief der H. W. aus dem Kreis Sensburg, verfaßt im Februar 1949. Die beglaubigte Abschrift befindet sich im Bundesarchiv Ostdokumentation.)*<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die "Aussiedlungen und Lager" in den schlesischen Gebieten (x294/99-100): >>... Nach dem Abbruch der Militäraussiedlungen im Frühsommer 1945 trat eine Pause ein. Bis zum Abschluß der entsprechenden Vereinbarungen mit Briten und Sowjets (die im Februar bzw. Mai 1946 zustande kamen) verlegten sich die polnischen Behörden auf eine andere Taktik: Sie übten Druck auf die Deutschen aus, das Land "freiwillig" zu verlassen.

Eine unbekannte Zahl der Bewohner Oberschlesiens machte von dieser Möglichkeit Gebrauch. Andere machten sich von selbst auf den Weg nach Westen, noch andere, die vorher geflüchtet oder evakuiert worden waren, kehrten auf eigene Faust zurück. Es gibt keine genauen Zahlen über diese Bewegungen. Relativ sicher scheint lediglich, daß bis Ende 1945 etwa 150.000 Menschen aus Oberschlesien vertrieben bzw. ausgesiedelt wurden und "freiwillig" ausgereist sind ...

Die Mehrheit blieb. Sofern nicht positiv "verifiziert", wurde sie nach und nach enteignet, in "deutsche Wohnbezirke" innerhalb der Städte umgesiedelt, zur Zwangsarbeit – vor allem beim Wiederaufbau und in der Landwirtschaft – eingezogen; während die einen gehen mußten, durften andere nicht. Zehntausende kamen in die von den Nazis bzw. von den Sowjets übernommenen Lager. Einige von ihnen (in Schlesien war es u.a. Myslowitz und Schwientochlowitz im Industrierevier und Lamsdorf im Kreis Falkenberg) standen bald in dem Ruf von "Todeslagern". Viele Häftlinge wurden durch die Wachmannschaften permanent mißhandelt und starben, die meisten an Hunger und Epidemien.
Der Aufschrei der Opfer war selbst im fernen Warschau vernehmbar. Eine Sonderkommission der kommunistischen Partei und des Sicherheitsdienstes berichtete im Februar 1946 sichtlich erschüttert über die Zustände in und um Lamsdorf:
"Im gesamten Kreis herrscht eine erschreckende Gesetzlosigkeit. Die Leute haben schon jetzt jedes Gefühl für Recht und Unrecht verloren. Kein Verbrechen ist geeignet, Erstaunen hervorzurufen. Die Miliz (d.h. die Polizei) und teilweise auch Organe des Sicherheitsdienstes vergewaltigen und berauben die Menschen. Das führt dazu, daß die Leute in panischer Angst flüchten, sobald sie einen Milizionär sehen".
Die Kommission forderte eine Bestrafung aller Verantwortlichen für die Lage im und um das Lager. Indes war der Lagerkommandant von Lamsdorf nach einem spektakulären Massenmord an den Häftlingen vorübergehend festgenommen und bald entlassen worden. Mehr passierte ihm und seiner Mannschaft auch nach dem Bericht der Warschauer Prüfer nicht. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2022 im Sondermagazin Geschichte Nr. 17 (x368/69-72): >>**Die Hölle von Lamsdorf**
_ von *Gero Bernhardt*
Nicht nur in Schwientochlowitz, auch in anderen polnischen Lagern wurden tausende Deutsche nach Kriegsende ermordet. Besonders grauenhaft ging es in Lamsdorf zu.
Hunderttausende Deutsche, vor allem in Polen, aber auch in den deutschen Ostgebieten, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in polnische Konzentrationslager verbracht. Solche Einrichtungen bestanden unter anderem in Gronowo, Grottkau, Hohensalza, Jaworzno, Kaltwasser, Kruschwitz, Kulm, Lamsdorf, Landsberg an der Warthe, Potulice, Schwetz und Schwientochlowitz, viele davon mit Nebenlagern.
Auch sonst nutzte man alle möglichen Gebäude, die ausschließlich dazu dienten, Deutsche zu konzentrieren und oft auch zu dezimieren, so Zuchthäuser oder Gefängnisse und sogar Gotteshäuser wie beispielsweise die evangelische Kirche im westpreußischen Zempelburg.
Allen diesen Einrichtungen ist gemein, daß dort Menschen einsaßen, deren Inhaftierung nicht auf einem rechtskräftigen Urteil beruhte, sondern nur aufgrund der Tatsache, daß sie Deutsche oder Angehörige einer anderen Minderheit waren.
Man rechnet insgesamt mit "1.255 Lagern und 227 Gefängnissen, von denen Potulice (Kreis Bromberg), Gronowo (Kreis Lissa), Sikawa bei Lodz und Lamsdorf (Kreis Falkenberg/Oberschlesien) die größten waren", heißt es in dem von Franz W. Seidler und Alfred M. de Zayas 2002 herausgegebenen Standardwerk *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert*. Der Warschauer Historiker Boguslaw Kopka, Verfasser der 2006 erschienenen Untersuchung *Arbeitslager in Polen 1944-1950* spricht gar von einem "polnischen Gulag". Noch für die Jahre 1949 bis 1954 wurde die Zahl der Zwangsarbeiter in Warschaus Herrschaftsbereich auf 50.000 geschätzt.
**Deutsche als Freiwild**
Wer einen Eindruck davon bekommen will, welches Leid und welche Grausamkeiten die in der Regel unschuldigen Opfer über sich ergehen lassen mußten, kommt an ihren Erlebnisberichten nicht vorbei. Eine schier unerschöpfliche Fülle an Material bietet die *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*. Die Authentizität und Zuverlässigkeit

der darin enthaltenen Berichte wurden von der im Herbst 1951 vom Bundesministerium für Vertriebene eingesetzten wissenschaftlichen Kommission unter Vorsitz des Historikers Theodor Schieder bekräftigt.
Die Schilderungen haben eines gemeinsam - sie beschreiben die Recht- und Hilflosigkeit der Deutschen, die sich auf einmal in Warschaus Herrschaftsbereich wiederfanden. Ein Beispiel ist dieser Bericht der Lehrerin I. F. aus Liegnitz in Niederschlesien: "Wir Deutsche waren vogelfrei. Jeder konnte uns zur Arbeit abholen, uns quälen und schlagen. Niemand kümmerte sich darum. Öfter hörten wir, daß Ermordete aufgefunden wurden, ohne daß eine Behörde eingriff. Tagelang blieben die Leichen liegen, ehe sie verscharrt wurden."
Selbst NS-Gegner und Juden waren vor Nachstellungen nicht gefeit. Der zuvor unter Hitler politisch verfolgte Tapezierer Georg Fritsch aus Breslau schildert in seinem Erlebnisbericht: "Die polnische Miliz ging radikal vor. Jeder Deutsche war Nazi, jeder Deutsche war daher vogelfrei und hatte entschädigungslos und nach Belieben zu arbeiten. Die Plünderungen erreichten ihren Höhepunkt. Nichts war mehr sicher. Wurde nicht sofort geöffnet, wurde durch die Fenster und Türen geschossen, die Bewohner zusammengehauen, verschleppt.
Ganze Viertel wurden in wenigen Stunden völlig von der Bevölkerung geräumt. ... Unsere Haupttätigkeit war die Beseitigung der vielen Leichen. Die Verwendung von Särgen war verboten; so bestattete man diese in Massengräbern, notdürftig in Packpapier eingehüllt, an den unmöglichsten Stellen."
In dem Bericht des ehemaligen Bezirksbürgermeisters H. aus Breslau, der wegen seiner jüdischen Herkunft zur Zeit des Dritten Reiches in höchster Gefahr schwebte, heißt es: "Und wir Antifaschisten? Wir fühlten uns verraten und verkauft! Hatten wir nicht der Bevölkerung die Erlösung vom Nazijoch versprochen? Und was hatte sie dagegen eingetauscht? Aber Juden und Antifaschisten waren ebenso Freiwild für die Behörden."
Und er fährt fort: "Den wenigen deutschen Juden, die aus den verschiedenen KZ-Lagern von Auschwitz bis Mauthausen in ihre Heimat nach Breslau zurückgekommen waren, wurden von der polnischen Verwaltung Lebensmittel genauso verweigert wie allen anderen Deutschen. Eine Existenzmöglichkeit hatten sie auch nicht, da der Handel fast ausschließlich in polnischer Hand beziehungsweise in der Hand polnischer Juden lag, die sich oft genug sogar feindselig gegen deutsche Juden äußerten."

**Geborskis Schreckensregiment**

In den polnischen Lagern wurde die Entrechtung der Deutschen auf die Spitze getrieben: Mißhandlungen, exzessive Grausamkeiten und planmäßige Morde waren an der Tagesordnung. Besonders schlimm ging es in Lamsdorf (Lambinowice) im oberschlesischen Kreis Falkenberg zu. Die Einrichtung, zwischen Oppeln und Neiße gelegen, war 1921 Flüchtlingslager für Deutsche, die aus dem östlichen Oberschlesien geflohen waren. Ab 1939 waren dort Kriegsgefangene interniert, von Juni 1945 bis zum Herbst 1946 wurde es von den Polen als KZ genutzt. Erster Lagerkommandant war Sergeant Czeslaw Geborski, später Oberst des Sicherheitsdienstes in Kattowitz.
Nach Angaben des Lagerarztes Dr. Heinz Esser wurden in Lamsdorf 6.488 Deutsche umgebracht. Die Männer, Frauen, Kinder und Säuglinge wurden erschossen, erschlagen, erhängt, verbrannt, in Fässern zu Tode gerollt, oder sie starben an Hunger und Infektionskrankheiten. Im Lager gab es 828 Kinder, wovon etwa 100 wieder herauskamen. Von diesen kamen laut späteren Untersuchungen jedoch 60 bis 70 Prozent in den Kasematten von Neiße durch Hunger, Krankheit oder Kälte um. Von den über 700 in Lamsdorf verbliebenen Kindern starben 218.
In seinem 1968 erschienenen Buch *Die Hölle von Lamsdorf: Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager* schreibt Esser über den Beginn des Schreckens: "Die Deutschen, hauptsächlich Bauern- und Arbeiterfamilien, aber auch Geschäftsleute, Lehrer, Beamte, Ange-

stellte und so weiter, wurden unerwartet und plötzlich aus ihren Häusern getrieben, zusammengejagt und nach Lamsdorf verschleppt. ... Bei der Registrierung im Lager wurde den Menschen das Letzte geraubt, sie wurden verprügelt, mit Gewehrkolben gestoßen, mit Bleikabeln geschlagen, sodaß ihre Gesichter völlig unkenntlich, blutüberströmt und ihre Rippen und Glieder zerbrochen wurden."

Der Lagerarzt schildert weitere Grausamkeiten: "Die Menschen wurden mit Knüppeln oder Zaunlatten erschlagen, wobei sie meist niederknien mußten und nach den Schlägen tot umfielen. Sie wurden durch Fußtritte in den Leib, den Kopf und den Hals ermordet. Oft bediente man sich eines Henkersknechtes, wie zum Beispiel des 16-jährigen Ukrainers und polnischen Spitzels namens Jusek oder des "deutschen Lagerführers" Jan Fuhrmann, der früher polnischer Korporal, dann deutscher Staatsangehöriger und später wieder Pole wurde. Vor ihm zitterte jeder Deutsche. Einmal riß er einer mißhandelten Mutter den Säugling aus den Armen und erschlug ihn."

Über den Menschenschinder schreibt Esser außerdem: "Um sich vor seinen polnischen Auftraggebern auszuzeichnen, veranstaltete er die jedem Lamsdorfer in grausamer Erinnerung gebliebene "Nachtübung", bei der 25 Männer völlig entstellt und 15 getötet wurden. Bei den Vernehmungen wurden die Häftlinge gefesselt, getreten, mit dem Kopf nach unten aufgehängt und immer wieder geschlagen, bis das Blut aus zahlreichen Wunden floß und den Gefolterten ein Geständnis einer nicht begangenen Tat abgepreßt wurde."

Lehrer, Beamte, Kaufleute und Geistliche seien, so heißt es in *Die Hölle von Lamsdorf*, "besonderen Schikanen ausgesetzt" gewesen, "die fast immer tödlich endeten": "Die polnische Miliz trieb zum Beispiel unter die Zehennägel der Gefolterten lange Nadeln, knebelte sie, übergoß sie unter Schlägen mit Kot und Urin (Alois St. aus Proskau) oder ließ Frauen und Männer sich entkleiden und zwang sie unter Schlägen zu sexuellen und sadistischen Handlungen, ließ sie manchmal auch menschliche Exkremente essen (Ing. Sch. aus Berlin).

Entkleideten Mädchen wurden mit Petroleum getränkte Geldscheine zwischen die Glieder gepreßt und angezündet, wodurch den Opfern furchtbare Brandwunden beigebracht wurden, ohne daß später Verbandsmaterial oder ärztliche Behandlung zur Verfügung standen (Geschwister H. aus Lamsdorf und andere). Der Oberstudienrat Kr. aus Neustadt wurde fünf Minuten nach seiner Einlieferung als Leiche aus dem Lager herausgetragen, weil er eine "Intelligenz-Brille" trug. Ebenso erging es dem Bürgermeister F. aus Buchelsdorf, weil er so groß "wie ein SS-Mann" war, und vielen anderen mehr."

Über die Verpflegung und Arbeitsbedingungen im Lager berichtet Esser: "Die Häftlinge mußten am Tage bei einer täglichen Verpflegung von etwa drei bis vier Kartoffeln (etwa 200 bis 300 Kalorien) schwerste Feldarbeiten bei jeder Witterung verrichten. Frauen und Männer wurden zu zehn bis zwölf vor den Pflug oder die Egge gespannt oder mußten mit Kartoffeln überladene schwere Pferdewagen oder Jauchefässer ziehen und so weiter. Sie wurden beim Barackenbau eingesetzt oder mußten dabei überschwere Lasten tragen, bis sie entkräftet oder blutüberströmt zusammenbrachen.

Sie mußten auf dem Lagergelände mit bloßen Händen hunderte von Leichen, die längst verwest waren, ausgraben und waren dabei stundenlang dem penetranten Verwesungsgeruch ausgesetzt. Dabei mußten sie sogar verweste Leichenteile mit dem Munde berühren oder Kot essen."

**Ein grauenhaftes Massaker**

Der 4. Oktober 1945 ist dem früheren Lagerarzt in besonders schrecklicher Erinnerung geblieben: "Am Mittag dieses Tages brach in der Baracke 12 ein Brand aus, dessen Ursache nie geklärt wurde. Das Feuer entstand plötzlich, während in der Wachstube eine Orgie mit Wodka gefeiert wurde, an der auch ein Brandsachverständiger namens Nowack in polnischer Feuerwehruniform teilnahm.

Der Lagerkommandant Geborski war mit seinen Milizanten an der Brandstelle, bevor die Gefangenen überhaupt ahnten, was geschehen war. Die Lagerinsassen wurden sofort alarmiert und die Männer und Frauen mit Schlägen zur Brandstelle getrieben, um das Feuer zu löschen. Etwa 30 Posten liefen mit vorgehaltenen Schußwaffen hinter den ratlosen, nach Löschmitteln suchenden Menschen, wobei sie einen Kordon um die Brandstelle bildeten und ihre Gewehre und Maschinengewehre schußfertig machten."
Dann geschah das Unfaßbare: "Der erste Schuß war das Signal zum Beginn eines furchtbaren Massakers. Man schoß ununterbrochen auf jeden, der vor der Hitze zurückwich und in die Nähe des Postenrings kam. Sie wurden durch gezielte Kopfschüsse, oft aus einer Entfernung von ein bis drei Metern, getötet. Andere wurden bei lebendigem Leib in die Flammen getrieben." Doch auch nach der Löschung ging das Morden weiter. Esser berichtet: "Am nächsten Tag lagen an der Brandstelle und fernab davon Leichen der Erschossenen.
Bei dem Massaker kamen zu Tode: 36 Männer und elf Frauen - diese wurden erschossen; 25 Männer und 15 Frauen - diese waren in den Flammen verbrannt und blieben als verkohlte Leichen übrig; 285 Männer und Frauen - diese wurden mit Gewalt aus der Krankenstube in ein Massengrab geworfen, wobei sie vorher durch Genickschuß getötet oder, durch Kolbenschläge betäubt, lebendig ins Grab geworfen wurden; 209 Männer und Frauen - diese starben am nächsten Tag oder einige Stunden später an den Folgen der während der Brandkatastrophe erlittenen Schuß- oder Körperverletzungen."

**Bis heute ungesühnt**

Die Täter sind nie belangt worden. Versuche dazu wurden in der Bundesrepublik von amtlichen Stellen verhindert. Unter der Überschrift "Die Morde von Lamsdorf bleiben ungesühnt" notierte dazu die *Welt* vom 4. Juli 1979: "Der Hagener Staatsanwalt Karl-Heinz Toenges mußte nach bald vierjährigen Ermittlungen die Akten über das polnische Vernichtungslager Lamsdorf beiseitelegen. Der erste Versuch mit dem Ziel, auch Kriegsverbrechen der anderen Seite zu ahnden, war gescheitert.
Der gewaltsame Tod von mehr als 6.000 Oberschlesiern bleibt ungesühnt." Von der *Welt* nach dem Stand der Bonner Beratungen über ein mögliches Strafverfolgungsersuchen befragt, habe ein Vertreter der Bundesregierung es als "nicht sinnvoll" bezeichnet, "Warschau Beweismaterial über Straftaten bei der Vertreibung zuzuleiten, weil diese Taten nach polnischem Recht verjährt seien".
Zum Hintergrund: 1968, nach der Veröffentlichung von Essers Publikation, kam es zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hagen gegen den früheren Lagerkommandanten Geborski und sieben weitere Angehörige der damaligen Wachmannschaft. 1977 wurde Anklage erhoben, das Verfahren jedoch eingestellt, da Polen eine Auslieferung der Angeklagten an Deutschland ablehnte - aber auch aus politischer Rücksichtnahme auf die Ostpolitik der seinerzeit amtierenden sozialliberalen Koalition, die damit die Beziehungen zu Warschau nicht belasten wollte.
Im Jahr 1989, nach dem Fall des Kommunismus, zeigten wiederum Oberschlesier, die in Lamsdorf inhaftiert gewesen waren, den Lagerkommandanten - inzwischen pensionierter Geheimdienstmitarbeiter - in Polen an. Geborski wurde dann 2000 in einem Verfahren in Oppeln (Opole) wegen 48-fachen Mordes angeklagt. Doch das Verfahren wurde immer wieder verzögert, offenbar um einen Urteilsspruch zu vermeiden. Diese Rechnung ging auf: Am 14. Juni 2006 verstarb der frühere Milizionär - vor dem Ende des Prozesses.

**Potulice**

"Eines Tages wurde eine Frau erschossen, angeblich wegen Fluchtverdachts, was aber nicht auf der Wahrheit beruhte. Daraufhin wurde der schrecklichste Milizmann mit einigen Deutschen hingeschickt, die Leiche zu holen. Diese wurde auf Forkenstiele gelegt, und acht Frauen mußten sie tragen. Die anderen der 150 Personen, die dort arbeiteten, wurden aufgefordert,

sich quer über den Weg zu legen, und die Frauen mußten mit der Leiche laufend über diese hinweggehen.
Diejenigen, die die Leiche trugen, wurden sehr geschlagen, denn beim Laufen kam es vor, daß die Leiche ihnen von den Forkenstielen herunterfiel. Einem jungen Mädchen hatten sie das Fleisch von den Wadenknochen abgeschlagen. Als das Fleisch später in Fäulnis überging, wurde sie ins Spital eingeliefert und starb an den Folgen." (Bericht der Bromberger Diakonisse Erna Kelm, die von November 1945 bis September 1947 im Lager Potulice inhaftiert war, zitiert in: *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*)<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Lager in der CSR (x004/91-94: >>... Die tschechische Regierung ging zu dem System über, tschechische Arbeiter aus Innerböhmen in die sudetendeutschen Industriebetriebe zu holen und an ihrer Stelle Sudetendeutsche als Zwangsarbeiter ins tschechische Gebiet zu verschicken.
Um diese Maßnahmen durchführen zu können, wurden nicht nur die Internierten und Häftlinge, sondern alle Deutschen und Madjaren männlichen Geschlechts vom 14. bis zum 60. und weiblichen Geschlechts vom 15. bis zum 50. Lebensjahr unter Arbeitspflicht gestellt. Meist war diese Regelung von den lokalen oder regionalen Behörden gleich nach der Wiedererrichtung der tschechoslowakischen Verwaltung eingeführt und erst durch das Dekret vom 19. September 1945 für alle Personen, die die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren hatten, nachträglich sanktioniert worden.
Nähere Richtlinien für die Durchführung dieses Dekrets wurden später in der Bekanntmachung des Innenministeriums vom 2. Dezember 1945 erlassen, deren Wortlaut eine zu Lasten der deutschen Arbeitskräfte gehende weite Auslegung gestattete.
Soweit die deutschen Arbeiter - es handelte sich vorwiegend um die in lebenswichtigen Betrieben beschäftigten oder zur Anlernung von Tschechen belassenen Spezialisten - noch länger an ihren Arbeitsplätzen bleiben durften, löste das Gesetz vom 11. April 1946 ihre Arbeits- und Lehrverhältnisse auf und unterstellte sie den gleichen Bedingungen wie die Zwangsarbeiter. Gleichzeitig wurden auch die durch Verhaftung, Austreibung, Verschickung zur Zwangsarbeit usw. beendigten Arbeits- und Lehrverhältnisse für rechtlich aufgelöst erklärt.
Einen großen Teil der zum Arbeitseinsatz gezwungenen Personen deportierte man ins tschechische Gebiet. Sie wurden in Razzien ausgehoben, bei denen die Bevölkerung ganzer Ortschaften zusammengetrieben und abtransportiert wurde, oder aber durch Einzelverpflichtungen, die das jeweilige Arbeitsamt vornahm.
Ohne Rücksicht riß man Familien auseinander. Sie fanden oft erst vor der Aussiedlung oder Jahre danach in Deutschland wieder zusammen.
Die zum Arbeitseinsatz Verschleppten wurden vorwiegend in Bergwerken, Industriebetrieben und in der Landwirtschaft beschäftigt, wie überhaupt in allen Berufssparten, die schlecht bezahlt wurden oder besonders hohe körperliche Anstrengung erforderten und aus denen die Tschechen abgewandert waren.
Besonders harte Arbeits- und Lebensbedingungen bestanden für die deutschen Zwangsarbeiter in den Industriegebieten von Mährisch Ostrau und Kladno und in vielen landwirtschaftlichen Betrieben Innerböhmens. Berüchtigt waren die Arbeitslager des großen Hüttenwerks Witkowitz. Die Behandlung und Verpflegung hingen vielfach nach sowjetischem Vorbild von der Arbeitsleistung nach festgesetzten Normen ab, und da die Ernährung keinesfalls den harten Anforderungen am Arbeitsort entsprach, waren Krankheitsfälle, vorwiegend Hungerödeme, besonders häufig. Aus Schikane setzte man Angehörige der geistigen Berufe zu besonders schweren und gefahrvollen Arbeiten ein. Den ungewohnten körperlichen Anstrengungen waren sie nicht gewachsen; ihr Anteil an den Krankheits- und Todesfällen war deshalb besonders hoch.

In einigen Lagern, in denen Revolutionsgardisten und SNB-Leute nach eigenem Ermessen Strafmaßnahmen trafen und die Insassen quälten, bedeutete die sogenannte Freizeit nur eine Fortsetzung der Demütigungen und Erniedrigungen.
Um aber wenigstens tagsüber den Quälereien und dem Mutwillen der Lagerwachen zu entgehen, meldeten sich selbst die Kranken zum Arbeitseinsatz. Die Zustände besserten sich erst, als die Krankheitsfälle sich immer mehr häuften und die Leistungen infolge Unterernährung in einem solchen Maße sanken, daß die Betriebe um die Erfüllung des ihnen im Rahmen der Planwirtschaft auferlegten Solls fürchteten und sich für eine bessere Behandlung und Ernährung der Zwangsarbeiter einsetzten.
Für die in die tschechische Industrie und in die Lager gebrachten Personen war es so gut wie unmöglich, aus dem Zwangsarbeitssystem entlassen zu werden. Alle dahingehenden Bemühungen der Familienangehörigen, die nicht selten durch den Zwangsarbeitseinsatz ihres Ernährers in bittere Not gerieten, scheiterten an den polizeistaatlichen Schranken. In einzelnen Fällen hatten Interventionen tschechischer Bekannter einen Erfolg. Völlige Arbeitsunfähigkeit infolge der erlittenen Entbehrungen und Mißhandlungen, die nicht selten jahrelanges Siechtum zur Folge hatten, war oft der einzige Entlassungsgrund.
Erst als die Aussiedlungsaktion Anfang 1946 einsetzte, war die Möglichkeit gegeben, die Familienangehörigen für die geschlossene Ausweisung anzufordern, vorausgesetzt, daß ihr Aufenthaltsort überhaupt bekannt war.
Die Verschickung ins innertschechische Gebiet war wohl die schlimmste Auswirkung des alle Sudetendeutschen erfassenden Zwangsarbeitssystems. Aber auch die in den Heimatorten verbliebenen Deutschen waren diesem System unterworfen, sie wurden zu allen Arbeiten in der Landwirtschaft, zu Aufräumungsarbeiten, zum Straßenbau herangezogen.
Zum Teil mußten sie in ihren enteigneten Betrieben und auf den Höfen für die Nationalverwalter weiter arbeiten. Die Revolutionsgarde oder SNB nahm für vorübergehend anfallende Arbeiten die Deutschen oft wahllos auf der Straße fest und stellte sie zu Arbeitskolonnen zusammen. In verschiedenen Orten scheute der Národni Výbor nicht davor zurück, die Deutschen beim sonntäglichen Kirchgang aufzugreifen oder an Sonntagen zum Straßenkehren oder zur Instandsetzung der Grünanlagen heranzuziehen, deren Betreten sonst für sie verboten war.<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die Internierungslager in der Tschechoslowakei (x010/45-47): >>Unmittelbar nach Beginn des Prager Aufstandes begann auch in großem Umfange die Verbringung von Deutschen in Gefängnisse und Lager.
Nach Ermittlung des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes bestanden in der Tschechoslowakei 1.215 Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager und 215 Gefängnisse, in denen 350.000 Deutsche längere oder kürzere Zeit festgehalten worden sind. ... Unmenschliche Verhältnisse führten zum Tode von Lagerinsassen durch Kräfteverfall und Epidemien, verursacht durch mangelhafte Ernährung, fehlende Medikamente, unhygienische Verhältnisse und durch Depressionen infolge sadistischer Mißhandlungen. Sehr hoch war die Sterblichkeitsziffer bei Kindern und älteren Leuten. Von den Arbeitslagern wiesen die der Bergwerke eine besonders hohe Sterblichkeit auf.
Erheblich war jedoch auch die Anzahl der Opfer willkürlicher Erschießungen und Mißhandlungen durch Kommandanten und Wachmannschaften der Lager; diese setzten sich vorwiegend aus Angehörigen der Revolutionsgarde, die in die SNB übernommen worden waren, zusammen. Zum Beispiel wurden von Anfang Mai bis Anfang Juli 1945 in dem berüchtigten Hanke-Lager (Kreis Mährisch Ostrau) 350 Insassen zu Tode gefoltert. ...
Die Zurückgebliebenen wurden nach Besetzung der Slowakei durch die Rote Armee und Errichtung des neuen Regimes, sobald sie als Deutsche erkannt wurden, in Lager interniert und zum Arbeitseinsatz "vermietet". Die Verhältnisse in den Lagern, die zumindest in den ersten

Monaten unter Aufsicht ehemaliger Partisanen standen, unterschieden sich im allgemeinen nicht von denen in Böhmen und Mähren. ...
Die Lager wurden ... aufgefüllt durch zurückkehrende Karpatendeutsche aus den Sudetenländern, die sich slowakischen Repatrianten angeschlossen hatten.
Zu Mißhandlungen durch slowakische Soldaten kam es bei ihrem Eintreffen auf den Zielstationen der Transporte. Eine Massenerschießung von 247 Karpatendeutschen, darunter Frauen und Kinder, die aus Lagern im Kreis Saaz/Sudetenland zurückkehrten, fand am 18.6.1945 noch vor Erreichung des Gebietes der Slowakei in der Nähe des Bahnhofs Prerau/Mähren statt. Die Deutschen wurden aus dem Zuge geholt - angeblich von slowakischen Soldaten - und in einem in der Nähe gelegenen Wald zur Exekution geführt. ...
Nach Schätzungen muß bei einer Gesamtzahl von 350.000 in Gefängnisse und Lager verbrachten Deutschen mit ca. 100.000 Opfern gerechnet werden. A. Bohmann: "Das Sudetendeutschtum in Zahlen", München 1959, Seite 199, schätzte die Anzahl der in Lager überführten Sudetendeutschen auf mindestens 1 Million.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet später (im Oktober 2019) über die Internierung von Deutschen in der Tschechoslowakei (x358/67-68): >>**Das stille Sterben unter dem Roten Stern**
*_ von Gero Bernhardt*
Nicht nur in Polen, auch in der Tschechoslowakei und sogar in der Sowjetischen Besatzungszone wurden nach dem Krieg KZs weiter genutzt. Die Opfer gehen in die Hunderttausende.
Der Name der böhmischen Ortschaft Theresienstadt ist begründeterweise eng mit der Erinnerung an die nationalsozialistische Barbarei verbunden. Doch was sich dort an Unrecht nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur zutrug, weiß kaum jemand. In der Dokumentation Sterben und Vertreibung der Deutschen im Osten 1944-1949 des italienischen Journalisten und Zeitgeschichtsforschers Marco Picone Chiodo heißt es dazu:
"Der Letzte der 16.832 Juden hatte am 9. Mai 1945 Theresienstadt noch nicht verlassen, als die (tschechischen) Revolutionsgarden bereits die ersten deutschen Soldaten und Zivilisten in die Kleine Festung einlieferten, die als Konzentrationslager der von der Bevölkerung geräumten und als Ghetto eingerichteten Stadt diente."
Schon am 24. Mai 1945 sei ein ungefähr 600 Menschen beiderlei Geschlechts und jeden Alters umfassender Transport dort eingetroffen, darunter viele deutsche Rot-Kreuz-Schwestern aus den Prager Kliniken.
**Folter in Theresienstadt**
Chiodo schildert, wie es den Ankömmlingen in Theresienstadt erging: "Der traurige Zug mußte, um zu den im sogenannten 4. Hof gelegenen Zellen zu gelangen, durch einen 15 bis 20 Meter langen, tunnelartigen Durchgang, in dem etwa vier Meter vor dem Ausgang das Pflaster tief aufgerissen worden war. Dieser enge, dunkle Gang bot sich für die gewohnheitsmäßige Mißhandlung der Gefangenen geradezu an. Unter Gebrüll und Drohungen, Faustschlägen und Prügeln wurden die Männer im Laufschritt den Gang hinuntergetrieben. Da das Hindernis im Dunkeln nicht zu erkennen war, kamen gleich die Ersten zu Fall.
Auf sie traten und stürzten die Nächsten, auf diese wiederum die Folgenden, und in diesen sich windenden Menschenhaufen schlugen die Revolutionsgarden, die sich auf beiden Seiten des Ganges aufgestellt hatten, mit den langen, eisenbeschlagenen Knüppeln mit voller Wucht ein, um die Gefangenen weiterzutreiben. Im Hof mußten sie sich dann in Fünferreihen aufstellen und abzählen. Da es dem Festungskommandanten Prusa zu langsam ging, zählte er selbst ab. Dabei schlug er mit dem eisenbeschlagenen Hackenstiel jeden Einzelnen auf den Kopf. Hierbei büßten siebzig Mann ihr Leben ein."
In seinem Buch schildert der italienische Publizist auch, wie es in einem Folterraum nach schrecklichen Torturen, die die Gefangenen erleiden mußten, aussah: "Auf dem Zellenboden

lagen zentimeterhoch abgeschlagene Ohren, ausgeschlagene Zähne, Hautteile mit Haaren, geronnenes Blut, Gebisse."
Weiter schreibt Chiodo: "Bei vielen Häftlingen zeigten sich nach einigen Tagen Geschwülste am ganzen Körper, der Kopf schwoll an, die Augen quollen hervor, die Ohren standen ab, sodaß sie aussahen wie die Gestalten auf den Bildern des irischen Malers Francis Bacon." Krankheiten, Epidemien und Unterernährung seien neben den brutalen Mißhandlungen und Giftspritzen die häufigsten Todesursachen gewesen.
Theresienstadt war aber nur eines von vielen Lagern, in denen Deutsche eingesperrt und ermordet wurden. "Kurz vor und nach Kriegsende 1945 errichteten die tschechoslowakische Regierung und ihre ausführenden Organe auf dem Gebiet von Böhmen, Mähren, Sudetenschlesien und der Slowakei insgesamt 1.215 Konzentrations- und Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager sowie 215 Gefängnisse, in denen insgesamt rund 350.000 Deutsche - oft jahrelang unter unmenschlichen Bedingungen - festgehalten wurden", heißt es in Wolfgang Popps *Wehe den Besiegten*! …<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Lager in Jugoslawien (x006/107E-112E):
>>**Internierung und Zwangsarbeit**
Die allgemeine Internierung aller in ihren Heimatorten gebliebenen Jugoslawiendeutschen, soweit sie nicht schon in die Arbeitslager oder in die Gefängnisse der OZNA, des jugoslawischen NKWD, eingeliefert worden waren, setzte in der nordwestlichen Batschka ein, nachdem bereits im Dezember 1944 die Deutschen in einem Streifen der südlichen Batschka interniert worden waren.
Seit Anfang März 1945 wurde in der nordwestlichen Batschka die deutsche Bevölkerung in den bereits bestehenden Lagern oder in neugeschaffenen Ortslagern konzentriert. Die gleichen Maßnahmen wurden anschließend allgemein in der Batschka und auch im Banat, im Süden um den 26.-27. März 1945, sonst durchweg bis zum 18.-19. April 1945 eingeleitet.
Um die deutsche Bevölkerung in Ortslagern zusammenzufassen, wurde zumeist ein bestimmtes Viertel oder auch nur eine Häuserzeile (Gasse) von allen Bewohnern geräumt und unter scharfe Bewachung durch Partisanen gestellt.
Hier wurden die Internierten zusammengezogen. Die Deutschen waren in den Ortslagern freilich nicht ganz hermetisch abgeschlossen, sondern konnten gewöhnlich noch Kontakte mit der übrigen Ortschaft aufrecht erhalten. Neben den Ortslagern wurden Zentralarbeitslager in den Bezirksorten eingerichtet; sie ergänzten sich aus den Arbeitsfähigen der Ortslager.
Als Motiv dieser Aktion wird man wohl den Beginn der abschließenden Offensive der Partisanenarmeen am 11.4.1945 ansehen können. Im Zusammenhang mit dieser entscheidenden militärischen Operation im Nordwesten Jugoslawiens hielt man es vielleicht für geraten, auch dem letzten Deutschen die ohnehin eingeschränkte Bewegungsfreiheit zu nehmen. Jetzt konnten den Deutschen gegenüber alle Hemmungen fallen, nachdem von den deutschen Truppen kein ernsthafter Widerstand mehr zu erwarten war.
Später hatte sich das System der Lager für die Partisanenverwaltung soweit eingespielt, daß man es auch nach der Aufhebung der Militärverwaltung im Februar 1945 beibehielt, ja, sogar auf alle Deutsche ausdehnte. Damit blieb die beliebig einsetzbare Arbeitsreserve der arbeitsfähigen Deutschen auch den neuen Behörden für ihre vielfältigen Zwecke erhalten.
Schließlich läßt sich die allgemeine Internierung der Deutschen, die zur Räumung ganzer Ortschaften oder Ortsviertel in gemischtsprachigen Wohnorten führte, mit der Beschaffung von Unterkunftsmöglichkeiten für die seit dem Sommer 1945, nach der Verkündigung der Agrarreform, eintreffenden Neusiedler aus den wirtschaftlich rückständigen Gegenden Jugoslawiens in Verbindung bringen.
Hatten sich bisher bei der Behandlung der Deutschen und der Verwaltung der Lager die örtli-

chen Umstände und persönliche - positive wie negative - Charakterzüge der Partisanenführer geltend gemacht, so beruhte jedenfalls die allgemeine Internierung, die bis Ende Mai 1945 abgeschlossen war, auf einem Plan, der die gesamte deutsche Bevölkerung einbezog und sie ausnahmslos der unmittelbaren administrativen Kontrolle in einer verhältnismäßig geringen und schnell überschaubaren Zahl von Lagern unterstellte.
Der systematische Charakter der Aktion drückte sich auch in der Einteilung der Lager in drei Gruppen: Zentralarbeitslager, Ortslager und Konzentrationslager für Arbeitsunfähige aus. Der Unterschied zwischen den Zentralarbeitslagern, in denen vornehmlich arbeitsfähige Männer zu Gruppen zusammengefaßt und den Arbeiter anfordernden Stellen zur Verfügung gestellt wurden, den Ortslagern, in denen die gesamte deutsche Bevölkerung einer Ortschaft abgesondert wurde, und den Konzentrationslagern für Arbeitsunfähige trat seit dem Herbst 1945 immer schärfer zutage.
Wegen der hohen Sterblichkeitsrate der Zwangsarbeit leistenden arbeitsfähigen Männer und Frauen, der unablässigen Mißhandlungen und mangelhaften Ernährung aller internierten Deutschen schwoll vor allem die Zahl der Arbeitsunfähigen, der Kranken und Verletzten, neben den Alten, Frauen und der Kinder bis etwa zum 12. Lebensjahr stark an. Parallel dazu stieg die Zahl der Todesfälle unter denen, die von Alter, Krankheit und Entbehrung schon besonders geschwächt waren, in allen Lagern steil an.
In den großen Lagern für Arbeitsunfähige, Gakovo, Krusevlje und Jarek für die Batschka, Rudolfsgnad und Molidorf für das Banat, starben Tausende, deren Plätze sogleich wieder Neuankömmlinge einnahmen.
In Rudolfsgnad mit durchschnittlich 20.000 Insassen starben von den ca. 33.000 Volksdeutschen, die zwischen dem Oktober 1945 und dem März 1948 in das Lager aufgenommen wurden, fast 10.000, d.h. ein Drittel; der monatliche Höchststand an Todesfällen kletterte im Gefolge einer Fleckfieberepidemie im Februar 1946 auf ca. 1.300. In Jarek wurden mehr als 6.000 Tote registriert; ähnlich wurde in Gakovo und Krusevlje die Zahl der Internierten durch Todesfälle, die durch Hungerödeme, Typhusepidemien, Mißhandlungen verursacht waren, reduziert.
Ärztliche Hilfe konnte in allen Lagern nur unzureichend geboten werden. Die gelegentliche Unterstützung durch jugoslawische Ärzte vermochte den Leiden ebensowenig auf die Dauer entscheidend Abbruch zu tun wie die Inspektionsbesuche von Regierungskommissionen, die dann und wann einmal ein Lager besichtigten.
Auf sanitäre Einrichtungen, Möglichkeiten des Kochens, der Kinder- und Krankenpflege wurde kein Wert gelegt, so daß oft Hunderte von Bauernfamilien in wenigen Höfen und Scheunen oder z.B. Hunderte von Männern in der Molkerei von Groß-Kikinda, die als Arbeitslager diente, hausen mußten.
Die Verpflegung in den Lagern war äußerst mangelhaft. Gewöhnlich gab es Kesselkost, jedoch in sehr geringen Mengen und oft ohne Salz und Fett zubereitet. Die Mahlzeiten bestanden in monotoner Gleichmäßigkeit aus Maisschrot- oder Röstmehlsuppen, Polentabrei, auch aus Maisbrot mit Tee. In Rudolfsgnad wurden z.B. im Dezember 1945 pro Person 2 ½ kg Maismehl, l Krautkopf und 4 dkg Salz ausgegeben, im Januar 1946 nur 223 dkg Maisbrot und 7 dkg Salz.
Im Winter 1945/46 kam es jedoch im gleichen Lager vor, daß fünf Tage lang überhaupt keine Lebensmittel ausgegeben wurden und die Insassen dem Hunger überlassen blieben. Ähnliche Verhältnisse herrschten auch in allen anderen Konzentrationslagern für Volksdeutsche: in Gakovo, Krusevlje, Molin, Mitrovica, Valpovo, Krndija und Jarek.
Die Sterbeziffern wären daher ohne Zweifel noch höher angestiegen, wenn nicht in den Ortslagern ein Teil der aufgespeicherten Ernte - meist trotz strenger Verbote - irgendwie verwertet, bzw. Lebensmittel in die Lager geschmuggelt oder außerhalb erbettelt worden wären.

Inzwischen trafen seit dem Sommer 1945, in stärkerem Maße seit Ende September 1945 Neusiedler in den ehemals volksdeutschen Siedlungen ein, vornehmlich Montenegriner, Likaner und Bosnier, die aus den übervölkerten und verarmten Bergbauernbezirken der westlichen und südwestlichen Landeshälfte stammten, auch einen besonders hohen Anteil an den Partisaneneinheiten gestellt hatten und nun mit Landzuweisungen aus dem Bodenfonds der Agrarreform belohnt wurden. Bis zum Frühjahr 1946 waren alle ehemals von Deutschen bewohnten Ortschaften oder Gehöfte in Streusiedlungen von den neuen Besitzern übernommen.
Manchmal wurden die in Ortslagern internierten früheren deutschen Besitzer der Höfe den Neusiedlern eine Zeitlang zur Seite gestellt, um sie mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen Syrmiens und der Woiwodina, die diesen zumeist völlig fremd waren, vertraut zu machen. Durch die verschiedenen Gesetze über die Agrarreform und den Übergang feindlichen Vermögens in Staatseigentum wurde der Besitzwechsel bis zum Herbst 1946 legalisiert. Ein nicht näher bestimmbarer Anteil des früheren deutschen Grundbesitzes wurde den Staatsgütern zugewiesen.
Wenn man die Lager für Arbeitsunfähige einmal außer Betracht läßt, in denen die Insassen oft nur noch von Tag zu Tag dahinvegetierten, so sind alle Internierten dauernd zu Zwangsarbeiten verwendet worden.
Die Verwaltung der Lager oblag seit dem Frühjahr 1945 den Abteilungen für Lager bei den Bezirksverwaltungen, die wiederum den Sektionen für Lager in den Innenministerien der Volksrepubliken unterstellt waren. Anstelle der aus Partisanen bestehenden Wachmannschaften traten Milizposten oder Einheiten der Volksarmee unter der Aufsicht von Lagerdirektoren. Schließlich übernahmen die staatlichen Güterverwaltungen die Ortslager, und allmählich lokkerte sich das Lagerleben etwas auf.
Gewöhnlich in Gruppen unter Bewachung bewaffneter Partisanen, später eines Aufsehers, wurden die arbeitsfähigen Männer und Frauen zuerst zu Aufräumungs- und Straßenarbeiten eingesetzt, dann an Fabriken, Staatsgüter und Bauern gegen ein gestaffeltes Entgelt an die Lagerleitung von täglich bis zu 100 Dinar pro Person "ausgeliehen". Für die überwiegende Zahl der Deutschen bedeutete das in den vorherrschend agrarischen Gebieten des Banats, Syrmiens und der Batschka landwirtschaftliche Arbeit, mit der sie vertraut waren.
Auch hier bewährte sich in zahlreichen Fällen die Hilfsbereitschaft der andersnationalen Bevölkerung, die die aus den Lagern gemieteten "Schwaben" freundlich und verständnisvoll behandelte und ihnen reichlich zu essen anbot. Auf diese Weise konnten viele Deutsche nach den Monaten der Entbehrung wieder etwas zu Kräften kommen, anderen Lagerinsassen mit Lebensmitteln helfen und bisweilen auch Vorräte und etwas Geld für die Flucht über die Grenze nach Ungarn sparen.
Es ist schwer vorstellbar, wie die Internierten ohne diese Arbeit auf dem Lande mit ihrer allmählichen und mittelbaren Verbesserung der Lebensbedingungen, so bitter die Anstrengungen und der Knechtsdienst auf früher eigenem Besitz auch empfunden werden mochten, und ohne den seit dem Frühjahr 1946 genehmigten Empfang von Paketen die Härten des jahrelangen Lageraufenthalts hätten überstehen können.
Die demütigende Verpachtung der Arbeitskraft, die scharfen Kontrollen beim Verlassen und Betreten des Lagers, die unerbittliche Bestrafung, wenn das Einschmuggeln von Lebensmitteln entdeckt wurde, all das hat freilich den lastenden Druck des Lagerdaseins nicht schwinden lassen.
Eine der traurigsten Erscheinungen in der Geschichte der Lager ist die Behandlung der Kinder. Sobald sie das 13. oder 14. Lebensjahr erreicht hatten, wurden sie zur Arbeit eingesetzt. Seit der allgemeinen Internierung wurden auch alle Kinder in die Ortslager getrieben. Oft waren die Väter zum Militär eingezogen oder erschossen, die Mütter nach Rußland deportiert, so daß die Kinder ganz auf sich gestellt waren oder allenfalls von Verwandten betreut wurden.

In den Ortslagern wurden die Kinder jedoch bald rigoros von ihren Angehörigen getrennt und in die großen Konzentrationslager für Arbeitsunfähige überführt, wo sie als sogenannte elternlose Kinder galten (d.h. als Kinder, deren Eltern nicht im gleichen Lager waren, sofern sie überhaupt noch lebten) und ihr Aufenthalt auf eigens abgetrennte Kinderbezirke innerhalb des Lagers eingeschränkt wurde. Krankheit, Hunger und Verwahrlosung forderten einen hohen Todeszoll, zumal da auch mitinternierte Verwandte oder hilfsbereite Lagerinsassen die Kinder abgeben mußten und jeder Kontakt mit ihnen untersagt wurde.
Wenn man sich vor Augen hält, daß am 30.4.1946 die Belegschaft des Konzentrationslagers Rudolfsgnad zu 46 Prozent aus Jungen und Mädchen unter 14 Jahren bestand, läßt sich das Elend dieser hilflosen Kinder erst deutlicher ermessen.
Seit dem Frühsommer 1946, - in Rudolfsgnad z.B. nach der Fleckfieberepidemie im Juli, in Gakovo Ende Juni -, wurden in den Konzentrationslagern, z.T. ganz überraschend, Kindertransporte zusammengestellt und der Obhut von staatlichen Kinderheimen übergeben, die verstreut über das gesamte Staatsgebiet in Mazedonien, Montenegro, Slowenien oder Kroatien lagen.
Dort wurden die Kinder manchmal noch eine Zeitlang deutschem Pflegerpersonal überlassen, überall vorzüglich verpflegt und ärztlich betreut, dann aber in Unterricht und Erziehung wie die nichtdeutschen Kinder behandelt; jede Verbindung mit Eltern oder Verwandten wurde unterbunden.
Dieser Versuch einer bewußten "Umvolkung" der Volksdeutschen Kinder kam erst zu einem Ende, als Vereinbarungen zwischen dem Roten Kreuz der FVR Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland auch den deutschen Kindern der staatlichen Heime im Rahmen der Familienzusammenführung die Reise nach Deutschland ermöglichten. ...<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die Massenverhaftungen und Zwangsarbeit in Jugoslawien (x010/50): >>Anfang Mai wurden die Deutschen in Lager verbracht, wo ebenfalls - wie z.B. in Valpovo - Erschießungen stattfanden.
Aus dem Anfang Mai des Jahres 1945 besetzten Slowenien sind Massenerschießungen im Gebiet der Untersteiermark nach Verhaftungen der dort verbliebenen Deutschen überliefert, und zwar in der Gegend von Rann zusammen mit einer großen Anzahl von Kriegsgefangenen, darunter auch kroatischer und slowenischer Nationalität, am Stadtrand von Cilli und Gonobitz, in Windisch-Feistritz und Mahrenberg, in den Panzergräben bei Marburg-Tetzno, bei einer Massenerschießung von kroatischen Ustaschen sowie in der Männerstrafanstalt Marburg an der Drau; hier wurden am 6.12.1945 als Vergeltung für die Explosion eines Munitionswagens, die als deutscher Sabotageakt ausgelegt wurde, 200 bis 300 Deutsche erschossen.
Die gesamte verbliebene deutsche Bevölkerung war Ende 1945 in Lagern interniert oder in Gefängnissen inhaftiert. Eine gesetzliche Maßnahme für die Internierung war nicht gegeben, sieht man von dem Beschluß des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) vom 21.11.1944 ab, der die Ausbürgerung und Enteignung jener Personen deutscher Volkszugehörigkeit vorsah, die nicht in den Reihen der Partisanen gekämpft hatten.
Es bestanden Ortslager und Zentralarbeitslager für Arbeitsfähige. Die Gesamtzahl der Lager und Gefängnisse ist mit rd. 1.500 anzunehmen.
Es ... handelte sich bei der Mehrzahl der Lagerinsassen um Frauen, aber auch Kinder und Säuglinge traf das Schicksal der Internierung. Die Lagerverhältnisse entsprachen jenen, wie sie aus den anderen Vertreibungsgebieten beschrieben worden sind. Auch hier fanden nach den Massenliquidationen von Oktober und November 1944 noch einzelne Erschießungen statt. Mißhandlungen brutalster Art durch Auspeitschungen gehörten zum Alltag des Lagerlebens. Die Mehrzahl der Todesfälle war auf unmenschliche Verhältnisse, auf unzureichende Ernährung, mangelhafte ärztliche Betreuung und auf die hierdurch entstandenen Seuchen zurückzuführen. ...<<

**08.11.1945**

**WBZ:** Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 8. November 1945 aus Bayern (x124/60): >>... Ausländer sind die Privilegierten im Lande. Deutsche werden von Haus und Heim verjagt. Sieger sitzen über Besiegte zu Gericht, aber Millionen werden im Osten zu Tode geschunden, Freiwild im eigenen Land. Niemand fragt danach.<<

**10.11.1945**

**WBZ:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 10. November 1945 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/30-31): >>Ein richtiges Lager ist entstanden, das Flüchtlingslager Friedland. Die Zelte sind englischen Wellblechbaracken gewichen. Noch nicht entlassene deutsche Kriegsgefangene und DRK-Schwestern helfen den unendlich langen, kaum versiegenden und fast nie abreißenden Strömen von Flüchtlingen, hier ein erstes Unterkommen zu finden, sich etwas auszuruhen und möglichst auch einen Zug zu erreichen, der sie mitnimmt. Irgendwohin.

In einem großen Schweinestall des Universitätsgutes ist eine Behelfsküche eingerichtet worden, in der Suppen und Kaffee gekocht werden. ...

Kein Dorf ist diesem Ansturm gewachsen. Der winzige Flecken Friedland erst recht nicht. ...

Der erste Mensch wurde im Lager geboren, die ersten sind nun auch gestorben. In der Zeit vom 4. bis zum 10. November gab es nicht weniger als 5 Tote. Todesursache: Erschöpfungszustand, Herzschwäche, Fluchtstrapazen.

Bis hierher sind sie gekommen. Bis zu diesem fremden Ort, von dem sie nie in ihrer ostdeutschen Heimat gehört hatten, wurden sie von den müden und wunden Füßen geschleppt. Bis Friedland hatte das Herz alle Anstrengungen ungewohnter Art ertragen. Nun aber ging es nicht weiter.

Der Tod kam und sagte "Halt". Niemand konnte sie nun jagen, wohin es gefiel. Niemand vermochte ihnen zu befehlen, das Bündel aufzunehmen und wieder weiter zu wandern, immer weiter. Wohin eigentlich? Keine Behörde und keine Uniform hat über diese mehr zu verfügen. Sie gehorchen einfach nicht mehr. Ein Stärkerer als alle Gewaltigen der Welt kam und nahm sie in seine Arme. Fast liebevoll. Als wollte er ihnen den weiteren, dornigen Weg ersparen.

Sie starben fern der Heimat, die sie so sehr geliebt hatten. Sie starben, kaum daß jemand Notiz nahm. Keine Zeitung meldete ihren Tod. Es wurde überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Denn sie waren Flüchtlinge, einfache Menschen irgendwo aus einer ostdeutschen Provinz.

... Sie wurden in Friedland beerdigt, als bereits lange alle Kanonen schwiegen, aber noch immer Siegesfeiern veranstaltet werden. ...<<

**11.11.1945**

**Berlin:** Paradeformationen der alliierten Truppen feiern am 11. November 1945 im Berliner Tiergarten die Einweihung eines Ehrenmals der Roten Armee (x116/90).

**WBZ:** In Frankfurt wird am 11. November 1945 zum ersten Mal der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt.

Im Begleittext des Films heißt es (x116/113): >>Über 300 Lager: Todesfabriken, eins wie das andere, 20 Millionen Tote.

Tote in Nordhausen, verhungert und erschossen. Oft genug noch Lebende, oder besser, nur Halbtote achtlos unter die Leichen geworfen. Tote ... in Dachau: verbrannt, vergast, verhungert; in Auschwitz, vergast, erschossen und verhungert, und neben den gemordeten Müttern die Leichen neugeborener Kinder; in Ebensee verhungert; in Belsen verhungert und erschossen; in Mauthausen vergast, verhungert und erschossen; in Leipzig: verkohlt an den Hochspannungsdrähten ... –

Von den vielen Millionen überlebten nur wenige die Jahre der Pein.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über den US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" (x025/146-147): >>Als man 1945 daran ging, im Rah-

men des amerikanischen Umerziehungsprogramms den KZ-Film "Todesmühlen" für das deutsche Publikum zusammenzustellen, vermerkte der Bericht des zuständigen Kriegsinformationsamtes vom 23.02.1945, der Initiator des Projekts, ein gewisser James Pollock, sei der Ansicht, "daß die Mehrzahl der Deutschen das Ausmaß der von Deutschen begangenen Greueltaten vermutlich wirklich nicht kenne und daß die Vorführung dieser Filme ihnen zu einem guten Teil erklären könne, warum die Alliierten sichergehen müßten, daß die Deutschen nicht noch einmal die Chance bekämen, einen Krieg anzuzetteln".
Der Schock und die spontane Entrüstung der meisten Zuschauer sprachen für Mr. Pollocks Ansicht und veranlaßten die US-Behörden zu dem Eingeständnis, daß der weitere Zweck des Filmes, nämlich "ein Gefühl der individuellen und kollektiven Schuld zu wecken, total verfehlt" worden sei.<<
Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schreibt später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/191-192): >>... Als 1945 die Konzentrationslager befreit wurden, lud das Kriegsministerium der USA mehrere Hollywood-Mogule auf eine Tour nach Europa ein, darunter Harry Cohn, Jack Warner und Darryl Zanuck. Sie besuchten auch Dachau. Danach gaben sie eine gemeinsame Erklärung heraus:
Der Film könne helfen, "den Geist der Deutschen zu reinigen, ihre Haltung zu ändern und letztlich ihre Kooperation zu gewinnen". Filme seien "Frontkämpfer im psychologischen Krieg um Ideen".
Ein Produzent formulierte es später etwas flapsiger: "Donald Duck als Weltdiplomat." Washington gefiel das – Ein Senator sprach von einem "Marshallplan der Ideen".
Bereits in den fünfziger Jahren war Deutschland wieder der größte Exportmarkt für Hollywood geworden. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 11. November 1945 aus Bayern (x124/61): >>Die Franzosen haben die ersten 1.500 deutschen Kriegsgefangenen den Amerikanern zurückgegeben. Sie sehen wie Leichname aus den Greuellagern aus, berichten die keinesfalls deutschen Sympathien verdächtigen "Stars and Stripes":
"Vor 4 Monaten waren sie anständig ernährt und ausgerüstet nach Frankreich zur Arbeit verschickt worden. Zurückgekommen sind ausgemergelte, sieche Gestalten, von denen es kaum glaublich erscheint, daß sie noch lebensfähig sind. Ein 47jähriger mittelgroßer Graukopf wog 40 kg."
Sie haben überall gearbeitet: in Bergwerken, Steinbrüchen, Bauernhöfen, Küchen usw. Im allgemeinen behandelte sie die Zivilbevölkerung freundlich, hingegen waren sie Mißhandlungen und Beraubungen durch das Wachpersonal ausgesetzt. Katastrophal wirkte sich der Hunger sowie der Mangel an ärztlicher Betreuung aus.
Der Chef des US-Gesundheitswesens, der soeben eine Rundreise durch die 4 Besatzungszonen abgeschlossen hat, schlägt vor, unsere Tagesrationen von 1.350 auf 1.550 Kalorien zu erhöhen. Unruhen, Hungerkrawalle und Epidemien würden sonst unweigerlich die Folge sein. Für einen normal beschäftigten Erwachsenen, keinen Schwerarbeiter, gelten 2.500 Kalorien als Ernährungsminimum.
... Bedeutet US-Politik nichts als Rache an den Deutschen? ... Leider nehmen Sieger wie die Geschichte lehrt, allzu schnell die schlechten Eigenschaften der Besiegten an. ...<<
Luxemburg erhält am 11. November 1945 eine eigene Besatzungszone in Deutschland und übernimmt die deutschen Städte Bitburg und Merzig (x111/103).

**15.11.1945**

**Schweden:** Als die Absicht der Regierung bekannt wird, deutsche Kriegsgefangene an die UdSSR auszuliefern, warnt eine große schwedische Zeitung am 15. November 1945 (x130/-195): >>... Schwedens Ruhm und Ehre stehen auf dem Spiel. ...<<

**18.11.1945**

**Berlin:** Der Alliierte Kontrollrat (AKR) ordnet am 18. November 1945 die Einführung der Einheitszeit an ("Zeit A" = Greenwicher-Zeit plus 1 Stunde).

**19.11.1945**

**Ostdeutschland:** Nach polnisch-sowjetischen Sonderverhandlungen besetzen polnische Truppen am 19. November 1945 die westlichen Oder-Gebiete um Stettin, Pölitz und Swinemünde (x039/229).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die vermeintlichen "historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177): >>... Kaum hatte die polnische Regierung 1945 die Oder-Neiße-Linie erreicht, da verlangte ihr Beauftragter F. Stojanowski 1946 konsequenterweise die Elbelinie einschließlich Schleswig-Holstein sowie Hamburg, Magdeburg und Dresden als Brückenköpfe links der Elbe; die Gebiete zwischen Oder und Elbe sollten als Elbestaat bzw. Lausitzstaat integrierende Teile Großpolens werden.

Wenig bekannt sind die Versuche der Jahre 1945-1947, das ganze westliche Ufergebiet der Oder unter polnische Kontrolle zu bringen. Als Teilerfolg dieser eigenmächtigen Aktionen konnten die polnischen Expansionisten die sowjetische Duldung der Annexion von Stettin und Umgebung verbuchen – immerhin 800 qkm mit einer Vorkriegsbevölkerung von 440.000 Einwohnern, ein Gebiet von dem in den Potsdamer Beschlüssen nicht die Rede war. ...<<

**20.11.1945**

**Berlin:** Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmt am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).

Der AKR setzt ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollen (x111/106):

Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.

**WBZ:** In Nürnberg beginnt am 20. November 1945 der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Das Gerichtsverfahren wird in vier Sprachen (Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch) geführt.

Im Lüneburger "Bergen-Belsen-Prozeß" verurteilt ein britisches Militärgericht am 17. November 1945 elf Angeklagte zum Tod. 1 Angeklagter erhält eine lebenslängliche Zuchthausstrafe und 14 müssen für 10-15 Jahre ins Gefängnis (x111/106).

**Ost-Mitteleuropa: Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa**

Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen und tschechischen Behörden schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahmung des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden grundsätzlich mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz hatte man zwar ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen.

Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich zwar bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden vielerorts von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.
Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete zunächst im Jahre 1951.
In erster Linie wurden besonders lästige Elemente (arbeitsunfähige ältere Menschen, Behinderte, Kinder, unqualifizierte Arbeiter und bereits enteignete Deutsche) ausgesiedelt. Deutsche Spezialisten, die z.B. in der Versorgungswirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerke), in Krankenhäusern und Fabriken benötigt wurden, um die Produktion zu gewährleisten, wurden jahrelang von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen.
Im Winter 1945/46 wurden die Vertreibungstransporte unter besonders katastrophalen Umständen abgewickelt. Frauen, Kinder und alte Menschen wurden damals trotz eisiger Kälte ohne ausreichende Kleidung und Verpflegung in den Westen abgeschoben. Während der tagelangen Transporte in ungeheizten Viehwaggons erfroren oder verhungerten Tausende.
Diese Vertreibungskatastrophen wurden in der Nachkriegszeit kaum beachtet, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren nicht wenige Menschen hoffnungslos abgestumpft und verroht. In den gnadenlosen Kriegsjahren hatte man zu viel Elend und Leid gesehen oder persönlich erlebt.
Erst nachdem die Nordamerikaner und Briten im Jahre 1946 energischer gegen die unmenschlichen Transportbedingungen protestierten, wurde die Behandlung der deutschen Vertriebenen erträglicher und die Sterblichkeits- und Krankheitsrate sank beträchtlich.
Die Massenvertreibung der Ost- und Volksdeutschen verstieß zweifelsfrei gegen das damalige Völkerrecht (u.a. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit"). Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.

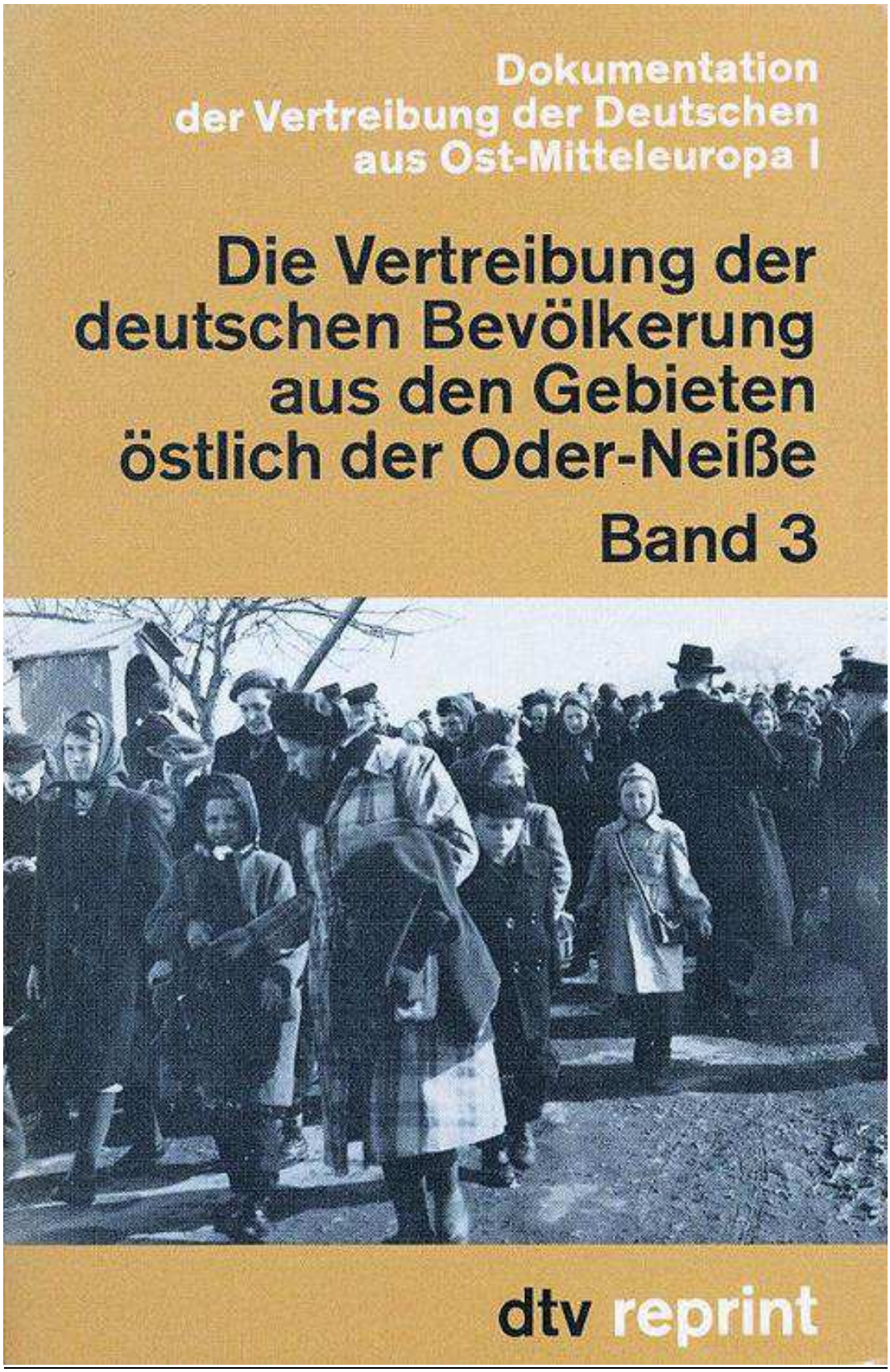



*Abb. 73 (x003/Titelblatt): Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung …*

Die Vertreibung bzw. "Umsiedlung" der Deutschen wurde von 1945-1951 in mehreren Etappen durchgeführt:

Polen und ehemalige deutsche Ostgebiete: 1945 = 650.000 vertriebene Volks- und Ost-

deutsche, 1946 = 2.000.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1947 = 500.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1948 = 150.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1949 = 150.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche und 1950-1951 = 50.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche (x001/155E).
Böhmen und Mähren: 1945-1950 = 2.909.400 vertriebene Sudeten- und Karpatendeutsche (x004/135).
Ungarn: 1946-1948 = 200.000 vertriebene Volksdeutsche (x008/72E).
Bei der Volkszählung vom 13. September 1950, die etwa mit dem Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen zusammenfiel, wurden in der Bundesrepublik Deutschland 7.977.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene gezählt. Diese Zahl erhöhte sich bis zur Volkszählung 1970 auf 9.598.000 und bis 1985 auf 10.750.000 (x088/14).
Rd. 3.200.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene wurden nach dem Kriege in die SBZ (spätere DDR) "umgesiedelt" (x148/132).
Nach Angaben des "Bundesausgleichsamtes (Stand: Ende 1987)" hielten sich bis 1950 außerdem 400.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene in Österreich auf.
Von 1950 bis 1984 kamen 1.259.189 Spätaussiedler aus den östlichen Vertreibungs- und Deportationsgebieten in die Bundesrepublik Deutschland (x024/301).
Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa war die größte gewaltsame Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Während des Zweiten Weltkrieges lebten etwa 19 Millionen Deutsche in Ostdeutschland und in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas.
Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren.
Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. Die jüngsten deutschen Volksstämme mußten mit der Aufgabe ihres Lebensraumes zwangsläufig als ausgestorben angesehen werden und wurden damit als Volksstämme eliminiert.
Allein in Ostpreußen (4.527 deutsche Städte und Gemeinden), Ostpommern (2.269 deutsche Städte und Gemeinden), Ostbrandenburg (890 deutsche Städte und Gemeinden), Niederschlesien (2.864 deutsche Städte und Gemeinden), Oberschlesien (992 deutsche Städte und Gemeinden) und im Sudetenland (3.139 deutsche Städte und Gemeinden) wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden in den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland (Stand: 1939) ausgelöscht.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-140E,143E-147E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele der Betroffenen geradezu das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.
Alle vorhergegangenen Ereignisse werden - wie am Phänomen der Flucht bereits dargelegt wurde - ja nur deshalb zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in die Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorangegangen und hatten teils bewußt auf sie hingezielt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter gewaltsamer Vertreibung.

Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens gewissermaßen als ein Nebenergebnis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind. Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsverlust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnische Westgrenze entstanden.
Wollte man aber diese Verlagerung des polnischen Staatsgebietes von Osten nach Westen für die Vertreter Polens überhaupt schmackhaft machen, so ergab sich die Notwendigkeit, für die polnische Bevölkerung aus dem Rußland überantworteten Gebieten östlich der Curzon-Linie neue Wohngebiete in Ostdeutschland zu schaffen. Dies aber machte, so argumentierte man mit erstaunlicher Logik weiter, hinwieder die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung nötig. Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer".
Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahmen, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten. Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.
Sowohl die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Abtrennung Ostdeutschlands bei gleichzeitiger Verpflanzung seiner Bevölkerung nach dem Westen für das verbleibende Restdeutschland und darüber hinaus für ganz Europa haben mußte, ebenso wie die humanitäre und rechtspolitische Seite dieser Aktionen sind in den Jahren 1943/44, als der Gedanke der Oder-Neiße-Linie und der Ausweisung sich zu einem Programm verfestigte, kaum bedacht worden, da die Niederringung des nationalsozialistischen Deutschland die Kriegspolitik der Alliierten ausschließlich bestimmte.
Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen und unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereitfinden konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von vielen Millionen Deutschen vorsah.
Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche.
Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können, das seit dem ersten Weltkrieg schon mehrfach Gegenstand internationaler Verhandlungen gewesen war und den Ausbruch des zweiten Weltkrieges mit ausgelöst hatte.
Für eine Radikallösung schienen auch geschichtliche Vorbilder namhaft gemacht werden zu können. So berief sich der Präsident der USA ausdrücklich auf das Beispiel der Aussiedlung der Griechen aus der Türkei im Jahre 1923, die außenpolitisch in der Tat zur Befriedung geführt hatte, für die betroffene Bevölkerung aber mit schwersten Leiden verbunden war.
Zweifellos war auch die nationalsozialistische Politik nicht schuldlos daran, daß überhaupt

Maßnahmen wie die der Umsiedlung und Verpflanzung millionenzähliger Volksgruppen als Mittel zur Erreichung einer politischen Neuordnung betrachtet wurden. Schon gleich nach dem deutsch-polnischen Krieg von 1939 hatte sie die Aussiedlung von Polen aus Westpreußen und der früheren Provinz Posen begonnen, diese Aktion allerdings sehr bald, bevor sie größere Ausmaße annahm, abgebrochen.
Viel konsequenter wurde aber die Rücksiedlung deutscher Volksgruppen, z.B. aus dem Baltikum, Bessarabien, der Bukowina, betrieben. Sie beruhte zwar auf vertraglichen Abmachungen und wurde teilweise als Bevölkerungsaustausch deklariert, das Beispiel der Entwurzelung und Nomadisierung, der Verdrängung einheimischer Bevölkerung, um für eine andere Platz zu schaffen, hatte sie jedoch gegeben, selbst wenn man ihr zugute halten muß, daß die umgesiedelten deutschen Volksgruppen vor dem Schicksal der Bolschewisierung bewahrt werden sollten.
Sowohl die hitlerische Ansiedlungspolitik in einem durch den militärischen Sieg über Polen nach Osten gewaltsam erweiterten Staatsgebiet, wie in unvergleichlich größerem Umfang die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung aus den unter russische und polnische Herrschaft gefallenen deutschen Gebieten kann man als die letzte Radikalisierung und zugleich als das Ende der Nationalstaatsidee bezeichnen, als den Moment in der Logik des nationalstaatlichen Denkens, wo sich dieses selbst ad absurdum führte.
Man war jetzt schließlich von der Assimilation einer Bevölkerung innerhalb eines staatlichen Raumes zur "Reinigung" eines Raumes fortgeschritten, dessen Grenzen nach rein machtpolitischen Erwägungen gezogen wurden.
Sowohl die von Hitler nach Osten vorgeschobene Grenze als auch die im Potsdamer Abkommen festgesetzte Oder-Neiße-Linie standen in krassem Widerspruch zur Nationalität der in diesem Gebiet Ostmitteleuropas lebenden Bevölkerung. Sie waren gerade entgegen allen nationalstaatlichen Gesichtspunkten entstanden, und man verschlimmerte diese Gewaltlösung nur noch, indem man nachträglich durch radikale Aus- und Umsiedlungen die so gröblich verletzte Einheit von Staats- und Volksgrenzen wiederherstellen wollte.
Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über dieses Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einmütigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte.
Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen.
Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch ein entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjet-Union, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern.
Noch näher liegt die Annahme solcher Bestrebungen bei der provisorischen polnischen Regierung, die bereits im Frühjahr 1945 durch ihre Behörden und Milizeinheiten weite Gebiete Ostdeutschlands verwaltete und in deren Namen schon im August 1944 im Zusammenhang mit der Frage der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung geäußert worden war, es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt bereits "alle erwachsenen Deutschen ins

Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.
Auch in der auf der Potsdamer Konferenz von polnischer Seite vorgebrachten Versicherung, ein großer Teil der Deutschen werde die Gebiete jenseits der Oder und Neiße freiwillig verlassen, wenn diese dem polnischen Staat unterstellt würden, darf man mit gutem Grund den ungesagt gebliebenen Vorsatz der polnischen Regierung erkennen, alles irgend mögliche zu tun, um schon während der polnischen Verwaltung und vor der Ausweisung die Verminderung der ostdeutschen Bevölkerung in die Wege zu leiten und den Deutschen eine Behandlung widerfahren zu lassen, die ihren Willen, in der Heimat zu bleiben, sehr bald brechen würde.
Wie die vorangegangene Darstellung über das Schicksal der östlich der Oder und Neiße befindlichen deutschen Bevölkerung unter russischer und polnischer Herrschaft zu erkennen gibt, ist sowohl die Verminderung der Zahl der Deutschen als auch die Entfremdung ihrer Heimat in erschreckendem Umfang erreicht worden, noch ehe die Ausweisungen selbst begannen. Dabei tut es nur wenig zur Sache, ob dieses Ergebnis stets mit bewußtem Vorsatz oder ohne unmittelbare Absicht in erster Linie aus Rache und Vergeltungsmotiven, aus dem Streben nach Bereicherung oder aus anderen Gründen geschah.
Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeutsche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.
Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde.
Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätige Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.
Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt: sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnisse, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.
Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen. ...<<
>>... Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden.
Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auch auf Pommern und den Südteil Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an. Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der An-

kunft polnischer Ansiedler.
In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur zehn Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnungen gezwungen. Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in der Wohnung oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmiliz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.
In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als zwei Wochen nach dem Westen abgeschoben.
Ähnlich war es auch in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden.
Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst 1945 und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Polen und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.
Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.
Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.
Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wurden, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.
Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn dies gegen ihren Willen geschah.
Nicht ausgewiesen wurden ferner die besonders in Oberschlesien, aber in geringerem Maße auch in Ostpreußen lebenden Personen, die zwar deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, sich aber auf Grund ihrer Abstammung und Sprache als Polen fühlten. Ihnen wurde Gelegenheit

gegeben, die polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben, und sie blieben auch von der Enteignung, der Zwangsarbeit und den sonstigen gegenüber der deutschen Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen verschont.
Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben. Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen.
Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. Manche Deutsche haben dem wiederholten Druck nachgegeben, indem sie die polnische Staatsbürgerschaft annahmen, viele andere weigern sich noch heute, dies zu tun.
Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierte nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreisescheine erhielten. Ihnen schlossen sich auch manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.
Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.
Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizianten und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben.
Noch im Sommer 1946 wurde z.B. im Landkreis Breslau auf öffentlichen Anschlägen vor der Ausreise auf eigene Initiative gewarnt. Dennoch ist es manchem Deutschen möglich gewesen, durch die selbständige Ausreise den fast regelmäßig mit der gewaltsamen Vertreibung verbundenen Schikanen und Gewalttaten zu entgehen.
In einigen Orten gelang es noch im Lande befindlichen deutschen Stellen, Pastoren oder Verwaltungsangestellten in polnischen Diensten, die Organisation der Aussiedlung in die Hand zu nehmen. Die Bevölkerung blieb dadurch zumindest in ihren Heimatorten vor den Willkürakten und Plünderungen bewahrt, von denen sonst die Ausweisungen in der Regel begleitet waren. Die deutschen Leiter der Aktion stellten Listen auf und benachrichtigten jeden einzelnen rechtzeitig.
Die Übergabe des Eigentums, das Unterschreiben der Verzichterklärung und alle anderen Formalitäten konnten in Ruhe durchgeführt werden. Außerdem wurde vermieden, daß die Ausgewiesenen tage- und wochenlang in den Auffangstellen auf die Zusammenstellung der Transporte warten mußten. Auch russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.
Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark

abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechungen bis zum Spätherbst 1946 an. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der CSR (x004/115-118): >>**Die Ausweisung nach der Potsdamer Konferenz**

Nach Artikel XIII der Potsdamer Vereinbarungen erkannten die drei Großmächte an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder von Bestandteilen derselben, die in der Tschechoslowakei (Polen und Ungarn) zurückgeblieben waren, nach Deutschland durchgeführt werden müsse und erklärten gleichzeitig, daß jede Überführung "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" erfolgen solle.

Damit gab die Konferenz den Tschechen praktisch freie Hand, auch die noch in der CSR befindliche deutsche Bevölkerung nach Deutschland zu überführen, knüpfte allerdings die Bedingung daran, daß die im Gange befindliche "wilde" Austreibung gestoppt und erst eine die gegenwärtige Lage in Deutschland berücksichtigende Vorbereitung getroffen werden müsse.

Dieser Potsdamer Beschluß entsprach in seinem Ergebnis den Zielen der konsequenten Politik der tschechoslowakischen Exilregierung und der späteren provisorischen Regierung. Allerdings genügte das Tempo, mit dem die Alliierten an die Vorbereitung der Sache gingen, durchaus nicht der Eile, die die Tschechen hatten.

Die ungemein schwierigen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse in dem von den Großmächten besetzten Reichsgebiet, die bereits vollzogene Aufnahme von ungeheuren Flüchtlingsmassen aus den ostdeutschen Provinzen, die Notwendigkeit, alle Maßnahmen mit den anderen Vertreibungsländern abzustimmen, militärische Rücksichten auf die im Gange befindliche Demobilisierung, all dies machte schwierige Überlegungen notwendig und sprach gegen jede Überstürzung.

Die Aufforderung der Großmächte, weitere Vertreibungsaktionen einzustellen, und die damit erzwungene Unterbrechung der schon laufenden Massenaustreibung verstimmte die Tschechen. Je länger die Vorschläge des Kontrollrats für die Durchführung des "Transfers" auf sich warten ließen, um so mehr wuchs das tschechische Mißtrauen, daß die in Potsdam gegebenen Zusagen eingehalten würden.

Die tschechische Presse begann bald den guten Willen der Westmächte überhaupt zu bezweifeln. Besonders übel wurden die sich mehrenden Proteste in der angelsächsischen Presse gegen die brutale Behandlung der Sudetendeutschen vermerkt.

Ungeachtet dessen wurden jetzt aber die technischen Vorbereitungen für die organisierte Austreibung getroffen und im August 1945 dafür besondere Organe geschaffen: im Mittelpunkt ein Spezialreferat im Innenministerium, dessen Leiter den Rang eines Regierungsbeauftragten für den "Odsun", Abschub der Deutschen hatte. Ihm waren Gebietsbeauftragte unterstellt (in Böhmen neun, in Mähren vier), in deren Kompetenzbereich die Referate für den "Odsun" bei den Bezirksnationalausschüssen und Ortsnationalausschüssen fielen.

Im Bereich des ganzen Staates wurden Sammellager für die zur Austreibung bestimmten Deutschen (in Böhmen 75, in Mähren 29, in der Slowakei 3) eingerichtet, die je 1.200 Personen umfassen sollten. Außerdem wurden Reservelager in der Nähe der Grenzübergangsstationen vorbereitet. Vieles davon war nur eine Zusammenfassung und Steuerung längst vorher eingeleiteter Einzelmaßnahmen.

Praktisch lief die Einrichtung der Sammellager darauf hinaus, daß die bereits in vorhandene Lager eingewiesenen Deutschen ohne Rücksicht auf die darin herrschenden vielfach unhaltbaren Zustände festgehalten wurden und daß man die ins innertschechische Gebiet gebrachten Deutschen nach dem Abschluß ihrer Arbeit nicht mehr nach Hause entließ, sondern in Sammellager einwies. Auch die noch in Freiheit lebenden Deutschen wurden Anfang Dezember für die Ausweisung registriert.

In ihrer Note vom 16. August 1945, in der die tschechoslowakische Regierung zu den Potsdamer Beschlüssen Stellung nahm, soll sie auch, nach einer tschechischen Quelle, dem Alliierten Kontrollrat ein Programm übersandt haben, wonach 2,5 Millionen Deutsche für die Ausweisung aus der CSR in Frage kamen. Diese Zahl wurde dann in dem am 20. November vom Kontrollrat angenommenen Gesamtprogramm des "Transfers" der deutschen Bevölkerung aus allen Vertreibungsgebieten berücksichtigt.
Danach sollten l.750.000 Sudetendeutsche in die amerikanische, 750.000 in die sowjetische Besatzungszone aufgenommen werden; 10 % der Gesamtzahl sollten bereits im Dezember 1945 ausgesiedelt werden. Jedoch lief dann die organisierte Aussiedlungsaktion tatsächlich erst Ende Januar 1946 an. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn (x008/59E-62E): >>Die zwangsmäßige Ausweisung eines großen Teils des ungarländischen Deutschtums nach Deutschland in den Jahren 1946 bis 1948 - in den ungarischen Verordnungen offiziell Umsiedlung genannt - fußt formal auf dem Art. XIII des Potsdamer Abkommens, der von der "Überführung der deutschen Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns oder Teilen dieser Bevölkerung nach Deutschland" spricht.
Ungarn nahm in diesem Zusammenhang nur insofern eine Sonderstellung ein, als es im Gegensatz zu Polen und der Tschechoslowakei ein Verbündeter des Deutschen Reiches gewesen war und trotzdem in die Aussiedlungsaktion mit eingeschlossen wurde, während über das Schicksal der Volksdeutschen in Rumänien oder gar in Jugoslawien keinerlei zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen wurden.
Eine Aufklärung dieser auffallenden Tatsache, vor allem der Frage, wie weit die ungarische Regierung selbst auf die entsprechenden Beschlüsse Einfluß zu nehmen versucht und ob sie sich bemüht hat, die Aussiedlung voranzutreiben oder zu hemmen, ist heute noch nicht möglich.
Sicher ist, daß in den Kriegsjahren von nationalistischen madjarischen Kreisen die Möglichkeit diskutiert wurde, die Idee der einheitlichen, unteilbaren ungarischen Nation nicht mehr nur mit den Mitteln der Assimilation wie bisher, sondern auch durch eine Aussiedlung der nicht assimilationswilligen Nationalitäten zu verwirklichen. Eine Anwendung dieses Prinzips kann man in den Vorgängen erkennen, die sich nach der Besetzung der jugoslawischen Batschka im Jahre 1941 abspielten, wo man die seit dem 1. Weltkrieg angesiedelten Serben aus dem eroberten Land jagte.
Einzelne ungarische Zeitschriften griffen auch das Thema einer Umsiedlung der ungarländischen Deutschen auf, das seit Hitlers Politik gegenüber einer Reihe deutscher Volksgruppen, darunter den Bukowina-, Dobrudscha- und Bessarabiendeutschen im benachbarten Rumänien in der Luft lag. Nach einer Behauptung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Kállay soll Hitler einmal dem Reichsverweser Horthy die Umsiedlung aller ungarländischen Deutschen zugesagt haben.
Wenn es auch nicht ausgeschlossen ist, daß Hitler anfänglich wegen seiner guten Beziehungen zum madjarischen Nationalismus zu einer Opferung des ungarländischen Deutschtums bereit gewesen sein könnte, so ist diese Nachricht doch nirgends sonst bezeugt und mit der seit dem Wiener Abkommen von 1940 inaugurierten Politik sicher unvereinbar. Ob gleichwohl die ungarische offizielle und inoffizielle Politik weiterhin mit diesem Gedanken spielte und ihn auch diplomatisch verwendete, wissen wir nicht.
Ebensowenig geklärt ist es, auf welchem Wege Ungarn in den Vertreibungs-Artikel des Potsdamer Abkommens geraten ist. Höchstwahrscheinlich war es die Sowjetunion, die die Anregung dazu gegeben hat. Schon im Frühjahr 1945 soll Marschall Woroschilow als Präsident der Alliierten Kontroll-Kommission für Ungarn von der ungarischen Regierung verlangt ha-

ben, daß sie Vorbereitungen für eine Massenaustreibung der Deutschen treffe.
Jedenfalls hat sich die ungarische Regierung, in der damals noch nicht die Kommunisten die Oberhand besaßen, schon vor der Potsdamer Konferenz mit dem Problem einer Austreibung des Deutschtums befaßt, ohne daß es ihr gelungen zu sein scheint, die divergierenden Auffassungen der verschiedenen Parteien in dieser Frage zu überbrücken.
Im Zusammenspiel mit den Sowjets traten die ungarischen Kommunisten für eine Totalaustreibung des Deutschtums ein, wobei der Gedanke der Kollektivschuld in den Vordergrund geschoben wurde, tatsächlich aber wohl eine Bresche für eine radikale Agrarreform geschlagen werden sollte.
In den Parteien, die die Interessen des ungarischen Bauerntums vertraten, vor allem in der bis dahin einflußreichen Kleinlandwirte-Partei, der u.a. der Außenminister Gyöngyösi angehörte, bestand ein Widerstreit verschiedener Interessen und Tendenzen; der Gedanke, die deutsche Minderheitenfrage, die sich seit 1940 zu einem staatspolitischen Problem ersten Ranges entwickelt hatte, im nationalungarischen Sinne endgültig und radikal zu lösen, wurde zweifellos mit Sympathie aufgenommen.
Doch übersah man andererseits nicht, daß eine entschädigungslose Ausweisung eine ernste Erschütterung der Eigentumsbegriffe für das ganze Land gebracht hätte und damit den Zielen der Kommunisten in die Hand gearbeitet worden wäre. Dazu kam noch, daß eine Totalaussiedlung der volksdeutschen Ungarn selbst aller Argumente gegen die von der Tschechoslowakei angestrebte Zwangsumsiedlung der 700.000 Slowakei-Ungarn beraubt hätte.
Diese widerspruchsvolle Lage erklärt es wohl, daß die ungarische Regierung in der Vertreibungsfrage anfangs die Dinge treiben ließ. Dabei ging die Diskussion aber nicht mehr um das Prinzip der Vertreibung als solcher, sondern lediglich um ihr Ausmaß.
Um diese Frage ist das ganze Jahr 1945 hindurch im verborgenen, vor allem mit den Sowjets, gerungen worden. Die ungarische Regierung suchte dabei die Zahl der Auszuweisenden gegenüber der sowjetischen Forderung von einer halben Million herabzudrücken, wobei sie sich formell gegen die Anwendung des Prinzips der kollektiven Verantwortung ganzer Volksgruppen verwahrte.
Wie wenig sie jedoch selbst von diesem Prinzip abging, ergibt sich aus den Angaben von Stefan Kertész, eines früheren hohen Beamten des ungarischen Außenministeriums. Er berichtet davon, daß der ungarische Innenminister Franz Erdai im Mai 1945 die Zahl der auszuweisenden Volksbundmitglieder auf etwa 300.000 ansetzte, während die ungarische Regierung in einer offiziellen Note von 200.000 bis 250.000 Deutschen, die als "ergebene Diener des Hitlerismus" aus Ungarn abzuschieben wären, sprach.
Die ungarische Regierung bewies damit nur, daß sie selbst an dem Grundsatz der individuellen Schuld nicht festhielt und mit der Ausweisung auch noch andere Ziele verfolgte, als die Bestrafung derjenigen, die nationalsozialistische Politik betrieben hatten.
Offensichtlich suchte sich die ungarische Regierung selbst um die Entscheidung zu drücken und eine Gelegenheit abzuwarten, um die Aussiedlung als Befehl und unter Verantwortung der Siegerstaaten anlaufen zu lassen. Diese Gelegenheit schien sich im November 1945 zu bieten.
Um die aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße vertriebene deutsche Bevölkerung, die in einem erbarmungswürdigen Zustand nach Deutschland hineinflutete, auf alle Besatzungszonen gleichmäßig zu verteilen und die Ausweisung durch die Aufstellung eines Terminkalenders planvoller zu gestalten, genehmigte der Alliierte Kontrollrat in Deutschland am 20. November 1945 ein ihm eingereichtes Protokoll, das das bisherige Durcheinander einigermaßen zu ordnen versuchte.
Es legte der Vollständigkeit halber auch die künftigen Auffanggebiete der nach dem Potsdamer Beschlüssen aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn auszuweisenden Deutschen fest

und bestimmte hierfür die amerikanische Zone; für die Ungarndeutschen wurde dabei die Zahl von 500.000 angenommen. Für die Reaktion der ungarischen Regierung auf diese Festsetzung sind wir bisher nur auf die Mitteilungen von Stefan Kertész angewiesen.
Danach hat das Außenministerium sowohl gegen die Zahl der Auszuweisenden wie gegen das damit verbundene Prinzip der kollektiven Bestrafung bei den britischen, amerikanischen und sowjetischen Missionen protestiert, während gleichzeitig der ungarische Innenminister Vorbereitungen für die totale Austreibung der Deutschen traf, indem er eine entsprechende Verordnung vorbereitete.
Nach Kertész ist der Außenminister Gyöngyösi mit seinem Einspruch dagegen im Ministerrat am 22. Dezember 1945 nicht durchgedrungen, so daß schließlich die radikale Lösung angenommen wurde, wie sie im Text der Ausweisungsverordnung vom 22. Dezember 1945 niedergelegt ist.
Diese ordnet die Aussiedlung für denjenigen ungarischen Staatsbürger an, "der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hat oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden Namen ändern ließ, ferner derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war".
Sie ging also bei genauer Auslegung weit über die Zahl von 200.000 bis 250.000 Auszuweisenden hinaus. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ostmitteleuropa (x051/603-604): >>Vertreibung, Ausweisung größerer Bevölkerungsgruppen aus ihrem Wohngebiet, v.a. während und nach einem Krieg.
Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ost- und Ostmitteleuropa in das Deutschland diesseits der Oder-Neiße-Linie hatten die Alliierten schon auf ihren Konferenzen in Teheran (Dezember 43) und Jalta (Februar 45) erörtert.
Das Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 bestimmte in Abschnitt XIII, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß", und zwar "in geordneter und humaner Weise". Die Einzelheiten sollte ein Plan des Alliierten Kontrollrats regeln. Die systematische Vertreibung der deutschen Bevölkerung begann jedoch bereits im Juli/August 45, also ehe der Ausweisungsplan des Kontrollrates am 17.10.45 unterzeichnet worden war.
Sie geschah keineswegs "in geordneter und humaner Weise", sondern in völker- und menschenrechtswidriger Art, und erfaßte auch die deutsche Bevölkerung aus den polnischer Verwaltung unterstellten deutschen Ostgebieten und dem der Sowjetunion übergebenen nördlichen Ostpreußen. Darüber hinaus waren seit Ende 44 schon Millionen von Deutschen vor der vordringenden Roten Armee westwärts geflohen. Die Vertriebenen und Flüchtlinge verloren nicht nur ihre Heimat, sondern meist auch ihre gesamte Habe.
1944/45 lebten in Ostdeutschland und in Osteuropa insgesamt 19,17 Millionen deutsche Staatsangehörige oder sogenannte Volksdeutsche, davon in den deutschen Ostgebieten (mit Danzig) 10,39 Millionen, in Polen 1,26 Millionen, in der UdSSR 2,07 Millionen, in Ungarn 633.000, in der Tschechoslowakei (mit Sudetenland) 3,62 Millionen, in Jugoslawien 550.000, in Rumänien 689.000 und in den übrigen Balkanstaaten 6.000.
Bis 1950 kamen 11,96 Millionen Menschen als Flüchtlinge oder Vertriebene nach Restdeutschland, davon 7,29 Millionen aus den deutschen Ostgebieten, 618.000 aus Polen, 421.000 aus der Sowjetunion, 2,99 Millionen aus der Tschechoslowakei, 213.000 aus Ungarn, 297.000 aus Jugoslawien, aus Rumänien 137.000 und 3.000 aus den übrigen Balkanstaaten. Über zwei Millionen verloren durch Flucht oder Vertreibung ihr Leben.

Der Großteil der insgesamt 4,4 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge, die zunächst in der (heutigen) DDR oder in Ost-Berlin Aufnahme fanden, zog später als sogenannte Sowjetzonenflüchtlinge in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin (1949 bis Juli 61 rund 2,1 Millionen).
Ab 1950 ging die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Ostmitteleuropa in geringerem Umfang weiter, meist auf der Grundlage vertraglicher Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und dem betreffenden Staat; bis zum Zusammenbruch des Ostblocks im Jahr 1989 wurden in der Bundesrepublik knapp zwei Millionen Aussiedler registriert. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs übersiedelten mehr als 2,6 Millionen Menschen.
Es leben gegenwärtig noch etwa 600.000 Deutschstämmige in Rußland und 50.000 in Kasachstan sowie 500.000 in den Staaten Mittelosteuropas. Die Gründe für die Übersiedlung Deutschstämmiger in die Bundesrepublik sind vor allem in der wirtschaftlichen Situation in der ehemaligen Sowjetunion und nicht in politischer Verfolgung oder gar Vertreibung zu sehen.
In der Bundesrepublik ist der Rechtsstatus der Vertriebenen durch das Bundesvertriebenengesetz vom 19.5.53 geregelt worden. Ihre Eingliederung in die Gesellschaft und Wirtschaft ist, mit Hilfe einer umfangreichen Gesetzgebung, darunter der über den Lastenausgleich, inzwischen weitgehend gelungen.
In der "Charta der Heimatvertriebenen" von 1950 haben die Vertriebenen ausdrücklich auf Vergeltung für das an ihnen verübte Unrecht und auf Gewaltanwendung verzichtet; doch halten ihre Verbände bis heute an der Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 fest.<<
Der deutsche Historiker Hans-Werner Rautenberg (1938-2009) schreibt später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x035/333-335): >>Den letzten Akt des an der ostdeutschen Bevölkerung vollzogenen Dramas stellt schließlich die Vertreibung dar, die von den meisten der Betroffenen gar nicht mehr als zusätzliches Unrecht, sondern vielmehr als Erlösung empfunden worden ist. Viele Deutsche verließen sogar "freiwillig" ihre Heimat, um weiteren Drangsalierungen und Erniedrigungen zu entgehen.
Die Vertreibung erfolgte nicht erst auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945, sondern hatte weit eher eingesetzt. Ihr Hauptmotiv war ein rein nationalistisches:
Durch die Austreibung der Deutschen sollten das neue Polen und die neue Tschechoslowakei als reine Nationalstaaten wiedererstehen. Daher sollten die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland möglichst in einem Zuge von ihrer deutschen Bevölkerung "gesäubert" und durch Neubesiedlung so rasch wie irgend möglich in den polnischen bzw. tschechoslowakischen Staat integriert werden. ...
Alle polnischer- bzw. tschechischerseits angeführten Begründungen für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen tragen den Charakter der nachträglichen Rechtfertigungen:
1.) Die Kompensationstheorie: danach habe Polen für seine Gebietsverluste im Osten entschädigt werden müssen, da es Raum für seine Landsleute gebraucht habe, die ihrerseits vertrieben worden seien. Dieses Argument traf für die Tschechoslowakei so gut wie gar nicht zu, denn die Zahl der aus Wolhynien, Rumänien und der Karpato-Ukraine umgesiedelten Tschechen und Slowaken betrug weniger als 100.000 Menschen, während annähernd 3,5 Millionen Sudetendeutsche ihre Heimat verlassen mußten.
Allerdings wurden aus den von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebieten etwa 1,5 Millionen Polen nach Westen abgeschoben; dafür aber siedelte Polen ca. 500.000 Ukrainer und Weißrussen aus, hatte also nur etwa 1 Million Menschen neu in sein Staatsgebiet aufzunehmen.
2.) Die Theorie von der angeblichen Kollektivschuld der Deutschen. Sie besagt bis heute, daß Deutschland durch sein Verhalten in Polen und in der Tschechoslowakei während der Besat-

zungszeit im Zweiten Weltkrieg sich gegenüber diesen Völkern derart versündigt habe, daß der Verlust seiner Ostgebiete als gerechte Strafe erscheint.
3.) Für die polnische Argumentation gilt zudem noch die Theorie von der ethnischen Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete zu Polen. Danach habe es sich um ursprünglich "urpolnisches" Land gehandelt, daß man nach Jahrhunderten rücksichtsloser Germanisierung dem Mutterland "wiedergewonnen" habe. Schon 1945 habe es nämlich in diesen Gebieten Millionen Menschen polnischer Gesinnung gegeben; damit seien die Ansprüche Polens auf diese Gebiete hinreichend begründet.
4.) Einige Zeit wurde die These aufgestellt, die Vertreibung der Deutschen stelle eine logische, wenn auch gewaltsam beschleunigte Konsequenz der seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu beobachtenden Abwanderung deutscher Bevölkerung aus Ostmitteleuropa nach Westdeutschland dar, während Polen und Tschechen natürlicherweise in die von Deutschen verlassenen Räume nachgerückt seien. Die Vertreibung habe insofern nur das zeitlich vorweggenommen, was in 50 bis 100 Jahren ohnehin erfolgt wäre. ...
5.) Schließlich wird die Ausweisung der Deutschen - besonders von tschechischer Seite - mit dem Argument gerechtfertigt, daß man sich ein für allemal einer potentiellen Irredenta (einer politischen Bewegung, die den staatlichen Anschluß abgetrennter Gebiete an das Mutterland erstrebt) habe entledigen und deshalb die Nationalitäten "entflechten" müssen.
Tatsächlich aber handelte es sich bei der Vertreibung der Deutschen, wie sie zuerst von exiltschechischer Seite schon im Winter 1941/42 gefordert und im Laufe des Krieges von den alliierten Mächten akzeptiert wurde, nach den treffenden Worten von Gotthold Rhode "nur (um) die übersteigerte Fortsetzung der Vertreibung aus nationaler Intoleranz und der Nationalstaatsidee, wobei (wie im Falle der Tschechoslowakei) historische Grenzen, die nie nationale Grenzen gewesen waren, oder rein machtmäßig festgesetzte Grenzen wie die Oder-Neiße-Linie (im Falle Polens) in Zukunft nationale Scheidelinien bilden sollten."
Polnische und tschechische Kommunisten haben sich im übrigen die Forderungen der von ihnen ansonsten bekämpften Nationalisten sogleich zu eigen gemacht, als sie die Regierungsgewalt in den ihrer Verwaltung übergebenen Gebieten übernahmen.
Daß Stalin der Vertreibung der Deutschen zustimmte, während die Sowjetunion sonst keine Bevölkerungsgruppen - man denke an die Krimtataren und an die Wolgadeutschen - aus ihrem Machtbereich entließ, findet seine einzig überzeugende Erklärung in der Erwartung, die "Millionen bettelarmer Vertriebener, die nach Mittel- und Westdeutschland einströmten, würden dort ein solches Element der Unruhe und Unzufriedenheit darstellen, daß über sie die Sowjetisierung ganz Deutschlands erreicht werden könne" (Rhode). ...
Die Vertreibung war und bleibt ein Unrecht, dem mehr als zwei Millionen Menschen auf deutscher Seite zum Opfer fielen. Mit Flucht und Vertreibung, die alles andere als in "geordneter und humaner Weise" vor sich ging, wie sie das Potsdamer Abkommen vorgesehen und angeordnet hatte, ging rund ein Viertel des deutschen Reichsgebiets von 1937 verloren. Von den etwa 16 Millionen Deutschen im Osten – wobei die Rußlanddeutschen nicht mitgerechnet sind – ist dabei mehr als ein Fünftel ums Leben gekommen; das ist ein Mehrfaches der Kriegsverluste der übrigen deutschen Bevölkerung.
Stalins Hoffnung, mit Hilfe der deutschen Vertriebenen ganz Deutschland revolutionieren zu können, hat sich bekanntlich nicht erfüllt, und auch die vermeintlichen Nutznießer der "nationalen Entflechtung" durch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die Tschechen und Polen, können sich allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz kaum glücklich schätzen. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x160/1-2,5-6): >>Die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa 1945-1947 war die größte Völkervertreibung der

Weltgeschichte. Die Einwohnerzahl der Vertreibungsgebiete entsprach mit über 20 Millionen derjenigen der Republiken Finnland, Island und Irland und der Königreiche Norwegen, Schweden und Dänemark zusammengenommen.
Noch nie in der Geschichte wurde eine so große Volksgruppe mit einem Federstrich aus den Geschichtsbüchern und Atlanten getilgt und zu Menschen ohne Menschenrechte gemacht. Man wird vergeblich nach Vergleichbarem suchen. In Zeiten des Neuassyrischen Reiches wurden unter Assurnasripal (883-859 v. Chr.) und Assurbanipal (669-627 v. Chr.) 4,5 Millionen gewaltsam vertrieben. Die nächstgrößeren Gruppen dürften die je 7,5 Millionen indischen und pakistanischen Flüchtlinge der Jahre 1947-1949 sein.
Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat in den 50er Jahren die alteingesessene Bevölkerung der deutschen Vertreibungsgebiete außerhalb der Sowjetunion mit 16,5 Millionen ermittelt. In dieser Ziffer nicht enthalten sind außer den 1,5 Millionen Rußlanddeutschen (sie wurden überwiegend von Westen nach Osten vertrieben) noch fast 2,5 Millionen West- und Mitteldeutsche. Insgesamt lebten also bei Kriegsende über 20 Millionen Deutsche in den ostdeutschen und osteuropäischen Vertreibungsgebieten. Davon entfielen etwa 50 % auf Ostdeutschland in seinen Grenzen von 1937, der Rest auf das Sudetenland und die deutschen Sprachinseln zwischen Donau und Wolga.
Flächenmäßig umfaßten die Ostgebiete des Deutschen Reiches ein Viertel des deutschen Staatsgebietes, wenn man die Grenzen von 1937 zugrunde legt, und einen noch größeren Anteil, wenn man Sudetenland, Memelland und die freie Stadt Danzig, kurzum das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet im Osten einbezieht.
Nicht alle Ostdeutschen und nicht alle Volksdeutschen wurden nach West- und Mitteldeutschland vertrieben. Im Jahr 1950 zählte man ca. 830.000 Rußlanddeutsche, die die Verschleppung in den asiatischen Teil der Sowjetunion überlebt hatten, und über 3,3 Millionen Deutsche in den anderen Vertreibungsgebieten, die in ihrer alten Heimat meist unter unwürdigen Umständen wohnen durften bzw. mußten.
In der Bundesrepublik lebten 1950 rd. 8,1 Millionen Vertriebene.
Bei der Vertreibung zu Tode gekommen sind zwischen 2,8 und 3 Millionen Menschen. Davon entfallen über 600.000 auf Rußlanddeutsche und 2,2 Millionen auf die alteingesessene Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete und der anderen Vertreibungsgebiete. Die Gesamtzahl der Vertreibungstoten entspricht ziemlich genau der seinerzeitigen Einwohnerzahl der Republik Irland. ...<<
>>... So absurd es auch klingen mag, die Vertreibung in den Westen erschien nun fast als Hoffnung, als letzte Chance, wenigstens das nackte Leben zu retten. Zwar sind auf den Vertreibungstransporten noch Tausende an Hunger, Kälte und Erschöpfung gestorben, aber immerhin hatte man eine Chance.
In den Jahren zwischen 1945 und 1947 waren die Vorgänge in den Vertreibungsgebieten überwiegend von Gewalt und Grausamkeit geprägt, und spätestens 1950 war die Vertreibung praktisch abgeschlossen. Aber auch in den folgenden Jahren blieben die daheimgebliebenen Deutschen de facto und in einigen Ländern sogar de jure diskriminiert – Bürger minderen Rechts. Der Weg in die Bundesrepublik erschien Millionen von Menschen als Lösung bzw. Erlösung. Daß zwischen 1950 und 1987 im Jahresdurchschnitt nur zwischen 15.000 und 50.000 Ostdeutsche (das Jahr 1958 mit über 132.000 bildete die Ausnahme) zu uns kamen, lag ausschließlich an der restriktiven Ausreisepolitik der osteuropäischen Regierungen.
Schnell änderte sich die Lage, als Gorbatschows Reformpolitik zu greifen begann. Mit über 202.000 Aussiedlern erreichte die Statistik schon 1988 einen unerwarteten Anstieg. 1988 kamen 377.000, 1990 über 400.000. Insgesamt kamen zwischen 1950 und 1990 rund 2,4 Millionen Deutsche aus Ostdeutschland und Osteuropa in die Bundesrepublik. 3,2 Millionen wohnen immer noch in den Vertreibungs- und Deportationsgebieten. ...

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Was auf den ersten Blick als "die Vertreibung" erscheint, war in Wirklichkeit ein makabres Panoptikum aus Massaker und Flucht, aus Deportation zur Zwangsarbeit und Internierung in Lagern. Die eigentliche Vertreibung und die sog. Spätaussiedlung waren nur das Finale, die Spitze des Eisbergs. Zudem bestanden gewaltige regionale Unterschiede beim Ablauf des Vertreibungsgeschehens.
Naturgemäß ist es nicht einfach, einen derart vielschichtigen Tatbestand rechtlich einzuordnen. Kein Geringerer als Prof. Felix Ermacora, der UNO-Sonderbeauftragte für Afghanistan, sieht den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der UNO-Resolution vom 9.12.1948 erfüllt. ... Die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte stellt zugleich den größten Verbrechenskomplex der Nachkriegsgeschichte dar.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/33,36-37, x309/88): >>Die westlichen Alliierten waren auf die Ausweisung von 2 bis 4 Millionen Reichsdeutschen vorbereitet, niemals aber auf die Vertreibung von über 9 Millionen aus Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und ganz Schlesien. Der entscheidende Fehler lag also darin, daß das Prinzip der Bevölkerungsumsiedlung zu weit ausgedehnt wurde. Damit war nicht mehr die Rede von der notwendigen Umsiedlung deutscher Minderheiten dorthin, woher sie gekommen waren, wie es bei den Befürwortern der Umsiedlung oft hieß.
Die Deutschen in Ostpreußen stellten in keiner Beziehung eine Minderheit dar, und ihre Vorfahren lebten schon Jahrhunderte in Ostpreußen, ehe die Engländer Nordamerika kolonisierten. Der Vorschlag, die Ostpreußen sollten an den Rhein zurückgeschickt werden, hätte eigentlich für Roosevelt und Eden so unsinnig klingen müssen wie der absurde Vorschlag, die Amerikaner wieder nach Großbritannien oder die Briten nach Dänemark und Niedersachsen zurückzuschicken. ...<<
>>... Wenn es auch zutrifft, daß die westlichen Alliierten an eine ganz andere, die Betroffenen möglichst schonende Art der Ausweisung gedacht hatten, so spielte doch der Wunsch eine Rolle, die Deutschen für das Elend, das sie mit dem Krieg über die Welt gebracht hatten, kollektiv zu bestrafen. Man war bereit, die Entfernung von Millionen Deutschen aus dem Osten zu gestatten und einen Teil des Landes den Polen und Tschechen als Entschädigung für ihre Leiden unter nationalsozialistischer Besatzung anzubieten.
... Als sich der europäische Konflikt zum "totalen Krieg" auswuchs, wurde der deutsche Feind immer mehr mit Hitler identifiziert, die Rache über das ganze deutsche Volk heraufbeschworen. Phantasievolle Vorstellungen, etwa, daß Militarismus und Nihilismus (völlige Verneinung aller Normen und Werte) dem deutschen Wesen angeboren seien, tauchten auf und wurden von Persönlichkeiten der entscheidenden Gremien sogar übernommen. ...
So entwickelte sich aus dem natürlichen Haß gegen den Feind eine intensive und alles beherrschende Germanophobie, die keinen Unterschied zwischen Nationalsozialisten und Nicht-Nationalsozialisten in Deutschland machte, keinen zwischen den Schuldigen und Schuldlosen. Die Umsiedlung von Millionen Deutschen als Form kollektiver Bestrafung schien in der Stimmung des totalen Krieges durchaus berechtigt.
Hitler selbst hatte bereits mehrere Beispiele gegeben, wie z.B. die Deportierung von ca. 100.000 Elsässern nach Vichy-Frankreich und von mehr als einer Million Polen aus den annektierten Woiwodschaften Posen und Pommerellen in das sogenannte "Generalgouvernement Polen". ...
Der deutsche "Drang nach Osten", der jahrhundertelang von Deutschlands östlichen Nachbarn teils gefördert, teils bekämpft wurde, wich dem wiederauflebenden alten slawischen "Drang nach Westen", der jetzt von der siegreichen Roten Armee unterstützt und manchmal von den westlichen Mächten gutgeheißen wurde.
Natürlich stand für die Vereinigten Staaten und Großbritannien kein historisches Interesse auf

dem Spiel, als sie den Stoß der Slawen nach Westen förderten. Es war nur die unbeschreibliche Unmenschlichkeit von Hitlers Regime, die Roosevelt und Churchill moralisch stumpf machte gegen das, was Millionen Deutschen im Osten zustoßen sollte.
Der Geruch von Bergen-Belsen und Buchenwald lag in der Luft, und viele westliche Politiker waren von dem Gefühl beherrscht, die Deutschen hätten bei weitem noch nicht genug gelitten, obwohl Deutschland in Trümmern lag und 4,3 Millionen deutsche Soldaten gefallen waren (die USA hatten 229.000 Mann Verluste): Die Deutschen konnten das unendliche Leiden, das durch eine unglückselige Politik verursacht wurde, nicht wiedergutmachen. ...<<
>>... Der Zweite Weltkrieg gab den Anlaß und die Möglichkeit der Vertreibung, war aber nicht ihre Ursache. Wesentliche Ursachen dieses weltweit beispiellosen Geschehens waren vielmehr bewußte, vielfach von langer Hand herbeigeführte politische Entscheidungen.
Dies belegen Dokumente und offene Bekenntnisse der verantwortlichen tschechischen, polnischen und sowjetischen Politiker. Zu den weiteren Ursachen gehören die geopolitischen Ambitionen Stalins und der Wille der Westalliierten, Deutschland nachhaltig zu schwächen.
Entsprechende Bestrebungen tschechischer und polnischer Politiker reichen nachweislich viele Jahrzehnte vor den Beginn des Zweiten Weltkriegs und die Machtergreifung Hitlers zurück. Somit darf die Vertreibung nicht allein aus der Perspektive des 1. September 1939 betrachtet werden. Auch der dynamische slawische Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die Beschlüsse der Verträge von Versailles. St. Germain und Trianon von 1919 müssen als Ursachen mitberücksichtigt werden.<<
Der deutsche Historiker Günther Stökl (1916-1998) schreibt später in seinem Buch "Osteuropa und die Deutschen" über die Vertreibungsgründe in Ost-Mitteleuropa (x035/331-332): >>Dort, wo Hitler den Krieg begonnen hatte, waren ... die Folgen der Niederlage am verheerendsten. Denn hier traf der Verlust die Substanz, hier mußten Gebiete aufgegeben werden, deren Zugehörigkeit zu Deutschland noch am Ende des Ersten Weltkrieges von den Siegern nicht angezweifelt worden war.
Gewiß war dies auch Vergeltung, und gewiß waren von den polnischen Politikern schon während des Krieges Annexionen an der Westgrenze erwogen worden: das historische Argument, Schlesien sei einst im Mittelalter ein polnisches Land und Pommern zumindest ein slawisches Land gewesen, war ja immer zur Hand. Aber das Ausmaß der Annexion wird nicht allein durch polnische Vergeltungssucht und historisch verbrämte Landgier erklärt, sondern vor allem durch das politische Interesse der Sowjetunion.
Diese ergriff die Gelegenheit, ihrerseits historische Ziele zu erreichen, die Konzessionen des Friedens von Riga aufzuheben und Ostpolen bis zur Curzon-Linie zu annektieren. Die weißrussische und ukrainische Bevölkerungsmehrheit sollte mit der Weißrussischen und der Ukrainischen Sowjetrepublik "wiedervereinigt", die mehrere Millionen zählende polnische Minderheit sollte über die Curzon-Linie nach Westen abgeschoben werden. Die Polen, immerhin Befreite und Verbündete, waren auf Kompensationen im Westen verwiesen. ...<<
Der deutsche Historiker Martin Broszat (1926-1989) schreibt später über die Hintergründe der Vertreibung (x025/115): >>Was zunächst vordergründig als rigorose Neuordnung des nationalen Verhältnisses erschien, ... war im Grunde weniger ein Akt souveräner polnischer Politik als ein Akt übergeordneter großräumiger sowjetischer Strategie in der östlichen Hälfte Europas.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) erläutert später einige Gründe, warum die Deutschen ihre Siedlungsgebiete in Ost-Mitteleuropa verlassen mußten (x025/184, x160/8): >>1945 war dann das Jahr der Ernte, die Sternstunde des polnischen Nationalismus. Die Planeten standen so günstig wie seit Jahrhunderten nicht mehr: Die Konjunktion der anglo-amerikanischen Bestrafungstheologie mit der sowjetischen Hegemonialstrategie am Ende der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" brachte den Spielern den erhofften "höchsten

Gewinn", die größte Expansion des polnischen Siedlungsgebietes in der Geschichte; obendrein konnte sich der historische polnische Chauvinismus im Gewand der Kompensations- und Kollektivschuldtheorie in fashionablen westlichen Gesellschaftskreisen sehen lassen.
Und es bestätigte sich wieder einmal die Erfahrung, daß Propaganda weniger von der Kraft ihrer Argumente als von der Unwissenheit ihrer Adressaten lebt. ...<<
>>... Die offizielle Propaganda freilich hat die polnischen Annexionen und Vertreibungen als reine Reaktion auf Hitler dargestellt und wurde sogar von etlichen westlichen Historikern ungeprüft übernommen.
Zutreffend schreibt dagegen der unvergessene Prof. Andreas Hillgruber, einer der Großen der bundesdeutschen Geschichtsschreibung: "Die Komplexität des Geschehens wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik ... interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Dabei war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalistische Herausforderung; es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch kamen."
Im Zuge einer verstärkten Rückbesinnung auf die Menschenrechte hat man in den Vereinigten Staaten, in Australien und in Neuseeland neuerdings damit begonnen, die Geschichtsbücher von zweifelhaften Pionierlegenden zu befreien und den fürchterlich dezimierten Indianern, Aborigines und Maoris moralische Rehabilitierung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – obwohl kein Weißer daran denkt, wieder in die alte Welt nach Europa zurückzukehren.
Warum sollte es nicht auch in Europa möglich sein, eine legendenfreie Geschichte im Geist der Menschenrechte und der historischen Wahrhaftigkeit zu schreiben? ...<<
Ludwig Martin (1909-2010, Generalbundesanwalt a.D., Ehrenvorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e.V.) bemerkt später im Vorwort des Buches "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" (x025/I-V): >>... Geschichtliche Wahrheit ist nicht teilbar: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zumal solche, die den Umfang und das Gewicht eines Völkermordes annehmen, bleiben Verbrechen, gleichviel, von wem sie begangen werden und wer die Verantwortung dafür zu tragen hat.
Es geht nicht an, die marxistisch-leninistische Unterscheidung zwischen "gerechten" und "ungerechten" Kriegen auf die im Krieg, bei Kriegsende und nach dem Krieg an der Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen zu übertragen und je nach der Zuordnung der Tätergruppe zu einem "sozialistischen" oder "imperialistischen" Regime zwischen verdammenswerten und entschuldbaren Menschenrechtsverletzungen zu differenzieren.
Die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart ist voll von Beispielen, daß auch in unserer hochentwickelten Zivilisation unter bestimmten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen Menschen jedweder Herkunft, Rasse und Nationalität zu Untaten fähig sind, die sie unter normalen Verhältnissen nie begehen würden. Man denke nur an die Völkermorde in Kambodscha und Afghanistan und an die Massaker im Libanon ...
Vor Jahren stellte ich in Jerusalem einem angesehenen jüdischen Juristen und Publizisten die Frage, ob er glaube, daß zu der Massenvernichtung im "Dritten Reich" nur Deutsche fähig gewesen seien, oder ob er es für denkbar halte, daß Gleiches unter der Zwangsherrschaft eines "Hitler" und den dadurch geschaffenen politischen und massenpsychologischen Bedingungen auch in anderen Ländern hätte geschehen können. Nach kurzer Besinnung bejahte der Gefragte das letztere.
Gleichwohl mag man es hinnehmen und sogar als Gebot der Gerechtigkeit ansehen, daß das deutsche Volk während der im "Dritten Reich" von Deutschen an Juden, Angehörigen anderer Minderheiten und politischen und weltanschaulichen Gegnern begangenen Massenmorde auch

nach fast vier Jahrzehnten immer und immer wieder auf die Anklagebank gesetzt und verurteilt wird.
Schwer verständlich und durch nichts zu rechtfertigen ist es aber, daß die im Krieg und vor allem bei Kriegsende und nach dem Krieg von fremden Truppen, Widerstandskämpfern und fanatisiertem Mob an Millionen Deutschen verübten Morde und sonstigen Gewaltverbrechen auch heute noch totgeschwiegen und geleugnet oder mit dem Hinweis entschuldigt werden, daß "die Deutschen" es angesichts der auf ihnen lastenden Blutschuld nicht anders verdient hätten. ...
1. Opfer der "Vertreibungsverbrechen" waren nicht nur NS-Funktionäre, Parteigenossen und ihre Sympathisanten, sondern die Deutschen schlechthin, weil man sie mit den Nazis identifizierte und zu Untermenschen bzw. Nicht-Menschen abqualifizierte, wie etwa Ilja Ehrenburg. Damit erklärte man sie in ähnlicher Weise für vogelfrei, wie dies die Nazis hinsichtlich der Juden getan hatten.
Bei der Verbrechenshäufung handelte es sich nicht um das zufällige Ineinanderlaufen unzähliger Einzelaktionen blindwütig gewordener Soldaten oder Zivilisten, sondern um ein von führenden Kreisen der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten – mit Billigung der USA und Großbritannien – "wohlvorbereitetes System zur Dezimierung und Vertreibung der Deutschen" aus den Ostgebieten, um "eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik" (Zitat des Autors aus Jürgen Thorwald: Die große Flucht, München/Zürich 1979. Seite 91), um die gewollte Folge der von höchsten Stellen ausgegebenen Appelle an Haß, Rachsucht und Tötungsinstinkte. ...
Sehr zu Recht stellt der englische Philosoph Bertrand Russell die Frage, ob Massenvertreibungen nur dann Verbrechen seien, wenn sie "von unseren Feinden während des Krieges vorgenommen werden", dagegen gerechte Mittel für die gesellschaftliche Neuordnung, wenn "unsere Verbündeten sie in Friedenszeiten durchführen". ...
Eine schonungslose Offenlegung finsterer Kapitel der Menschheitsgeschichte ohne Rücksicht auf die Nationalität der für diese Tragödien Verantwortlichen ist ein Gebot der Wahrheit und der Gerechtigkeit; sie allein kann Grundlage gegenseitigen Verzeihens und echter Verständigung sein. Man kann nicht, wie es in Nürnberg geschehen ist, Deutsche durch die Repräsentanten von Mächten aburteilen lassen, die selbst gleiche Verbrechen angeordnet oder geduldet haben, wie sie dem deutschen Volke vorgeworfen werden.
Es verstieße gegen seine Würde und sein Selbstverständnis, wenn sich das deutsche Volk widerspruchslos auf Generationen hinaus mit der ihm zugedachten Büßerrolle abfinden und zu all dem schweigen würde, was ihm von den Siegern an Furchtbarem angetan worden ist. Eine Besinnung hierauf - fernab von Rache- und Vergeltungsgefühlen - schulden wir Deutschen auch den Millionen der unschuldigen Opfer der Vertreibungsverbrechen, die stellvertretend für das deutsche Volk Unsägliches erduldet haben. ...
Der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch soll die Vernichtung der sudetendeutschen Volksgruppe nach dem Krieg mit den Worten begründet haben: "Unsere Deutschen ... haben den Staat verraten, die Demokratie verraten, uns verraten, die Menschlichkeit verraten und die Menschheit verraten. ...
In Abwandlung dieser Anklage kann man die von sowjetrussischen Soldaten, von Polen, Tschechen und Jugoslawen gegenüber Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen mit dem Satz überschreiben. Die Initiatoren und Täter dieser Verbrechen haben die Menschlichkeit und die Menschheit verraten.
Das muß vor der Geschichte klargestellt werden.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x024/13-14):
>>Die Solidarität, das Mitgefühl mit den Opfern der Vertreibung, den Toten, den Verletzten,

den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden. ... Aber die vielen Opfer dieser grausamen Zeit von Flucht und Vertreibung dürfen nicht vergessen werden - ebenso wie alle anderen Opfer des Krieges.
Wenn ihr Tod, ihr Leiden einen Sinn erhalten und behalten soll, dann muß die Erinnerung daran Ansporn zu Verständigung und Versöhnung, zur Bewahrung und zum Bau eines wirklichen Friedens sein. Die Erinnerung an das Vergangene soll zwischen den Völkern nicht alte Narben und Wunden aufreißen. Aber die wirkliche Geschichte, die Wahrheit muß genannt werden. ...
Gerade heute, da nunmehr im Osten und bei uns neue Generationen herangewachsen sind, die vieles, was die Älteren erleben mußten, gar nicht mehr wissen und begreifen können, ist eine saubere, faire Aufarbeitung dieser zeitgeschichtlichen Abläufe auch zur Beurteilung politischer Vorgänge der Gegenwart erforderlich. ...<<
Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die letzten Umsiedlungen der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/102-103): >>... Im Februar 1946 ... begann der große Abtransport der Deutschen aus Polen. Sie kamen in die britische und die sowjetische Zone.
Die Aktion wurde mehrmals unterbrochen, weil die Transportmittel nicht ausreichten, weil die Deutschen als Arbeitskraft in der Erntezeit gebraucht wurden, weil die Behörden in beiden Zonen sich gegen die Aufnahme kranker und arbeitsunfähiger Menschen sperrten, weil die Transporte – besonders im Winter 1946/47 – unzureichend versorgt waren, was in einigen Zügen zu Dutzenden von Todesfällen führte.
Im Spätherbst verebbte die große Welle der Zwangsumsiedlung. In den kommenden Jahren stellte sich viel öfter das umgekehrte Problem: Viele (besonders Frauen, deren Männer im Westen waren) wollten gehen, der Staat ließ sie nicht oder ließ sich zumindest lange bitten.
Für die 1948 bis 1950 vorgenommenen, zahlenmäßig geringen Umsiedlungen, deren Summe nur einen Bruchteil jener von 1946 bis 1947 erreichte (erfaßt wurden knapp 140.000 Personen), wäre schon der Begriff der Zwangsaussiedlung, geschweige denn der Vertreibung, irreführend. Bereits in diesen Jahren dürfte die Zahl der freiwillig Ausreisenden – die in Polen schlicht nicht bleiben wollten – größer gewesen sein als der der Ausgesiedelten. ...
Blickt man auf den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1950 zurück, in dem etwa 3,5 Millionen Deutsche Polen verlassen mußten, fallen vor allem drei Umstände auf. Erstens die extrem unterschiedlichen Lebensbedingungen der Deutschen: Das meiste Leid erlitten jene, die in die Lager kamen (wobei die Unterschiede zwischen den einzelnen Lagern ebenfalls beachtlich waren). Unter den weniger als 200.000 Toten unter polnischer Herrschaft dürften gerade die Lagerinsassen die Mehrheit ausgemacht haben.
Die meisten verloren nach und nach den ganzen oder fast den ganzen Besitz. Zehntausende leisteten innerhalb und außerhalb der Lager Zwangsarbeit, ebenfalls unter unterschiedlichen Bedingungen. Zehntausende arbeiteten in polnischen Betrieben, ohne Zwangsarbeiter zu sein, ein Teil davon als unentbehrliche Fachleute, die vor dem polizeilichen Zugriff offiziell geschützt und entsprechend entlohnt wurden. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die anglo-amerikanische Einstellung zur Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/196-198): >>Obwohl das in Amerika und Großbritannien nicht unbedingt Tabu ist, so hat die Presse die Vertreibung der Deutschen doch niemals ausführlich behandelt. Die meisten Amerikaner und Briten wissen kaum, daß sie überhaupt stattgefunden hat, und noch weniger, daß die westliche Zustimmung zum Prinzip der gewaltsamen Umsiedlung die amerikanische und britische Regierung zu Helfershelfern dieser unmenschlichen Unternehmung gemacht hat. Gewiß sind die Westmächte nicht in dem Maße verantwortlich wie die vertrei-

benden Staaten, aber zweifellos hat erst die anglo-amerikanische Zustimmung zum Grundsatz der Zwangsumsiedlung die Katastrophe von 1945-48 möglich gemacht.
... Die drakonischen Maßnahmen, die den Deutschen aus den Ostgebieten aufgezwungen wurden, hat man nachträglich als "Vergeltung" für die unsagbaren NS-Verbrechen im Osten zu rechtfertigen versucht. Nur traf diese Art "Vergeltung" nicht nur NS-Funktionäre – also die "Täterseite", gemäß einer heute gebräuchlichen Formulierung – sondern in erster Linie die "Frauen und Kinder, die Armen und die Kranken"; letztlich also die ganze Bevölkerung – ohne Rücksicht auf den Grad individueller Schuld oder gar Schuldlosigkeit. ...
Man sollte hier vor der verwerflichen Tendenz warnen, die Vertreibung nachträglich als logische Folge der Hitler-Verbrechen hinzustellen - oder gar zu legitimieren. Im Hinblick auf Individualität des Leidens darf man die Opfer der Vertriebenen weder bagatellisieren, noch gegen die NS-Verbrechen aufrechnen oder der Vergessenheit preisgeben. Heute neigt man in Großbritannien und in Amerika dazu, die Vertreibung der Deutschen nur vor dem Hintergrund von Auschwitz zu sehen. Diese Sicht ist historisch falsch, denn es gab keinen kausalen Nexus (ursächlichen Zusammenhang).
Die Vertreibung war schon deshalb keine "Antwort" auf die während des Krieges noch gar nicht in ihrem vollen Ausmaß bekannt gewordenen NS-Greuel, weil sie einem von den polnischen und den tschechischen Exilregierungen schon lange vorher ins Auge gefaßtem Ziel entsprach, das sie im Laufe des Krieges durchsetzen wollten. Diese heute von vielen Anglo-Amerikanern gebräuchliche Betrachtungsweise ist auch moralisch höchst fragwürdig, denn sie akzeptiert stillschweigend die Auffassung, man dürfe die an Schuldlosen begangenen Verbrechen durch Verbrechen an wiederum Unschuldigen vergelten.
Die Deutschen sind mit dem Erbe Hitlers belastet, und Auschwitz wird auch in Zukunft seinen Schatten über ihre Geschichte werfen. Man sollte freilich auch wissen, daß es weder im Zweiten Weltkrieg noch in der gesamten Weltgeschichte ein Leidensmonopol gab oder gibt. Aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft ist mit Ehrfurcht zu gedenken. Es würde gegen das wissenschaftliche Ethos verstoßen, ließe man die Vertreibung der Deutschen "unaufgearbeitet". Die Verharmlosung dieser Ereignisse bedeutete Hohn und Unbarmherzigkeit den Opfern gegenüber. ...
Jedenfalls müssen wir alle begreifen, daß die Vertreibung nicht nur ein historisches, sondern vornehmlich ein menschenrechtliches Problem darstellt. Menschenrechte sind aber unteilbar. Damit ist eine unterschiedliche Beurteilung schwerster Menschenrechtsverletzungen aufgrund unterschiedlicher Maßstäbe unzulässig. Auch der Gedanke der Kollektivschuld ist ein für allemal zu verwerfen, sei es einer deutschen Kollektivschuld für NS-Greuel, sei es einer osteuropäischen oder anglo-amerikanischen für die Vertreibung. Victor Gollancz hat diesen Gedanken bereits in seiner Londoner Rede, 1947, als "unsinnigen, unliberalen, antichristlichen, beklagenswert nazistischen Gedanken" verurteilt. ...
Für die Deutschen und für Deutschland stellt die Vertreibung ohne Zweifel die gravierendste Kriegsfolge dar. Für die Anglo-Amerikaner hingegen aber auch für die Osteuropäer bleibt sie eine moralische Hypothek. Der Londoner Economist schrieb bereits 1945, ... daß nämlich die Alliierten den Krieg gegen Hitler mit einem Frieden in Hitlers Stil beendet hätten. Es geht also nicht an, die Ungeheuerlichkeit der Vertreibung zu bestreiten; auch in Zukunft wird man sie nicht leugnen können. In diesem Sinne soll die Erinnerung wachgehalten werden. Dies darf aber nicht nur die Aufgabe der Historiker sein.
Diese Aufforderung geht an uns alle. ...<<
Der nordamerikanische Historiker Norman Naimark schreibt später in seinem Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" (x308/231-232,239,241): >>... Ethnische Säuberungen sind immer mit Gewalt verbunden. Menschen geben ihre Häuser nicht freiwillig auf. Sie müssen verjagt werden, manchmal auf die brutalste Weise. Während aber

im Krieg im allgemeinen bewaffnete Männer ihren Willen, ihre Maschinen und ihre Zahl aneinander messen, stehen sich bei der ethnischen Säuberung meist ein bewaffneter Täter und ein unbewaffnetes Opfer gegenüber, fast immer ein bewaffneter Mann und eine unbewaffnete Frau, ein Kind oder ein alter Mensch. Die Gewalt geschieht aus der Nähe und sie ist heimtückisch. ...<<
>>... Ethnische Säuberung umfaßt nicht nur die Deportation ganzer Völker, sondern auch die Auslöschung der Erinnerung an ihre Anwesenheit. Die physischen Überbleibsel der Nation werden als erste zerstört. ...<<
>>... An ethnischen Säuberungen ist nichts "Sauberes". Sie sind von Gewalt und Brutalität in ihrer extremsten Form durchsetzt. Ethnische Säuberung ist aber mit Verbrechen gegen das Eigentum, also Raub und Diebstahl, ebenso verbunden wie mit denen gegen Menschen, sowohl durch den Staat als auch durch Einzelpersonen.
Obwohl die Motive für die Vertreibungen primär politisch und ideologisch, nicht ökonomisch waren, herrschte in allen Fällen die Idee vor, die Opfer – Griechen und Armenier, Juden, Tschetschenen, Inguschen und Krimtataren, Deutsche, Bosnier und Kosovo-Albaner – seien reich und überdies durch die Ausbeutung ihrer dominierenden Nachbarn reich geworden. Aus diesem Grund verdienten sie es, enteignet und beraubt zu werden. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/122): >>... Zusammenfassend bleibt festhalten, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa nicht nur die größte Vertreibung der Weltgeschichte war, sondern auch aufgrund der 2,8 bis drei Millionen Menschenleben, die sie gefordert hat, als Völkermord einzustufen ist.
Die Vertriebenen sind im Übrigen rassisch Verfolgte; denn ihr einziges Verbrechen, war ihre ethnische Zugehörigkeit. ...<<

**21.11.1945**

**WBZ:** Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson (1892-1954) begründet am 21. November 1945 in Nürnberg die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes (x111/106): >>... Dieser Prozeß stellt das Ergebnis der Bemühungen von vier mächtigen Nationen in Gemeinschaft von anderen Ländern dar, das internationale Recht anzuwenden, um des großen Übels der Gegenwart Herr zu werden, nämlich des Angriffskrieges.<<
Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes lautet wie folgt (x129/159): >>... Der Gerichtshof hat das Recht, Personen abzuurteilen und zu bestrafen, die durch ihre im Interesse der europäischen Achsenländer ausgeführten Handlungen, sei es als Einzelperson, sei es als Mitglieder von Organisationen, eines der folgenden Verbrechen begangen zu haben.
Die folgenden Handlungen, oder jede einzelne von ihnen, stellen Verbrechen dar, die unter die Zuständigkeit des Gerichtshofes fallen und für die persönliche Verantwortung besteht:
a) Verbrechen gegen den Frieden: nämlich Planung und Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder an einer gemeinsamen Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen;
b) Kriegsverbrechen: nämlich Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung, Mißhandlung oder Verschleppung zu Zwangsarbeit oder zu irgendeinem anderen Zwecke der entweder aus einem besetzten Gebiet stammenden oder dort befindlichen Zivilbevölkerung, Ermordung oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Tötung von Geiseln, Raub öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.
c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges began-

gene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes, in dem sie begangen wurde, verstieß oder nicht.
Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.<<
Während die 20 Hauptangeklagten die Schuldfrage am 21. November 1945 verneinen, erklärt die Verteidigung (x111/106): >>... Der jetzige Prozeß kann sich, soweit er Verbrechen wider den Frieden ahnden soll, nicht auf geltendes Völkerrecht stützen, sondern ist ein Verfahren aufgrund eines neuen Strafgesetzes, eines Strafgesetzes, das erst nach der Tat geschaffen wurde. Dies widerstrebt einem in der Welt geheiligten Grundsatz der Rechtspflege.<<

**22.11.1945**

**WBZ:** Die britische Militärregierung veröffentlicht am 22. November 1945 eine "Anweisung über Erziehung, Jugendpflege und deutsche kirchliche Angelegenheiten" (x117/84): >>... Jeder Unterricht in irgendeinem Fach (ist) verboten, ... wodurch ... der Militarismus verherrlicht wird, die Lehren des Nationalsozialismus verbreitet, erneuert oder entschuldigt werden oder wodurch die Leistungen nationalsozialistischer Führer gepriesen werden; ... eine Politik der unterschiedlichen Behandlung aus Gründen der Rasse, Farbe, politischen Anschauung oder Religion begünstigt wird; Feindschaft gegen irgendeine Nation erzeugt oder internationale Uneinigkeit geschaffen werden kann, oder ... Krieg, Mobilmachung oder Vorbereitung zu Krieg ... erläutert oder das Studium von militärischer Erdkunde oder Kriegsgeschichte gefördert wird.<<

**November 1945**

**USA:** Das amerikanische Magazin "TIME" berichtet im November 1945 über die Nürnberger Prozesse (x353/37): >>… Was immer für Gesetze die Alliierten für die Zwecke des Nürnberger Prozesses aufzustellen versuchten, die meisten dieser Gesetze haben zur Zeit, als die Taten begangen wurden, noch nicht existiert. Seit den Tagen Ciceros ist eine Bestrafung ex post facto von den Juristen verdammt worden.<<

**03.12.1945**

**Großbritannien:** Die "Deutschland Abteilung" des britischen Foreign Office berichtet am 3. Dezember 1945 (x028/224): >>Genau so, wie wir in Potsdam von den Russen betrogen wurden, als sie behaupteten, daß nur anderthalb Millionen Deutsche östlich von Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollmission gemeldet wurden, selbst wenn man annimmt, daß bereits 5 Millionen nach Deutschland getrieben worden sind.
Wie man glauben kann, daß das Deutschland von heute diese verhungernde Bevölkerung von bis zu 14 Millionen Menschen aufnehmen kann, übersteigt meine Vorstellungskraft. ...<<

**04.12.1945**

**Frankreich:** Das französische Kabinett verlangt am 4. Dezember 1945 für ihre Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung die Abtretung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x111/110).

**USA:** Nordamerikanische Senatoren berichten am 4. Dezember 1945 über die Verhältnisse in den deutschen Ostgebieten (x028/225-226): >>... Wir wurden durch die Politik der russischen Regierung gehindert, in Ostdeutschland einzureisen, doch wissen wir durch authentische (glaubwürdige, verbürgte) Berichte, die wir durch Personen oder durch die Presse erhielten, daß die Verhältnisse dort durch das Vorgehen der sowjetischen Regierung und das Verhalten der sowjetischen Truppen über alle Begriffe furchtbar sind.

Nach Augenzeugenberichten bilden Raub und Plünderungen, Krankheiten, Vergewaltigungen und unterschiedslose Morde eines der schrecklichsten Kapitel in der menschlichen Geschichte. Mit Worten lassen sich die Verhältnisse dort nicht wiedergeben. Die Tugend der Frauen und der Wert des menschlichen Lebens sind die heiligsten Güter des zivilisierten Menschen, doch in dem von Rußland besetzten Deutschland von heute sind sie das Wertloseste. ...
Tausende sind ermordet worden, Tausende von Frauen vergewaltigt, und es herrschen Lebensbedingungen, die über die Vorstellungskraft der zivilisierten Welt hinausgehen.<<

**05.12.1945**

**WBZ:** Das "Börsenblatt des deutschen Buchhandels" berichtet am 5. Dezember 1945 über die Aufhebung der Vorzensur (x111/110-111): >>... Lediglich Titel und zusammenfassende Berichte sind an die Dienststellen der Publikations-Sektion vor Beginn der Arbeiten einzusenden. Mehr noch als bisher liegt nunmehr die Verantwortung für das neue Schrifttum auf den Verlegern. Wir hoffen, daß sie sich des in sie gesetzten Vertrauens würdig erweisen.<<

**06.12.1945**

**WBZ:** Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 6. Dezember 1945 (x111/111): >>Nach Frankreich 261.000 t, nach Belgien 183.000 t, in die Niederlande 112.000 t, nach Dänemark 144.000 t, nach Norwegen 66.000 t und nach Luxemburg 109.000 t.<<

**08.12.1945**

**Großbritannien:** Der britische Philosoph Bertrand Russell (1872-1970) berichtet am 8. Dezember 1945 im "New Leader" über die Massenvertreibung der Ostdeutschen (x044/197): >>Ohne Vorankündigung werden Frauen und Kinder zu den Zügen getrieben, jeder nur mit einem Koffer, der ihnen meistens noch geraubt wird. Die Bahnfahrt nach Berlin dauert Tage, Verpflegung gibt es keine. Viele sind tot, wenn sie in Berlin ankommen. Kinder, die unterwegs sterben, werden aus dem Fenster geworfen. ...
Bergen-Belsen noch einmal - Tote werden auf rohen Pritschenwagen weggekarrt. ... Ein großer Teil der von Haus und Hof Vertriebenen wird nicht mit der Bahn abtransportiert, sondern muß zu Fuß nach Westen wandern. ...<<

**12.12.1945**

**Frankreich:** Außenminister Bidault erklärt am 12. Dezember 1945 während einer Pressekonferenz erneut, daß man der Errichtung einer deutschen Zentralregierung nur zustimmen kann, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet vom Deutschen Reich abtrennt (x111/113).

**13.12.1945**

**UdSSR:** Ilja Ehrenburg schreibt am 13. Dezember 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet Weekly" über den in Nürnberg angeklagten NS-Judenhetzer Streicher (x046/157): >>Streicher war verantwortlich für den Tod von Millionen von Juden. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) schreibt später über Julius Streicher und Ilja Ehrenburg (x046/157): >>... Streicher befand sich 1945/1946 unter den Angeklagten vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg, er wurde schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt, weil, wie es in der Urteilsbegründung heißt, er, "in seinen Woche um Woche, Monat um Monat erscheinenden Reden und Artikeln die Gedankengänge der Deutschen mit dem Giftstoff des Antisemitismus verseuchte und das Deutsche Volk zur aktiven Verfolgung der Juden aufhetzte".
"Ein Leitartikel im September 1938", so wird gesagt, "war typisch für seine Lehren, in denen der Jude als Bazillus und Pest bezeichnet wird und nicht als menschliches Wesen." Streicher habe unmißverständlich zur Vernichtung der Juden aufgerufen.
Wenn er also unter dem Anklagepunkt 4 (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) in Nürnberg zum Tode durch den Strang verurteilt worden ist - was ist dann erst von Ehrenburg zu sagen, der über Jahre hinweg "Woche um Woche, Monat um Monat", ja Tag für Tag, die Gedanken-

gänge der Völker der Sowjetunion (und auch der westlichen Länder) mit dem Giftstoff des Antigermanismus verseuchte und zu aktiver Verfolgung und Tötung der Deutschen aufhetzte – und dies nicht in einem abgelegenen Winkelblatt ("DER STÜRMER"), sondern in den führenden Zeitungen der Sowjetunion in höchstoffiziellem Auftrag? Ist Streicher der "Judenhetzer Nr. 1" gewesen, dann erscheint es nicht nur berechtigt, sondern sogar notwendig, Ehrenburg den "Deutschenhetzer Nr. 1" zu nennen. ...<<

**16.12.1945**

**SBZ:** Die SMAD läßt am 16. Dezember 1945 die Universität Jena vorübergehend schließen, weil die Studentenschaft nicht auf eine eigene wissenschaftliche Betrachtung der politischen Themen verzichten will.

**WBZ:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 16. Dezember 1945 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/31-32): >>16. Dezember 1945: Es ist Winter - und immer noch das gleiche Bild. In Friedland, in Bremke - an der "Grenze", wie man jetzt hier sagt - kommen immer neue Flüchtlinge an. Jede Woche, jeden Tag, ja jede Stunde. 19 Wellblechbaracken stehen nun auf dem feuchten Wiesengrund. Ohne Dielen, denn Holz ist knapp. Und die Menschen frieren jämmerlich.

Alle Personen, die Friedland durchlaufen, werden registriert, erhalten einen Meldeschein, kommen zum Arzt und müssen sich entlausen lassen. Im Lager ist eine richtige Verwaltung entstanden. Es gibt auch bereits einen Lagerleiter. Ständig kreischt ein Lautsprecher irgendwelche Namen von Gesuchten. Das betreuende Personal ist um diese Stellung nicht zu beneiden. Nerven gehören dazu. Und wer hat die noch? Nach solchen Jahren.

Täglich werden 2 Sonderzüge der (britischen) Militärregierung eingesetzt, um die Menschen in Richtung Westen oder Norden zu bringen. Aber an Ruhr und Rhein ist der Hunger schlimmer als in den landwirtschaftlichen Gebieten Norddeutschlands. Deshalb wollen die Engländer niemanden mehr in die zerbombten Städte lassen. Durch den Wald von Verordnungen gibt es jedoch immer irgendwo einen Durchschlupf.<<

**17.12.1945**

**Berlin:** Die AKR-Direktive Nr. 23 befiehlt am 17. Dezember 1945 die Auflösung aller deutschen Turn- und Sportvereine, um eine vormilitärische Körperertüchtigung zu verhindern (x111/114).

**18.12.1945**

**WBZ:** Der US-Anklagevertreter Robert H. Jackson (1892-1954) beantragt am 18. Dezember 1945, die deutsche Regierung, die politischen Leiter, SS, SD, Gestapo, SA, Generalstab und die ehemaligen Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte kollektiv zu verurteilen und als "verbrecherische Organisationen" für schuldig zu befinden (x111/114).

**Frankreich:** In Frankreich befinden sich am 18. Dezember 1945 noch 709.260 deutsche Kriegsgefangene, von denen die Hälfte in der zivilen Wirtschaft eingesetzt wird (x111/114).

**21.12.1945**

**WBZ:** George S. Patton (1885-21.12.1945, ein fähiger Panzergeneral und beliebter nordamerikanischer Armeeführer, der wegen seiner antisowjetischen und prodeutschen Einstellung bzw. öffentlichen Kritik abgelöst worden war), stirbt am 21. Dezember 1945 nach einem mysteriösen Verkehrsunfall (Pattons PKW stieß am 9. Dezember 1945 in der Nähe von Mannheim mit einem Militärlastwagen zusammen).

General George S. Patton (1885-1945, Oberkommandeur der US-Army) hatte z.B. nach der Landung in der Normandie in seinem Tagebuch "The Patton Papers 1940-1945" notiert (x367/11):"Ich habe große Achtung für die deutschen Soldaten. In Wirklichkeit sind die Deutschen das einzige anständige in Europa lebende Volk." …<<

Ein Zeitzeuge berichtet am 21. Dezember 1945 über den Schulalltag in Köln (x073/219): >>Heute beginnen die Weihnachtsferien. Bei dem schlechten Wetter der letzten Wochen ver-

säumten viele Kinder oft den Unterricht, weil sie keine Schuhe haben. Manche kommen trotz Regen und Kälte in Sandalen, zerrissenen oder geliehenen Schuhen zur Schule. Wenn Geschwister zu verschiedenen Zeiten Unterricht haben, wird oft das gleiche Paar Schuhe von ihnen abwechselnd getragen. ...<<

**Großbritannien:** Nach den Nordamerikanern und Sowjets fordern auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).

**USA:** US-Präsident Truman erklärt am 21. Dezember 1945 (x025/120): >>... Wenn wir auch nicht wünschen ungebührlich grausam gegen Deutschland zu verfahren, kann ich doch nicht viel Sympathie für diese Leute aufbringen, die den Tod so vieler Menschen verursacht haben. ...

Bevor nicht das Unglück jener, die von Deutschland bedrückt und gequält wurden, vergessen ist, scheint es nicht richtig, unsere Bemühungen den Deutschen zugute kommen zu lassen.

Ich gebe zu, daß es natürlich viele Unschuldige in Deutschland gibt, die mit dem Naziterror wenig zu tun hatten. Aber die administrative Last, diese Leute herauszufinden, um sie anders als die übrigen zu behandeln, ist fast untragbar.<<

Das State Department meldet am 21. Dezember 1945, daß man schon über 2.034.000 sowjetische Staatsangehörige aus Westdeutschland abgeschoben hat. Die letzten 20.000 Russen sollen ungeachtet ihrer Wünsche und falls nötig mit Gewalt an die UdSSR ausgeliefert werden (x133/492).

**22.12.1945**

**WBZ:** Die britische Militärregierung beschlagnahmt am 22. Dezember 1945 alle deutschen Kohlenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).

Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verlassen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und werden von den Alliierten übernommen (Reparationen).

**Ungarn:** Die Nationalregierung beschließt am 22. Dezember 1945 eine Aussiedlungsverordnung über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland (x008/91E-93E): >>**Die Aussiedlungsverordnung.**

Verordnung Nr. 12330/1945 ... über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland.

Das Ministerium ordnet bezüglich der Durchführung des Beschlusses des Alliierten Kontrollrates vom 20. November 1945 über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland auf Grund des Ermächtigungsgesetzes XI: 1945 § 15 folgendes an:

§ l

Nach Deutschland umzusiedeln ist derjenige ungarische Staatsbürger verpflichtet, der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hat oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließ, ferner derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutschen Formation (SS) war.

§ 2

1) Die Vorschrift des § l bezieht sich nicht auf den Ehegatten und die minderjährigen Kinder einer Person nichtdeutscher Volkszugehörigkeit (Muttersprache) sowie auf die mit ihnen - auch schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern), wenn diese ihr 65. Lebensjahr schon vor dem 15. Dezember 1945 vollendet haben.

2) Die Vorschrift des § l findet keine Anwendung auf denjenigen, der ein aktives Mitglied einer demokratischen Partei oder wenigstens seit 1940 Mitglied einer in den Verband des Gewerkschaftsrates gehörenden Gewerkschaft war.

3) Die Vorschrift des § l findet auch auf diejenigen keine Anwendung, die sich zwar zur deut-

schen Muttersprache, aber zum ungarischen Volkstum bekannt haben, wenn sie glaubhaft nachweisen, daß sie wegen ihrer nationalen Treue zum Ungartum Verfolgungen erlitten haben.
4) Die in den Absätzen (2) und (3) geregelte Befreiung erstreckt sich auf die Ehefrau (Witwe), auf die minderjährigen Kinder (minderjährige Waisen) sowie auf die mit ihnen - auch schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern).
5) Die Befreiungen gemäß den Absätzen (2) und (3) finden keine Anwendung auf diejenigen, die ihren madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließen oder Mitglieder des Volksbundes oder irgendeiner faschistischen Organisation bzw. militärischen Formation waren.
6) In Fragen der Befreiung entscheidet die von dem Innenminister entsandte Kommission - unter Ausschluß der Rechtsmittel - endgültig.

§ 3

1) Das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen der Umsiedlungspflichtigen Personen ist - ohne Rücksicht darauf, ob sie sich im In- oder Ausland aufhalten - vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an als beschlagnahmt zu betrachten, der Eigentümer (Besitzer) kann nichts davon veräußern und kann es auch nicht belasten. Der Eigentümer (Besitzer) kann aus den beschlagnahmten Beständen (Lebensmittel, Futter, Brennmaterial usw.) nur die seinen ordentlichen Haushaltungs- und Wirtschaftsbedürfnissen entsprechenden Mengen verbrauchen.
2) Das beschlagnahmte Vermögen ist zu inventarisieren. Das zur Erstellung des Inventars und zur Verwahrung der in das Inventar aufgenommenen Gegenstände erforderliche Fachpersonal wird von den zuständigen Ministern zur Verfügung gestellt.
3) Der Innenminister bestimmt, welche beweglichen Güter der Umsiedlungspflichtige mit sich nehmen kann.
4) Ein Verstoß gegen die in Absatz (1) enthaltenen Verbote sowie die Beschädigung oder Vernichtung der beschlagnahmten Vermögensgegenstände stellt ein Verbrechen dar und wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

§ 4

1) Die Umsiedlungspflichtigen Personen (§ 1) sind in jeder Gemeinde (Stadt) wohnhausweise zu registrieren und nach im gemeinsamen Haushalt lebenden Familien geordnet in ein Verzeichnis aufzunehmen. In ein besonderes Namensverzeichnis sind diejenigen aufzunehmen, die anläßlich der Registrierung von ihrem Wohnort abwesend waren.
2) Gesondert zu registrieren und in ein Namensverzeichnis aufzunehmen sind diejenigen, die - gemäß § 2 - von der Umsiedlungspflicht nicht betroffen werden.
3) Jede Behörde ist verpflichtet, die sich in ihrem Bezirk befindlichen und für den Zweck der Registrierung erforderlichen Angaben dem Gemeindevorstand zur Verfügung zu stellen.

§ 5

1) Das Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen ist an der Mitteilungstafel der Gemeinde (Stadt) auszuhängen.
2) Die in das Namensverzeichnis aufgenommenen Personen können ihren Wohnort nur mit Genehmigung der Gemeindepolizeibehörde verlassen. Eine solche Genehmigung kann nur ausnahmsweise in begründeten Fällen erteilt werden.
3) Diejenigen, die ihren Wohnort ohne Genehmigung verlassen oder sich der Umsiedlungspflicht entziehen, sind bis zu ihrer Umsiedlung in Polizeigewahrsam zu nehmen (internieren), ihr bewegliches und unbewegliches Vermögen aber ist einzuziehen.
4) Der Innenminister kann in Gemeinden, in denen dies im Interesse einer ungestörten Abwicklung der Umsiedlung notwendig erscheint, besondere Verkehrsbeschränkungen erlassen.

§ 6
1) Zur Lenkung und Überwachung der Durchführung der Umsiedlung kann der Innenminister Ministerbeauftragte entsenden.
2) Die vom Ministerbeauftragten, im Zusammenhang mit der Umsiedlung erlassenen Verfügungen, müssen von jeder Verwaltungsbehörde und Dienststelle unverzüglich durchgeführt werden. Der Ministerbeauftragte verfügt über die bei der Durchführung erforderlichen Sicherungskräfte.
§ 7
1) Die für die Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Einzelvorschriften erläßt - im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern - der Innenminister.
2) Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft, für ihre Durchführung sorgt der Innenminister.
Budapest, den 22. Dezember 1945
Tildy Zoltán
Ministerpräsident …<<

**Frankreich:** Bei der Reparationskonferenz in Paris wird am 22. Dezember 1945 entschieden, daß folgende Länder Entschädigungen erhalten sollen (x111/115-116):
>>Vereinigte Staaten = 28,00 % Kategorie A und 11,80 % Kategorie B,
Großbritannien = 28,00 % Kategorie A und 27,80 % Kategorie B,
Frankreich = 16,00 % Kategorie A und 22,80 % Kategorie B,
Jugoslawien = 6,60 % Kategorie A und 9,60 % Kategorie B,
Niederlande = 3,90 % Kategorie A und 5,60 % Kategorie B,
Belgien = 2,70 % Kategorie A und 4,50 % Kategorie B,
Tschechoslowakei = 3,00 % Kategorie A und 4,30 % Kategorie B,
Kanada = 3,50 % Kategorie A und 1,50 % Kategorie B,
Griechenland = 2,70 % Kategorie A und 4,35 % Kategorie B,
Ägypten = 0,05 % Kategorie A und 0,20 % Kategorie B.
Kategorie A (die Reparationen, die aus deutschen Guthaben, deutschem Goldbesitz und aus den Bezügen der laufenden Produktion geleistet werden).
Kategorie B (Reparationen, die aus Fabrikeinrichtungen, Maschinen und Schiffen bestehen).<<

**24.12.1945**

**UdSSR:** Deutsche Kriegsgefangene berichten später über Heiligabend 1945 in sowjetischer Gefangenschaft (x130/332-333): >>... Wir starrten trübselig durch die Fenster auf die Lichter und lagen bald auf den harten Pritschen. Jeder hatte Angst, es könnte einer zu singen anfangen ...
In einem Winkel der Baracke wurde ein Adventslied angestimmt. Niemand war nach Singen zumute. Der Hunger und die Müdigkeit, Elend und Gier machten die Seele matt.
Einer nach dem anderen richtete sich auf, dem Gesang zu lauschen und schließlich war auch kein Herz mehr der Botschaft verschlossen, die das Lied verhieß. ...
Und dann kam also das Essen, von dem wir wochenlang vorher gesprochen hatten: Am Weihnachtstag gab es Pellkartoffeln und Hering. Diese Pellkartoffeln bestanden aus fünf winzigen halbverfaulten kleinen Kartöffelchen und einem halben, ganz verfaulten Hering. Und die Enttäuschung, na, also wirklich riesig.
Und dann haben wir versucht zu singen, Stille Nacht, heilige Nacht, was natürlich nicht funktionierte, weil einigen Leuten die Tränen in die Augen kamen. Und dann mußte ich aufstehen, weil mir ganz übel war. Und dann passierte das für einen Kriegsgefangenen schrecklichste. Ich mußte diesen Hering und diese Kartoffeln wieder von mir geben, diese wertvollen Kalorien; und das ist eine Katastrophe.<<

**Vatikan:** Papst Pius XII. fordert die Siegermächte am 24. Dezember 1945 auf, die Vertreibung der Deutschen rückgängig zu machen (x024/219): >>... Daher richten wir an die Staatsmänner, die über die Geschicke der Menschheit entscheiden, die dringlichste Bitte, den Millionen vertriebener Deutscher ihr Land und ihre Heimat wieder zurückzugeben und sie vor der Verzweiflung zu retten.<<
Papst Pius XII. kritisiert ferner kollektive Strafzuweisungen (x025/157): >>... Ich habe ein reines Gewissen, ich bin frei von Schuld? Zweierlei Gewicht und zweierlei Maß: beides ist dem Herrn ein Greuel.
Wer also Sühne für Schuld verlangt, durch gerechte Bestrafung der Verbrecher nach dem Maß ihrer Verbrechen, muß peinlich darauf achten, daß er nicht das Gleiche tue, was er den anderen als Schuld oder Verbrechen vorhält. ...<<

**27.12.1945**

**WBZ:** Die US-Militärzeitschrift "ARMY TALKS" veröffentlicht am 27. Dezember 1945 Verhaltensregeln für nordamerikanische Soldaten (x124/81-82): >>... Sei mißtrauisch gegen jedermann. Prüfe sorgfältig, was sie dir erzählen. Äußere nichts Abfälliges über die USA, die Armee, unsere Verbündeten.
Melde sofort verdächtige Nazis oder Verstöße gegen Befehle der Militärregierung und Anordnungen lokaler Behörden. ...
Verhalte dich immer wie ein guter Soldat. Achte auf deine Uniform und benimm dich ordentlich in der Öffentlichkeit. Vergiß nie, daß du als Eroberer hier bist und nicht als Befreier.
Entlarve die Lügen, an die Deutsche mit ihrer Nazi-Schulung unbewußt glauben. Und vergiß nie ihre schlechten Eigenschaften, wenn du ihre guten bewunderst.
Wirb für die Demokratie, wann immer sich Gelegenheit bietet. Wenn du in ein Fräulein verliebt bist, dann verkaufe dich nicht ihretwegen an Deutschland.
Sei höflich aber kurz angebunden mit Deutschen. Alle Deutschen sind Schuld am Kriege. ...<<

**30.12.1945**

**Frankreich:** Die AFP-Nachrichtenagentur veröffentlicht am 30. Dezember 1945 erstmalig amtliche Zahlen über die französischen Menschenverluste des Zweiten Weltkrieges (x043/-119): >>... Danach beträgt die Zahl der Kriegsopfer 500.000, und zwar 200.000 Soldaten, von denen 150.000 im Kampfe gefallen sind, und 50.000 in den deutschen Kriegsgefangenenlagern gestorbene Militärpersonen.
160.000 Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder, von denen 30.000 zwischen dem 10. Mai und 25. Juni 1940 getötet wurden, 40.000 Füsilierte (standrechtlich Erschossene) und 90.000 Zivilopfer bei den (militärischen) Operationen, die nach dem 25. Juni 1940 stattfanden.
Von den 90.000 zivilen Opfern haben 80.000 während der 6 ersten Monate des Jahres 1944 in der Normandie den Tod gefunden.
Dazu kommen noch 97.000 französische Juden und 43.000 andere Franzosen, die nach Deutschland deportiert und in den Gaskammern getötet wurden.<<

**Dezember 1945**

**WBZ:** In den westdeutschen Besatzungszonen sind im Dezember 1945 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt und 50 % leiden an Hungerschäden (x117/28). Viele Kinder haben aufgedunsene Leiber sowie geschwollene Beine und Füße. Diese Hungerödeme bzw. Ansammlungen von Gewebswasser unter der Haut und in den Körperhöhlen entstehen durch Unterernährung und Vitamin- sowie Kalorienmangel.
Ein Zeitzeuge berichtet damals über den Alltag im Westen (x073/218): >>Unsere Tagesverpflegung sieht etwa so aus. Morgens eine Tasse Kaffee oder auch nichts, Frühstück fällt aus. Mittags einen halben Liter Kaffee zu geröstetem Brot, abends 18-20 Uhr, je nachdem wie der Ofen brennt (Gas gibt es bei uns noch nicht und elektrischer Strom ist rationiert) zusammen-

gefaßtes Mittag- und Abendessen: eine Mehltunke mit Kartoffeln, Mehlklöße oder Brot, was man gerade so hat, Vielleicht dann um 22 Uhr noch eine Tasse Mehlsuppe, solange der Vorrat reicht. ...
Die Hausfrauen haben es sehr schwer. Gibt es mal Fleisch, hat man keine Kartoffeln, hat man Kartoffeln, ist kein Fett zu bekommen usw. Und wir haben ewig Hunger. Wir sind dünn geworden wie Gandhi und manchmal wird uns auf der Straße ganz schwindlig. ...<<

**USA:** Während Briten und Franzosen im Oktober und Dezember 1945 die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidung durch das Rote Kreuz erlauben, verbieten die Nordamerikaner und Sowjets in ihren Besatzungszonen weiterhin westeuropäische Hilfslieferungen. Obwohl die Hilfsgüter ausdrücklich für Deutschland bestimmt sind, schlagen die US-Militärbehörden vor, diese Spenden in den osteuropäischen Ländern zu verteilen.
Trotz bitterer Kälte und großer Hungersnot verbietet US-Präsident Truman im Dezember 1945 die Verteilung von privaten Hilfsgütern, die überwiegend aus Irland und der Schweiz kommen, an die deutsche Bevölkerung.
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die fehlende Hilfsbereitschaft des US-Präsidenten Truman (x028/151): >>... Diese Entscheidung wirkte sich bei den Heimatvertriebenen besonders verheerend aus, "deren Lage viel prekärer war als die der übrigen Bevölkerung.
Schließlich konnten ab 1946 Spenden in die amerikanische, ab April auch in die sowjetische Zone geliefert werden. Doch Zehntausende von Deutschen waren inzwischen verhungert, und viele mußten noch sterben, ehe die Spendenvorräte des Internationalen Roten Kreuzes sie erreichen konnten.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.
Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche (der Zivilbevölkerung) das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

**Hinweise für den Leser**

**Einstellungstermine:**
Einstellungstermin der deutschen Geschichte, Band 3 (26 PDF-Dateien): **01.09.2017-01.10.2017.**
Einstellungstermin der 1. erweiterten deutschen Geschichte, Band 3 (26 PDF-Dateien): **01.04.2021.**
Einstellungstermin der 2. erweiterten Chronik, Band 3/1 – Band 3/2 (2 PDF-Dateien): **01.01.2025.**
Die PDF-Dateien werden **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Die Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate**: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen (**...)** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

**Quellen- und Literaturnachweis**
Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.
Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1, Seite 79.

| | |
|---|---|
| x001 | Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984. |
| x002 | Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984. |
| x003 | Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984. |
| x004 | Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984. |
| x005 | Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Do- |

| | |
|---|---|
| | kumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984. |
| x006 | Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984. |
| x007 | Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984. |
| x008 | Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984. |
| x009 | Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962. |
| x010 | Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989. |
| x011 | Statistisches Reichsamt (Hg.): Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Großdeutsche Reich aufgrund der Volkszählung 1939. Berlin 1944. |
| x013 | Gesellschaft für Literatur und Bildung mbH (Hg.): Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Band 3: 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945. Unveränderter Nachdruck. Köln 1989. |
| x016 | Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960. Wiesbaden. |
| x017 | Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989. |
| x019 | Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935. |
| x020 | Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988. |
| x021 | Böddeker, Günter: Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985. |
| x022 | Hupka, Herbert (Hg.): Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage. Tagebücher, Erinnerungen und Dokumente der Vertreibung. Augsburg 1990. |
| x023 | Maser, Werner: Das Regime. Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990. |
| x024 | Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989. |
| x025 | Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987 |
| x026 | Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988. |
| x027 | Thorwald, Jürgen: DIE GROSSE FLUCHT. München/Zürich 1979. |
| x028 | Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988. |
| x029 | Zayas, Alfred Maurice de: Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg. 4. erweiterte Auflage. München 1984. |

| | |
|---|---|
| x030 | Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987. |
| x031 | Schön, Heinz: Flucht über die Ostsee 1944/45 im Bild. 3. Auflage. Stuttgart 1994. |
| x033 | Overesch, Manfred: Das III. Reich 1939-1945. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991. |
| x035 | Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992. |
| x036 | Jäckel, Eberhard, und Jürgen Rohwer (Hg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung. Stuttgart 1985. |
| x037 | Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995. |
| x038 | Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953. |
| x039 | Grube, Frank, und Gerhard Richter: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980. |
| x040 | Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: Chronik des Zweiten Weltkrieges. Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989. |
| x041 | Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981. |
| x042 | Wyman, David S.: Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt/Main 1989. |
| x043 | Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976. |
| x044 | Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989. |
| x045 | Ahlfen, Hans von, und Hermann Niehoff: So kämpfte Breslau 1945. Verteidigung und Untergang von Schlesiens Hauptstadt. 4. Lizenzausgabe. Stuttgart 1991. |
| x046 | Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001. |
| x047 | Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987. |
| x049 | Holmsten, Georg: Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland. Bindlach 1989. |
| x051 | Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985. |
| x052 | Ziemke, Earl F.: Die Schlacht um Berlin. Rastatt 1992. |
| x053 | Westenrieder, Norbert: Deutsche Frauen und Mädchen. Vom Alltagsleben 1933-1945. Düsseldorf 1984. |
| x054 | Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957. |
| x055 | Ploetz-Verlag (Hg.): DER GROSSE PLOETZ IM BILD. Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987. |
| x057 | Eilers, Willi: Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955. |
| x058 | Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970. |
| x059 | Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964. |
| x061 | Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. |

| | |
|---|---|
| | Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991. |
| x062 | Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964. |
| x063 | Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990. |
| x064 | Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977. |
| x065 | Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992. |
| x066 | Trevor-Roper, Hugh: Hitlers letzte Tage. 2. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1995. |
| x067 | Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988. |
| x068 | Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996. |
| x069 | Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967. |
| x070 | Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991. |
| x071 | Hartmann, Johannes: Das Geschichtsbuch. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 8. Auflage. Frankfurt/Main 1962. |
| x072 | Hermand, Jost: Als Pimpf in Polen. Erweiterte Kinderlandverschickung 1940-1945. Frankfurt/Main 1993. |
| x073 | Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986. |
| x074 | Stein, Werner: Fahrplan der Weltgeschichte. Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994. |
| x075 | Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990. |
| x076 | Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962. |
| x077 | Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Verletzungen von Menschenrechten. Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985 |
| x080 | Conquest, Robert: Stalin. Der totale Wille zur Macht. München 1991. |
| x082 | Pawlak, Zacheusz: Ich habe überlebt. Ein Häftling berichtet über Maidanek. Hamburg 1979. |
| x083 | Gellhorn, Martha: Das Gesicht des Krieges. Reportagen 1937-1987. München/Hamburg 1989. |
| x084 | Graml, Hermann (Hg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994. |
| x085 | Wette, Wolfram, und Gerd R. Ueberschär (Hg.): Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht. Frankfurt/Main 1992. |
| x086 | Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993. |
| x087 | Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999. |
| x088 | Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Einglie- |

| | |
|---|---|
| | derung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989. |
| x089 | Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999. |
| x090 | Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991. |
| x092 | Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995. |
| x095 | Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage. München 1999. |
| x097 | DAS BERTELSMANN LEXIKON in vier Bänden: C. Bertelsmann Verlag (Hg.).Gütersloh 1953-56. |
| x100 | Duffy, Christopher: Der Sturm auf das Reich. Der Vormarsch der Roten Armee 1945. München 1994. |
| x101 | Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990. |
| x102 | Steinbach, Peter, und Johannes Tuchel (Hg.): Lexikon des Widerstandes 1933-1945. 2. überarbeitete und verbesserte Auflage. München 1998. |
| x103 | Klemperer, Klemens von: Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945. Berlin 1994. |
| x105 | Wildermuth, Rosemarie: Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978. |
| x106 | Chronik Verlag (Hg.): Chronik des Zweiten Weltkrieges. 1. Auflage. Gütersloh/München 1994. |
| x111 | Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1945-1947. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992. |
| x113 | Engelsing, Rolf: "Wie Sodom und Gomorrha ..." Die Zerstörung der Städte. Berlin 1979. |
| x114 | Trees, Wolfgang u.a.: Stunde Null in Deutschland. Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989. |
| x115 | Glaser, Hermann u.a. (Hg.): So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989. |
| x116 | Ranke, Winfried u.a.: Kultur, Pajoks und CARE-Pakete. Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990. |
| x117 | Priamus, Heinz-Jürgen: Die Ruinenkinder. Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985. |
| x118 | Grube, Frank, und Gerhard Richter: Die Schwarzmarktzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1997 |
| x121 | Grube, Frank, und Gerhard Richter: Alltag im Dritten Reich. So lebten die Deutschen 1933-1945. Hamburg 1982 |
| x122 | Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999. |
| x124 | Jering, Karl: Überleben und Neubeginn. Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979. |
| x125 | Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963. |
| x126 | Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993. |
| x128 | Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980. |
| x129 | Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987. |
| x130 | Carell, Paul, und Günter Böddeker: Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher |

| | |
|---|---|
| | Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995. |
| x131 | Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993. |
| x133 | Tolstoy, Nikolai: Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985. |
| x135 | Kaemmerer, M.: Ortsnamenverzeichnis der Ortschaften jenseits von Oder und Neiße. 3. erweiterte Auflage. Leer 1988. |
| x136 | Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997. |
| x141 | Marschalck, Peter: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. 6. Auflage. Frankfurt/Main 1989. |
| x142 | Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991. |
| x143 | Legath, Bernd u.a.: Weltgeschichte im Überblick. Von der Vorzeit bis zur Gegenwart. BZ-Verlag, 1992. |
| x148 | Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985. |
| x149 | Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982. |
| x150 | Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996. |
| x151 | Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996. |
| x156 | Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978. |
| x158 | Weiß, Hermann (Hg.): PERSONEN LEXIKON 1933-1945. Wien 2003. |
| x160 | Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen - unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1996. |
| x165 | Terkel, Studs: Der Gute Krieg. Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989. |
| x166 | Kennedy, Paul: Die Casablanca-Strategie. Wie die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen. München 2014. |
| x170 | Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Menschen wie wir ... Teil I. Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001. |
| x175 | Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997. |
| x179 | Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): Illustrierte Weltgeschichte. Band 15. Der 2. Weltkrieg und seine Folgen. Neuer Tessloff Verlag, Hamburg 1969. |
| x191 | Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978. |
| x192 | Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996. |
| x212 | Adams, Clapham, Fagg u.a.: Atlas der Geschichte. Von den Anfängen bis zum 20. Jh. Köln 1990. |
| x226 | Verlag Vandenhoeck & Ruprecht (Hg.): DER GROSSE PLOETZ. Die Chronik zur Weltgeschichte. Göttingen 2010. |
| x227 | F. A. Brockhaus GmbH, Mannheim (Hg.): BROCKHAUS. Weltgeschichte seit der Aufklärung. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Leipzig/Mannheim 2006. |

| | |
|---|---|
| x228 | Chronik Verlag (Hg.): Die 500 wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte. Gütersloh/München 2007. |
| x243 | Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984. |
| x245 | Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1. Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976. |
| x250 | F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN A-Gn 1. Leipzig 2006. |
| x251 | F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Go-Pah 2. Leipzig 2006. |
| x252 | F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3. Leipzig 2006. |
| x256 | Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966. |
| x264 | Gosztony, Peter: Stalins fremde Heere. Das Schicksal der nichtsowjetischen Truppen im Rahmen der Roten Armee 1941-1945. Bonn 1991. |
| x265 | Courtois, Stèphane u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 2004. |
| x268 | Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004. |
| x283 | Demandt, Alexander: Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011. |
| x287 | Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985. |
| x292 | Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Krieg ist nicht an einem Tag vorbei. Weihnachtsgeschichten aus schwerer Zeit. Kassel 2005. |
| x294 | Arburg, Adrian von u.a.: Als die Deutschen weg waren. Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007. |
| x296 | Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe). Braunschweig 1975. |
| x297 | Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte. 1. Auflage. Braunschweig 1995. |
| x300 | Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976. |
| x301 | Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988. |
| x304 | Zentner, Christian (Hg.): Der Zweite Weltkrieg. Ein Lexikon. München 1995. |
| x306 | Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: CHARAKTERWÄSCHE. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015. |
| x308 | Naimark, Norman N.: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004. |
| x309 | Nawratil, Heinz: Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011. |
| x310 | Schweitzer, Eva: Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte. München 2004. |
| x338 | Fritze, Lothar: Die Moral des Bombenterrors. Alliierte Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg. München 2007. |
| x353 | Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz. |
| x358 | Elsässer, Jürgen (Hg.): Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Mas- |

| | |
|---|---|
| | senvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019. |
| x359 | Elsässer, Jürgen (Hg.): Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser. COMPACT-Geschichte Nr. 9. Werder (Havel) 2020. |
| x364 | Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992. |
| x367 | Elsässer, Jürgen (Hg.): Geschichtslügen gegen Deutschland. COMPACT-Geschichte Nr. 13. Werder (Havel) 2021. |
| x368 | Elsässer, Jürgen (Hg.): Polens verschwiegene Schuld. Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung. COMPACT-Geschichte Nr. 17. Werder (Havel) 2022. |


## Internet


| | |
|---|---|
| x852 | Haager Landkriegsordnung: http://www.geschichtsthemen.de/haager_landkriegsordnung.htm - März 2015. |
| x853 | THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.-php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015. |
| x867 | http://potsdamer-konferenz.de/geschichte.php#plenarsitzungen – Juli 2016. |
| x878 | http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016. |
| x887 | http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016 |
| x943 | https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ – November 2019 |


## Bildnachweis

**Reichsadler (ohne Hakenkreuz) zur Zeit des Nationalsozialismus 1933-45**
Internetquelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeswappen_Deutschlands - 8. Mai 2014

**Reichsadler:** Nach der Kaiserkrönung Karls des Großen (800) wurde der römische Legionsadler zum Wappentier des Fränkischen Reiches, denn der deutsche Kaiser betrachtete sich als Nachfolger des Weströmischen Reiches.
Das Heilige Römische Reich (962-1806), das Deutsche Reich (ab 1871) und die Bundesrepublik Deutschland (seit 1949) übernahmen den Reichsadler bzw. Bundesadler als deutsches Staatssymbol.